

Politikwissenschaft

**Neue Nachbarn – Neue  
Herausforderungen für die Europäische  
Union**

Inaugural-Disseratation

zur Erlangung des Doktorgrades

der

Philosophischen Fakultät

der

Westfälischen Wilhelms-Universität

zu

Münster (Westf.)

vorgelegt von

**Hristofor K. Hrisoskulov**

aus Burgas, Bulgarien

2010

Dekan der Philosophischen Fakultät: Prof. Dr. Christian Pietsch

Referent: Prof. Dr. Dr. h.c. Wichard Woyke

Korreferent: Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Reinhard Meyers

Tag der mündlichen Prüfung: 4. Dezember 2008

Bei der vorliegenden Arbeit handelt es sich um meine Dissertation an dem Institut für Politikwissenschaft der Westfälischen Wilhelms-Universität zu Münster, die zwischen Oktober 2006 und Oktober 2008 entstand.

Den beiden Gutachtern der Arbeit, Professor Dr. Wichard Woyke und Professor Dr. Reinhard Meyers, gilt mein besonderer Dank für die zahlreichen Anregungen und die intensive Betreuung.

Ich bedanke mich insbesondere bei Alena Vysotskaya Guedes Vieira, die verschiedene Entwürfe dieser Arbeit kritisch und hilfreich kommentiert hat. Ich danke allen meinen Freunden, vor allem Sebastian Durst und Tiina Otterstätter, die großes Verständnis und viel Geduld während der Erstellung dieser Arbeit gezeigt und mich bei meinem Unterfangen mit voller Kraft unterstützt haben. Darüberhinaus verpflichtet mich die Auskunftsbereitschaft der Experten aus den EU-Institutionen und dem Deutschen Bundestag zu großer Dankbarkeit.

Der größte Dank für Unterstützung, Zuspruch und Geduld gebührt meinen Eltern, Stanka und Kosta Hrisoskulov sowie meiner Cousine Antoaneta Bozouhanova.

Dieses Buch wird allen den gewidmet, die sich mit den schwierigsten Situationen im Leben auseinandersetzen müssen.

Münster, März 2010

## Inhaltsverzeichnis

Abkürzungen .....	iv
Abbildungsverzeichnis .....	vii
Tabellenverzeichnis .....	viii
Kapitel 1 – Einführung .....	1
I. Problemstellung .....	1
II. Erkenntnisinteresse und Ziel der Untersuchung .....	3
III. Gang der Untersuchung .....	4
IV. Methoden und Formen der Untersuchung .....	6
Kapitel 2 – Die EU als globaler Akteur. Ausbalancierung der unipolaren Welt	10
I. Die außen- und sicherheitspolitischen Beziehungen der EU aus der Perspektive von politikwissenschaftlichen Integrationstheorien .....	11
1. Außenpolitik und formale Konzeptualisierung unterschiedlicher Integrationsparadigmen .....	13
2. Die Staatenwelt in der realistischen Ausbalancierung der Ungleichgewichte .....	14
3. Der Wandel der Politik und die funktionale Ausrichtung der Außenpolitik .....	16
3.1. Supranationale Institutionen als Hauptakteure in der EU-Außenpolitik .....	17
3.2. Nachbarschaftspolitik als Erweiterung <i>light</i> ? Historischer Institutionalismus .....	17
3.3. Internationale Sozialisation. Soziale Akteursfähigkeit .....	19
3.4. Spillover – Mechanismen .....	21
3.5. Das Zusammenspiel von Austauschbeziehungen, supranationaler Organisationen und Verregelung der EU-Politik .....	22
3.6. Identität, Legitimität und Komitologie des europäischen Integrationsprozesses .....	24
4. Der Wandel der Politik im Zeichen der Globalisierung .....	26
4.1. Regionalisierung .....	26
4.2. Ausprägungen der EU-Außenbeziehungen im (Mehrebenen-) System geteilter Souveränitäten .....	29
5. Der Faktor Macht im internationalen System .....	32
II. Identität und Rolle der Europäischen Union .....	34
1. Inklusive Identität. Von der Zivilmacht zur Friedenssicherung .....	35
1.1. Das Zivilmachtkonzept .....	36
1.2. Normative Begründung .....	37
1.3. Friedenssicherung und Friedenskonsolidierung .....	39
2. Exklusive Identität. Expansion ohne Erweiterung .....	44
2.1. Modelle europäischer Integration .....	47
2.2. Veränderungen in Inhalt und Struktur der EU aufgrund Erweiterung. Konzepte differenzierter Integration .....	48
2.3. Europa der konzentrischen Kreise .....	51

Kapitel 3 – Die Europäische Union und die Herausforderungen in der Nachbarschaft – Das Konzept der Europäischen Nachbarschaftspolitik.....	56
I. Die Evolution der GASP/ ESVP .....	56
II. Politische Einheit des Begriffes „Ordnungsfaktor“ .....	59
1. Ordnungsleitbilder des regionalen und internationalen Systems .....	60
2. Instrumente und Ressourcen zur Umsetzung .....	61
3. Effizientes und legitimiertes Verfahren .....	66
III. Das Konzept der Europäischen Nachbarschaftspolitik .....	71
1. Differenzierung .....	72
1.1. Bilateralisierung der Nachbarschaftsbeziehungen .....	72
1.2. Neue Trennlinien vermeiden.....	75
1.3. Finanzierung und Nachbarschaft .....	76
2. Partnerschaft ohne Beitrittsperspektive? .....	78
2.1. Teilhabe mit Ausnahme der Institutionen .....	78
2.2. Integration in den Europäischen Binnenmarkt .....	82
3. Regionale Kooperation.....	87
4. Energiesicherheit .....	92
5. Sicherheitspolitische Dimension .....	94
5.1. Ring verantwortungsvoll regierter Staaten .....	96
5.2. Externalisierung der Bereiche Justiz und Inneres .....	97
5.3. Konfliktbewältigung, die EU und die ENP.....	100
IV. Inklusion und Exklusion in der Nachbarschaft .....	102
Kapitel 4 – Die Herausforderungen vor der ENP im postsowjetischen Raum .	108
I. Die ENP als Instrument für Demokratisierung? .....	110
1. Sozialisation der unmittelbaren Nachbarschaft.....	111
2. Der langwierige Demokratisierungsprozess der EU-Nachbarn .....	119
2.1. Ukraine auf dem Weg zur Transformation .....	120
2.2. Moldau und die Schwierigkeiten der Transformation .....	124
2.3. Der Südkaukasus und die teilweise Erhaltung des Status quo.....	127
3. Der Weg nach vorne: Freiheit, Sicherheit und Justiz.....	137
II. Sicherheitspolitische Herausforderungen und Energiesicherheit .....	143
1. Sezessionskonflikte an der europäischen Peripherie.....	144
1.1. Die Sezessionskonflikte im Südkaukasus – Abchasien, Südossetien und Nagorno-Karabach.....	146
1.2. Der Transnistrien-Konflikt.....	150
1.3. Russland: Partner oder Kontrahent? .....	152
2. Energiesicherheit und Macht – Neue Paradigmen in der ENP .....	158
III. Belarus oder der Umgang der EU mit problematischen Nachbarn.....	170
1. Die EU-Belarus Beziehungen .....	170
2. Russland-Belarus Beziehungen.....	176
3. Doppelte Dialogstrategie der EU .....	177
Kapitel 5 – Neue Perspektiven und die Vollendung des Europäischen Nachbarschaftsprozesses? .....	180

I. Die Zukunft der nachbarschaftlichen Beziehungen – Stärkung der ENP..	180
1. Stärkung der ENP: Aufbau einer Freihandelszone und Ausweitung der institutionellen Kooperation.....	180
2. Stärkung der ENP: Regionale Kooperation .....	193
2.1. Schanghai Five und Zentralasien .....	200
2.2. Die EU und Zentralasien: Die Zentralasienstrategie .....	204
2.3. Energie vs. Demokratie.....	208
2.4. Die neue „Östliche Partnerschaft“ der EU.....	209
3. Stärkung der ENP: Politischer Dialog und Reform .....	214
II. Die Zukunft der nachbarschaftlichen Beziehungen – Neue vertragliche Abkommen .....	219
III. Die Zukunft der nachbarschaftlichen Beziehungen – Eine neue nachbarschaftliche Außenpolitik ohne Russland? .....	223
Kapitel 6 – Zusammenfassung: Die EU als Akteur in der unmittelbaren Nachbarschaft? .....	232
Monografien, Buchaufsätze, Zeitschriften-, Zeitungs- und Internetartikel .....	244
Dokumente, Reden, Interviews .....	276
Anhang I.....	301
Lebenslauf .....	311

## Abkürzungen

AP – Aktionsplan

BSEC – Black Sea Economic Cooperation

CEDEFOP – European Centre for the Development of Vocational Training

CIS – Competitiveness and Innovation Framework Programme

COI – Country of Origin Information

CPVO – Community Plant Variety Office

DABLAS – Danube Black Sea Task Force

EAWG – Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft

EEA – Einheitliche Europäische Akte

EFTA – European Free Trade Association

EG – Europäische Gemeinschaft

EIB – Europäische Investitionsbank

EIDIHR – Europäisches Instrument für Demokratie und Menschenrechte

EMP – Euro-Mediterranean Partnership

ENP – Europäische Nachbarschaftspolitik

ENPI – Europäisches Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument

EPZ – Europäische Politische Zusammenarbeit

ERIT – Effectively Respond to Irregular Transit-Migration

ESVK – Europäisches Sicherheits- und Verteidigungskolleg

ESVP – Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik

EU – Europäische Union

EuGH – Europäischer Gerichtshof

EUISS – European Union Institute for Security Studies

EUROCORPS – A Force for Europe and the Atlantic Alliance

EUROFOR – European Union Force

EUROJUST – Europäische Einheit für justizielle Zusammenarbeit

EUROPOL – Europäisches Polizeiamt

EUV – Vertrag über die Europäische Union

EVA – Europäische Verteidigungsagentur

EWG – Europäische Wirtschaftsgemeinschaft

EWK – Europäischer Wirtschaftsraum

EZB – Europäische Zentralbank

FEMIP – Europa-Mittelmeer-Fazilität für Investitionen und Partnerschaft  
FRONTEX – Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen  
FYROM – Former Yugoslav Republic of Macedonia  
GAERC – General Affairs and External Relations Council  
GASP – Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik  
GDISC – General Directors of Immigration Services Conference  
GESVP – Gemeinsame Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik  
GUS – Gemeinschaft unabhängiger Staaten  
GUUAM – Georgia, Ukraine, Uzbekistan, Azerbaijan, Moldova  
HABM – Harmonisierungsamt für den Binnenmarkt  
IB – Internationale Beziehungen  
IDABC – Interoperable Delivery of Pan-European eGovernment Services to Public Administrations, Business and Citizens  
IMO – Internationale Migrationsorganisation  
INOGATE – Interstate Oil and Gas Transport to Europe  
IWF – Internationaler Währungsfonds  
JCC – Joint Control Commission/ Gemeinsame Kontrollkommission  
MEDA – Finanzinstrument der Europäischen Union zur Umsetzung der Partnerschaft Europa-Mittelmeer  
MOEL – Mittel- und Osteuropäische Länder  
NGO – Nichtregierungsorganisation  
NIF – Nachbarschaftsinvestitionsfazilität  
OECD – Organisation for Economic Co-operation and Development  
OMK – Offene Methode der Koordinierung  
OSZE – Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa  
OWZ – Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit  
PKA – Partnerschafts- und Kooperationsabkommen  
PSK – Politisches und Sicherheitspolitisches Komitee  
SCO – Shanghai Cooperation Organization  
SECI – Southeast European Cooperative Initiative  
SESAR – Single European Sky ATM Research Programme  
SIGMA – Support for Improvement in Governance and Management  
SSR – Security Sector Reform  
TACIS – Technical Aid to the Commonwealth of Independent States



TAIEX – Technical Assistance and Information Exchange

TRACECA – Transport Corridor Europe-Caucasus-Asia

VEU – Verfassungsvertrag für Europa

WEU – Westeuropäische Union

WTO – World Trade Organisation

WWU – Wirtschafts- und Währungsunion

## Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Inklusion und Exklusion in den regionalen Organisationen Anfang 2008.....	27
Abbildung 2: Die EU als friedenssichernde und friedenskonsolidierende Macht.....	39
Abbildung 3: Krisenprävention und Friedenssicherung.....	41
Abbildung 4: Europa der konzentrischen Kreise.....	54
Abbildung 5: Institutionelles Gefüge der EU.....	59
Abbildung 6: Unterstützung der ENP-Partnerländer im Rahmen des TACIS-Programmes über den Zeitraum 2000 – 2003 .....	62
Abbildung 7: Demokratierating in der europäischen Peripherie in Vergleich zu den neuen EU-Mitgliedstaaten .....	87
Abbildung 8: Erkenntnis der EU-25-Bürger in Bezug auf die ENP.....	103
Abbildung 9: Ausbau der Beziehungen (sehr und ziemlich wichtig) in Bezug auf ausgewählte Politikfelder .....	104
Abbildung 10: Index der Pressefreiheit.....	117
Abbildung 11: Entwicklung der regionalen Verteilung .....	118
Abbildung 12: Ergebnisse der Parlamentswahlen in der Ukraine (2007, 2006) .....	124
Abbildung 13: Kriterien politischer Transformation in den ENP-Staaten und Russland.....	138
Abbildung 14: Energieprojekte im eurasischen Kontext.....	161
Abbildung 15: Regionale Strukturen im Schwarzem- und Kaspischen Raum.....	163
Abbildung 16: Struktur der BSEC.....	166
Abbildung 17: EU-Hilfe Belarus.....	172
Abbildung 18: Drei-Säulen-System der Östlichen Dimension nach polnischer Begrifflichkeit.....	174
Abbildung 19: Beseitigung von Grenzen im Modell der konzentrischen Kreise.....	185
Abbildung 20: Transformation des ukrainischen Migrationssystems im Rahmen der ERIT.....	191
Abbildung 21: Failed State Index 2006.....	193
Abbildung 22: Demokratierating in der Europäischen Nachbarschaft einschließlich Zentralasien....	206
Abbildung 23: Regionalisierungstendenzen auf dem eurasischen Kontinent einschließlich Nordafrika .....	214
Abbildung 24: EIDHR-Initiativen in der Nachbarschaft.....	218
Abbildung 25: Elemente der neuen erweiterten Abkommen .....	223
Abbildung 26: Akteursqualität der EU.....	234
Abbildung 27: Die EU und die unmittelbare Nachbarschaft im Modell konzentrischer Kreise .....	235
Abbildung 28: Die EU als Akteur im Konzept der ENP.....	237
Abbildung 29: EU als friedenssichernde Macht in der Nachbarschaft .....	239
Abbildung 30: Wirtschaftliche Abhängigkeit in der GUS .....	302
Abbildung 31: Importabhängigkeit der EU von fossilen Energieträgern (Öl und Gas).....	305
Abbildung 32: Nachfrage nach Energieressourcen in der EU.....	306
Abbildung 33: Ölreserven und –produktion in der Kaspischen Region.....	306
Abbildung 34: Gasreserven und –produktion in der Kaspischen Region.....	307
Abbildung 35: Energienachfrage in Russland.....	307
Abbildung 36: Außenhandel der Republik Belarus mit Russland.....	308
Abbildung 37: Die Struktur der SCO .....	309
Abbildung 38: Sekretariatsstruktur der SCO.....	310

## Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Stand der EU-Beziehungen zu den Partnerstaaten in der „östlichen Dimension“ der ENP .	65
Tabelle 2: Inklusion und Exklusion in der Nachbarschaft .....	105
Tabelle 3: Aktionen und Maßnahmen zur Demokratieförderung und zum Menschenrechtsschutz in den ENP-Partnerstaaten .....	115
Tabelle 4: Nachhaltige Zusammenarbeit.....	140
Tabelle 5: EU-Unterstützung in Abchasien und Südossetien.....	147
Tabelle 6: Chronologie des Georgien-Krieges.....	156
Tabelle 7: ENP-Vorgaben für die wirtschaftliche Integration der ENP-Staaten.....	183
Tabelle 8: Bestimmungen über die Zusammenarbeit bei der Grenzverwaltung, Migrationsfragen und Visapolitik im Rahmen der ENP .....	189
Tabelle 9: Einige Basisdaten der SCO-Staaten.....	201
Tabelle 10: Existierende Abkommen der EU mit den ENP-Staaten (2001 – 2008). .....	220
Tabelle 11: Wirtschaftsindikatoren der ENP-Staaten.....	301
Tabelle 12: Chronologie der Sezessionskonflikte im Südkaukasus.....	304
Tabelle 13: Chronologie des Transnistrien-Konflikts.....	305

## Kapitel 1 – Einführung

*Als Zusammenschluss von 25 Staaten über 450 Millionen Einwohnern, die ein Viertel des Bruttosozialprodukts weltweit erwirtschaften, ist die Europäische Union ... zwangsläufig ein globaler Akteur. ... Europa muss daher bereit sein, Verantwortung für die globale Sicherheit und für eine bessere Welt mit zu tragen.<sup>1</sup>*

### I. Problemstellung

Die Osterweiterung der Europäischen Union (EU)<sup>2</sup> im Jahr 2004 um acht mittel- und osteuropäische Länder sowie Malta und Zypern und die Erweiterung im Jahr 2007 um Bulgarien und Rumänien stellen die größte Erweiterungsrunde in der Geschichte der Gemeinschaft dar. Infolgedessen treten neue Nachbarn auf, mit denen die EU neue Ansätze politischer und wirtschaftlicher Kooperation eingeht. Auf diese Weise setzt sich die EU mit der Herausforderung auseinander, einen neuen *eisernen Vorhang* an den neuen Grenzen zu verhindern und die externe Stabilisierung des *neuen Europas* voranzutreiben.

Diese Prämisse lässt sich direkt an der Nachbarschaftspolitik der EU als mögliche Kooperationsform überprüfen. Im Mai 2004 hat die Europäische Kommission ein Strategiepapier über die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) vorgestellt. Dieses Dokument beinhaltet die Ziele der im Dezember 2003 beschlossenen Europäischen Sicherheitsstrategie und der Strategie *Größeres Europa – Nachbarschaft*. Die ENP bezieht sich ursprünglich auf die unmittelbaren Nachbarn der EU: Algerien, Belarus, Ägypten, Israel, Jordanien, Libanon, Libyen, Moldau, Marokko, die Palästinensische Autonomiebehörde, Syrien, Tunesien und die Ukraine. Mit dem geplanten Beitritt Bulgariens und Rumäniens zu der EU im Jahr 2007, der die neue Grenze der EU an das Schwarze Meer ausgelagert hat, hat die EU-Kommission den Geltungsbereich der ENP auf Armenien, Aserbaidschan und Georgien ausgedehnt.

Das Engagement der EU in der Nachbarschaft repräsentiert einen der meist dynamischen und wichtigen Bestandteile der Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik. Demzufolge soll die EU als wichtiger Ordnungs- und Strategiefaktor im erweiterten Europa im Einzelnen und in den Internationalen Beziehungen (IB) im Allgemeinen betrachtet werden.

---

<sup>1</sup> Solana, 2003, S. 1

<sup>2</sup> Der Begriff „Europäische Union“ wird verwendet, wenn es um die Institutionen der europäischen Integration im Allgemeinen geht. EGKS, EWG oder EG werden nur im spezifischen historischen Kontext verwendet.

Das erweiterte Europa steht in Anbetracht der wirtschaftlichen (Erweiterung der Wirtschafts- und Währungsunion) sowie der politischen Integrationsprozesse (EU-Verfassung, Reformvertrag von Lissabon<sup>3</sup>) vor neuen Herausforderungen in den genannten Regionen: regionale Zusammenarbeit im wirtschaftlichen und politischen Leben, Demokratieexport, Energiesicherheit und –netze, Konfliktprävention und –lösung, Krisenmanagement und Post-Konfliktlösung, die Herstellung von *Zone of Friends*. Die geopolitischen Interessen heben ebenso die neuen Relationen zwischen Politik, Kultur und Territorium hervor. In diesem Sinne werden die geopolitischen Veränderungen in Sicherheitsangelegenheiten analysiert. Die geopolitische Lage der östlichen Peripherie stellt die Randmitglieder der EU vor neue Herausforderungen – Expansion ohne Erweiterung<sup>4</sup>. Es entwickeln sich zwei verschiedene Reaktionsmöglichkeiten:

- Bildung einer Stabilitätszone an der EU-Peripherie als Durchgangsstadium zu einer späteren Mitgliedschaft
- Bildung einer Pufferzone als Dauerzustand ohne Vollmitgliedschaft.

Die EU steht vor der Herausforderung, die Länder im Osten der Union und im Südkaukasus der Konstruktion Europa zuzuführen. Das heterogene Bild in den unmittelbaren Nachbarstaaten soll daher nicht *abschreckend* wirken, sondern das Ziel einer Gleichbehandlung durch Stärkung der regionalen Zusammenarbeit und Voranbringen der europäischen Transformation erreicht werden.

Es ist in diesem Sinne angebracht, die Herausforderungen und die Möglichkeiten der EU-Randmitglieder zu den ENP-Partnerstaaten zu diskutieren. Als Beispiele werden die Beziehungen Polens und Bulgariens zu den Ländern in der *östlichen Dimension* – die Ukraine, Belarus, Moldau, Armenien, Aserbaidschan, Georgien – angeführt. Als Konsequenz sind die EU im Allgemeinen und die Randmitglieder (Bulgarien, Polen) im Einzelnen konfrontiert, die EU-externe Peripherie zu stabilisieren und zu sichern. Desweiteren ist die erweiterte EU darum bemüht, eine kohärente, ziel- und interessenorientierte Nachbarschaftspolitik oder eine eigene *Ostpolitik* zu entwickeln.

---

<sup>3</sup> Mit 53,4 % hat Irland am 12. Juni 2008 den EU-Reformvertrag im Referendum abgelehnt. Nach dem gescheiterten Votum in Irland weigert sich auch der polnische Präsident *Lech Kaczynski* den Reformvertrag zu unterzeichnen. Obwohl in Deutschland Bundestag und Bundesrat den Vertrag von Lissabon ratifiziert haben, wartet Bundespräsident *Horst Köhler* die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes ab. Der Vertrag ist nach einem zweiten Referendum in Irland und nach der Zustimmung des polnischen und tschechischen Präsidenten zum 1. Dezember 2009 in Kraft getreten.

<sup>4</sup> Vobruba, 2005

## II. Erkenntnisinteresse und Ziel der Untersuchung

In Politik und Wissenschaft herrscht keine eindeutige Interpretation der nachbarschaftlichen Politik der EU. Unabhängig davon schafft die ENP einen neuen Rahmen der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit mit den neuen Nachbarn der Union. Sie stellt einen Ausdruck der Bestrebungen der EU dar, den Herausforderungen nach dem Fall des Kommunismus und der vollzogenen Osterweiterung Herr zu werden – verstärkte regionale Zusammenarbeit mit den Nachbarn, Demokratieexport, Krisenmanagement und Friedenssicherung, Energiepolitik. Daher ist eine ausführliche Betrachtung der ENP zu den Ländern des Südkaukasus und zu Moldau, Belarus und der Ukraine notwendig. Dadurch soll die gemeinsame einheitliche Antwort der EU auf die aktuellen Herausforderungen bekräftigt werden, sich in einer neuen Umwelt als geostrategischer Ordnungsfaktor und Verfolger einer neuen *Ostpolitik* zu etablieren.

Eine umfassende, in ihrer Komplexität begründete, Untersuchung der ENP konnte bis zum heutigen Zeitpunkt nicht ermittelt werden. Unter dieser Prämisse begründet sich der Bedarf, in der vorliegenden Untersuchung die nachbarschaftliche Politik sowie die außenpolitischen Herausforderungen der EU ausführlich zu betrachten. Diese Arbeit liefert eine Orientierung in einem zeitlichen Rahmen, welcher zwischen 2003 mit der Verabschiedung der Sicherheitsstrategie der EU und dem Strategiepapier *Größeres Europa – Nachbarschaft* und Anfang 2008 begrenzt wird.

Die geplante Untersuchung ist aus politikwissenschaftlicher Sicht im Bereich der Internationalen Beziehungen einzuordnen. Der Schwerpunkt soll auf einer politisch basierten Analyse der ENP im Einzelnen und der geostrategischen Interessen der EU im Allgemeinen liegen. Daher ist im Anliegen dieser Arbeit, welche Ziele die EU im Sinne von Stabilisierung, demokratischer Orientierung und Integration der Peripherie verfolgt. Es stellt sich allgemein die Frage, inwieweit die EU die Schaffung einer neuen *Ostpolitik* verfolgt. Die untersuchungsleitenden Fragen lassen sich dabei wie folgt formulieren:

- (1) Wie trägt die EU als Gemeinschaftsakteur dazu bei, externe Stabilisierung und Demokratisierung zu fördern und wirtschaftliche Prosperität in einem Teil Europas zu verbreiten, der nach der vollzogenen Osterweiterung direkter Nachbar der EU geworden ist?
- (2) Wie lässt sich die Effektivität aller Maßnahmen in der unmittelbaren Nachbarschaft bewerten, die ein erstarktes außenpolitisches Profil der EU vervollständigen sollen?

### III. Gang der Untersuchung

Der Gang der vorliegenden Arbeit erfolgt schwerpunktmäßig in folgenden Schritten.

In Kapitel 1 dieser Untersuchung wird zunächst die Problematik der vorliegenden Arbeit umrissen.

In Kapitel 2 der Arbeit werden zunächst unterschiedliche Integrationsparadigmen dargestellt, um den Maßstab der ENP und die einzelnen Herausforderungen der EU im Rahmen dieser Politik offenzulegen. Auf dieser Grundlage lassen sich die Entstehung, Entwicklung sowie die eingeleiteten Reformen im Rahmen der Nachbarschaftspolitik einordnen und nachvollziehen. Ausgangspunkt ist dabei die Annahme, dass der europäische Integrationsprozess eine politische Ordnung gestaltet, in der Entscheidungen und Regelungen in der Nachbarschaftspolitik von der Union mit ihren Institutionen sowie den Nationalstaaten mit ihren politischen und gesellschaftlichen Strukturen getroffen und getragen werden. Auf dieser Grundlage lassen sich die Entwicklung sowie die Herausforderungen der EU in einer neuen Umwelt nach dem beschlossenen Strategiepapier und der vollzogenen Osterweiterung einordnen.

Diese Entwicklung versucht die Bestimmung von Interessen und Präferenzen in den außen- und sicherheitspolitischen Beziehungen der EU nur dann zu erklären, wenn kollektive Identität und assoziierte Rolle in den Internationalen Beziehungen festgestellt werden. Die Aufgabe dieses Abschnittes verfolgt daher das Ziel, die Rolle der EU als politisches System unter ständiger Ausarbeitung der zu regulierenden Politikbereiche und Entwicklung interner Institutionen wie auch die Durchführung und den Vollzug der Expansion in der Nachbarschaft offenzulegen.

Im nächsten Kapitel soll auf das Konzept der ENP als Bestandteil der Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik nachgegangen werden. Die Annahme ist, dass die EU in dem theoretischen Zusammenhang als Akteur in der Außen- und Sicherheitspolitik bestimmte Ziele verfolgt, welche durch regionale Zusammenarbeit, den Prozess der Europäisierung und der Friedenssicherung erreicht werden können. Es soll jedoch der Frage nachgegangen werden, unter welchen Bedingungen eine neue Ostpolitik und eine neu definierte Geopolitik zu erreichen sind.

Daraus folgt, dass die Politik effektive und legitime Lösungen für die Probleme des Gemeinwesens realisieren kann, indem „ (...) soziale Phänomene als das Produkt von Interaktionen zwischen international handelnden – individuellen, kollektiven oder

*korporativen – Akteuren erklärt werden müssen“.*<sup>5</sup> In diesem Sinne soll der Begriff *Ordnungsfaktor* definiert werden.

- Erstens soll auf die Leitbilder als Ziele für eine normative Ordnung des regionalen und internationalen Systems eingegangen werden.
- Zweitens sollen die Instrumente und Ressourcen zur Umsetzung dieser Politik dargestellt werden.
- Und drittens wird offen gelegt, wie diese aufgrund von effizienten und legitimierten Verfahren eingesetzt werden.<sup>6</sup>

Unter Beachtung des geografischen Anwendungsbereiches, der Ziele und Instrumente sowie der Annahme von verantwortungsvoll regierten Staaten erfolgt ein Erklärungsversuch, der im Konzept konzentrischer Kreise und der Errichtung von Stabilitäts- und Pufferzonen an den neuen Grenzen der EU einzuordnen ist. Nach der letzten Erweiterung um Bulgarien und Rumänien hat die EU einen Umfang erreicht, der die außenpolitische Handlungsfähigkeit sowie den inneren Zusammenhalt der Union ohne weitere institutionelle Reformen gefährdet. Infolgedessen verändert sich der Inhalt der künftigen Nachbarschaftspolitik. Diese richtet sich auf die Ausgestaltung eines dauerhaften Verhältnisses und nicht wie bisher auf die Vorbereitung einer Mitgliedschaft aus. Der Schwerpunkt dieses Abschnitts soll darauf liegen, die Stärken und die Schwächen der ENP aufzudecken und daraus Leitbilder für die künftige Nachbarschaft zu entwickeln.

Der Kapitel 4 der Arbeit behandelt die Perspektiven und Herausforderungen der ENP im Osten (Moldau und der Ukraine) und im südlichen Kaukasus (Armenien, Aserbaidschan, Georgien). Dabei wird eine detaillierte Darstellung der Demokratieprozesse und der freiheitlichen und sicherheitspolitischen Ordnung in der Nachbarschaft aufgeführt. Die multilaterale und bilaterale Zusammenarbeit in diesen Bereichen verläuft in unterschiedlichem Maße mit den unterschiedlichen ENP-Staaten. Über die Sicherung der Außengrenze in dieser Region wird auf die schwelenden Sezessionskonflikte in Transnistrien, Nagorno-Karabach, Südossetien und Abchasien eingegangen. In diesem Zusammenhang soll festgestellt werden, dass die EU keine militärische Beteiligung anstrebt, sondern die Verantwortung als friedenssichernde Macht übernimmt.

Darüberhinaus wird verdeutlicht, dass im Rahmen der ENP neue machtpolitische Paradigmen aufgestellt werden. Im Rahmenkonzept der ENP tritt die Energiesicherheit und Energiediversifizierung stärker in Erscheinung. Infolgedessen fällt die Konzentration auf den

---

<sup>5</sup> Scharpf, 2000, S. 17

<sup>6</sup> Vgl. Wessels, 2000



Schwarzmeerraum, in dem die EU regionale Strukturen unterstützt und ausweitet und neue Kooperationsmechanismen ausarbeitet.

Am Ende dieses Kapitels befasse ich mich mit Belarus oder wie die EU mit kooperationsunwilligen Staaten in der Austragung nachbarschaftlicher Beziehungen umgeht. Im Rahmen der doppelten Dialogstrategie mit Belarus werden diese Zusammenhänge dargestellt. Eine besondere Betrachtung verdienen die strategischen Interessen Russlands in dieser Region sowie die Energiesicherheit der EU. Dieses Verhältnis soll analysiert werden und ein mögliches sicherheitsstrategisches Konzept der EU für die gesamte Region aufgezeigt werden.

Im Kapitel 5 dieser Arbeit führe ich die neuen Perspektiven im EU-Nachbarschaftskonzept heran. Dabei werden die Voraussetzungen für die Vollendung des nachbarschaftlichen Prozesses in Form der Stärkung der ENP ausgeführt: Ausweitung der institutionellen Kooperation, Aufbau einer Freihandelszone, regionale Kooperation (und unter der Berücksichtigung der Shanghai Cooperation Organisation), politischer Dialog und Reform, neue erweiterte Abkommen mit den kooperationsbereiten ENP-Staaten. Um diesen Prozess zu vollenden, sollen die Interessen und Präferenzen Russlands erörtert werden. In diesem Maß entsteht eine Projektion auf die zukünftigen Entwicklungen in der unmittelbaren Nachbarschaft.

Die Untersuchung endet mit einer zusammenfassenden Bewertung der untersuchten Thematik.

## **IV. Methoden und Formen der Untersuchung**

Ein eindeutiger Begriff über Methoden existiert in der politikwissenschaftlichen Theorie nicht. Allgemein kann festgehalten werden, dass wissenschaftliche Methoden aus der Suche nach neuen Erkenntnissen hervorgegangen sind und ein ständiger Wechsel zwischen verschiedenen Paradigmen zur Erlangung einer Erklärung von Forschungsproblemen stattfindet. Aus diesen Gründen werden im Folgenden einige Methoden, Verfahren und Techniken benannt, die zu diesem Zeitpunkt angewandt werden sollen.

- In der geplanten Untersuchung steht erstens eine politisch fundierte Analyse von Zielen, Maßnahmen und Dokumenten der EU bezüglich der ENP (qualitative Gewinnung).

Diesbezüglich sollen Veränderungen im Zeitverlauf der Erstellung der Arbeit untersucht werden. Infolgedessen soll ein theoretischer Bezugsrahmen ausgewählt werden, mithilfe dessen Variablen unmittelbar festgestellt und konkrete Sachverhalte abgeleitet werden.

Am Anfang des Modells stehen als unabhängige Variablen zunächst die territoriale Ausdehnung der EU in den Jahren 2004 und 2007 und die damit verbundene innere Verfasstheit der EU. Die Verhandlungsoptionen der EU und der Mitgliedsstaaten, die neuen Nachbarn in die Struktur der EU aufzunehmen, die sich in die Möglichkeit niederschlägt, die EU in absehbarer Zeit zu *erweitern*, bildet die erste abhängige Variable.

In diesem Zusammenhang übernimmt die EU die Rolle eines Ordnungsfaktors (zweite unabhängige Variable) in der unmittelbaren Nachbarschaft. Darunter entwickelt die EU Ordnungsleitbilder des regionalen und internationalen Systems, die über wirksame Instrumente und Ressourcen verfügen und in einem effizienten und legitimierten Verfahren eingesetzt werden. Die innere Kohärenz der EU, hervorgebracht durch ihre Größe und wirtschaftliche Stärke und die externe Auswirkung auf Drittstaaten, hervorgebracht durch den Bedarf, eine ordnungspolitische Rolle zu übernehmen, stehen in engem Zusammenhang mit der Akteursfähigkeit der EU und der EU als Akteur in den Internationalen Beziehungen. Auf diese Weise erhöht die EU ihren Einfluss in der unmittelbaren Peripherie und beansprucht die Stabilisierung der Nachbarschaft (abhängige Variable). Dies wiederum hängt von der politischen Entwicklung in der EU selbst ab: wirtschaftliche Stärke und politische Einheit.

Die Machtposition der Nationalstaaten innerhalb der EU und der EU-Institutionen, vor allem EU-Kommission und EU-Parlament und die damit verbundenen Herausforderungen der EU in der Nachbarschaft, die über eine mehrdimensionale ENP (Differenzierung, Partnerschaft, Energiesicherheit, regionale Kooperation und Sicherheitspolitik) begegnet werden, bilden die dritte unabhängige Variable. Die Inklusions- und Exklusionspolitik der EU gegenüber der unmittelbaren Nachbarschaft, die neue Stabilitäts- und Pufferzonen an den östlichen EU-Grenzen entstehen lassen, bildet die nächste abhängige Variable des Modells konzentrischer Kreise.

Die zentrale Option im Rahmen der ENP, die sich an die östlichen und südkaukasischen Nachbarn richtet, ist diese Staaten auf dem Weg zur politischen, wirtschaftlichen und sozialen Transformation zu unterstützen (unabhängige Variable). Die Regenbogen-Revolutionen in Georgien und der Ukraine haben gründlich dazu beigetragen, dass die EU nach neuen Möglichkeiten einer vertieften Zusammenarbeit mit den kooperationsbereiten ENP-Staaten in dieser Region sucht. Die geplante Unterstützung entscheidet über die Option der Vertiefung

der Beziehungen bzw. der Entscheidung zur künftigen Aufnahme in die EU (abhängige Variable).

- Aufgrund der dargestellten Thematik werden zweitens einige komplexe Probleme aufgegriffen. Infolgedessen soll mittels wissenschaftlicher Analyse die Komplexität der Fragestellung reduziert werden.

Mithilfe des Erkenntnisinteresses und der Forschungsbedingungen sollen die Herausforderungen der EU in Bezug auf die neuen Nachbarn einerseits und in der Rolle des globalen Akteurs andererseits in die Diskussion aufgenommen werden. Hierfür werden Experteninterviews (ebenfalls Telefoninterviews) und Befragungen zum Einsatz gebracht (quantitative Gewinnung), um Informationen über einzelne Tatbestände der ENP und des Engagements der EU in der unmittelbaren Nachbarschaft zu erfahren, die als wissenschaftliche Aussagen dieser Arbeit dienen.

- Die folgende Untersuchung beschäftigt sich desweiteren mit Sachverhalten, welche auf die Neuinterpretation bereits erhobener Daten und bereits verfassten Texten über die ENP beruhen.

In diesem Zusammenhang sollen die Untersuchungsgegenstände in dieser Arbeit (die Herausforderungen der EU und der ENP im post-sowjetischen Raum) in passable Aspekte, Begriffe und Dimensionen aufgeschlüsselt werden.

Angesichts der Aktualität und der Komplexität der Thematik verfügt die politikwissenschaftliche Forschung über umfangreiches, jedoch auch forschungsgeschichtlich gesehen relativ junges Material. Aufgrund dessen werden sich im Laufe der Untersuchung neue Entwicklungen zeigen und bisherige Annahmen werden zu revidieren sein. Aufgrund der Vielfältigkeit des Themenkomplexes und des diesbezüglichen Forschungsstandes wird eine vollständige Bearbeitung im Rahmen der Untersuchung nicht möglich sein. Es wird lediglich auf diejenigen Aspekte der Komplexität des untersuchten Themenbereichs eingegangen, die einen Bezug zu der Problemaufstellung aufweisen. Die nachfolgende Aufzählung beinhaltet einige Beispiele, um eine Einführung in den Forschungsstand dieser Untersuchung zu geben.

Die Einordnung der EU in die Internationalen Beziehungen bedarf der Berücksichtigung der Theorien der Internationalen Beziehungen. Im gegenwärtigen Stand der Forschung entwickeln Politikwissenschaftler wie *Wichard Woyke*, *Reinhard Meyers*, *Paul R. Viotti* und andere die Konzepte der IB.

Die Einordnung der EU als globaler Akteur beschäftigt Politikwissenschaftler wie *Klaus Schubert*, *Gisela Müller-Brandeck-Bocquet*, *Karl Kaiser*, *Andreas Bieler*, *Lynn H. Miller*,

*Charlotte Bretherton, John Vogler, Ben Rosamond* u.a. Mit der EU als globaler Akteur im Kontext des akteurzentrierten Institutionalismus beschäftigt sich jedoch auch eine Vielzahl von Wissenschaftlern. Zu nennen sind Arbeiten von *Fritz Scharpf* und *Renate Mayntz*. In dem Bereich „Expansion ohne Erweiterung“ sind Publikationen von *Georg Vobruba* zu nennen. Mit dem Prozess der Europäisierung und dem damit verbundenen Transfer von Demokratienormen beschäftigen sich Autoren wie *Michael Emerson, Stephan Leibfried, Dieter Wolf, Johan P. Olsen* etc.

Die ENP ist Bestandteil der Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik. In diesem Sinne gehen Autoren wie *Roland Danreuther, Ole Elgström, Michael Smith, Fraser Cameron, Karen E. Smith, Elfriede Regelsberger, Wolfgang Wessels* der Darstellung der EU in der Rolle als Akteur in der Außen- und Sicherheitspolitik nach.

Im Bereich der ENP und den Beziehungen der EU zu den Zielländern ist der Forschungsstand zum heutigen Zeitpunkt relativ neu und lückenhaft. Autoren wie *Iris Kempe, Barbara Lippert, Michael Emerson, Michael Piazolo, Martin Koopmann, Christian Lequesne, Markus Kaiser, Werner Weidenfeld, Nicholas Hayoz, Marise Cremona, J.H.H. Weiler, Christoph Heusgen* u.a. gehen auf diese Thematik ein. In Bezug auf Bulgarien sind Autoren wie *Antoinette Primatarova, Krassimir Nikolov* wie auch offizielle Dokumente und Beiträge der bulgarischen Regierung zu nennen.

Eine Mehrzahl der Arbeiten besteht aus Discussion, Working und Policy Papers, Analysen, Stellungnahmen, Beiträgen aus Konferenzen und verschiedenen Fachzeitschriften. Zu nennen sind *Integration, Osteuropa, European Foreign Affairs Review, International Relations, Internationale Politik, European Journal of International Relations, Journal of Common Market Studies* u.a.

Als Fazit lässt sich festhalten, dass eine Untersuchung der außenpolitischen Handlungen der Europäischen Union gegenüber den unmittelbaren Nachbarn in Osteuropa (die Ukraine, Moldau und Belarus) sowie im südlichen Kaukasus (Armenien, Aserbaidschan und Georgien) mit Blick auf die verschiedenen Reaktionsmöglichkeiten (Stabilitäts- und Pufferzone an der neuen EU-Grenze im Osten) bislang unzureichend erörtert wurde. Die vorliegende Studie will sich dieser Herausforderung stellen. Gerade auch angesichts der Tatsache, dass die EU weitere Vertiefungen der Beziehungen zu den ENP-Staaten unternimmt, bietet sich hiermit die Möglichkeit an, die Entwicklung der EU-Integration der östlichen Nachbarstaaten als ein immer wandelnder Prozess bis hin zu einer eventuellen Beitrittsperspektive herzubetrachten.

## Kapitel 2 – Die EU als globaler Akteur. Ausbalancierung der unipolaren Welt

Vor dem Zweiten Weltkrieg erlebte der europäische Kontinent ein Wechselspiel zwischen Krieg und Frieden. Diese zwei Zustände haben das politische, wirtschaftliche und soziale Leben in Europa wie auch in den USA und dem Rest der Welt dominiert und geprägt. Nach dem Zweiten Weltkrieg haben die europäischen Völker erkannt, dass eine integrierte Gemeinschaft der europäischen Staaten die richtige Antwort auf die Zerstörung und die Verbitterung eines grausamen Krieges sein kann.

Der Fall der Berliner Mauer<sup>7</sup>, der Zerfall der Sowjetunion und die Entkopplung der kommunistischen Satellitenstaaten in Ost- und Südosteuropa haben das Ende der Gleichgewichtspolitik zwischen den beiden Blöcken USA und Sowjetunion herbeigeführt. Alte Ideologiekonflikte sind mit der Auflösung der bipolaren Welt entfallen. Die heutige Welt ist nichtsdestoweniger von neuen wirtschaftlichen Unsicherheiten sowie von einem zunehmenden Konfliktpotenzial geprägt. In dieser neuen, unipolaren Weltordnung agieren die USA als einzige Supermacht, deren Stärke auf dem militärischen und wirtschaftlichen Potenzial basiert.<sup>8</sup> Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise begrenzt jedoch die Möglichkeiten der USA, die unipolare Welt weiter wie vorher zu gestalten. Die Einbeziehung aufstrebender Mächte wie Russland, China, Brasilien, die südostasiatischen Staaten wie auch die Golfstaaten bleibt unabdingbar.

In diesem Zusammenhang wirken Nationalstaaten wie Russland und China diesem Prozess aufgrund der Verfügbarkeit über Nuklearwaffen und als ständige Mitglieder des UN-Sicherheitsrates aber auch immer stärker aufgrund des ansteigenden Wirtschaftspotenzials entgegen. Im Prozess der Institutionsbildung und Erweiterung sowie der interregionalen Kooperation nach dem Zweiten Weltkrieg und vor allem nach der vollzogenen Osterweiterung im Jahr 2004 und 2007 nimmt die Europäische Union stark in Anspruch, auf die Unipolarität des heutigen Zustands der Welt zu reagieren.

Zum 1. Januar 2007 sind Bulgarien und Rumänien der EU beigetreten. Somit hat die EU die Osterweiterung, die 2004 mit dem Beitritt acht osteuropäischer Länder sowie Malta und Zypern angefangen hat, vollzogen. Jedoch ist die Union einerseits an Grenzen gestoßen, die innere Integration und Vertiefung und die Erweiterung der Gemeinschaft an die neuen Verhältnisse im europäischen Kontext anzupassen. Andererseits ist die EU danach bestrebt,

---

<sup>7</sup> Die Berliner Mauer als auch die *Großraum-These* trennen, erkennen jedoch die Präsenz der *Anderen*. Dennoch existiert außerhalb der *Hierarchie* (die westliche Welt) *Chaos* und *Anarchie*. Vgl. Tunander, 1997, S. 26 – 33

<sup>8</sup> Vgl. Batchkova/ Hrisoskulov, 2007

eine ordnungspolitische Rolle hauptsächlich in der unmittelbaren Nachbarschaft neben den USA einzunehmen. Wie lässt sich jedoch diese komplexe Konstellation europäischen Handelns charakterisieren? Zur Beantwortung dieser Frage werden in diesem Abschnitt unterschiedliche Theorieansätze vorgestellt.

## I. Die außen- und sicherheitspolitischen Beziehungen der EU aus der Perspektive von politikwissenschaftlichen Integrationstheorien

Im Laufe der Geschichte reduzierte sich kontinuierlich die Anzahl der großen Mächte auf der internationalen Bühne. Den Anfang setzten die führenden Staaten 1648 mit der Unterzeichnung des westfälischen Friedensvertrags. In der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg standen sich im internationalen System zwei Supermächte – die USA und die Sowjetunion – entgegen.

Nach dem Ende des Kalten Krieges beherrscht eine einzige Supermacht – die USA – das globale militärische und zum Teil das politische und wirtschaftliche Geschehen. In dieser komplexen Struktur des internationalen Systems erfolgt eine Ostverschiebung der Grenzen der euroatlantischen Strukturen, sodass die EU wie auch die NATO eine gemeinsame Grenze mit der Russischen Föderation bilden. Dieses zweifache Vorhaben endete mit der Aufnahme Bulgariens, Estlands, Lettlands, Litauens, Rumäniens, der Slowakei und Sloweniens im Jahr 2004 in die NATO<sup>9</sup> als auch dem Beitritt Bulgariens und Rumäniens zum 1. Januar 2007 in die EU.

Nach dem Fall der kommunistischen Regime in Mittel- und Osteuropa baut die Europäische Union ihre Gravitationsmacht für interne policy-making Prozesse und transnationale Beziehungen aus. Durch die Osterweiterung ersetzen die neuen Grenzen der EU die Ost-West-Linien des Kalten Krieges. Darüberhinaus setzt die EU einen Prozess der Übernahme von Organisationsnormen und Regeln in den Beitrittsländern in Gang, der sich jedoch auf das interne Institutionsgefüge und Gemeinschaftspolitiken der EU auswirkt.

Die politischen Voraussetzungen (*acquis communautaire*) der Osterweiterung hat der Europäische Rat von *Kopenhagen*<sup>10</sup> im Jahr 1993 gesetzt:

- ✓ institutionelle Stabilität als Garantie für demokratische und rechtsstaatliche Ordnung;
- ✓ funktionsfähige Marktwirtschaft sowie die Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften innerhalb der Union standzuhalten;

<sup>9</sup> Im Frühjahr 1999 sind Ungarn, Polen und die Tschechische Republik der NATO beigetreten.

<sup>10</sup> Europäischer Rat Kopenhagen, 21. – 22. Juni 1993, Schlussfolgerungen des Vorsitzes, S. 13

- ✓ Übernahme der aus einer Mitgliedschaft erwachsenden Verpflichtungen;
- ✓ die Fähigkeit der Union, neue Mitglieder aufzunehmen, dabei die Stoßkraft der europäischen Integration zu erhalten.

Infolgedessen stehen die westeuropäischen (und nordatlantischen) Institutionen vor der Herausforderung, die unmittelbare Nachbarschaft in das Regelwerk der demokratischen und rechtstaatlichen Prinzipien einzubinden. Dessen ungeachtet räumt die euroatlantische Erweiterung eine *Spaltung* zwischen den *alten* und *neuen* Mitgliedern – einerseits – und der unmittelbaren Nachbarschaft – andererseits – bezüglich der zukünftigen Ausgestaltung der Außenbeziehungen ein.<sup>11</sup>

In diesem umfassenden, globalen politischen Umfeld findet eine Umstrukturierung der politischen Dynamik statt. Mithilfe regionaler, unterhalb oder oberhalb der Nationalstaaten organisierten Politikentscheidungsebenen begrenzt die Europäische Union die negativen Folgen der Globalisierung. Bis zu einem gewissen Grade beeinflusst die EU auf diese Weise die Ausbalancierung der unipolaren<sup>12</sup> Welt. Mit dem Vertrag über die Europäische Union von *Maastricht* (1990/1991 ausgehandelt) und dem Vertrag von *Amsterdam* (seit 1999 in Kraft) agieren die Nationalstaaten als *Herren der Verträge* in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), der sogenannten zweiten Säule des EU-Vertragswerks, als Antwort auf die außen- und sicherheitspolitischen Konstellationen der 90er Jahre. Der Durchbruch zum Aufbau einer Gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GESVP)<sup>13</sup> gelang erst mit der Ausarbeitung des Vertragswerkes von *Nizza*. Die Präferenzen einzelner Mitgliedstaaten ebenso wie die außenpolitische Lage, in der sich die EU im Kosovo-Konflikt befand, haben zur Neugestaltung der ESVP/ GASP beigetragen.

Unter diesen Bedingungen bewegt sich die Europäische Union von dem Leitbild der Wirtschaftsmacht zu einem strategischen Novum eines außenpolitischen Akteurs, indem die neuen Unsicherheiten im internationalen System als Tangente zur Entwicklung der EU veranschaulicht werden. Daher ist die EU stets bemüht, die Rolle eines ordnungspolitischen Akteurs einzunehmen und das weltpolitische Geschehen zu beeinflussen. Diese Konfiguration

<sup>11</sup> Ausschlaggebend für diese Konstellation erweisen sich die verschiedenen Standpunkte der EU-Mitgliedsländer aufgrund des Irak-Krieges als auch die laufende Diskussion über die Stationierung eines US-Raketenabwehrsystems in Polen und der Tschechischen Republik. Vgl. zur Stationierung des Abwehrsystems: N.N., 2007a

<sup>12</sup> Unipolarität stellt die Dominanz eines einzigen Staates in den IB dar, wobei der Begriff der Multipolarität zwei oder mehrere die IB dominierende Staaten voraussetzt. Vgl. Russett/ Starr/ Kinsella, 2006, S. 87f

<sup>13</sup> Bezüglich der Einschränkungen und der Politikbereiche im Vergleich zu den vergemeinschafteten Politikbereichen der EU ist die Bezeichnung Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) zutreffend. Vgl. Algieri, 2001, S. 162. Aufgrund dessen wird der Begriff ESVP in den weiteren Abschnitten angewandt.

löst jedoch in der politikwissenschaftlichen Disziplin einige kontroverse Anhaltspunkte aus, welche allen voran die Zusammenführung der EU mit dem Begriff des ordnungspolitischen Akteurs die Diskussion veranlassen.

### **1. Außenpolitik und formale Konzeptualisierung unterschiedlicher Integrationsparadigmen**

In der Diskussion über die internationale Rolle Europas lassen sich diverse Determinanten der Internationalen Beziehungen feststellen. Ferner zeichnet sich die Außenpolitik der EU durch ihre Fragmentierung und Mehrdimensionalität aus. Die Aufgabe dieses Abschnittes ist es, das Ausmaß und den Umfang der Rolle der EU als globaler Akteur in der Weltpolitik darzustellen.

Formal setzt sich das Internationale Öffentliche Recht mit dem Begriff *Akteur* auseinander. Nach dem Westfälischen Frieden in 1648 agiert der souveräne Nationalstaat als Akteur im Internationalen Recht. Internationales Recht wird eher als „ (...) a quasi-authoritative system of communicating the assumptions of the state systems to policy-makers (...)“<sup>14</sup> betrachtet. Diese Annahme lässt sich jedoch nicht mehr zur Erklärung des Status von intergouvernementalen Organisation wie die Vereinten Nationen anwenden<sup>15</sup>, von denen die Europäische Gemeinschaft (EG) ihre Legitimität geschöpft hat. Und vor allem nach der Ratifizierung des Vertrages über die Europäische Union hat das *Drei-Säulen-System* als übergreifender Rahmen für die teilweise Etablierung einer europäischen Legitimität gedient.<sup>16</sup> Dementsprechend verfügt die EU über zahlreiche Gemeinschaftskompetenzen und tritt stärker als souveräne Nationalstaaten in der Weltpolitik auf.

Die Europäische Union ist eine internationale und dennoch integrierte Gemeinschaft, deren Gründungsmitglieder Nationalstaaten sind. Jedoch welcher Rolle kommen der EU und den Mitgliedsstaaten bei der Ausgestaltung europäischer Außenpolitik zu? Diese Frage zu beantworten verlangt die Betrachtung folgender zwei Theorien:

- der *Liberale Intergouvernementalismus*, vertreten durch *Andrew Moravcsik* und
- der *Supranationale Institutionalismus* von *Wayne Sandholtz* und *Alec Stone Sweet*.

Die beiden Theorien unterscheiden sich grundlegend in der Auffassung über den Integrationsprozess und die Rolle der EU und der Mitgliedsstaaten als Akteure. Vertreter der

<sup>14</sup> Coplin, 1969, S. 147

<sup>15</sup> Vgl. zur Erklärung des internationalen Status von den Vereinten Nationen Merle, 1987, S. 293f.

<sup>16</sup> Vgl. Bretherton/ Vogler, 2006, S. 14. In der ersten Säule (Europäische Gemeinschaften) verfügt die EU über Gemeinschaftskompetenzen, jedoch verbleiben diese Kompetenzen in der zweiten (Außen- und Sicherheitspolitik) und der dritten (Justiz und Inneres) Säule noch bei den Nationalstaaten.



intergouvernementale Theorie gehen von der Annahme aus, dass die Regierungen der Mitgliedstaaten den EU-Integrationsprozess vorantreiben und kontrollieren. Dementsprechend bleiben die Nationalstaaten die wichtigsten Akteure im Integrationsprozess und der EU wird eine zweitrangige Rolle zugeteilt. Mithilfe begrenzter Selbstbindungen sinken die Transaktionskosten gegenüber einer stärkeren Kooperation. Desweiteren erhöht sich die Effizienz von intergouvernementalen Austauschprozessen.<sup>17</sup>

Mit der Theorie des *Supranationalismus* begründen *Berthold Rittberger* und *Frank Schimmelfennig*, dass die Kontrolle über den Integrationsprozess den Regierungen entgleitet und an die EU-Institutionen übergeht.<sup>18</sup> Die Übertragung von Souveränität wird oft mit dem Begriff der *Supranationalität* in Verbindung gebracht. Dieser Begriff wird nicht einheitlich verwendet, dennoch kann Supranationalität als internationaler Zusammenschluss bezeichnet werden, welcher über völkerrechtliche Geltungsgrundlagen und staatsähnliche Wesensmerkmale verfügt.<sup>19</sup> Infolgedessen tritt die Akteursfähigkeit der EU stärker in Erscheinung.

## **2. Die Staatenwelt in der realistischen Ausbalancierung der Ungleichgewichte**

Der Begriff *Akteur* lässt sich in den Theorien der Internationalen Beziehungen wie auch im Internationalen Recht anhand der Staatlichkeit erklären. Die Theorien der Internationalen Beziehungen zeichnen sich mit einer Heterogenität aus, sodass mehrere Theorieschulen das Feld der IB überragen. In der Praxis werden jedoch zwei großtheoretische Richtungen unterschieden – *Realismus* und *Liberalismus*.<sup>20</sup>

Der *Realismus* stellt eine sehr heterogene Theorie dar. Sie bezieht sich auf die souveränen, einheitlichen Nationalstaaten als Akteure, die ihre staatliche Eigenentwicklung durch Machtmaximierung und -erweiterung sichern sowie das Staatensystem durch *Balance of*

<sup>17</sup> Vgl. Moravcsik, 1993, S. 517ff

<sup>18</sup> Vgl. Rittberger/ Schimmelfennig, 2005, S. 23

<sup>19</sup> Thalmaier, 2005, S. 169. Weitere Merkmale der *Supranationalität* sind der Vorrang und die Unmittelbarkeit des Rechts (Das Gemeinschaftsrecht wirkt ohne Umsetzung in allen Mitgliedstaaten und besitzt Vorrang gegenüber dem nationalen Recht), die Unabhängigkeit der Organe (die Möglichkeit, verbindliche Beschlüsse zu erlassen, die von allen Mitgliedstaaten befolgt werden), das Majoritätsprinzip (Beschlüsse mit Mehrheit – qualifizierter – zu erlassen), die Finanzautonomie (finanziell selbstständig von den Mitgliedstaaten) sowie eine unabhängige Gerichtsbarkeit (Der Europäische Gerichtshof gewährleistet effektiven Rechtsschutz mit Hilfe von Rechtsbehelfen). Ebd. S. 169f. Diese wichtigen Kennzeichen der *Supranationalität* bahnen sich durch die theoretischen Ansätze des europäischen Integrationsprozesses.

<sup>20</sup> Zur Orientierung in den beiden Großtheorien vgl. Krell, 2004. Meyers, 2000, S. 416 – 448. Hughes, 1997, S. 46 – 60. Viotti/ Kauppi, 1990, S. 32 – 67. Dunne/ Schmidt, 2006, S. 161 – 183. Dunne, 2006, S. 185 – 203

*Power*<sup>21</sup> stabilisieren. Insofern führt jede Veränderung im internationalen System zur grundlegenden Veränderung der Präferenzen, Ziele und Interessen der Nationalstaaten.

Dennoch eignet sich die realistische Denkrichtung nicht zur Erklärung von komplexen Interdependenzen in den IB – im Allgemeinen – und im Einzelnen innerhalb der EU<sup>22</sup> während der politischen Instabilitäten in Ost- und Südosteuropa Anfang der 1990er Jahre als auch von unterschiedlichen internationalen Akteuren<sup>23</sup>.

Ausschlaggebend für das Ergebnis internationaler Verhandlungen sind die relative Verhandlungsmacht der Akteure und die Wirkung internationaler Organisationen auf zwischenstaatlicher Ebene, welche über effektive Überwachungs- und Sanktionsverfahren verfügen. Akteure und eine Vielzahl von Akteurkonstellationen setzen sich durch ihre Handlungsorientierungen (Wahrnehmung und Präferenzen) in einer festgelegten Umwelt auseinander, in der ihre Handlungsmöglichkeiten in verschiedenen Interaktionsformen bestimmt werden. Die institutionellen Regeln und der institutionelle Kontext beeinflussen die Interaktionsformen. In diesem Zusammenhang äußern die beteiligten Akteure ihre Präferenzen angesichts des angestrebten Ergebnisses.<sup>24</sup>

Die Nationalstaaten bleiben die wichtigsten Akteure mit ihren unterschiedlichen Präferenzen innerhalb der EU zur Gestaltung von Gemeinschaftspolitiken. Demzufolge bilden die Regierungen ihre außenpolitischen Präferenzen aufgrund des Kräfteverhältnisses gesellschaftlicher Interessengruppen<sup>25</sup> und tragen sie auf zwischenstaatliche Verhandlungen über. Zum Schutz der Interessen von inländischen Produzenten und Konsumenten als auch zur Sicherung des wirtschaftlichen Nutzens treiben sie die Integration voran.<sup>26</sup> Sie kommt jedoch nur dann zustande, wenn sich die Präferenzen aneinander angleichen.<sup>27</sup> Herausleiten lässt sich, dass der Präferenzbildungsprozess am stärksten vom politischen System und von der Machtverteilung der konkurrierenden sozialen Akteure abhängt.

---

<sup>21</sup> *Balance of Power* stellt die Möglichkeit dar, Staaten in einem um Sicherheit und Macht konkurrierenden System im Gleichgewicht zu halten. Vgl. Krell, 2004, S. 174. Viotti/ Kauppi, 1990, S. 50ff

<sup>22</sup> Vgl. Keohane/ Nye, 2001, S. 20ff

<sup>23</sup> Vgl. Hocking/ Smith, 1990, S. 74f

<sup>24</sup> Vgl. Scharpf, 2000, S. 86 – 94

<sup>25</sup> Ausgangspunkt zur Rolle der Interessenverbände ist die Arbeit von *Mancur Olson, Jr.* Olson, 1968, *Die Logik des kollektiven Handelns*: Olson stellt das Gruppen- und Organisationsverhalten dar und geht von der Annahme aus, dass Gruppen, deren Mitglieder gemeinsame Interessen haben, ebenfalls das Ziel haben, diese Interessen zu verfolgen. Dies lässt sich von der Tatsache ableiten, dass einzelne Individuen in einer Gruppe von ihrem Selbstinteresse geleitet werden und sich im Eigeninteresse rational verhalten, so dass das angestrebte Ziel erreicht wird.

<sup>26</sup> Vgl. Moravcsik, 1993, S. 483 – 485

<sup>27</sup> Vgl. Wolf, 1999, S. 62

Das Zustandekommen von Interaktionen (*situationsstrukturelle Ansatz*<sup>28</sup>) lässt sich auf der Grundlage des Zusammenspiels der beteiligten Akteure<sup>29</sup>, ihrer Handlungsoptionen und ihrer Präferenzen erklären.

- Auf nationaler Ebene werden die nationalen Präferenzen bezüglich eines Politikfeldes zwischen den Regierungen und den gesellschaftlichen Akteuren angeglichen.
- Auf intergouvernementaler Ebene kommt es dann zur Institutionalisierung.

Demzufolge ist die EU in der Lage, die nationalen Regierungen zu stärken und sie mittels Integration von dem Druck nationaler Interessengruppen loszulösen.<sup>30</sup>

Im Prozess der Globalisierung der wirtschaftlichen Beziehungen erfolgt ein Prozess des Kompetenztransfers auf die europäische Ebene. Infolgedessen besteht ein Unterschied zwischen der *politischen* Außenpolitik und den wirtschaftlichen Außenbeziehungen<sup>31</sup>. Das globale Auseinanderdriften zwischen den USA und der EU erhöht diesen Unterschied noch mehr. Dementsprechend stellen der politische Wille und die Ressourcenzugänglichkeit die wichtigsten Bestandteile eines ausdifferenzierten EU-Systems dar.<sup>32</sup>

### **3. Der Wandel der Politik und die funktionale Ausrichtung der Außenpolitik**

Der *Liberalismus* hat in den IB ebenfalls eine breite Tradition erfahren. Die liberale Theorie hat nach dem Ende des Kalten Krieges wieder an Bedeutung gewonnen. In diesem Zusammenhang ist der souveräne Nationalstaat nicht mehr als einziger Akteur im internationalen System, sondern nehmen Internationale Organisationen, Individuen und gesellschaftliche Gruppen neben den Nationalstaaten ebenfalls an der Gestaltung der internationalen Politik teil.

<sup>28</sup> Vgl. Wolf, 1999, S. 64 – 67. Anders Steinhilber, 2005, S. 181. Er differenziert zwischen *Moravcsiks* Intergouvernementalismus und diesem Ansatz.

<sup>29</sup> Die Übertragung von Souveränität an die EU wurde teilweise durch den *Luxemburger Kompromiss* limitiert. Vgl. Hülshoff, 1994, S. 259. Der *Luxemburger Kompromiss* von 1966 wird auf die Politik von *de Gaulle* und seiner *Politik des leeren Stuhls* zurückgeführt. „In einem gemeinsamen Beschluss wurde dann festgelegt, dass das neue Prinzip der qualifizierten Mehrheit gelten sollte, aber dann nach dem Prinzip der Einstimmigkeit verfahren werden sollte, wenn ein einzelnes Mitgliedsland dies wünschen sollte (*Quasi Veto*).“ Vgl. Brasche, 2003, S. 29

<sup>30</sup> Vgl. Wolf, 1999, S. 62 – 63

<sup>31</sup> Einige Autoren gehen von einer *Innen-Außen-Analogie* aus. Mehr zum Thema vgl. Peters/ Wagner, 2005, S. 251f

<sup>32</sup> Vgl. Bretherton/ Vogler, 2006, S. 19f.

### 3.1. Supranationale Institutionen als Hauptakteure in der EU-Außenpolitik

Die supranationalistischen Integrationstheorien, vertreten durch *Wayne Sandholtz* und *Alec Sweet Stone*, haben ihren Ursprung in den Internationalen Beziehungen. In diesem Sinne wird EU-Politik als eine Form internationaler Politik betrachtet.<sup>33</sup> Die Übertragung von nationalstaatlichen Souveränitätsrechten an eine übergeordnete Institution bezeichnen *Wayne Sandholtz* und *Alec Sweet Stone* in der einschlägigen Literatur als *Supranationalismus*<sup>34</sup>. In diesem Sinne ist der Begriff Supranationalismus für die EU als internationale Organisation zutreffend. Sie und ihre Institutionen stehen über den Nationalstaaten und nehmen vertraglich geregelte Hoheitsrechte wahr.

Im Verlauf der Europäischen Integration hat sich eine institutionelle Eigendynamik entwickelt, welche die Regierungen weder wollen, noch rückgängig machen können. In den Mechanismen dieser Eigendynamik unterscheiden sich zwei Varianten des Supranationalismus: der *Rationalistische* und der *Konstruktivistische Supranationalismus*. Der *Rationalistische Supranationalismus* bedient sich zur Erklärung der institutionellen Eigendynamik mit den Mechanismen des *Historischen Institutionalismus* und der *Konstruktivistische* – mit den Mechanismen der *Sozialisierungstheorie*.<sup>35</sup>

### 3.2. Nachbarschaftspolitik als Erweiterung *light*? Historischer Institutionalismus

*Stephan Leibfried* und *Paul Pierson* vertreten einen historisch-institutionalistischen Ansatz, welcher „(...) die von den Akteuren nicht planbare und sich durch nicht-intendierte Nebenfolgen auszeichnende Dynamik des Integrationsprozesses betont“.<sup>36</sup> Laut *Pierson* entgleitet der Integrationsprozess der Kontrolle der Mitgliedsstaaten in viererlei Hinsicht:

- Erstens weist der Autor auf die autonome Rolle der supranationalen Institutionen hin. Institutionelle, in der Vergangenheit getroffene Entscheidungen dauern fort und bestimmen die Reformentscheidungen der Akteure in der Zukunft.<sup>37</sup>

<sup>33</sup> Einige Autoren stellen jedoch *Supranational Governance* als eigenständige Theorie in Frage. *Supranational Governance* sei ein Spiegelbild des *Liberalen Intergovernmentalismus* von *Andrew Moravcsik*. *Stone Sweet* und *Sandholtz* konzentrieren sich auf die routine Entscheidung in policy Sektoren. Die gesamte europäische Integration ist nicht nur von transnationalen und supranationalen Akteuren vorangetrieben worden, sondern auch von den nationalen Regierungen (z.B. die Integration der Sozialpolitik). Vgl. Branch/ Øhrgaard, 1999, S. 123 – 143

<sup>34</sup> Vgl. Stone Sweet/ Sandholtz, 1998, S. 8

<sup>35</sup> Vgl. Rittberger/ Schimmelfennig, 2005, S. 31

<sup>36</sup> Benner, 1998, S. 33

<sup>37</sup> Vgl. Pollack, 2004, S. 139f

- Zweitens hebt er den eingeschränkten Zeithorizont der Regierungen hervor.<sup>38</sup>
- Desweiteren entstehen nicht-intendierte Nebenfolgen. Entscheidungsträger sind sich den Konsequenzen längerfristiger Entscheidungen nicht bewusst. Die Mitgliedsstaaten sind nicht in der Lage, die hohe Intensität des Integrationsprozesses zu kontrollieren.
- Und viertens geht *Pierson* auf die im Laufe des Regierungswechsels veränderte Präferenzen ein, sodass diese Inhalt und Funktionen der bestehenden Institutionen ändern können.

Andere Autoren fügen hinzu, dass veränderte nationale Strukturen zur Veränderung der nationalen Interessen und zur Vertiefung des Prozesses der Europäisierung<sup>39</sup> führen. In diesem Sinne besitzt der Institutionen- und policy-Wechsel einen höheren politischen Effekt, welcher Spannung und Inkonsistenz zwischen den europäischen und den nationalen Strukturen erzeugt.<sup>40</sup>

Diese Auslegung gibt Anlass für *Tanja Börzel* und *Thomas Risse*, von einer *top-down*<sup>41</sup> Dimension des europäischen Institutionenbildungsprozesses auszugehen. Europäische Regulierungen beeinflussen und fordern die nationalstaatlichen Regulierungen heraus, sodass das System der EU auf die Nationalstaaten einwirkt.<sup>42</sup> In diesem Zusammenhang ist es schwierig, die entstandenen Lücken zu schließen, denn schon abgestimmte Arrangements zwischen den Mitgliedstaaten können nur durch Vertragsänderungen mit einstimmigen Beschlüssen erfolgen und diese sind mit hohen Kosten verbunden.

Dieser Ansatz eignet sich jedoch nicht zur Erklärung der Akteursfähigkeit der EU im Rahmen der ENP. Eine Eigendynamik des Europäischen Integrationsprozesses und dementsprechend eine Einbindung der Nachbarstaaten an die EU folgt nicht demselben Muster wie die Erweiterungspolitik. Wäre dies der Fall, sollte die ENP als *Erweiterungspolitik light* bezeichnet werden. Nach der erfolgreichen Erweiterungspolitik in den Jahren 2004 und 2007 steht die EU vor komplett neuen wirtschaftlichen, politischen und soziokulturellen Herausforderungen mit komplett unterschiedlichen Herangehensweisen (Eingliederung in den Binnenmarkt, Visaerleichterungen, jedoch ohne Beitrittsperspektive) an die Nachbarstaaten.

<sup>38</sup> “Denn viele der nationalen Aufgaben, welche die EU berücksichtigt, haben enorme Implikationen für die Wiederwahl (...)”. *Pierson*, 1998, S. 41

<sup>39</sup> *Risse/ Cowles/ Caporaso*, 2001, S. 15. Sie definieren *Europäisierung* als “*the emergence and development at the European level of distinct structures of governance*”. Ebd. S. 3

<sup>40</sup> *Risse/ Cowles/ Caporaso*, 2001, S. 15

<sup>41</sup> Die “bottom-up“ Dimension hebt die Rolle der Mitgliedsländer im Institutionenbildungsprozess hervor.

<sup>42</sup> Vgl. *Börzel*, 2003, S. 4ff. Vgl. desweiteren *Börzel/ Risse*, 2003, S. 57 – 73

### 3.3. Internationale Sozialisation. Soziale Akteursfähigkeit

*Internationale Sozialisation* definiert Frank Schimmelfennig als einen Prozess, der die Staaten beeinflusst, die konstitutiven Schemata und Regeln einer internationalen Gemeinschaft zu übernehmen. In diesem Verlauf verändern sich die Identität und die Interessen der nationalen und supranationalen Akteure.<sup>43</sup> Hierbei spielt Information eine wichtige Rolle, die auf die Präferenzen der beteiligten Akteure und auf den Elitenwechsel in einem Nationalstaat einwirkt.<sup>44</sup>

Die Übernahme kann in verschiedenen Formen geschehen und über unterschiedliche Mechanismen vermittelt sein. Die zentralen Mechanismen der *Sozialisationstheorie* sind *Imitations-, Überzeugungs- und Einflussprozesse*, die nur dann gelingen, wenn:

- ✓ sich der Akteur in einer neuen Umwelt befindet und bereit und motiviert ist, die Information zu analysieren;
- ✓ der Überzeuger Autorität in einer Gruppe besitzt sowie der Überzeugte sich mit dieser Gruppe identifizieren will;
- ✓ sich der Akteur in einer neuen Umwelt befindet, in der Regeln der Gruppe über Legitimität verfügen;
- ✓ der Überzeugungsprozess effektiv ist, indem der Akteur Grundsätze eines deliberativen Arguments theoretisiert<sup>45</sup>;
- ✓ die Überzeuger-Überzeugte-Wechselwirkungen in einer weniger politisierter und mehr isolierter, privater Umgebung stattfinden.<sup>46</sup>

Ableiten lässt sich, dass die europäischen Institutionen Akteure hervorbringen und sie ihnen ein grundsätzliches Verständnis ihrer Interessen vermitteln und den Weg zur Verfolgung dieser Interessen aufzeigen. Diese Akteure halten sich nicht an institutionelle Normen und Regeln, *internalisieren* diese jedoch, denn sie schätzen diese als selbstverständlich und gewöhnlich ein.<sup>47</sup>

Zwecks selbstständiger, zielgerichteter Autonomie bei der Ausformulierung von politischen Entscheidungsfindungen und Zielen bedarf der Akteur der gewissen Abgrenzung von seiner

<sup>43</sup> Vgl. Schimmelfennig, 2003, S. 401 – 427

<sup>44</sup> Johnston, 2001, S. 490

<sup>45</sup> Vgl. Checkel, 2001, S. 563. Vgl. ebenfalls March/ Olsen, 1998, S. 959

<sup>46</sup> Vgl. Checkel, 2001, S. 562 – 563. Johnston, 2001, S. 498 – 499. Das Ziel ist die Erklärung der Wechselwirkungen zwischen Kommunikation und sozialer Interaktion (Checkel, 2001, S. 564) und die erwartete Reaktion des Akteurs beim Zusammentreffen der Interessen in einer neuen Umwelt (Johnston, 2001, S. 499).

<sup>47</sup> Börzel, 2003, S. 10. Oder Veränderungen in der internationalen Umwelt führen zu Veränderungen im politischen System, sodass sich die Umwelt an die Institutionen und umgekehrt anpassen. Vgl. March/ Olsen, 1998, S. 947, S. 956

externen Umwelt.<sup>48</sup> Die Überlegungen gehen auf die These von *Cosgrove* und *Twitchett*<sup>49</sup> zurück. Die beiden Autoren definieren die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) als lebensfähiger internationaler Akteur. Der Grad der in die europäischen Institutionen implizierten und autonomen Entscheidungsfindungen, die Auswirkung auf die zwischenstaatlichen Beziehungen wie auch auf die Herausbildung außenpolitischer Politiken vor allem der Mitgliedsstaaten treten als wichtige Komponente bei der Klassifizierung der EWG als internationaler Akteur in Erscheinung.

Die erweiterte EU als internationaler und handlungsfähiger Akteur gegenüber den neuen Nachbarstaaten zu bezeichnen, gelingt nur dann, wenn das Verhältnis und die Wechselwirkung zwischen zwei Analyseobjekten: Akteur und Struktur, als Erklärung herangezogen werden. Demnach sind Strukturen nicht materiell gegeben<sup>50</sup>. Vielmehr werden sie durch die darin involvierten Akteure gebildet. Somit gewähren die Strukturen den Akteuren einen Handlungsrahmen, schränken jedoch die Handlungsoptionen der Akteure durch die Rahmenvorgabe ein<sup>51</sup>. Die Akteure erkennen ihren Handlungsspielraum und streben danach, ihn zu ihren Gunsten umzugestalten<sup>52</sup>. Insofern erweist sich der Gestaltungsspielraum als Ergebnis der wechselseitigen Einwirkungen zwischen Strukturen und Akteuren, der je nach Interessen- und Präferenzkonstellation nur vorübergehend einen stabilen Zustand erreicht<sup>53</sup>.

*Joseph Jupille* und *James A. Caporaso* nennen vier Kriterien in ihrem Actorness-Konzept<sup>54</sup>:

- ✓ Recognition (Anerkennung)

Das Kriterium der Recognition bezieht sich auf die Anerkennung als Verhandlungspartner in Interaktionen mit anderen externen Akteuren.

- ✓ Authority (Autorität; Einfluss)

Die Authority erfasst die rechtlichen Zuständigkeiten des Akteurs in einem bestimmten Politikfeld, die im Falle der EU von den Kompetenzzuweisungen der Mitgliedstaaten abhängen.

- ✓ Autonomy (Autonomie)

Autonomy bezeichnet die institutionelle Unterscheidbarkeit und Unabhängigkeit von anderen Akteuren.

<sup>48</sup> In dieser Richtung gehen die Überlegungen von Bretherton/ Vogler, 2006, S. 16f

<sup>49</sup> Vgl. Cosgrove/ Twitchett, 1970, S. 12f, S. 49

<sup>50</sup> Vgl. Wendt, 1994, S. 389. Strukturen stellen das Arrangement zwischen den Nationalstaaten und den nichtstaatlichen Akteuren dar. Vgl. Russett/ Starr/ Kinsella, 2006, S. 80f. Vgl. ausführlich über Sozialen Konstruktivismus Barnett, 2005, S. 251 – 270

<sup>51</sup> Vgl. ausführlich Sharman, 2007, S. 20 – 37. Ulbert, 2005, S. 16ff

<sup>52</sup> Vgl. Hay, 1995, S. 200; vgl. Hay/Wincott, 1998, S. 951ff.

<sup>53</sup> Vgl. Maas/Mölling, 2005, S. 7; vgl. desweiteren Bretherton/ Vogler, 2006

<sup>54</sup> Jupille/Caporaso, 1998, S. 213 - 217

✓ Cohesion (Zusammenhalt; Kohäsion)

Als viertes Kriterium führen die Autoren Cohesion ein und präzisieren es, indem sie vier Dimensionen unterscheiden. Als höchste Stufe umfasst die Wertekohäsion die Vereinbarkeit von grundlegenden Zielen. Wenn sich die Ziele voneinander unterscheiden, ein Konsens jedoch möglich erscheint, ist taktische Kohäsion gegeben. Besteht keine Übereinstimmung über die Ziele, dafür aber über die Regeln und die Vorgehensweise in Streitfragen, gehen die Autoren von prozeduraler Kohäsion aus. Diese drei Dimensionen bestimmen die vierte, die Output-Kohäsion, welche die Fähigkeit erfasst, letztendlich die Einigung der beteiligten Akteure zu erzielen.

Aus der komplexen Wechselwirkung zwischen Strukturen und Akteuren, die sich ihrerseits in einem ständigen Evolutionsprozess befinden, ergibt sich für die EU einen doppelten Charakter zwischen Struktur und Akteur. Je nach Politikbereich variiert die Gestaltung, besonders wenn die Akteure und die Strukturen unterschiedliches Gewicht und unterschiedliche Rollen besitzen. Das Zukunftsbild der EU als einheitlicher Akteur steht somit in engem Zusammenhang mit der bestehenden Interessenlage innerhalb der EU wie auch mit der Art und Weise der Gestaltung durchzuführender Politiken<sup>55</sup>. Aufschlussreich erweist sich jedoch die Konzeptualisierung *John Ruggie's* der EU als *multiperspectival polity*<sup>56</sup> in Bezug auf die Außenbeziehungen der Union, indem er die Wertbindung des Außenhandels feststellt<sup>57</sup>.

### 3.4. Spillover – Mechanismen

Die Ansätze des historischen Institutionalismus und der internationalen Sozialisation wirken sich auf die Akteursfähigkeit der EU aus, indem die genannten Bedingungen als einen *funktionalen*, einen *politischen* und einen *institutionellen* Spillover kategorisiert werden.

*Philippe C. Schmitter* verfeinert das Paradigma des *Spillover*. Spillover bezieht sich nun auf den Prozess, in dem die Mitglieder innerhalb eines gewissen Integrationschemas Maßnahmen gegen ihre Unzufriedenheit treffen. Dies ist dann der Fall, wenn sie entweder in anderen zusammenhängenden Bereichen zusammenarbeiten oder jedoch ihr Engagement im ursprünglichen Sektor verstärken, oder beides.<sup>58</sup> Somit unterscheidet *Schmitter* drei Arten von Spillover.

---

<sup>55</sup> Vgl. Rosamond, 2005, S. 478

<sup>56</sup> Ruggie, 1993, S. 172

<sup>57</sup> Vgl. Peters/ Wagner, 2005, S. 251

<sup>58</sup> Schmitter, 1969, S. 162



➤ *Funktionaler Spillover*

Im funktionalen Spillover finden die Akteure heraus, dass Gemeinschaftsaufgaben und policy-making Bereiche funktional miteinander verbunden sind. Je nach Aufgabe oder Bereich stellen die Akteure fest, dass sie A nicht (oder nur ungenügend) verwirklichen können, ohne ebenfalls B oder vielleicht auch C zu berücksichtigen. Wird nur A verwirklicht, verändert man die Verhältnisse in B und C derart, dass *joint action* notwendig ist, um negative Auswirkungen und Störungen zu vermeiden.<sup>59</sup> Der sektorale Integrationsprozess verursacht demnach Effekte. Diese wiederum bestimmen den Handlungsspielraum der Regierungen, neue Politikbereiche in den Integrationsprozess einzubeziehen, um Wohlfahrtsverluste zu vermeiden.

➤ *Politischer Spillover*

Interessengruppen bilden gemeinsam transnationale Koalitionen, um ihre Interessen auf supranationaler Ebene zu verwirklichen und damit Einfluss auf die nationalen Entscheidungsträger in Richtung Integration auszuüben. So verwickeln sich die nationalen Akteure in immer mehr kontroverse policy-making Bereiche und dabei ihre ursprünglichen Hauptziele abschätzen oder neu formulieren.<sup>60</sup>

➤ *Institutioneller Spillover*

Gegenwärtig handelt es sich um die Organe der EU, welche den auf den funktionalen und politischen Spillover fußenden Integrationsprozess instrumentalisieren.<sup>61</sup> Sie besitzen einen Informationsvorsprung in Richtung Integration und Ausbau ihrer eigenen Kompetenzen. In diesem Zusammenhang führen sie zu Übereinkünften mittels Verhandlungen zwischen den nationalstaatlichen Entscheidungsträgern. Sie tragen gleichzeitig zur Aufnahme von anderen Politikbereichen im Integrationsprozess und zur Bildung von supranationalen Koalitionen bei.

### **3.5. Das Zusammenspiel von Austauschbeziehungen, supranationaler Organisationen und Verregelung der EU-Politik**

Drei aufschlussreiche Faktoren<sup>62</sup> beeinflussen desweiteren den Prozess der europäischen Integration und somit die Akteursfähigkeit der EU:

➤ Ausweitung transnationaler Austauschbeziehungen

---

<sup>59</sup> Lindberg/ Scheingold, 1970, S. 117

<sup>60</sup> Schmitter, 1969, S. 166

<sup>61</sup> Vgl. Welz/ Engel, 1993, S. 146f

<sup>62</sup> Vgl. Fligstein/ Stone Sweet, 2001, S. 32f

Transnationale Akteure richten ihre Aufmerksamkeit nach neuen Politikregulierungen, je nachdem wie sich die transnationalen Austauschbeziehungen ausweiten. Auf europäischer Ebene werden Regelungen getroffen, von denen die gesellschaftlichen Akteure profitieren. In dieser Hinsicht üben diese Druck auf die nationalen Entscheidungsträger aus, Regelungen auf supranationaler Ebene auszuhandeln oder maximieren ihren Profit, indem sie sich an die supranationalen Organe wie z. B. Kommission oder Gerichtshof wenden.<sup>63</sup>

- Fähigkeit supranationaler Organisationen, Gesetzgebung zu generieren wie auch Bedürfnisse und Interessen der transnationalen Akteure aufzugreifen und umzusetzen

Die Fähigkeit der supranationalen Institutionen, die Regeln anhand der Gesetzgebung und der Jurisprudenz zu verändern, nimmt in der Festlegung und Ausweitung ihrer Autorität zu. Die Akteure passen ihr Verhalten an die veränderten Interaktionen innerhalb einer existierenden policy Arena an. Indem Akteure ihre policy Ziele verfolgen, entstehen Auseinandersetzungen, welche sich in einem veränderten Kontext entwickeln. Die Lösung dieser Streitigkeiten stößt einen neuen Prozess an. Seinerseits führt dieser zu neuen oder überarbeiteten Regeln. Die neuen Regeln konstituieren einen neuen Rahmen, an den sich die Akteure orientieren.<sup>64</sup>

- Folgewirkungen der Verregelung der EU-Politik

Nach der Logik der *Verregelung*<sup>65</sup> dar. Den Integrationsprozess können die Regierungen nicht vollständig kontrollieren, denn die transnationalen Akteure passen sich im Laufe des Integrationswachstums an die supranationalen Regeln und die regulierten Politikbereiche an. Es tauchen neue Akteure auf und diese üben Einfluss auf die Entscheidungen aus. Ferner entsteht ein bestimmter Handlungsspielraum für die Auslegung und Umsetzung der geschaffenen Regeln seitens der nationalen Entscheidungsträger und der supranationalen Organe.

In diesem Zusammenhang macht sind so geschaffene Regelungen von den nationalen Entscheidungsträgern schwer zu umgehen und diese bedürfen der Einstimmigkeit oder qualifizierter Mehrheit zur Änderung bestehender Politikbereiche. Der hohe Bindungsgrad der EU-Regelungen erschwert den Nationalstaaten den Austritt oder führt zur *Isolation* von Nicht-Mitgliedern. Dafür verantwortlich sind die institutionellen Hindernisse für Reformen (z. B. widerspiegeln Vertragsrevisionen anonyme Arrangements zwischen nationalen Regierungen und Ratifikation in den nationalen Parlamenten), *sunk costs* sowie der hohe Preis

<sup>63</sup> Vgl. Caporaso, 1998, S. 350

<sup>64</sup> Vgl. Stone Sweet/ Fligstein/ Sandholtz, 2001, S. 10. Vgl. ebenfalls zu der Verbindung zwischen dem europäischen Integrationsprozess und dem Rechtssystem: Stone Sweet, 2005, S. 31 – 38

<sup>65</sup> Vgl. Stone Sweet/ Sandholtz, 1997, S. 310 – 312

des Austritts. Akteure gleichen einerseits ihre Erwartungen den neuen Regeln an, sodass diese Regeln bestehen bleiben. Alte Regeln würden dementsprechend Mitgliedsregierungen zu *policy options* und zur Nichtkooperation anlocken (*sunk costs*). Andererseits erhöhen sich die Austrittskosten durch die soziale Adaption an den EU-Organen.<sup>66</sup>

Nach der Theorie des Rationalistischen Supranationalismus bleiben die nationalstaatlichen Entscheidungsträger wichtige Akteure in den supranationalen Verhandlungen. Diese übertragen Souveränität an die EU und arbeiten Verträge aus, in denen sie Regeln festsetzen. Die supranationalen Organe wie Kommission und Gerichtshof treten allerdings mächtiger in der Entscheidungsfindung auf. Dadurch sollen alle Mitglieder besser gestellt werden und das Hauptziel – *Integration* – erreicht werden.<sup>67</sup> Ändert sich jedoch das institutionelle Milieu der EU, so wird das Kräfteverhältnis innerhalb der EU neu zugeteilt und die ursprünglichen Entscheidungsträger werden ihre Präferenzen neu auslegen.<sup>68</sup> Transnationale Akteure wie Interessengruppen, Produzenten oder Konsumenten richten ihre Präferenzen an die supranationalen Organe. Ihrerseits sind diese in der Lage, ihre Kompetenzen auszuweiten und neue Politikbereiche in den Integrationsprozess einzubeziehen.

Auf allen Ebenen erscheint somit eine große Anzahl von Akteuren, deren Interaktionen als *intergouvernemental* spezifiziert werden können. In diesem Zusammenhang kann *intergouvernemental bargaining* als die Notwendigkeit nach EU-Regeln und Regulierungen verstanden werden. Integration produziert neue politische Bereiche, welche sich qualitativ von den intergouvernementalen *politics* unterscheiden.<sup>69</sup>

### 3.6. Identität, Legitimität und Komitologie des europäischen Integrationsprozesses

Der *Konstruktivistische Supranationalismus* hat noch keine eigenständige Integrationstheorie ausgebildet, kann jedoch die Europäische Integration und die Akteursfähigkeit der EU erklären. Die Integrationsbereitschaft der Akteure hängt von

- der Stärke ihrer Identifikation mit *Europa*,
- der Legitimität eines Integrationsschrittes und
- seiner Anschlussfähigkeit an politische Ideen im nationalen Rahmen ab.

<sup>66</sup> Vgl. Pierson, 1998, S. 44ff. In diesem Zusammenhang sieht Pierson einen „joint-decision trap“.

<sup>67</sup> Vgl. Lindner/ Rittberger, 2003, S. 448

<sup>68</sup> Vgl. Stacey/ Rittberger, 2003, S. 861

<sup>69</sup> Vgl. Stone Sweet/ Sandholtz, 1998, S. 12, S. 26

Jedoch kann der Integrationsprozess die Identifikation mit der EU stärken, die Legitimität weiterer Integration erhöhen und Raum für deliberative Prozesse bieten.<sup>70</sup>

Ein bestimmter Grad an *Identität* mit der EU soll vorhanden sein, damit die Integration vorangetrieben wird. Im europäischen Integrationskontext determinieren nationalstaatliche Akteure ihre Identität im EU-Entscheidungsprozess.<sup>71</sup> Mitglieder akzeptieren die Ausdehnung der Regelungen und der regulierten Politikbereiche. Dadurch wird die Identität mit der EU und Europa als gemeinsamer Raum verstärkt.<sup>72</sup> Auch Nicht-Mitglieder suchen Identität mit der EU und zeigen Bereitschaft für einen möglichen Beitritt.

*Legitimität* kann außerhalb der EU-Institutionen erzeugt werden, indem Drittstaaten die gleichen Regeln einführen. Darüber hinaus kann Legitimität innerhalb der EU-Institutionen erzeugt werden, indem die Mitgliedstaaten ihre Zugehörigkeit zu einer Union mit eigener Ideologie betonen und den Umstand akzeptieren, dass diese Institutionen ihre demokratischen und liberalen Interessen vertreten.<sup>73</sup> Infolgedessen sind die politischen Eliten an den Effekten der internationalen Kooperation und der daraus resultierenden Legitimität der EU-Institutionen interessiert.<sup>74</sup> Ein Integrationsschritt knüpft an Legitimitätsideen an, welche die kausale Wirkung von politischen Ideen und europäischer Integration als Ergebnis politischer Zusammenarbeit in Einklang bringen.<sup>75</sup> Ferner trägt die starke Verfassungstradition in den Mitgliedsländern zu dem Integrationsprozess bei, sodass diese die Prinzipien der direkten parlamentarischen Legitimität als Oberpriorität setzt.<sup>76</sup>

Letztlich behauptet der Konstruktivistische Supranationalismus, dass die eigenständigen EU-Institutionen so wie die *Komitologie*<sup>77</sup> einen Zusammenschluss für die Entwicklung neuer Formen von Interessenbildung und politischen Entscheidungen liefern. In diesem Sinne fördern und kontrollieren die europäischen Institutionen die mit dem europäischen Integrationsprozess kompatiblen Interaktionen zwischen den Mitgliedsstaaten.<sup>78</sup>

Das administrative Netzwerk der EU (und die *comitology committees* als Teil dieses Netzwerkes) zeigt Ähnlichkeiten und Unterschiede in der Form der Kooperation zwischen Nationalen und EU-Akteuren innerhalb der EU auf. Als Teil des EU-policy-Prozesses tragen diese zur Erreichung der institutionellen Balance in der EU bei. Als Vorreiter des

<sup>70</sup> Vgl. Rittberger/ Schimmelfennig, 2005, S. 39

<sup>71</sup> Vgl. Egeberg, 1999, S. 457ff

<sup>72</sup> Risse, 2003, S. 501

<sup>73</sup> Schimmelfennig, 2001, S. 66 – 67

<sup>74</sup> Vgl. Rittberger, 2003, S. 206ff.

<sup>75</sup> Vgl. Jachtenfuchs, 2002, S. 17ff. und S. 51ff.

<sup>76</sup> Wagner, 2002, S. 32

<sup>77</sup> Die Eigeninteressen der Mitgliedstaaten haben dazu geführt, dass unter dem Dach der EU-Kommission Ausschüsse entstanden, in denen Vertreter der Mitgliedstaaten an der europäischen Politik mitwirken. Vgl. Töller, 2002

<sup>78</sup> Vgl. Joerges/ Neyer, 1997, S. 279 und S. 289f.

Staatsbildungsprozesses in Europa treiben sie in dieser Hinsicht den europäischen Integrationsprozess voran.<sup>79</sup>

#### **4. Der Wandel der Politik im Zeichen der Globalisierung**

Im Zeitalter der voranschreitenden Globalisierung verändern sich Strukturen und Inhalte der zukünftigen Kooperationen zwischen den Staaten. Die Nationalstaaten gehen verstärkt *regionalen* wirtschaftspolitischen wie auch außen- und sicherheitspolitischen Bündnissen ein.

- In der Logik der Macht- und Gegenmachtbildung<sup>80</sup> wird zum einen die hegemoniale Position der Großmächte beschränkt.
- Zum anderen stärken regionale Übereinkünfte die Positionen der Nationalstaaten im Zeitalter der Globalisierung.

##### **4.1. Regionalisierung**

In der politikwissenschaftlichen Diskussion haben viele Autoren<sup>81</sup> den Versuch unternommen, *Regionalisierung* zu definieren. *Richard Stubbs* und *Geoffrey R.D. Underhill*<sup>82</sup> schlagen einen präziseren Ansatz<sup>83</sup> zur Erklärung der regionalisierenden Vorgehensweise vor. Demnach erfassen die Wissenschaftler drei Dimensionen der Regionalisierung. Bezüglich der Vielfältigkeit des Regionalisierungsprozesses treten die drei wichtigen Elemente<sup>84</sup> in der gegenwärtigen Situation regionaler Integration in Europa in Erscheinung.

- Erstens haben Staaten in einem definierbaren geografischen Raum dieselben historischen Erfahrungen im Umgang mit globalen Problemen angesammelt.

In der räumlichen Dimension stellt sich die Frage, wie sich das geographische Gebiet definieren lässt. In dieser Sicht agieren die Begriffe *Raum* und *Geopolitik* in engem Zusammenhang. Der günstige geographische Raum und der Einfluss auf die Strukturen des internationalen Systems wie auch die Entwicklung strategischer Vorteile in den Interaktionen zu den peripheren Gebieten, der Einfluss gruppenorientierter Interessen und die Wirkung von Lage und Ressourcen bestimmen entscheidend die Rahmenbedingungen ebenso das

<sup>79</sup> Wessels, 1998, S. 210ff.

<sup>80</sup> Vgl. Link, 2001, S. 81f

<sup>81</sup> Vgl. Fawcett/ Hurrell, 1995. Hurrell, 1995. Gamble/ Payne, 1996. Mattli, 1999. Hettne/ Inotai/ Sunkel, 1999. Breslin et al., 2002. *Ralf Dahrendorf* zufolge implementiert die Regionalisierung eine Gegentendenz der Globalisierung. Vgl. Dahrendorf, 1997, S. 15

<sup>82</sup> Vgl. Stubbs, 2000, S. 231 – 234

<sup>83</sup> Die beiden Autoren beschäftigen sich mit der politischen Ökonomie von Regionen und Regionalisierung, kann jedoch auch auf andere Politikbereiche und Interessen- und Aktivitätsbereiche ausgeweitet werden. Vgl. Smith, M., 2005, S. 60f.

<sup>84</sup> Vgl. Smith, M., 2005, S. 61ff. Vgl. desweiteren Thiele, 2006, S. 35 – 48

Entwicklungs- und Handlungspotenzial der Staaten in einer regionalen politischen Struktur mit.<sup>85</sup>

Am Beispiel der NATO-Erweiterung<sup>86</sup> wie auch der EU-Erweiterung um die Staaten Mittel- und Osteuropas lassen sich die geopolitische Umdefinition des *NATO-Raums* und des *EU-Raums* nach dem Zerfall der kommunistischen Regime wie auch die Überlagerung<sup>87</sup> und die Festlegung<sup>88</sup> der regionalen Grenzen verdeutlichen. Die folgende Abbildung veranschaulicht die Inklusion und Exklusion in den regionalen, euro-atlantischen Organisationen Anfang 2008.

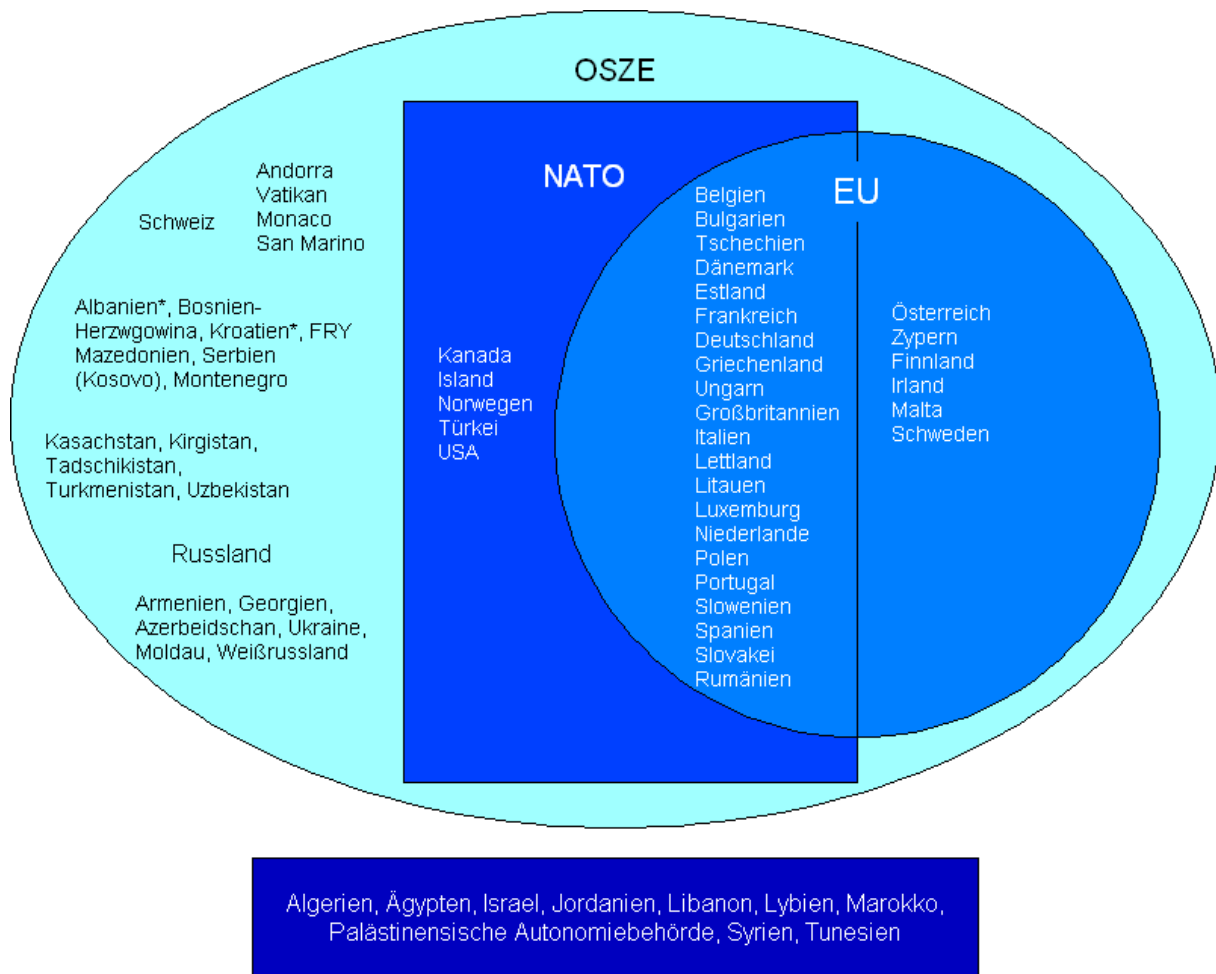


Abbildung 1: Inklusion und Exklusion in den regionalen Organisationen Anfang 2008 (\*Auf dem NATO-Gipfel 2008 in Bukarest haben die NATO-Mitglieder die Mitgliedschaft dieser Länder im Beitrittsprogramm *Membership Action Plan* beschlossen, während FYRO Mazedonien vorerst den Namensstreit mit Griechenland beilegen soll. Der Ukraine und Georgien haben die NATO-Saats- und Regierungschefs keine Beitrittsperspektive angeboten), eigene Darstellung

<sup>85</sup> Vgl. Rotte, 1996, S. 119 – 127

<sup>86</sup> Zur Geschichte der NATO-Erweiterung vgl. Hacke, 2001, S. 569 – 576

<sup>87</sup> Vgl. zur Überlagerung der Grenzen Tunander, 1997, S. 21f.

<sup>88</sup> Vgl. Schmidt, 2004, S. 980

- Zweitens identifizieren sich Staaten mit entwickelten, sich vom Rest der globalen Umgebung abgrenzenden soziokulturellen, politischen und/ oder ökonomischen Beziehungen.

Am Anfang der europäischen Integration stellt die EG eine pure Wirtschaftsgemeinschaft dar. Im Prozess der voranschreitenden Integration der Mitgliedstaaten kommen jedoch andere Bereiche in die Entscheidungsprozesse der Union hinzu, um die Modifikation der Policy-Arena<sup>89</sup> festzustellen. Die Herausbildung der GASP und der ESVP als zweite Säule des europäischen Systems weist auf die Unaufhaltsamkeit des europäischen Integrationsprozesses hin. Dessen ungeachtet, ausgehend von der unterschiedlichen Bindung der EU-Mitgliedsländer im Schengen-Abkommen (ohne Großbritannien, Zypern, Bulgarien, Rumänien und Irland, dafür Island und Norwegen als Nicht-EU-Mitglieder) oder der Beteiligung an der ESVP (ohne Dänemark), tritt ein Konzept *struktureller Kooperation*<sup>90</sup> unterschiedlicher Nationalstaaten in unterschiedlichen Bereichen in Erscheinung. In den Beziehungen zu der unmittelbaren Nachbarschaft lässt solch eine Kooperation eine präzisere Einbindung der angrenzenden Mitgliedsländer (komparativer Vorteil) als auch eine Umstrukturierung der angewandten Politiken und Ressourcen zu.

- Die dritte Dimension umfasst die Bemühungen einzelner Staaten, die sich um das Management kollektiver Aufgaben in einem definierbar geografischen Raum innerhalb regionaler Organisationen beschäftigen.

Der hohe oder der niedrigere Bindungsgrad europäischer, regionaler Organisationen bekräftigt die Kausalität der dritten Dimension, innerhalb der regionalen Zusammenarbeit den Machtanspruch der Supermächte abzuschwächen<sup>91</sup>.

Das Ausmaß regionaler Integration und Regulierungsausweitung auf andere Politikbereiche (z.B. Außen- und Sicherheitspolitik) wie auch territorialer Ausdehnung um die Staaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas und/ oder der Staaten in der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) gibt einerseits die Integration und die Balance innerhalb der EU sowie die Übernahme westlicher Normen der friedlichen Kooperation und Ausbalancierung in den außereuropäischen Regionalverbänden wieder. Andererseits befinden sich einige Länder in unterschiedlichen (auch bilateralen) Abkommen mit Drittstaaten, ohne dass der Rest innerhalb der regionalen Organisation beteiligt ist.

Die Integration in solch regionalen Organisationen (meistens unter westlicher – EU und USA – Führung) hat nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges an Intensität gewonnen. Die

---

<sup>89</sup> Vgl. Schmidt, 2004, S. 980

<sup>90</sup> Vgl. Schmidt, 2004, S. 980

<sup>91</sup> Vgl. Szempli, 2003, S. 35

internationale Ordnung droht im 21. Jahrhundert aufgrund gravierender Problemlösungsfähigkeit der westlichen Nationen im Bereich der internationalen Sicherheitsordnung<sup>92</sup> jedoch zu erodieren<sup>93</sup>. Aufgrund dessen, dass eine Kooperation in einem Weltmaßstab, so wie es sich *Theodor Roosevelt* und *Harry Truman* vorgestellt haben, immer schwieriger funktioniert (oder gar nicht)<sup>94</sup>, dominieren (oder werden dominieren) regionale Organisationen wie die NATO, EU und/ oder sogar die OSZE die internationale Ordnung im westlichen transatlantischen Raum.<sup>95</sup> Jedoch bleibt es abzuwarten, wie sich diese Konstellation weiter entwickelt. Dementsprechend sollten gewisse Aussagen revidiert werden.

#### **4.2. Ausprägungen der EU-Außenbeziehungen im (Mehrebenen-) System geteilter Souveränitäten**

Die EU ist ein komplexes, historisch einzigartiges Gebilde. Sie ist kein Staat, aber auch keine internationale Organisation. Ihre Konstruktion verbindet supranationale und intergouvernementale Elemente der Zusammenarbeit. In der politikwissenschaftlichen Europaforschung hat sich der Begriff des dynamischen Mehrebenensystems<sup>96</sup> als Bezeichnung des politischen Systems der EU etabliert, welches sich von dem eines Nationalstaates grundlegend unterscheidet. Diese Zusammenhänge stellen die Basis für den *Multi-Level-Governance –Ansatz* dar.

Demnach definiert *Markus Jachtenfuchs* die Konstruktion der EU als sui generis<sup>97</sup>. „Die EU entspricht einerseits nicht dem herkömmlichen Modell des Nationalstaates, andererseits wird es als unwahrscheinlich angesehen, dass der europäische Integrationsprozess auf einen unitarisch verfassten, hierarchisch strukturierten, soziokulturell homogenen europäischen ‚Superstaat‘ zusteuert.“<sup>98</sup>

Auf supranationaler Ebene hat sich eine neue polity Form durch Souveränitätsübertragung herausgebildet, welche jenseits der Staatlichkeit agiert: „Regieren jenseits der Staatlichkeit

<sup>92</sup> Die Kriege im Irak und in Afghanistan belegen diese Hypothese.

<sup>93</sup> Vgl. Krause, 2007, S. 8 – 20. Vgl. desweiteren Zürn, 2007, S. 21 – 31; vgl. Risse, 2007, S. 40 – 47

<sup>94</sup> Die Kooperation Russlands (damals noch der Sowjetunion) und China im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen in strittigen Fragen der internationalen Sicherheitsordnung belegt die getroffene Aussage.

<sup>95</sup> Vgl. dazu die Differenzierung zwischen offenem und geschlossenem Multilateralismus Krause, 2005, S. 219 – 238

<sup>96</sup> Vgl. Jachtenfuchs/ Kohler-Koch, 1996, S. 15f. „Die Verlagerung von Handlungskompetenzen vollzieht sich (...) durch die tägliche politische Praxis und Rechtsprechung.“ Ebd. S. 15

<sup>97</sup> Vgl. Jachtenfuchs, 1997, S. 15

<sup>98</sup> Thalmaier, 2005, S. 134



*bedeutet nicht unbedingt Regieren über der Staatlichkeit.*<sup>99</sup> Aus dieser Perspektive ist das Anliegen dieses Ansatzes, sich dem Ist-Zustand der EU unter Berücksichtigung der Besonderheiten und Grenzen der Union anzunähern<sup>100</sup> und die Verflechtungen der Institutionen auf der nationalen und der europäischen Ebene als Herausbildung des neuen Systems zu betrachten<sup>101</sup>. Aus diesem Modell<sup>102</sup> lassen sich jedoch keine Anhaltspunkte für die Ersetzung der Nationalstaaten ableiten. Vielmehr wird eine supranationale europäische Ebene hinzugefügt.<sup>103</sup> Im Entscheidungsprozess sind im Übrigen zahlreiche gesellschaftliche Akteure beteiligt.

Gary Marks, Liesbet Hooghe und Kermit Blank führen an, dass verschiedene polity in Betracht kommen, wenn der Nationalstaat nicht mehr die Entscheidungsstruktur auf EU-Ebene allein beansprucht.

- Erstens teilen sich Akteure das decision-making auf verschiedenen Ebenen. Nationalstaaten besitzen nach dem *Multi-Level-Ansatz* nicht mehr das Monopol des Entscheidungsprozesses, sondern üben die EU-Institutionen Einfluss auf das decision-making aus.
- Zweitens führt die kollektive Ausübung des decision-making Prozesses zum Kontrollverlust der einzelnen Legislativen.
- Drittens operieren supranationale Akteure auf der europäischen und der nationalen Ebene. Dieser Zustand führt zu einer Vernetzung auf beiden Ebenen. Somit bleiben die Nationalstaaten wichtige Akteure im Integrationsprozess, jedoch führen diese nicht mehr den Link zwischen supranationalen und subnationalen (regionalen) Ebenen.<sup>104</sup>

Aus dieser Perspektive ist die EU ein System kollektiver Entscheidungsfindung zu verstehen, deren Vollzug auf nationaler, supranationaler und subnationaler (regionaler) Ebene geschieht.

- Merkmale des Mehrebenensystems

Die Bezeichnung des politischen Systems der EU als Mehrebenensystem erfordert die Unterscheidung zwischen territorial organisierten Gebietskörperschaften (EU – Nationalstaat

<sup>99</sup> Jachtenfuchs, 1995, S. 124. Dies bedeutet eine Rekonstruktion des Staates mit all seinen Elementen auf einer höheren institutionellen Ebene.

<sup>100</sup> Vgl. Jachtenfuchs, 1997, S. 17

<sup>101</sup> Vgl. Thalmaier, 2005, S. 135

<sup>102</sup> Vgl. Jachtenfuchs/ Kohler-Koch, 1996, S. 21

<sup>103</sup> Thalmaier, 2005, S. 135. Dennoch könnte die EU nicht zu einem Staatenbund steuern. Ebd. S. 135

<sup>104</sup> Vgl. Marks/ Hooghe/ Blank, 1996, S. 346f

– Region) und ineinandergreifenden Handlungssystemen.<sup>105</sup> Für diese Untersuchung ist die zweite Dimension plausibel, welche die Regulierung der europäischen Politik auf übergreifenden Ebenen behandelt. *Marks*, *Hooghe* und *Blank* definieren zunächst die europäische Integration als Prozess der *Polity* (alle normativen und strukturellen Elemente der Politik). In diesem Prozess teilen die verschiedenen Ebenen, etwa die subnationale (regionale), nationale und supranationale Ebene, Autorität und Einfluss auf das decision-making.<sup>106</sup> In diesem Zusammenhang stellen *Jachtenfuchs* und *Kohler-Koch* folgende Merkmale des Mehrebenensystems fest:

- ✓ *Verteilung staatlicher Kompetenzen auf mehreren Ebenen*
  - ✓ *die gewichtige Rolle nationaler Entscheidungsträger bei der Formulierung europäischer Politik*
  - ✓ *die Bedeutung des nationalen Machtwettbewerbs*<sup>107</sup>
- Konzeptualisierung der EU als Multi-Level-Governance System

Nach dem Konzept des *Multi-Level-Governance* –Ansatzes stellt die EU ein komplexes politisches System dar, in dem die nationalen, supranationalen und subnationalen Ebenen miteinander verbunden sind. „Dies bewirkt eine Veränderung nationaler politischer Strukturen, Prozesse und Politikinhalte.“<sup>108</sup> In diesem Ansatz gehen die Forscher weiterhin davon aus, dass „(...) die europäische Integration zu einer grundlegenden Transformation des Nationalstaates in Europa geführt hat“.<sup>109</sup> Die Mechanismen in den Verträgen sind so ausgerichtet, um den Kampf um die Souveränität und die Kontrolle der Mitgliedsländer mit dem Bedarf an effizientem und kollektivem decision-making zu vereinbaren.<sup>110</sup> Es entsteht ein neues politisches System ohne Machtzentrum, dennoch mit Machtverteilung auf den drei Entscheidungsebenen.

Das Integrationsziel steht nicht im Mittelpunkt des Ansatzes. Eher, auszugehen von den zurückliegenden Vertragsrevisionen und Erweiterungen, liefert der Integrationsprozess keine grundlegenden Änderungen des Charakters und der Natur der politischen Ordnung der EU.<sup>111</sup>

<sup>105</sup> Vgl. Kohler-Koch/ Conzelmann/ Knodt, 2004, S. 170 sowie Grande, 2000, S. 14

<sup>106</sup> Marks/ Hooghe/ Blank, 1996, S. 342. Es geht um Entmonopolisierung vormals exklusiver nationalstaatlicher Kompetenzen. Vgl. Varwick, 2006, S. 70

<sup>107</sup> Vgl. Jachtenfuchs/ Kohler-Koch, 1996, S. 23 – 34. Jachtenfuchs, 1997, S. 16 – 29. Kohler-Koch/ Conzelmann/ Knodt, 2004, S. 171 – 176

<sup>108</sup> Jachtenfuchs/ Kohler-Koch, 1996, S. 29

<sup>109</sup> Thalmaier, 2005, S. 151

<sup>110</sup> Jachtenfuchs/ Kohler-Koch, 2004, S. 103. In diesem Zusammenhang sind die Nationalstaaten und die EU-Institutionen wichtige Akteure beim „joint decision-making“. Ebd. S. 103

<sup>111</sup> Vgl. Jachtenfuchs/ Kohler-Koch, 1996, S. 21

Der Ansatz berücksichtigt die Reorganisation wie auch die Neuverteilung der herkömmlichen Kompetenzen im Bereich der GASP zwischen der supranationalen EU (Kommission, Parlament)-, der nationalstaatlichen und der Regionalebene sowie die Pluralisierung und Hierarchisierung von Souveränitäten. Grenzüberschreitende Probleme wie Migration, Rohstoffabhängigkeit und Drogenhandel verlangen oftmals Antworten auf europäischer, aber auch regionaler Ebene. Das EU-Institutionssystem nimmt in die Entscheidungsregulierung diejenigen Ebenen auf, welche sich flexibel und subsidiär in der Entscheidungsfindung partikularer Interessen für das Gemeinwohl erweisen.<sup>112</sup>

### 5. Der Faktor Macht im internationalen System

Die Internationale Politik ist stets durch das Streben um *Macht* gekennzeichnet. Somit ist *Macht* ein Grundphänomen der Internationalen Beziehungen und lässt einige Auslegungen zu. *Max Weber* definiert Macht als „(...) jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel worauf diese Chance beruht“.<sup>113</sup> Nach *Hans Morgenthau* stellt *Macht* „(...) die Herrschaft von Menschen über das Denken und Handeln anderer Menschen (...)“<sup>114</sup> dar. Die psychologische Beziehung zwischen denen, die Macht ausüben, und denen, über die Macht ausgeübt wird<sup>115</sup>, weist das wichtigste Merkmal der *Macht* auf. In der inneren Verfasstheit des Staates liegt der Bedarf, sich einer Gesamtheit potenzieller Gegner überlegen zu fühlen. Dadurch entstehen Ungleichheiten in der Struktur des internationalen politischen Systems. Darüberhinaus werden die hierarchischen Beziehungen innerhalb des Systems deutlich<sup>116</sup>.

In der heutigen Welt, so *Joseph S. Nye*, variiert die Distribution von Macht je nach Kontext. Die Distribution ähnelt einem dreidimensionalen Schachspiel. Auf dem höchsten Schachbrett befindet sich die Militärmacht, die meistens noch unipolar (amerikanisch) geprägt ist. Jedoch ist auf dem mittleren Schachbrett die Wirtschaftsmacht, die schon seit mehr als einem Jahrzehnt multipolar ist. Die USA, die EU, Japan und China teilen sich die Macht als stärkste Wirtschaftsnationen. Das unterste Schachbrett ist der Bereich der grenzübergreifenden Transaktionen, die der staatlichen Kontrolle entgleiten. Dazu gehören nichtstaatliche Akteure

<sup>112</sup> Vgl. Batchkova/ Hrisoskulov, 2007. Aus dieser Perspektive stößt die Politikverflechtung an Grenzen, welche einerseits von der Zahl und Homogenität der beteiligten Akteure gesetzt werden. Andererseits sind diese Resultat der Konkurrenzsituationen um Einfluss und Macht zwischen den einzelnen Ebenen. Vgl. Benz, 1998, S. 563f.

<sup>113</sup> Weber, 1972, S. 28

<sup>114</sup> Morgenthau, 1963, S. 71

<sup>115</sup> Vgl. Morgenthau, 2005, S. 30. Vgl. ebenso Russet/ Starr/ Kinsella, 2006, S. 104f.

<sup>116</sup> Die engere Verflechtung zwischen Macht und Autorität erweist sich als grundlegend für die Legitimität einer Regierung und – im Fall der EU – des Regierens auf EU-Ebene. Vgl. Miller, 1994, S. 89f.

wie Banken oder, die andere Extreme, Terroristen, die eine Menge an Geld oder Waffen transferieren.<sup>117</sup>

Als primäre Merkmale der Macht eines Staates treten das *ökonomische (wirtschaftliche)* und *militärische* Potenzial in Erscheinung.<sup>118</sup> Diese objektiven Faktoren der Macht werden desweiteren von der Bereitschaft die Macht zu übernehmen, dem *Willen zur Macht*, ergänzt.<sup>119</sup> Dennoch inkorporiert die Vorstellung von Macht in der EU, anders als in den USA, eine Reihe von Gesetzen und Regeln, transnationalen Verhandlungen und internationalen Kooperationen.<sup>120</sup>

Im Zeitalter des Terrorismus und vor allem nach dem 11. September 2001 und dem Anschlag auf das World Trade Center hängt das *militärische* Potenzial eines Staates nicht nur von der Anzahl der Waffen und Truppen, sondern auch von deren fortgeschrittener und ständig ausgebauter Technik und Einsatzmöglichkeiten ab. In dieser Hinsicht ist jedoch von Bedeutung, inwiefern der Staat eigenständig in der Rüstungsindustrie auftritt.

- Die Inkorporierung der militärischen Macht in der GASP/ ESVP resultiert einerseits aus der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und den Nicht-Mitgliedern in militärischen Einheiten als auch im Einsatz ziviler Kräfte in den Krisenregionen der Welt wie Bosnien-Herzegowina, FYRO Mazedonien, der Demokratischen Republik Kongo etc.
- Andererseits erfolgt diese Zusammenarbeit in der unterschiedlichen Bindung an die NATO, denn nicht alle Mitglieder der EU gehören dem Nordatlantischen Bündnis an.

Weitere wichtige Merkmale der *wirtschaftlichen* Macht des Staates sind nicht nur die Höhe des Bruttoinlandsproduktes sondern auch die Ressourcenunabhängigkeit von anderen Staaten (wie z.B. Energie, Erdgas, Erdöl usw.), der technische Fortschritt bis hin zur demografischen Entwicklung.

Die wirtschaftliche Macht der EU basiert auf dem privilegierten Zugang zum einheitlichen Wirtschaftsraum wie auch auf der hohen Investitionsattraktivität. Ohne weiteres ergeben sich daraus auch politische Prioritäten<sup>121</sup>. Insofern tritt die *Mehrdimensionalität*<sup>122</sup> der EU-Außenbeziehungen in Erscheinung. Der EU kommen zum Beispiel Kompetenzen aus der

<sup>117</sup> Vgl. Nye, 2009

<sup>118</sup> Vgl. Hättich, 1990, S. 152. *Hättich* definiert die Macht eines Staates als „ (...) die Differenz zwischen bilanzierten Abhängigkeiten und Einflussmöglichkeiten, zwischen aktiver und passiver Bestimmtheit seiner Außenpolitik.“ Ebd. Ebenso über das wirtschaftliche und militärische Potenzial vgl. Russett/ Starr/ Kinsella, 2006, S. 110ff. Hughes, 1997, S. 79 – 88

<sup>119</sup> Vgl. Brzezinski, 1994, S. 107 sowie Piazolo, 2006, S. 12

<sup>120</sup> Vgl. Kagan, 2004, S. 9. Dennoch bleibt die Frage nach dem Endzustand der EU offen, die noch nicht die Form eines souveränen Nationalstaates eingenommen hat. Vgl. Kennedy, 1989, S. 695ff.

<sup>121</sup> Vgl. Bretherton/ Vogler, 2006, S. 34

<sup>122</sup> Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet, 2000, S. 29 – 44. Koutrakos, 2001, S. 223

zweiten Säule (GASP) zu, Sanktionen einzuführen, jedoch sind die Instrumente zur Umsetzung aus der ersten Säule (Europäische Gemeinschaften) zu legitimieren.

Weitere objektive bzw. subjektive Elemente der Macht sind

- ✓ der Besitz natürlicher Ressourcen,
- ✓ die geographische Lage<sup>123</sup>,
- ✓ die Bevölkerungsgröße,
- ✓ die kulturelle Anziehungskraft sowie
- ✓ die Legitimität der Regierung und die Qualität der geführten Diplomatie und Verhandlungen<sup>124</sup>.

Die Qualität der Diplomatie<sup>125</sup> und die Verhandlungen mit Drittstaaten (politischer Dialog) und Internationalen Organisationen wie die Vereinten Nationen oder die World Trade Organisation (WTO) bestimmen eindeutig die Fähigkeit der EU-Institutionen, sich im internationalen System zurechtzufinden und die Verfolgung der Gemeinschaftsinteressen zu bewahren. Die politische Koordination innerhalb der EU ermöglicht das sichere und einheitliche Auftreten auf der Szene der IB. In diesem Kontext kommt der EU-Kommission und ihren Vertretern eine immense Rolle zu.

## II. Identität und Rolle der Europäischen Union

Die Bestimmung von Interessen und Präferenzen in den außen- und sicherheitspolitischen Beziehungen der EU lässt sich nur dann erklären, wenn kollektive Identität und assoziierte Rolle in den Internationalen Beziehungen festgestellt werden. Der *Vertrag über die Europäische Union* (Art. 6, 1 – EUV)<sup>126</sup> baut auf die Grundsätze der Freiheit, der Demokratie, der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie der Rechtsstaatlichkeit als kollektive Identität der Gemeinschaft auf.

Die Aufgabe dieses Abschnittes verfolgt daher das Ziel, die Rolle der EU als politisches System unter ständiger Ausarbeitung der zu regulierenden Politikbereiche und Entwicklung interner Institutionen wie auch der Durchführung und des Vollzugs der Expansion in der

<sup>123</sup> Vgl. ausführlich über die geographische und demografische Lage Russet/ Starr/ Kinsella, 2006, S. 74, S. 108ff.

<sup>124</sup> Vgl. ausführlich über Diplomatie und Verhandlungen Hughes, 1997, S. 89 – 94. Holsti, 1995, S. 130 – 149. Russet/ Starr/ Kinsella, 2006, S. 120 – 124

<sup>125</sup> Die Konsolidierung der nationalstaatlichen Diplomatie mit der strukturellen Diplomatie der EU lässt bei einigen Autoren die Auslegung der EU als *diplomatischer Akteur* zu. Vgl. Keukeleire, 2003, S. 31 – 56

<sup>126</sup> Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, 2002, S. 11

Nachbarschaft offenzulegen. In diesem Zusammenhang kann zudem der von *Johan P. Olsen* angeführte Begriff der *Europäisierung*<sup>127</sup> angewandt werden.

Dieses Konzept erklärt die Dynamik europäischer Regierungsformen als einen außerordentlichen Prozess

- ✓ der Veränderung an den Außengrenzen der EU,
- ✓ der Institutionsentwicklung auf EU-Ebene,
- ✓ der Verlagerung der Verantwortung zwischen verschiedenen Regulierungsebenen,
- ✓ es Exportes politischer Organisationsformen wie auch
- ✓ der wechselseitigen Auswirkungen zwischen EU-Governance und Governance außerhalb der territorialen Grenzen.

Demzufolge wird das Problem der Identität der sich erweiternden Union einerseits als Abgrenzung und Differenzierung zu anderen politischen Konstrukten und andererseits als exklusive Gemeinschaft dargestellt.<sup>128</sup> Dennoch stellen die Beziehungen der EU zu den unmittelbaren Nachbarn nach der Osterweiterung kein Substitut zur bisherigen Erweiterungspolitik dar, sodass mehr eine neue Art von bilateralen und multilateralen Beziehungen die politische und inhaltliche Lücke zwischen der Erweiterungspolitik und der Nachbarschaftspolitik schließt.

### **1. Inklusive Identität. Von der Zivilmacht zur Friedenssicherung**

Die Europäische Union ist eine Gemeinschaft, welche kollektive Werte als oberste Prinzipien in der Gestaltung europäischer Politik wahrnimmt. Die Selbstbestimmung der politischen Rolle der EU lässt eine Differenzierung von dem Rest der Welt zu, verlagert jedoch ihre Gültigkeit auf Nichtmitglieder. Ihrerseits sind sie in der Lage, an den gemeinsamen Grundsätzen teilzuhaben<sup>129</sup>. Dieser Prozess geschieht in unterschiedlichster Weise und nimmt unterschiedliche Formen von Einfluss- und Handlungsmöglichkeiten an, jedoch unterscheidet sich konzeptuell von der Art und Weise der Durchführung. Aus diesem Grund werden in diesem Abschnitt verschiedene Konzeptualisierungen der EU dargestellt, um einen Rahmen für die Beziehungen zu den ENP-Staaten offenzulegen.

---

<sup>127</sup> Vgl. Olsen, 2002, S. 922ff. Vgl. ebenfalls Featherstone, 2003, S. 5 – 19

<sup>128</sup> Vgl. Bretherton/ Vogler, 2006, S. 37ff.

<sup>129</sup> Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 2004, S. 12

### 1.1. Das Zivilmachtkonzept

Die Darstellung der EU als einzigartiger Akteur in den IB geht auf die Arbeit von *Francois Duchene*<sup>130</sup> und seine *Zivilmacht-These* zurück. Die komplexen Anziehungs- und Abstoßverhältnisse verschaffen der Europäischen Gemeinschaft nach der vollzogenen Erweiterung um Griechenland, Portugal, Spanien und einschließlich Großbritannien neue *zivile* Einfluss- und Handlungsmöglichkeiten (zivile Machtformen) wie auch einen breiteren Wirkungsbereich bei der *Domestizierung* der zwischenstaatlichen Beziehungen.

- Zivil im Sinne von *zivilere Macht* beschreibt einerseits nicht nur die EG, sondern auch die gegenwärtige Europäische Union als politisches Zivilisationsmodell.
- Und zweitens wird zivil im Zusammenhang von *Nichtanwendung militärischer Mittel* verwendet.
- Gleichzeitig wird den wirtschaftlichen, kulturellen und diplomatischen Maßnahmen oberste Priorität gegeben.<sup>131</sup>

Infolgedessen geht die EU internationale Kooperationen ein und übernimmt Verantwortung über grenzüberschreitende Probleme im Einklang mit den Bestimmungen des Internationalen Öffentlichen Rechts. Zumal die demokratische Kontrolle schwer definierbares, jedoch dahingehend gestelltes Instrument einer *Zivilmacht* darstellt, setzt *Christopher Hill* voraus, dass Zivilmächte disponiert sind „ (...) *to envisage open diplomacy and to encourage a more sophisticated public discussion to foreign policy matters*“.<sup>132</sup>

Demzufolge ist es wichtig, wie die Akteure die Mittel einsetzen, um ihre Ziele zu erreichen. *Joseph S. Nye* bezeichnet diese Möglichkeit als *soft power*. „*A country may obtain the outcomes it wants in world politics because other countries – admiring its values, emulating its example, aspiring to its level of prosperity and openness – want to follow it.*“<sup>133</sup> Im Gegensatz zu *hard power*<sup>134</sup> beeinflusst die Attraktivität der Maßnahmen und nicht Sanktionen oder Drohungen das Ergebnis.

Das Leitbild *Zivilmacht* lässt sich im *Vertrag über die Europäische Union* (Titel V, Art. 11 – EUV) in den Bestimmungen über die GASP auffinden: die Wahrung der gemeinsamen Werte, der grundlegenden Interessen, der Unabhängigkeit und der Unversehrtheit der Union im Einklang mit den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen, die Stärkung der Sicherheit

<sup>130</sup> Vgl. Duchene, 1973, S. 11 – 35. Bei *Hanns W. Maull* umfasst die *Zivilmacht-These* die Entprivatisierung von Gewalt, die Kontrolle des Gewaltmonopols und die Herausbildung von Rechtsstaatlichkeit, die Schaffung von Interdependenzen und Affektkontrolle, Formen demokratischer Beteiligung, soziale Gerechtigkeit wie auch konstruktive politische Konfliktkultur. Vgl. Maull, 2006, Internetartikel

<sup>131</sup> Vgl. Nicolaidis/ Howse, 2002, S. 770f

<sup>132</sup> Vgl. Hill, 1990, S. 44

<sup>133</sup> Nye, 2004, S. 5

<sup>134</sup> Vgl. Campbell/ O'Hanlon, 2006

der Union in allen ihren Formen, die Wahrung des Friedens und die Stärkung der internationalen Sicherheit entsprechend den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen sowie den Prinzipien der Schlussakte von Helsinki und den Zielen der Charta von Paris, einschließlich derjenigen, welche die Außengrenzen betreffen, die Förderung der internationalen Zusammenarbeit, die Entwicklung und Stärkung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten.<sup>135</sup>

## 1.2. Normative Begründung

Mit der Einführung der Europäischen Politischen Zusammenarbeit<sup>136</sup> (EPZ) in 1970 und ihre Institutionalisierung durch die Einheitliche Europäische Akte (EEA) in 1987 wurde das abgestimmte Verhalten der Mitgliedstaaten in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik angestrebt und die EU als außenpolitischer Akteur *normativ* betrachtet. Ian Manners zufolge hat die EU als *normative Macht* "(...) an ontological quality to it – that the EU can be conceptualized as a changer of norms in the international system; a positivist quantity to it – that the EU acts to change norms in the international system; and a normative quality to it – that the EU should act to extend its norms into the international system"<sup>137</sup>. Die Normorientierung basiert auf den Gründungsverträgen wie auch ihrer Überarbeitung, welche den Ausgangspunkt für die Entwicklung und Fortführung der gegenwärtigen GASP darstellen.

In dieser Auslegung wird das außenpolitische Handeln der EU in dem Ausmaß motiviert und relativiert, sodass Drittstaaten dieses Handeln zur Lösung bestehender Konflikte und Probleme anerkennen. Somit übernimmt die EU die Rolle eines eigenständigen Akteurs in den Internationalen Beziehungen gegenüber Nicht-EU-Mitgliedern.<sup>138</sup> Dabei gründet die EU ihre normative Macht auf Kernwerte, die nach Manners Auffassung Frieden, Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Achtung der Menschenrechte sind.<sup>139</sup>

Lässt sich jedoch die gegenwärtige Situationslage der EU in der unmittelbaren Nachbarschaft anhand der *Zivilmacht-These* oder aus *normativer* Betrachtungsweise allein beschreiben? Diese Ansätze bringen die eigenständige Identität der EU hervor, dennoch vernachlässigen das einheitlich auftretende, außen- und sicherheitspolitische Handeln der EU in Bezug auf die unmittelbaren Nachbarn. Im Zeitalter der *Globalisierung des Terrorismus*, der

<sup>135</sup> Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, 2002, S. 13f

<sup>136</sup> Mehr zur EPZ vgl. Bingle, 1989, S. 273 – 294

<sup>137</sup> Manners, 2002, S. 252

<sup>138</sup> Vgl. Manners, 2004, S. 6f.

<sup>139</sup> Vgl. Manners, 2002, S. 242. Dieselben finden sich im *Verfassungsvertrag für Europa* (Titel I, Art. 1 – 3, VEU) wieder. Vgl. Vertrag über eine Verfassung für Europa, 2004, S. 9



grenzüberschreitenden Kriminalität und Umweltprobleme sowie des staatenübergreifenden, ethnischen Konfliktpotenzials der Peripherieregionen bedarf der Neukonzeptualisierung der Rolle und der Identität der EU. Die Handlungsfähigkeit der Außen- und Sicherheitspolitik der EU wird stets den einzelnen Mitgliedern als Teil der NATO oder als ständige Vertreter bei den Vereinten Nationen anvertraut. Infolgedessen benötigt das vereinte Europa eine von den USA unabhängige, sicherheitspolitische Ausrichtung der Außenpolitik<sup>140</sup>.

Die explizit komplizierte Sicherheitslage auf dem Balkan, die Erhebung der Selbstidentität und das Manifest des Nationalismus in Russland, die Konzeptualisierung einiger Nachbarstaaten wie Belarus als *failing states*, der Unfrieden und die Erosion der staatlichen Strukturen im Nahen und Mittleren Osten, die Terrorismusgefahr lassen erkennen, dass die Wahrnehmung von Einfluss in den IB nicht ohne die Anwendung militärischer Mittel und den Einsatz militärischer Strukturen geschieht. Dieser fundamentale Wandel<sup>141</sup> bewegt sich jedoch auf eine schmale Linie in den Beziehungen zu NATO und den USA, zu den Konsolidierungstendenzen in Russland wie auch in den benachbarten Regionen.

Als Ausgangspunkt wird das Ideal-Szenario einer Zivilmacht unter Einsatz von militärischen Mitteln und Strukturen in der Aufarbeitung wie auch der Konsolidierung von Frieden und Stabilität an den Außengrenzen (Peripherie) der EU angewandt. *Hans-Georg Erhart* zufolge wäre dann die EU „ (...) weder ein ausschließlich auf zivile Mittel setzender Akteur noch würde sie im Stil und mit dem Mittel einer klassischen Großmacht militärische Machtpolitik verfolgen. Vielmehr wäre es ein internationaler Akteur, der die ganze Palette seiner Fähigkeiten für Prävention und konstruktive Bearbeitung von Gewaltkonflikten im Rahmen internationaler governance-Strukturen einbringt“<sup>142</sup>.

Die folgende Abbildung stellt die EU als friedenskonsolidierende und friedenssichernde Macht dar.

---

<sup>140</sup> Vgl. Woyke, 1989, S. 178f.

<sup>141</sup> Vgl. Regelsberger/ de Schoutheete de Tervarent/ Wessels, 1997, S. 7ff

<sup>142</sup> Erhart, 2003, S. 144. *Andrew Moravcsik* sieht jedoch den Erfolg der europäischen Außenpolitik nicht in der Anwendung militärischer Mittel, sondern in der Zivilstärke. Vgl. Moravcsik, 2007, FAZ-Interview

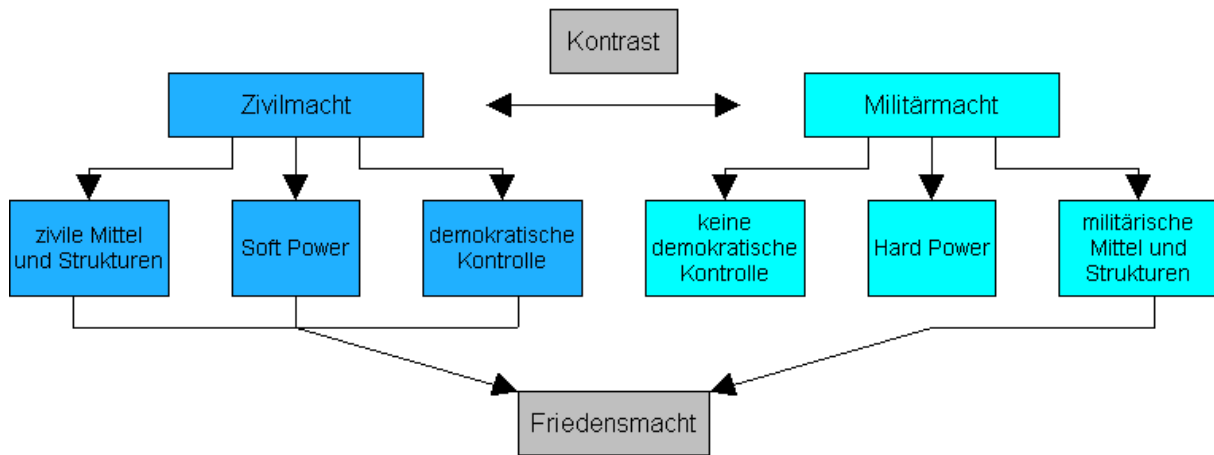


Abbildung 2: Die EU als friedenssichernde und friedenskonsolidierende Macht, eigene Darstellung

### 1.3. Friedenssicherung und Friedenskonsolidierung

Die Folgen des Krieges im ehemaligen Jugoslawien als auch die grenzüberschreitende Organisation und Schlagfertigkeit des Terrorismus, unterstützt durch den internationalen Ordnungsrahmen von *failing states* oder *Schurkenstaaten*, lösen einen Prozess der Friedenssicherung in den zwischenstaatlichen als auch innereuropäischen außen- und sicherheitspolitischen Beziehungen aus. Zugleich entfalten sich Konzepte zur *Krisenprävention*<sup>143</sup> und *Friedenssicherung/ Friedenskonsolidierung*.

Zum einen begründen diese Ansätze das Vorbeugen von Konflikten. Zum anderen sind sie so ausgerichtet, dass Frieden, Rechtsordnung sowie funktionierende Staatsstrukturen in den von Krisen beherrschten Regionen und Staaten einsetzen. Infolgedessen schwinden politische und wirtschaftliche Instabilitäten innerhalb des europäischen Kontinents, Migration in Folge ethnischer Säuberung oder politischer Verfolgung wie auch Verbreitung organisierter Kriminalität und Umweltverschmutzung. Nicht zuletzt beabsichtigt das Konzept die Grenzsicherung und Grenzkonsolidierung der nach dem Zerfall der kommunistischen Regime in Europa *künstlich geschaffenen* Nationalstaaten in Osteuropa oder auf dem Balkan. Wenn dies zutrifft, werden sie in den europäischen Integrationsprozess involviert. Diese Ausgangssituation beinhaltet einen zunehmend intensiveren Austausch mit zivilen Organisationsansätzen jedoch auch militärischen Mitteln und Strukturen.

Daher benötigt die konstruktive Konfliktbearbeitung und die kooperative Aufarbeitung von grenzüberschreitenden Problemen vor allem in der unmittelbaren Nachbarschaft der EU als

<sup>143</sup> Im Unterschied zu *Konfliktprävention* handelt sich bei *Konfliktmanagement* um die Prävention von Konfliktsituationen, Konfliktverhalten und Einschränkung der Ressourcen eines Konfliktpotenzials. Vgl. Mitchell, 1981, S. 256f. Vgl. desweiteren Hughes, 1997, S. 203ff.

auch die Friedenskonsolidierung die Aufmerksamkeit in diesem Abschnitt. *Volker Matthies* zufolge stellt diese Konstellation als „(...) *den systematischen, gezielten und langfristig orientierten Prozess zur Bearbeitung der tieferen Ursachen von Gewaltkonflikten und zum Aufbau von Rahmenbedingungen, Institutionen und Normen strukturell friedensfähiger Gesellschaften*“<sup>144</sup> dar.

### 1.3.1. Krisenprävention

Das Konzept der Krisenprävention implementiert die Zusammenführung der Struktur des Konflikts, die Perzeptionen und das Verhalten der Konfliktparteien, um demnach eine Lösung des Gewaltpotenzials zu erlangen.<sup>145</sup> Ferner unterscheidet die *Carnegie Commission* drei grundlegende Phasen der Krisenprävention<sup>146</sup>:

- Die erste Phase der Krisenprävention oder *primäre Prävention* betrifft die Annahme, das Entstehen gewalttätiger Konflikte zu verhindern.

Dies trifft zu, wenn repräsentative Regierungen entstehen und diese die Grundprinzipien der Rechtsstaatlichkeit, der sozialen Sicherheit, des Minderheitenschutzes<sup>147</sup> wie auch der zivilen Gesellschaft in den betroffenen Staaten beachten. Die *primäre Prävention* hat Aussichten auf Erfolg unter Einbeziehung der betroffenen Staaten, unter direkter politischer Unterstützung als auch unter Herausbildung von Kommunikationskanälen<sup>148</sup> zwischen den Konfliktparteien zur Bewältigung endogener oder exogener Konflikte.

- In der zweiten, *sekundären* Phase werden politische, wirtschaftliche und/ oder militärische Mittel zur Verhinderung bereits existierender vertikalen und horizontalen Konflikte eingesetzt.
- Zuletzt handelt es sich um die Verhinderung des erneuten Ausbruches bestehender Konflikte.

Zu diesem Zweck unterstützen Sicherheitskräfte den Aufbau von polizeilichen, justiziellen wie auch wirtschaftlichen Strukturen, um demzufolge eine sichere Umgebung nach der Konfliktbeilegung herzustellen. Diese letzte Phase kann zweierlei beurteilt werden: einerseits als friedenssichernde Etappe nach der voraussichtlich endgültigen Bewältigung des

<sup>144</sup> Matthies, 2002, S. 126

<sup>145</sup> Vgl. Miall, 1992, S. 51ff und S. 61. Vgl. Mitchell, 1981, S. 15 – 21

<sup>146</sup> Vgl. Carnegie Commission, 1997, S. XVIII. Vgl. zu Problemen operativer Umsetzung Matthies, 2002, S. 130ff

<sup>147</sup> Aus humanitären Interessen kann eine Intervention zum Schutz der Bürger im jeweiligen Land mit Mandat der UNO zulässig sein. Im Kosovo-Krieg interveniert die NATO jedoch ohne Mandat der UNO zur Verhinderung einer humanitären Katastrophe. Vgl. Woyke, 2000, S. 224

<sup>148</sup> Vgl. Miall, 1992, S. 62

bestehenden Konflikts oder andererseits als primäre Prävention, da oft *Nachkriegszeit* und *Vorkriegszeit* zusammenhängen.<sup>149</sup>

Aus dem Zusammenhang zwischen Kausalität und Prävention folgen zwei Richtungen präventiven Handelns.

- Zum einen kommt der Einsatz diplomatischer und wirtschaftlicher Strategien und Taktiken als frühzeitige Aktivitäten zur Herstellung der Leistungsfähigkeiten in den Vordergrund.

Diese Initiativen setzen voraus, dass die Anhänger unterschiedlicher Konfliktparteien die Ursachen zur Entstehung gewalttätiger Konflikte beseitigen. Anders ausgedrückt handelt es sich um eine *operative, eskalationsverhindernde Prävention*<sup>150</sup>. Demzufolge übernimmt eine führende Person, Organisation oder ein Staat die Ausarbeitung eines Plans zur Erlangung der Autorität des betroffenen Staates mithilfe kohärenter, politisch-militärischer Maßnahmen und Ressourcen zur Umsetzung des Vorhabens.

- Zum anderen kommt es darauf an, die Ursachen für die Entstehung des gewalttätigen Konflikts aufzuarbeiten: *strukturelle Prävention/ peace-building*<sup>151</sup>.

Dies tritt durch Fordern und Fördern von Kooperationen zwischen dem betroffenen Staat und Drittstaaten wie auch innerhalb des Staates ein. Die so dargestellten Verhältnisse verschaffen eine stabile Grundlage zur Ausbalancierung differenzierter Interessen. Mehr noch: Eine dritte Partei (z.B. die EU) nimmt die Rolle eines Mediators<sup>152</sup> zur Problemlösung ein. Zugleich schreitet der Wiederaufbau der politischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen, humanitären wie auch sicherheitspolitischen Grundprinzipien voran. Die folgende Abbildung veranschaulicht die Etappen der Krisenprävention und der Friedenssicherung.

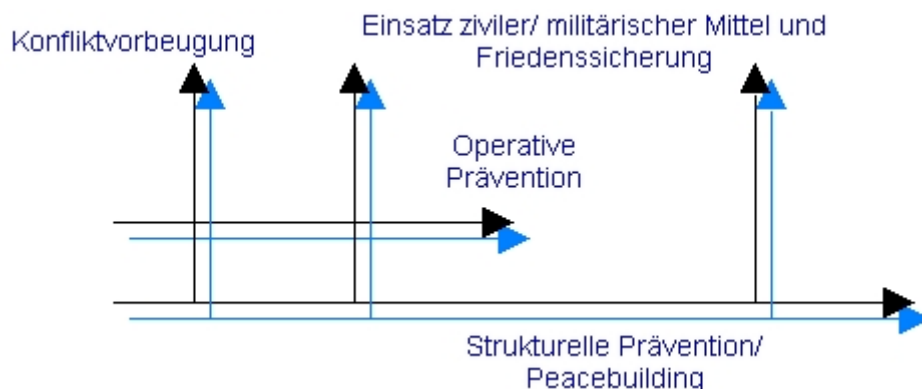


Abbildung 3: Krisenprävention und Friedenssicherung, eigene Darstellung

<sup>149</sup> Vgl. Matthies, 2002, S. 127

<sup>150</sup> Vgl. Carnegie Commission, 1997, S. 40 – 43

<sup>151</sup> Vgl. Carnegie Commission, 1997, S. 69f

<sup>152</sup> Vgl. zur Problematik von Mediation nachbarschaftlicher Verhältnisse Liebmann, 1998, S. 2f, 43 – 65, 225 – 228

### 1.3.2. Friedenssicherung. Friedenskonsolidierung

Nach dem Ende des Kalten Krieges hat sich die internationale Gemeinschaft und einschließlich der Europäischen Union stets für die Erhaltung des Friedens<sup>153</sup> eingesetzt. Die Veränderungen in den Entscheidungen der Gesellschaftswelt im 21. Jahrhundert richten sich zunehmend auf Sicherheit und Frieden, was demzufolge eine qualitative Umgestaltung der Außen- und Sicherheitspolitik formiert.<sup>154</sup> 1992 haben die Vereinten Nationen in der *Agenda für den Frieden* Friedenssicherung als „ (...) die Errichtung einer Präsenz (...) vor Ort (...) für eine Konfliktverhütung wie auch eine Friedensschaffung (...)“ definiert. Die Absicherung und Erhaltung des Friedensprozesses – Friedenskonsolidierung – wird demnach als eine Konstellation von „ (...) Maßnahmen zur Bestimmung und Förderung von Strukturen, die geeignet sind, den Frieden zu festigen und zu konsolidieren, um das Wiederaufleben eines Konflikts zu verhindern“<sup>155</sup> begründet. Friedenskonsolidierung stellt demnach ein technokratisches<sup>156</sup>, jedoch kein politisches Projekt dar.

Friedenssicherung/ Friedenskonsolidierung werden als im Kern genuin politische Prozesse angesehen, die Transformation der Stereotype in den betroffenen Regionen herbeiführen. Demzufolge handelt es sich um die Aufhebung politischer, wirtschaftlicher und sozialer Defizite durch die zivile, jedoch auch militärische Intervention demokratischer Staaten in den von Anarchie<sup>157</sup> (Konflikten) beherrschten Regionen oder Staaten. Die Dichotomie *Frieden – Unfrieden* stellt institutionelle Regeln und Normen her, welche die Durchführung von Militärationen zur Sicherung des Friedens fundiert<sup>158</sup> oder dies zumindest in Anlehnung an das Völkerrecht zulässt.

Diese Konstellation perpetuiert sich in sicherheitspolitische, politische, ökonomische sowie soziale und psychosoziale Dimension der Friedenskonsolidierung.<sup>159</sup> Die Herstellung des legitimen staatlichen Monopols (der EU-Nachbarstaaten) stellt eine sicherheitspolitische Herausforderung dar, sodass die Macht der in solchen internationalen Projekten beteiligten Akteure unter Beweis gestellt wird. In der Manifestierung eines zivilisatorischen

<sup>153</sup> Vgl. zur Definition des Friedens Szempiel, 2006, S. 85f

<sup>154</sup> Vgl. Szempiel, 2003, S. 18f

<sup>155</sup> Vgl. Stiftung Entwicklung und Frieden, 1992, S. 29f. Meine Abkürzungen. „Die Entwaffnung der verfeindeten Parteien und die Wiederherstellung der Ordnung, das Einsammeln der Waffen und gegeben falls deren Vernichtung, die Repatriierung von Flüchtlingen, die Unterstützung der Sicherheitskräfte durch Beratung und Ausbildung, die Überwachung von Wahlen, die Förderung von Bemühungen zum Schutz der Menschenrechte, die Reform oder Stärkung der staatlichen Institutionen und die Förderung der formellen und informellen Prozesse der politischen Mitwirkung“ erwähnt die Stiftung als geeignete Maßnahmen. Ebd. S. 49f

<sup>156</sup> Vgl. Cousens, 2001, S. 5ff.

<sup>157</sup> Vgl zur anarchischen Struktur des internationalen Systems Szempiel, 2006, S. 87f

<sup>158</sup> Vgl. Russet, 1993, S. 31f.

<sup>159</sup> Von diesen Dimensionen geht Matthies (2002, S. 134) aus.

Friedensprozesses liegt die politische Herausforderung zugrunde, einerseits anderen zu helfen und andererseits, die Rekonstruktion der territorialen und somit der funktionsfähigen Ordnung und Justiz voranzutreiben. Die internationale Gemeinschaft befasst sich mit den Ursachen und der damit verbundenen Darlegung staatlicher Instabilität und Konfliktpotenzials. Dies hat zum Ziel, Tag für Tag die Funktionsfähigkeit als auch die wohlfahrtsorientierte Kapazität der Wirtschaft und der Infrastruktur unter Führung internationaler aber auch individueller Kräfte wieder aufzubauen. Letztendlich konzentrieren die gesellschaftlichen Gruppen ihre Macht und Kraft in dem Umgang mit den Folgen von Kriegsverbrechen und mit den Formen der Aussöhnung von konfliktgeladenen Parteien.<sup>160</sup>

Vielmehr treibt die EU einen Prozess der Rekonstruktion der Friedenskonsolidierung in die Legitimierung der Autoritätsansprüche als auch die Verankerung und die Durchsetzung gesellschaftspolitischer und sicherheitspolitischer Auffassungen voran. Die EU verdeutlicht ihre Ansprüche zur Konsolidierung als außen- und sicherheitspolitischer Akteur in der unmittelbaren Nachbarschaft jedoch auch darüber hinaus. In diesem Sinne rechtfertigen die Antriebskräfte in den außen- und sicherheitspolitischen Fragen Großbritannien, Frankreich und Deutschland (so wie einige osteuropäische Länder wie Polen oder Tschechien) die Rolle der EU als globaler Ordnungsfaktor. Nichtsdestotrotz teilen diese unterschiedliche Auffassungen in Bezug auf die Zukunft: Die EU soll zu einer Weltmacht wie die USA (*partner in leadership*) oder unabhängig davon (*Grand Puissance*) wie auch zu einer Weltmacht mit zivilen und militärischen Mitteln und Strukturen innerhalb der internationalen Gemeinschaft heranwachsen. Dadurch wird jedoch teilweise zum Ausdruck gebracht, dass wechselseitiger Einfluss kooperatives Gleichgewicht<sup>161</sup> voraussetzt.

Das konstante Paradigma der gemeinsamen oder der miteinander vereinbarten Interessen der Nationalstaaten bezüglich der Akteursqualität der EU verstärkt die zwischenstaatlichen Kooperationen in Form von Regimen<sup>162</sup>. Angesichts der Ereignisse in Ex-Jugoslawien sind dabei *kollektive Sicherheit* und militärische Durchsetzung gesellschaftlicher und politischer Wertvorstellungen wichtige Voraussetzungen. Dennoch zeichnen sich erstens die rechtmäßige Definition, Feststellung und Durchführung solcher Maßnahmen entscheidend für das internationale Gewaltmonopol oder die Übermachtstellung der EU in den Internationalen Beziehungen ab. Zweitens werden die Entscheidungen der Veto-Mächte und in diesem Sinne der Staaten mit atomarer Waffenausrüstung (Großbritannien und Frankreich innerhalb der EU

---

<sup>160</sup> Vgl. zur Analyse der Friedenskonsolidierung als Bestandteil des governmentality-Theorierahmens Merlingen, 2006, S. 28ff.

<sup>161</sup> Vgl. Link, 2001, S. 138

<sup>162</sup> Vgl. Axelrod/ Keohane, 1986, S. 226 – 230. Vgl. desweiteren über internationale Regime Holsti, 1995, S. 365 – 378. Vgl. Little, 2006, S. 369 – 386

wie auch Russland als direktes Nachbarland der EU) berücksichtigt oder zumindest toleriert, zumal das Nuklearwaffenpotenzial als Mittel zur Stärkung der nationalen Interessen in Erscheinung tritt. Letztlich beruhen der Erfolg militärischer Maßnahmen und die Konsolidierung der EU als friedenssichernder Akteur auf die Akzeptanz der durchgeführten Operationen von den Beteiligten und den Betroffenen<sup>163</sup>. Der Raum für Veränderungen zwischen ihnen erweitert sich<sup>164</sup> und sie beabsichtigen, den Dauerzustand der *kollektiven Sicherheit und der Kooperation* zu erreichen.

Demzufolge bildet die politisch-militärische Komponente einen wichtigen Bestandteil der Friedenskonsolidierung. Auf der einen Seite stellt die politisch-militärische Kooperation einen beachtlichen Teilaspekt der langfristigen Stabilisierung und Konfliktprävention dar. Auf der anderen Seite liefert sie einen effektiven Rahmen gegenseitiger Konsultationen<sup>165</sup> und joint action.<sup>166</sup>

## **2. Exklusive Identität. Expansion ohne Erweiterung**

Die Erweiterung der Europäischen Union hat sich als Instrumentarium erfolgreicher Integration der beitrittswilligen Kandidaten bewährt. Die Entscheidung der EU, sich um die Länder in Mittel- und Osteuropa zu erweitern, ist als Expansion einer internationalen Gemeinschaft mit ihren liberalen Werten und Normen zu verstehen. In diesem Zusammenhang bezeichnet *Andrew Moravcsik* die Europäische Integration als das Ergebnis nationaler Präferenzen der Mitgliedsstaaten, vom interstate bargaining sowie von den Entscheidungen der internationalen Institutionen. Jedoch gibt diese Annahme keine eindeutige Antwort auf die Frage, wie es zum Endergebnis – die Entscheidung für die Erweiterung als solche – kommt.<sup>167</sup>

Die nationalen Präferenzen der Mitgliedsstaaten sowie das interstate bargaining stellen wichtige Determinanten der EU-Erweiterungspolitik dar. Die Präferenzen der Mitgliedstaaten hängen weitgehend von einigen Faktoren ab:

- von der geografischen Lage der alten Mitgliedsländer sowie

<sup>163</sup> Anders formuliert handelt sich um Gewährleistung von Sicherheit von oben (den entsprechenden Institutionen und Eliten) oder von unten (Zustimmung der Bevölkerung). Vgl. Eberwein, 2003, S. 13f.

<sup>164</sup> Vgl. Zahar, 2006, S. 47

<sup>165</sup> *Szempiel* geht von einer institutionalisierten Kooperation aus. Danach reduzieren die Vergrößerung wechselseitiger Information, vertrauensbildende Maßnahmen, Rüstungskontrolle und Verifikation die Gewaltursachen. Szempiel, 2006, S. 90

<sup>166</sup> Vgl. Biscop, 2005, S. 44. Jedoch stellt sich die Frage, gegenüber wem die Maßnahmen zu rechtfertigen sind? Vgl. Pugh, 2005, S. 131f. Innerhalb der EU fehlt es an einer supranationalen Institution, gegenüber der die Maßnahmen verantwortlich gemacht werden könnten. Die Operationen werden jedoch vor der nationalen Regierung gerechtfertigt.

<sup>167</sup> Vgl. Schimmelfennig, 2001, S. 48f.

- von den Entscheidungen der ärmeren, eher agrarorientierten Mitgliedsländer.

Abgesehen von Griechenland und Italien haben alle Nachbarländer (Österreich, Deutschland, die skandinavischen Länder in Bezug auf das Baltikum) der Beitrittskandidaten die Erweiterung vorangetrieben, und mit Ausnahme Großbritanniens, haben die weit entfernten Staaten die Osterweiterung gebremst.

- ✓ Zum einen ist die Erweiterung aus Sicht der Mitgliedstaaten an der EU-Ostgrenze ein Instrument für Demokratisierung und dient zur Vermeidung negativer Externalitäten.
- ✓ Zum anderen profitieren dieselben Mitgliedstaaten von den besseren Voraussetzungen für Handel und Investitionen.
- Die Erweiterung hängt des Weiteren von den Entscheidungen der ärmeren Mitgliedsstaaten ab. Diese bringen ihre Zustimmung für den Erweiterungsprozess im Zusammenhang mit der Verteilung der Finanzmittel. Diese Konstellation hängt wiederum von der Bereitschaft der reicheren Länder ab, die Ausfälle zu kompensieren. Ferner soll die Last der Ausgleichung für die ärmeren Mitgliedsländer nicht den Nettonutzen von der Erweiterung überschreiten (so die Position der skandinavischen Länder).

Die Mitgliedstaaten sowie die Beitrittskandidaten favorisieren die Erweiterung, bis der Grenznutzen die Kosten nicht überschreitet. Im Allgemeinen geht es also um *Transaktionskosten* (entstehen aus der Aufnahme neuer Staaten), *policy Kosten* (entstehen aus der gemeinsamen Nutzung von Kollektivgütern) wie auch *Autonomiekosten* (entstehen aus der Verpflichtung der Mitgliedsstaaten zur Gleichbehandlung der neuen Länder nach der Aufnahme und aus dem Autonomieverlust der neuen Länder im policy-making Prozess nach dem Beitritt).<sup>168</sup> Im interstate bargaining entscheiden jedoch Staats- und Regierungschefs über die zukünftige Erweiterung (Rat von *Lissabon* 1992, Rat von *Kopenhagen* 1993, Rat von *Madrid* 1995, *Agenda 2000*) der EU.

Politikwissenschaftler beurteilen die Erweiterung als Prozess zur Entwicklung der administrativen Kapazität oder Bildung von Institutionen, welche für die Übernahme und die Ausführung des *acquis communautaire* notwendig sind.<sup>169</sup> Im Beitrittsprozess spielt die EU eine enorme Rolle zur Angleichung der institutionellen Normen und Regeln in den Mittel- und Osteuropäischen Ländern. Ihrerseits verfügen sie nach dem Umbruch des Kommunismus über verschiedene institutionelle Rahmen. Im Allgemeinen kann dieser Prozess als *Regieren*

<sup>168</sup> Vgl. Schimmelfennig/ Sedelmeier, 2002, S. 510f.

<sup>169</sup> Vgl. Schimmelfennig, 2001, S. 58 – 76. Schimmelfennig/ Sedelmeier, 2002, S. 510 – 515. Schimmelfennig/ Sedelmeier, 2004, 661 – 679. Mattli/ Plümper, 2002, S. 556f. Dinan, 2003, S. 27 – 43. Dimitrova, 2002, S. 171 - 190



über *Erweiterung* bezeichnet werden. Insofern verläuft die Institutionsbildung konditional (conditionality) als Lenkung der asymmetrischen, hierarchischen Beziehungen zwischen den Akteuren (der EU, neuen Mitgliedsländern). Die neuen Mitgliedsstaaten bleiben von den EU-Institutionen abhängig und führen demnach Reformen durch, welche als Synonym für die Beitrittsvorbereitung anzusehen sind.<sup>170</sup>

In dem Erweiterungsprozess (die EU ist als Klub zu verstehen) fließt das Regieren von den EU-Institutionen (Kommission<sup>171</sup>, Rat) zu den Bewerberstaaten (und deren Exekutive). Das Regieren wird folgendermaßen ermöglicht: Die EU-Institutionen verfügen über verschiedene Mechanismen, die Beitrittskandidaten politisch und wirtschaftlich zu belohnen (Aufnahme, Finanzhilfe) sowie zu bestrafen (Sanktionsmittel, Ausschluss von dem Beitritt sowie eine abgestufte Mitgliedschaft<sup>172</sup> bezüglich der Aufnahmeunfähigkeit der EU).

- Im Laufe des EU-Integrationsprozesses werden einerseits Kompetenzen an die regionalen Strukturen übertragen, um bessere Balance zwischen dem Zentrum und der Peripherie zu erreichen.
- Andererseits übertragen die Nationalstaaten Kompetenzen an die supranationalen EU-Institutionen (Souveränitätsverlust). Die im Beitrittsprozess geschaffenen Institutionen stellen die Voraussetzung für das Funktionieren der Gemeinschaftspolitiken dar.

Es wird zunächst den neuen Staaten selbst überlassen, die Regeln und Normen als kollektive Identität mit der EU (*social learning model*) oder als Unzufriedenheit mit dem Status quo im eigenen Land (*lesson-drawing model*) zu übernehmen.<sup>173</sup> In Verbindung mit der Unzufriedenheit stehen jedoch die Parteikonstellationen im Kandidatenland, welche für die erfolgreiche Durchführung des Institutionsbildungsprozesses erforderlich sind. Um die Übernahme der institutionellen Regeln und Normen erfolgreich zu gestalten, sollte jedoch ein breiter politischer Konsens im Beitrittsland existieren.

Der Transfer von Normen und Regeln sowie die Institutionsbildung auf nationaler Ebene (im Bewerberland) geschehen konditional<sup>174</sup>. *Schimmelfennig* und *Sedelmeier* unterscheiden zwei Arten von Konditionalität:

<sup>170</sup> Vgl. Fowler, 2002, S. 431

<sup>171</sup> Die Kommission spielt eine große Rolle bei der Erweiterung: fördert die systematische Transformation in den MOEL sowie koordiniert die Politik der EU im Erweiterungsprozess. Siehe ausführlich über die Rolle der Kommission im Erweiterungsprozess Sedelmeier/ Wallace, 2000, 433f.

<sup>172</sup> Vgl. Wissmann, 2006, S. 68. Jedoch soll dieses Modell nicht als Mitgliedschaft zweiter Klasse verstanden werden, sondern als Angebot an den beitriftswilligen Ländern.

<sup>173</sup> Vgl. Schimmelfennig/ Sedelmeier, 2004, S. 667f. Vgl. ebenso zu der Identifikation mit der EU Mattli/ Plümper, 2002, S. 557 sowie Schimmelfennig, 2002, S. 617 – 622.

<sup>174</sup> Vgl. Schimmelfennig/ Sedelmeier, 2004, S. 671 – 674

- *Demokratische Konditionalität* umfasst die fundamentalen politischen Prinzipien der EU, die Menschenrechtsnormen sowie die Prinzipien der liberalen Demokratie.
- *Acquis Konditionalität* (der Einfluss des externen Regierens der EU) hebt den Erfolg des Regeltransfers als Bedingung für zeitige Aufnahme in der Union hervor.

Die darauf anfallenden Adaptionkosten erklären die Geschwindigkeit der Regelaufnahme innerhalb eines bestimmten policy Bereiches oder eines Bewerberlandes.

In diesem Zusammenhang kommt es zu einer Übernormierung der Institutionsbildung aufgrund der Implementierung des *acquis communautaire*. Die gestellten Bedingungen bedeuten außerhalb geschaffenes Verfahren und werden in den nationalen Institutionsrahmen im Hinblick auf die sozioökonomische Wohlfahrt der Gesellschaft implementiert.<sup>175</sup>

Nach der vollzogenen Osterweiterung im Jahr 2004 und 2007 treten jedoch die Grenzen der europäischen Integration und Erweiterung immer stärker in den Vordergrund. Die Komplexität des Integrationsprozesses zeigt die inneren und territorialen Grenzen der EU auf, welche die Handlungsfähigkeit des EU-Entscheidungssystems erschwert und die (Un)Endlichkeit der territorialen Ausdehnung der Gemeinschaft in Europa in Frage stellt.

## 2.1. Modelle europäischer Integration

Die Bilanz der bisherigen Erweiterungsrounden weist zwei entgegengesetzte Konzepte für die Struktur und das Entscheidungssystem der Europäischen Union auf. Die Frage ist, ob sich die EU hin zu einem *Westphalian super-state* oder *Neo-medieval empire* entwickeln wird.<sup>176</sup> Diese zwei Modelle stellen mögliche Optionen für den Endzustand der Gemeinschaft dar.

- Der *Westphalian super-state* zeichnet sich mit klar definierten hierarchischen Strukturen und einem föderalen Machtzentrum aus.

Dieses Zentrum verfügt über Kompetenzen, um diese weiter auszuschöpfen so wie auch in einem fixierten, von außen undurchlässigem Territorium (border) mithilfe einer einheitlichen europäischen Armee und Polizei auszuüben. Die rechtstaatlichen, administrativen und wirtschaftlichen Normen werden vereinheitlicht, um eine klare Abgrenzung zwischen In –und Ausland zu erzielen.

- Im Gegenteil zum ersten Modell verfügt das *Neo-medieval empire* über kein einheitliches Machtzentrum.

Der Verbund stellt verschiedene, ineinandergreifende Kreise dar, in denen sich unterschiedliche politische Einheiten und Loyalitäten einordnen. In diesem Zusammenhang

<sup>175</sup> Vgl. Hubenova-Delisivkova, 2003, S. 295

<sup>176</sup> Vgl. Zielonka, 2000, S. 6f.

wird Souveränität zwischen verschiedenen funktionalen und territorialen Einheiten mit ineinanderfließenden, weichen Grenzen (*frontier*) geteilt. Die einzelnen politischen Einheiten gehören entweder einem stark integrierten Kernbereich an oder stellen außenstehende Kreise dar, in denen diese Einheiten die Integration in den verschiedenen Politikbereichen nicht in gleichem Maße wie der integrierte Kern befürworten.

Die Vertiefung der Integration in der WWU und andere Politikbereiche im *Drei-Säulen-System* wie auch die letzte Erweiterung finden unter stark relativierten Bedingungen zwischen wirtschaftlicher und politischer Entwicklung des EU-Integrationsprozesses statt. Die immer wieder neu aktualisierte Dialektik des Integrationsmechanismus der EU zwischen *Bundesstaat*, *Staatenbund* oder *Staatenverbund*<sup>177</sup> steht nach dem gescheiterten Verfassungsvertrag etwas außerhalb der politikwissenschaftlichen Diskussion. Die Vorstellungen von *Joschka Fischer*, *Jacques Chirac*, *Gerhard Schröder*, *Tony Blair* sowie von *Alain Juppé* und *Jacques Toubon*<sup>178</sup> über die EU-Integration unterscheiden sich in der betriebenen Integrationsdynamik. Zugleich akzentualisiert die politische und wirtschaftliche Entwicklung der EU auf ein System, das sich durch ständig veränderbare Interessenlagen, Situationsbedingungen und Interaktionsprozesse auszeichnet. Diese Disposition bestimmt die phasen- und stufenweise Integration wie auch die Voraussetzungen zukünftiger weltpolitischer Probleme, um eine gemeinsam konvergierende, nationalstaatenübergreifende Position sicherzustellen.

Somit führt die bisherige Entwicklung der EU in ein Dilemma, das als oberstes Ziel die Konkretisierung der Zuständigkeitsbefugnisse der EU-Organe, Nationalstaaten und der Regionen und dadurch die Erweiterung der subsidiären Zuständigkeitsbereiche der EU inne hat. In dieser Sicht schließen sich die Modelle der *Westphalian super-state* oder *Neo-medieval empire* nicht aus, sondern veranschaulichen die komplizierte Konstellation europäischer Integration und zeigen den Bedarf einer Flexibilisierung der Integration auf.

## 2.2. Veränderungen in Inhalt und Struktur der EU aufgrund Erweiterung. Konzepte differenzierter Integration

Der Vollzug der Osterweiterung nach dem Beitritt der ost- und südosteuropäischen Länder sowie Malta und Zypern bewirkt neue Nachbarschaftsverhältnisse am äußersten Rand der EU. Die Instrumente europäischer Erweiterungspolitik zur Stabilisierung der Gemeinschaftsperipherie werden jedoch aufgrund ansteigender Mitgliederanzahl und der

---

<sup>177</sup> Vgl. desweiteren über die EU als Staatenverbindung eigener Art Thalmaier, 2005, S. 173ff.

<sup>178</sup> Vgl. ausführlich Thalmaier, 2005, S. 200 – 217

Heterogenität der Mitgliedsländer als auch der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung in den Nachbarstaaten erschöpft. Somit stellen einige Autoren fest, dass sich die EU in einer Erweiterungskrise<sup>179</sup> befindet. Demzufolge bleibt die Frage offen, wie die EU mit den beitragswilligen Ländern nach der letzten Erweiterung im Jahr 2007 vorgeht? *Romano Prodi* bringt es zum Ausdruck: „*Accession is not the only game in town.*“<sup>180</sup>

In den letzten Jahrzehnten haben sich einige Integrationsmodelle entwickelt, welche eine zeitliche, sektorale oder geographische Flexibilisierung der Integration in ihre Konzeption aufgenommen haben. Die Bestimmungen in dem Vertrag von *Nizza* (Art. 27)<sup>181</sup> gewähren den Mitgliedstaaten die Möglichkeit, die Integration in bestimmten Politikbereichen unter Inanspruchnahme der gemeinschaftlichen Organe, Mechanismen und Verfahren voranzutreiben. Die Flexibilisierung der Integration wird jedoch präziser mit dem Begriff *Differenzierung*<sup>182</sup> der europäischen Integration umschrieben. Danach verfolgt der europäische Integrationsprozess zwei<sup>183</sup> verschiedene Ansätze:

- 1) Im Laufe des Integrationsprozesses verfolgen alle Mitglieder das Ziel, ein einheitliches Niveau der Integration zu erreichen – Europa der mehreren Geschwindigkeiten;
- 2) Die verschiedenen Integrationsniveaus werden als Endphasen im Integrationsprozess betrachtet – Europa á la carte.

➤ *Europa der mehreren Geschwindigkeiten*

Das Konzept der mehreren Geschwindigkeiten erfasst die Grenzen der Union bei der Bewältigung der internen Leistungsfähigkeit und der Erweiterung. Zum ersten Mal hat *Willy Brandt* dieses Konzept in die europapolitische Diskussion aufgenommen.<sup>184</sup> Das Konzept geht ausdrücklich von einem gemeinsamen Ziel aus, das die verschiedenen Mitgliedsstaaten in unterschiedlichen Zeitrahmen erreichen. Demnach nehmen die Autoren eine Einteilung der Mitgliedstaaten in zwei Gruppen vor. Die erste Gruppe bilden solche Staaten, welche die Integration wollen und sie erreichen können. Zur zweiten Gruppe gehören die

<sup>179</sup> Vgl. Vobruba, 2005, S. 14f. Bach, 2006, S. 11ff. Vgl. über die Erweiterungskrise und die Dialektik von Integration und Expansion Vobruba, 2000, S. 477 – 496. Dennoch zeigt sich eine tiefe Spaltung in Bezug auf die Erweiterungspolitik der EU. Vgl. Kramer, 2007, S. 4f.

<sup>180</sup> Prodi, 2002, SPEECH/02/619

<sup>181</sup> Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, 2001a, S. 8f.

<sup>182</sup> Die Differenzierung europäischer Integration umfasst eine zeitliche, räumliche sowie geographische Flexibilisierung. Vgl. desweiteren Janning, 1994, S. 531ff; Varwick, 2004b, S. 65ff.

<sup>183</sup> In dieser Arbeit teile ich die Konzepte differenzierter Integration in zwei Ansätze auf, wobei die anderen Ähnlichkeiten mit den beiden Ansätzen aufweisen. Andere Autoren kategorisieren differenzierte Integration in drei Ansätze: Europa der mehreren Geschwindigkeiten, der variablen Geometrie und á la carte. Vgl. dazu Stubb, 1996, S. 285ff. Ebenfalls Stubb, 2002, S. 32f. Varwick, 2004a, S. 65

<sup>184</sup> Vgl. Ehlermann, 1984, S. 1274. Vgl. ebenso Tietmeyer, 1994, S. 459f. über Europa der mehreren Geschwindigkeiten.

Mitgliedstaaten, die den Integrationsprozess nicht wollen und ihn nicht erreichen können. Die Einhaltung und Entwicklung des *acquis communautaire* bleiben oberste Ziele.<sup>185</sup> Explizites Beispiel in der Integrationsentwicklung der EU stellt die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) dar, an der Großbritannien, Dänemark und Schweden nicht teilnehmen, jedoch Slowenien zum 1.01.2007, Malta und Zypern zum 1.01.2008 sowie die Slowakei zum 1.01.2009 in die WWU aufgenommen wurden. Ein weiteres Beispiel für Europa der mehreren Geschwindigkeiten ist das Schengener-Abkommen.

➤ *Europa á la carte*

Ralf Dahrendorf<sup>186</sup> erwähnt zum ersten Mal den Gedanken eines Europa á la carte. Nach diesem Konzept verfolgt jedes Mitgliedsland die Ziele, welche es erreichen will, jedoch existiert ein Minimum an Gemeinschaftspolitiken. In diesem Sinne wird auf die wirtschaftlichen, politischen und sozialen Ziele und Perspektiven der einzelnen Mitgliedstaaten und nicht auf die Zusammenarbeit und die Integration in den Gemeinschaftspolitiken eingegangen. Herausleiten lässt sich, dass dieses Konzept das Prinzip der Integration vernachlässigt, jedoch den gemeinsamen *acquis communautaire* rechtfertigt.

Als Beispiel für eine Europa á la carte können folgende Kooperationsmodelle herangeführt:

- ✓ Am 27. Mai 2005 unterzeichneten die EU-Mitgliedsstaaten Belgien, Deutschland, Spanien, Frankreich, Luxemburg, den Niederlanden und Österreich den Vertrag von *Prüm* über die Vertiefung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, insbesondere zur Bekämpfung des Terrorismus, der grenzüberschreitenden Kriminalität und der illegalen Migration. Dem Abkommen sind später Finnland, Slowenien und Ungarn beigetreten. Zum großen Teil sind die Bestimmungen des Vertrages in EU-Recht aufgenommen.
- ✓ Im Atomstreit mit dem Iran haben Deutschland, Frankreich und Großbritannien eine eigene Initiative gestartet, das Land von dem Programm zur Urananreicherung abzubringen.
- ✓ 2005 haben sich Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Spanien und Italien über eine engere Zusammenarbeit im Kampf gegen Terrorismus und organisiertes Verbrechen verständigt.
- ✓ Desweiteren kooperieren Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Spanien, Italien und Polen seit 2008 noch stärker bei der Internetüberwachung.

---

<sup>185</sup> Vgl. Stubb, 2002, S. 46

<sup>186</sup> Vgl. Dahrendorf, 1973, S. 83f.

➤ *Europa der variablen Geometrie*

Das Europa der variablen Geometrie stellt ein Grundkonzept differenzierter Integration dar. Dabei gehen die Forscher von einem integrationswilligen Kern aus. Dieser Kern treibt die europäische Integration voran und verhilft den integrationswilligen dennoch integrationsunreifen Mitgliedern im Integrationsprozess<sup>187</sup>. Des Weiteren sind die Befürworter dieses Konzepts der Ansicht, dass die Integrationsstruktur der Union unterschiedlich ist und sich die Integration außerhalb des *acquis communautaire*<sup>188</sup> vollzieht. Diese Konstellation erlaubt unterschiedliche Integrationszusammenarbeit in den unterschiedlichen Integrationsbereichen. Explizite Beispiele sind unter anderem die WEU (Westeuropäische Union), EUROCORPS (A Force for Europe and the Atlantic Alliance), EUROFOR (European Union Force), Airbus, Ariane.

### 2.3. Europa der konzentrischen Kreise

Die Transformationsprozesse in Mittel- und Osteuropa am Ende der 1980er Jahre riefen andere Konzepte differenzierter Integration hervor. Den Anfang setzt *Gianni De Michelis*<sup>189</sup>. Der Autor setzt ein integriertes Kerneuropa voraus, in dem der Integrationsgrad von außen nach innen steigt. Die weiteren Kreise dieses Konzepts bilden die Länder in der European Free Trade Association (EFTA), aus Osteuropa und den äußersten Kreis – die Mitgliedstaaten der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Kurz danach haben sich jedoch die Rahmenbedingungen<sup>190</sup> dermaßen geändert, dass dieses Konzept freilich eine zeitbegrenzte Konstellation differenzierter Integration veranschaulicht hat.

Nach der vollzogenen Osterweiterung wird jedoch dieses Konzept weiterhin als Erklärung differenzierter Integration verwendet.<sup>191</sup> Die Europäische Union befindet sich stets in einem ununterbrochenen Interdependenz- und Interaktionskreislauf zwischen dem Zentrum und der Peripherie.

- Einerseits erzeugt der Kern einen politisch stabilen Wohlstandskreis mit hierarchischen Strukturen und herausgebildeten Loyalitäten<sup>192</sup>, von dem die Peripherie

<sup>187</sup> Um den Erweiterungsprozess mit einer effektiven Außenpolitik der EU zu vereinbaren, benötigt Europa das Konzept der variablen Geometrie. Vgl. Stefan-Bastl, 2002, S. 9

<sup>188</sup> Vgl. Stubb, 2002, S. 49

<sup>189</sup> De Michelis, 1990, S. 144 – 149

<sup>190</sup> Einige der EFTA-Staaten wurden Vollmitglieder der EU (Finnland, Österreich, Schweden) sowie wurden den Ländern aus Ost- und Mitteleuropa feste Zusagen für einen baldigen EU-Beitritt gemacht.

<sup>191</sup> Vgl. Vobruba, 2005, S. 17ff. Bach, 2006, S. 18ff.

<sup>192</sup> Vgl. zur Formierung des Zentrums mit seinen supranationalen Institutionen Bartolini, 2005, S. 122 – 126.

durch mit zunehmender Herbeiführung zum Zentrum undurchlässige Grenzen getrennt ist.

- Andererseits befinden sich die peripheren Gebiete in asymmetrischen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zum Kern und sie akzeptieren diesen Zustand in Bezug auf die Legitimität der EU<sup>193</sup>, die ausschließlich gegenüber Nicht-Mitgliedsstaaten erzeugt wird.

Daher ist die Wohlstandszone durch die hohen Hürden (Exklusionspolitik<sup>194</sup>) und die geringeren Anreize für die Peripherie abgesichert<sup>195</sup>. Demzufolge distanziert sich das Zentrum von der turbulenten Peripherie, um seine Strukturen und genauer das Zentrum als solches intakt und nicht involviert von sich schnell verbreitenden Militärkonflikten an der Peripherie aufzuhalten.<sup>196</sup>

Die EU setzt sich als weiterhin starke supranationale Institution für die Zukunft fest. Demnach sichert das Zentrum der Peripherie politische und wirtschaftliche Hilfe (kalkulierte Inklusion<sup>197</sup>) zu, sich als Stabilitäts- und Pufferzone zu entwickeln und in absehbarer Zeit als Vollmitglied dem Zentrum beizutreten. Vorausgesetzt wird die Peripherie in den wohlhabenden Kern integriert, reproduziert sie das entsprechende Muster auf ihre Nachbarn. Somit entstehen neue Stabilitäts- und Pufferzonen. Infolgedessen entwickeln sich neue Differenzierungen zwischen Insidern und Outsidern. Jedoch bauen diese Zonen auf bereits existierende regionale Kooperationsmöglichkeiten auf. *Georg Vobruba* beschreibt dieses Muster differenzierter Integration als „ (...) *Selbstperpetuierungstendenz der Expansion der Europäischen Union* (...)“<sup>198</sup>. Dieses Verhältnis bringt jedoch den Beweis für die unklare Definition der Grenzen Europas<sup>199</sup> zum Ausdruck.

Das so dargestellte Konzept, welches Vollintegration in den wohlhabenden Kern voraussieht, entspricht freilich der differenzierten Integration bis zum Vollzug der Osterweiterung. Die territoriale Überdehnung sowie die institutionelle Krise der EU, betont durch das *Non* und das *Nee* Frankreichs und der Niederlanden in 2005 zum Europäischen Verfassungsvertrag wie

<sup>193</sup> Vgl. Waever, 2000, S. 257

<sup>194</sup> Exklusionspolitik stellt Grenzsicherungen dar, um das Zentrum von übergreifenden Problemen zu schützen. Im Prozess der Globalisierung von Arbeitsmarkt, Migration oder auch Umweltproblemen lässt sich dieses Instrumentarium nur bedingt einsetzen.

<sup>195</sup> Vgl. Bach, 2003, S. 51. Rhodes, 2003, S. 55. Szalai, 2003, S. 59f. Hassner, 1997, S. 49

<sup>196</sup> Vgl. Waever, 1997, S. 66 – 69

<sup>197</sup> Kalkulierte Inklusion zielt auf eigennützige Hilfe ab, jedoch lassen sich die hohen finanziellen Ausgaben im Laufe der Zeit nicht rechtfertigen. Überdies treten die Wirkungen kalkulierter Inklusion im Vergleich zum sofortigen Einsatz nicht sofort auf.

<sup>198</sup> Vobruba, 2005, S. 19. Anders bei *Stein Rokkan* ist die „*Voraussetzung für interne Strukturbildungsprozesse die allmähliche Herausbildung und Verfestigung staatlicher Grenzen und damit die Konsolidierung eines abgeschlossenen, nicht mehr von Exit-Strategien bedrohten Staatsgebiets*“. Heidenreich, 2006, S. 30ff.

<sup>199</sup> Vgl. Bartolini, 2005, S. 127f

auch die erteilte Absage Irlands in 2008 zum Lissabonner Reformvertrag, lassen neue Kooperationsmöglichkeiten<sup>200</sup> zwischen dem Zentrum und der Peripherie zu.

- Zum einen übernimmt die Peripherie die Rolle einer Pufferzone (Dauerzustand) und somit Exklusionsaufgaben gegenüber ihren Nachbarländern. Dagegen lässt das Zentrum eine finanzielle Dauerforderung seitens der Peripherie zu. Die Zusicherung einer Vollmitgliedschaft entfällt und die Beziehungen der Peripherie zum wohlhabenden Kern verbleiben unterhalb der Mitgliedschaft.
- Zum anderen entwickelt sich die Peripherie zu einer Stabilitätszone (eventuell mit Beitritt verbunden). Ihrerseits benötigt die Peripherie der wirtschaftlichen Unterstützung des Zentrums in Richtung Demokratisierung des Systems und wirtschaftlicher Modernisierung. In diesem Fall betrachtet die Peripherie diesen Status als Übergangsstadium zu einer sich nicht ausschließender Vollmitgliedschaft.

Die so dargestellte Konzeption transformiert die Beziehungen zwischen der EU und der unmittelbaren Nachbarschaft im Expansionsprozess.

- ✓ Zum einen beeinflusst die Union positiv die Umwandlungsprozesse in den Nachbarstaaten.
- ✓ Zum anderen bringt die EU als wichtiger geopolitischer Faktor grenzüberschreitende Beziehungen – wie Demokratisierung und Konfliktprävention<sup>201</sup> – zu den benachbarten Regionen zur Geltung.<sup>202</sup>

Somit entwickelt sich die EU zu einem demokratischen Gravitationszentrum, das neue Verhältnisse an den neuen EU-Grenzen durch die Qualität und Attraktivität der demokratischen Institutionen und Strukturen und im Allgemeinen der Demokratie wie auch durch die Aufgeschlossenheit zu der Peripherie herbeiführt.<sup>203</sup>

Angepasst an die Situation, in der sich die EU momentan befindet und anhand der theoretischen Überlegungen in diesem Abschnitt, werden neue Kreise, wie in der nachfolgenden Abbildung dargestellt, als Variablen des Konzepts angefügt. Demzufolge schließen die Länder von den äußeren an die inneren Kreise und die Grenzen der EU konsolidieren sich neu<sup>204</sup>. Die Existenz anderer Kreise wie der Kreis der Beitrittskandidaten

<sup>200</sup> Vgl. zum Thema Kooperationsbereitschaft der Peripherie Vobruba, 2005, S. 82. Vobruba, 2007, S. 10ff.

<sup>201</sup> Vgl. Emerson/ Noutcheva, 2004, S. 5

<sup>202</sup> Vgl. Scott, 2006, S. 19 – 23. Vgl. ebenfalls Waever, 2000, S. 260ff.

<sup>203</sup> Vgl. Emerson/ Noutcheva, 2004, S. 2

<sup>204</sup> Vgl. mehr zum Thema Bartolini, 2005, S. 1 – 55. Der Autor stellt einen Zusammenhang zwischen den mikro-individualen Wahlen und den damit korrespondierenden systemischen Prozess fest.



oder Kreise innerhalb der EU-27 wie die neuen Mitgliedsstaaten von 2004 und 2007 werden nicht berücksichtigt.

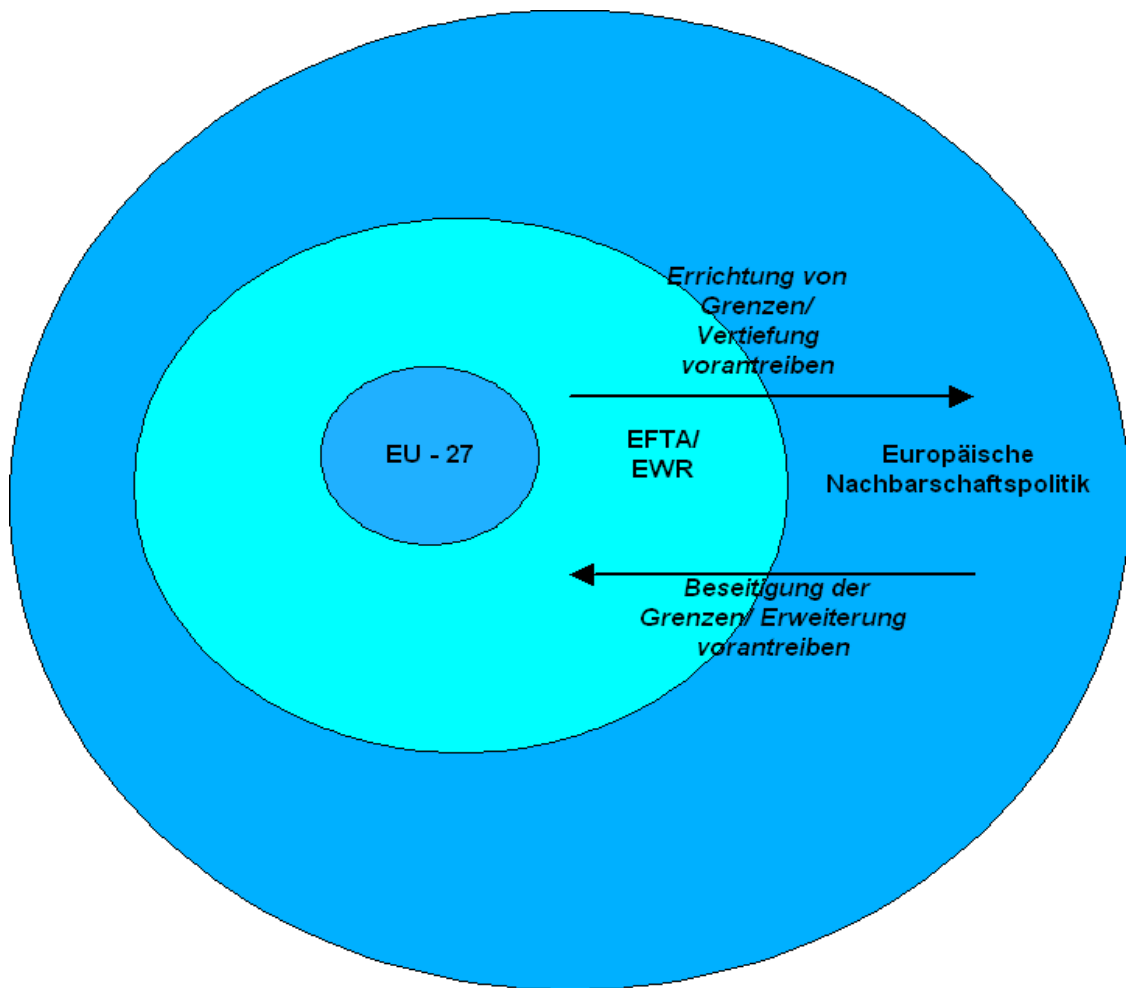


Abbildung 4: Europa der konzentrischen Kreise, eigene Darstellung

Das so dargestellte Konzept differenzierter Integration expliziert den Prozess europäischer Integration nach der Bewerkstellung der Osterweiterung, soll dessen ungeachtet keinen moderaten Ansatz für die zukünftige Integration beitrittswilliger Kandidaten aufzeigen. Desweiteren werden die politischen Institutionen der *alten* Mitgliedsländer und die supranationalen Institutionen auf EU-Ebene gestärkt, die politische Aggregation, die soziale und kulturelle Asymmetrie als auch die territoriale Komplexität und transnationale Konfliktbewältigung an der Außengrenze der Union aufzuarbeiten. Der Europäischen Union kommt die Rolle eines geopolitischen Ordnungsfaktors zu. Infolgedessen unterstützt die EU die Rationalisierung und die Konsolidierung ihrer Politiken in Richtung politischer und wirtschaftlicher Stabilität der unmittelbaren Nachbarschaft. Vielmehr entwickelt sich eine

neue *Ostpolitik*<sup>205</sup> zur Beilegung der Differenzen in Stabilität und Prosperität an den neuen Grenzen der Europäischen Union nach der erfolgreich vollzogenen Osterweiterung.

---

<sup>205</sup> Vgl. Weidenfeld, 1997, S. 10 – 16

## Kapitel 3 – Die Europäische Union und die Herausforderungen in der Nachbarschaft – Das Konzept der Europäischen Nachbarschaftspolitik

### I. Die Evolution der GASP/ ESVP

Die ersten Versuche zur Schaffung gemeinsamer außen- und sicherheitspolitischen Kompetenzen auf europäischer Ebene fanden in den ersten Jahren der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) statt. Der *Pleven-Plan*<sup>206</sup> und die *Fouchet-Pläne*<sup>207</sup> scheiterten in ihren Anfängen. 1970 hat die EG die Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ) entwickelt, deren Institutionalisierung durch die Einheitliche Europäische Akte (EEA) erfolgte und streng intergouvernemental und konjunktivistisch ausgearbeitet wurde wie auch auf Freiwilligkeit basierte.

Die Kriege in Ex-Jugoslawien wie auch der Irakkrieg haben die außenpolitische Ausschöpfung der EPZ verdeutlicht und die Schaffung gemeinsamer Außen- und Sicherheitspolitik aufgewertet. Im Maastrichter Vertrag gegründet und durch den Amsterdamer Vertrag weiterentwickelt bestätigten die Staats- und Regierungschefs die GASP als zweite Säule im Rahmen der europäischen Politik. Desweiteren beinhaltet die GASP auch die sog. *Petersberg-Aufgaben*<sup>208</sup> der humanitären und friedenserhaltenden Verpflichtung wie auch Kampfeinsätze. Überdies hat die EU die Westeuropäische Union (WEU) in den genannten Angelegenheiten in Anspruch genommen<sup>209</sup>. Demnach tritt der Anspruch der EU durch die Schaffung der ESVP in Erscheinung, die Rolle eines weltpolitischen Akteurs zu übernehmen und vom Leitbild der Wirtschaftsmacht abzuweichen.

Ende der 1990er Jahre fand eine Neubelebung der Diskussion um die ESVP statt. Der Wunsch nach mehr militärischer Handlungsfähigkeit resultierte aus dem franco-britischen Gipfel in *St. Malo* am 04.12.1998. Die Umkehr der britischen Positionen im europäischen Integrationsprozess und der Wunsch der Regierung *Blair* Führungsposition in einem

---

<sup>206</sup> Am 24.10.1950 unterbreitete der französische Ministerpräsident *René Pleven* einen Vorschlag zur Errichtung einer Europa-Armee unter dem Kommando eines europäischen Verteidigungsminister. Der Plan scheiterte jedoch an der französischen Nationalversammlung, die den Plan nicht ratifiziert hat.

<sup>207</sup> Die französische Regierung unter *Charles de Gaulle* legte im September 1960 und Januar 1962 zwei Entwürfe zur Gründung einer Union der europäischen Staaten im politischen, kulturellen und verteidigungspolitischen Bereich vor.

<sup>208</sup> Die Petersberg-Aufgaben wurden in den Vertrag von Amsterdam aufgenommen. Vgl. Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, 1997, Art. J.7 (2), S. 12

<sup>209</sup> Vgl. Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, 1997, Art. J.7 (3), S. 12

Politikbereich zu übernehmen, ermöglichte es der EU „ (...) *to be in a position to play its full role on the international stage*“<sup>210</sup>.

Dieser Prozess hielt auch nach dem Inkrafttreten des Amsterdamer Vertrags an. Die Beschlüsse auf den EU-Gipfeltreffen in *Köln*<sup>211</sup> (3-4 Juni 1999), in *Helsinki*<sup>212</sup> (10-11 Dezember 1999) wie auch in *Santa Maria de Feira*<sup>213</sup> unterstützten die Entwicklung der militärischen als auch der nichtmilitärischen Mittel zur Krisenbewältigung und die Reaktion auf internationale Krisen, die mithilfe einer Eingreifgruppe (ERRF) mit oder außerhalb der NATO geschehen soll. Die ESVP entwickelte sich zu einem festen Bestandteil im europäischen Integrationsprozess. Dadurch wird die außenpolitische Handlungs- und Problemlösungsfähigkeit der EU erst überhaupt ermöglicht.

Die humanitären und friedenserhaltenden Aufgaben und Rettungseinsätze sowie Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung einschließlich friedensschaffender Maßnahmen wurden fester Bestandteil des *Nizza-Vertrags* (seit 2003 in Kraft). In den Bereichen der ESVP entstanden militärische Gremien wie das Politische und Sicherheitspolitische Komitee (PSK) (Art.25, Nizza Vertrag), der Militärausschuss (EUMC) und der Militärstab (EUMS). Den institutionellen Rahmen der ESVP unterstützen desweiteren das 2001 gegründete EU-Institut für Sicherheitsstudien (EUISS)<sup>214</sup>, das 2005 eingerichtete Sicherheits- und Verteidigungskolleg (ESVK)<sup>215</sup> wie auch die 2004 errichtete Europäische Verteidigungsagentur (EVA)<sup>216</sup>.

Die veränderte Sicherheitslage nach dem 11. September 2001 und die Bedrohung durch Terrorismus wie auch die un stabile Lage auf dem Balkan lassen eine Unterstützung<sup>217</sup> der EU durch die NATO zu (*Berlin-Plus-Vereinbarungen*<sup>218</sup>). Diese Dauerverbindung der beiden regionalen Organisationen stellt ihrerseits die Grundlage für eine Zusammenarbeit dar, welche die Rivalität zwischen der NATO und der EU ausbalancieren soll. Die globalen Herausforderungen gewähren einem einzelnen Nationalstaat in Europa kaum Spielraum zur effektiven und effizienten Lösung der heranwachsenden Probleme in der außen- und

<sup>210</sup> Vgl. British-French summit St-Malo, 3-4 December 1998

<sup>211</sup> Vgl. Europäischer Rat Köln, 3-4 Juni 1999, Schlussfolgerungen des Vorsitzes, IV. Weiterentwicklung der EU, 55 – 56

<sup>212</sup> Vgl. Europäischer Rat Helsinki, 10-11 Dezember 1999, Schlussfolgerungen des Vorsitzes, II. GESVP, 25 – 29

<sup>213</sup> Vgl. Europäischer Rat Santa Maria de Feira, 19-20 Juni 2000, Schlussfolgerungen des Vorsitzes, I. GESVP, 6 – 12

<sup>214</sup> Vgl. Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, 2001b

<sup>215</sup> Vgl. Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, 2005

<sup>216</sup> Vgl. Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, 2004

<sup>217</sup> Vgl. Bundesministerium der Verteidigung, 2006

<sup>218</sup> Der Kern der Berlin-Plus-Vereinbarungen bezieht sich auf die Dimension der operationellen Umsetzung. Vgl. Peter, 2007, S. 66

sicherheitspolitischen Umgebung. Diese Konstellation der IB führt 2003 zur Ausformulierung der strategischen Ziele in der EU wie auch der konkreten Auswirkungen auf die europäische Politik und ihre Zukunft durch die *Europäische Sicherheitsstrategie*<sup>219</sup>. In dieser Sicht veranschaulicht die Strategie die Basis für das veränderte Selbstverständnis der EU als Akteur in den außen- und sicherheitspolitischen Beziehungen. Die Referenzobjekte bleiben die Nationalstaaten und militärische wie auch nichtmilitärische Bedrohungen können mit einem Mix aus zivilen und militärischen Mitteln begegnet werden.

Jedoch hat die EU-Kommission bereits in 2001 die Stabilisierung der Nachbarschaft in ihrer Kommunikation über Konfliktprävention aufgegriffen.<sup>220</sup> Parallel zum Ausbau und zur Verstärkung der regionalen Kooperation (S. 8) und der wirtschaftlichen Beziehungen (S. 8f.) und zu Maßnahmen der Konfliktprävention (S. 9 – 16) entwickelt die EU weiter das Konzept der Reform des Sicherheitssektors (S. 14) – *Security Sector Reform* (SSR). Im Konzept der SSR<sup>221</sup> sind Sicherheitsproblemen wie auch ihre Verbesserung durch institutionelle Reformen, in denen alle Akteure einer Gesellschaft eingeschlossen werden, und ebenso *good governance* enthalten. Erreicht werden sollte einen gut funktionierenden Sicherheitsrahmen mit vier grundlegenden Dimensionen<sup>222</sup>: eine politische (demokratische Aufsicht der Sicherheitskräfte), eine ökonomische (rationale Ressourcenallokation), eine soziale (Sicherheitsgarantie für die Bürger einer Gesellschaft) und eine institutionelle (institutionelle Trennung der Sicherheitskräfte und –institutionen) Dimension.

Herausleiten lässt sich für die Einordnung der GASP/ ESVP in das institutionelle Gefüge der EU, dass ebenfalls mit der Ausformulierung der Europäischen Sicherheitsstrategie die EU keine rein militärische Macht im Sinne einer Supermacht sondern institutionell bemerkbar eine Friedensmacht darstellt. Zur Veranschaulichung dieser These dient die folgende Abbildung.

---

<sup>219</sup> Vgl. Solana, 2003. Die Abwehr von Bedrohungen (S. 7), die Stärkung der Sicherheit in der Nachbarschaft (S. 7) wie auch das Bekenntnis zum Multilateralismus (S. 9) stellen die strategischen Ziele der EU dar.

<sup>220</sup> Vgl. European Commission, 2001, S. 4 und S. 14

<sup>221</sup> Vgl. Department for International Development et. al., 2003, S. 30. Vgl. ebenfalls Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD), 2001, S. II-35. Vgl. vertieft Wulf, 2004, S. 9f.

<sup>222</sup> Vgl. Wulf, 2004, S. 12f.

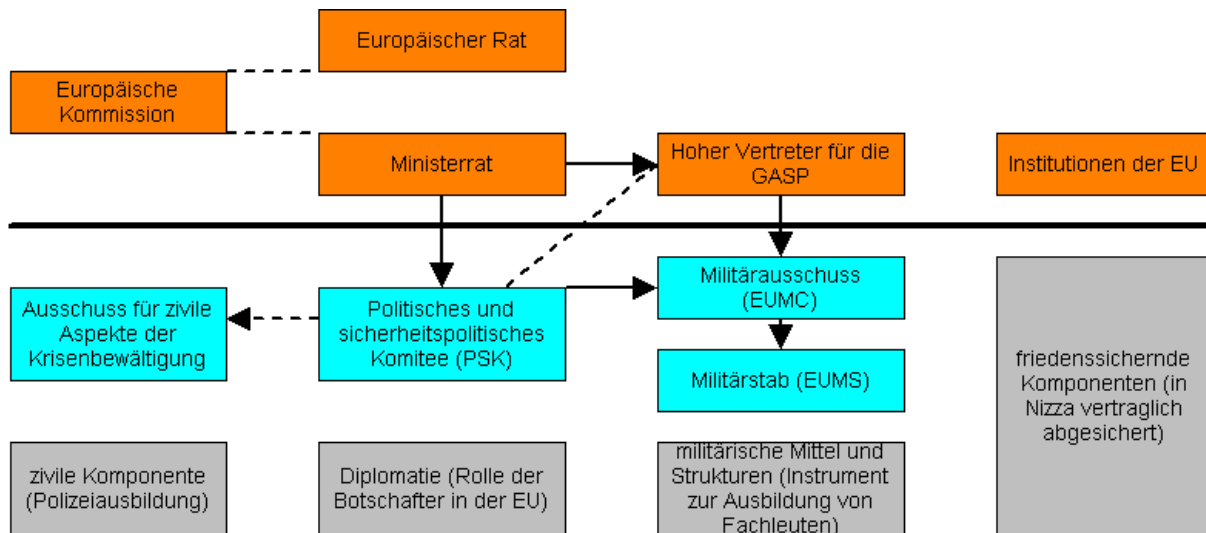


Abbildung 5: Institutionelles Gefüge der EU, eigene Darstellung

In Anbetracht der so dargestellten Entwicklung der GASP/ ESVP arbeitete die EU eine Strategie für die Nachbarschaft aus, die einen festen Bestandteil der Außen- und Sicherheitspolitik der EU bildet.

## II. Politische Einheit des Begriffes „Ordnungsfaktor“

Nach dem Ende der politischen, wirtschaftlichen, militärischen wie auch sozio-kulturellen Auseinandersetzungen zwischen West und Ost hat sich die EU als oberstes Ziel die Integration der Mittel- und Südosteuropäischen Staaten in die demokratischen europäischen Strukturen und ebenso die Stabilisierung der unmittelbaren Nachbarschaft gesetzt. Die Unterstützung der Transformationsprozesse in den ex-kommunistischen Ländern durch die *Europa-Abkommen*<sup>223</sup> und gleichzeitig die Öffnung der Beitrittsperspektive erwiesen sich als das wirksamste Instrument europäischer Außen- und Sicherheitspolitik. Die vollzogene Osterweiterung in den Jahren 2004 und 2007 hat jedoch die Grenzen dieses politischen Instrumentariums aufgezeigt. Zudem weisen die Staaten im westlichen Balkan wie auch die Nachfolgerstaaten der Sowjetunion erhebliche wirtschaftliche und politische

<sup>223</sup> In erster Linie haben sich die Europa-Abkommen auf die schrittweise Herstellung einer Freihandelszone zwischen der EU und den mittel- und südosteuropäischen Staaten bezogen. Im Laufe der Stabilisierung und Demokratisierung dieser Staaten haben sich die Abkommen als Heranführung zur Vollmitgliedschaft etabliert.

Entwicklungsrückstände, sodass eine Beitrittsperspektive entweder nicht durchsetzbar in der EU erscheint oder erst in der längerfristigen Perspektive erfüllt werden kann.

In diesem Zusammenhang übernimmt die EU die Rolle eines Ordnungsfaktors in der unmittelbaren Nachbarschaft. Infolgedessen werden

- ✓ Ordnungsleitbilder des regionalen und internationalen Systems entwickelt,
- ✓ die über wirksame Instrumente und Ressourcen verfügen und
- ✓ in einem effizienten und legitimierten Verfahren eingesetzt werden.<sup>224</sup>

Die interne Kohärenz der EU, hervorgebracht durch ihre Größe und wirtschaftliche Stärke und die externe Auswirkung auf Drittstaaten, hervorgebracht durch den Bedarf, eine ordnungspolitische Rolle zu übernehmen, stehen in engem Zusammenhang mit der Akteursfähigkeit der EU und der EU als Akteur in den IB. Dadurch stärkt die EU ihren Einfluss in der Peripherie und stabilisiert die Nachbarschaft. Dies wiederum hängt von der politischen Entwicklung in der EU selbst ab: von ihrer wirtschaftlichen Stärke und politischen Einheit.<sup>225</sup>

### **1. Ordnungsleitbilder des regionalen und internationalen Systems**

Die Grundsätze einer friedlich-demokratischen Ordnung, die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie die Rechtstaatlichkeit<sup>226</sup> wie auch die eingeführten Verfahren zur ihren Durchsetzung im *Nizza* Vertrag<sup>227</sup> setzen die konstitutionelle Verankerung der Grundprinzipien und den Einigungsprozess der EU fort. Unentbehrlich für die gewachsene Rolle der EU in der regionalen und internationalen Umgebung der IB erweist sich die Verpflichtung in der GASP, die gemeinsamen Werte wie auch die Entwicklung und Stärkung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten zu wahren<sup>228</sup>.

In der Erweiterungspolitik der EU bis zum Vollzug der Osterweiterung spiegelt sich die Bedeutung der Normen und Werte wieder. Jedem europäischen Nachbarstaat wird die Beitrittsperspektive<sup>229</sup> unter Einhaltung der 1993 erarbeiteten Kopenhagener Kriterien

<sup>224</sup> Vgl. Wessels, 2000, S. 577f. In diesem Kapitel wie in der ganzen Arbeit befasste ich mich nur mit der ENP gegenüber der Ukraine, Moldau, Belarus, Georgien, Armenien und Aserbaidschan.

<sup>225</sup> Vgl. Hettne/ Söderbaum, 2005, S. 536f. und S. 541f.

<sup>226</sup> Vgl. Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, 2002, S. 11, Art. 6 (1)

<sup>227</sup> Vgl. Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, 2001a, S. 6, Art. 7 (1)

<sup>228</sup> Vgl. Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, 2002, S. 14, Art. 11 (1)

<sup>229</sup> Vgl. Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, 2002, S. 31, Art. 49

ermöglicht.<sup>230</sup> Auch in der Europäischen Sicherheitsstrategie von 2003 finden sich Bestimmungen über die „*Stärkung der Sicherheit in unserer Nachbarschaft*“<sup>231</sup>. „*Es liegt im Interesse Europas, dass die angrenzenden Länder verantwortungsvoll regiert werden (...) dass östlich der Europäischen Union und an den Mittelmeergrenzen ein Ring verantwortungsvoll regierter Staaten entsteht (...)*“<sup>232</sup> Diese Politik bezieht sich auf die Länder des Mittelmeerraums, Osteuropas – die Ukraine, Belarus, Moldau wie auch Russland – als auch des Südkaukasus.

## **2. Instrumente und Ressourcen zur Umsetzung**

Den Anspruch als Transformationsmacht nach der Osterweiterung in der unmittelbaren Nachbarschaft aber auch als *global player* auf der internationalen Bühne gerecht zu werden, hat die EU eine Reihe von wirtschaftlichen, rechtlichen, diplomatischen und friedenssichernden Instrumenten entwickelt. In Bezug auf die benachbarten Staaten beinhalten die Maßnahmen im Konzept der ENP

- ✓ eine stärkere Anbindung an den europäischen Binnenmarkt unter beträchtlichem Anspruch auf Einhaltung der gemeinsamen Werte,
- ✓ grenzüberschreitende Zusammenarbeit in unterschiedlichen Bereichen jedoch auch
- ✓ diplomatische und friedenssichernde Fähigkeiten in einem komplexen System bilateraler und multilateraler Beziehungen.

Mit über 500 Millionen Einwohnern, die über ein Viertel des Bruttosozialprodukts weltweit erwirtschaften, stellt der europäische Binnenmarkt den weltgrößten Markt der Welt dar. Aus der Stärke der Wirtschaft reflektieren die strukturgesellschaftlichen und insbesondere die wirtschaftlichen Macht- und Ordnungsinteressen der EU, welche sich sowohl nach innen als auch nach außen auswirken. Angesichts der Größe und der Bedeutung des EG/EU-Binnenmarktes hat die EU ein breit gefächertes Instrumentarium zur Regelung des Zuganges der benachbarten Staaten aufgestellt. Seit 1989 hat die Union besondere

---

<sup>230</sup> Der Verfassungsentwurf sieht für die Nachbarschaft eine engere Einbindung an die EU unter Einhaltung der Werte vor, auf die die Union aufbaut. Neben den speziellen Übereinkünften mit den Nachbarstaaten finden auch regelmäßige Konsultationen statt (. Vertrag über eine Verfassung für Europa, 2004, S. 58, Titel VIII, Art. I-57 (1 und 2), die auf ein mehrfach strengeres Überwachen seitens der EU in der Austragung der Beziehungen deuten. Die Proklamation der Normen und Werte der EU im Verfassungsvertrag in Bezug auf die unmittelbare Nachbarschaft expliziert einerseits die besondere Bedeutung der regionalen Ordnungspolitik der Union. Andererseits begründet der Verfassungsentwurf die immense Bedeutung der Nachbarschaft, indem regelmäßige Abstimmung der Zusammenarbeit vorgesehen wird. Diese Anforderung lässt sich mit den Assoziierungsabkommen vergleichen (Vgl. Kempe, 2005, S. 252), obwohl der Vertrag den Nachbarstaaten keine Assoziierungsperspektive einräumt.

<sup>231</sup> Solana, 2003, S. 7

<sup>232</sup> Solana, 2003, S. 8. Meine Abkürzung des Zitats.



Assoziierungsabkommen mit den Ländern Mittel- und Osteuropas zum Abbau von Zöllen abgeschlossen. Im Laufe des Integrationsprozesses haben sich diese Abkommen als Vorstufe zum Beitritt in die EU erwiesen. Zur Fortsetzung dieser Politik dienen auch die in Kraft getretenen Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA) nach 1998 mit den osteuropäischen und südkaukasischen Staaten (mit Ausnahme Belarus), welche die EU in die ENP einbezog. Die PKAs sehen die Schaffung einer Freihandelszone sowie eine engere Anbindung an den EU-Binnenmarkt vor.

Hilfeleistungen im Rahmen des Annäherungsprozesses der benachbarten Staaten treten als eines der wirksamsten Instrumente der EU-Außenbeziehungen in Erscheinung. Das TACIS-Programm der EU (Technical Aid to the Commonwealth of Independent States) zur Unterstützung der ENP-Partnerstaaten im Rahmen der EU-Außenbeziehungen im Osten der Union beläuft sich für den Zeitraum 2000 bis 2003 auf 1332,2 Millionen Euro. Diese Summe, verteilt auf die drei Partnerstaaten und Russland, stellt einen kleinen Hilfeleistungsbeitrag und dementsprechend ein limitiertes Angebot seitens der EU dar. Zur detaillierten Darstellung der finanziellen Leistungen für die einzelnen Nachbarstaaten (Russland, die Ukraine, Moldau und Belarus) dient die folgende Abbildung.

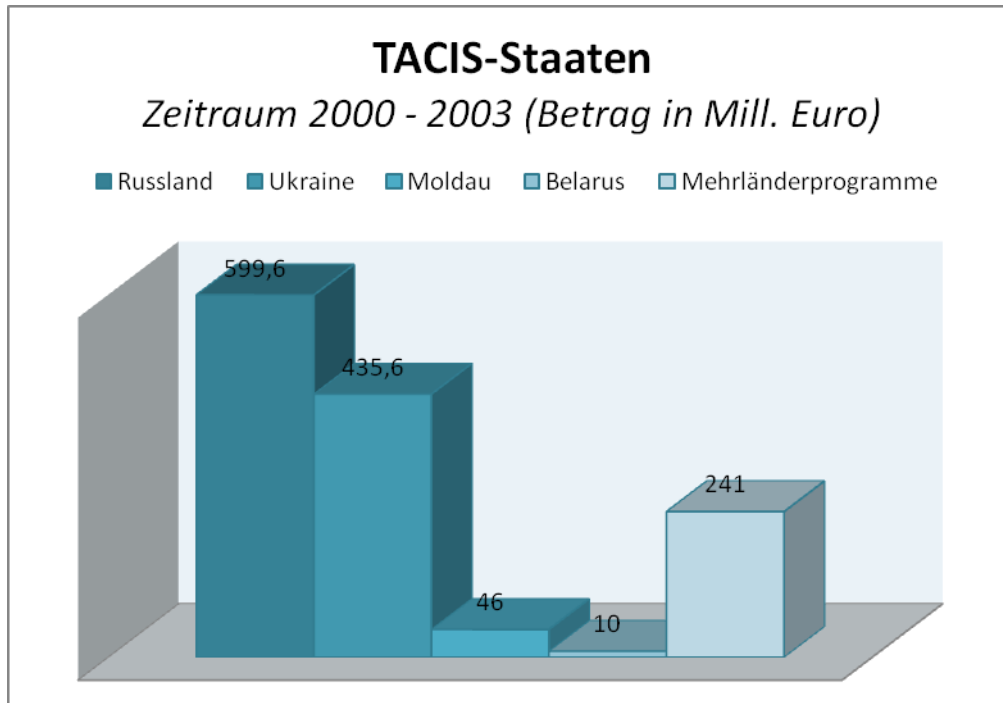


Abbildung 6: Unterstützung der ENP-Partnerländer im Rahmen des TACIS-Programmes über den Zeitraum 2000 – 2003, eigene Darstellung, Datenquelle: Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 2004, S. 32

Hiermit stellt sich die Frage, ob es in diesem Sinne auch limitierte Ergebnisse seitens der ENP-Staaten in dieser Region zu erwarten sind. Die Frage nach dem aufgewandten Geld für die Nachbarregionen geht mit der Frage einher, welche Art von Unionsbeziehungen sich die Politiker in der EU zu ihrer Nachbarschaft vorstellen. Im Vergleich dazu stellte die EU für den südlichen Mittelmeerraum für den Zeitraum 2000 – 2006 5,35 Mrd. Euro bereit<sup>233</sup>. Die Höhe der Finanzhilfen, die für die östlichen und südlichen Nachbarstaaten zur Verfügung gestellt wurden, verdeutlicht eine Präferenzordnung diese zwei Regionen, die den südlichen Mittelmeerraum in den Vordergrund stellt. Die Ereignisse in 2007 um die Freilassung der inhaftierten bulgarischen Krankenschwestern in Libyen und die wirtschaftlichen, politischen und militärischen Zusagen *Nicolas Sarkozys* gegenüber Libyen deuten auf eine engere Kooperation Frankreichs (und aller EU-Mittelmeeranreiner) zu ihren südlichen Nachbarn. In seiner Rede in Tanger (Marokko) am 23. Oktober 2007 wiederholte der französische Präsident seine Pläne von einer Mediterranen Union folgendermaßen:

*„We will build the Mediterranean Union, as Europe's union was built, on the basis of a political determination stronger than the memory of the suffering, on the basis of the conviction that the future counts for more than the past. (...) The Mediterranean Union must be pragmatic: it will be a union embracing variable geometry, with members joining together on projects as and when they wish. (...) (T)he Mediterranean Union's priorities will from the start include culture, education, health and human capital. Among its priorities will be the fight against inequality and for justice without which no peace is possible. The Mediterranean Union will first of all be a project-based union. But with a single goal: to make the Mediterranean the world's largest testing ground for co-development where development is decided on together and managed together, where freedom of movement of people is built together and managed together, and where security is organized together and guaranteed together.*<sup>234</sup>”

Die Position Frankreichs geht mit der Unilateralismus-Multilateralismus-Debatte in der Internationalen Politik einher. Die nationale Prioritätensetzung und die Ausrichtung nationaler und/ oder europäischer Außenpolitik erfolgen nicht immer auf europäischer Ebene sondern vielmehr auf nationaler Ebene ohne Berücksichtigung internationaler und europäischer Abkommen.

Die gemeinsame Außenpolitik der EU und respektive die Politik zu der unmittelbaren Nachbarschaft beinhaltet nicht nur Finanzhilfe, sondern auch gemeinsame Strategien,

---

<sup>233</sup> Vgl. Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, 2000, S. 2

<sup>234</sup> Sarkozy, 2007. Meine Hervorhebungen

Standpunkte und Aktionen, die nach dem Vertrag von *Maastricht* beschlossen wurden.<sup>235</sup> Die Europäische Sicherheitsstrategie und die beiden Strategiepapiere *Größeres Europa – Nachbarschaft: Ein neuer Rahmen für die Beziehungen der EU zu ihren östlichen und südlichen Nachbarn* von 2003 und *Europäische Nachbarschaftspolitik* von 2004 legen das Fundament der neuen Europäischen Nachbarschaftspolitik.

Diese Strategiepapiere beruhen auf dem von *Javier Solana* und *Christopher Patten* erarbeitete Papier *Wider Europe* in 2002, das die Grundlage für die Beziehungen zu Moldau, der Ukraine, Belarus wie auch Russland stellt.<sup>236</sup> Seitdem stehen die Beziehungen zu der unmittelbaren Nachbarschaft auf der regulären Agenda des Europäischen Rates. Im Juli 2003, in Anlehnung an die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates in *Thessaloniki*<sup>237</sup>, hat die EU-Kommission eine *Projektgruppe Größeres Europa* errichtet, die unter den Kommissionsmitgliedern *Günter Verheugen* (Generaldirektion Erweiterung) und *Christopher Patten* (Generaldirektion Außenbeziehungen) die politische Weiterentwicklung der ENP koordiniert. Die bevorstehende Osterweiterung hat die Aufmerksamkeit der EU in die unmittelbare Peripherie gelenkt, sodass institutionelle Entscheidungen fortentwickelt und die Akteure zu Reformentscheidungen in der Zukunft gebunden werden.<sup>238</sup>

Zur Unterstützung der ENP-Staaten tritt die EU-Kommission jeweils bilateral mit differenzierten Aktionsplänen (AP) für mittelfristige Beziehungen heran, die auf der Grundlage der bestehenden Partnerschafts- und Kooperationsabkommen beruhen und von der Kommission auf der Grundlage von Länderberichten entwickelt werden. Die folgende Tabelle stellt den Stand der EU-Beziehungen zu den Partnerstaaten in der östlichen Dimension und im Südkaukasus dar. Daraus wird ersichtlich, dass die Ukraine und Moldau einen deutlichen Fortschritt in den Beziehungen zu der EU verzeichnet haben, während die EU die Beziehungen zu Belarus auf Eis gelegt hat.

---

<sup>235</sup> Vgl. Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, 2002, S. 14, Art. 12

<sup>236</sup> Vgl. Patten/ Solana, 2002

<sup>237</sup> Vgl. General Affairs and External Relations, 2003, S. VII

<sup>238</sup> Vgl. die Überlegungen im Kapitel 2

Land	Vertragliche Basis - PKA		Länderbericht	Aktionsplan	
	verabschiedet	In Kraft		verabschiedet	In Kraft
Moldau	11/ 1994	07/ 1998	05/ 2004	12/ 2004	02/ 2005
Ukraine	06/ 1994	03/ 1998	05/ 2004	12/ 2004	02/ 2005
Belarus	03/ 1995				
Armenien	04/ 1996	07/ 1999	03/ 2005	10/ 2006	
Aserbaidschan	04/ 1996	07/ 1999	03/ 2005	10/ 2006	
Georgien	04/ 1996	07/ 1999	03/ 2005	10/ 2006	

Tabelle 1: Stand der EU-Beziehungen zu den Partnerstaaten in der „östlichen Dimension“ der ENP, eigene Darstellung, Quelle: [http://ec.europa.eu/world/enp/partners/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/world/enp/partners/index_de.htm) (02.07.2007)

In Anbetracht der immensen Bedeutung Russlands, dennoch der schwindenden Macht der Russischen Föderation in den Partnerstaaten der ENP, hat die EU 2003 ein besonderes Partnerschaftskonzept mit Russland ausgehandelt. Am 10. Mai 2005 haben die EU und Russland auf dem EU-Russland Gipfel in Moskau *vier gemeinsame Räume* vereinbart:

- ✓ Wirtschaft, Energie und Umwelt;
- ✓ Freiheit, innere Sicherheit und Justiz;
- ✓ äußere Sicherheit;
- ✓ Forschung, Bildung und Kultur.<sup>239</sup>

Nach der veränderten Sicherheitssituation Anfang des 21. Jahrhunderts verpflichtet sich die EU zu friedenssichernden Maßnahmen durch gemeinsame Aktionen in der unmittelbaren Nachbarschaft. Am 28 Juni 2004 hat der Europäische Rat<sup>240</sup> die Mission *EUJUST THEMIS* für Georgien zur Unterstützung der Rechtstaatlichkeit beschlossen. 2005 wurde die *European Commission Border Assistance Mission*<sup>241</sup> zwischen Moldau und der Ukraine zur Unterstützung der Grenz-, Zoll- und Steuerangelegenheiten ohne Exekutivbefugnisse errichtet.

Einer der effizientesten Instrumente europäischer Außenpolitik in Form von politischem Dialog mit Drittstaaten<sup>242</sup> oder einer Gruppe von Drittstaaten trägt zur Kooperation der Mitgliedstaaten auf der internationalen Bühne und zum Werteexport ihres legitimen demokratischen Regierens bei. In dieser Sicht inkorporiert die EU Begriffe wie Demokratie, Menschenrechte, Rechtstaatlichkeit und *good governance* in ihrer Politik<sup>243</sup> gegenüber der unmittelbaren Nachbarschaft.

<sup>239</sup> Vgl. Council of the European Union, 2005c, S. 2 – 3

<sup>240</sup> Vgl. Official Journal of the European Union, 2004. Die Mission wurde am 14 Juli 2005 abgeschlossen.

<sup>241</sup> Vgl. Official Journal of the European Union, 2005

<sup>242</sup> Vgl. Monar, 1997, S. 263 – 274

<sup>243</sup> Vgl. Jünemann/ Knodt, 2006, S. 187 – 196

Der Dialog zwischen der EU und Drittstaaten oder einer Gruppe von Drittstaaten vollzieht sich auf verschiedenen Ebenen. Auf der Ebene der EU-Ratspräsidentschaft (EU-Troika) nehmen der jeweilige Ratspräsident, die EU-Kommission, vertreten durch den Kommissar für Außenbeziehungen oder der Hohe Vertreter für die GASP, und ein Mitglied des Ratssekretariats teil. Dabei werden die Entwicklung der Beziehungen, die Entwicklung und Umsetzung der Aktionspläne als auch zentrale Themen der Außen- und Sicherheitspolitik behandelt. Auf Ministerebene trifft sich der Außenminister des jeweiligen Landes, welches die EU-Ratspräsidentschaft innehat, mit Repräsentanten aus Drittstaaten. Ziele des Dialogs mit den ENP-Partnerstaaten sind die Weiterentwicklung der ENP als auch die Energiesicherheit. Desweiteren finden Treffen mit Mitgliedern des Europäischen Parlaments oder Vertretern diverser Komitees statt.<sup>244</sup> In dieser Konstellation kommt den einzelnen Mitgliedstaaten eine gewichtige Rolle zu, sodass die Interessen und die Präferenzen der Mitgliedstaaten den Entscheidungsprozess des auswärtigen Regierens aufgrund der geteilten Kompetenzen in einem Mehrebenensystem entscheidend mitprägen. Dennoch sind die Resonanz innerhalb des Drittstaates, die Interdependenz zwischen der EU und des Drittstaates wie auch die internationale Umgebung wichtige Komponente bei der Ausgestaltung des politischen Dialogs.<sup>245</sup>

### **3. Effizientes und legitimes Verfahren**

Die Verträge von *Maastricht*, *Amsterdam* und *Nizza* haben nach jahrelanger Abstinenz einen effizienteren institutionellen Rahmen für die Ausgestaltung und Durchführung europäischer Außen- und Sicherheitspolitik geschaffen. Nach dem Vertrag über die Europäische Union „ (...) achtet (die Union) insbesondere auf die Kohärenz aller von ihr ergriffenen außenpolitischen Maßnahmen im Rahmen ihrer Außen-, Sicherheits-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik“<sup>246</sup>.

In der institutionellen Hierarchie der EU gibt der Europäische Rat die *Impulse* und *Zielsetzungen* der EU (Titel I, Art. 4, EUV) wie auch die *Grundsätze* und *allgemeine Leitlinien* der GASP als auch bei Fragen mit *verteidigungspolitischen Bezügen* (Titel V, Art. 13(1), EUV). Infolgedessen ist der Rat befugt, *Strategien* (Art. 13(2), EUV), *Aktionen* (Art. 14(1), EUV) und *Standpunkte* (Art. 15, EUV) zu beschließen.<sup>247</sup> In Bezug auf den

<sup>244</sup> Vgl. What's new on Europa? (<http://europa.eu/geninfo/whatsnew.htm>, 02.07.2007)

<sup>245</sup> Vgl. Jünemann/ Knodt, 2006, S. 188f.

<sup>246</sup> Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, 2002, S. 11, Titel I, Art. 3

<sup>247</sup> Vgl. Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, 2002, S. 11 und S. 14f.

intergouvernementalen Charakter der GASP und der ENP setzt der Europäische Rat die Richtung der EU-Außenpolitik fest.

In den Bereichen der GASP beteiligt sich auch die Kommission (Art. 27, EUV) und unterstützt den Europäischen Rat mit den ihr zugeteilten Ausschüssen durch Empfehlungen (Art. 300, EUV). Ihre größten Erfolge erzielte die Kommission bei der Heranführung der MOEL an die EU. Bei den außen- und sicherheitspolitischen Angelegenheiten vertritt der Vorsitz die Union (Art. 18(1), EUV) nach außen und nach den Erfahrungen aus den Kriegszuständen im Westlichen Balkan unterstützt der Generalsekretär des Rates den Vorsitz, indem er die Funktion eines Hohen Vertreters für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (in der Person von *Javier Solana*) wahrnimmt (Art. 18(3), EUV).

Das Europäische Parlament gewann in den letzten Jahren ebenfalls an Einfluss vor allem in den Bereichen Demokratie und Menschenrechte, denn das Parlament verabschiedet das EU-Budget<sup>248</sup>. Bei Fragen der GASP wird das Europäische Parlament vom Vorsitz angehört und unterrichtet (Art. 21, EUV). Bei Assoziierungsabkommen mit Drittstaaten bedarf die Union die Zustimmung des Europäischen Parlaments (Art. 310, EUV). In den Auslegungen des Europäischen Gerichtshofes des Art. 300(6), EUV beeinflusst auch der Gerichtshof dieses Verfahren.

Leider ist das Europäische Parlament in Fragen der ENP nur beratend, jedoch ist die Rolle des EP im Moment die, dass Europa mehr Zuständigkeiten im Bereich der Außenpolitik bekommt. Angesichts ansteigender Probleme wie z.B. in der Energiepolitik setzt sich eine überwiegende Mehrheit im Parlament für mehr Zuständigkeiten im Bereich der Energiepolitik. Das Gleiche gilt auch für die ENP, denn dort viele nationale Interessen bestimmen immer noch die Inhalte der ENP zum Teil mit.<sup>249</sup>

Diese institutionelle Struktur setzte sich bei außen- und sicherheitspolitischen Angelegenheiten durch, die Nationalstaaten üben jedoch weiterhin einen immensen Einfluss auf die Gestaltung europäischer Außen- und Sicherheitspolitik. Trotz der Bestimmungen des Art. 11(2), EUV, „ (...) *sich jeder Handlung (zu enthalten), die den Interessen der Union zuwiderläuft oder ihrer Wirksamkeit als kohärente Kraft in den internationalen Beziehungen schaden könnte*“, vertreten die 27 Mitgliedsstaaten unterschiedliche Interessen, sodass ein einheitliches Auftreten in der Internationalen Politik erschwert wird<sup>250</sup>. Die Errichtung der

---

<sup>248</sup> Vgl. Emerson et. al., 2005, S. 173

<sup>249</sup> Vgl. Pieper, 2008. Interview durch den Autor.

<sup>250</sup> Die undeutliche Trennung der Außenpolitik der Mitgliedsstaaten zu anderen Mitgliedsstaaten und zu Drittländern erschwert weiterhin das gemeinsame Auftreten der EU in der äußeren Umgebung. Vgl. dazu Balázs, 2007, S. 197ff.

Leitzentrale des amerikanischen Abwehrschildes auf tschechischem Boden<sup>251</sup> kommentiert der tschechische Präsident *Václav Klaus*<sup>252</sup> als nun eine tschechische Entscheidung, sicherheits- und außenpolitische Investitionen zu tätigen, die ihrerseits ohne Zweifel multilateral auf NATO-Ebene getätigt werden könnten, jedoch der Realität nicht entsprechen. Die Bestimmungen über die ENP im Achtzehnmonatsprogramm des deutschen, des portugiesischen und des slowenischen Vorsitzes (bis Ende Juni 2008) setzen ebenfalls gemeinsames Handeln im südlichen Mittelmeerraum wie zu den Nachbarn im Osten Europas voraus.<sup>253</sup> Im Rahmen der ENP treten jedoch die unterschiedlichen Präferenzen und Interessen der einzelnen Mitgliedstaaten noch deutlicher in Erscheinung. Mehr noch: die Artikulation der nationalen Interessen für die jeweilige Außenpolitik erhält eine grundlegende Bedeutung. Durch die aktive Unterstützung der nordischen Ratspräsidentschaften im Herbst 1999 (Finnland), im Frühling 2001 (Schweden) und im Herbst 2002 (Dänemark) für die nördliche Peripherie setzte der EU-Rat die *Nördliche Dimension* auf die EU-Agenda<sup>254</sup>. Weiterhin strebt die deutsche Ratspräsidentschaft die Fortentwicklung der Beziehungen der Union in Richtung Osten und Zentralasien an<sup>255</sup>, setzt jedoch die portugiesische Ratspräsidentschaft (und hiermit repräsentant für alle EU-Mittelmeeranreiner) ihre Akzente in der Entwicklung der EU-Beziehungen mit dem Südlichen Mittelmeerraum<sup>256</sup>. *Diogo Freitas Do Amaral*<sup>257</sup> geht sogar weiter und stellt fest, dass die Fortentwicklung der Beziehungen zu Moldau, Belarus, der Ukraine und dem Südkaukasus bestehen sollte, jedoch diese Länder aufgrund der Zugehörigkeit zu der russischen Interessensphäre die EU nicht beitreten sollten. Aus diesem Grund haben supranationale Institutionen einen geringeren Einfluss, denn die Nationalstaaten betreiben in ihrer intergouvernementalen außen- und sicherheitspolitischen Zusammenarbeit die Verfolgung nationaler Interessen und Präferenzen, die ihrerseits mit Kosten zu einer Vergemeinschaftung verbunden sind. An dem obigen Beispiel mit Tschechien zu knüpfen, stellen diese Kosten die *Vernachlässigung* der transatlantischen

<sup>251</sup> Der neue amerikanische Präsident Barack Obama hat Abstand von den Plänen zu einem Raketenabwehrschild in Mitteleuropa genommen, zu der außer dem Radar in Tschechien auch eine Raketenbasis in Polen gehören sollte.

<sup>252</sup> Vgl. *Václav Klaus*, FAZ-Interview, 2007

<sup>253</sup> Vgl. Rat der Europäischen Union, 2006a, S. 63. Dieses Ziel ist ebenfalls in der Mitteilung der Kommission über die Stärkung der Europäischen Nachbarschaftspolitik niedergelegt. Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 2006a, S. 2f.

<sup>254</sup> Diese Beispiele verdeutlichen wie ein Mitgliedsland durch die Mitgliedschaft und die Ratspräsidentschaft die nationalen Interessen auf EU-Ebene vertritt. Vgl. *Vahl*, 2005, S. 3

<sup>255</sup> Vgl. Die Bundesregierung, 2007, S. 22. Bereits der Koalitionsvertrag von 2005 betont die Europapolitik der Bundesregierung Richtung Osten (grundsätzlich gegenüber Russland). Vgl. Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD, 2005, S. 146f.

<sup>256</sup> Vgl. Portuguese Presidency, 2007, S. 1, 5 – 7

<sup>257</sup> Vgl. *Do Amaral*, 2007, S. 62

Beziehungen zu den USA dar, die *das zweite Standbein*<sup>258</sup> tschechischer (nationaler) Außen- und Sicherheitspolitik sind. In Anbetracht der ENP stellt die Prioritätensetzung auf eine bestimmte geographische Region Nutzen dar, der wirtschaftlicher (wirtschaftliche Bindung an die Peripherie), migrationspolitischer (Migrationsströme aus der nah gelegenen Peripherie), sozio-kultureller (enge kulturelle Bindung und kulturelle Prägung) und sogar historischer Natur (im Falle der Bundesrepublik – die Ostpolitik<sup>259</sup>) ist. Die Nichtberücksichtigung dieser Nutzen beinhaltet externe Kosten für das jeweilige Land.

Dagegen erhoffen sich die Nationalstaaten jedoch einen höheren Nutzen, der das außenpolitische Gewicht der Mitgliedsstaaten durch die *gemeinsame* Austragung der GASP und der ESVP stärkt.<sup>260</sup> Desweiteren erzielen einzelne Nationalstaaten einen besseren Informationszufluss durch die besser organisierte Informationsstruktur der EU (z.B. Botschaften, Vertretungen in der ganzen Welt). Somit schafft die Integration im Bereich der GASP und der ESVP einen gemeinsamen Handlungsspielraum, in dem die Nationalstaaten ihre Interessen gegenüber Drittstaaten effektiver verfolgen können.

Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts und vor allem nach der veränderten Sicherheitslage in New York und Washington in 2001 bietet die gemeinsame Austragung der Außen- und Sicherheitspolitik eine gesamteuropäische Plattform zur Konkurrenz um Macht und Einfluss in der internationalen aber auch in der innereuropäischen Politik an. Diesen Ansatz verfolgen jedoch weniger Nationalstaaten mit einem stärkeren unilateralen Einfluss wie Großbritannien und teilweise Frankreich aber nicht Deutschland<sup>261</sup>. Die Kooperation und die politische Integration in den Bereichen der GASP und der ESVP können jedoch als Gegenpol zu anderen Großmächten (USA, China, Indien, Russland) in der internationalen Umwelt angesehen werden.<sup>262</sup> Andere Faktoren für die Zustimmung der Austragung der Außen- und Sicherheitspolitik auf europäischer Ebene sind die stärkere/ lose Identifizierung eines Mitgliedstaates mit der EU wie auch die Bereitschaft und die Gelegenheit, sich leichter/ schwieriger an die EU anzupassen.<sup>263</sup>

Die supranationale Interpretation europäischer Außen- und Sicherheitspolitik und dementsprechend der ENP hängt von einigen Präsumtionen ab. Interessengruppen und NGOs beeinflussen gering die außenpolitische Zusammenarbeit der Nationalstaaten. Desweiteren ist diese Politik auch wenig institutionalisiert. Im Falle der ENP hat die EU keine neuen

---

<sup>258</sup> Vgl. Václav Klaus, FAZ-Interview, 2007

<sup>259</sup> Vgl. über die *Ostpolitik* in ihren Anfängen Hacke, 2001, S. 153 – 166

<sup>260</sup> Zu den Positionen der „alten“ Mitgliedstaaten in Bezug auf die Vertragsveränderung im Bereich der GASP/ ESVP vgl. Koenig-Archibugi, 2004, S. 159 – 162

<sup>261</sup> Zu den drei genannten Staaten vgl. detailliert Koenig-Archibugi, 2004, S. 165 – 172

<sup>262</sup> Vgl. Peters/ Wagner, 2005, S. 252ff.

<sup>263</sup> Vgl. Koenig-Archibugi, 2004, S. 162 – 165



Institutionen geschaffen, sondern macht Gebrauch von dem institutionellen Gefüge der GASP und der ESVP wie auch bestehender regionaler Organisationen.

Wenn aber in der GASP wenige Mechanismen vertreten sind, die den politischen und institutionellen spill-over erklären<sup>264</sup>, so lässt sich in der ENP eine neuere Entwicklung beobachten. Die 2003 und 2004 entwickelte Nachbarschaftspolitik enthält wichtige Voraussetzungen für das von *Philippe C. Schmitter* verfeinerte Paradigma des *spill-overs*. Indem die EU-Nationalstaaten gemeinsam Kooperation eingehen, um ihre Interessen auf supranationaler Ebene zu verfolgen und zu verwirklichen und damit Einfluss in der unmittelbaren Nachbarschaft auszuüben, lässt sich der politische spill-over verwirklichen. Diese Konstellation greift in die Ursprünge der Nördlichen Dimension<sup>265</sup> der außenpolitischen EU-Beziehungen zu ihren nördlichen Nachbarn: Russland, Norwegen und Island. Die Kooperation basiert auf politischem Dialog und Zusammenarbeit in Fragen der Wirtschaft, Infrastruktur, Menschenressourcen, Bildung, Kultur, Wissenschaft, Umwelt, nukleare Sicherheit, grenzübergreifende Kooperation so wie Justiz und Inneres. All das sind Bereiche, welche die EU-Kommission in die ENP aufgriff und weiterentwickelte. Dies beeinflusst die Beziehungen zwischen der EU und den Mitgliedstaaten zu ihren unmittelbaren Nachbarn im Osten Europas und im Südkaukasus.

Ferner baut die Politik in der Nördlichen Dimension (wie die ENP) auf bestehende regionale Organisationen auf: the Barents Euro-Arctic Council (BEAC), the Council of the Baltic Sea States (CBSS), the Nordic Council of Ministers (NCM), the Arctic Council (AC). Somit fußt der Integrationsprozess auf teilweise Instrumentalisierung der regionalen Organisationen, die über einen Informationsvorsprung in Richtung Integration und Ausbau ihrer eigenen Kompetenzen verfügen.

Zuletzt akzentuiert der Supranationalismus in der konstruktivistischen Auslegung auf die Bedeutung nationaler Identitäten. Die EU-Mitgliedsstaaten formulieren gemeinschaftliche Prioritäten und nehmen demzufolge an gemeinsamen außen- und sicherheitspolitischen Aktivitäten teil. Schritt für Schritt entwickelt sich eine Eigendynamik, die zu einer gemeinsamen Identität in den Bereichen der GASP/ ESVP und der ENP beiträgt. Diese setzt gemeinsame Interaktionsformen voraus, die auf gemeinsame Problemfindung und Problemlösung ausgerichtet sind. Auf diese Weise gleichen die Nationalstaaten ihre unterschiedlichen Interessen und Präferenzen und gehen einen Annäherungsprozess ein.<sup>266</sup>

---

<sup>264</sup> Vgl. Peters/ Wagner, 2005, S. 254f.

<sup>265</sup> Vgl. European Commission, 2006a. Vgl. Ausführlich über die Nördliche Dimension wie auch über ihre Ursprünge Haukkala, 2004, S. 98 – 117

<sup>266</sup> Vgl. Peters/ Wagner, 2005, S. 255

### III. Das Konzept der Europäischen Nachbarschaftspolitik

Mit dem Ende der alten ideologischen Auseinandersetzungen zwischen Ost und West hat die Europäische Union eine Politik zur Stabilisierung und gleichzeitig zur engeren Integration in die europäischen Strukturen der benachbarten Staaten betrieben.<sup>267</sup> Der Vollzug der Osterweiterung beweist die These, dass sich die Politik zu der benachbarten Peripherie als die erfolgreichste Politik im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik der EU erwiesen hat. Jedoch hat die vollzogene Osterweiterung die Grenzen dieser Politik und die internen Probleme der EU in Bezug auf Legitimität und Finalität der europäischen Integration aufgezeigt. *„Heute geht es darum, die bisher versäumten oder nur halb vollzogenen Anpassungen der Europäischen Union an ihre neue Größe auf der einen Seite und eine völlig veränderte Weltlage auf der anderen Seite vorzunehmen.“*<sup>268</sup>

Nun stellt sich die Frage, wo sich die Europäische Nachbarschaftspolitik in diesem Prozess einordnen lässt? Um diese Frage zu beantworten, wird in diesem Abschnitt die ENP als eine Politik untersucht, die folgende fünf Aspekte zum Auf- und Ausbau der Beziehungen zu den Nachbarstaaten beinhaltet:

- ✓ Differenzierung,
- ✓ Sicherheitspolitik,
- ✓ regionale Kooperation,
- ✓ Partnerschaft allerdings ohne Beitrittsperspektive und
- ✓ Energiesicherheit

Diese fünf Aspekte beeinflussen maßgebend die Ausgestaltung der außenpolitischen EU-Beziehungen zu den benachbarten Staaten und sie befinden sich in einem ständigen Geflecht. Zum einen ist diese Form eine Art Exklusion<sup>269</sup> europäischen Außenregierens. Zum anderen lässt sich feststellen, dass zwischen den Erwartungen in der gemeinsamen Außenpolitik und dem Potenzial der gemeinschaftlichen Institutionen, diese Erwartungen zu begegnen, ein Gefälle<sup>270</sup> in den Außenbeziehungen zu den benachbarten Staaten entsteht und die ENP diese Lücke zu schließen versucht<sup>271</sup>.

---

<sup>267</sup> Vgl. Missiroli, 2003, S. 3

<sup>268</sup> Merkel, 2007a

<sup>269</sup> Vgl. Haukkala, 2003, S. 2

<sup>270</sup> Vgl. Hill, 1993, S. 305 – 328. Vgl. desweiteren Ginsberg, 1999, S. 429 – 454. Der Mangel an Befolgung gemeinsamer Ziele in der EU-Außenpolitik aufgrund starker nationalstaatlicher Präferenzen sieht *Marius Vahl* als Grundlage eines Gefälles in den EU-Außenbeziehungen. Vgl. Vahl, 2006, S. 30

<sup>271</sup> Vgl. speziell für die ENP Tulmets, 2007b, S. 195 – 226

## 1. Differenzierung

Der geographische Anwendungsbereich der ENP umschließt unterschiedliche Partnerstaaten<sup>272</sup>. Angesichts der unterschiedlichen Ausgangssituation (unterschiedliche Kultur, politische Systeme, Geschichte, staatliche Tradition, Wirtschaft und Sprache) in den jeweiligen Staaten und der unterschiedlichen Verhaltensstereotypen in der Bindung zu wirtschaftlichen wie auch außen- und sicherheitspolitischen Integrationsprojekten weisen die Partnerstaaten unterschiedliche Bedürfnisse und Erwartungen an die ENP auf.

- Die Nachbarn in der östlichen Dimension aber auch im Südkaukasus verfolgen auf der einen Seite unterschiedliche Interessen zur Weiterentwicklung der politischen und wirtschaftlichen Integration mit der EU.
- Auf der anderen Seite handelt es sich um Staaten, die sich in einer Phase der Lösung von ex-sowjetischen Einflussphären wie auch in einem Umwandlungsprozess zu demokratischen und marktwirtschaftlich gesteuerten Institutionen und Strukturen befinden.

### 1.1. Bilateralisierung der Nachbarschaftsbeziehungen

Bei der Gestaltung der Beziehungen zu den Nachbarstaaten hat die Union eine bilaterale Vorgehensweise in Form von Aktionsplänen<sup>273</sup> für mittelfristige Beziehungen (in der Regel zwischen drei und fünf Jahren) ausgearbeitet, welche auf der Grundlage der bestehenden PKAs (die einzige legale Basis für die Beziehungen zu den Partnerstaaten der ENP) beruhen<sup>274</sup>. An der Ausarbeitung und Überwachung der APs nehmen Vertreter der Partnerländer, der Mitgliedstaaten, der Europäischen Kommission und des Ratssekretariats teil. *„Die Partnerländer werden ersucht, als Grundlage für (das) gemeinsame Monitoring eingehende Informationen zu liefern.“*<sup>275</sup> Dadurch übernehmen die ENP-Partnerstaaten Verantwortung für das Gelingen und das Scheitern der effektiven Umsetzung der APs.<sup>276</sup>

<sup>272</sup> 2003 wurden die Ukraine, Moldau und Belarus wie auch die Länder des südlichen Mittelmeerraumes – Ägypten, Algerien, Israel, Jordanien, Libanon, Libyen, Marokko, Palästinensische Behörde, Syrien, Tunesien – in die ENP einbezogen. Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 2003, S. 3f. Armenien, Georgien und Aserbaidschan hat die EU 2004 in das ENP-Strategiepapier aufgenommen. Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 2004, S. 11

<sup>273</sup> Die EU-Kommission hat am 9. Dezember 2004 Aktionspläne für Israel, Jordanien, Marokko, Moldau, die Palästinensische Autonomiebehörde, Tunesien und die Ukraine ausgearbeitet. Vgl. Commission of the European Communities, 2004, S. 3. 2005 hat die EU-Kommission die AP für Armenien, Aserbaidschan, Georgien sowie für Ägypten und Libanon vorgestellt. Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 2005a, S. 2

<sup>274</sup> Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 2004, S. 7

<sup>275</sup> Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 2004, S. 10

<sup>276</sup> Vgl. Tulmets, 2007a, S. 111

Ausgangspunkt dieser Aktionspläne sind Handlungsprioritäten, welche „ (...) *zum ersten Verpflichtungen auf spezifische Aktionen, die das Bekenntnis zu gemeinsamen Werten und zu bestimmten Zielen im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik bekräftigen oder verstärken; zum zweiten Verpflichtungen auf Aktionen, die die Partnerländer in einigen prioritären Bereichen näher an die EU heranbringen*“<sup>277</sup>. Jedoch geschieht diese Bindung der Partnerstaaten auf der Grundlage der Differenzierung, indem die EU-Kommission „ (...) *je nach Geografie, politischer und wirtschaftlicher Lage, Beziehungen zur Europäischen Union und zu den Nachbarländern, gegebenenfalls Reformprogrammen, Bedarf und Kapazitäten sowie den im Zusammenhang mit der ENP wahrgenommenen Interessen (...)*“<sup>278c</sup> unterscheidet.

Die Erkenntnis, dass *one size fits all* kontraproduktiv ist<sup>279</sup>, geht auf die Erfahrung aus der vollzogenen Osterweiterung zurück. Die EU hat die Beitrittsverhandlungen nur mit denjenigen Staaten 1997 eröffnet, die deutliche Fortschritte bei der Erfüllung der notwendigen Bedingungen gemacht haben (Lissabon-Gruppe: Estland, Polen, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern) und erst 1999 mit den verbliebenen Staaten (Helsinki-Gruppe: Bulgarien, Lettland, Litauen, Malta, Rumänien und Slowakei). Desweiteren war die Verschiebung der Beitritte Bulgariens und Rumäniens 2007 anstatt 2004 aufgrund mangelnder Fortschritte in der Annäherung an die EU zu bevorzugen.

Die zukünftige Entwicklung der Beziehungen zu den Partnerstaaten geschieht dementsprechend auf der Grundlage von Länderberichten, in denen die EU-Kommission die wirtschaftlichen und politischen Fortschritte<sup>280</sup> und die Weiterentwicklung der Beziehungen bewertet. Von diesem Prozess sind die Partnerstaaten nicht ausgeschlossen, sondern wirken aktiv in der Vorbereitung, Auslegung und Genehmigung ein.<sup>281</sup> Trotz des allgemeinen Rahmens ermöglicht die Kommission den Nachbarstaaten, ihre nationalen Prioritäten und Interessen durchzusetzen<sup>282</sup>. In diesem Sinne soll das Bewusstsein der gemeinsamen Verantwortung (*joint ownership*)<sup>283</sup> gestärkt werden.

Ausgehend von den bisherigen Beitrittsverhandlungen ermöglicht das Prinzip der Differenzierung weiterhin zwischenstaatlichen Wettbewerb in der Ausgestaltung der

<sup>277</sup> Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 2004, S. 10

<sup>278</sup> Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 2004, S. 8

<sup>279</sup> Vgl. Dannreuther, 2006, S. 191

<sup>280</sup> In diesem Zusammenhang reflektieren die wirtschaftlichen und politischen Fortschritte den Bedarf von Differenzierung. Vgl. Tulmets, 2006, S. 36

<sup>281</sup> Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 2004, S. 3

<sup>282</sup> Vgl. Marchetti, 2006, S. 9f.

<sup>283</sup> Vgl. Landaburu, 2006, S. 3

Beziehungen zu der EU.<sup>284</sup> Aufgrund des intergouvernementalen Charakters der APs sind jedoch große Teile der breiten Öffentlichkeit und NGOs gerade bei der Implementierung ausgeschlossen, sodass gemeinsame Werte und Normen bei einfacher Rhetorik seitens der ENP-Partnerstaaten und seitens der EU verbleiben.<sup>285</sup> Infolgedessen fordert der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss<sup>286</sup> alle Beteiligten auf, weitere Teile der Zivilgesellschaft in das Konzept der ENP zu berücksichtigen und sie stärker und effizienter einzubeziehen.

Desweiteren fassen die jeweiligen Nachbarstaaten unter anderem Moldau die APs als Teil ihres nationalen Reformprogramms auf.<sup>287</sup> Diese Konstellation führt dazu, dass die Staaten in der Nachbarschaft ein besseres Verständnis für den Sinn der politischen und wirtschaftlichen Integration in die EU-Strukturen erhalten und diese sich schrittweise an die gemeinsamen Normen und Regeln annähern<sup>288</sup>. Somit ist es festzuhalten, dass die EU ihre normative Transformationsmacht einsetzt, um Einfluss auf die Innen- und Außenpolitik der Nachbarstaaten mittels bilateraler anstatt multilateraler Abkommen auszuüben<sup>289</sup>. Jedoch verbleiben den Nachbarstaaten zwei Optionen offen: *wann* und *wie* sie die Aktionspläne umsetzen. Die politische Entscheidung, die benötigten Reformen einzuleiten und durchzuführen, so wie der Wille, die Annäherung an die EU voranzutreiben, liegen innerhalb der Kompetenzen der ENP-Partnerstaaten<sup>290</sup>.

In all den anderen Fragen setzt die EU durch die ENP den Rahmen für die bilateralen Beziehungen. Dadurch profiliert die EU ihre Prioritäten im nachbarschaftlichen Kontext, sodass Mechanismen wie Länderberichte und Monitoring entstehen, die zur Qualifikation des EU-Wertesystems und der Einsatzdynamik in diesem Umfeld dienen. Indem die Kommission jeden einzelnen Nachbarstaat mit dem geltenden EU-System konfrontiert, ist sie erst dann in der Lage, das nationalstaatliche Verhalten zu definieren, eine Unterteilung der beteiligten Partnerstaaten vorzunehmen und anschließend eine Wahl der untersuchten Qualitäten jedes einzelnen ENP-Landes zu treffen. Somit stellt die Differenzierung als fester Bestandteil der ENP eine rationale und kohärente Politik zu Auf- und Ausbau der Beziehungen zu den benachbarten Partnerstaaten dar.

---

<sup>284</sup> Vgl. van der Hout, 2005, S. 13

<sup>285</sup> Vgl. Bosse, 2007, S. 54f.

<sup>286</sup> Vgl. European Economic and Social Committee, 2005, S. 3f.

<sup>287</sup> Vgl. Wissels, 2006, S. 10

<sup>288</sup> Vgl. Rossi, 2004, S. 11

<sup>289</sup> Vgl. Smith, K.E., 2005, S. 762f.

<sup>290</sup> Vgl. dazu Ferrero-Waldner, SPEECH/06/346, 2006a, S. 2

## 1.2. Neue Trennlinien vermeiden

Das Ziel der Differenzierung im Rahmen der ENP ist es, die Entstehung neuer Trennlinien zwischen den Nachbarstaaten und der erweiterten EU zu vermeiden.<sup>291</sup> Jedoch expliziert dies nicht, was die ENP darstellt oder was dadurch erreicht werden soll, sondern was vermieden werden kann.<sup>292</sup> Die unvermeidbaren politischen und wirtschaftlichen Unterschiede unter der Zielgruppe der ENP im Osten Europas als auch im Südkaukasus, die eventuellen neuen Abgrenzungen zwischen den ENP-Partnerstaaten und den Beitrittskandidaten (Türkei, Kroatien und Westlicher Balkan)<sup>293</sup> und nicht zuletzt die Aushandlung von schwierigen Problemen in der *Verfassung für Europa* oder in einem neuen Grundlagenvertrag in die ferne Zukunft lassen nicht ausschließen, dass dennoch neue Trennlinien in der unmittelbaren Nachbarschaft der EU entstehen würden.

Die politischen und wirtschaftlichen Differenzen innerhalb der Zielgruppe der ENP aber auch die enorm großen Unterschiede zu der erweiterten Union lassen erkennen, dass die EU-Kommission durch ihre Nachbarschaftspolitik in der Vermeidung neuer Trennlinien die Reduzierung<sup>294</sup> der negativen Herausforderungen nach der vollzogenen Osterweiterung verfolgt. In dieser Richtung äußerte sich *Romano Prodi*<sup>295</sup>, dass die EU die Herausforderung nach der Osterweiterung noch nicht in Griff bekommen hat. Wenn jedoch die EU die Option einer künftigen Beitrittsperspektive für die ENP-Staaten komplett ablehnt, würde dies zur Schaffung eines neuen *eisernen Vorhangs* führen, ohne dass die Unterschiede vor allem zwischen den neuen Mitgliedstaaten der EU und der unmittelbaren Nachbarschaft beseitigt werden.

Desweiteren stellt die Vermeidung neuer Trennlinien ein anderes Problem dar, sodass die EU die Beitrittsperspektive für die Beitrittskandidaten (Türkei und Westlicher Balkan) in die ferne Zukunft verschieben könnte. Dies wird deutlicher an dem Eintrag dieser Länder in die *schwarze Liste* des Visa-Regimes. Zusammen mit den Partnerstaaten der ENP genießen sie keine visumfreie Freizügigkeit in die EU.<sup>296</sup> Überdies sind die ENP-Staaten aus dem Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) ausgeschlossen.<sup>297</sup>

<sup>291</sup> Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 2004, S. 3. Dieses Ziel ist in die Agenda des Europäischen Gipfels in Kopenhagen 2002 aufgenommen. Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 2005c, S. 2

<sup>292</sup> Vgl. Primatarova, 2005, S. 27. Vgl. desweiteren Grabbe, 2004, S. 6

<sup>293</sup> In dieser Richtung gehen die Überlegungen von Koopmann, 2006, S. 25f.

<sup>294</sup> Vgl. Primatarova, 2005, S. 28 – 31

<sup>295</sup> Vgl. Prodi, SPEECH/02/619, 2002

<sup>296</sup> Ab dem 19. Dezember 2009 ist jedoch die Visapflicht für die Bürger des FYROM, Serbiens und Montenegros weggefallen. Für Albanien, Bosnien-Herzegowina und Kosovo verbleibt weiterhin die Visapflicht.

<sup>297</sup> Im Gegensatz dazu sind die Länder der "Nördlichen Dimension" (z.B. Russland) Teil des EWRs und genießen visumfreien Zugang zur EU (z.B. die baltischen Länder vor dem EU-Beitritt).

### 1.3. Finanzierung und Nachbarschaft

Zu berücksichtigen ist auch, dass die EU ein einheitliches Finanzierungsinstrument zur Unterstützung der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Umwandlungen in den jeweiligen Ländern an der EU-Peripherie errichtet hat. Ab 2007 ersetzt das Europäische Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument (ENPI)<sup>298</sup> die existierenden TACIS und MEDA<sup>299</sup> als auch andere Hilfsinstrumente und bestätigt die Kontinuität der Harmonisierung der EU-Außenpolitik<sup>300</sup>. Dabei werden bestehende in künftige Instrumente implementiert.

Um die Maßnahmen in den Bereichen Heranführungshilfe, *Nachbarschaftspolitik*, Entwicklungszusammenarbeit, humanitäre Hilfe, Demokratie und Menschenrechte, Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und Stabilitätsinstrument zu finanzieren, beläuft sich der Gesamthaushalt<sup>301</sup> für den Zeitraum 2007 – 2013 auf 55 935 Mio. Euro (in jeweiligen Preisen). Das ENPI ist dementsprechend mit einer Summe in Höhe von ca. 12 Mrd. Euro für den Zeitraum 2007 – 2013 zur Unterstützung der Länder- und Mehrländerprogramme wie auch der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit *aller ENP-Partnerstaaten* ausgestattet<sup>302</sup>. Im Gegensatz und als Vergleich dazu beläuft sich die finanzielle Unterstützung für die europäische Perspektive der *Länder des Westlichen Balkans* (Kroatien, FYRO Mazedonien, Albanien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro und Serbien, einschließlich Kosovo) und der *Türkei* für den Zeitraum 2007 – 2013 auf 11565 Mio. Euro<sup>303</sup>. Dieser Vergleich dient zur Veranschaulichung des limitierten EU-Angebots im Annäherungsprozess an die unmittelbare Nachbarschaft.

Verglichen mit dem finanziellen Hilfspaket der USA zu ihrem südlichen Nachbarn Mexiko in Höhe von 1,2 Mrd. Dollar nur zur Bekämpfung des Drogenhandels, das nach Medienberichten<sup>304</sup> am Rande des NAFTA-Gipfels in *Montebello* (Kanada) im August 2007 vereinbart werden sollte, stellt die finanzielle Hilfe der EU einen Bruchteil dar. In Anbetracht der Erhöhung der Sicherheit<sup>305</sup> der US-amerikanischen Grenze zu Mexiko erweist sich jedoch die finanzielle Hilfeleistung der USA als Exklusion des südlichen Nachbarn.

Desweiteren sieht die EU-Kommission vor, die ENP-Partnerstaaten für Reformschritte zu belohnen und weitere internationale Finanzierungsinstrumente wie über die Europäische Investitionsbank (EIB) bereitzustellen. Somit stellt die EU-Kommission einen erheblichen

<sup>298</sup> Vgl. Amtsblatt der Europäischen Union, Titel I, Art. 1 (1), 2006a, S. 3

<sup>299</sup> Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 2004, S. 27 – 31

<sup>300</sup> Vgl. Marchetti, 2006, S. 10

<sup>301</sup> Vgl. Europäische Kommission, 2007, S. 4

<sup>302</sup> Vgl. Amtsblatt der Europäischen Union, Titel V, Art. 29 (1), 2006a, S. 13

<sup>303</sup> Vgl. Amtsblatt der Europäischen Union, Titel IV, Art. 26, 2006b

<sup>304</sup> Vgl. Rüb, 2007, S. 6

<sup>305</sup> Vgl. Office of the Press Secretary (USA), 2007

Teil der ENPI-Mittel für eine Governance-Fazilität und eine Investitionsfazilität zur Verfügung. Die Anerkennung und Unterstützung der Arbeit der Partnerländer, die die größten Fortschritte bei der Umsetzung der in ihrem Aktionsplan festgelegten Reformagenda erzielt haben, übernimmt eine Governance-Fazilität (300 Mio. Euro). Rund 700 Mio. Euro plant die EU-Kommission für einen Nachbarschaftsinvestitionsfonds, der auf die Europa-Mittelmeer-Fazilität für Investitionen und Partnerschaft (FEMIP) aufbaut und mit dem Internationalen Finanzierungsinstitutionen-Darlehen die ENP-Partnerländer unterstützt. Aus diesem Fonds sollen Zuschüsse gezahlt werden, um die Darlehenstätigkeit von Institutionen wie der EIB (im Zusammenhang mit ihrem neuen Mandat für die Darlehenstätigkeit in Drittländern) und möglicherweise von Entwicklungsfinanzierungsinstitutionen der Mitgliedstaaten im Einklang mit den Prioritäten der Europäischen Union für Investitionen in Energie- und Transportinfrastrukturen zu unterstützen.<sup>306</sup>

Die finanzielle Unterstützung der Reformfortschritte geht mit dem in den APs gesteckten Mechanismus der Differenzierung einher. Dadurch vertieft die EU-Kommission die bilateralen Beziehungen zu denjenigen Staaten, die erhebliche Demokratisierungsfortschritte, oder in den Worten von *Benita Ferrero-Waldner* für „ (...) *good governance in the best-performing countries* (...)“<sup>307</sup>, aufweisen. Daraus folgt, in einem Konzept konzentrischer Kreise, dass sich somit die kooperationswilligen Staaten vom Inklusion-Exklusion-Dilemma ablösen und die Zusammenarbeit im Rahmen der ENP als Katalysator vertiefter Beziehungen und als eventuelle Vorstufe zum Beitritt in der langfristigen Perspektive betrachten.

Neben der finanziellen Seite impliziert das ENPI eine Wertedimension. Dies ist mit der Einhaltung der Freiheit, der Demokratie, der Achtung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten sowie der Rechtsstaatlichkeit verbunden.<sup>308</sup> Die EU hat aber durch die ENP keine neue rechtliche Grundlage für die Beziehungen zu der unmittelbaren Nachbarschaft geschaffen, sodass die PKAs weiterhin die rechtliche Basis darstellen. So kann die EU die Beziehungen zu den Nachbarstaaten nicht unterbrechen, nur weil sich ein Nachbarstaat nicht an die Umsetzung der Aps hält.<sup>309</sup>

---

<sup>306</sup> Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 2006a, S. 14f. Vgl. ebenfalls Ferrero-Waldner, SPEECH/07/219, 2007a, S. 3

<sup>307</sup> Ferrero-Waldner, SPEECH/07/576, 2007b, S. 4

<sup>308</sup> Vgl. Amtsblatt der Europäischen Union, Titel I, Art 1 (3), 2006a, S. 3

<sup>309</sup> Vgl. Bosse, 2007, S. 56



## 2. Partnerschaft ohne Beitrittsperspektive?

Das Instrument der Erweiterung hat sich als das erfolgreichste Instrumentarium europäischer Außen- und Sicherheitspolitik gegenüber der unmittelbar angrenzenden Nachbarstaaten erwiesen. Die transformative Macht der EU ist in einem veränderten politischen und sozio-ökonomischen Kontext mit der integrativen Macht in Folge der Erweiterungsperspektive verbunden und von ihr abhängig<sup>310</sup>. Diese Entwicklung haben die Länder im nördlichen Mittelmeerraum – Spanien, Portugal und Griechenland – 1981/ 1986 wie auch die MOEL 2004 und 2007 erfahren.

Die damit verbundenen geopolitischen Transformationen in Europa und die Herausbildung eigener Konzeptionen für die Stabilisierung der *neuen* Nachbarstaaten hängen mit dem veränderten internen Charakter der EU nach den gescheiterten Referenden über eine Verfassung als auch der schwierigen Aushandlung eines neuen Grundlagenvertrages und seiner Ratifizierung zusammen. *„Die gegenseitige - politische und wirtschaftliche - Abhängigkeit zwischen der Union und ihren Nachbarstaaten ist bereits Realität. (...) Der größeren geografischen Nähe wegen müssen die erweiterte EU und ihre neuen Nachbarstaaten gleichermaßen interessiert sein, weitere Anstrengungen zur Förderung der grenzüberschreitenden Handels- und Investitionsströme zu unternehmen, und ein noch größeres gemeinsames Interesse haben, bei der Bekämpfung länderübergreifender Bedrohungen – vom Terrorismus bis zur atmosphärischen Verschmutzung - zusammenzuarbeiten.“*<sup>311</sup> Die Erfahrungen aus den bisherigen Erweiterungen und vor allem der Osterweiterung in 2004 und 2007 als auch die politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung in der unmittelbaren Nachbarschaft führen zu neuen Herausforderungen. Die erweiterte Union beabsichtigt die Erhöhung der Effizienz und der Problemlösungskapazität der internen *policies* durch Ausweitung der legalen institutionellen Ordnung in Form von Teil des *acquis communautaire* auf Nicht-Mitglieder und in diesem Sinne auf die ENP-Partnerstaaten<sup>312</sup>.

### 2.1. Teilhabe mit Ausnahme der Institutionen

Nach dem Vollzug der Osterweiterung zieht die EU in Betracht *„ (...) mehr als Partnerschaft und weniger als Mitgliedschaft“* (...) oder *„ (...) Teilhabe mit Ausnahme der Institutionen*

<sup>310</sup> Vgl. Varwick/ Koops, 2007, S. 147

<sup>311</sup> Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 2003, S. 3. Meine Abkürzung.

<sup>312</sup> Vgl. Lavanex, 2004, S. 681, 684ff.

(...) <sup>313</sup> für die direkt angrenzenden Nachbarstaaten und keine nahe Beitrittsperspektive, die die Anpassungsfähigkeit des Kandidatenlandes drastisch erhöhen wird <sup>314</sup>. Dieses Modell geht in eine kalkulierte Inklusion der Drittstaaten in die Politikgestaltung ein, jedoch wird den ENP-Partnerstaaten die Eingliederung in die Entscheidungsstrukturen der EU vorenthalten. <sup>315</sup> Seit Juli 2003 hat die EU-Kommission eine Task Force *Größeres Europa* errichtet, die folgende Aufgaben inne hat:

- ✓ Weiterentwicklung des politischen Konzepts einer neuen Nachbarschaftspolitik;
- ✓ Aufstellung von Aktionsplänen für die betreffenden Regionen und Länder (Osteuropa und die südlichen Mittelmeeranrainer) in Absprache mit diesen Ländern;
- ✓ Steuerung der Aktionspläne durch die dienststellenübergreifenden Konsultationen;
- ✓ Ausarbeitung von Vorschlägen für das neue „Nachbarschaftsinstrument“, das gemeinsame Projekte unter Beteiligung der erweiterten EU und der Nachbarländer finanzieren wird;
- ✓ Aufstellung von Plänen für den Umgang mit der Politik eines ‚Größeren Europa‘ in der nächsten Kommission <sup>316</sup>.

Nach der Aufstellung des ENP-Strategiepapiers ist die Generaldirektion Außenbeziehungen für die Beziehungen zu den ENP-Staaten zuständig. <sup>317</sup> Im Vergleich dazu gehören die Staaten des Westlichen Balkans und die Türkei dem Zuständigkeitsbereich der Generaldirektion Erweiterung an.

- Somit übernimmt die EU einerseits außenpolitische Rollen, die wiederum ihr außenpolitisches Auftreten gestalten. Die Übernahme der Rolle als wichtiger außenpolitischer Akteur in der Nachbarschaft geht aus dem erfolgreichen Vollzug der Osterweiterung und dessen Beitrag zur Stabilisierung und Modernisierung der Peripherie hervor <sup>318</sup>.
- Andererseits setzt dadurch die EU die Grenzen der EU-Erweiterung für eine absehbare Zeit fest. <sup>319</sup> Infolgedessen begrenzt die EU-Politik ihre Reichweite gegenüber der unmittelbaren Nachbarschaft. Die Beziehungen verbleiben unterhalb einer in kurz- oder mittelfristiger Perspektive Mitgliedschaft, denn „*Europäische*

<sup>313</sup> Prodi, SPEECH/02/619, 2002. Von einer „*verstärkte (n) politische (n) Kooperation (...), die aber nicht in jedem Falle eine Vollmitgliedschaft bedeuten kann (...)*“ geht die deutsche Bundesregierung aus. Vgl. Merkel, 2006

<sup>314</sup> Vgl. Balázs, 2007, S. 193

<sup>315</sup> Vgl. Lippert, 2006, S. 92f.

<sup>316</sup> Press Releases (EU), 2003, S. 2

<sup>317</sup> Kommissionspräsident *José Manuel Barroso* baute die Zusammensetzung der neuen Kommission so um, dass die ENP und die Erweiterungspolitik in der Zuständigkeit eines einzigen Kommissars sind.

<sup>318</sup> Vgl. dazu die Überlegungen im Kapitel 2 sowie Kelley, 2006, S. 31

<sup>319</sup> Vgl. Tocci, 2005, S. 28

*Nachbarschaftspolitik und der EU-Erweiterungsprozess sind zwei getrennte Dinge*<sup>320</sup>.

In dieser Konstellation berücksichtigt die EU jedoch stets die Einhaltung der gemeinsamen Werte und Normen durch die ENP-Partnerstaaten in den bilateralen Beziehungen. In den Aktionsplänen sind dementsprechend die „ (...) *Stärkung der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit, Reform der Justiz und Bekämpfung der Korruption und der organisierten Kriminalität; Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, darunter Medien- und Meinungsfreiheit, Rechte von Minderheiten und Kindern, Gleichberechtigung der Geschlechter, Gewerkschaftsrechte und andere Kernarbeitsnormen sowie Bekämpfung der Folterpraxis und Verhütung von Misshandlung; Unterstützung der Entwicklung der Zivilgesellschaft sowie Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof (...)*“<sup>321</sup> verankert. Die Einhaltung der allgemeinen Werte als Teil des *acquis communautaire*, auf denen die EU ihre Beziehungen zu den ENP-Partnerstaaten aufbaut, setzt eine Annäherung zwischen den beiden Seiten in Form der von der EU-Erweiterungspolitik bekannten Konditionalität voraus. „*The European Union can only gain by integrating progressively with neighbouring European countries. The conditionality embedded in the Action Plans with the countries of Eastern Europe and the Caucasus will gradually extend the space of democracy and peace.*“<sup>322</sup> Erst dann ist die EU in der Lage, die Nachbarn auf ihrem Weg zu geteilter Prosperität, Sicherheit und Stabilität konkret zu unterstützen<sup>323</sup>.

Die Wirkung der Konditionalität wird jedoch von dem ENP-Strategiepapier unterminiert.<sup>324</sup> Während sich die Mitteilung der Kommission von 2003 nach Formen konditionaler Prioritäten und Bedingungen richtet, die „ (...) *den von den Partnerländern erzielten Fortschritten bei den politischen und wirtschaftlichen Reformen Rechnung (tragen)*“<sup>325</sup>, verzichtet das ENP-Strategiepapier von 2004 auf Anordnungen dieser Art und „(d)ie EU will ihren Partnern keine Prioritäten oder Bedingungen diktieren. Der Erfolg der Aktionspläne hängt an der eindeutigen Anerkennung gegenseitiger Interessen bei der Lösung einiger vorrangiger Fragen. Keinesfalls sollen die Partnerländer aufgefordert werden, ein vorgefertigtes Prioritätenpaket zu akzeptieren.“<sup>326</sup>

<sup>320</sup> Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 2006a, S. 2

<sup>321</sup> Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 2004, S. 14. Dies wird dadurch erleichtert, dass alle Staaten Mitglieder des Europarates sind und haben die Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten ratifiziert

<sup>322</sup> Hübner, SPEECH/06/27, 2006a, S. 4. Meine Hervorhebung.

<sup>323</sup> Hübner, SPEECH/06/534, 2006b, S. 7

<sup>324</sup> Vgl. Magen, 2006, S. 416f.

<sup>325</sup> Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 2003, S. 9

<sup>326</sup> Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 2004, S. 8

Die Argumentation *Frank Schimmelfennigs* über die letzte Erweiterung<sup>327</sup> in Bezug auf die geostrategische und wirtschaftliche Lage der MOEL für die Zustimmung der EU-Mitgliedstaaten und die Präferenzen einzelner Regierungschefs<sup>328</sup> in der EU lassen erkennen, dass weiterhin neben den Formen der Konditionalität auch nationalstaatliche Interessen die Beziehungen zu der unmittelbaren Nachbarschaft gestalten. Für Frankreich, Italien und Spanien als direkte Anrainer im Mittelmeerraum steht der Ausbau der Beziehungen zu den Ländern Nordafrikas im Vordergrund. Im Gegenteil sind Deutschland und die MOEL<sup>329</sup> Vorreiter für die engere Einbeziehung der Nachbarstaaten im Norden und Osten der EU, während Großbritannien Priorität auf die transatlantischen Beziehungen zu den USA setzt. Es bleibt dabei fraglich, inwiefern diese Staaten Demokratie in der Nachbarschaft fördern. Jedoch wird jeder komparative Vorteil, den die aufgezählten Staaten zu den Nachbarstaaten aufweisen, klar vom Vorteil für die gesamte EU in der Förderung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte sein<sup>330</sup>.

Desweiteren kann die Konditionalität durch eine neue Methode der externen policy Koordination komplementiert und in manchen Fällen gefördert werden. Diese Methode schließt an die Instrumente der vollzogenen Osterweiterung. Die Implementierung des *acquis* in allen Sektoren des Wohlfahrtsstaates wurde im Sinne der Veränderung der Wahrnehmung und des Verhaltens der Menschen in den MOEL ausgedehnt und durch die Offene Methode der Koordinierung (OMK) inspiriert. Übertragen auf die Nachbarschaftspolitik der EU basiert die Methode der externen policy Koordination auf den bilateralen Beziehungen zwischen der EU und der unmittelbaren Nachbarschaft in Form von Aktionsplänen, PKAs, Länder- und Fortschrittsberichten wie auch auf der Kontrolle und Evaluierung der Implementierung.<sup>331</sup>

Die Institutionalisierung der gemeinsamen Werte und Normen geschieht ebenfalls durch die Einführung von restriktiven Maßnahmen (Sanktionsmitteln), die eine Breite von Waffenembargos über Visarestriktionen bis hin zu finanziellen und justiziellen Sanktionen implementiert.<sup>332</sup> Die EU hat Sanktionsmaßnahmen für einige ENP-Partnerstaaten eingeführt:

- ✓ Für Armenien und Aserbaidschan existiert ein Waffenembargo seit 1992;
- ✓ Belarus wurden 1998/ 1999 und 2002/ 2003

<sup>327</sup> Vgl. Kapitel 2 dieser Arbeit.

<sup>328</sup> Die Unterstützung Großbritanniens der Beitrittsgesuche der Türkei wie auch der Ukraine und Moldau, jedoch die ablehnende Position des neu gewählten französischen Präsidenten *Nicolas Sarkozy* lassen die Wirkungen der Konditionalität schwinden.

<sup>329</sup> Vor allem Polen und die baltischen Staaten setzten sich für intensivere Beziehungen zu den osteuropäischen ENP-Ländern ein. Vgl. diesbezüglich Fotyga, 2006. Vgl. ebenfalls Vaitiekunas, 2006. Vgl. detailliert über die nationalen Positionen der EU-Mitgliedsstaaten in Bezug auf die ENP Lippert, 2007b, S. 22 – 25

<sup>330</sup> Vgl. Emerson et. al., 2005, S. 178f.

<sup>331</sup> Vgl. Tulmets, 2006, S. 39 – 42. Vgl. desweiteren Tulmets, 2005, S. 54 – 90 und Tulmets, 2007b, S. 212 – 214

<sup>332</sup> Vgl. Council of the European Union, 2005a, S. 17 – 31

- ✓ wie auch Moldau seit 2003 Zutrittseinschränkungen (Visarestriktionen) in die EU erlassen.

Aus den obigen Beispielen wird ersichtlich, dass die EU restriktive Maßnahmen aus Sicherheitsgründen (soft wie auch hard security) aufgrund drohenden Terrorismus (überall in der unmittelbaren Nachbarschaft aber auch innerhalb der EU), Bürgerkriege (Sezessionskonflikte im Südkaukasus und Moldau) wie auch diplomatischer Auseinandersetzungen (Moldau, Belarus) einsetzt.<sup>333</sup> Dieses impliziert einerseits Exklusion der unmittelbaren Nachbarschaft, denn die regionen- und länderübergreifenden Bedrohungen können auf das Territorium der 27 Mitglieder übergehen. Andererseits beziehen sich die Sanktionsmaßnahmen auf eine kohärente Politik<sup>334</sup> gegenüber den benachbarten ENP-Ländern.

Jedoch fehlen der Union effektivere Sanktionsmittel in Form von z.B. Ausschluss von Beitrittsverhandlungen, denn die Beitrittsperspektive ist nirgends verankert. Alles hängt dementsprechend von den Kapazitäten und dem Verhalten der individuellen Nachbarstaaten (ownership) wie auch von den Präferenzen und Interessen der EU-Mitgliedstaaten ab. In diesem Zusammenhang ist es einerseits unvorstellbar, dass ein Nachbarstaat eine weitere Fortentwicklung der bisherigen Beziehungen akzeptieren würde, sobald diese allgemeine Annäherung stattgefunden hat. Andererseits sollte ein ENP-Zielland diese Konditionalität als Unterstützung für die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Umwandlungen in der Innen- und Außenpolitik und somit als Vorstufe zu einem eventuellen EU-Beitritt zu einem späteren Zeitpunkt betrachten.

## 2.2. Integration in den Europäischen Binnenmarkt

Die ENP stellt den Partnerstaaten „*einen zusätzlichen Nutzen*“ in Aussicht, indem „*über die Zusammenarbeit hinaus*“ einen „*erheblichen Grad an Integration*“ erreicht und darüber hinaus den Nachbarstaaten die Teilnahme am Binnenmarkt – Marktöffnung und Handelsliberalisierung gemäß den Prinzipien der Welthandelsorganisation (WTO), Unterstützung der Beitrittsgesuche bei der WTO, Abbau nichttarifärer Handelshemmnisse – zur Verfügung gestellt wird.<sup>335</sup> Zusammengefasst handelt es sich um Erleichterungen bei dem Dienstleistungs-, Waren-, Kapital- und Personenverkehr.

<sup>333</sup> Vgl. Kreutz, 2005, S. 18 – 20

<sup>334</sup> Vgl. Bosse, 2007, S. 46f.

<sup>335</sup> Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 2004, S. 8 sowie S. 15 – 17. Vgl. desweiteren Europäisches Parlament, 2006, Punkt 8

Die proklamierte Öffnung des EU-Binnenmarktes für die Nachbarstaaten erweist sich als Option kalkulierter Inklusion<sup>336</sup>, verbleibt jedoch unterhalb der Option zur Vollmitgliedschaft. Das Scheitern des Verfassungsvertrages nach den Abstimmungen in den Niederlanden und in Frankreich, der auf *besondere Beziehungen* zu den Nachbarstaaten aufbauen sollte, wie auch die Streitigkeiten um den Finanzrahmen 2007 – 2013 der EU und dementsprechend die Aufwendung der ENP-Mittel verdeutlichen die Option kalkulierter Inklusion. Noch mehr: die Umsetzung der ENP in Praxis<sup>337</sup> wird in Frage gestellt. Es ist also fraglich, ob die Integration in den Binnenmarkt dieselben Vorteile<sup>338</sup> hat, wie die Integration der MOEL im Erweiterungsprozess.

Die Integration in den Binnenmarkt aber auch die Implementierung des gesamten Besitzstandes der EU ist mit erheblichen wirtschaftlichen, administrativen und nicht zuletzt politischen Kosten verbunden. Die finanzielle Kraft, die administrative Kapazität und der Wille der politischen Führung und der gesellschaftlichen Gruppen im jeweiligen Land stellen Hindernisse im Annäherungsprozess dar, vor allem wenn die Beitrittsperspektive nicht in Aussicht gestellt ist<sup>339</sup> oder sich die Nachbarstaaten in ihrer Entwicklung zu funktionierenden Demokratien entfernt von dem EU-Demokratiekern befinden. Jedoch ist die Ablehnung des Annäherungsprozesses im Sinne der Durchführung von Reformen oder der Implementierung des gesamten Besitzstandes der EU langfristig mit noch höheren Kosten verbunden<sup>340</sup>. Im Fall der Süd- und Osterweiterung ist die Überlagerung der nationalstaatlichen Souveränität auf die EU-Ebene mit der Beitrittsoption eng verbunden gewesen, sodass dieser Prozess auf Akzeptanz in dem jeweiligen Beitrittskandidaten gestoßen ist.<sup>341</sup>

In diesem Zusammenhang unterstützt die EU durch die ENP die politischen und wirtschaftlichen Umwandlungsprozesse in den benachbarten Partnerstaaten und generiert Synergieeffekte, sodass die wirtschaftliche Hilfe der politischen Unterstützung zur vollen Integration der unmittelbaren Peripherie in die EU-Strukturen verhelfen würde. Infolgedessen ist die EU als demokratisches jedoch auch ökonomisches Gravitationszentrum<sup>342</sup> zu erkennen und die Grenzen zwischen den äußeren und inneren Kreisen in einem Konzept konzentrischer Kreise fallen weg. Zudem bewertet die Peripherie außerordentlich hoch die Qualität und die

---

<sup>336</sup> Vgl. Vobruba, 2005, S. 80

<sup>337</sup> Vgl. Magen, 2006, S. 413f.

<sup>338</sup> Von Profit in der ENP durch die Einbeziehung in den Binnenmarkt für die Partnerstaaten gehen *Susanne Milcher* und *Ben Slay* aus. Vgl. Milcher/ Slay, 2005, S. 7

<sup>339</sup> Vgl. Tocci, 2005, S. 30. Vgl. desweiteren Meloni, 2007, S. 31

<sup>340</sup> Vgl. Ferrero-Waldner, SPEECH/06/346, 2006a, S. 4

<sup>341</sup> Vgl. Dannreuther, 2006, S. 187ff.

<sup>342</sup> Vgl. Emerson/ Noutcheva, 2004, S. 2. Vgl. Emerson, 2004, S. 5

Attraktivität des demokratischen Modells, die geografische und kultur-historische Nähe zu diesem Modell wie auch die Zugänglichkeit zum Kern.

Die EU stellt mit ihren demokratischen Entscheidungsstrukturen und Regeln weltweit gesehen die erfolgreichste integrierte Organisation dar. Die geographische und die kultur-historische Nähe der Partnerstaaten der ENP sind unbestritten. Ein wichtiger Punkt bei dieser Auslegung ist jedoch die Zugänglichkeit zum Kern oder genauer die Bereitschaft des Kerns, neue Mitglieder aufzunehmen. Die Europäische Union wird solange die Grenzen zu der Peripherie *geschlossen* halten, bis die Peripherie annähernd an die demokratischen Werte der Union knüpft.

Diesbezüglich setzt sich die EU mit oberster Priorität für die Förderung von Demokratie- und Menschenrechtsnormen in der unmittelbaren Nachbarschaft, um somit die demokratische Transformation dieser Regionen zu unterstützen. Der Prozess der Regionalisierung im euro-atlantischen Raum transformiert und generiert demokratische Normen und Regeln in die benachbarte Peripherie. In dieser Sicht unterscheidet sich die ENP nicht von der bisherigen Erweiterungspolitik der EU oder der NATO: Die Nachbarschaftspolitik stellt eine soziale Konstruktion dar, welche die Peripherie an den Kern auf der Grundlage demokratischer Normen und Regeln bindet und die Peripherie diese als effektiv und legitimiert anerkennt.

In Anlehnung an die theoretischen Überlegungen in Kapitel 2 dieser Arbeit betreibt die EU neben der Politik der Konditionalität eine Politik der internationalen Sozialisation mit ihren *Partnern* zur Förderung von Demokratie- und Menschenrechtsnormen in den peripheren Regionen<sup>343</sup> wie auch die engere Anbindung an international geltende Menschenrechtsnormen und multilaterale Organisationen wie der Europarat<sup>344</sup>. Jedoch fehlen der EU gerechtfertigte Argumente zur Durchführung der internationalen Sozialisation. Im Vergleich zu den Beitrittskandidaten aus Ost-, Mittel- und Südosteuropa, denen die Beitrittsperspektive gegeben war, ist die EU-Außenpolitik in Bezug auf die ENP-Partnerstaaten mit diesem *besseren* Argument nicht ausgestattet. Dies bedeutet der Ausschluss der Nachbarstaaten in der Gegenwart und in der nahen Zukunft von den Entscheidungsstrukturen der EU (von der politischen Union). Nur in diesem Zusammenhang erhält die Peripherie einen ähnlichen Status wie die Partnerstaaten des EWRs<sup>345</sup>. Eine engere Kooperation, die unterhalb der Vollmitgliedschaft und oberhalb der Nachbarschaftspolitik liegt, indem schrittweise 40% bis 60% der EU-Gesetzgebung übernommen werden könnten, eine engere Kooperation mit der

---

<sup>343</sup> Vgl. ausführlich Warkotsch, 2007, S. 335 – 349

<sup>344</sup> Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 2004, S. 13

<sup>345</sup> Gemeint ist hier eine wirtschaftliche Assoziationsstruktur wie im Falle des EWRs. Vgl. darüber Stratenschulte, 2006, S. 60 – 65. Vgl. desweiteren Vahl, 2005, S. 6 – 9 so wie Lippert, 2007a, 79 – 85. Vgl. The European Round Table of Industrialists, 2004, S. 2f.

EU zum Beispiel im Binnenmarkt, beim Umweltschutz oder bei der Grenzsicherung auf multilateraler Basis könnte zu einem *Europäischen Wirtschaftsraum plus*<sup>346</sup> führen, der die bestehenden Institutionenmechanismen<sup>347</sup> des EWRs in Anspruch nimmt, aber die Entwicklung des europäischen Rechts nicht beeinflusst<sup>348</sup>.

Die Möglichkeit mit der Teilnahme einiger Staaten am EWR wie Norwegen, Schweden, Österreich und Schweden zu vergleichen wäre etwas verfehlt. Norwegen lehnte in nationalen Referenden (1972 und 1994) einen möglichen EU-Beitritt ab. Schweden, Österreich und Finnland entschieden sich für den EU-Beitritt 1995. Die EU-12 vollendete schnellstmöglich diese Entscheidung, denn es handelte sich um kleine und wirtschaftlich starke Demokratien.

Über solch eine wirtschaftliche Stärke<sup>349</sup> und mit ihr verbundene Übernahme des wirtschaftlichen *acquis* sowie fest verankerte demokratische Strukturen verfügen jedoch die ENP-Zielländer nicht. Somit bleibt die Frage offen, inwieweit sie die Übereinstimmung mit den euro-atlantischen Normen und Regeln einhalten.<sup>350</sup> Desweiteren, zurückzuführen auf die hohe Interdependenz von Politikbereichen und die pfeilübergreifende Integrationsdynamik, ist die Anbindung der nahegelegenen Nachbarschaft im Rahmen eines EWRs plus mit hohen Hürden für die voranschreitende Integrationsentwicklung verbunden.<sup>351</sup>

Nach der vollzogenen Osterweiterung befinden sich die neuen Nachbarstaaten der EU in einer neuen Umgebung, die ihrerseits neue Herausforderungen mit sich bringt: kollektive Sicherheit, wirtschaftliche Integration und nicht zuletzt in die ferne Zukunft gerückte politische Integration in die europäischen Strukturen. Die Aushandlung der APs, der Länder- und Fortschrittsberichte stellt in dieser Situation eine Intensivierung des Annäherungsprozesses und des Dialogs zwischen den ENP-Staaten und der EU dar, zumal alle möglichen Kapazitäten zur Problemlösung und zur Übereinstimmung mit den demokratischen Normen und Regeln des Kerns ausgeschöpft sind.<sup>352</sup> Somit schließt die kalkulierte Inklusion des Kerns gegenüber der Peripherie eine spätere Vollmitgliedschaft für diejenigen Partnerstaaten nicht aus, die diese veränderte Umwelt als Anziehungsfaktor und Motor für die innenpolitischen Umwandlungsprozesse ansehen.

In den ENP-Partnerstaaten wie auch im Westlichen Balkan unterscheiden sich die politischen Verhältnisse beachtlich von denen in den zehn neuen EU-Mitgliedstaaten in Ost-, Mittel- und Südosteuropa (ohne Zypern und Malta) und der EU-15 allgemein. Die nachfolgende

---

<sup>346</sup> Vgl. Brok, 2006a, S. 2

<sup>347</sup> Vgl. zu den Institutionen des EWRs EFTA Sekretariat, 2007, S. 20, 24 – 26

<sup>348</sup> Vgl. Duff, 2006, S. 26

<sup>349</sup> Über die wirtschaftlichen Indikatoren der vier EFTA-Staaten vgl. EFTA Sekretariat, 2007, S. 11.

<sup>350</sup> Vgl. ähnlich Magen, 2006, S. 422. Vgl. desweiteren Poselsky, 2007, S. 66f.

<sup>351</sup> Vgl. Lippert, 2007a, S. 82

<sup>352</sup> Ähnlich bei Magen, 2006, S. 423f.



Abbildung soll dazu dienen, das Demokratierating an der europäischen Peripherie in Vergleich zu den neuen EU-Mitgliedstaaten darzustellen. Der Westliche Balkan umfasst die Länder Kroatien, Albanien, FYRO Mazedonien, Serbien (und Kosovo), Montenegro und Bosnien-Herzegowina. Die ENP-Ost schließt Russland, die Ukraine, Moldau und Belarus ein. Armenien, Georgien und Aserbaidschan gehören der Gruppe der ENP-Südkaucasus an. Die Zahlen von 1 bis 6 repräsentieren die demokratische Konsolidierung eines jeweiligen Landes und in diesem Fall einer jeweiligen Gruppe von zu untersuchenden Staaten. Die Zahlen 1 bis 2 lassen eine konsolidierte Demokratie, 3 – eine semi-konsolidierte Demokratie, 4 – Hybridregime, 5 – semi-konsolidiertes autoritäres Regime und 6 bis 7 – ein autoritäres Regime erkennen. Diese Abbildung veranschaulicht die fast konstante Entwicklung in allen Ländern, jedoch haben die Länder des Westlichen Balkans, der ENP-Ost und des Südkaucasus erhebliche Schwierigkeiten in der demokratischen Konsolidierung im Vergleich zu den neuen EU-Mitgliedstaaten. Dies wiederum soll nicht bedeuten, dass alle untersuchten Staaten Schwierigkeiten im Konsolidierungsprozess nach dem Zerfall der Sowjetunion und Jugoslawiens besitzen. Im Falle der Ukraine wird die demokratische Entwicklung als *frei* bezeichnet, während Belarus, zurückzuführen auf die gegenwärtige politische und wirtschaftliche Entwicklung, als *nicht frei* gilt.

Diese für die erweiterte EU relevante Angelegenheit ist mit strengen Konditionen für den künftigen Demokratisierungsprozess in der unmittelbaren Peripherie verbunden, jedoch soll dabei das Prinzip der Differenzierung nicht vernachlässigt werden. Die EU steht in einer Ausgangssituation, die das Prinzip der demokratischen Konditionalität andere Wirkung in jedem der jeweiligen Länder hat. Die nationalen Bedingungen in den jeweiligen ENP-Staaten stehen für die weitere Verbreitung demokratischer Werte und Normen.

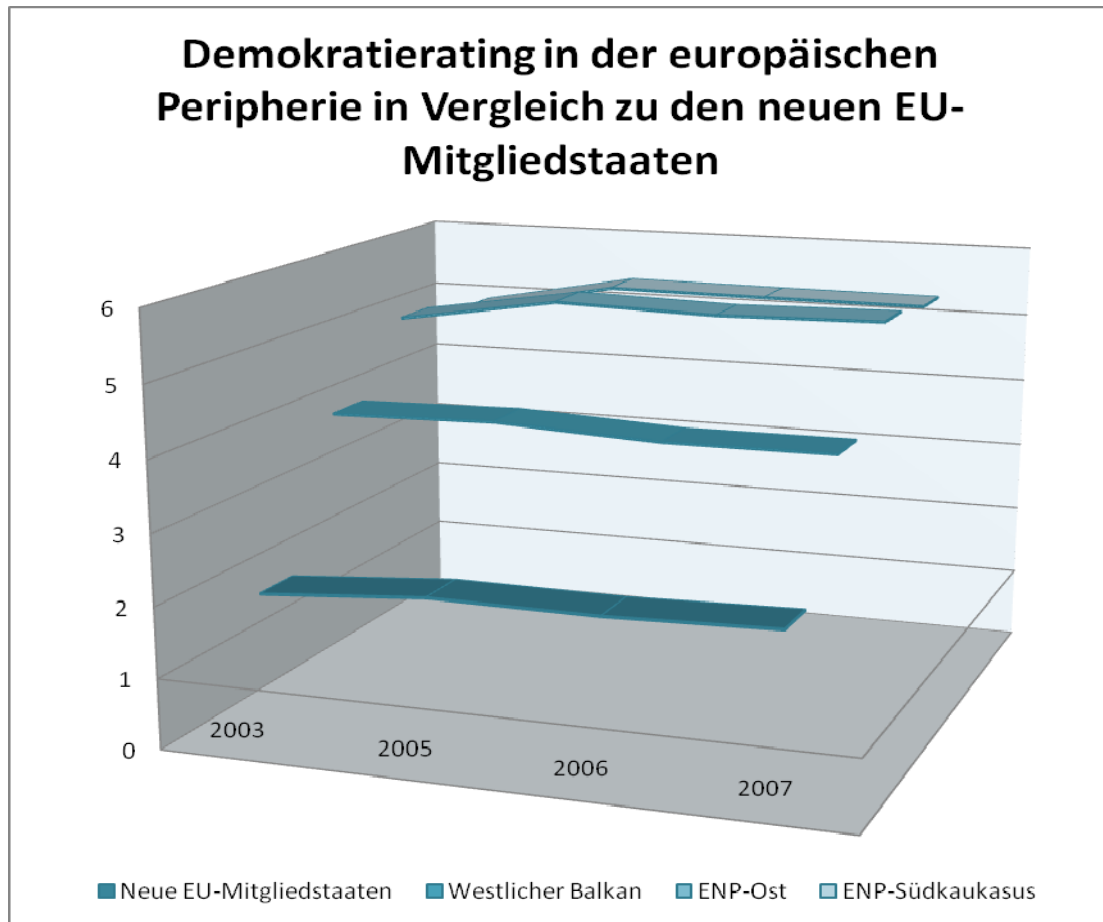


Abbildung 7: Demokratierating in der europäischen Peripherie in Vergleich zu den neuen EU-Mitgliedstaaten, eigene Darstellung, Datenquelle: [www.freedomhouse.org](http://www.freedomhouse.org) (27.06.2007)

In der erweiterungspolitischen Dimension ohne Beitrittsperspektive orientiert sich die EU an Prinzipien und Normen, die allgemeine Gültigkeit in der EU und in den Beziehungen zu ihren Partnern besitzen. Nur friedliche und demokratisch regierte Staaten gehen dauerhafte Kooperationen nicht nur mit der EU sondern auch untereinander ein. Diese Linie befolgt die EU in den Außenbeziehungen zu ihren unmittelbaren Nachbarn.

### **3. Regionale Kooperation**

Ein fester Bestandteil der ENP stellt die Stärkung der regionalen Zusammenarbeit bei der Überwachung der neuen Außengrenze und den grenzüberschreitenden Strömen, der Infrastruktur, dem Verbund der Verkehrs-, Energie- und Telekommunikationsnetze, bei den grenzübergreifenden kulturellen Bindungen<sup>353</sup>, in den Bereichen Wirtschaft, Beschäftigungs- und Sozialpolitik, Unternehmen und Handel wie auch Umwelt<sup>354</sup> dar. Abgesehen von dem

<sup>353</sup> Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 2003, S. 6

<sup>354</sup> Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 2004, S. 22f.

ENPI, das für die ENP-Partnerstaaten ausgearbeitet ist, kann das 1995 eingeführte Programm für technische Hilfe und Informationsaustausch (TAIEX) für die MOEL auf die ENP-Partnerstaaten übertragen werden. Dabei beabsichtigt das Programm „ (...) *Dokumentation und Beratung zu Rechtsvorschriften, Workshops und Seminare, Studienbesuche bei der Europäischen Kommission und in den Mitgliedstaaten, Bereitstellung von Experten als Berater in den Kandidatenländern und schließlich Datenbanken über den Einsatz und die Ergebnisse der technischen Hilfe*“<sup>355</sup>.

Die EU-Kommission sieht weitere bilaterale Teilnahme an bestimmten Gemeinschaftsagenturen und -programmen vor, die für Drittländer offenstehen:

- ✓ das Rahmenprogramm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (CIP),
- ✓ das Programm MEDIA 2007,
- ✓ das Programm Marco Polo,
- ✓ das Programm SESAR,
- ✓ das Aktionsprogramm im Bereich der öffentlichen Gesundheit (2007 bis 2013),
- ✓ das verbraucherpolitische Programm (2007-2013),
- ✓ die Programme Zoll 2013 und FISCALIS 2013,
- ✓ das Aktionsprogramm in den Bereichen Austausch, Unterstützung und Ausbildung zum Schutz des Euro gegen Geldfälschung (PERICLES),
- ✓ das Programm für die interoperable Erbringung europaweiter elektronischer Behördendienste (eGovernment-Dienste) für öffentliche Verwaltungen, Unternehmen und Bürger (IDABC),
- ✓ das Programm Lebensbegleitendes Lernen,
- ✓ das Programm Hercule II etc.

Die Beteiligung von ENP-Partnern an bestimmten Gemeinschaftseinrichtungen, die sich auf die Unterstützung von EU-Mitgliedstaaten bei der Anwendung bestimmter interner Gemeinschaftspolitiken beschränken, z. B. das Europäische Zentrum für die Förderung der Berufsbildung (CEDEFOP), das Harmonisierungsamt für den Binnenmarkt (HABM) und das Gemeinschaftliche Sortenamtsamt (CPVO), ist derzeit nicht möglich. Zudem ist der in Bezug auf Kandidatenländer und angehende Kandidatenländer etablierten Praxis *mutatis mutandis* (Rahmenkonzept) zu folgen. Die Finanzierung der Beteiligung von Nichtmitgliedstaaten an Agenturen erfolgt entweder durch einen kostendeckenden Beitrag zum Gemeinschaftshaushalt oder durch Kooperationsprogramme. Dabei ist eine generelle Unterstützung der Beteiligung an Agenturen und Programmen, wie sie für Kandidatenländer

---

<sup>355</sup> Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 2005d, S. 2

und angehende Kandidatenländer besteht, für ENP-Partnerstaaten nicht geplant.<sup>356</sup> Die Kooperation in den Gemeinschaftsprogrammen und –agenturen implementiert die Erfahrungen aus der EU-Erweiterungspolitik und erweist sich als nützlich (TWINNING-Programmen mit den Beitrittskandidaten), jedoch werden Grenzen in Bezug auf Teilnahme an solchen Agenturen und Programmen gesetzt, die nur Mitgliedstaaten offenstehen. Auch an der Frage der Finanzierung lässt sich der Unterschied zwischen der Erweiterungspolitik und der ENP durch den Ausschluss der unmittelbaren Peripherie erkennen.

Bei der Überwachung der Außengrenze soll die EU „ (...) *ihre Nachbarstaaten bei der Verstärkung ihrer Anstrengungen zur Bekämpfung der illegalen Migration unterstützen und effiziente Mechanismen für die Rückführung einführen, insbesondere bei illegaler Transitmigration*“<sup>357</sup>. Durch die Einbindung der unmittelbaren Nachbarschaft in die Politik der EU zur Absicherung der Grenzen und zur Grenzschließung übernehmen die Partnerländer die Rolle einer Puffer- und Stabilisierungszone.<sup>358</sup>

Ein weiterer Teilaspekt der kalkulierten Inklusion stellt die Entwicklung des Humankapitals bei der Verfolgung wichtiger Ziele wie Stabilität, Wohlstand und Sicherheit dar. Nach der vollzogenen Osterweiterung verbleiben ethnische Minderheitengruppen außerhalb der EU, dessen Mutterland jedoch der Union angehört (z.B. bulgarische Minderheiten in der Ukraine, Moldau, FYRO Mazedonien etc.), oder ethnische Minderheitengruppen innerhalb der Union, dessen Mutterland der EU nicht angehört oder Zielland der ENP ist (z.B. armenische Minderheiten in Bulgarien, polnische Minderheiten in der Ukraine und Belarus, russische Minderheiten im Baltikum oder türkische Minderheiten in der gesamten Union etc.). In diesem Zusammenhang sieht die ENP die teilweise Öffnung einzelner Gemeinschaftsprogramme wie LEONARDO, ERASMUS, COMENIUS als auch die Schaffung eines neuen Programms TEMPUS Plus für die unmittelbar angrenzenden Nachbarstaaten vor<sup>359</sup>.

Die „*direkten Kontakte zwischen den Bevölkerungen ("people-to-people")*“<sup>360</sup> erscheinen als Katalysator bei der Intensivierung<sup>361</sup> von Politikentscheidungsmechanismen zwischen der EU als Gemeinschaft, den einzelnen EU-Mitgliedstaaten und den direkt angrenzenden ENP-Partnerländern. In dieser Sicht stehen die Errungenschaften der Diaspora (wie z.B. sozialer und politischer Stand in der Gesellschaft) im Mutterland und im Gastland im Vordergrund der

<sup>356</sup> Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 2006c, S. 7 – 13

<sup>357</sup> Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 2003, S. 11

<sup>358</sup> Vgl. Vobruba, 2005, S. 80f.

<sup>359</sup> Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 2004, S. 21

<sup>360</sup> Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 2004, S. 21

<sup>361</sup> Vgl. Nikolov, 2005, S. 266. Vgl. desweiteren Tulmets, 2006, S. 38

Sozialisation und Integration in die Entscheidungsstrukturen. Dadurch können die neuen Nachbarstaaten an gemeinsamen Aktivitäten der EU teilnehmen (kalkulierte Inklusion), jedoch ist das umfangreiche Unionsvisaregime gegenüber den Menschen außerhalb aber gleichzeitig an der direkten EU-Außengrenze ein Hindernis zu ihrer vollen Integration.

Desweiteren ist es wichtig, „ (...) *die Grenzverwaltung einschließlich die Kontrolle kurzer Seeverbindungen zu verbessern; Zusammenarbeit der Vollzugsstellen und –einrichtungen; Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der organisierten und grenzüberschreitenden Kriminalität sowie in zivil- und handelsrechtlichen Sachen; Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der illegalen Einwanderung und Steuerung der legalen Einwanderung sowie Umsetzung von Einwanderungsplänen (...)*“<sup>362</sup>.

In Anbetracht des Charakters der Umweltpolitik lassen sich grenzüberschreitende Umweltprobleme am wirkungsvollsten auf der jeweiligen regionalen Ebene bekämpfen.<sup>363</sup>

Die Verlagerung der Problemlösungskapazität eines internen Politikbereichs wie die Umweltpolitik in die Nachbarschaft (Externalisierung<sup>364</sup>) aufgrund ansteigender grenzüberschreitender Sicherheitsrisiken wie Wasserüberflutungen wie im Jahr 2002 oder 2007, Atomkraftwerke und allgemein Umweltverschmutzung beruht auf der regionalen Kooperation und Prioritätensetzung in einem sensiblen Politikbereich wie die Umweltpolitik. Diese Ziele der EU lassen erkennen, dass die EU die unmittelbare Peripherie in ihre Exklusionpolitik<sup>365</sup> einbezieht.

In dieser Richtung geht der Vorschlag der EU-Kommission zur regionalen Kooperation in der Schwarzmeerregion.<sup>366</sup> Die Schwarzmeerregion schließt Russland, die Ukraine, Moldau, Rumänien, Bulgarien, Albanien, Griechenland, die Türkei, Armenien, Aserbaidschan und Georgien aufgrund ihrer engen historischen, kulturellen und sozialen Beziehungen zueinander ein.

- Mit dem Beitritt Bulgariens und Rumäniens am 01.01.2007 ist die EU erstens direkter Anrainer am Schwarzen Meer.
- Zweitens haben die Lieferprobleme Ende 2006 und Anfang 2009 von russischem Erdöl und –gas die strategisch wichtige Lage des Schwarzen Meeres in Erscheinung treten lassen.

<sup>362</sup> Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 2004, S. 24

<sup>363</sup> Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 2004, S. 20, 22

<sup>364</sup> Vgl. Lavanex, 2004, S. 692

<sup>365</sup> Vgl. Vobruba, 2005, S. 81

<sup>366</sup> Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 2007a. Vgl. desweiteren Europäischer Rat für allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen, 2007, S. 10 – 12

- Drittens ist die Schwarzmeerregion durch andauernde Konflikte (Transnistrien, Nagorno-Karabach, Südossetien und Abchasien) sowie Drogen- und Menschenhandel geprägt.<sup>367</sup>
- 2005 hat die EU viertens Beitrittsverhandlungen mit der Türkei aufgenommen.

Diese Ausgangssituation stellt einen wichtigen Ansatzpunkt dar, die Schwarzmeerregion in die ENP-Strukturen aufzunehmen. Daher sollen die bestehenden Institutionen und Regeln in die Initiative einbezogen werden, ohne dass neue Strukturen geschaffen werden<sup>368</sup> und dadurch weiterhin die Kontinuität und die Harmonisierung der ENP eingehalten werden.

Besonders wichtig für die regionale Zusammenarbeit in der Schwarzmeerregion erscheint die bereits existierende Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit im Schwarzmeerraum (BSEC), die alle angrenzenden Staaten 1992 als institutionalisiertes Forum gegründet haben, aber auch Initiativen wie die Initiative von Baku (zur Energiekooperation), das Programm INOGATE (regionale Integration der Pipelinesysteme sowie Öl- und Gastransport) und TRACECA (Kooperation im Bereich Transport und Kommunikation). Dieses steht in engem Zusammenhang mit der Förderung des *bottom-up* Ansatzes<sup>369</sup>, sodass die Akteure in der Schwarzmeerregion ein eigenständiges Verständnis in Richtung Regionalisierung bekommen. Die wichtigsten Bereiche, in denen Kooperation angestrebt wird, sind *Demokratie, Menschenrechte und verantwortliches Regieren, Steuerung der Migration und Verbesserung der Sicherheitslage, die "schwelenden" Konflikte, Energiewirtschaft, Verkehr, Umwelt, Meeresangelegenheiten, Fischerei, Handel, Forschung und Bildung, Wissenschaft und Technologie, Beschäftigung und Soziales* wie auch *regionale Entwicklung*.<sup>370</sup> Neu ist dabei, dass die Schwarzmeersynergie die regionale und gleichzeitig die multilaterale Zusammenarbeit in einer von Bilateralismus geprägten ENP etabliert hat. Die Einbeziehung von relevanten EU-Politikbereichen und allen ENP-Themen in der Kooperation mit allen Staaten in der Region, einschließlich Russland, eröffnet ein riesiges Potenzial für politischen Dialog und regionale Kooperation, das alle Wirtschafts-, Sicherheits- und Politikräume vernetzt.<sup>371</sup>

<sup>367</sup> Vgl. Gabanyi, 2007, S. 1

<sup>368</sup> Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 2007a, S. 10

<sup>369</sup> Vgl. Kempe/ Klotzle, 2006, S. 7

<sup>370</sup> Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 2007a, S. 4 – 9

<sup>371</sup> Vgl. Lippert, 2007b, S. 13

#### 4. Energiesicherheit

Die Energiesicherheit und die Energieversorgung stellen die EU vor die Herausforderung, die komplizierte Lage auf dem Energiemarkt, die erhöhte Importabhängigkeit und beschränkte Diversifizierung der Energieversorgung, die hohen Energiepreise und Energienachfrage, die niedrige Energieeffizienz und die Klimaveränderung, stärkere Nutzung von erneuerbarer Energie wie auch die Sicherheitsrisiken in den Produzenten- und Transitstaaten zu bewältigen<sup>372</sup>. Die größten Herausforderungen sind die hohe Importabhängigkeit (bis 2030 auf 65% bis 70%), die Erdgasabhängigkeit (bis 2030 auf 80% bis 84%) als auch die Ölimportabhängigkeit (bis 2030 auf 93%)<sup>373</sup> der EU. Die Energieversorgungskrisen zwischen Russland, der Ukraine, Belarus und Moldau ließen die hohe EU-Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen und Transitstaaten nochmals stärker in Erscheinung treten. Dies signalisierte wichtige geostrategische wie auch regionalpolitische Dilemmata in den EU-Beziehungen zu der Nachbarschaft.

Dementsprechend erhalten Energiesicherheit und Kooperation in diesem Bereich eine immense Bedeutung in der gesamten europäischen Nachbarschaft und in der neuen ENP<sup>374</sup>. *„Sie umfasst die Sicherheit der Energieversorgung sowie Sicherheit und Gefahrenabwehr im Energiebereich. (...) Zur Gewährleistung der Sicherheit und Gefahrenabwehr bei der Energieversorgung und zur Ausweitung des Energiebinnenmarkts auf die Partnerländer ist die Stärkung der Netzwerke und der Zusammenschaltung erforderlich.“*<sup>375</sup>

In diesem Sinne verlagert die EU ihre geostrategischen Interessen in die Schwarzmeerregion und dadurch in eine weitere geostrategische Region – das Kaspische Meer. *„Der Schwarzmeerraum ist aufgrund der dort produzierten Energie und der sie kreuzenden Energietransportwege für die Energieversorgung der EU von strategischer Bedeutung. Sie verfügt zudem über ein erhebliches Potenzial für eine Diversifizierung der Energieversorgung und ist deshalb eine wichtige Komponente der gegenüber Drittstaaten verfolgten Energiepolitik der EU. (...) In diesem Zusammenhang entwickelt die Kommission mit den Partnern einen neuen den Kaspischen und den Schwarzmeerraum verbindenden Energietransportkorridor.“*<sup>376</sup>

<sup>372</sup> Vgl. Council of the European Union, 2006, S. 13. Diese Herausforderungen sind fester Bestandteil der EU-Kommission und ihrer Strategie für nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energie. Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 2006b

<sup>373</sup> Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 2006b, S. 3. Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 2007b, S. 4

<sup>374</sup> Vgl. European Commission, 2006b, S. 4f. Vgl. ebenso Ferrero-Waldner, 2006b, S. 141

<sup>375</sup> Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 2004, S. 18f. Meine Abkürzung des Zitats.

<sup>376</sup> Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 2007a, S. 5. Meine Abkürzung des Zitats. Vgl. ebenso Press Releases (EU), 2006a

Der Zugang zu Energierohstoffen aber auch die Förderung von Demokratie und *good governance* in den benachbarten Regionen<sup>377</sup> erhöhen die globale Sicherheit und im Falle der EU – die regionale Sicherheit in der unmittelbaren Nachbarschaft. „*Verlässlichkeit in den Energiebeziehungen ist für die EU entscheidend.*“<sup>378</sup> „*Um auf die Herausforderungen reagieren zu können, die hohe und volatile Energiepreise, die steigende Importabhängigkeit, eine stark wachsende weltweite Energienachfrage und die weltweite Erwärmung darstellen, benötigt die EU eine klar definierte Energieaußenpolitik, die sie gleichzeitig sowohl auf der nationalen Ebene als auch auf der Gemeinschaftsebene mit einer Stimme verfolgen muss.*“<sup>379</sup>

Eine EU-Energieaußenpolitik verlagert das Interesse der EU nicht nur auf die ENP-Partnerstaaten sondern auch auf die zentralasiatischen Staaten<sup>380</sup>. Infolgedessen steigt die Bedeutung der regionalen Sicherheit in der entfernten, zentralasiatischen Nachbarschaft der neuen EU-Nachbarn. Die enge Verbindung zwischen der neuen EU-Nachbarschaftspolitik und der Energieaußenpolitik verdeutlicht die Attraktivität einer Annäherung in dieser Phase der Entwicklung der ENP der zentralasiatischen Staaten und vor allem Kasachstans als einer der größten Akteure im Energiesektor<sup>381</sup>. Die Selbstperpetuierungstendenz der Expansion der Europäischen Union würde somit neue Stabilitäts- und Pufferzonen an den neuen Nachbarn der EU entstehen lassen, dabei aber die Frage nach dem *finalité géographique* neu in der politischen und politikwissenschaftlichen Diskussion aufstellen würde.

Jedoch hat die vorgezogene Parlamentswahl am 18. August 2007 in Kasachstan, das gleichviel Russland umwirbt, eine Vielzahl von internationalen Standards weitgehend verfehlt<sup>382</sup>. Dadurch stellt sich die Frage, inwiefern die EU bereit ist, mit solchen Staaten Kooperation im Rahmen einer *ENP beyond* zu betreiben, zumal Wahlen die fundamentale Säule jeder Demokratie darstellen<sup>383</sup>.

Aus einer anderen Perspektive betrachtet, werden politische und wirtschaftliche Faktoren in Betracht gezogen. Das Schwarze Meer und Zentralasien sind zwei geostrategische Regionen, in denen die außen- und sicherheitspolitischen Interessen der USA, Russlands, der Türkei, Irans und nicht zuletzt Chinas aufeinandertreffen. Somit setzt sich die EU in ihrer instabilen äußeren Umgebung nicht nur mit der Energieversorgung und Energiesicherheit sondern auch mit mehreren globalen und regionalen Akteuren auseinander.

<sup>377</sup> Sandra Lavanex bezeichnet wiederum diesen Prozess als Extension der internen Entwicklung in der EU. Vgl. Lavanex, 2004, S. 693

<sup>378</sup> Merkel, SZ-Interview, 2007b

<sup>379</sup> Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 2006b, S. 23

<sup>380</sup> Vgl. Rat der Europäischen Union, 2007a, S. 10ff.

<sup>381</sup> Vgl. Press Releases (EU), 2006b

<sup>382</sup> Vgl. Press Release (Office for Democratic Institutions and Human Rights), 2007

<sup>383</sup> Ferrero-Waldner, SPEECH/06/790, 2006e, S. 3



## 5. Sicherheitspolitische Dimension

Die sicherheitspolitische Lage hat sich nach den verübten Terroranschlägen in New York (2001), Washington (2001), Madrid (2004) und London (2005) sowie nach den vereitelten Anschlägen in Köln (2006) wie auch in London und Glasgow (2007) drastisch verändert. Die Angriffe auf die innere Sicherheit der westlichen Welt lassen eine bis jetzt unbekannte Dimension islamischen Terrorismus und respektive unbekannte Unsicherheiten in der EU in Erscheinung treten. Die vollzogene Osterweiterung in 2004 und 2007 hat die EU an neue Grenzen geführt, an denen der Anstieg des Menschen- und Drogenhandels, die andauernden ethno-politischen Sezessionskonflikte an den östlichen Grenzen der EU (Transnistrien, Nagorno-Karabakh, Abchasien und Südossetien) wie auch die Konflikt- und Kriegszustände auf dem Balkan die innere Sicherheit in der EU desweiteren gefährden. Diesbezüglich stellt die neue Nachbarschaft die europäische Außen- und Sicherheitspolitik vor hohe geopolitische Herausforderungen und die Rolle der EU als globaler und/ oder regionaler Akteur in Frage.

Nach dem Ende des Kalten Krieges sind direkte militärische Bedrohungen in Europa entfallen, jedoch lassen die neuen Unsicherheiten im 21. Jahrhundert neue Konzepte regionaler Sicherheitspolitik herausbilden, die einen wichtigen Aspekt europäischer Sicherheits- und Nachbarschaftspolitik beinhalten. Seit der Gründung der EG/ EU und insbesondere der Entwicklung gemeinsamer Außen- und Sicherheitspolitik kursieren mehrere Ansätze in der politikwissenschaftlichen Diskussion, die die EU als internationaler Akteur in Form von *Zivilmacht* (*Francois Duchene*) bis zu *normative power* (*Ian Manners*) beschreiben. Desweiteren existiert ebenfalls Uneinigkeit, ob sich die EU aufgrund des Einsatzes militärischer Mittel und Strukturen bei der Krisenbewältigung vom Leitbild der Zivilmacht entfernt.<sup>384</sup> Die Kriege auf dem Balkan wie auch die Uneinigkeit der europäischen Länder über den Krieg im Irak<sup>385</sup> bewiesen jedoch, dass die EU keine rein militärische Macht ist, sondern ihre Stärke in der Krisenbewältigung und/ oder in der Friedenssicherung liegt.

Die letzte Erweiterungsrunde in 2004 und 2007 um die MOEL zeichnete sich als das erfolgreichste Instrumentarium zur Stabilisierung und Sicherheitsförderung in der unmittelbaren Nachbarschaft ab. In der Auffassung von *Benita Ferrero-Waldner* (amtierende EU-Kommissarin für Außenbeziehungen und die Europäische Nachbarschaftspolitik<sup>386</sup>) ist diese Politik „ (...) eine intelligente Verbindung von entschlossenem Handeln und sanftem

<sup>384</sup> *K.E. Smith* bestätigt die These, dass sich die EU vom Leitbild der Zivilmacht entfernt (Vgl. *Smith, K.E.*, 2005, S. 757 – 773), während *Stelios Stavridis* behauptet, dass die EU weiterhin als Zivilmacht bezeichnet werden kann (Vgl. *Stavridis*, 2001, S. 43 – 50).

<sup>385</sup> Deutschland und Frankreich, unterstützt von Russland, haben sich den USA und Großbritannien und der von ihnen geführten *Koalition der Willigen* widersetzt.

<sup>386</sup> Stand Oktober 2008

*Einfluss, von ‚hard power‘ und ‚soft power‘(…)“.* Ferrero-Waldner geht auf die Rolle der EU in „(...) aktive(m) ‚State Building‘(...) (der) Demokratisierung von Krisenregionen und (der) Lösung regionaler Konflikte (...)“ ein. Insofern beinhaltet die EU-Politik gegenüber der Nachbarschaft „(...) sanften Druck in Richtung einer friedlichen und demokratischen Lösung (...) ein fließendes Kontinuum von der Konfliktprävention über das Krisenmanagement an sich bis hin zu Stabilisierung und Wiederaufbau in Post-Konfliktsituationen (...)“.<sup>387</sup> Jedoch liegt die transformative Macht der EU in ihrer *soft power*. Das ist die “(...) ‘pole of attraction’ for our region (...)”<sup>388</sup> wie auch “(...) our power of attraction - is ‘soft’ rather than ‘hard’”<sup>389</sup>. Gleichwohl kann die EU in den Beziehungen zu der Nachbarschaft ohne die politisch-militärische Dimension nicht effektiv und umfangreich vorgehen.<sup>390</sup>

„Die Förderung einer besseren Staatsführung durch Hilfsprogramme, Konditionalität und gezielte handelspolitische Maßnahmen (...)“<sup>391</sup> und die „(...) Förderung der Reformen, der nachhaltigen Entwicklung und des Handels (...)“<sup>392</sup> sind wichtige Komponente in der ESS und der ENP. Infolgedessen ist eine direkte Verbindung zwischen der ESS und der ENP in Bezug auf die unmittelbare Nachbarschaft festzustellen. Im Gegenzug zu der U.S. nationalen Sicherheitsstrategie<sup>393</sup> fassen die ESS (und die ENP) die europäische Integration und mit ihr verbundenem Ausbau von *good-governance*-Strukturen sowie multilaterale Mechanismen (höchste Autorität der UNO und des Völkerrechts) als Garant für die regionale Sicherheit<sup>394</sup> innerhalb und an den Grenzen der erweiterten Union. Im Zeitalter der Globalisierung sind Sicherheitsbedrohungen globale Phänomene, jedoch „(...) spielen die geografischen Aspekte noch immer eine wichtige Rolle“<sup>395</sup>. Diesbezüglich stellen Sicherheitsbedrohungen (die ihrerseits globale Phänomene sind<sup>396</sup>) in der Nachbarschaft ein hohes Bedrohungspotenzial für die EU dar.

<sup>387</sup> Vgl. Ferrero-Waldner, SPEECH/05/30, 2005. Diese Ansichten teilt der Generaldirektor der GD Außenbeziehungen der Europäischen Kommission *Eneko Landaburu*. Vgl. Landaburu, 2006. Meine Abkürzung.

<sup>388</sup> Landaburu, 2006, S. 5

<sup>389</sup> Ferrero-Waldner, SPEECH/06/59, 2006c, S. 3

<sup>390</sup> Vgl. Ferrero-Waldner, SPEECH/07/576, 2007b. Vgl. Biscop, 2005, S. 44 – 47

<sup>391</sup> Solana, 2003, S. 10

<sup>392</sup> Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 2003, S. 4

<sup>393</sup> Vgl. The White House, 2002

<sup>394</sup> Vgl. Magen, 2006, S. 401. Vgl. ausführlich über die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen der NSS und ESS, Gareis, 2005, S. 81 – 96

<sup>395</sup> Solana, 2003, S. 7

<sup>396</sup> Vgl. Biscop, 2005, S. 35. Der Verfasser geht von der spezifischen Rolle der EU als Sicherheits- und Friedensgarant in der unmittelbaren Nachbarschaft und von der Ergänzung der neuen ENP durch die EMP aus. Ebd. S. 37 – 54

### 5.1. Ring verantwortungsvoll regierter Staaten

Diese Ausgangssituation lässt alle Akteure in der EU erkennen, dass Stabilität und Sicherheit in der unmittelbaren Nachbarschaft die europäische Außen- und Sicherheitspolitik und somit automatisch die ENP zum größten Teil beeinflussen. Hiermit entsteht ein erheblicher geopolitischer Nexus zwischen der Verbesserung der Sicherheit der erweiterten Union und dem Handlungsrahmen für die Beziehungen zu der Nachbarschaft<sup>397</sup>. Der gemeinsam angestrebte Handlungsrahmen soll „ (...) östlich der Europäischen Union (...) ein Ring verantwortungsvoll regierter Staaten“<sup>398</sup> entstehen lassen, jedoch dadurch in gleichem Maße neue Trennlinien<sup>399</sup> in Europa vermeiden.

Im Laufe des europäischen Integrationsprozesses änderten sich ständig die Natur und die Funktion europäischer Binnen- und Außengrenzen. Der europäische Binnenmarkt, die WWU und das Schengener-Abkommen änderten den Charakter der Binnengrenzen in der EU und die Osterweiterung 2004/ 2007 dramatisch die Funktion der Außengrenzen der EU und so die Frage nach den geografischen Grenzen der EU<sup>400</sup>.

Die sicherheitspolitische Dimension der ENP, die die Erzeugung innerer Sicherheit in der EU jedoch auch Sicherheit an der Außengrenze beinhaltet, lässt eine Stabilitäts- und Pufferzone aus den unmittelbar angrenzenden Partnerstaaten entstehen. Die EU ermöglicht den ENP-Staaten nur Kooperation in den ausgehandelten Aktionsplänen unter Einhaltung der grundlegenden Werte und Ziele in Bereichen der Außen- und Sicherheitspolitik, der Konfliktprävention und der Krisenbewältigung sowie in Fragen gemeinsamer Sicherheitsbedrohungen.

Desweiteren zieht die EU die mögliche Einbeziehung der Nachbarstaaten in Aspekte der GASP und der ESVP<sup>401</sup> in Erwägung. Das Europäische Polizeiamt (EUROPOL), die Europäische Stelle für justizielle Zusammenarbeit (EUROJUST) und die Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen (FRONTEX) stehen zwar einer Mitgliedschaft von ENP-Partnerstaaten nicht offen, bieten ihnen jedoch Kooperationsmöglichkeiten.<sup>402</sup> Das EUISS und die EVA ermöglichen Drittstaaten und somit den ENP-Partnerstaaten, Gastforscher zu entsenden und an Ad-hoc-Projekten und – Programmen teilzunehmen. Die Beteiligung der unmittelbaren Nachbarschaft im politischen

<sup>397</sup> Vgl. Aliboni, 2005, S. 3

<sup>398</sup> Solana, 2003, S. 8. Ein Ring von Freunden um die EU ist das Ziel ebenso in der Rede von *Romano Prodi*. Vgl. Prodi, SPEECH/02/619, 2002

<sup>399</sup> Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 2003, S. 4

<sup>400</sup> Vgl. Comelli/ Greco/ Tocci, 2006, S. 4 – 7. Vgl. desweiteren über die Veränderung des Charakter der Grenzen nach der Osterweiterung Zielonka, 2001, S. 517ff.

<sup>401</sup> Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 2004, S. 5 sowie S. 14

<sup>402</sup> Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 2006c, S. 27ff.

Dialog für Außen- und Sicherheitsangelegenheiten konsolidiert Maßnahmen zum Aufbau der Zuversicht der benachbarten Peripherie<sup>403</sup> in der Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik, sodass der Dialog einen permanenten Charakter zu einem späteren Zeitpunkt einnimmt.

Seit 2003 wurden mehrere Operationen<sup>404</sup> im Rahmen der ESVP durchgeführt, zwei davon in den Zielländern der ENP: in Georgien wie auch zwischen der Ukraine und Moldau. *„Der Ausbau der zivilen Dimension ist Teil des Gesamtkonzepts der EU, das auf dem Einsatz ziviler und militärischer Mittel beruht, mit denen auf kohärente Weise das gesamte Spektrum der Krisenbewältigungsaufgaben gewährleistet werden soll, darunter Aufgaben der Konfliktverhütung und der Erhaltung des Friedens sowie Kampfeinsätze im Rahmen der Krisenbewältigung einschließlich Frieden schaffender Maßnahmen und Operationen zur Stabilisierung der Lage nach Konflikten.“* Die Ziele der ESVP-Missionen erreicht die EU durch *„(...) eine enge Koordinierung und durch eine klare und funktionelle Arbeitsteilung zwischen den Anstrengungen der Gemeinschaft und den ESVP-Tätigkeiten (...)“*<sup>405</sup>

Damit verbunden entwickelt der EU-Rat ebenfalls die militärischen Fähigkeiten der EU mit Blick auf 2010 in einer zivil-militärischen Dimension der ESVP.<sup>406</sup> Dennoch stellt die EU einen politischen Rahmen zur intensiveren sicherheitspolitischen Kooperation mit den ENP-Partnerstaaten in Aussicht. Die eventuelle Inklusion der neuen Partner in ESVP-Missionen reduziert den Mangel der militärischen Einsatzmöglichkeiten<sup>407</sup>. Die ENP-Partnerstaaten bekommen ein Verständnis über die Struktur und Funktionsweise der ESVP-Missionen, um in mittel- bis langfristiger Perspektive regelmäßig an EU-Missionen teilzunehmen. Dabei soll die militärische Ausstattung und Fähigkeit der ENP-Staaten nicht vernachlässigt werden.

## 5.2. Externalisierung der Bereiche Justiz und Inneres

Darüberhinaus legt die EU-Kommission Maßnahmen *„ (...) zur Stärkung der Justiz und zur Intensivierung der Zusammenarbeit von Polizei und Justiz (...)“*<sup>408</sup> fest. Diese Schritte gehen mit dem sicherheitspolitischen Ziel der ebenfalls 2003 entwickelten ESVP einher. Gleichzeitig steigt die Aufmerksamkeit auf *statebuilding* und besonders auf die Stärkung des Sicherheitssektors. Desweiteren gerät die Verbesserung der Zusammenarbeit in Bereichen wie

<sup>403</sup> Vgl. Helmerich, 2007, S. 110

<sup>404</sup> ALTHEA (Bosnien und Herzegowina), EUPM (Bosnien und Herzegowina), EUPOL PROXIMA (FYRO Mazedonien), EUPOL (Kinshasa), EUSECL (Kongo), EUJUST LEX (Irak), AMM (Aceh), EU BAM (Rafah), EUPOL COPPS (Palästinensische Autonomiebehörde), EUJUST THEMIS (Georgien), AMIS II (Darfur), EU BAM (Moldau/ Ukraine). Vgl. Council of the European Union, 2005b, S. 2 – 8

<sup>405</sup> Rat der Europäischen Union, 2004a, S. 2 und S. 4

<sup>406</sup> Vgl. Rat der Europäischen Union, 2004b, S. 5 – 8

<sup>407</sup> Vgl. Helmerich, 2007, S. 111

<sup>408</sup> Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 2004, S. 18

organisierte Kriminalität, Korruption, illegale Einwanderung und Terrorismusbekämpfung zwischen der EU und den ENP-Ländern in den Vordergrund einer kohärenten ENP. Alle ausgehandelten APs mit den Nachbarstaaten enthalten die Möglichkeit, diese Bestimmungen in das Regelkonzept<sup>409</sup> aufzunehmen.

Die Ausweitung der Rolle der EU in der Außen- und Sicherheitspolitik<sup>410</sup>, bestätigt durch die vollzogene Osterweiterung, jedoch teilweise unterminiert in den Bereichen der Implementierung der gemeinsamen Werte und Ziele durch die unmittelbare Nachbarschaft, wird durch die ENP weiter erfasst und entwickelt. Die Stabilisierung in den ENP-Partnerstaaten führt unvermeidbar zur Förderung des *security sector governance* in den Außenbeziehungen der EU<sup>411</sup>. In dieser Sicht ist die *security sector reform* fester Bestandteil der Konfliktprävention<sup>412</sup> in den Nachbarstaaten der EU.

Im Gegensatz dazu verpflichtet sich die unmittelbare Peripherie zur Absicherung der Grenzen zu der EU. Ihrerseits geht die EU die Verpflichtung ein, Maßnahmen und Optionen zur Förderung der Grenzsicherheit und zur Ausbildung vom Grenzpersonal bereitzustellen. Desweiteren enthält das Kommissionsangebot Grenzübergangserleichterung für die Bevölkerung in den Grenzregionen<sup>413</sup>, beachtet dabei potenzielle Gefahren der illegalen Immigration und kriminellen Aktivitäten<sup>414</sup>. In diesem Fall ist die Konzeptualisierung der Migrationspolitik als Dimension europäischer Außenpolitik in die Kommunikation der EU-Kommission von 2002 niedergelegt<sup>415</sup> und vom EU-Rat weiter in die EU-Agenda aufgenommen<sup>416</sup>.

Hier geht die Frage einher, inwieweit die Peripherie diese Gegenleistungen ohne die Möglichkeit auf einen EU-Beitritt anerkennt.<sup>417</sup> Ohne diese Option lassen sich verstärkte Sicherheit an der Außengrenze und Erleichterung bei Grenzübergängen schwer zusammenführen, die jedoch einen positiven Einfluss auf die innenpolitische Entwicklung ausüben und eher als Vorstufe als Ausschluss zum Beitritt zu bezeichnen sind.<sup>418</sup> Dieser EU-Aspekt, insbesondere die Visaerleichterungen, der zwischen Öffnung und Kontrolle ausgerichtet ist, ist einer von vielen möglichen Belohnungen in den Beziehungen zu der

---

<sup>409</sup> Vgl. Rat der Europäischen Union, 2005, S. 6 und S. 9

<sup>410</sup> Vgl. Kelley, 2006, S. 31

<sup>411</sup> Vgl. Hänggi/Tanner, 2005, S. 27

<sup>412</sup> Vgl. Ferrero-Waldner, SPEECH/06/513, 2006d, S. 4

<sup>413</sup> Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 2004, S. 18

<sup>414</sup> Vgl. Commission of the European Communities, 2005a, S. 10

<sup>415</sup> Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 2002, S. 5f.

<sup>416</sup> Vgl. Council of the European Union, 2003a. Ausführlich über die Konzeptualisierung der Migrationspolitik als Dimension europäischer Außenpolitik vgl. Geddes, 2005, S. 787 – 806.

<sup>417</sup> Vgl. van der Hout, 2005, S. 24

<sup>418</sup> Erfahrungen aus der finnisch-russischen Grenzkooperation belegen die gute Zusammenarbeit in dieser Richtung. Vgl. Haukkala, 2003, S. 10

unmittelbaren Nachbarschaft. Ihrerseits verpflichten sich die Nachbarstaaten, weiterhin die Beziehungen zum EU-Kern auszubauen. Somit bringt die EU die Politik der gleichzeitigen Öffnung und Kontrolle einerseits und andererseits die Entwicklung und Implementierung der sicherheitsstrategischen Ziele Freiheit, Sicherheit und Recht in Übereinstimmung.<sup>419</sup> Die Außendimension der Bereiche Justiz und Inneres<sup>420</sup> stellt die EU vor der Herausforderung, „ (...) (die) Verwirklichung des Binnenraums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts (...) und gleichzeitig (die) außenpolitischen Zielsetzungen der Europäischen Union (...) (der) Verbreitung der gemeinsamen Werte Freiheit, Sicherheit und Recht in Drittländern“<sup>421</sup> zu fördern.

Die Außendimension der Bereiche Justiz und Inneres steht in engem Zusammenhang mit dem Grenzmanagement an der EU-Außengrenze zu Osteuropa und auf dem Balkan<sup>422</sup>. Die Basiselemente des Grenzmanagements sind:

- ✓ umfangreiches Instrumentarium der zusammenhängenden Probleme des Handelns, des Transports, der Unsicherheit, des illegalen Schmuggels und der Probleme der Grenzregionen;
- ✓ strikte Anforderung an die Behörden und die Ämter zur Kooperation in gemeinsamen Problemen;
- ✓ Förderung der Nachbarstaatenkooperation zur Verwaltung der gemeinsamen Grenzen<sup>423</sup>;
- ✓ wie auch die Konformität des Grenzmanagements mit dem Schengen-Katalog<sup>424</sup>.

Die Zusammenarbeit in den justiziellen und polizeilichen Bereichen zwischen der EU und der unmittelbaren Nachbarschaft eröffnet ein neues Kapitel in der Ausweitung der bilateralen Beziehungen. Somit engagiert sich die Union in weiteren Teilaspekten der Nachbarschaftsbeziehungen. Die EU fördert die Nachbarstaaten, engere Kooperation mit der EU einzugehen und die Trennlinien zwischen der erweiterten Union und der neuen Nachbarschaft wenn nicht zu vermeiden, dann mindestens stufenweise für die Zukunft zu abzubauen.

<sup>419</sup> Vgl. Corrado, 2006, S. 199 – 203. Von der Öffnung (im Sinne von kooperativen Initiativen) und Kontrolle (im Sinne von engerer Kontrolle) gehen *Eiki Berg* und *Piret Ehin* aus. Vgl. Berg/ Ehin, 2006, S. 60

<sup>420</sup> Vgl. Lavanex, 2004, S. 689

<sup>421</sup> Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 2005b, S. 4. Meine Abkürzung des Zitats.

<sup>422</sup> Vgl. Hobbing, 2006, S. 157

<sup>423</sup> Vgl. European Commission, 2002, S. 21

<sup>424</sup> Vgl. Council of the European Union, 2002, S. 18 – 47

### 5.3. Konfliktbewältigung, die EU und die ENP

Die Rolle der erweiterten EU in der Konfliktprävention/ Konfliktbewältigung an den östlichen Grenzen ist als weiterer jedoch wichtiger Teilaspekt der sicherheitspolitischen Dimension in der ENP enthalten. Die latenten Sezessionskonflikte im Südkaukasus und in Transnistrien erfordern einen neuen strategisch-politischen Ansatz, der zwischen dem wirtschaftlichen Gewicht der EU und dem noch geringeren politischen Einfluss in der Nachbarschaft liegt. Nach *Christopher Hill*<sup>425</sup> kommt der EU eine zweifache Rolle zu:

- Zum einen stellt die erweiterte EU den institutionellen, politischen und rechtlichen Rahmen zur Konfliktlösung.
- Zum anderen operiert die EU als Akteur in der unmittelbaren Nachbarschaft, der Anreize zur erfolgreichen und eindeutigen Konfliktlösung schafft.

Die EU hat in ihrer 50jährigen Integrationsgeschichte mehrere Transformationsprozesse erfahren. Die Transformation der Staatlichkeit und die damit verbundene geteilte Souveränität unter der europäischen, nationalen und subnationalen Ebene verhelfen zu einem Umdenken im Charakter der Staatlichkeit in der unmittelbaren Nachbarschaft. Die nationalstaatliche Souveränität ist in einer sich integrierenden Gemeinschaft zwischen einer supranationalen und einer subregionalen Ebene geteilt und nicht mehr im Monopol der Nationalstaaten.

Auch die Rolle der Staatsbürgerschaft verändert sich im strukturellen Rahmen der EU. Und wenn die europäische Unionsbürgerschaft die nationale nicht ersetzt, so führt sie zumindest zu einer Transformation, sodass neben der nationalen Staatsbürgerschaft eine europäische Unionsbürgerschaft existiert. In diesem Sinne bestehen mehrere multiple und keine exklusiven Identitäten in einem einheitlichen Nationalstaat<sup>426</sup>.

Darüberhinaus verändern sich Charakter und Rolle der nationalen Grenzen im Rahmen einer Abschaffung nationaler Hürden für Personen,- Kapital,- Dienstleistungs- und Warenverkehr. Letztens erhöht der legislative und institutionelle Rahmen der EU die individuelle, kommunale und staatliche Sicherheit. Die Einhaltung der Freiheit, der Rechtstaatlichkeit und der Menschenrechte, die in den PKAs und APs niedergelegt ist, ergibt eine erhöhte Sicherheitsgarantie für einzelne Personen wie auch Minderheitengruppen innerhalb einer nationalen Gesellschaft.<sup>427</sup>

Der institutionelle, rechtliche und politische Rahmen der EU inkludiert die unmittelbaren Nachbarstaaten in ein neues System zur Lösung ethnisch-regionaler Konflikte. Die EU bietet

---

<sup>425</sup> Vgl. *Christopher Hill* zitiert nach Tocci, 2004, S. 1

<sup>426</sup> Vgl. Diez, 2002, S. 7f.

<sup>427</sup> Vgl. Tocci, 2004, S. 7 – 11

somit ein erhöhtes Potenzial zu win-win Abkommen zwischen den beteiligten Konfliktparteien an. Dadurch erhält die subnationale Ebene eine wichtige Bedeutung in einem Mehrebenensystem des Regierens. Diese Konstellation umfasst jedoch Akteure, die ein substanzieller Bestandteil des EU-Systems sind. In dieser Sicht bedeutet die fehlende Beitrittsperspektive für die unmittelbar angrenzenden osteuropäischen und südkaukasischen Nachbarstaaten eine erhebliche Hürde zur effizienteren Konfliktlösung. Vielmehr verbleibt die entscheidende Rolle für die Lösung ethnisch-regionaler Konflikte bei den nationalen Entscheidungsstrukturen und bei den im Konflikt involvierten Parteien. Wiederum stellt sich die Frage, inwiefern sie diesen Rahmen in ihren nationalen Transformationsprogrammen aufnehmen.

Als Akteur in der unmittelbaren Nachbarschaft stehen der EU einzelne, im Erweiterungsprozess bewährte Mechanismen zur Verfügung: Europäisierung, Konditionalität und social learning.<sup>428</sup> Durch das institutionelle System umfasst die EU die beteiligten Konfliktparteien in einem Integrationsgrad wie dem der EU-Integration.<sup>429</sup> Dementsprechend wirkt das EU-System auf die benachbarten Nationalstaaten in Form des ENP-Strategiepapiers und der damit verbundenen EU-Dokumente (Monitoring, Länderberichten, Aktionspläne) ein, sodass europäische Regulierungen die nationalstaatlichen beeinflussen. Somit werden die Nationalstaaten veranlasst, die konstitutiven Schemata und Regeln einer internationalen Gemeinschaft zu übernehmen. Die internationale Gemeinschaft umfasst politische Einheiten wie die EU, die OSZE oder der Europarat, militärische Einheiten wie die NATO oder ökonomische wie der Internationale Währungsfonds, die Weltbank etc. In diesem Verlauf verändern sich politische, sicherheitspolitische wie auch finanzielle und wirtschaftliche Präferenzen. Infolgedessen erfahren die nationalen Interessen etlicher Akteure erheblichen Einfluss.

Die EU und ihre Institutionen bringen Akteure und Strukturen in der unmittelbaren Nachbarschaft hervor. Dadurch vermitteln sie ihnen ein grundsätzliches Verständnis für den europäischen Einigungs- und Vertiefungsprozess. Die Akzentuierung auf Einhaltung der Menschenrechte, auf Förderung von Rechtstaatlichkeit und good governance in der Nachbarschaft erscheint als unabdingbarer Mechanismus im politischen Dialog zwischen Akteuren und somit in Fragen der Konfliktprävention. Auf diese Weise nimmt sich die EU das Recht, den osteuropäischen und südkaukasischen Nachbarstaaten den Weg zur Verfolgung ihrer primären Interessen zur EU-Integration und dementsprechend zur Lösung

---

<sup>428</sup> Vgl. Tocci, 2004, S. 11 – 15

<sup>429</sup> Vgl. Noutcheva et. al., 2004, S. 22f.



der andauernden ethisch-regionalen Konflikte aufzuzeigen, und wenn die von den Nachbarstaaten anvisierte Beitrittsperspektive nicht gegeben ist.

#### IV. Inklusion und Exklusion in der Nachbarschaft

Mit der ENP hat die EU einen neuen Rahmen zum Aufbau und zur Entwicklung der Beziehungen zu den unmittelbar angrenzenden Nachbarstaaten ausgearbeitet. Im Konzept der kalkulierten Inklusion und Exklusion lassen sich diese Verhältnisse einordnen. Die kurze statistische Ausführung der Erkenntnis der EU-Bürger über die ENP soll systematisiert werden und das Modell der Inklusion und der Exklusion in der Nachbarschaft mit mehr Inhalt füllen. Darin spiegeln sich die Auffassung der EU-Bürger in Bezug auf die ENP und die Entwicklung der Beziehungen zu den ENP-Partnerstaaten wider. In Anbetracht des schwindenden Vertrauens der EU-Bürger in die politischen Systeme hat die EU-Kommission einen *Plan D*<sup>430</sup> für *Demokratie, Dialog* und *Diskussion* vorgeschlagen, um eine umfassendere Diskussion zwischen den demokratischen Organen der Europäischen Union und ihren Bürgern anzuregen, damit die repräsentative Demokratie weiterhin das Vertrauen und die Beteiligung der europäischen Bürger gewährleistet. Zu diesem Zweck dienen die 2006 und 2007 von Eurobarometer durchgeführte Studien *The European Union and its Neighbours* und *Beziehungen der EU zu ihren Nachbarländern*.

Die Europäische Nachbarschaftspolitik ist eine der unbekanntesten EU-Politiken unter den Bürgern in der EU-25. Nur 18% von den Befragten geben an, von dieser Politik etwas gehört zu haben oder diese Politik zu kennen. Dennoch unterstützen die EU-Bürger in den 25 Mitgliedstaaten den Ausbau der Beziehungen zu der unmittelbaren Nachbarschaft parallel zu der Erweiterungspolitik der EU gegenüber den beitragsfähigen Kandidaten. Dies führt unangefochten zu win-win Situationen, jedoch lassen sich die hohen Kosten der Kooperation mit den ENP-Partnerstaaten schwer von der Bevölkerung verkraften. In Bezug auf die wirtschaftliche und soziale Entwicklung wie auch auf good governance bringt die ENP Vorteile für die Nachbarstaaten. Die Förderung von Stabilität und wirtschaftlicher Entwicklung wie auch die Öffnung der Märkte in den benachbarten Partnerstaaten fördert die Prosperität innerhalb der EU. All diese Vorteile würden die Kosten der Kooperation für beide Seiten und besonders für die EU-25 eingrenzen, mit denen der Ausbau der Beziehungen verbunden ist. Die folgende Abbildung dient dazu, diese Entwicklung prozentual in ausgewählten Fragen darzustellen.

---

<sup>430</sup> Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 2005e, S. 2f.

## Erkenntnis der EU-25-Bürger in Bezug auf die ENP Referenzjahr 2006

- interessiert, was in den EU-Nachbarstaaten geschieht
- die EU unterhält gute Beziehungen zu den Nachbarstaaten
- haben von der ENP gehört
- befürworten keine vorgezogene Erweiterung
- die EU sollte andere Formen von Partnerschaften an die Nachbarstaaten anbieten, die keine Beitrittsoption haben
- Hilfe der ENP-Partnerstaaten wird das Risiko von Krieg und Konflikten reduzieren
- Reformen in den ENP-Partnerstaaten fördern würde Frieden und Stabilität in der EU fördern
- die ENP-Partnerstaaten kooperieren mit der EU, um sich selbst zu reformieren
- die EU soll die Beziehungen zu den nichtkooperierenden ENP-Staaten nicht ausbauen

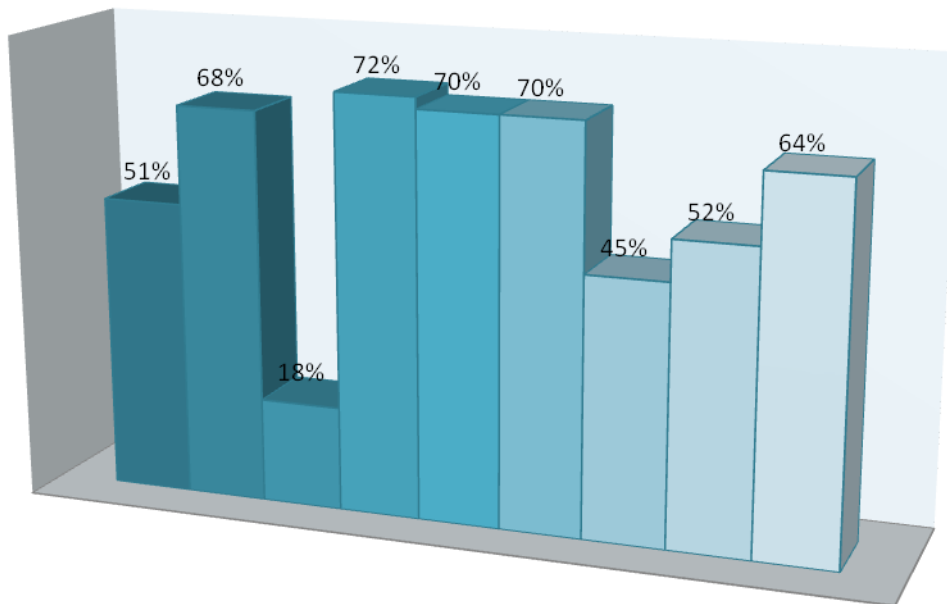


Abbildung 8: Erkenntnis der EU-25-Bürger in Bezug auf die ENP, eigene Darstellung, Datenquelle: Eurobarometer, 2006, S. 3 – 55

Signifikanter Aspekt für den Ausbau der Beziehungen zu den ENP-Partnerstaaten ist die Möglichkeit, zusammen Sicherheitsprobleme zu begegnen, Umweltschutz zu betreiben und

die Energieversorgung in Europa zu sichern. Weitere Aspekte sind die Zusammenarbeit in Bereichen der Wissenschaft, der Forschung, der Innovation und der Bildung. Wichtiger Bestandteil der Entwicklung der Beziehungen zu der unmittelbaren Nachbarschaft stellt die Bekämpfung der illegalen Immigration als Problem dar, das nicht nur relevant für die ENP-Partnerstaaten, sondern auch relevanter und sensibler Bereich innerhalb der erweiterten Union ist. Die folgende Abbildung ermöglicht eine bildliche Darstellung der Ausweitung der Beziehungen in Bezug auf ausgewählte Politikfelder, die die EU-Bürger für sehr und ziemlich wichtig halten.

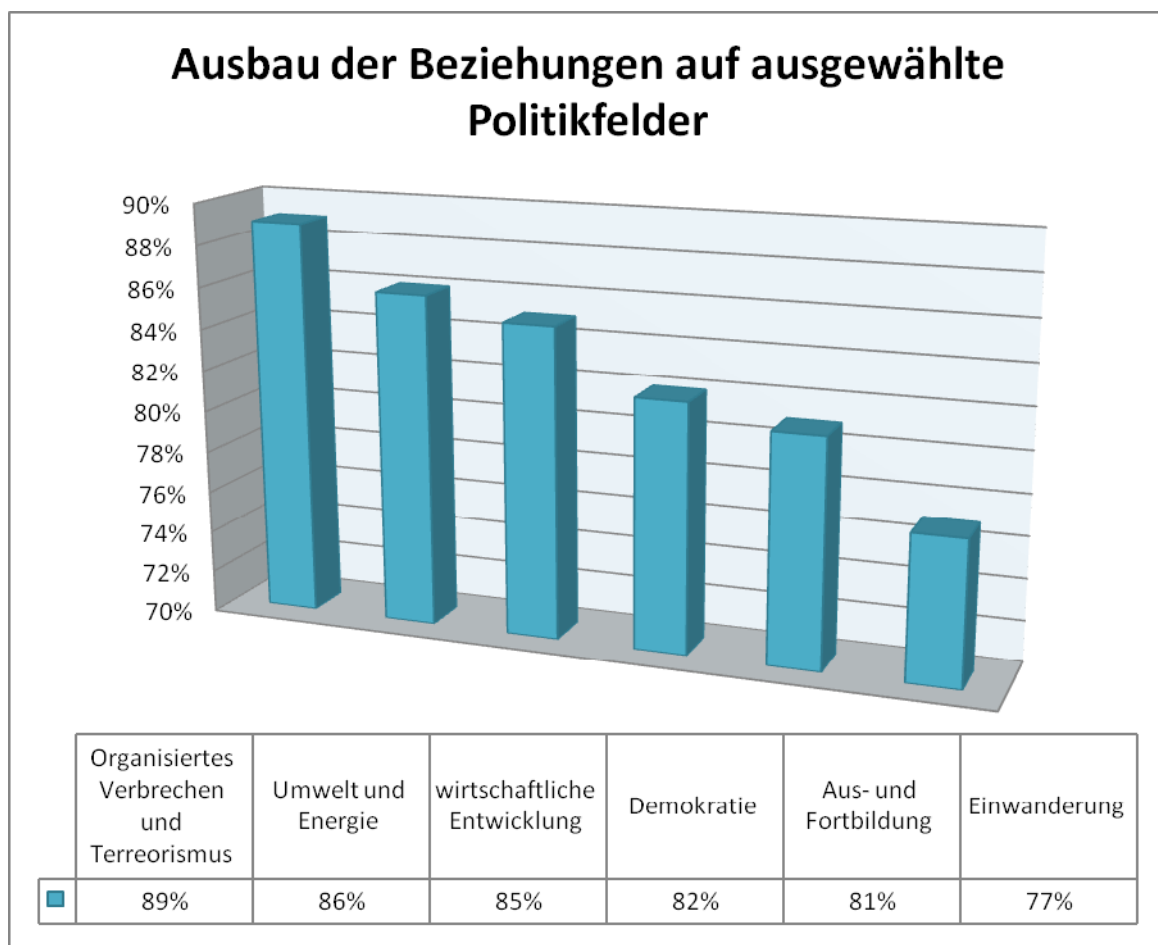


Abbildung 9: Ausbau der Beziehungen (sehr und ziemlich wichtig) in Bezug auf ausgewählte Politikfelder, eigene Darstellung, Datenquelle: Eurobarometer, 2007, S. 21

Die Außen- und Sicherheitspolitik der EU und explizit die ENP impliziert eine Vielzahl von Verhaltensmustern und –prinzipien, die den *Status quo* in den Beziehungen zu der Nachbarschaft zu verändern versuchen. Die vorerst skizzierten statistischen Daten determinieren zusätzlich die gezogenen Entschlüsse in Bezug auf die ENP als Politik, die mehrere Dimensionen umfasst, die sich in einer Inklusion/ Exklusion – Dichotomie befinden.

Die folgende Tabelle fasst die Ergebnisse zusammen, die in dem Abschnitt über das Konzept der ENP ausgewertet wurden.

	Voraussetzung	Form der Beziehung	Inklusion	Exklusion
Differenzierung	unterschiedliche Verhaltensstereotypen	<b>bilaterale Vorgehensweise:</b> PKA, AP, Länderberichte, Monitoring, ENPI	gemeinsame Verantwortung, zwischenstaatlicher Wettbewerb, Teil der nationalen Reformen, Verständnis für die EU-Integration, Demokratiefortschritte	Ausschluss der NGOs, Linderung der Trennlinien zwischen neuen MS, Beitrittskandidaten und ENP-Partnerstaaten, <b>limitierte Finanzhilfe</b>
Partnerschaft	Transformationsprozess in der Nachbarschaft, Verfassung für Europa, Grenzen der EU	Teilhabe mit Ausnahme der Institutionen	Teil des <i>acquis communautaire</i> , Konditionalität, komparativer Vorteil der MS, Methode des externen policy Koordination, Teilnahme am Binnenmarkt ( <b>EWR</b> ), Synergieeffekte, Internationale Sozialisation (Demokratie und Menschenrechte), EU als Anziehungsfaktor, Innen-Außen-Analogie	GD Außenbeziehungen, nationalstaatliche Interessen, restriktive Maßnahmen, Kosten der <i>acquis</i> Übernahme, Zugänglichkeit zum Kern, <b>Ausschluss aus der politischen Union</b>
regionale Kooperation	Stärkung der regionalen Zusammenarbeit	ENPI, TAIEX etc., LEONARDO, ERASMUS, COMENIUS, TEMPUS Plus, BSEC, INOGATE, TRACECA etc.	Bekämpfung der Migration, Entwicklung des Humankapitals, people-to-people Dialog, Verkehr, Umweltpolitik, Schwarzmeersynergie	<b>Visaregime, Finanzierung,</b> Teilnahme an Drittländerprogrammen, Fortschritte nur auf regionaler Ebene
Energiesicherheit	Energieversorgung, Importabhängigkeit, beschränkte Diversifizierung	Stärkung und Zusammenschaltung der Netzwerke	Verlagerung der geostrategischen Interessen (Schwarzes Meer - Kaspisches Meer)	<b>Demokratieförderung Good Governance</b>
sicherheitspolitische Dimension	Terrorismus, Menschen- und Drogenhandel, frozen conflicts	Grenzenmanagement, Stärkung der Justiz, Kooperation in Krisenbewältigung und Friedenssicherung, GASP, ESS, ENP: hard und soft power	Mehrebenensystem, Europäisierung, Konditionalität, social learning, Ring verantwortungsvoll regierter Staaten, Statebuilding, Erleichterung bei Grenzübergängen, Ausweitung des Bilateralismus	potentielle Gefahren der illegalen Migration, <b>fehlende Beitrittsperspektive, Schengen-Abkommen</b>

Tabelle 2: Inklusion und Exklusion in der Nachbarschaft, eigene Darstellung

Die fünf Dimensionen – Differenzierung, Partnerschaft, regionale Kooperation, Energiesicherheit und sicherheitspolitische Dimension – entsprechen dem innerpolitischen System und den inneren Besonderheiten der EU. Die Transformationsprozesse nach dem Zerfall des kommunistischen Ideologiesystems in den MOEL und vor allem nach deren Beitritt in die EU 2004/ 2007 brachten eine Umwälzung der Transformationsprozesse in den benachbarten Staaten hervor. Die veränderte Außenwelt fordert eine verstärkte regionale Zusammenarbeit mit unterschiedlichen Partnerstaaten in allen Teilbereichen des politischen Handelns. Die Suche nach neuen Formen zur Ausgestaltung der Beziehungen zu den ENP-Partnerstaaten bezieht sich auf die neue Lage innerhalb der EU nach dem Scheitern der Verfassungsreferenden in Frankreich und den Niederlanden in 2005, die eine institutionelle Krise in der EU hervorriefen. Der Vollzug der Osterweiterung und die Erhöhung der Zahl der Mitgliedstaaten auf 27 fordert eine Umstrukturierung, die sich nach dem EU-Gipfel im Juli 2007 unter deutscher Ratspräsidentschaft als schwierig erwies.

Die EU wählt die Form von bilateralen Beziehungen zu den ENP-Partnerstaaten, die auf Teilhabe jedoch mit Ausnahme der Institutionen beruhen. Es ist eine Partnerschaft von „*more for more*“<sup>431</sup>. Diese Vorgehensweise impliziert Kooperation in unterschiedlichen Politikbereichen: Energie, Terrorismus-, Menschenhandel- und Drogenhandelsbekämpfung, Zusammenarbeit im Konflikt- und Grenzenmanagement, im Bereich der GASP und der ESVP, Stärkung der Justiz, Teilhabe am Binnenmarkt wie bei dem EWR etc. Die Ausarbeitung der konkreten Strategie zur Entwicklung und zum Ausbau der Beziehungen mit den Nachbarstaaten umfasst Elemente der kalkulierten Inklusion und der Exklusion, die geeignet sind, die Ziele der Strategie – Stabilität, Sicherheit und Wohlstand an der EU-Peripherie – in langfristiger Perspektive zu erreichen. Es ist in dieser Sicht wichtig, was die EU bereit ist, der unmittelbaren Nachbarschaft durch die ENP anzubieten. Noch wichtiger ist es, was die ENP der Nachbarschaft zum heutigen Zeitpunkt ermöglicht.

Die unmittelbar angrenzenden osteuropäischen und südkaukasischen Staaten übernehmen eine gemeinsame Verantwortung und bekommen ein gemeinsames Verständnis dafür, was Europäische Integration im eigentlichen Sinne bedeutet. Sie besteht nicht nur aus Finanzhilfen und Sanktionsmitteln, sie umfasst vielmehr ein breit gefächertes Werte- und Regelkatalog, welcher von jedem neuen Beitrittskandidaten und Mitgliedsstaat angenommen und eingehalten werden soll. Auf diesem Wege erscheint es notwendig, einen Teil des *acquis communautaire* zu übernehmen, damit die Nachbarstaaten z.B. am europäischen Binnenmarkt wie die EFTA-Staaten am EWR teilnehmen. Andere Formen der Kooperation wie in

---

<sup>431</sup> O'Rourke, 2008. Interview durch den Autor

Bereichen der GASP ermöglichen eine Erweiterung des Charakters des Annäherungsmodells, jedoch der angestrebte EU-Beitritt einiger Nachbarstaaten veranschaulicht die teilweise oder für die nahe Zukunft Exklusion aus dem Europäischen Einigungsprozess.

Wie schon in den obigen Abschnitten erwähnt, schließt die EU die Peripherie in ihre Exklusionspolitik ein. Die finanzielle, jedoch limitierte Ausstattung des ENPI, das restriktive Visaregime und die Kritik über Demokratiefortschritte und im Bereich des good governance unterstreichen diese Prämisse deutlich. Diese Politik gibt die konkrete Situation in den benachbarten Staaten wider, zumal diese Verhaltensweise des Kerns in Bezug auf die peripheren Nachbarstaaten den Ausschluss aus der politischen Union impliziert. Die fehlende Beitrittsperspektive beinhaltet einen möglichen Exklusionsmechanismus, der die gegenwärtigen Beziehungen zu der Nachbarschaft prägt.

Dies soll jedoch nicht heißen, dass sich dieser Zustand nicht in den kommenden Jahren verändert. Jedoch wird eine präzisere Aussage das ständige Revidieren erfordern. Ein wichtiges Argument in dieser Richtung sind die nationalen Interessen und Präferenzen der Nationalstaaten. Diese implementieren die außen- und sicherheitspolitische Richtung der EU und geben gleichzeitig Impulse für die Entwicklung, den Ausbau oder aber für die Niederlegung der Beziehungen. Die unterschiedliche Deutung der Beziehungen zu den ENP-Partnerstaaten erschließt unterschiedliche Prioritätensetzung, sodass einigen osteuropäischen und sogar südkaukasischen Staaten in langfristiger Perspektive die Beitrittsperspektive eröffnet wird, um zu einem späteren Zeitpunkt nach Erfüllung der Beitrittskriterien der EU anzugehören. Wenn aber dieses zutreffen sollte, sollten alle Konditionen erfüllt werden und sobald die EU-Außenpolitik auf intergouvernementaler Ebene geregelt wird, den nationalen Interessen und Präferenzen der Mitgliedstaaten entsprechen. Somit erscheint es notwendig, die Herausforderungen der EU in der Nachbarschaft im Einzelnen zu erörtern. Dies stellt den Rahmen für das nächste Kapitel dar.

## Kapitel 4 – Die Herausforderungen vor der ENP im postsowjetischen Raum

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion entwickelte die Europäische Union stetig ihre Beziehungen zu den Nachfolgerstaaten Ukraine, Moldau, Georgien, Armenien und Aserbaidschan. Der Sieg über den Kommunismus und die damit verbundene Auflösung des bipolaren Systems, das sich im Zeitalter des Kalten Krieges etablierte und die Internationalen Beziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg prägte, schufen ein neues internationales Umfeld. Die neuen Bedingungen ermöglichten es den Mächten wie die EU und allem voran die USA<sup>432</sup>, eine neue post-bipolare Ordnung ohne jegliche Grenzen (mit Ausnahme energiesicherheitspolitischen Einflusses Russlands) zu gestalten. 2004 und 2007 vollzog die EU die erfolgreichste und größte Erweiterung ihrer 50jährigen Geschichte und bildete somit eine gemeinsame Grenze mit einer Region – Osteuropa und Südkaukasus, die erhebliche Defizite in der politischen, sozialen und wirtschaftlichen<sup>433</sup> Entwicklung aufweist. Das erlangte politische und wirtschaftliche Gewicht der erweiterten EU auf der internationalen Bühne verlangt neue Ausrichtung europäischer Außenpolitik in der unmittelbaren Nachbarschaft.

Die EU erachtet die Entwicklung der bilateralen Beziehungen zu den Nachfolgerstaaten der Sowjetunion im Rahmen der ENP mit zunehmender Bedeutung im Hinblick auf den innerpolitischen Umbruch in der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS)<sup>434</sup>. Die sinkende Tendenz russischer Einflussmöglichkeiten hatte sich nach der *Rosenrevolution* im Spätherbst 2003 in Georgien und der *Orange-Revolution* im Herbst 2004 in der Ukraine und in Ausblick auf Zentralasien dem Umsturz 2005 in Kirgistan<sup>435</sup> bewahrheitet.

Aufgrund des Vorwurfs der Wahlfälschung und der in Frage gestellten Authentizität der Wahlergebnisse und des Rückzugs amerikanischer Unterstützung<sup>436</sup> durch die US-Regierung trat *Eduard Schewardnadse* zurück und die georgische Bevölkerung wählte *Michail*

---

<sup>432</sup> *Bill Clinton* präsentierte die neue Richtung amerikanischer Außenpolitik im Jahr 1995 mit einem Satz: “*We must continue to bear the responsibility of the world's leadership.*” Vgl. Clinton, 1995

<sup>433</sup> Vgl. im Anhang Tabelle 10

<sup>434</sup> Am 8. Dezember 1991 wurde die GUS durch eine Vereinbarung der Regierungschefs Russlands, Belarus und der Ukraine und den Beitritt acht weiterer Nachfolgerstaaten – darunter Armenien, Georgien und Aserbaidschan – gegründet. Der geringe Grad der Verrechtlichung der Beziehungen der Mitgliedstaaten wie auch die starke Differenzierung im Rechtsbestand deutet auf die strukturelle Schwäche dieser Gemeinschaft hin. Vgl. Mangott, 2006, S. 216

<sup>435</sup> In den Jahren nach dem Umbruch haben jedoch die Führungseliten in Kirgistan eine deutlich kritische Position gegenüber dem Westen vertreten. Der Wandel in Kirgistan war eher ein Machtkampf rivalisierender Clans. Vgl. Wipperfürth, 2007, S. 71

<sup>436</sup> Vgl. Welt, 2006, S. 36

*Saakaschwili* zum Nachfolger, der Georgien gegenüber der EU neu positionieren und eine EU-Vollmitgliedschaft als Priorität der neuen Regierung stellen sollte.

Die Fälschung des Wahlergebnisses in der Ukraine und die dadurch entfesselten Demonstrationen in der Hauptstadt Kiew, so wie die massive Unterstützung seitens der EU-Regierungschefs und der weiter sinkende Einfluss Russlands im GUS-Raum ermöglichten eine Wiederholung der Stichwahl am 26. Dezember 2004 zwischen den beiden politischen Rivalen *Wiktor Juschtschenko* und *Wiktor Janukowitsch*. *Juschtschenko* siegte mit knapp 52% der abgegebenen Stimmen. Die Parlamentswahlen im Oktober 2007 bestätigten den demokratischen Weg der Ukraine, den sie 2004 eingeschlagen hatte, jedoch auch die Ernüchterung der zivilen Gesellschaft in dem Land. Die *Partei der Regionen* von *Janukowitsch* konnte die Wahlen zwar gewinnen, das Wahlbündnis von *Yulia Timoschenko* und der Block *Nascha Ukraina* von Präsident *Juschtschenko* bekam zusammen mehr Stimmen und konnte so eine Koalition der beiden pro-westlichen Parteien bilden. „*Die Ukraine hat den Demokratietest bestanden. Das ist möglicherweise das wichtigste Ergebnis dieser Parlamentswahl.*“<sup>437</sup>

Ist jedoch diese gegenwärtige Entwicklung in Georgien und der Ukraine auf die restlichen GUS-Staaten, insbesondere Belarus übertragbar? Und lässt sich die Situation in den beiden Ländern mit der in Belarus vergleichen? Das schwache zivilgesellschaftliche Engagement der belarussischen Bevölkerung und das unter diktatorischen Bedingungen vom Präsidenten *Lukaschenko* geführte Land an der Grenze zu der Ukraine lassen erkennen, dass die europäische Zukunft des Landes auf sich warten lässt, bis eine neue politische Bewegung die Transformation des Landes in Bewegung setzt.

Daher ist es von großer Bedeutung, inwieweit sich die EU verpflichtet, die angefangene Transformation der GUS-Staaten durch die neu eingerichtete ENP erfolgreich fortzusetzen und eine stabile und sichere Nachbarschaftsregion an den Außengrenzen der erweiterten EU zu etablieren und eventuell zu einem späteren Zeitpunkt die neuen Nachbarn in eine neue politische Union zu inkludieren. Der innerpolitische Umbruch im GUS-Raum, der sinkende Einfluss Russlands in der Region zwischen der erweiterten EU und der Russischen Föderation und die in den Jahren 2003/ 2004 eingerichtete ENP geben der EU eine einmalige Gelegenheit, eine Ordnungs- und Transformationsrolle in der unmittelbaren Nachbarschaft – Osteuropa und Südkaukasus – zu übernehmen.

Die erfassten Ergebnisse im Kapitel 3 der vorliegenden Arbeit und die Abgrenzung von fünf Dimensionen in der ENP wie Differenzierung, Partnerschaft, regionale Kooperation,

---

<sup>437</sup> Durkot, 2007, bpb-Interview



Energiesicherheit und sicherheitspolitische Dimension, die gleichzeitig Elemente der kalkulierten Inklusion und der Exklusion umfassen, eignen sich zur Vertiefung der Fragen, welche Art von Kooperation und in welchen Feldern die Entwicklung und der Ausbau der Beziehungen mit den Nachbarstaaten angestrebt wird, die die Ziele der Strategie – Stabilität, Sicherheit und Wohlstand an der EU-Peripherie – in langfristiger Perspektive erreichen. Demzufolge ist die ENP als Instrument für Demokratisierung in der unmittelbaren Nachbarschaft so wie auch als Kooperation in Fragen der Freiheit, der Sicherheit und der Justiz, der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, als regionale Kooperation und Kooperation in Energiesicherheitsfragen in diesem Teil der Arbeit zu betrachten. Die wichtigsten Vereinbarungen, die die EU mit den ENP-Staaten in den ausgehandelten Aktionsplänen traf, betreffen die Konsolidierung der Nachbarstaaten, die nicht zuletzt die Lösung der andauernden ethnischen Regionalkonflikte umfasst, jedoch die Perspektive für einen Beitritt zur EU nicht eröffnet.

## I. Die ENP als Instrument für Demokratisierung?

Das Projekt *Europäische Integration* hat den Zustand hervorgebracht, den alle Friedensverträge in den vergangenen Jahrzehnten auf dem europäischen Kontinent nicht herstellen konnten: Frieden, Sicherheit und Stabilität in Europa. Dieser Erfolgsprozess setzte sich in den Jahren nach der Gründung der EG und vor allem nach dem Beitritt der Ost- und Südosteuropäischen Staaten im Jahr 2004 und 2007 fort. Der alte Kontinent überwand die jahrelange ideologische, politische und wirtschaftliche Trennung Europas und die EU entwickelte ihre *mission civilisatrice*. Die Gemeinschaft hatte ihren Erfolg – Förderung von Demokratie und Achtung der Menschenrechte – nach außen und vor allem in der unmittelbaren Nachbarschaft stetig mit jeder Überarbeitung der bestehenden Verträge externalisiert und weitestgehend verstärkt. Ohnegleichen ist es auch, dass sogar die Erhöhung dieser Macht von der Weltbevölkerung gewollt und unterstützt ist, wie es die Ergebnisse der *Voice of the People*<sup>438</sup> bestätigen.

---

<sup>438</sup> Vgl. Krastev/ Leonard, 2007, S. 1

## 1. Sozialisation der unmittelbaren Nachbarschaft

Die Annäherung der unmittelbar angrenzenden Nachbarstaaten an die Normen und Regeln der erweiterten EU geschieht einerseits unmittelbar durch die Erfüllung der in 1993 festgelegten Kopenhagener Kriterien:

- ✓ institutionelle Stabilität als Garantie für demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, für die Wahrung der Menschenrechte sowie die Achtung und den Schutz von Minderheiten;
- ✓ eine funktionsfähige Marktwirtschaft sowie die Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften innerhalb der Union standzuhalten.
- ✓ Die Mitgliedschaft setzt außerdem voraus, dass die einzelnen Beitrittskandidaten die aus einer Mitgliedschaft erwachsenden Verpflichtungen übernehmen und sich auch die Ziele der politischen Union sowie der Wirtschafts- und Währungsunion zu eigen machen können.

Andererseits findet die Annäherung an die EU durch den Prozess der Europäisierung statt, dessen Mechanismen zur Einleitung der Reformen

- ✓ Konditionalität und
- ✓ social learning sind.

Der politische und wirtschaftliche Wandel, wie sich dies im Laufe des Erweiterungsprozesses um die MOEL auszeichnete, erfolgte anhand der konditionalen Wirkung des Transfers von Normen und Regeln sowie der Institutionsbildung auf nationaler Ebene (im Bewerberland) in kurz- und mittelfristige Perspektive. Der Prozess der Konditionalität beeinflusst die innenpolitische Veränderung durch wirtschaftliche und soziale Unterstützung in Form von finanzieller und technischer Hilfe, politischem Dialog und Zugang zum einheitlichen Markt. Die Erfolge der Sozialisation sind jedoch im Hinblick auf die Veränderung von Identitäten und Interessen nachhaltig in langfristiger Perspektive zu verzeichnen.

Die Eröffnung neuer Partnerschaftsperspektiven der EU mit den ENP-Partnerstaaten vertieft die politische Zusammenarbeit durch Weiterentwicklung der Mechanismen des politischen Dialogs. Dieses ist in den Aktionsplänen mit der Ukraine, Moldau, Armenien, Aserbaidschan und Georgien verankert. Der AP mit Aserbaidschan ist um *„die Steigerung des Umfangs und der Intensität der politischen Zusammenarbeit durch die Fortentwicklung von Mechanismen für den politischen Dialog und Konsultationen über Sicherheitsfragen, die die Interessen beider Seiten berühren“*<sup>439</sup> erweitert.

<sup>439</sup> ENP-Aktionsplan EU-Aserbaidschan, 2006, S. 2. Meine Hervorhebung.

Die Treffen der mit dem politischen Dialog befassten Kooperationsräte mit den ENP-Partnerstaaten finden seit 2000 jeweils einmal pro Jahr statt, damit sie den Progress bei der Implementierung der APs beurteilen. Auf diesen Zusammenkünften behandeln die Partner ebenfalls sensible Themen wie Demokratieförderung, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte. Darüberhinaus findet Reisediplomatie in Form von Gesprächen des Hohen Vertreters für die GASP (in der Person von *Javier Solana*) mit den Regierungen der Ukraine, Georgien und Moldau statt. Die EU unterhält ferner permanente Präsenzen in den ENP-Partnerstaaten, etwa Sonderbeauftragte für den Südkaukasus und Moldau. Die Effizienz (Kohärenz) der EU-Außenpolitik steigt kontinuierlich an, indem die EU-Sonderbeauftragten vor Ort die Arbeit des Hohen Vertreters unterstützen.

Die Resonanz in den ENP-Partnerstaaten ist von entscheidender Bedeutung, vor allem wenn es sich um ihre Interessen handelt, neue Schwerpunkte in den bilateralen Beziehungen zu setzen und Lücken zu schließen, welche die Interessen aller involvierten Parteien reflektieren<sup>440</sup>. Eine Gelegenheit zum Gedankenaustausch über die Zukunft der ENP ergab sich zum ersten Mal auf der Konferenz für Regierungen und Nicht-Regierungsorganisationen sowohl aus den Partnerländern als auch aus EU-Mitgliedstaaten Anfang 2007 in Brüssel. Zusammenfassend vermittelt der politische Dialog den Eindruck, dass das Engagement der EU überdurchschnittliche Fortschritte in die richtige Richtung gemacht hatte und in einer langfristigen Perspektive einen höheren Erfolg als vorhergesehen haben würde.

Demzufolge sind „(die) Stabilisierung und Steigerung der Leistungsfähigkeit der Institutionen, die Demokratie und Rechtsstaatlichkeit“<sup>441</sup> und die Achtung der Menschenrechte vorrangige Prioritäten der EU in den neu ausgehandelten Aktionsplänen mit den ENP-Partnerstaaten. Ihrerseits setzen sie den Schwerpunkt außenpolitisch (im Hinblick auf die innerpolitische Transformation) in westeuropäischen und transatlantischen Organisationen. Die Mitgliedstaaten, wie im Fall der Bundesrepublik Deutschland im ersten Halbjahr 2007 der EU-Ratspräsidentschaft<sup>442</sup>, inkorporieren ebenfalls die Förderung von Demokratie und Menschenrechte und setzen diese als oberste Ziele auf der Tagungsagenda der EU.

Demzufolge lässt sich dabei ein wechselseitiger Prozess zwischen Akteur und Struktur erkennen. Die EU und der Europarat (Struktur) stellen die Basis für die Aktionspläne (action settings) bereit und gewähren den Akteuren die Möglichkeit, die Verhaltensweise der

---

<sup>440</sup> Vgl. Ferrero-Waldner, SPEECH/07/500, 2007c, S. 2

<sup>441</sup> ENP-Aktionsplan EU-Armenien, 2006, S. 8. ENP-Aktionsplan EU-Aserbaidschan, 2006, S. 8. ENP-Aktionsplan EU-Georgien, 2006, S. 10. EU/Moldova Action Plan, 2004, S. 5. EU/Ukraine Action Plan, 2004, S. 5.

<sup>442</sup> Vgl. Die Bundesregierung, 2007, S. 5f.

unmittelbar angrenzenden Nachbarstaaten und ihrer Regierungen aufgrund der erfolgreichen europäischen Integration sowie der Bindung an die fundamentalen Normen und Regeln der EU neu zu gestalten und zu entwickeln. Im Fall der ENP schuf die EU jedoch keine neuen Institutionen zur Entwicklung der Beziehungen mit der benachbarten Peripherie, sodass die ENP aus dem institutionellen Gefüge und der Mechanismen der GASP und der ESVP wie auch bestehender regionaler Organisationen wie z.B. die BSEC Nutzen zieht.

Im Prozess der Demokratisierung der unmittelbaren Nachbarschaft, allem voran nach der Verabschiedung der Aktionspläne, legt die EU-Kommission allgemeine Aktionen (Stärkung der demokratischen Strukturen und stärkere Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten) und entsprechende Maßnahmen (kompatibel mit den Zielen und Anforderungen des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte und des Europarats) fest. Diese verfolgen den Zweck, die Demokratiekonsolidierung der ENP-Partnerstaaten als langfristiges Endziel voranzutreiben. Somit steht die EU als attraktives Modell für Demokratie und Achtung der Menschenrechte in der Nachbarschaft ohne den Einsatz machtpolitischer Instrumente. Die nachfolgende Tabelle enthält die konkreten Aktionen und Maßnahmen im Kontext der ausgehandelten Aktionspläne mit den ENP-Partnerstaaten.

ENP-Partnerstaat	Aktionen	Maßnahmen
Armenien (ENP-Aktionsplan, 2006, S. 3f.; S. 8 – 10)	<i>Stärkung demokratischer Strukturen</i>	Ausbau des Amtes des Menschenrechtsbeauftragten; Änderung des Wahlgesetzes und bessere Wahlabwicklung gemäß den Empfehlungen der OSZE bzw. des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) und der Venedig-Kommission des Europarats; Bewertung des Prozesses der Einrichtung und Herausbildung eines öffentlichen Dienstes; Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung; Stärkung des Pluralismus in der Politik; Aufstellung klarer, transparenter Regeln über die Parteienfinanzierung
	<i>Stärkere Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten entsprechend den internationalen Verpflichtungen Armeniens (PKA, Europarat, OSZE, UN)</i>	Gewährleistung der Unabhängigkeit der Medien; weitere Verbesserung des Versammlungs- und Demonstrationsrechts; Gewährleistung des Schutzes des Rechts auf Privateigentum; Verbesserung der Haftbedingungen; Abschaffung von Folter; Zusammenarbeit mit den Gemeinschaftsinstitutionen; Vorbereitung des Beitritts zur Europäischen Ordnung für soziale Sicherheit; Förderung der Entwicklung der Zivilgesellschaft; Anstrengungen zur Wahrung der Rechte der Gewerkschaften und zur Einhaltung der grundlegenden Arbeitsnormen; Sicherstellung der

		<p>Wahrung der Rechte nationaler Minderheiten; Fortsetzung der Anstrengungen zur Gleichstellung von Männern und Frauen</p>
<p><b>Aserbaidshan</b> (ENP-Aktionsplan, 2006, S. 3f.; S. 8f.)</p>	<p><i>Stärkung der Demokratie in Aserbaidshan auch durch einen fairen und transparenten Wahlprozess im Einklang mit den internationalen Anforderungen</i></p> <p><i>Stärkung des Schutzes der Menschenrechte, der Grundfreiheiten und des Rechtsstaats im Einklang mit den von Aserbaidshan eingegangenen internationalen Verpflichtungen (PKA, Europarat, OSZE, UN)</i></p>	<p>Fortsetzung der Wahlrechtsreform; Durchführung der Wahlen in Übereinstimmung mit den OSZE-Verpflichtungen; Fortsetzung der institutionellen Reformen zur Gewährleistung einer gegenseitigen Kontrolle zwischen Regierungs- und Gesetzgebungsfunktionen; Fortsetzung der Gesetzgebungs- und Verwaltungsreformen; Vertiefung der Bemühungen zur Stärkung der Demokratie vor Ort</p> <p>Verbesserung des Aufbaus des Gerichtswesens; Gewährleistung der Ratifizierung und Durchführung des freiwilligen Protokolls zur UN-Konvention gegen Folter; Aufbau eines unabhängigen öffentlichen Rundfunks; Gewährleistung einer angemessenen Umsetzung des Gesetzes über die Informationsfreiheit; Förderung der Entfaltung der Bürgergesellschaft und ihrer Organisationsformen; Vereinfachung der aufwendigen Verfahren für die Zulassung von NGO; Förderung der Anerkennung der religiösen und kulturellen Vielfalt; enge Zusammenarbeit mit OSZE und Europarat zur Reformierung der Polizei; Wahrung der Rechte der Gewerkschaften; Einhaltung der Rechte über die Versammlungsfreiheit; Fortsetzung der Anstrengungen zur Gewährleistung des Grundsatzes der Gleichstellung in Gesellschaft und dem Wirtschaftsleben; Förderung der Erziehung im Bereich der Menschenrechte</p>
<p><b>Georgien</b> (ENP-Aktionsplan, 2006, S. 3f.; S. 10f.)</p>	<p><i>Stärkung der demokratischen Institutionen und Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten in Übereinstimmung mit den internationalen Verpflichtungen Georgiens (PKA, Europarat, OSZE, UN)</i></p>	<p>Umsetzung der Empfehlungen des Europäischen Komitees zur Verhütung von Folter; Annahme einer Reformstrategie und von Vorschriften für den öffentlichen Dienst zur Verbesserung einer verantwortungsvollen Regierungsführung („good governance“) und Transparenz; Gewährleistung internationaler Standards bei den Kommunal-, Parlaments- und Präsidentschaftswahlen; Reform der kommunalen Selbstverwaltung; Fortsetzung der Entwicklung und Durchführung von Reformen des öffentlichen Dienstes; Stärkung des georgischen Parlaments; Förderung des politischen Pluralismus; Gewährleistung der Freiheit der Medien; Gewährleistung von Minderheitenrechten; Entwicklung und Umsetzung einer Strategie für die Integration in das bürgerliche Leben („civic integration“); Ausweitung der Funktion des Ombudsmanns; Sicherheit für die Zivilbevölkerung; Gewährleistung der Gewerkschaftsrechte; Gewährleistung der Gleichheit</p>

<b>Moldau</b> (EU/Moldova Action Plan, 2004, S. 5 – 9)	<i>Democracy</i>	von Männern und Frauen in Gesellschaft und Wirtschaft; Gewährleistung der Wahrung der Rechte von Wehrpflichtigen Ensure correct functioning of Parliament, including the reform of parliamentary immunity; Continue administrative reform and strengthening of local self government in line with European standards
	<i>Human rights and fundamental freedoms</i>	Ensure respect of human rights and fundamental freedoms, including the rights of persons belonging to national minorities, in line with international and European standards; Develop and implement an appropriate legal framework for the prevention of, and the fight against, the trafficking in human beings, and for addressing the problems faced by victims of trafficking; Eradication of ill-treatment and torture; Ensure respect of children's rights; Ensure equal treatment; Ensure respect for the freedom of expression; Ensure respect for the freedom of association and foster the development of civil society; Ensure respect for Trade Unions' rights and core labour standards; Ensure international Justice through the International Criminal Court
<b>Ukraine</b> (EU/Ukraine Action Plan, 2004, S. 5 – 9; S. 40)	<i>Democracy, human rights and fundamental freedoms</i>	Strengthen the stability and effectiveness of institutions guaranteeing democracy and the rule of law; Ensure respect of human rights and fundamental freedoms, in line with international and European standards; Foster the development of civil society; Promote civil society co-operation; Ensure respect for the freedom of the media and expression; Ensure respect for rights of persons belonging to national minorities; Prevention of ill-treatment and torture; Ensure equal treatment; Ensure respect of Children's rights; Ensure respect for trade unions' rights and core labour standards; Ensure international justice

Tabelle 3: Aktionen und Maßnahmen zur Demokratieförderung und zum Menschenrechtsschutz in den ENP-Partnerstaaten, eigene Darstellung

Die lange Liste von Aktionen und Maßnahmen beurteilen einige Autoren als Mangel an Transparenz in der Demokratieförderung: Die EU-Kommission betreibt Kooperation mit den ENP-Staaten ohne objektive Führungskriterien.<sup>443</sup>

Die Rolle der EU in Demokratieförderung kann anhand der Information in der Abbildung so erfasst werden, dass der Sozialisationseffekt kein Druckmittel (top-down) und dementsprechend keine rechtskräftige Bindung in den Nationalstaaten (bottom-up) aufgrund des nicht bindenden Charakters der Aktionspläne hervorbringt. Vielmehr fordert die EU die

<sup>443</sup> Vgl. Barbé/ Johansson-Nogués, 2008, S. 92

Unterebenen in den jeweiligen Partnerstaaten auf, die Verantwortung für die Implementierung der in den APs niedergelegten Aktionen und Maßnahmen selbst zu übernehmen. Dies impliziert eine horizontale Ausrichtung des Demokratisierungseffekts in unterschiedliche Formen auf unterschiedlichen Sektoren. Demzufolge beruht die von der ENP insistierte verantwortungsbewusste Regierungsführung (good governance) auf drei Prinzipien:

- ✓ Transparenz,
- ✓ Übernahme von Verantwortung (Rechenschaftspflicht) und
- ✓ Partizipation.

Erstens, nach dem Prinzip der **Transparenz** verlangt das Recht der Gesellschaft, Zugang zu Information zu erhalten. Die Gewährleistung der Unabhängigkeit der Medien und der Aufbau eines unabhängigen Rundfunks sind oberste Prioritäten für die EU zur Demokratisierung der unmittelbar angrenzenden Staaten im Rahmen der ENP (bottom-up). Ein Blick auf den Index der Pressefreiheit<sup>444</sup> der *Reporter ohne Grenzen* in der nachfolgenden Abbildung stellt die Unbeständigkeit junger Demokratien wie die ENP-Partnerstaaten im Vergleich zu den 27 Mitgliedstaaten der EU dar. Eine Ausnahme machen Bulgarien und Polen, die mit einem Wert über 16 keinen guten Platz im Ranking erreichen. Jedoch sind die drei osteuropäischen Staaten – die Ukraine, Moldau und Belarus – und die Länder des Südkaukasus mit einem Wert über 20 von einer weitreichenden Freiheit der Presse und Unabhängigkeit des Journalistenberufes entfernt.

---

<sup>444</sup> Der Index der Pressefreiheit beinhaltet die Freiheit der Journalisten und der Nachrichtenorganisationen wie auch die Anstrengungen der jeweiligen Regierungen, sie zu respektieren.

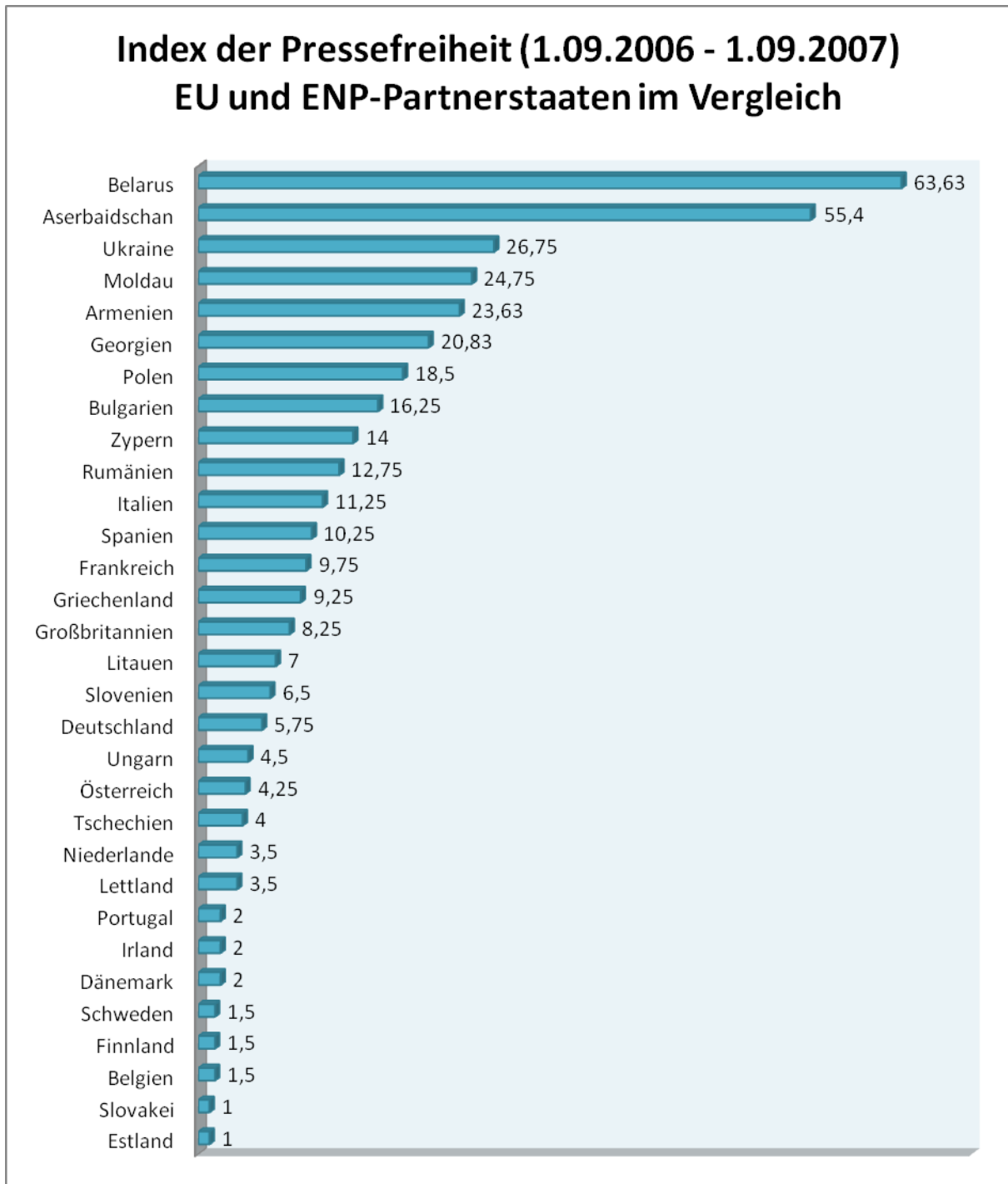


Abbildung 10: Index der Pressefreiheit, eigene Darstellung, Datenquelle: Reporters without borders, 2007, S. 4–7

Die horizontale Kooperation beeinflusst zweitens die **Übernahme von Verantwortung**. Zugleich sollten internationale Standards bei Wahlen gewährleistet, die nationalen Parlamente und der Pluralismus gestärkt als auch Empfehlungen des Europarates, der Europäischen Initiative für Demokratie und Menschenrechte (EIDIHR) und der OSZE berücksichtigt werden. Als Mitglieder des Europarates sind die Ukraine (Mitglied seit 1995), Moldau (seit



1995), Georgien (seit 1999), Armenien (seit 2001) und Aserbaidschan (seit 2001) dazu verpflichtet, die vom Europarat verabschiedeten Empfehlungen im Sinne der Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten, die in den jeweiligen Ländern in kraft getreten ist, zu respektieren. In diesem Kontext entsendet der Europarat Monitoring-Berichtersteller der Versammlung nach Georgien in Bezug auf den landesweit verhängten Ausnahmezustand im November 2007, um die Bedeutung des politischen Dialogs bei der Wiederherstellung des Vertrauens zwischen den Regierenden, der Opposition und der Gesellschaft zu betonen<sup>445</sup>.

Weitere Schwerpunkte sind in diesem Zusammenhang Demokratieförderung, Achtung der Menschenrechte und verantwortungsbewusste Staatsführung in Form von Partnerschaft und Dialog und damit verbundene Rechenschaftspflicht. Die EIDIHR formuliert als Priorität finanzielle Hilfeleistung in den Ländern, die auf diesem Gebiet am meisten auf ihre Unterstützung angewiesen sind<sup>446</sup>. Abgesehen von dem ENPI (vgl. dazu im Kapitel 3) leistet die EIDIHR Finanzierung von Projekten (vgl. die nachfolgende Abbildung 11) in den östlichen und südkaukasischen Ländern der ENP zur Realisierung der gesteckten Ziele, die jedoch in Anbetracht der schwierigen politischen und wirtschaftlichen Situation in den ENP-Staaten bescheiden ausfällt.

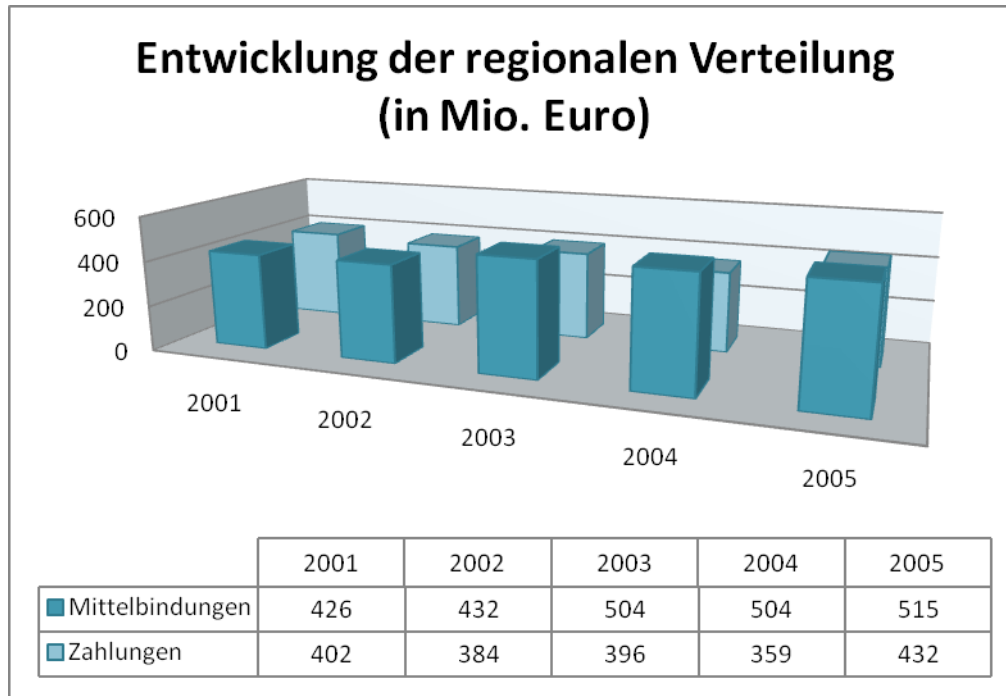


Abbildung 11: Entwicklung der regionalen Verteilung, eigene Darstellung, Datenquelle: Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 2006d, S. 14f.

<sup>445</sup> Vgl. Council of Europe, 2007

<sup>446</sup> Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 2006d, S. 9

Drittens unterstützt die Brüsseler Sozialisationspolitik die Förderung von **effizienter Partizipation**. Dabei sollen die Entwicklung der Zivilgesellschaft gefördert, die Rechte der Gewerkschaften erhalten, die Wahrung der Rechte nationaler Minderheiten und die Anstrengungen zur Gleichstellung von Mann und Frau sichergestellt wie auch die kommunale Selbstverwaltung gestärkt werden. Effiziente Partizipation wird ebenfalls als Regulierung europäischer Politik auf übergreifenden Ebenen geteilt. In einem Mehrebenensystem übernehmen die unterschiedlichen Ebenen Aufgaben und Verantwortung, die sich am Beispiel der Kaukasusinitiative des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung erkennen lässt. Gerade im Fall der kommunalen Selbstverwaltung sieht die Bundesregierung vielfältige Möglichkeiten der aktiven Beteiligung und der politischen Kontrolle. Im Rahmen der Kaukasusinitiative unterstützt die Bundesregierung den Prozess der Dezentralisierung politischer Macht durch drei grenzüberschreitende Programme: das *Städtenetz Kaukasus*, ein *Programm zur Förderung der Zivilgesellschaft und der kommunalen Demokratie* sowie ein ergänzendes *Programm zur Förderung von Ernährungssicherung, regionaler Kooperation und Stabilität im Südkaukasus*<sup>447</sup>.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Sozialisation auf einen durch die EU initiierten Prozess hinausläuft. Damit ein Erfolg stärker in Erscheinung tritt, sind die nationalen Regierungen der Nachbarstaaten als auch ihre Gesellschaften aufgefordert, die ersten Schritte in europäische Richtung einzuschlagen. In einem langwierigen, internen und externen Prozess findet die Transformation der Partnerstaaten im Rahmen der ENP statt.

## **2. Der langwierige Demokratisierungsprozess der EU-Nachbarn**

Die Kaukasus-Republiken Armenien<sup>448</sup>, Aserbaidtschan<sup>449</sup> und Georgien<sup>450</sup> als auch die Ukraine<sup>451</sup> und Moldau<sup>452</sup> formulierten ihren außenpolitischen Wunsch nach einer engeren Integration in die EU-Strukturen (die Ukraine, Moldau und Georgien streben außerdem nach einem EU-Beitritt). Die Rosenrevolution in 2003 und die Orangerevolution in 2004 waren die ersten Vorzeichen aus den ehemaligen sowjetischen Republiken Georgien und der Ukraine an die nationalen Hauptstädte der EU-Mitgliedstaaten und Brüssel<sup>453</sup>. Die Auswirkungen der Regenbogenrevolutionen ebneten den langen Weg zu einer prowestlich orientierten

<sup>447</sup> Vgl. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, 2001, S.18

<sup>448</sup> Vgl. Ministry of Defence, Republic of Armenia, 2007

<sup>449</sup> Vgl. President of the Republic of Azerbaijan, 2007, S. 8f.

<sup>450</sup> Vgl. Ministry of Defence, Republic of Georgia, 2007

<sup>451</sup> Vgl. President of the Republic of Ukraine, 2000

<sup>452</sup> Vgl. Ministry of Defence, Republic of Moldova, 1995

<sup>453</sup> Vgl. Tannock, 2008. Interview durch den Autor.

Transformation, verschärften aber auch die Konfrontation zwischen der EU und Russland. Während die EU den ost- und südosteuropäischen Staaten eine klare Beitrittsperspektive gab und dieser Prozess 2004/ 2007 in die Aufnahme dieser Staaten endete, empfiehlt die EU den Ländern der Ex-Sowjetunion Kooperationsmöglichkeiten und Integration im Rahmen der ENP, ohne dass die Nachbarschaftspolitik in Erweiterungspolitik mündet. Hiermit tritt das Kalkül europäischer Exklusionspolitik hervor und die ENP-Staaten werden ohne die Annahme demokratischer Prinzipien der westlichen Organisationen ausgeschlossen.

Insofern schließt Demokratieförderung zwei Dimensionen ein:

- ✓ innenpolitisch (horizontal) und
- ✓ Förderung durch internationale Organisationen (vertikal).

Während sich die **horizontale Entfaltung** der Demokratieförderung auf die Konsolidierung der demokratischen Normen und Regeln im jeweiligen Land bezieht, weist die **vertikale Entfaltung** auf die Verstärkung der Demokratie zu anderen hin. Die Verbreitung der Demokratie zu Hause kann unter gegebenen Umständen auf andere Staaten übergehen (spill-over)<sup>454</sup>. Internationale Akteure wie die NATO, die OSZE und die EU, NGOs und Kirchen, internationale Finanzinstitute wie die EZB und der IWF fördern die Demokratie in Europa, aber auch angrenzende Staaten wie die Russische Föderation beeinflussen die (un)demokratische Entwicklung der ENP-Staaten.

Die Nachfolgestaaten der Sowjetunion, erlangten ihre Unabhängigkeit in den 1990er Jahren. Seitdem wird der Erfolg des Überganges von einem autoritären Regime zur Demokratie an die Fortschritte des Demokratisierungsprozesses gemessen. Die andauernden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rückstände in der GUS, aber auch die Entwicklung in Mittel- und Osteuropa, bestätigten die objektiven Probleme und die Schwierigkeiten des Wandels zur Demokratie, dass dieser Zustand eine lange Übergangsphase voraussetzt.

## 2.1. Ukraine auf dem Weg zur Transformation

Die Orange-Revolution stellte die Ukraine vor die wichtigsten Herausforderungen in ihrer jungen unabhängigen Geschichte – Demokratisierung des Landes, und kam als Antwort auf die widersprüchliche wirtschaftliche, soziale und politische Entwicklung bisher. Der Oppositionsführer *Wiktor Juschtschenko* trat somit in einem friedlichen *orangenen* Protest gegen das vom Regierungskandidaten *Wiktor Janukowitsch* manipulierte Wahlergebnis an<sup>455</sup>. Dieser löste weiterhin eine mobilisierende Wirkung gegen das von *Janukowitsch* angeführte

---

<sup>454</sup> Vgl. Silander, 2005, S. 29

<sup>455</sup> Vgl. ausführlich Karatnycky, 2005

Regime aus. Die darauf folgenden Parlamentswahlen in 2006 und 2007 setzten die *orangene* Koalition und somit die Ablösung der Ukraine von einem autoritär geführten Regime fort, sodass das Land einen enormen Sprung in Richtung Demokratie<sup>456</sup> wagte. Eine breite zivilgesellschaftliche Bewegung (auch in den Medien) bildete sich heraus, die den Demokratisierungswillen der Bevölkerung widerspiegelte. In diesem Kontext trat der Demokratisierungsprozess in der Ukraine ein, als die solidarisierten und effektivfunktionierenden Oppositionsparteien und die Zivilgesellschaft genug Kräfte akkumulierten, die demokratische Entwicklung des Landes gegenüber den abgeschwächten autoritären Kräften zu verteidigen<sup>457</sup>.

Desweiteren markierten die Wahlen in der Ukraine in 2004, 2006 und 2007 eine deutliche Abkehr vom russischen politischen Modell und setzten ein eindeutiges Signal für die Bereitschaft, die Beziehungen zu der EU weiter zu vertiefen. Das Angebot der ENP *everything but institutions* denunziert jedoch die verschiedenen Perzeptionen<sup>458</sup> seitens der EU und der Ukraine in Anbetracht der zukünftigen bilateralen Beziehungen.

Trotz breit angesetzter Unterstützung seitens der Russischen Föderation, des russischen Präsidenten *Wladimir Putin* und der Drohungen von GAZPROM, die Gaspreise für die Ukraine ansteigen zu lassen<sup>459</sup>, schaffte es das Land, den Weg in eine demokratischere Richtung einzuschlagen. Dennoch sind andauernde Korruption, Oligarchie und Vormachtstellung regionaler Clans potenzielle Hürden für die künftige Entwicklung des Landes.

Vieles deutet darauf hin, dass Reformpolitik nur in einem Modernisierungsbündnis der verfeindeten Kräfte durchsetzbar wäre. Dies verfehlte die Ukraine auch nach den Parlamentswahlen 2007. Dennoch führten die Orange-Revolution und die darauf folgenden Parlamentswahlen zu mehr Transparenz in den Medien, zu einer gestiegenen Rolle der Parteien im politischen Leben, zu mehr Beteiligung der Bevölkerung in der Politikentscheidung gemäß Standards der OSZE/ ODIHR und der EU. Desweiteren begrenzt die am 01. Januar 2006 in Kraft getretene Verfassungsreform die Kompetenzen des Präsidenten bei der Regierungsbildung zugunsten des Parlaments.<sup>460</sup>

Hieraus lassen sich die Wirkungen positiver Konditionalität erkennen. Die Ukraine leistet ihren Beitrag zur Annäherung an die EU-Normen und EU-Regeln und positioniert sich somit

---

<sup>456</sup> Laut dem Index des Freedom House konnte die Ukraine nach den Wahlen in 2004 als frei bezeichnet werden.

<sup>457</sup> Vgl. McFaul, 2007, S. 51

<sup>458</sup> Vgl. ähnlich bei Delcour, 2007, S. 131ff.

<sup>459</sup> Diesen Prozess beurteilt jedoch *Hilde Hardemann* (Referatsleiter bei der EU-Kommission) als Übergang vom Tauschsystem zu einem System, das auf den Prinzipien der marktwirtschaftlichen Preisbildung beruht. Vgl. Hardemann, 2006, zitiert bei Lobjakas, 2006

<sup>460</sup> Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 2006e, S. 4f.

als ein potenzieller kooperationsbereiter Musterkandidat. Deshalb fordert das Europäische Parlament in der *Entschließung des Europäischen Parlaments zu der Europäischen Nachbarschaftspolitik*<sup>461</sup> von 2006 eine langfristige europäische Perspektive für die Ukraine. Währenddessen strebt die EU-Kommission den Abschluss eines erweiterten (verbesserten) Abkommens mit der Ukraine an<sup>462</sup>.

Die positiven Auswirkungen des Sozialisierungsprozesses sind jedoch nur teilweise zu beobachten. Der einzig bedeutendste institutionelle Rahmen zur Domestizierung europäisch-geleiteter Reformen ist der *Road Map on the Implementation of the Action Plan* (seit 2005). Die unklare Kompetenzaufteilung zwischen dem Außenministerium (politische Dimension der ENP), dem Ministerium für Wirtschaft und europäische Integration (wirtschaftliche Dimension) und dem Justizministerium (rechtliche Annäherung), die Abwesenheit koordinierender Mechanismen, die zur Effektivität der Entscheidungsfindung beitragen, wie auch die niedrige administrative Kompetenz<sup>463</sup> deuten darauf hin, dass in Bezug auf die Europäische Idee wenig Transparenz stattfindet und die politischen Entscheidungsträger in Kiew keine politische Verantwortung für die europäische Integration des Landes übernehmen können. In diesem Sinne ist die europäische Transformation der Ukraine als ein sporadischer Prozess<sup>464</sup> zu betrachten.

Erst die neu angeführte *Timoschenko*-Regierung schuf den Posten des stellvertretenden Premierministers für Europäische Integration, der für bessere Koordination der Europäischen Politik und für mehr Transparenz in der ukrainischen Administration sorgen soll. *“We are attempting to bring the weight of the Cabinet of Ministers to bear on this issue and making it clear that EU integration is the overriding priority of domestic policy rather just foreign policy, as it was traditionally perceived. (...) This conceptual shift naturally required an organisational change. There are competent people working on European integration in different ministries, but these pockets of competence are not co-ordinated in a way that EU integration requires if you genuinely consider it a priority and guiding light for domestic reform. (...) We see our role as a catalyst of change inside the executive. This was the idea underpinning the decision to create my post; to allow us to bring together the best human resources that are available. Now when EU delegates come to Ukraine they meet young, English and French-speaking professional experts and this also helps change perceptions. Today I met with the Spanish State Secretary for the EU who told me that Spain regards*

---

<sup>461</sup> Vgl. Europäisches Parlament, 2006

<sup>462</sup> Vgl. Commission of the European Communities, 2007, S. 14

<sup>463</sup> Vgl. Wolczuk, 2007

<sup>464</sup> Vgl. Wolczuk, 2007, S. 23

*Ukraine as a future EU member, which was the first time I'd heard that from a senior Spanish official. The Herculean task we are now facing is one of the harmonisation of the whole regulatory environment. This requires a huge legislative effort, which in itself requires stronger coordination.*<sup>465</sup>

Trotz allem bleibt die Ukraine ein Land der Regionen. Die Bevölkerung ist in ihrer inner- und außenpolitischen Orientierung weiterhin in zwei Lager aufgeteilt. Die Ostukraine bleibt ein treuer Wähler von *Janukowitsch* und demzufolge treu der Idee einer engeren Bindung an Russland. Die Menschen in der Westukraine geben ihre Stimmen *Juschtschenko* und sind eher pro-westlich orientiert. Diese kulturelle, historische und sprachliche Differenzierung stellt keine Gefahr für Dezentralisierung des Landes dar, ruht jedoch auf einer langen historischen Tradition und regionalem Denken, welche unterschiedlichen politischen und sozio-kulturellen Einflüssen zwischen Deutschland, Polen und Russland ausgesetzt sind. Somit pendelt die Ukraine politisch und wirtschaftlich zwischen diesen Staaten, dem Baltikum und der Region um das Schwarze Meer. Dieses wirkt sich auf die innere (regionale) Differenzierung des Landes aus und repräsentiert verschiedene regionale und nationale Identitäten.

Die interne Differenzierung erscheint maßgebend für die außenpolitische Orientierung der Ukraine. Die Bevölkerung ist zwischen stärkerer Integration mit der EU oder mit Russland aufgespalten. Die außenpolitischen Widersprüche zwischen *Janukowitsch* und *Juschtschenko* (vor allem die NATO-Integration des Landes und die Einflussmöglichkeiten Russlands) und die von ihnen angekurbelte Polarisierung des Landes vertiefen weiterhin die Diversifizierung der ukrainischen Gesellschaft und entfernen weiter das Land von den Zielen der Demokratisierung.

Um die Wähler im russisch-sprachigen Osten und ukrainisch-sprachigen Westen auf sich zu vereinen und so zum Teil die regionalen Differenzen im politischen Spektrum einzuschränken, nutzte *Julia Timoschenko* die territoriale Identität der Wähler und warnte vor dem wachsenden Einfluss des russischen Kapitals auf dem ukrainischen Markt. Sie appellierte an die Staatsbürger der Ukraine, nicht an die Ukrainer als Nation<sup>466</sup>. In diesem Kontext füllt *Timoschenko* die Konsenslücke zwischen den politischen Eliten (vor allem zwischen *Juschtschenko* und *Janukowitsch*) und versteht sich als Transmitter europäischer Standards in dem Europäisierungsprozess der Ukraine. Die nachfolgende Abbildung veranschaulicht die Ergebnisse der Parlamentswahlen 2006 und 2007 in der Ukraine und verdeutlicht die Gewinne *Timoschenkos* um mehr als acht Prozent.

---

<sup>465</sup> *Hryhoriy Nemyria* zitiert in Dickinson, 2008. Meine Abkürzung.

<sup>466</sup> Vgl. Lindner, 2007, S. 4

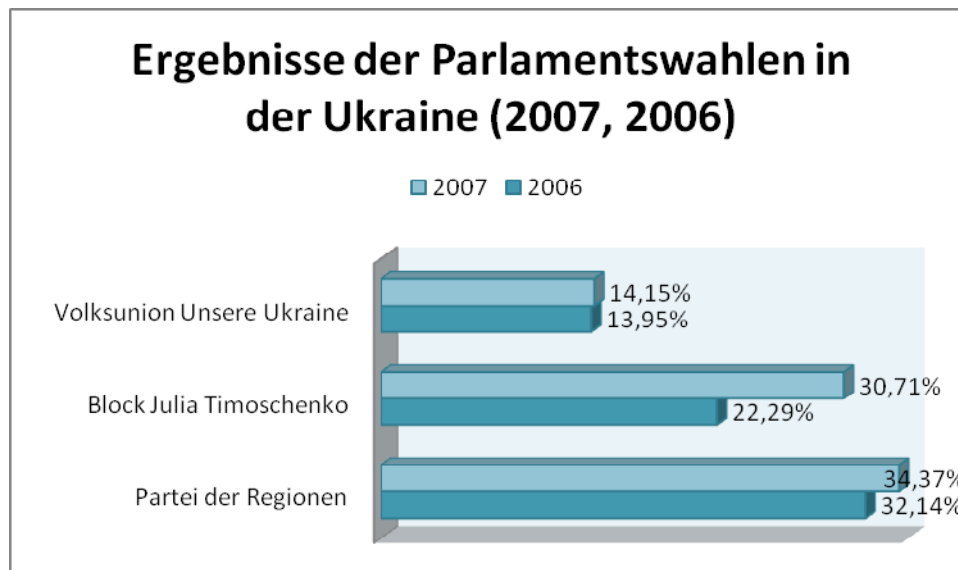


Abbildung 12: Ergebnisse der Parlamentswahlen in der Ukraine (2007, 2006), eigene Darstellung, Datenquelle: Zentrale Wahlkommission der Ukraine, 2006: <http://www.cvk.gov.ua/vnd2006/w6p001.html>; 2007: <http://www.cvk.gov.ua/vnd2007/w6p300pt001f01=600.html> (06.01.2008)

## 2.2. Moldau und die Schwierigkeiten der Transformation

Vor einer gesellschaftlichen Spaltung befindet sich ebenfalls wie die Ukraine die Republik Moldau. In der heutigen Republik sucht man vergebens nach einer moldauischen ethnischen Identität. Und wenn diese moldauische Identität existiert, dann ist es eine politische. Das Land ist tief in eine gemeinsame nationale Identität mit Rumänien (Moldau ohne Transnistrien) und eine eigenständige, von der moldauischen abweichende Identitätskultur (Transnistrien) gespalten. Die Bemühungen des Landes, eine staatliche nationale Politik der Republik Moldau zu begründen, welche die Mehrheitsbevölkerung der „Moldauer“ als die „Gründungs nation“ des Staates bezeichnet und die „moldauische Sprache“ zur Staatssprache festlegt, sollte wenig Erfolg aufgrund der tief gespaltenen Nation erbringen.<sup>467</sup>

Die propagierte West- und somit EU-Orientierung der kommunistischen Regierung und des kommunistischen Präsidenten *Vladimir Voronin* (seit 2001 im Amt) in der Republik Moldau erleichtert den Demokratisierungswandel in dem ärmsten Land Europas nur wenig. *Voronin* nutzt die europäische Perspektive seines Landes nicht zur Lösung der dringendsten Probleme wie wirtschaftliche und demokratische Transformation und territoriale Einheit sondern eher als ein antirevolutionäres Schild gegenüber Einflüssen aus der Orangen- und Rosenrevolution im post-sowjetischen Raum.

<sup>467</sup> Gabanyi, 2004, S. 9

Der kurze Bürgerkrieg 1992 hatte das kleine Land zwischen Rumänien und der Ukraine in zwei Lager gespalten: der Westen des Landes, der eher den Anschluss an Rumänien sucht, und die kleine, nur von Russland anerkannte Teilrepublik Transnistrien. Die separatistische Entwicklung nach dem Bürgerkrieg zeichnete sich als das größte Problem Moldaus in der Transformation zu einer funktionierenden Demokratie und Marktwirtschaft ab:

- ✓ Sicherheitsrisiken im Bereich der *hard security*,
- ✓ Mangel an leistungsfähigem und verantwortungsvollem Regieren,
- ✓ Energieunsicherheit,
- ✓ weit verbreitete Armut und Kriminalität,
- ✓ fehlende direkte Auslandsinvestitionen<sup>468</sup>,
- ✓ politische Instabilität der staatlichen Strukturen wie auch
- ✓ Konzentration der Macht in den Händen lokaler politischer und wirtschaftlicher Führungseliten (vor allem in Transnistrien).

Daraus lässt sich ein weiteres Problem der Ex-Sowjetrepublik ableiten. Die Existenz Transnistriens stützt nur auf die breite wirtschaftliche und militärische Präsenz Russlands. Dementsprechend nimmt ein außenpolitischer Akteur einen immensen Einfluss auf die innenpolitische, wirtschaftliche und sicherheitspolitische (in Bezug auf die Lösung des Transnistrien-Konflikts) Entwicklung Moldaus ein. Die schnellen geopolitischen Umwandlungen nach dem Ende des Kalten Krieges und das post-imperiale Syndrom Russlands, die Ex-Teilrepubliken der Sowjetunion als russische Einflussphäre zu betrachten, generieren eine permanente innenpolitische Instabilität<sup>469</sup>.

Zudem befindet sich Moldau an der Peripherie zweier Machtblöcke in Europa. Auf der einen Seite steht das Euro-atlantische Bündnis mit seinen demokratischen Normen und Prioritäten zum erfolgreichen Wandel des Landes. Auf der anderen Seite grenzt Moldau an weiteren Sezessionskonflikten im Schwarzmeer-Kaspischen-Raum (Nagorno-Karabach, Südossetien und Abchasien). Die Bezeichnung dieser Region von *Zbigniew Brzezinski* als *Global Balkans*<sup>470</sup> mag meiner Meinung nach Nuancen vom Kalten Krieg enthalten, reflektiert jedoch die immense geopolitische und außenpolitische Bedeutung dieser Region in Anbetracht der immer noch nicht gelösten ethnischen Konflikte.

Aus den zuvor erwähnten Gründen ist es fast unmöglich zu erwarten, dass ein demokratisches Klima in der jungen Republik hervortritt, ohne dass die sicherheitspolitische Umwelt inner-

---

<sup>468</sup> Vgl. Libman, 2006, S. 25 über den Zusammenhang zwischen fehlenden Auslandsinvestitionen und dem ungelösten Konflikt in Moldau.

<sup>469</sup> Vgl. Chirtoaca, 2007, S. 51f.

<sup>470</sup> Vgl. Brzezinski, 2003, S. 5



und außerhalb Moldaus in oberste demokratische Werte und Prioritäten reflektiert. Die europäische Modernisierung des Landes im Rahmen des ENP-Aktionsplans ist jedoch bei der Durchführung nationaler Reformen, allem voran Reformen im Geist der Demokratisierung des Landes festzustellen.

Die EU<sup>471</sup> hebt die moldauischen Bemühungen auf dem Weg zur Demokratie hervor:

- ✓ Die Abhaltung der Parlaments- und Kommunalwahlen 2005 entsprach größtenteils den einschlägigen Normen des Europarats und der OSZE.
- ✓ 2005 und 2006 verabschiedete das moldauische Parlament eine ganze Reihe von Gesetzen, um die Reformanforderungen des Aktionsplans zu erfüllen.
- ✓ Der Entwurf eines Gesetzes über die Kommunalverwaltung sowie Änderungen des Gesetzes über die Kommunalfinanzen wurden vorbereitet, um die Demokratie auf lokaler Ebene zu stärken.
- ✓ Im Juli 2006 verabschiedete das Parlament ein Gesetzespaket, mit dem vor allem die Gesetze über das Justizsystem und den Obersten Richterrat geändert wurden.
- ✓ Konkrete Maßnahmen ergriffen die Regierungseliten in Moldau, um der Ausbreitung der Korruption unter Staatsbediensteten Einhalt zu gebieten.
- ✓ 2001 ist Moldau als erstes post-sowjetisches Land der WTO beigetreten. Der Beitritt zeugt vom relativen Erfolg der Wirtschaftsreformen, von der wirtschaftlichen Offenheit und Integration Moldaus in der Weltwirtschaft<sup>472</sup>.

Die Entwicklung Moldaus ist so eindeutig zu bewerten, dass Reformen und Probleme im Sinne der Demokratiestärkung auch mit einer kommunistischen Regierung zu bewältigen sind, obwohl Moldau weit entfernt von einer funktionierenden Demokratie und Marktwirtschaft ist<sup>473</sup>. Die Defizite liegen nicht etwa in den unternommenen Reformen der Gesetzgebung sondern, wie in allen Staaten im Geltungsbereich der ENP, in der raschen Umsetzung der Gesetze und der konsequenten Durchsetzung der Rechtsnormen.

Weitverbreitete Korruption und politisch begründete Instrumentalisierung der Anklagen wegen Korruption beeinträchtigen trotz eingerichteter Strafverfolgungsbehörde die Bekämpfung der Korruption. Das Justizsystem leidet unter der mangelnden materiellen und personellen Ausstattung sowie der fehlenden Professionalität der Beamten. Die teilweise fehlende Unabhängigkeit der Justizbehörden und die politischen Eingriffe in die Justiz erhöhen das Risiko zur Schwächung der Rechtsstaatlichkeit. Zugleich lässt der Einfluss des Präsidenten und seines Apparates die Grenzen zwischen den Gewalten verschwimmen. Auch

---

<sup>471</sup> Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 2006f, S. 3f.

<sup>472</sup> Vgl. Libman, 2006, S. 30

<sup>473</sup> Vgl. Libman, 2006, S. 21

in der Medienfreiheit weist Moldau Schwierigkeiten mit der Loslösung von politischen Einflüssen auf.<sup>474</sup>

Die kommunistische Regierung und Präsident *Voronin* bremsen ebenfalls die wirtschaftliche Entwicklung des Landes aus. Sie machten die Privatisierungsmaßnahmen rückgängig und schreckten nicht vor politischen Eingriffen in die direkten Wirtschaftsabläufe. Die weit verbreitete Armut unter breiten Schichten der Bevölkerung und die praktisch fehlenden staatlichen Hilfe für sozial Schwache wie auch die Abwanderung der wirtschaftlich aktiven und gut ausgebildeten Bevölkerung Moldaus erhöhen die soziale Spaltung im ärmsten Land Europas.<sup>475</sup>

Dennoch hat ein aufgeteilter Staat ohne Kontrolle über die eigene staatliche Souveränität, über die Außengrenze zur Ukraine, die zum größten Teil transnistrische Separatisten und russische Truppen kontrollieren, über die wirtschaftliche Situation (in Transnistrien ist das bedeutendste Industriepotenzial des Landes wie Maschinenbau konzentriert) keine reelle Chance, der EU beizutreten. Abgesehen davon sollte die EU weiterhin die demokratische und wirtschaftliche Transformation des Landes fördern, so dass ein Wettbewerb unterschiedlicher Systeme (vorwiegend ein EU- und ein russisches System) stattfindet.

Die Aussichten Moldaus auf eine späte EU-Mitgliedschaft dürften sich jedoch erhöhen, denn 2004 ist Zypern (ein geteilter Staat) der EU beigetreten. Unabhängig davon sollte Moldau weiterhin die Durchführung von Reformen im Sinne der Demokratiestärkung und der freien Marktwirtschaft (Hauptziele der ENP) vorantreiben, so dass das Land eine klare EU-Perspektive bekommt, auch wenn sie nur in langfristiger Perspektive möglich erscheint.

### **2.3. Der Südkaukasus und die teilweise Erhaltung des Status quo**

Die endgültige Auflösung der Sowjetunion 1991 brachte ebenfalls eine neue geopolitische Dynamik im südkaukasischen *Hinterhof* des ex-sowjetischen Imperiums hervor, sodass der Übergangsprozess zur Demokratie der südkaukasischen Staaten Armenien, Georgien und Aserbaidshan über einen regionalen Ansatz bewertet werden kann.

Es soll festgehalten werden, dass sich der Südkaukasus in einer sehr wichtigen geostrategischen und geopolitischen Region befindet. Im Osten grenzt diese Region an das rohstoffreiche Kaspische Meer und die Anrainerstaaten Turkmenistan und Kasachstan, im Süden an den Iran und die Türkei. Aufgrund dieser geografischen Lage ist der Südkaukasus in

---

<sup>474</sup> Grund/ Sieg, 2008, S. 405f.

<sup>475</sup> Gabanyi, 2004, S. 10f.

der Nähe einer konfliktreichen Region: des Irak und Afghanistans. Diese Ausgangslage erhöht die politischen Erwartungen zweier Machtblöcke: die EU und die NATO. Aus diesem Blickwinkel tritt die Verbindung zwischen dem Kampf gegen den Terror mit der Sicherung der Energietransportkorridore noch stärker in Erscheinung.

Im Westen grenzen die südkaukasischen Staaten an das Schwarze Meer und die EU-Anrainerstaaten Bulgarien und Rumänien wie auch an das ENP-Land Ukraine und im Norden an Russland und den konfliktgeladenen Nordkaukasus. Die andauernden Sezessionskonflikte in der Region (Nagorno-Karabach, Abchasien und Südossetien) und der damit verbundene Drogen- und Waffenhandel wie auch die weit verbreitete Schattenwirtschaft generieren eine permanente Instabilität der staatlichen Strukturen und Institutionen. In diesem Zusammenhang bezieht sich Demokratieförderung für diesen Subkomplex auf die Förderung der Demokratie in einzelnen ENP-Staaten dieser Region, ohne jedoch den Hauptakteur Russland zu vernachlässigen.

Im Kaukasus kommt Russland eine sehr wichtige Bedeutung zu. Die russische Außenpolitik gegenüber der Region orientiert sich nach folgenden Paradigmen:

- Russland differenziert nicht zwischen Nord- und Südkaukasus, sondern betrachtet die Region als Ganzes.<sup>476</sup>
- Sicherheitsrisiken der *hard* (Terrorismus, Sezessionskonflikte, Energiesicherheit) und *soft* (Migration) security prägen die gesamte Region und darüber hinaus.
- Die wirtschaftlichen Beziehungen mit der Region sind asymmetrisch. Die kaukasischen Republiken sind mehr auf Russland als leistungsstarker Markt angewiesen, als umgekehrt.
- Kulturelle Einflüsse (Orthodoxie, slawische Sprache) und russische Minderheiten (Verteilung von russischen Pässen grundsätzlich an Einwohner der abtrünnigen Provinzen Südossetien und Abchasien) in der Region beeinflussen russischer Außenpolitik.
- (Geo)Politik und Wettbewerb um Energietransportkorridore (Georgien) und Energieförderung (Aserbaidshan, Kaspisches Meer, Zentralasien) dominieren die Beziehungen Russland-Kaukasus.
- Die Konfrontation mit regionalen (die Türkei, Iran) wie auch globalen Mächten (die USA und China) und supranationalen Organisationen (die EU) verlangen den Einsatz aller möglichen Mittel und Mechanismen der Politik und der militärischen Stärke, um alte Einflussphären wiederzuerlangen und neue zu gewinnen.

---

<sup>476</sup> Bernhardt, 2008

Erwähnte die EU-Kommission diese Region 2003 nur in einer Fußnote ihrer Mitteilung *Größeres Europa: Nachbarschaft*<sup>477</sup>, so nahm sie 2004<sup>478</sup> komplett in die ENP auf. Der Abschluss der ENP-Aktionspläne mit den drei südkaukasischen Republiken im Jahr 2006 führt die strategischen Prioritäten zur Zusammenarbeit mit der EU. Diese Staaten gelten im politikwissenschaftlichen Gebrauch als Transformationsländer, die den Weg zur demokratischen politischen Ordnung eingeschlagen haben. Die zuletzt durchgeführten Wahlen in Armenien (2003 und 2008), Georgien (2004 und 2008) und in Aserbaidshan (2003 und 2005) bezeichnete die OSZE/ ODIHR als teilweise frei und hielten nur knapp die internationalen Standards ein.

Die Bewältigung der endemischen Korruption tritt als ein weitaus schwerwiegendes Problem in den südkaukasischen ENP-Staaten auf. In dem Bericht von *Transparency International*<sup>479</sup> für 2006 nehmen die südkaukasischen Staaten wie auch die Staaten im Osten Europas die hinteren Plätze ein. Der CPI-Punktwert (Corruption Perceptions Index: CPI-Punktwert bezieht sich auf das von Geschäftsleuten und Länderanalysten wahrgenommene Ausmaß der Korruption und reicht von 10 als frei von Korruption wahrgenommen bis 0 als extrem von Korruption befallen wahrgenommen.) von 3,2 in Moldau, 2,9 in Armenien, 2,8 in Georgien und der Ukraine und 2,4 in Aserbaidshan verdeutlicht, dass in diesen Staaten der Weg zur rechtstaatlichen Demokratie in seinen Anfängen ist.

Im Zuge des Transformationsprozesses der ENP-Staaten sind natürlich freie und gerechte Wahlen mit der Beteiligung mehrerer Parteien eine wichtige Voraussetzung für den Erfolg des Demokratisierungsprozesses. Darüber hinaus sollen jedoch die Ziele der demokratisch gewählten Regierungen<sup>480</sup> darauf ausgerichtet sein, die Rechte und die individuelle Autonomie des Einzelnen zu schützen und ihm Meinungs- und Versammlungsfreiheit zu gewähren. Die immer noch schwache regionale Verwaltung akkumuliert weiterhin politische Macht auf die höheren Regierungsebenen (Monopolstellung der Regierungskräfte im politischen System Georgiens nach der Rosenrevolution<sup>481</sup>). Dies wiederum führt zu einer Art *Usurpation* der Macht z.B. vom Präsidenten und somit könnte das Land den Weg in eine autoritäre Richtung einschlagen.

In dieser Situation findet eine Intensivierung des Annäherungsprozesses und des Dialogs zwischen den ENP-Staaten und der EU im Rahmenkonzept der ENP statt. Alle möglichen Kapazitäten werden zur Problemlösung und zur Übereinstimmung mit den demokratischen

---

<sup>477</sup> Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 2003, S. 4

<sup>478</sup> Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 2004, S. 7

<sup>479</sup> Vgl. Transparency International Secretariat, 2006, S. 5f.

<sup>480</sup> Vgl. Zakaria, 1997. Der Autor nennt diese Art von Demokratie *liberale Demokratie*.

<sup>481</sup> Vgl. Halbach, 2005, S. 9

Normen und Regeln des Kerns ausgeschöpft. Jedoch bewertet *freedomhouse* die politischen Verhältnisse in der unmittelbaren Peripherie als Hybridregime oder semi-konsolidierte autoritäre Regime (Ausnahme Moldau und die Ukraine)<sup>482</sup>. Dies mindert die Fähigkeit der politischen Führung, das Land effektiv zu regieren. Der Mangel an politischen und finanziellen Ressourcen, ausgebildeten Beamten sowie stark verankerten regionalen Netzen des politischen Systems verhindert die Herausbildung von Loyalität zwischen Staat und Gesellschaft, erhöht die Gefahr des Sozialkonflikts und erschwert die Lösung der Sezessionskonflikte in der Region<sup>483</sup>.

Für die drei südkaukasischen Republiken Georgien, Aserbaidshan und Armenien gilt die effektive und effiziente Lösung dieser Probleme angesichts der ansteigenden Instabilität in der Region.

➤ Georgien – eine degenerative Transformation

Im November 2003 gingen Tausende von Menschen auf die Straßen von Tiflis und äußerten laut ihren Protest gegen die korrupte Regierung von *Eduard Schewardnadse*. Die Proteste endeten mit dem Rücktritt des früheren Präsidenten und Anfang 2004 wählten die Georgier *Michail Saakaschwili* auf dem Posten des Präsidenten.

Das Ergebnis der Revolution bezweifelte Russland stark. Es beurteilte die Proteste und die darauf folgenden Neuwahlen als verfassungswidrig und bezeichnete die gesamte Revolution als einen Putsch, der mit ausländischer und vor allem US-amerikanischer Hilfe zustande kam. Trotz scharfer Kritik aus Russland erlebte Georgien eine Revolution, die spontan war, mehrere Tausend Bürger auf die Straßen und das Ende eines kollabierten Systems brachte. Die Revolution hatte Aussichten auf Erfolg, denn folgende Faktoren waren dafür ausschlaggebend:

- ✓ die Aktivitäten der Jugendbewegung *Kmara*,
- ✓ die Einigkeit der Opposition,
- ✓ die kritische Haltung der Medien und
- ✓ die Rolle der georgischen NGO's.<sup>484</sup>

Nach der Bestätigung im Amt des Präsidenten unternahm *Saakaschwili* die ersten Schritte zur Stärkung des georgischen Staates, die jedoch teilweise chaotisch und populistisch verliefen.<sup>485</sup>

<sup>482</sup> Vgl. Abb. 7 im Kapitel 3

<sup>483</sup> Vgl. Cornell/ Starr, 2006, S. 18

<sup>484</sup> Vgl. Lynch, 2006b, S. 23 - 25

<sup>485</sup> Vgl. Lynch, 2006b, S. 25 - 33; Vgl. Kulick/ Yakobashvili, 2008, S. 31 - 39

- Herstellung der Rechtsstaatlichkeit: öffentliche Arreste von unter Korruptionsverdacht stehenden Persönlichkeiten des öffentlichen und privaten Lebens; Reform der Verkehrspolizei.
- politische und institutionelle Reformen: Änderung der Verfassung zum Vorteil der Koalition aus den Revolutionszeiten, indem die Rolle des Präsidenten gestärkt (auch gegenüber der Justiz) und die des Parlaments deutlich geschwächt wurde; Änderung des Personals auf den obersten Ebenen der Regierung und des politischen Establishments sowie auf den höheren Ebenen der Zentralbürokratie. Die Reform wurde gehindert, denn die Elite folgte zwei verschiedenen Ansätzen: Einige sahen den Staatsdienst als unitäre Korporation mit zentralisiertem Personalmanagement an, andere fassten ihn als dem Arbeitsmarkt unterlegten Sektor. Es folgte jedoch keine grundlegende und breit angelegte Reform des Justizwesens, die Korruption und Missmanagement beseitigen sollte.
- Wiederherstellung der territorialen Integrität des Landes: *Saakaschwili* gliederte Adscharien unter die staatliche Gewalt Georgiens wieder ein.
- Wirtschaftsreformen: groß angelegte, sogar radikale (Gas-Pipeline-Netzwerke, Schienen- und Elektrizitätsnetzinfrastruktur, Krankenhäuser) Privatisierung des Staatssektors, Arbeitsmarktliberalisierung und Neuauferlegung der Abgabenordnung, die enorme Geldsummen in die Staatskassen brachten und neue Investoren ins Land zogen. Umgekehrt brachten die Reformen neue Unsicherheiten für die Bevölkerung: Inflation, Stagnation von Renten und Gehältern, mangelnde Gesundheitsversorgung etc.
- Security sector reform: Rationalisierung des Sektors; Umstrukturierung der zuständigen Ministerien und der Armee; Beteiligung an NATO-Operationen in Afghanistan und dem Irak; Verabschiedung eines neuen Sicherheits- und Militärkonzepts, das die euro-atlantische Integration des Landes herbeiführen sollte; Haft- und Gefängnisbedingungen wurden jedoch nicht verändert.

Die Reformanstrengungen des neuen Präsidenten führten dazu, dass sich die Grenzen zwischen den Gewalten zum Vorteil des Präsidialamtes verschoben. Dies hatte zum Ziel, die Rolle des Präsidenten im Staat zu stärken. Die innenpolitische Entwicklung führte dazu, dass Mitte 2007 erste Rufe nach systematischen Reformen seitens der geeinten Opposition kamen. Die Opposition fasste ihre Forderungen im „*Manifesto of National Council of the General Public Movement*“<sup>486</sup> zusammen: demokratische Wahlen, unabhängige Justiz,

---

<sup>486</sup> Civil Georgia, 2007a

Wiederherstellung der territorialen Integrität, starke lokale Verwaltung, freie Medien und freies Unternehmertum.

Die Situation eskalierte und im November 2007 kam es zu massiven Protesten in Tiflis. Erste Rufe zum Rücktritt des Präsidenten kamen aus der Opposition. Der Präsident wertete die Situation als einen von Moskau initiierten Prozess<sup>487</sup>, ließ jedoch Neuwahlen im Januar 2008 zu, die teilweise frei verliefen. *Saakaschwili* startete Versuche, die Opposition in die neue Regierung einzubeziehen<sup>488</sup>, gelang es ihm jedoch nicht.

Die Entwicklung in Georgien nach der Revolution von 2003 ist unbeständig und verdeutlicht die Schwierigkeit der Transformation im post-sowjetischen Raum. Die Zeit nach 2003 nutzte *Saakaschwili* nicht zur Festigung der demokratischen Strukturen im Land, sondern führte eine sporadische und eher populistische Politik. Dies hatte zum Ergebnis, dass alle Möglichkeiten verpasst wurden, die staatliche Gewalt zu konsolidieren und die verfeindeten politischen Kräfte zu vereinen. Die Beilegung der Konflikte innerhalb der politischen Elite wurde nicht demokratisch und legitim ausgetragen, sondern fand auf der Straße statt.

➤ Aserbaidshan – Öl und Demokratie?

Seit der Machtübernahme in 2003 durch *Ilcham Alijew* änderte sich in Aserbaidshan nur wenig in Richtung Demokratisierung. Das Hauptziel von *Alijew* bestand darin, seine politische und wirtschaftliche Macht zu etablieren und zu festigen. Bei den herrschenden Verhältnissen im Land schien diese Aufgabe leicht erreichbar. Überraschenderweise steht ein Großteil der Bevölkerung hinter ihm.

Das Regime schuldet seine Stärke der institutionellen Schwäche und der starken Fragmentation unter den oppositionellen Parteien. Die Repressionen, denen die Medien und die Opposition ausgesetzt sind, stärken zusätzlich die Position des regierenden Clans. So bildete sich ein personelles Netzwerk von privaten und öffentlichen Interessen, das dem Zweck der Machterhaltung von *Alijew* dient. Die immensen Einnahmen aus dem Ölgeschäft werden in Ausweitung der Macht im Land und in der Region eingesetzt.<sup>489</sup> Der Wirtschaftsboom der letzten Jahre und der Zustrom von riesigen Einnahmen aus dem Ölgeschäft, begleitet mit einem hohen Inflationstempo, ließen die Bevölkerung im Land mehr ans Geldverdienen als an Politik denken. Aufgrund dessen bietet die finanzielle Unterstützung

---

<sup>487</sup> Civil Georgia, 2007b

<sup>488</sup> Civil Georgia, 2008d

<sup>489</sup> Vgl. Freitag-Wirringhaus, 2008, S. 78 – 80

im Rahmen der ENP wenig potenzielle Anreize, Reformen durchzuführen. Ungeachtet dessen lebt ein Großteil der Azeris unter der Armutsgrenze.

Eine un stabile Demokratie behinderte zudem die zusätzlich schwach organisierte Opposition und die regierungskritische Lager innerhalb der Regierung in Aserbaidtschan, einen erfolgreichen Wandel oder sogar eine Revolution durchzuführen. Aufgrund mangelnder Kraft und Ressourcen gelang es der Opposition in den Parlamentswahlen am 6. November 2005 nicht, eine *farbige* Revolution durchzuführen. Der Opposition fehlte an ideologischer Basis und starken Persönlichkeiten.<sup>490</sup> Die Machtinhaber ließen ebenfalls keine Demonstrationen auf den Straßen von Baku zu.

Die Wahl endete mit einem überragenden Sieg für die Regierungspartei, die 63 der 125 Parlamentssitze erhielt und somit eine solide Mehrheit im Parlament stellte. Die Opposition erklärte die Wahlen für gefälscht. Die internationale Gemeinschaft (die USA, OSZE und die EU) verlangten Aufklärung der Wahlen, die den internationalen Standards nicht entsprachen.<sup>491</sup> Die Wiederholungswahl am 13. Mai 2006 sicherte den Sieg für die Regierungspartei, obwohl auch diese Wahl den internationalen Standards nicht entsprach.

Eines der größten Probleme für die Machtinhaber bei der Durchführung der Wahlen im postsowjetischen Raum besteht darin, dass eine Vielzahl der Beamten ihre Interessen differenziert. Das erleichtert die Organisation von sogenannten Orange-Revolutionen wesentlich, weil die Machtinhaber innerlich entkräftet zur Wahl antreten und weil viele Akteure ein doppeltes Spiel betreiben. *Ilcham Alijew* machte die Opposition innerhalb der Regierung unschädlich, indem er deren wichtigste Vertreter wegen Verschwörung und finanziellen Missbrauchs verhaften ließ. Dies führte zur Schwächung der Unterstützung seitens der Bevölkerung.<sup>492</sup> Die Entmachtung der Opposition richtet jedoch keine allgemein verträgliche Alternative zum Regime ein. Obwohl die Machtübernahme des *Alijew*-Clans die demokratischen Anforderungen westlicher Organisationen (vor allem EU und OSZE) weitgehend verfehlt hat, sieht man das Regime in Aserbaidtschan nicht als hinfällig<sup>493</sup>.

Im Rahmen des politischen Dialogs zwischen der EU und Aserbaidtschan sollten die für Herbst 2008 geplanten Präsidentschaftswahlen voll den internationalen Standards demokratischer Wahlen entsprechen<sup>494</sup>, denn die Brüsseler Politik besitzt positive wie negative Mechanismen der Konditionalität, um die Verhältnisse in den Nachbarstaaten zu beeinflussen. „Die europäische Nachbarschaftspolitik der Europäischen Union setzt

---

<sup>490</sup> Vgl. Nuriyev, 2005, S. 5

<sup>491</sup> Vgl. Nuriyev, 2005, S. 5ff.

<sup>492</sup> Palijewski, 2005

<sup>493</sup> Vgl. Halbach, 2005, S. 9

<sup>494</sup> Vgl. Council of the European Union, 2007a, S. 2



*anspruchsvolle Ziele auf der Grundlage beiderseitiger Verpflichtungen der EU und ihre Mitgliedstaaten sowie Aserbaidshans auf gemeinsame Werte einschließlich der Achtung und Förderung der Souveränität, der territorialen Integrität und Unverletzbarkeit der international anerkannten Grenzen sowie der Einhaltung internationaler und europäischer Normen und Grundsätze einschließlich des Einstehens für die wirksame Umsetzung politischer, wirtschaftlicher und institutioneller Reformen. Eine Verletzung dieser Normen und Grundsätze durch eine der Parteien des Aktionsplanes bewirkt die unverzügliche Aussetzung seiner Durchführung.*<sup>495</sup>

Nach dem Muster bisheriger Wahlen verliefen auch diese (am 15. Oktober 2008) unter der Kontrolle der Staatsmacht. Wie erwartet wurde *Ilham Alijew* mit knapp 90% im Amt bestätigt, obwohl internationale Wahlbeobachter das Ergebnis stark bezweifelten. Von Seiten der stark fragmentierten Opposition kam jedoch kein nennenswerter Protest, zumal ein großer Teil der Opposition nicht zur Wahl antrat oder schwache Persönlichkeiten an die Spitze ihrer Parteien stellte. Desweiteren standen die öffentlichen Medien nur dem Präsidenten zur Verfügung. Auch wenn es der Opposition gelang, sich in den Medien darzustellen, machten sie meistens negative Schlagzeilen.

Eine weitere Bedrohung für die erfolgreiche Transformation Aserbaidshans kommt jedoch von einer anderen Richtung. Ein Bericht der Internationalen Krisisgruppe<sup>496</sup> hebt die Radikalisierung islamistischer Gruppen hervor, die Unterstützung aus dem Iran, dem Mittleren Osten, der Türkei aber auch aus der abtrünnigen Provinz Nordossetien in der Russischen Föderation bekommen. Aserbaidshan stellt jedoch religiöse Gruppierungen unter staatliche Kontrolle durch das staatliche Komitee für Arbeit mit religiösen Organisationen und durch den Kaukasischen Bord der Muslime.

➤ Armenien und die Krise der „Demokraten“

Endogene (decision-making Strukturen) und exogene (internationale Akteure wie die Russische Föderation und die EU und ihre ENP) Faktoren beeinflussen die demokratische Transformation Armeniens in einer schwierigen und von Konflikten geprägten Region – der Südkaukasus. Der Konflikt um Nagorno-Karabach, der seit den letzten Tagen der Sowjetunion die bilateralen Beziehungen zwischen Armenien, Aserbaidshan, Russland und der Türkei belastet, erschwert zusätzlich eine effektive und effiziente Transformation.

<sup>495</sup> ENP-Aktionsplan EU-Aserbaidshan, 2006, S. 1. Meine Hervorhebung.

<sup>496</sup> Vgl. International Crisis Group, 2008a, Executive Summary

Die Situation um und in Armenien reflektiert die soziale und staatliche Dynamik des Landes. Die am 8. Februar 2007 angenommene Sicherheitsstrategie unterstreicht deutlich, dass Hauptgarant der nachhaltigen Entwicklung des Landes die Demokratisierung der politischen Institutionen, Menschenrechtsschutz und Rechtsstaatlichkeit sind. Externe (Nagorno-Karabach und die Beziehungen zu der Türkei<sup>497</sup>) und interne (das Scheitern der politischen Elite, freie und gerechte Wahlen durchzuführen) Sicherheitsrisiken beeinflussen zunehmend die Transformation des Landes. Höchste Priorität räumt sie jedoch den Beziehungen zu Russland und Georgien ein, die als Schlüsselakteuren neben den USA und der EU die Sicherheit des Landes gewährleisten.<sup>498</sup>

Die neuen Eliten Armeniens akkumulierten politische und wirtschaftliche Macht, die direkt den decision-making Prozess im Land beeinflusste und jegliche Schritte in Richtung liberale Demokratie verhinderte. Eine effektive Justizreform, welche die Konzentration der Macht in den Händen einflussreicher Gruppierungen verhindern sollte, fehlt bis zum heutigen Zeitpunkt. Ungerechter Wettbewerb in den politischen und wirtschaftlichen Beziehungen sowie ansteigender Druck seitens der Regierenden auf die unabhängigen Medien lassen erkennen, dass der Rechtsstaat deutlich unter der wirtschaftlichen und politischen Macht verbleibt. Eine schwache Zivilgesellschaft, die den Anschluss an die staatlichen Strukturen wie auch das Interesse an Beteiligung des sozialen Lebens fast verlor, unausgeglichene Repräsentation der politischen Opposition in den Medien, Manipulation der Wahlen wie auch unbegründete Absetzung von Anklagen gegenüber Kriminellen schwächen zusätzlich die minimale Anforderung einer gut funktionierender Demokratie.<sup>499</sup>

Die politische Landschaft ist zwischen den regierungsnahen Parteien und der schwach organisierten Opposition geteilt. Parteien sind, wie in vielen post-sowjetischen Staaten, stark personenbezogen und mit einigen Familien und Clans verbunden. Das Parlament besetzen mehr wirtschaftliche Lobbyisten als Politiker. Die Sicherheitskräfte, die unter der Kontrolle des ehemaligen Präsidenten *Robert Kotscharjan* und des ganzen Karabach-Clan stehen, spielen eine gewichtige Rolle zur Ausbalancierung der Sicherheitsstrukturen und der verschiedenen Departments im Land. Die Schattenwirtschaft und die Korruption in allen

---

<sup>497</sup> Seit den frühen 1990er Jahren existieren Spannungen zwischen Armenien und der Türkei, die zur Schließung der gemeinsamen Grenze angesichts der Solidarität der Türkei mit Aserbaidschan führten. Seit dem Herbst 2008 führen beide Seiten mit Schweizer Vermittlung Gespräche zur Normalisierung der Beziehungen. Am 31. August 2009 einigten sich Armenien und die Türkei auf zwei Protokolle, die vorsahen, die Grenzen zu öffnen und diplomatische Beziehungen aufzunehmen sowie die politischen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Beziehungen zu gestalten. Vgl. Kramer, 2009, S. 5; vgl. desweiteren Zalewski, 2009.

<sup>498</sup> Today.Az, 2007

<sup>499</sup> Freire/ Simao, 2007, S. 5 – 8

Sektoren des politischen und wirtschaftlichen Lebens gedeihen in der Abwesenheit von Transparenz im politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsprozess.<sup>500</sup>

Diese Ausgangslage beschädigt die zukünftige demokratische Entwicklung und lässt jegliche Proteste im Keim ersticken. Seit Herbst 2007 ist das Land von einer erneuten politischen Krise erschüttert. Der von 1991 bis 1998 erste Staatspräsident, *Levon Ter-Petrosjan*, kehrte auf die politische Bühne zurück und mobilisierte die schwache Opposition. Am 19. Februar 2008 fanden die Präsidentenwahlen statt, deren Ergebnis die Opposition noch im Vorfeld der Wahl stark bezweifelte. Die Wahl sollte dazu dienen, einen „geordneten“ Übergang von *Robert Kotscharjan* zu seinem Wunschnachfolger, *Sersch Sarkisjan*, herbeizuführen.

*Sarkisjan* bekam knapp 53% der Stimmen, auf *Ter-Petrosjan* fielen 21,5% der abgegebenen Stimmen. Dieses Ergebnis stellte die Opposition nicht zufrieden und es kam zu massiven Protesten auf den Straßen der Hauptstadt Eriwan. Die Regierung warf der Opposition Putschversuche wie auch Unterstützung externer Mächte vor. Diese Geschehnisse weisen viele Ähnlichkeiten mit den Ereignissen in Georgien auf.

➤ Erhaltung des Status quo

Die Anerkennung von der demokratischen Entwicklung abweichender Regime wie in Armenien (stagnativer Europäisierungsprozess aufgrund weitreichender Wahlfälschung und Exklusion oppositioneller Parteien im politischen System<sup>501</sup> aber auch Legitimitätskrise und politische Instabilität nach den letzten Präsidentschaftswahlen am 19. Februar 2008<sup>502</sup>) und Aserbaidschan lässt sich nur mit den vitalen sicherheitspolitischen Interessen der EU einerseits und der USA andererseits in einer wichtigen geostrategischen Region wie dem Südkaukasus in Bezug auf die Bekämpfung des Terrorismus und die Sicherung der Energielieferungen erklären. Europäische und amerikanische Führungseliten ziehen die Erhaltung des Status quo in einer von Konflikten geprägten Region als wichtiges Argument heran, die demokratische Transformation der Staaten wie Armenien und Aserbaidschan in die fernere Zukunft zu verschieben. Infolgedessen engagieren sich die EU und ihre Institutionen, ein grundsätzliches Verständnis ihrer Interessen zu vermitteln und sich dadurch Legitimität in einer bestimmten Gruppe von nationalen Akteuren zu verschaffen. In diesem Sinne sendet der 27-Länder-Block positive Signale über alle möglichen Kanäle und sollte an den Grundprinzipien haften, die er predigt, um seine Glaubwürdigkeit nicht zu untergraben.

<sup>500</sup> Freitag-Wirringhaus, 2008, S. 81

<sup>501</sup> Vgl. Halbach, 2005, S. 10

<sup>502</sup> Vgl. International Crisis Group, 2008b, S. 1f.

Trotz enormer Fortschritte in Bezug auf Demokratie und wirtschaftliche Entwicklung (lediglich nur teilweise relevant für die Ukraine und Moldau) lässt die gegenwärtige Entwicklung in allen ENP-Staaten große Zweifel an die Kontinuität und Glaubwürdigkeit der eingeleiteten Reformen aufkommen. Die EU<sup>503</sup> kritisiert die schwache Position der lokalen Verwaltungen, die mangelnde Einhaltung der Menschenrechte wie auch die mangelnde Freiheit der Medien in den Fortschrittsberichten zur ENP.

*„Damit die ehrgeizigen Ziele erreicht werden, kommt es entscheidend darauf an, dass alle Beteiligten sich mit der Sache der Europäischen Nachbarschaftspolitik identifizieren, und diesen Prozess gilt es weiter zu fördern. Je weiter die konzeptuelle Differenzierung voranschreitet und je mehr der bilaterale Strategiedialog in einer Reihe von Politikfeldern an Intensität gewinnt, umso stärker wird sich diese Identifizierung verwurzeln. Wichtig ist, dass die ENP-Partner und die EU sich darauf verlassen können, dass der jeweils andere zu den beiderseits eingegangenen Verpflichtungen steht.“*<sup>504</sup> Dadurch macht die EU deutlich, die Ziele der ENP, insbesondere Demokratie und Menschenrechte, nur mit den *willigen* Partnerstaaten erreichen zu wollen.

Hiermit stellt sich die Frage, wie sich das Selbstverständnis der EU und ihrer Nachbarschaftspolitik konkret bestimmen. Eine Politik der guten und stützenden Nachbarschaft wie die ENP kann als Hilfe für Selbsthilfe verstanden werden. Und alle undemokratischen Machthaber dieser Welt wird sie nur dann zu gesetzes- und menschenrechtstreuen Demokraten transformieren, wenn diese aufgrund einer nüchternen Interessenanalyse darin einen persönlichen Vorteil erblicken.

### **3. Der Weg nach vorne: Freiheit, Sicherheit und Justiz**

Die EU fördert als *global player* im Rahmen der ENP einen politischen und dauerhaften Wechsel in den benachbarten Staaten. Dies würde die Union der 27 nur durch den Aufbau eines auf den Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit stützenden Kontexts und durch die Förderung der Prinzipien des Rechtsstaates in der unmittelbaren Nachbarschaft erreichen. Denn in keinem anderen politischen Feld ist das Spannungsverhältnis zwischen Verpflichtung auf gemeinsame Werte und Normen und deutlichen Defiziten bei der Umsetzung so enorm groß<sup>505</sup>. Die rechtsstaatliche Ordnung spiegelt den Herrschaftscharakter jedes einzelnen

---

<sup>503</sup> Vgl. zu Armenien: Commission of the European Communities, 2005b, S. 6 – 9; zu Georgien: Commission of the European Communities, 2005c, S. 8 – 12; zu Aserbaidschan: Commission of the European Communities, 2005d, S. 5 – 10.

<sup>504</sup> Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 2007c, S. 4

<sup>505</sup> Knelangen, 2007, S. 263

Staates wider und reflektiert nicht nur die Einstellungen der politischen Elite, sondern den stabilen Legitimitätsglauben der Bürger an die Demokratie (positive Konsolidierung)<sup>506</sup>. Der Status-Index der *Bertelsmann Stiftung* drückt den Stand der Entwicklung der ENP-Staaten und Russlands auf dem Weg zu Demokratie aus. Von den untersuchten Ländern haben nur die Ukraine und Armenien gute Chancen für demokratische Konsolidierung. Russland, Georgien und Moldau verfügen über erhebliche Defizite zwischen Verpflichtung und Umsetzung der Werte und Normen. Im Gegenzug stehen vor Aserbaidshan und Belarus ungünstige Voraussetzungen für die Konsolidierung der Demokratie. Die nachfolgende Abbildung fasst diese Ergebnisse zusammen.

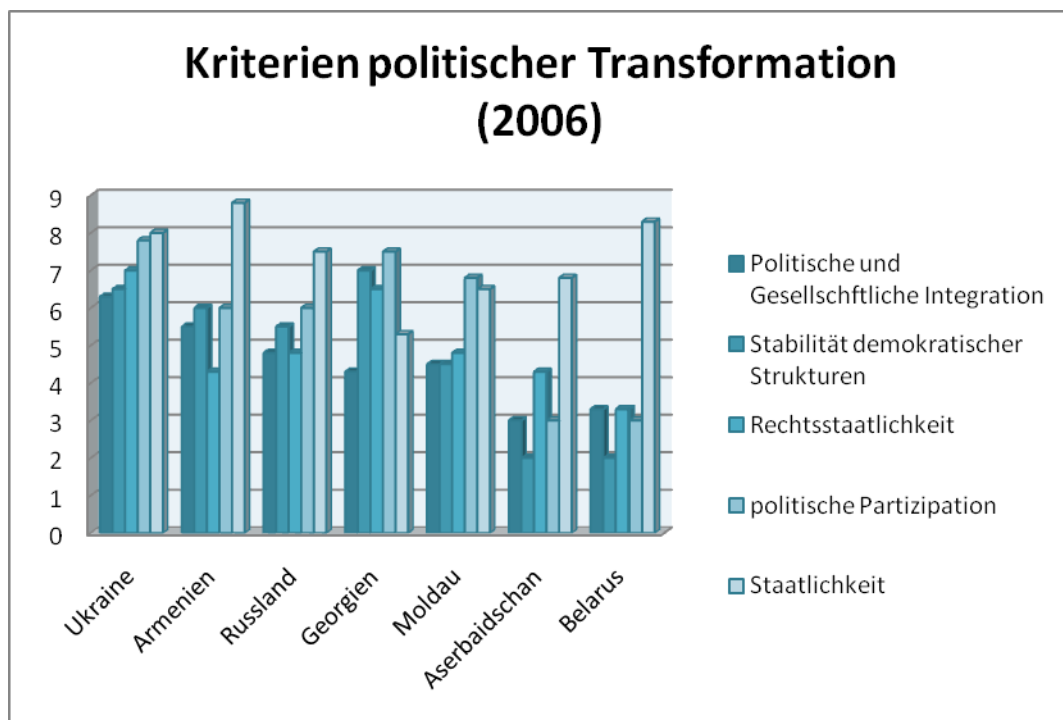


Abbildung 13: Kriterien politischer Transformation in den ENP-Staaten und Russland, 2006, eigene Darstellung, Quelle: Bertelsmann Stiftung 2006

Die vertragliche Anbindung der fünf ENP-Staaten im System der Internationalen Beziehungen als auch die Einhaltung der vertraglichen Übereinkünfte beider Vertragsparteien allen voran der Nachbarstaaten beeinflusst stark die rechtsstaatliche Konsolidierung der GUS-Länder. Die Vernetzung der fünf Nachfolgestaaten der Ex-Sowjetunion im System internationaler Organisationen als auch die Förderung der Beziehungen zu den EU-Mitgliedstaaten und der EU und letztendlich die Intensivierung der Beziehungen zwischen

<sup>506</sup> Merkel, W., 2007, S. 416

den einzelnen Nachbarstaaten lassen in dieser Hinsicht ein erfolgreiches Modell im Kontext der verabschiedeten Aktionspläne für eine nachhaltige Zusammenarbeit erkennen.

Während sich die Aktionspläne auf das Prinzip der Differenzierung berufen und somit auf die jeweiligen Probleme in den ENP-Staaten zugeschnitten sind, verfolgt die EU einen regionalen Ansatz zur Förderung der rechtstaatlichen Ordnung und Prinzipien. Im Bereich der multilateralen Zusammenarbeit unterstützt die EU alle Nachbarstaaten zu einer umfassenden politischen Annäherung der Rechtsgrundlagen an international anerkannte Standards wie UNO, OSZE, WTO.

Im Bereich der bilateralen Beziehungen überwiegt jedoch die regionale Ausrichtung Europäischer Nachbarschaftspolitik. Der EU-Sonderbeauftragte für den Südkaukasus und für die Republik Moldau, die Europäische Grenzmission zwischen Moldau und der Ukraine (EUBAM), die Stärkung der regionalen Zusammenarbeit im kaukasischen Raum heben das europäische Engagement zur Förderung der Rechtsstaatlichkeit im post-sowjetischen Raum hervor. Diese Politik richtet sich vor allem nach der Sicherung der Außengrenzen<sup>507</sup> und der Schaffung eines politischen Rahmens als institutionell-rechtliche Grundlage und verbesserte Zusammenarbeit (Teil der *security sector reform*).

Bei der Intensivierung der bilateralen Beziehungen zwischen den ENP-Staaten untereinander haben die Ukraine und Georgien eine Vorreiterrolle, jedoch liefern die Bemühungen keine konkreten Ergebnisse. Desweiteren sorgt die wirtschaftliche Abhängigkeit der ENP-Staaten untereinander für die bereits unter ihnen stattfindende Konvergenz im wirtschaftlichen Bereich (vgl. Abb. 30 im Anhang).

Die folgende Tabelle dient zur Darstellung der multilateralen und bilateralen Zusammenarbeit im Rahmen der ENP.

<b>Multilateral Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen</b>	<b>Bilateral Beziehungen zu der EU und den EU-Mitgliedsstaaten</b>	<b>Bilateral Intensivierung der Beziehungen zwischen den GUS-Ländern</b>
UNO; OSZE/ ODIHR; Europarat; BSEC; Dialog mit NATO; Zusammenarbeit mit IWF, Weltbank, IFC, EBWE; Initiierung des Beitritts zum Römischen Statut des Internationalen	PKA; Zusammenarbeit mit den Gemeinschaftsinstitutionen; TRACECA; INOGATE; Gemeinschaftspolitiken der EU: Asyl, Migration, GASP/ ESVP, Justiz, SCAD usw.; EUJUST THEMIS; EU-	Kooperationsmodell wie EUROGIO; Grenzverwaltung und Grenzschutz; Verkehr; Energie; Forschung; Umwelt; Anwendung der bestehenden Kooperationsabkommen mit den Nachbarländern;

<sup>507</sup> Vgl. Knellingen, 2007, S. 267

Strafgerichtshofs; Vorbereitung zum WTO-Beitritt; WTO-Mitgliedschaft	Gemeinschaftsprogramme; EU-Sonderbeauftragter; Europäische Sicherheitsstrategie; Konfliktmanagement; Strafverfolgung; EUROPOL; Stabilitätspakt für Südosteuropa (Moldau); Visapolitik; Kaukasus-Initiative; <i>Bulgarien – Georgien: Memorandum of cooperation in the field of Euro-Atlantic integration (Dialog zwischen Bulgarien als NATO-Mitglied, NATO und Georgien)</i>	Konfliktmanagement und Konfliktbeilegung; EUBAM; parlamentarische Dimension; Grenzschutzprogramm für Mittelasien „BOMCA“; Geldwäsche; Menschen- und Drogenhandel; Strafverfolgung; <i>bilaterale Verständigung zwischen der Ukraine und Georgien: Karpaten-Deklaration (Freiheit und Demokratie); Borschomi-Deklaration (Gründung der Gemeinschaft von Demokratien in der Region Baltikum-Schwarzmeer-Kaspisches Meer - Gemeinschaft der demokratischen Wahl)</i>
--	---	---

Tabelle 4: Nachhaltige Zusammenarbeit, eigene Darstellung, zusammengestellt aus den ENP-Aktionsplänen und anderen sekundären Quellen

Dennoch geht die EU innerhalb der Aktionspläne keine weiteren Verpflichtungen ein. Die Zielerreichung hängt allein von dem betroffenen ENP-Land ab. Aus diesem Grund schließt die Vernetzung der ENP-Staaten in einem umfassenden multilateralen und bilateralen System die Ziele der Rechtsstaatlichkeit als auch die Mechanismen zur Zielerreichung ein.

Die Rechtsstaatlichkeitsmission *EUJUST THEMIS* im Rahmen der GASP/ ESVP gewährt den georgischen Behörden Unterstützung bei der Ausarbeitung einer Strategie zur Reform des Strafrechtssystems und bei der Annäherung dieses Systems an internationale und europäische Standards. Dies trägt zum Aufbau der rechtsstaatlichen Ordnung und zur Sicherung von Stabilität und Frieden in der unmittelbaren Nachbarschaft bei. Von besonderer Bedeutung sind dabei die vertraglichen Verbindungen zwischen der Regierung in Tbilisi (Innenministerium, Justizministerium, Außenministerium, Nationaler Sicherheitsrat, Oberstes Gericht, Generalstaatsanwaltschaft) und der EU und ihren Mitgliedsstaaten. In dieser Konstellation ist die Unterstützung der EU und ihrer Politiken zur Einführung einer rechtsstaatlichen Ordnung für die georgische Regierung von großer Bedeutung.

Die Ziele eines dauerhaften Friedens wie auch einer vertrauensvollen Zusammenarbeit mit den ENP-Staaten im Südkaukasus und die damit verbundene Ernennung eines Sonderbeauftragten für die Region verdeutlichen weiterhin das Engagement und eine gewisse

Sichtbarkeit der EU in den drei südkaukasischen Staaten. Die Signale aus den drei Ländern bei den stattgefundenen Wahlen ermutigten die EU in dieser Richtung. Dennoch berücksichtigte die EU die gewachsene Rolle der Region im Bereich der Energiediversifizierung und der hard security (Terrorismus und illegale Migration). Die Ernennung des Sonderbeauftragten für den Südkaukasus beruht jedoch auf einer tiefen Spaltung unter den EU-Mitgliedsstaaten und auf einer internen Debatte zwischen den EU-Institutionen Kommission, Rat und Parlament.

➤ Positionen der EU-Mitgliedsstaaten

EU-Mitgliedsstaaten wie Deutschland, Frankreich und Großbritannien sind seit langem in der Region involviert. Frankreich ist Teil der Minsk-Gruppe für Nagorno-Karabach. Deutschland beteiligt sich an der Regelung des Konflikts in Abchasien und die Ernennung des Sonderbeauftragten geht auf einen Vorschlag der deutschen Bundesregierung zurück. Am 1. Oktober 2002 hat Großbritannien einen eigenen Sonderbeauftragten zuerst für Georgien, später für die gesamte Region ernannt.<sup>508</sup> Wenn auch diese Staaten bi- und multilateral in der Regelung der Konflikte im Südkaukasus involviert sind, äußern diese Bedenken gegen eine stärkere und sichtbare Einmischung in die Konfliktregion. Fehlende Erfolge in der Lösung der ethnischen Konflikte, die Auseinandersetzung mit anderen strategischen Akteuren vor allem Russland als auch die gefährliche Lage ziehen diese EU-Staaten, unterstützt durch Italien und Spanien, als Gegenargument heran. Eine andere Gruppe von Staaten, hauptsächlich die mittel- und osteuropäischen Staaten, behaupten dagegen, dass genau diese komplizierte Lage die EU auffordert, eine kohärentere Politik in dieser Region zu verfolgen.

➤ Interne Debatte zwischen Kommission, Rat und Parlament

Alle drei Institutionen vertreten die Ansicht, dass der bisherige Rahmen der EU-ENP-Beziehungen, nämlich die PKAs, für eine kohärente Politik gegenüber den Nachbarn nicht ausreicht. Am 14. Juni 2004 entschied der Rat der Europäischen Union<sup>509</sup> auf Vorschlag der EU-Kommission und des Parlaments die Aufnahme der drei südkaukasischen Staaten in die Strukturen der ENP. Diese Entscheidung ist als Ausdruck der aktiven politischen Rolle des Rates in der Lösungsfindung für die Region zu urteilen. Dagegen konzentrierte sich die EU-Kommission, vor allem im Konflikt in Südossetien<sup>510</sup>, auf wirtschaftsbezogene Themen. Und das EU-Parlament ist das einzige Organ, das schon Ende der 1990er Jahre die Ausarbeitung einer politischen Strategie für die Region befürwortet.<sup>511</sup>

---

<sup>508</sup> Vgl. Chauffour/ Gusep, 2004

<sup>509</sup> Council of the European Union, 2004, S. 13

<sup>510</sup> Vgl. Popescu, 2007c

<sup>511</sup> Chauffour/ Gusep, 2004



Die Ernennung des Sonderbeauftragten erfolgte im Juli 2003 unter der Leitung vom Finnen *Heikki Talvitie*. Die politischen Ziele des Sonderbeauftragten bestehen darin, „ (...) Armenien, Aserbaidtschan und Georgien bei der Durchführung politischer und wirtschaftlicher Reformen, insbesondere auf den Gebieten Rechtsstaatlichkeit, Demokratisierung, Menschenrechte, verantwortungsvolle Staatsführung, Entwicklung sowie Armutsbekämpfung, zu unterstützen; im Einklang mit den bestehenden Mechanismen Konflikte in der Region zu verhüten, bei der Lösung von Konflikten zu helfen und — unter anderem durch Förderung der Rückkehr von Flüchtlingen und Binnenflüchtlingen — auf die Wiederherstellung des Friedens hinzuwirken; konstruktive Beziehungen zu den wichtigsten nationalen Akteuren in der Nachbarregion zu unterhalten; eine engere Zusammenarbeit zwischen Staaten der Region, insbesondere zwischen den Staaten des Südkaukasus, zu fördern und zu unterstützen, unter anderem in den Bereichen Wirtschaft, Energie und Verkehr. (...)“<sup>512</sup> Mit ähnlich politischen Zielen ist der Sonderbeauftragte für die Republik Moldau ausgestattet.<sup>513</sup> Diese Entscheidung steigert das Sozialisationsprofil der EU in der Region und sorgt für eine kohärentere Nachbarschaftspolitik.

Die Umlenkung der moldauischen und der ukrainischen Regierungen auf EU-Kurs gab 2005 den Anlass für den Start der EU-Grenzmission zwischen der Republik Moldau und der Ukraine (EUBAM). Die EU-Beamten aus 21 EU-Staaten übernehmen die schwierige Aufgabe zur Schulung ihrer moldauischen und ukrainischen Kollegen in den Bereichen Grenzschutz, Zoll und Finanzen in einer von Drogenhandel, Menschenschmuggel und hoher Kriminalität geprägten Grenzregion zwischen Moldau und der Ukraine. Diese politische Unterstützung führt die beiden Staaten näher an die europäischen Normen und Standards und trägt zur Förderung der rechtsstaatlichen Prinzipien an den europäischen Grenzen bei. Die ukrainisch-moldauische Zusammenarbeit unter EU-Führung inkorporiert Elemente einer erfolgreichen bilateralen Kooperation zwischen der EU und zwischen den beiden Staaten untereinander.

Die EU-Beziehungen haben in den letzten Jahren, allem voran nach der Verabschiedung des ENP-Strategiepapiers und der Aktionspläne, zu den fünf Nachbarstaaten an Profil gewonnen und sind zielgerichteter in Bezug auf die Demokratisierung der unmittelbaren Nachbarschaft. Die Unterstützung eines verantwortungsvollen Regierens, der Transformationsprozesse sowie die Stabilisierung der Nachbarschaft als EU-Peripherie resultieren desweiteren aus sicherheitspolitischen und energiesicherheitspolitischen Interessen.

---

<sup>512</sup> Vgl. Amtsblatt der Europäischen Union, 2003, Art. 2(1), S. 1

<sup>513</sup> Vgl. Official Journal of the European Union, 2007, Art. 2(1), S. 1

## II. Sicherheitspolitische Herausforderungen und Energiesicherheit

Viele Geschehnisse im 20. Jahrhundert haben eindeutig die Unbeständigkeit von Systemen der Internationalen Beziehungen als auch einzelner Staaten wie einst die Supermacht Sowjetunion untermauert. Der Zerfall des sowjetischen Imperiums passt die sich verändernden Grenzräume im post-sowjetischen Raum an, sodass der dynamische Prozess die Identität und die Legitimität der einzelnen Nationalstaaten beeinflusst. Der Charakter des sowjetischen politischen Systems – dezentralisierter unitarischer Staat<sup>514</sup> – prägt die Stereotype der Staatlichkeit im post-sowjetischen Raum. Im Transformationsprozess erfahren alle staatlichen Subjekte Regierungsunfähigkeit und politische Desintegration.

Nach den Unabhängigkeitserklärungen von der UdSSR sind die Nachfolgestaaten der Sowjetunion – Georgien, Moldau, Aserbaidshan und Armenien – stets aufgefordert, ihre territoriale Integrität international zu behaupten. In militärischen Auseinandersetzungen separieren jedoch die autonomen Republiken Abchasien und Adscharien (wiedereingegliedert nach der Wahl *Saakaschwili* zum Präsidenten, jedoch ohne weitreichende Autonomie, was eher als verfehlte Chance der georgischen Regierung zu weiteren Lösungsansätzen zu bezeichnen ist<sup>515</sup>) wie auch das autonome Gebiet Südossetien von der georgischen Republik. Am 10. Dezember 1991 erklärt Nagorno-Karabach seine staatliche Unabhängigkeit von Aserbaidshan und entzündet somit einen Sezessionskonflikt zwischen Armenien und Aserbaidshan, dessen Folgen sich in den bilateralen Beziehungen zwischen Armenien und Russland und Armenien und der Türkei niederschlägt. Nach der Unabhängigkeit der Republik Moldau im Jahr 1991 kam es zu einem Sezessionskonflikt, der in einer einseitig erklärten Unabhängigkeit Transnistriens den Höhepunkt erreichte. Trotz Bemühungen der Regierungen in Tbilisi, Baku, Jerewan, Chischinau und Kiew bleiben die Sezessionskonflikte nach der vollzogenen Osterweiterung als zentrifugale Brennpunkte an der östlichen EU-Grenze. Darüberhinaus reflektieren diese Konflikte wie auch die Rolle der Russischen Föderation auf die Entscheidung einiger NATO-Staaten wie Frankreich<sup>516</sup> auf dem Bukarester NATO-Gipfel am 3. April 2008, keine vorzeitige Verhandlungen zur Ausarbeitung eines Aktionsplans zur Mitgliedschaft mit der Ukraine und Georgien aufzunehmen.

---

<sup>514</sup> Vgl. Djulgerova, 2007, S. 63ff.

<sup>515</sup> Vgl. Halbach, 2005, S. 8f.

<sup>516</sup> Der französische Ministerpräsident *Francois Fillon* betont: “*We are opposed to the entry of Georgia and Ukraine because we think it is not the right response to the balance of power in Europe and between Europe and Russia, and we want to have a dialogue on this subject with Russia.*” Vgl. Fillon, zitiert in Murphy/ Mackenzie, 2008.

Seitdem Verhandlungen über den Status Kosovos innerhalb Serbien neu aufgenommen wurden und die kosovarische Seite, ihre Unabhängigkeit von Serbien einseitig am 17. Februar 2008 erklärte, die zum Teil die EU und die USA von der Einmaligkeit des Problems<sup>517</sup> her unterstützten und anerkannten<sup>518</sup>, tritt das Problem um die Sezessionskonflikte an der europäischen Peripherie noch stärker in Erscheinung. Und wenn *Per Eklund*<sup>519</sup> (Leiter der Delegation für Georgien und Armenien der Europäischen Kommission) jede Parallele mit der Situation in Kosovo zurückweist, hat Russland durch die Anerkennung der Unabhängigkeiten von Südossetien und Abchasien die internationalen Regeln in Frage gestellt.

*„Es gibt natürlich das Argument, dass sich jetzt andere darauf berufen können. Das wird auch im Zweifel passieren. Die Frage ist nur, ob sie sich mit Erfolg darauf berufen. Wir erleben weltweit ein starkes Bemühen, Grenzen nicht anzutasten, weil wenn man sie ohne Einvernehmen aller Beteiligten verändert, das Chaos noch größer wird. (...) Das gilt für Afrika, das gilt für den Irak, und das wird auch für die Konflikte gelten, die wir jetzt als frozen conflicts bezeichnen. (...) Ich sehe keinen großen Gewinn für einen Staat, wenn er versucht, krampfhaft zu halten, was ein Teil partout nicht will.“*<sup>520</sup> Somit rechtfertigen die EU und ihre Mitgliedstaaten als direkte Nachbarn ihr Engagement, normale politische und wirtschaftliche Verhältnisse in der Nachbarschaft zu erzielen<sup>521</sup>.

## **1. Sezessionskonflikte an der europäischen Peripherie**

Die Bemühungen zur Lösung des Bergkarabach-Konflikts (eine mit Armeniern besiedelte Enklave in Aserbajdschan)<sup>522</sup>, des Konflikts in den georgischen Provinzen Südossetien und Abchasien<sup>523</sup> wie auch des Konflikts in Transnistrien<sup>524</sup> sind die Prioritäten der EU im Kontext der ENP, aber auch die Prioritäten der nationalen Regierungen (*joint ownership*). In Anlehnung an die theoretischen Überlegungen im Kapitel 2 dieser Arbeit verfolgt die EU vier Grundmuster zur Lösung der Sezessionskonflikte:

- ✓ Verhinderung gewalttätiger Konflikte (primäre Prävention),
- ✓ Zusammenführung der Positionen der Konfliktparteien (sekundäre Prävention),

<sup>517</sup> Vgl. Polenz, 2008. Interview durch den Autor.

<sup>518</sup> Frankreich, (Albanien), (die Türkei), Großbritannien, Deutschland, Lettland, Dänemark, Estland, Italien, Luxemburg, Belgien, Polen, (die Schweiz), Österreich, Irland, Schweden, die Niederlande, (Island), Slowenien, Finnland, Ungarn, (Kroatien) und Bulgarien haben die Unabhängigkeit Kosovos anerkannt. (Stand 24.03.2008)

<sup>519</sup> Vgl. Eklund, 2007

<sup>520</sup> Vgl. Polenz, 2008. Interview durch den Autor.

<sup>521</sup> In Bezug auf die Rolle der EU in den Konfliktregionen gehen einige Autoren von *security provider* und *security consumer* aus. Vgl. Barbé/ Kienzle, 2007

<sup>522</sup> Vgl. ENP-Aktionsplan EU-Armenien, 2006, S. 13. Vgl. ENP-Aktionsplan EU-Aserbajdschan, 2006, S. 12

<sup>523</sup> Vgl. ENP-Aktionsplan EU-Georgien, 2006, S. 14

<sup>524</sup> Vgl. EU/Moldova Action Plan, 2004, S. 11f. Vgl. EU/Ukraine Action Plan, 2004, S. 9f.

- ✓ Profilierung der EU als Akteur (operative Prävention; Konfliktmanagement) und
- ✓ Aufarbeitung der Ursachen für die Entstehung des Konflikts und Vermittlung über den Status der Gebiete (peace-building)<sup>525</sup>.

Demzufolge überträgt die EU ihr Ziel, den Durchbruch bei den *eingefrorenen*<sup>526</sup> Konflikten seit der Beschlussfassung des Waffenstillstands in den 1990er Jahren zu erzielen (*peace-building*), an die unmittelbare Peripherie und die darin involvierten internationalen Akteure wie die USA und Russland wie auch die regionalen Akteure Iran und die Türkei<sup>527</sup> aber auch die beteiligten nationalen Akteure. Die in den Sezessionskonflikten involvierten Akteure und vor allem die nationalen Führer bauen jedoch weiterhin ihre Politik auf militärische Macht zur Gewährleistung des Reglements und zur Sicherung der Staatlichkeit auf<sup>528</sup>.

Durch die Nachbarschaftspolitik für Osteuropa und Südkaukasus gestaltet die EU somit das System der Internationalen Beziehungen und etabliert sich als eine geopolitische und friedenssichernde Ordnungsmacht, die in der Lage ist, auf die veränderte politische Karte dieser Region im Hinblick auf Konfliktmanagement und Terrorismusbekämpfung einzuwirken. Das gewichtige europäische Profil in der unmittelbaren Nachbarschaft inkorporiert desweiteren Ansätze zur Friedenssicherung einzelner Mitgliedsstaaten wie es im Falle der Bundesrepublik oder Großbritannien ist, um zwei Beispiele in diesem Zusammenhang zu nennen. Die im vorherigen Kapitel erwähnte *Kaukasus-Initiative* des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wie auch der regionale Unterstützungsplan<sup>529</sup> des britischen Department for International Development verstärken die Bemühungen der EU zur Sicherung des Friedens in der europäischen Nachbarschaft. Unterdessen führt die gesamte EU Programme zur Förderung der Demokratie, der Transparenz und der Rechtssicherheit wie auch zur Armutsbekämpfung durch.

Das starke Engagement in der Region einzelner EU-Mitgliedsstaaten hat einen einfachen Grund. Der Südkaukasus gilt als Konfliktregion mit schwachen demokratischen und wirtschaftlichen Strukturen. Demzufolge sind die beiden Initiativen als Beitrag zum Konfliktabbau und Stabilisierung der Region, zur Konfliktbewältigung und zur Förderung des

<sup>525</sup> Vgl. Kapitel 2, II, 1.3. wie auch Coppieters, 2007, S. 67 – 80

<sup>526</sup> Während Vertreter der Konfliktparteien *eingefroren* auf die Konfliktbearbeitung durch internationale Akteure und Organisationen beziehen, verweisen Vertreter der darin beteiligten Internationalen Organisationen auf die Unnachgiebigkeit der Streitparteien. Vgl. Halbach, 2007, S. 84f. Nach den Ereignissen in August 2008 zwischen Georgien und Russland relativiert sich jedoch der Begriff der eingefrorenen Konflikte.

<sup>527</sup> Zur Politik des Iran und der Türkei im Südkaukasus vgl. Freire/ Simao, 2007, S. 9. Während die Türkei solidarisch mit Aserbaidschan auf ethnische Prinzipien ist, setzt der Iran auf Ausbalancierung der Kräfte im südlichen Kaukasus.

<sup>528</sup> Vgl. Goldgeier/ McFaul, 1992, S. 480. Die Geschehnisse im August 2008 zwischen Georgien und Russland bestätigen einigermmaßen diese Aussage.

<sup>529</sup> Vgl. Department for International Development, 2004

Aus- und Aufbau der lokalen Demokratie zu verstehen, die im Rahmen einer bilateralen ENP eher förderlich als konkurrenzfähig sind.

### 1.1. Die Sezessionskonflikte im Südkaukasus – Abchasien, Südossetien und Nagorno-Karabach

In den Konflikten im südlichen Kaukasus<sup>530</sup> sind die EU und ihre Mitgliedsstaaten seit langem involviert. Zur Lösung der Konflikte setzt jedoch die EU auf regulatorische und nicht auf militärische Maßnahmen. Gleichzeitig verfolgt sie bilaterale wie auch multilaterale Ansätze zur Konfliktlösung. Ein Unterschied besteht in der Auffassung zur Unterstützung der Souveränität und der territorialen Integrität der betroffenen Staaten.

Die EU unterstützt voll und ganz die Souveränität und die territoriale Integrität Georgiens innerhalb seiner international anerkannten Grenzen<sup>531</sup>. Die EU ist verstärkt im Fall Georgiens aus zwei wichtigen Gründen involviert<sup>532</sup> (*primäre Prävention*):

- ✓ Erstens ist die georgische Regierung aufgrund der sehr kurzen Zeitperspektiven für Konfliktlösung unfähig, die territoriale Integrität des Landes wiederherzustellen.
- ✓ Und zweitens verschärft sich die Konfrontation zwischen Georgien und der Russischen Föderation.

Im Gegensatz dazu weist die EU darauf hin, dass sie die Unabhängigkeit von Berg-Karabach nicht anerkennt<sup>533</sup>, ohne die territoriale Integrität Armeniens oder Aserbaidschans zu erwähnen. Hiermit entsteht das völkerrechtliche Dilemma, ob dem Prinzip der territorialen Integrität oder dem Selbstbestimmungsrecht der Völker Vorrang einzuräumen ist<sup>534</sup>.

Die Union nimmt nicht direkt an der Konfliktlösung in Abchasien und Südossetien teil. Stattdessen konzentriert sich die EU auf den wirtschaftlichen Aufbau und vertrauensbildende Maßnahmen unter der im Konflikt polarisierten Bevölkerung (*sekundäre Prävention*).

Seit 1997/ 1998 hat die EU-Kommission in Abchasien Projekte in Höhe von 25 Mill. Euro und in Südossetien Projekte in Höhe von 7,5 Mill. Euro durchgeführt und sich somit zum Hauptgeber in dieser Region etabliert. Es ist jedoch ersichtlich, dass die EU keine direkte Einmischung in die derzeitige Situation anstrebt. Die eingeleiteten Projekte haben eher technischen Charakter und beziehen sich auf Fragen der Menschenrechte, auf Stärkung der

<sup>530</sup> Vgl. Tabelle 11 im Anhang. Im August 2008 ist der Konflikt um Südossetien zwischen Georgien und Russland erneut ausgebrochen. Vgl. mehr zum Thema Kaukasuskonflikt Wilson, 2008; Segbers, 2008 (Spiegel-Online-Interview, 2008); Fischer, 2008.

<sup>531</sup> Vgl. Rat der Europäischen Union, 2006b, S. 2

<sup>532</sup> Vgl. Halbach, 2007, S. 84

<sup>533</sup> Vgl. Rat der Europäischen Union, 2006c, S. 1

<sup>534</sup> Vgl. Manutscharjan, 1998, S. 7

Zivilgesellschaft und wirtschaftliche Hilfe. Dadurch beabsichtigt die EU, die Grundlagen für den Frieden *von unten* zu schaffen. Jedoch, solange die *De-facto-Autoritäten* in den separatistischen Provinzen (z. B. Abchasien) eine abweichende Politik von der offiziellen Richtung Georgiens betreiben, können die abchasischen Bürger nicht leicht von den Vorteilen der ENP profitieren<sup>535</sup>.

Abchasien	Südostsetien
<u>Wirtschaftlicher Aufbau:</u> Elektrizität, öffentliches Gesundheitswesen, lokale landwirtschaftliche Entwicklung, Reparatur des Enguri-Wasserkraftwerkes, Zivilpolizei-Aktivitäten, Informationszentrum (Suchumi)	<u>Wirtschaftlicher Aufbau:</u> Aufbau von Trinkwasserleitungen, Schulen, Elektrizitäts- und Gasnetzwerken, Bahnverbindungen, Entwicklung von Landwirtschaftsbetrieben, Infrastrukturprojekten
<u>ODIHR Demokratie- und Menschenrechtsprojekte:</u> Förderung und Schutz der Rechte gefährdeter Minderheiten, Monitoring von Gerichtsfällen und Ausbildung von Richtern	<u>Unterstützung der Gemeinsamen Kontrollkommission (JCC) für Südostsetien:</u> finanzielle Unterstützung durch JCC der im Konflikt beteiligten Parteien
<u>Kapazitäts- und vertrauensbildende Aktivitäten:</u> Kooperation mit lokalen Verbänden und NGOs im Bereich Menschenrechte, Rechte der Frauen, der Zivilgesellschaft in Abchasien und zwischen Abchasien und Georgien	<u>Vertrauensbildende Maßnahmen:</u> Unterstützung des politischen Dialogs zwischen Südostsetien und Georgien
<u>ECHO humanitäres Hilfsprogramm:</u> Verbesserung der Lebensbedingungen gefährdeter Gruppen, Intensivierung der persönlichen Kontakte in Abchasien und zwischen Abchasien und Georgien, Nahrungsmittelhilfe und Nahrungsmittelsicherheit	<u>Unterstützung der Flüchtlinge:</u> Menschenrechtsschutz, Unterstützung der politischen Partizipation, wirtschaftliche Hilfe, Weiterbildung
<u>Minenvernichtungsprogramm</u>	<u>Unterstützung des Staatsministeriums bei der Konfliktbewältigung:</u> Weiterbildung, Kapazitätsaufbau des Humankapitals

Tabelle 5: EU-Unterstützung in Abchasien und Südostsetien, eigene Darstellung, Quelle: Overview of EC Assistance in Abkhazia and South Ossetia, 2007

<sup>535</sup> Vgl. Eklund, 2007

Eine genauere Betrachtung der in der obigen Tabelle angeführten Unterstützungsmaßnahmen lässt erkennen, dass die EU den friedenssichernden Maßnahmen des Konflikts in Südossetien Vorrang gegeben hatte. Und im Fall Abchasiens tritt erneut der *bottom-up* Ansatz in Erscheinung. Bei der Förderung der zivilgesellschaftlichen Dimension hat die EU ihre größten Erfolge. Desweiteren verbindet die EU die Lösung des Konfliktes in Südossetien mit der Bildung eines zukunftssträchtigen, funktionierenden und demokratischen Georgiens. Schließlich wird die Rolle der JCC im Südossetien-Konflikt hervorgehoben, welche dafür verantwortlich ist, die Konfliktparteien an einen Tisch gebracht zu haben.

- Erstens reduziert die EU dadurch die Abhängigkeit der Sezessionsethnen von Russland und diversifiziert die Möglichkeiten zu anderen Akteuren (*peace-building*).
- Zweitens stärkt die EU die Verbindungen zwischen Tiflis und den Sezessionisten.
- Und drittens fördert die EU das Verständnis über die EU als Gemeinschaft und über ihre Normen.<sup>536</sup>

Im Gegensatz dazu ist die EU multilateral durch Frankreich, Großbritannien und Deutschland (die USA und die Russische Föderation sind die weiteren Mitglieder) im *Group of Friends* des Sonderbeauftragten des UNO-Generalsekretärs repräsentiert. Am 4. Februar 2005 gründeten Estland, Lettland, Litauen, Polen, Bulgarien und Rumänien eine *neue Group of Friends (operative Prävention)*. Die Hauptziele der Sechs umfassen:

- „ (1) *assisting in the implementation of the Georgia-NATO Individual Partnership Action Plan (IPAP), the success of which can lead to a Membership Action Plan (MAP, a goal implied but not stated on this occasion);*
- (2) *working to support NATO's open-door policy;*
- (3) *working within the EU to initiate the drafting, in a timely manner, of an EU-Georgia Action Plan as part of the EU's recently adopted European Neighborhood Policy (in which the South Caucasus is now included after having been omitted initially);*
- (4) *providing the services of experts for drafting of Georgia's European integration strategy and for administrative capacity-building in Georgia;*
- (5) *jointly urging, within international organizations, the removal of Russian bases and troops from Georgia, in accordance with Russia's 1999 Istanbul Commitments;*
- (6) *elevating this issue on the EU's policy agenda;*
- (7) *supporting Georgian President Mikhail Saakashvili's recently launched South Ossetia Peace Initiative;*

<sup>536</sup> Vgl. Popescu, 2007a, S. 16f. sowie S. 14

(8) *calling attention to the importance of EU and NATO participation in international efforts to resolve conflicts in the region*<sup>537</sup>.

Dadurch ist die EU über weitere Mitgliedstaaten in den Sezessionskonflikten in Georgien engagiert, die ihre Erfahrungen im EU- und NATO-Beitrittsprozess mit in die Beziehungen zu Georgien liefern. Die stärkere diplomatische Präsenz und die Suche nach neuen regionalen Ansätzen erhöhen das Potenzial der EU, stärker mit einer Stimme in den konfliktreichen Regionen aufzutreten.

Im Fall des Konflikts um Nagorno-Karabach zwischen Armenien und Aserbaidtschan verfolgt die EU eine Vorgehensweise auf zwei Ebenen.

- ✓ Erstens ist die EU nicht direkt in Nagorno-Karabach und wie in Abchasien und Südossetien am Konfliktmanagement, sondern durch regionale Programme in den beiden Ländern beteiligt (*sekundäre Prävention*). Die EU unterstützt Armenien<sup>538</sup> und Aserbaidtschan<sup>539</sup> in den Bereichen der Demokratiekonsolidierung, Wirtschaft, der Modernisierung und Reform der Administration (TWINNIG), der Energie, des Zugangs zur Justiz, der Armutsbekämpfung, der sozialen Hilfeleistung, des Bildungswesens wie auch in Programmen wie TRACECA, INOGATE, TEMPUS, ERASMUS u.a. Dadurch sollen die beiden Länder in wichtigen Bereichen des politischen und wirtschaftlichen Lebens gestärkt werden, sodass der Weg zur regionalen Sicherheit und Zusammenarbeit nicht weiterhin gefährdet bleibt.
- ✓ Zweitens ist die EU multilateral durch die 1997 gegründete Minsker Vermittlungsgruppe der OSZE durch Frankreich (zusammen mit der Russischen Föderation und den USA) repräsentiert (*operative Prävention*). Die Minsker Gruppe ist mit der Aufgabe zustande gekommen, einen politischen Rahmen für die Konfliktlösung unter der Aufstellung einer friedenssichernden Mission zu erarbeiten. Die Tätigkeiten des Minsk Prozesses, der seit seiner Gründung fast ausschließlich auf das Peacemaking (Vereinbarung zur kompletten Lösung zu erzielen) gerichtet worden ist, soll eher eine Änderung in den Positionen der beteiligten Parteien finden. Dennoch ist das Vertrauen in einer christlich geführten Gruppe (so die Ansichten der aserbaidtschanischen Bevölkerung) eher gering, welche die Interessen Armeniens in den IB vertritt.<sup>540</sup> Demgegenüber geht das Konzept von Peacebuilding von der Notwendigkeit aus, Prioritäten zu ändern. Dadurch entsteht eine neue Umgebung, die

<sup>537</sup> Vgl. Socor, 2005a

<sup>538</sup> Vgl. European Commission, 2007a

<sup>539</sup> Vgl. European Commission, 2007b

<sup>540</sup> Vgl. Boonstra, 2008, S. 4



Vereinbarungen zur kompletten Lösung ermöglicht. Damit jedoch der Friedensprozess unter den Konfliktparteien weiterhin Bestand hat, sind exklusives Vertrauen in der politischen Führung so wie die Notwendigkeit zu mehr Kommunikation mit den breiteren Gesellschaften der beiden Staaten unabdingbar<sup>541</sup>.

## 1.2. Der Transnistrien-Konflikt

Im Transnistrien-Konflikt<sup>542</sup> stehen der EU ebenfalls regulatorische Lösungsmechanismen zur Verfügung. Desweiteren hebt die EU die uneingeschränkte Wahrung der territorialen Unversehrtheit des moldauischen Staates bei einer eventuellen Konfliktlösung hervor<sup>543</sup> (*primäre Prävention*). Die Konfliktparteien – die Republik Moldau und Transnistrien – haben ebenso ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit (*internationale sekundäre Prävention*) geäußert. Demzufolge kamen Lösungsvorschläge von der internationalen Gemeinschaft.

Ein russischer und ein ukrainischer Vorschlag kamen der Krisenlösung am nächsten.

- ✓ Das unilaterale *Kosak-Memorandum*<sup>544</sup> von 2003 sah eine asymmetrische Föderation mit zwei Autonomien vor: Transnistrien und Gagausien. Als zweite Amtssprache sollte Russisch eingeführt werden, russischen Truppen kam eine Vermittlerrolle für 30 Jahre zu, und die transnistrischen Abgeordneten sollten ein Vetorecht im gemeinsamen Senat bis 2015 erhalten. Dieser Plan scheiterte jedoch an den USA<sup>545</sup> und der EU aufgrund der vorgesehenen russischen Militär- und Diplomatiepräsenz.
- ✓ Der *Juschtschenko-Plan* von 2005 beabsichtigte die Schaffung der Administration in Transnistrien als notwendige Bedingung für die Entwicklung einer Zivilgesellschaft und eines Mehrparteiensystems in der Republik. Unter der Beobachtung der EU, der OSZE, Russlands, der USA und der Ukraine sind direkte und demokratische Parlamentswahlen in Transnistrien durchzuführen. Der Plan beabsichtigte zudem eine Internationalisierung des Friedenskongingents und eine Entsendung zusätzlicher ukrainischer Friedenssoldaten. Darüber hinaus verpflichtet sich Transnistrien, ukrainischen Beobachtern Zugang zu seinen Rüstungsbetrieben zu gewähren.<sup>546</sup> Zum

<sup>541</sup> Vgl. Jacoby, 2005

<sup>542</sup> Vgl. Tabelle 12 im Anhang

<sup>543</sup> Vgl. Rat der Europäischen Union, 2002, S. 1

<sup>544</sup> Vgl. Kozak Memorandum, 2003. *Dmitri Kosak* war seinerzeit stellvertretender Leiter der russischen Präsidialadministration.

<sup>545</sup> Vgl. Hofbauer, 2005

<sup>546</sup> N.N., 2005

Teil verurteilte die moldauische Bevölkerung diesen Vorschlag zum Scheitern aufgrund der Nichtberücksichtigung der Verhältnisse in Moldau und Transnistrien<sup>547</sup>.

Die zwei Lösungsansätze veranschaulichen die Unfähigkeit internationaler Akteure zur Konfliktlösung. Eine von außen „aufgezwungene“ Konfliktlösung, die die innenpolitische Transformation unter Einbeziehung der Konfliktparteien (Moldau, der Ukraine und Transnistrien) nicht berücksichtigt, hat keine Aussichten auf dauerhaften Erfolg. Um diesen Fehler zu umgehen (*sekundäre Prävention*), hat die EU Abkommen mit der Republik Moldau zur Erleichterung des Visumsregimes<sup>548</sup> verabschiedet, die Grenzschutzmission EUBAM errichtet, den EU-Sonderbeauftragten für Moldau (*operative Prävention*) einberufen und zusätzliche Handelspräferenzen<sup>549</sup> (*sekundäre Prävention*) angenommen. Desweiteren leistet die EU humanitäre Hilfe für die Landwirte und zur Verringerung der Armut, investiert in die Nahrungsmittelsicherheit und unterstützt die Regierung in Chischinau bei der Implementierung der mit der EU im Rahmen der ENP abgeschlossenen Abkommen. 2004 forderte Präsident *Voronin* die EU auf, eine Mediatorrolle in das 5+2 Format<sup>550</sup> einzunehmen (*operative Prävention*). Dadurch bekommt die Union eine weitere Gelegenheit, die Dynamik des Konflikts zu verändern und eventuell die starke Rolle Russlands einzugrenzen.

Die Verpflichtung der EU im Sezessionskonflikt beruht auf den Mechanismen der Europäisierung. Ein langfristiger Lösungsansatz schafft stabile Voraussetzungen für die Konfliktparteien, den Status quo zu verändern. Tatsächlich geht der Europäisierungsprozess auf die Interessen und die damit verbundenen politischen und wirtschaftlichen Kosten der moldauischen und transnistrischen Seite ein. In langfristiger Perspektive beeinflusst die Bereitschaft der involvierten Akteure den verstärkten Einsatz für die Lösung des Transnistrien-Konflikts.

Jedoch richten politische Akteure, anders als die Mehrheit in der Bevölkerung, ihren Blick auf kurz- bis mittelfristige Lösungsansätze. Diese beinhaltet die ENP nicht. Die Verhängung von Visarestriktionen für Angehörige der transnistrischen Führung<sup>551</sup> (*peace-building*) erreichten nur ein kurzfristiges Ergebnis. Die transnistrische Seite erklärte ihre Bereitschaft zur Kooperation an der Gemeinsamen Verfassungskommission 2003 zwischen Moldau und Transnistrien zur Erarbeitung einer gemeinsamen Verfassung<sup>552</sup>. Desweiteren tragen

---

<sup>547</sup> Vgl. zu den Gründen des Scheiterns Nantoi, 2005, S. 7 – 13

<sup>548</sup> Vgl. EC-Moldova Visa Facilitation Agreement, 2007

<sup>549</sup> Vgl. Delegation of the European Commission to the Republic of Moldova, 2007

<sup>550</sup> An dem 5+2 Format nehmen Moldau, Transnistrien, Russland, die Ukraine, die OSZE sowie die EU und die USA als Beobachter teil. Seit Februar 2006 sind jedoch die Verhandlungen im 5+2 Format auf Eis gelegt worden.

<sup>551</sup> Vgl. Council of the European Union, 2003b

<sup>552</sup> Vgl. Internationale Crisis Group, 2003, S. 10f.

Erfahrungen aus bisherigen Konflikten (wie in Bosnien-Herzegowina, Montenegro, Kosovo, Nordzypem) dazu bei, dass unterschiedliche Lösungsansätze<sup>553</sup> für Transnistrien in Frage kommen.

Die EU ist in den Konflikten im Südkaukasus und in Transnistrien nicht an militärischen Aktivitäten beteiligt. Jedoch ist die Union in anderen (Mazedonien, Bosnien-Herzegowina), auch fernen (Ost-Kongo) Regionen militärisch eingebunden und übernimmt Verantwortung als friedenssichernde Macht für die Konfliktlösung<sup>554</sup>. Dennoch ist die EU an der Stabilisierung und Demokratisierung der Staaten in der unmittelbaren Nachbarschaft weiter interessiert.

Diese Ausgangssituation führt dazu, dass das Zentrum die Nachbarstaaten als Pufferzone (Exklusion) wahrnimmt. Dies bedeutet jedoch nicht nur, dass die Nachbarschaft eine Problemquelle darstellt, sondern auch die Mechanismen zur Problemlösung inkorporiert. Die führende Rolle der EU beinhaltet konstruktives Verhalten, hält weiterhin an ihrer militärischen und vor allem wirtschaftlichen Stärke fest. Letztendlich tragen die Erfahrung aus 50 Jahren erfolgreicher Integration und das damit verbundene Einhalten der demokratischen und rechtsstaatlichen Normen und Regeln dazu bei, dass die politischen Eliten wie auch die Bevölkerung der ENP-Staaten von der Wirkungskraft einer starken EU im Hinblick auf eine friedliche Konfliktlösung überzeugt sind. Die ENP fordert nicht nur eine Anpassung der Partnerstaaten an die EU, vielmehr passt sich die EU an die neuen Gegebenheiten nach der vollzogenen Osterweiterung an.

### 1.3. Russland: Partner oder Kontrahent?

Im Südkaukasus wie auch in Transnistrien steht die EU nicht nur vor der Herausforderung, einen möglichen Rahmen für die Lösung der Sezessionskonflikte zu finden, sondern auch den richtigen Weg zur Kooperation mit der Russischen Föderation. Die Hauptziele, die in den EU-Russland Beziehungen zu erlangen sind, formulierte die EU wie folgt:

- „ (...) (to) *strengthen EU-Russia dialogue on matters of practical co-operation on crisis management in order to prepare the ground for joint initiatives, including in support of on-going efforts in agreed formats and resulting from the strengthened*

<sup>553</sup> 1) Transnistrien beugt sich den Forderungen Moldaus. 2) Massive wirtschaftliche Unterstützung Moldaus durch die EU und „Wiedervereinigung“ mit Transnistrien aufgrund der Attraktivität Moldaus. 3) Abspaltung Transnistriens. 4) „Wiedervereinigung“, ermutigt und gedrängt von Russland, von der EU und der Ukraine. Vgl. Wipperfurth, 2007, S. 181

<sup>554</sup> Vgl. Halbach, 2005, S. 21

*EU-Russia dialogue and co-operation on the international scene, in the settlement of regional conflicts, inter alia in regions adjacent to EU and Russian borders”<sup>555</sup>.*

Die EU erkennt die regionale Rolle Russlands in der unmittelbaren Nachbarschaft an und räumt Russland bei der Lösung der Sezessionskonflikte eine große Rolle zu. Eine gemeinsame europäische Politik gegenüber Russland fehlt jedoch in Bezug auf die regionalen Konflikte im Geltungsbereich der ENP. Während die EU-Kommission auf die selbstbewusste Haltung Russlands gegenüber den GUS-Staaten eingeht und dies als Implikation für die EU-Russland-Beziehungen in Bezug auf die regionalen Konflikte bewertet und Russland auf die eingegangenen Verpflichtungen und gemeinsame Werte hinweist<sup>556</sup>, schlagen Deutschland und Frankreich Gemeinschaftsaktionen zur Bewältigung der Konflikte in der Region<sup>557</sup> vor.

Doch gerade im *nahen Ausland* betreibt Russland eine inkonsequente Außen- und Sicherheitspolitik. Die Regierungseliten in Russland definieren die Rolle des Staates in den IB als Großmacht<sup>558</sup>, die durch den Besitz atomarer Waffen und die Nutzung ihrer konventionellen Militärhardware (der Fall Georgienkrieg im August 2008) noch stärker in den Vordergrund gerät. Die Anerkennung der Unabhängigkeit von Abchasien und Südossetien lässt die westlichen Partner irritieren. Russland kritisiert die einseitige Anerkennung der Unabhängigkeit Kosovos von den westlichen Staaten, nutzt jedoch diese Tatsache, um die Unabhängigkeit von Abchasien und Südossetien zu rechtfertigen.<sup>559</sup>

Russland ist jedoch mehr als ein regionaler Akteur: geographische, historische wie auch strategische Interessen verbinden Russland mit dieser Region<sup>560</sup>. Überdies sind nach dem Zerfall der Sowjetunion über 25 Millionen ethnische Russen (1/8 der Gesamtbevölkerung Russlands) außerhalb der neuen Landesgrenzen Russlands geblieben, die einen besonderen Faktor in Russlands Außenpolitik zur Einmischung in die internen Angelegenheiten und zur Unterstützung der neuen unabhängigen Staaten darstellen (der Fall Südossetien im August 2008). Jede Zusage Russlands zum Respekt der territorialen Integrität seiner Nachbarstaaten relativiert sich<sup>561</sup>, denn die russische Unterstützung vollzieht sich auf politischer, wirtschaftlicher und militärischer Ebene.

- ✓ politische Unterstützung: Russland bietet eine politische Plattform für die von niemandem anerkannten Regime in Transnistrien, Abchasien und Südossetien an. Die Parlamentsversammlung der Mitgliedsländer der Gemeinschaft *Für Demokratie und*

<sup>555</sup> EU-Russia Road Map for the Common Space of External Security, 2005, S. 42

<sup>556</sup> European Commission, 2004, S. 2f.

<sup>557</sup> Franco-German „Non-Paper“ Mull Ways to Boost Ties, 2004, S. II/ 9 - 10

<sup>558</sup> Emerson et. al., 2009, S. 14

<sup>559</sup> Vgl. Makarychev, 2009, S. 4 und S. 9

<sup>560</sup> Vgl. Halbach, 2005, S. 23

<sup>561</sup> Vgl. Kramer, D., 2006

*Rechte der Völker*, dessen Mitglieder die drei separatistischen Republiken sind, hat ihren Sitz in Moskau.

- ✓ wirtschaftliche Unterstützung: Russland kontrolliert z.B. über GAZPROM zusammen mit Transnistrien das staatliche Gasunternehmen Moldaus *Moldovagaz*<sup>562</sup>.
- ✓ militärische Unterstützung: Russland leistet militärische Hilfe (militärische Truppen in Transnistrien und Südossetien) für die separatistischen Führer aus Moldau und Georgien, um diese Staaten zu destabilisieren und sie EU- und NATO-untauglich zu machen.

Dennoch lassen sich die nach dem Zerfall der Sowjetunion erlangten Unabhängigkeiten und die Neuausrichtung der Außenpolitik der Ukraine und Georgien nach den *Farbrevolutionen* schwer in dieser Konstellation heranziehen. Zudem ist die Russische Föderation nach den Terroranschlägen in New York 2001 mit der einzig verbliebenen Militärsupermacht – den USA – konfrontiert, die diese Region als Teil ihrer geostrategischen Interessensphäre (als Stützpunkt eines künftigen Angriffes auf Iran) aufmerksam betrachten.

Dieser Zustand führt dazu, dass sich der Gestaltungsspielraum russischer Außenpolitik im post-sowjetischen Raum deutlich verringert und Russland eine *Abwertung des internationalen Status*<sup>563</sup> als Großmacht angesichts steigender Rivalitäten unter verschiedenen Akteuren im russischen „Hinterhof“ erfahren könnte.

Der einzige effizienzfähige Rahmen für die Außenpolitik soll einer proaktiven Politik folgen, die internationale Stabilität durch Friedensvermittlungen fördert.<sup>564</sup> Russische Außen- und Sicherheitspolitik besteht aus einer balancierten Synthese der Prinzipien der *multipolaren Demokratie*:

- ✓ Pragmatismus,
- ✓ Vielfältigkeit,
- ✓ Multilateralismus und
- ✓ Förderung der nationalen Interessen,
- ✓ ohne jedoch in Konfrontation zu geraten.

In diesem Zusammenhang lassen sich die geopolitischen Interessen russischer Außenpolitik beobachten:

- ✓ Erhaltung der Einflussmöglichkeiten der Russischen Föderation als größter und politisch einflussreichster Staat im post-sowjetischen *Hinterhof*.

<sup>562</sup> Vgl. Libman, 2006, S. 11

<sup>563</sup> Vgl. Mangott, 2006, S. 199f.

<sup>564</sup> Vgl. Lavrov, 2006

Die Erhaltung der wirtschaftlichen Positionen als auch die Verdrängung fremder militärischer und sicherheitspolitischer Akteure (die USA und die EU) gehören zu den vitalen außenpolitischen Interessen der Russischen Föderation. Die Präsidentschaft von *Vladimir Putin* (seit 2000 im Amt) verfolgte dementsprechend eine *Rekonstruktion der Staatlichkeit* und *Monopolisierung und Hierarchisierung der außenpolitischen Entscheidungen*<sup>565</sup>. Ein signifikantes Beispiel für die *Rückeroberung alter Einflussphären*<sup>566</sup> ist *Putins* Angebot zur Aufstellung einer Radaranlage in *Gabala* (Aserbaidschan) als Antwort auf die amerikanischen Intentionen, eine solche Radaranlage in Tschechien zu errichten.

Der kurz andauernde Krieg zwischen Russland und Georgien im August 2008 kann ebenfalls als Antwort auf den angestiegenen Einfluss der USA und der EU im Südkaukasus betrachtet werden. Gleichzeitig erklärt sich aber Russland zur Kooperation mit dem Westen in vielen anderen Feldern bereit:

- enge Kooperation im Streit über Irans Atomprogramm
- enge Kooperation im Nahost
- Zusagen, dass keine Anti-Allianz gegen die USA gebildet wird.

Im Folgenden gibt die Tabelle 6 einen kurzen Überblick über die Chronologie des bewaffneten Konflikts im August 2008.

Datum	Ereignis
Seit Anfang Juli 2008	In Südossetien kommt es zu Kämpfen zwischen Rebellen und georgischen Truppen.
Juli 2008	<i>Frank-Walter Steinmeier</i> reist nach Georgien, Russland und in Abchasien, um bei der Beilegung der Konflikte zu vermitteln. Dies gelingt ihm jedoch nicht.
15. Juli 2008	Sowohl Russland als auch Georgien beginnen mit Manövern im Grenzgebiet.
3. August 2008	Russland warnt vor einem "größeren Konflikt" und beschuldigt Georgien, Truppenbewegungen vorzunehmen.
4. August 2008	Es findet ein Gespräch zwischen den stellvertretenden Außenministern Georgiens und Russlands statt.
7. - 12. August 2008	Kampfhandlungen zwischen Georgien und Russland
12. August 2008	<i>Nicolas Sarkozy</i> reist als EU-Ratspräsident Moskau und Tiflis

<sup>565</sup> Vgl. Mangott, 2006, S. 203

<sup>566</sup> Vgl. Joffe, 2007, S. 12

13. August 2008	Die EU zeigt sich zur Entsendung von Beobachtern bereit US-Außenministerin <i>Condoleezza Rice</i> reist nach Tiflis und droht, Russland international zu isolieren.
14. August 2008	Sechs-Punkte-Plan zum Waffenstillstand
16. August 2008	<i>Dmitri Medwedew</i> unterschreibt einen Sechs-Punkte-Plan zur Entschärfung des Konflikts mit Georgien. Am Freitagabend hatte der georgische Präsident <i>Michail Saakaschwili</i> bereits den von der EU vorgelegten Plan unterschrieben.
19. August 2008	Die NATO berät über ihr künftiges Verhältnis zu Moskau.
19. August 2008	Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) hat beschlossen, 100 weitere Beobachter nach Georgien zu entsenden. Die Bundeswehr beteiligt sich mit zunächst zwei Soldaten; insgesamt können es bis zu 15 werden. Die unbewaffneten Beobachter werden an der Grenze zu Südossetien stationiert. Die Mission dient der friedlichen Konfliktlösung, Stärkung der Demokratie und Menschenrechte.
26. August 2008	Moskau erkennt Südossetien und Abchasien an.
1. September 2008	EU-Sondergipfel des Europäischen Rates
15. September 2008	Georgien und die NATO haben die Gründung einer Kommission für eine engere militärische Zusammenarbeit beschlossen.
15. Oktober 2008	Beginn der Genf-Gespräche mit Russland, Georgien, der EU, den USA, OSZE und der UNO.
Ende September 2009	Die von der EU eingesetzte Sonderkommission zur Untersuchung des Georgienkrieges " <i>Unabhängige Internationale Untersuchungskommission Georgien</i> " gibt Georgien die Hauptschuld an dem Konflikt mit Russland über das abtrünnige Südossetien.

Tabelle 6: Chronologie des Georgien-Krieges, eigene Darstellung, Quelle: Zusammenstellung auf der Basis verschiedener Quellen und Sekundärliteratur durch den Autor.

Der Krieg zwischen Russland und Georgien hat nicht nur die Bestrebungen Russlands offengelegt, seine Einflussphäre im Kaukasus wieder zu erlangen, sondern auch die Uneinigkeit der EU und der EU-Mitgliedstaaten in Bezug auf die Vorgehensweise gegenüber Russland. Die EU-Mitgliedstaaten zeigten wiederholt keine gemeinsame Haltung in diesem wichtigen außenpolitischen Aspekt.

- Großbritannien entschied sich für eine entschlossene Reaktion gegenüber Russland und verteidigte die Idee für Sanktionen wie etwa den Ausschluss von der nächsten Sitzung der G-8 Staaten.

- Der deutsche Außenminister *Frank-Walter Steinmeier* setzte sich für eine besonnene Politik gegenüber Russland und plädierte für den Abbau der Spannungen mit Moskau. Frankreich und Italien unterstützten die Position Deutschlands. Die Vermittlerfunktion, die der französische Präsident während der EU-Ratspräsidentschaft übernommen hatte, war die einzig kurzfristige Reaktion der EU auf den Krieg<sup>567</sup>.
- Starker Druck kam von den osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten und Schweden, die ihre territoriale Unversehrtheit bedroht sahen. Die Präsidenten Polens, Estlands, Lettlands, Litauens (und der Ukraine) reisten nach Georgien, um ihre Solidarität mit Tiflis zu demonstrieren. Sie kritisierten Russland scharf für seine Intervention in Georgien. Dadurch sollte der Druck auf die anderen EU-Mitgliedsstaaten erhöht werden, entschlossener gegen Russland vorzugehen. Trotz lauter Kritik sahen diese Regierungschefs von radikalen Schritten gegenüber Russland ab. Die osteuropäischen Staaten fanden jedoch noch einmal Bestätigung in ihren Befürchtungen, dass Russland hegemoniale Ansprüche im „nahen Ausland“ verfolgt.<sup>568</sup>
- Die EU verzichtete jedoch auf jede Kritik an Russland. Der Europäische Rat<sup>569</sup> verurteilte die russische Militäraktion als nicht hinnehmbar, verurteilte die Anerkennung Südossetiens und Abchasiens, erklärte sich bereit, sich vor Ort zu engagieren und vertagte die Verhandlungen über ein neues PKA mit Russland auf unbekannte Zeit.

Nach dem kurzen russisch-georgischen Krieg ist das schwache außenpolitische Gewicht der EU noch stärker in Erscheinung getreten. Die Mechanismen der GASP/ ESVP schienen erschöpft zu sein. Die EU befand sich vor dem Dilemma, ihre eigene Außenpolitik zu überdenken und neue Ansätze gegenüber Russland und den gesamten Raum in Osteuropa und Kaukasus zu suchen, ohne dabei in interne Konfrontation zwischen alten und neuen Mitgliedsstaaten zu geraten. Dennoch haben die osteuropäischen Staaten und vor allem Polen die Stärken einer gemeinsamen Außenpolitik erkannt und zusammen mit Schweden eine Aufwertung der ENP durch eine neue Östliche Partnerschaft<sup>570</sup> für die EU mit den fünf Staaten der ENP (die Ukraine, Moldau, Armenien, Georgien und Aserbaidschan, für Belarus steht die Partnerschaft offen) auf EU-Ebene vorangebracht.

<sup>567</sup> Vgl. Bendiek/ Schwarzer, 2008, S. 38

<sup>568</sup> Vgl. Lang, 2008b, S. 24 - 28

<sup>569</sup> Rat der Europäischen Union, 2008b

<sup>570</sup> Das Konzept der Östlichen Partnerschaft wird detailliert im nächsten Kapitel behandelt.



Die zunehmende Bedeutung der Faktoren Energierohstoffe und Energiesicherheit im System Internationaler Beziehungen transformiert jedoch Russland zu einem der wichtigsten Akteure im post-sowjetischen Raum.

## **2. Energiesicherheit und Macht – Neue Paradigmen in der ENP**

Die Energieressourcen werden weltweit immer knapper und eine erweiterte EU braucht immer mehr davon. Dies entfaltet eine unbekannt Dimension in den außen- und sicherheitspolitischen Beziehungen zu den ENP-Staaten und darüber hinaus zu den zentralasiatischen Staaten. Wirtschaft und Sicherheit wie auch die Rivalität um Einfluss und Macht im post-sowjetischen Raum stellen neue Paradigmen in den Beziehungen der EU zu den neuen Nachbarn auf. Seit Mitte der 1990er Jahre verschärfen sich die machtpolitischen Auseinandersetzungen in den Internationalen Beziehungen um Energietransportkorridore und Pipelinerouten. Die Staaten im post-sowjetischen Raum sind nicht nur potenzielle Konfliktherde, sondern betreten die Weltpolitik als mögliche Partner in wichtigen Bereichen wie der Energiesicherheit und -diversifizierung.

Dementsprechend umfasst die Stärkung der Versorgungssicherheit der EU folgende Merkmale:

- ✓ Aushandlung und Abschluss eines Folgeabkommens zum Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit Russland insbesondere in Bezug auf Energiefragen;
- ✓ Intensivierung der Beziehungen der EU zu Zentralasien und zu den Regionen am Kaspischen und am Schwarzen Meer, um die Quellen und Routen weiter zu diversifizieren;
- ✓ Ausbau von Partnerschaft und Kooperation im Rahmen der bilateralen Energiedialoge mit den USA sowie mit China, Indien, Brasilien und anderen Schwellenländern, wobei der Schwerpunkt auf der Verringerung der Treibhausgase, der Energieeffizienz, erneuerbaren Energien sowie emissionsarmen Energietechnologien, insbesondere Kohlenstoffabscheidung und -speicherung, liegt;
- ✓ Gewährleistung der Umsetzung des Vertrags über die Energiegemeinschaft, und zwar mit dem Ziel, ihn weiterzuentwickeln und möglicherweise auf Norwegen, die Türkei, die Ukraine und die Republik Moldau auszudehnen;
- ✓ umfassende Nutzung der Instrumente, die die Europäische Nachbarschaftspolitik bietet.<sup>571</sup>

---

<sup>571</sup> Vgl. Rat der Europäischen Union, 2007b, S. 19. Hervorhebungen durch den Autor.

An dieser Zielsetzung schließen nicht nur die Bestimmungen in den ENP-Aktionsplänen mit den benachbarten Staaten an, sondern auch die *Zentralasien-Strategie*, die unter deutscher EU-Ratspräsidentschaft am 22. Juni 2007 verabschiedet wurde. Die EU geht eine Bindung zur bilateralen Zusammenarbeit mit den ENP-Staaten wie auch zur regionalen Zusammenarbeit im Energiebereich in der Schwarzmeer- und Kaspischen Region<sup>572</sup> ein. Der Ausbau der Beziehungen dient als Alternativprogramm in der Region zu den geostrategischen, wirtschaftlichen und politischen Bestrebungen regionaler (Türkei, Iran) und globaler (Russland) Energiemächte.

Die zunehmende Importabhängigkeit wie auch die ansteigende Nachfrage bei fossilen Energieträgern (vgl. Abb. 31 und 32 im Anhang) geben zum einen Anlass zur Entwicklung der Beziehungen zu den neuen Nachbarn der EU um das Schwarze und Kaspische Meer in Bereichen der Energiesicherheit und der damit zusammenhängenden geopolitischen Dimension. Die im Kaspischen Meer nachgewiesenen Öl- und Gasreserven wie auch die Diversifizierung der Öl- und Gasproduktion lassen zum anderen die strategische Bedeutung der Anrainerstaaten der Region stärker in Erscheinung treten. Während Kasachstan und Aserbaidschan die Vormachtrolle in der Ölproduktion haben, sind Usbekistan und Turkmenistan führend in der Gasproduktion (vgl. Abb. 33 und 34 im Anhang).

In diesem Zusammenhang entstehen neue strategische Rivalitäten mit der größten Energiemacht in der Region – der Russischen Föderation. Die Beziehungen der EU zu Russland in Fragen der Energiepolitik erfordern eine zweiseitige Analyse. Es soll trotzdem festgehalten werden, dass Russland der Hauptenergielieferant für die erweiterte EU darstellt: 30% der Ölimporte und 50% der Gasimporte bezieht die EU aus Russland.

- Die Nachfrage nach fossilen Energierohstoffen steigt stetig im heimischen russischen Energiemarkt (vgl. Abb. 35 im Anhang). Die erhöhte Nachfrage begegnet Russland jedoch nicht mit ausreichenden Investitionen im Energiesektor, dem Ausbau der Gasreserven wie auch neuer Gasfelder, deren Kosten die Ausgaben für den Ausbau neuer Gasfelder in Nordafrika und im Mittleren Osten übersteigen<sup>573</sup>. Desweiteren berichtet die Weltbank<sup>574</sup>, dass 2005 der Öl- und Gassektor 20% vom russischen Bruttoinlandsprodukt repräsentiert. Diese Sektoren generieren mehr als 60% (für 2007 64%) der Exporteinnahmen und der Anteil der ausländischen Direktinvestitionen beträgt 30% in diesen Wirtschaftsbereichen.

---

<sup>572</sup> Vgl. ENP-Aktionsplan EU-Armenien, 2006, S. 27; ENP-Aktionsplan EU-Aserbaidschan, 2006, S. 6; ENP-Aktionsplan EU-Georgien, 2006, S. 2; EU/Moldova Action Plan, 2004, S. 37f.; EU/Ukraine Action Plan, 2004, S. 33ff.

<sup>573</sup> Vgl. Timoshenko, 2007

<sup>574</sup> Vgl. World Bank, 2006

- Jedoch, trotz hoher Importabhängigkeit russischer Gas- und Ölprodukte einiger EU-Mitgliedstaaten wie z.B. Finnland und Bulgarien, beruhen die EU-Russland-Energiebeziehungen auf der Geschäftslogik<sup>575</sup>.

Einerseits legt Russland Wert auf die Diversifizierung seiner Energietransportnetze nach China und in die USA. Zugleich hat die EU Interesse an der Diversifizierung vom russischen Öl- und Gasmarkt. Andererseits führt die Bildung geostrategischer Allianzen im Energiesektor mit Staaten in Zentralasien als auch mit EU-Mitgliedstaaten wie Bulgarien, Griechenland und Italien zur Wiedererlangung der Vormachtstellung Russlands in der Welt. Aufgrund mangelnder Kohärenz in der EU-Energieaußenpolitik setzt Russland weiterhin auf eine *Bilateralisierung* energiepolitischer Kooperationen<sup>576</sup> und auf eine deutliche Präferenzhierarchie<sup>577</sup>. Besonders die Tatsache, dass Russland bedeutende Macht innehat, die eurasischen Gasmärkte zu dominieren und zu gestalten, hat Konsequenzen für die EU. Desweiteren hat Russland in der Schwarzmeerregion eine gute Ausgangsposition als der einzige Energielieferant.<sup>578</sup>

Die von der EU bevorzugten bi- und trilateralen Energieprojekte sind mit den strategischen Energieprojekten in der russischen Energieaußenpolitik nur schwer zu vereinen und die nachfolgende Abbildung veranschaulicht diese Annahme. Es fällt jedoch auf, dass der ENP-Staat Moldau keinen nennenswerten Vorteil aus seiner geografischen Lage in diesem energiepolitischen Schema für rentable Transportkorridore eurasischer Öl- und Gasprodukte nach Westeuropa ziehen kann. Darüberhinaus sollen die Pipelinerouten zum größten Teil das ukrainische Territorium umgehen. Infolgedessen konzentriert sich Russland auf einige EU-Staaten wie Bulgarien, Griechenland, Italien und Ungarn. In diesem komplizierten Konzept energiestrategischer Beziehungen tritt die Konkurrenz<sup>579</sup> zwischen den von Russland favorisierten Pipelinerouten wie South und Blue Stream und wichtigen EU-Routen wie NABUCCO in Erscheinung.

---

<sup>575</sup> Vgl. Kivinen, 2007, S. 19f.

<sup>576</sup> Vgl. Umbach/ Skiba, 2007, S. 3

<sup>577</sup> Vgl. Sander, 2007, S. 7

<sup>578</sup> Vgl. Mangott/ Westphal, 2008, S. 156

<sup>579</sup> Vgl. Mangott/ Westphal, 2008, S. 159

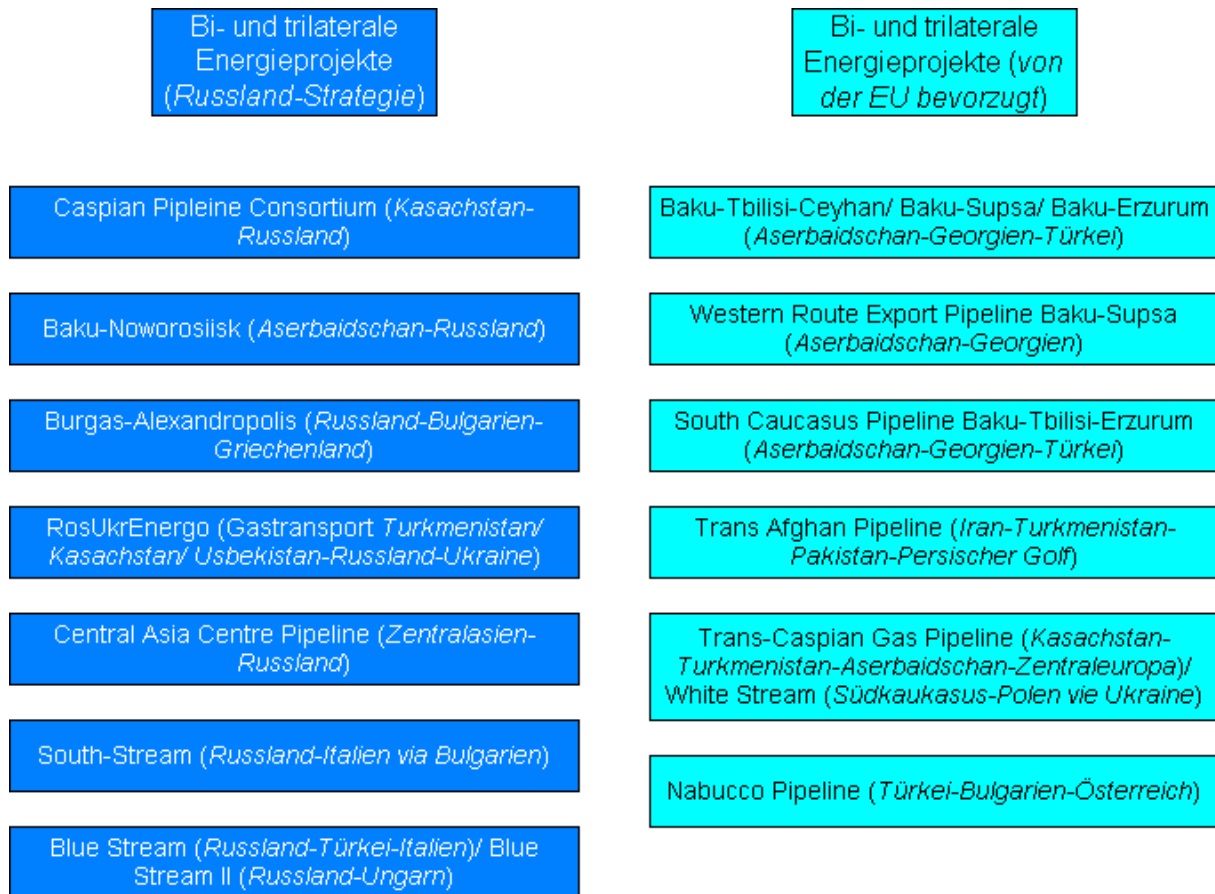


Abbildung 14: Energieprojekte im eurasischen Kontext, eigene Darstellung, Quelle: Zusammenstellung auf der Basis verschiedener Quellen und Sekundärliteratur durch den Autor.

Das Muster der konzentrischen Kreise kann mit unterschiedlicher Geltung der Normen und Regeln ebenfalls auf die EU-Energiepolitik übertragen werden. Die inneren Kreise umfassen die EU-Mitgliedsstaaten, die EWR-Staaten wie auch die Staaten in Südosteuropa und die Balkanstaaten<sup>580</sup>. Die unmittelbar angrenzenden Nachbarstaaten und deren Nachbarn bilden den äußersten Kreis dieses Konzepts. Als langfristiges Ziel besteht die Verwirklichung eines Ordnungsrahmens für einen gemeinsamen Energiemarkt.<sup>581</sup> Die Beseitigung der Grenzen zwischen den Kreisen beruht auf der Teilnahme einiger EU-Staaten wie Bulgarien, Griechenland, Rumänien, Lettland und die Slowakei an kreisübergreifenden Projekten (INOGATE, TRACECA) und Mitgliedschaft in regionalen Organisationen (BSEC, SECI). In einem Mehrebenensystem sinkt progressiv die Macht der in den äußeren Kreisen situierten Staaten. Dadurch verlagern sich nationale Souveränität und nationale Grenzen über den Geltungsbereich des nationalen Staates in regionale Strukturen und darüber in den Geltungsbereich der EU.

<sup>580</sup> Vgl. Official Journal of the European Union, 2006, S. 1

<sup>581</sup> Vgl. Westphal, 2007, S. 243f.

Angesichts der veränderten machtpolitischen Lage im post-sowjetischen Raum ist die Stärkung regionaler Konstruktionen und regionaler Kooperation als Ausgleich politischer Handlungen und Projekten an der neuen Grenze der EU zu betrachten. Durch den Ausbau und die Erschließung der Kooperation in Energiefragen für die regionale Zusammenarbeit durch EU-finanzierte Initiativen<sup>582</sup> wie INOGATE, TRACECA, die Initiative von Baku oder regionale Organisationen wie die Schwarzmeerkoooperation mobilisiert die EU die Akteure unterhalb der nationalstaatlichen Ebene (bottom-up).

Die ENP-Staaten geraten als Mitglieder in regionalen Strukturen und Organisationen im Vorfeld der von der EU geförderten Kooperation in unterschiedlichen Bereichen wie Sicherheit, Energie, Transport, Umwelt und Wirtschaft. Somit entsteht der neue Rahmen für die nachbarschaftlichen Beziehungen neben dem Muster konzentrischer Kreise. Die ENP-Staaten realisieren ihre außenpolitischen und wirtschaftlichen Prioritäten und Interessen in unterschiedlichen Kreisen mit unterschiedlicher Kooperationsbreite und in unterschiedlichem Kooperationsgrad. Es bleibt jedoch weiterhin die Frage offen, wie lange die ENP-Staaten diesen Zustand akzeptieren, solange ihnen die EU keine Teilnahme an der politischen Union (Teilnahme an den Institutionen) gewährt.

Die nachfolgende Abbildung stellt regionale Strukturen im Energiebereich dar, aber auch damit verbundene regionale Strukturen in Sicherheits-, Verkehrs- und Umweltbereichen, an denen alle ENP-Staaten teilnehmen und in denen die EU die bottom-up Ansätze in der Nachbarschaft fördert. Die Abbildung beansprucht keiner Vollständigkeit, enthält jedoch die wichtigsten Kooperationsmöglichkeiten in beiden Regionen.

---

<sup>582</sup> Vgl. ENP-Aktionsplan EU-Armenien, 2006, S. 12; ENP-Aktionsplan EU-Aserbaidshon, 2006, S. 11; ENP-Aktionsplan EU-Georgien, 2006, S. 13f.; EU/Moldova Action Plan, 2004, S. 43; EU/Ukraine Action Plan, 2004, S. 41

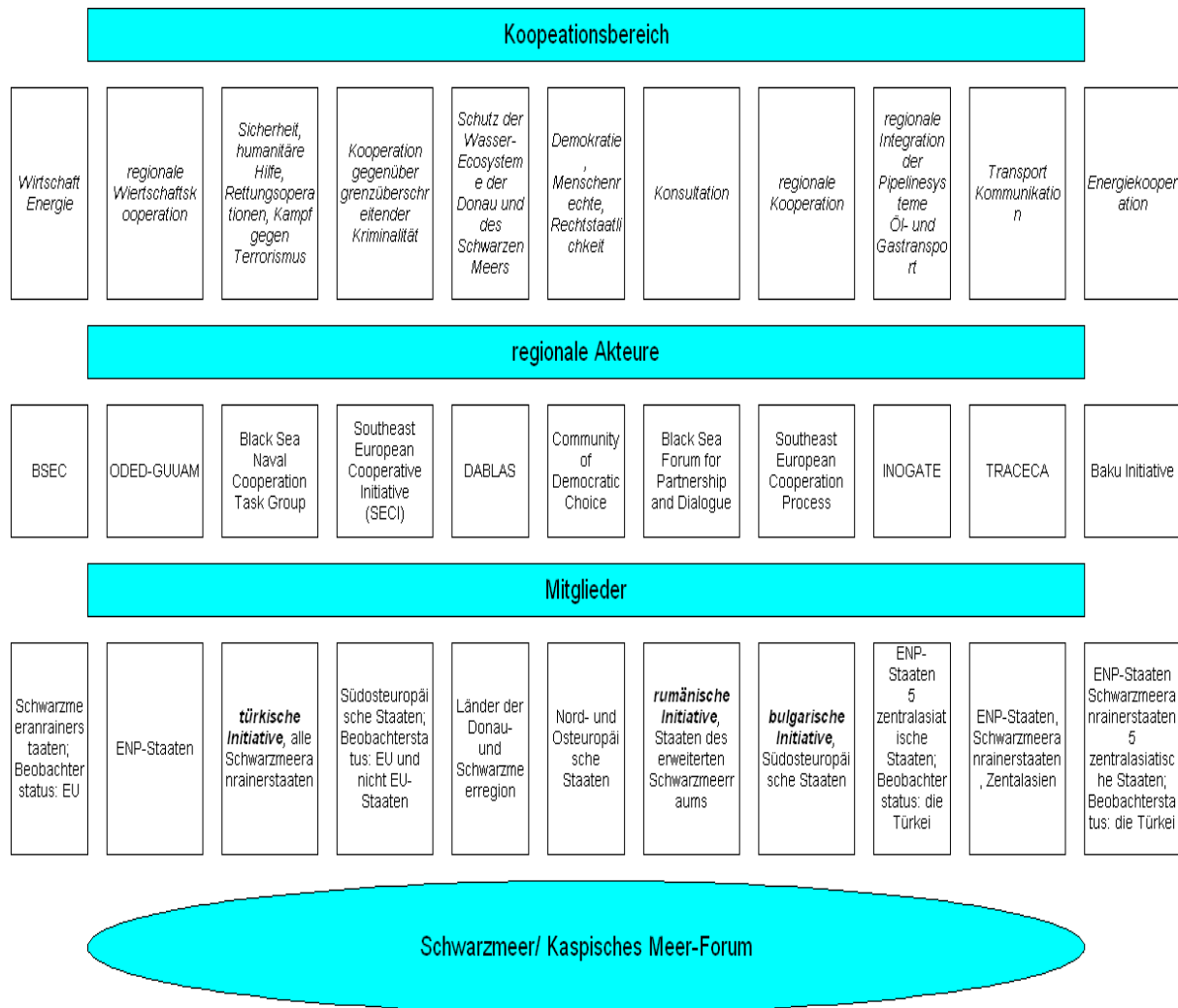


Abbildung 15: Regionale Strukturen im Schwarzmeer- und Kaspischen Raum, eigene Darstellung, Quelle: offizielle Internetpräsenzen der verschiedenen Organisationen und Initiativen.

Anhand der Information in dieser Abbildung kann festgehalten werden, dass neben dem Konzept konzentrischer Kreise auch andere Muster regionaler Kooperation existieren. Die ENP-Staaten wie auch alle Anrainerstaaten in den Regionen um das Schwarze und Kaspische Meer sind in einem System regionaler Kooperation in beiden Regionen eingebunden, so dass die Beziehungen aller Mitglieder eng verflochten sind. Verschiedene Integrationsebenen und verschiedene Kooperationsbereiche entstehen zwischen der EU, der EU-Mitgliedstaaten und den ENP-Staaten.

Die Anrainerstaaten des Schwarzen Meers versuchen, vor allem Bulgarien, Rumänien, Griechenland und die Türkei, ihre unterschiedliche Heransgehenweise über den Sinn der Kooperationsmöglichkeiten in dieser Region zu realisieren. Ihre Initiativen decken die wichtigsten Grundsätze der Kooperation in der Region. Jedoch sind diese Staaten danach bestrebt, eine führende Rolle in einer der wichtigsten Regionen in Europa zu übernehmen.

Unter diesen Umständen entstehen unnötig wettbewerbsfähige Initiativen, die den Blick aller Akteure von der wichtigsten Zielrealisierung entfernen, nämlich erhöhte Kooperation nicht nur in Bereichen der soft security, sondern auch in Bereichen der hard security wie Energiesicherheit und Diversifikation der Transportroute für fossile Brennstoffe.

Den Staaten Südosteuropas „ (...) wird (...) nach den vier blutigen Balkankriegen der 90er Jahre des letzten Jahrhunderts die Möglichkeit gegeben, in einem zentralen, und auch sehr sensiblen Politikbereich Absprachen zu treffen und anschließend eine gemeinsame politische Vision zu entwickeln. Der Vertrag zur Gründung der Energiegemeinschaft ist ein Kernelement der EU-Strategie für Südosteuropa und ein wirksames Heranführungsinstrument zur europäischen Integration“<sup>583</sup>. Hinter der Politik der „ (...) Annäherung durch Verflechtung (...) steckt durchaus die Bereitschaft, aber auch die Absicht, diese Energiekooperation soweit zu treiben, dass am Ende so etwas wie eine wechselseitige Abhängigkeit voneinander entsteht“<sup>584</sup>. Die wechselseitige Abhängigkeit voneinander und die Attraktivität des Zentrums, in diesem Fall der erweiterten EU, verstehen sich nicht als Exklusion, sondern als kalkulierte Inklusion und eventuell als Vorstufe zu einem in langfristiger Perspektive endenden Beitritt. Vermutlich verbergen sich dahinter sicherheitspolitische Risiken, wenn die ENP-Staaten weiterhin nicht mit der EU kooperieren wollen. Doch gerade in sicherheitspolitischen Fragen gehören die unmittelbar angrenzenden Staaten der EU nicht an, befinden sich aber auch nicht außerhalb der Bestimmungen europäischer Politik<sup>585</sup>.

➤ *Die Region um das Schwarze Meer*

Nach dem Vollzug der Osterweiterung entstand eine gemeinsame Grenze zwischen der erweiterten EU und dem Schwarzen Meer. Unter diesen Umständen gerät die Region um das Schwarze Meer in die Interessensphäre der EU. Trotz andauernder Konflikte in der Schwarzmeerregion wie Transnistrien, Nagorno-Karabach, Südossetien und Abchasien und ansteigenden Drogen- und Menschenhandels haben andere Krisen wie beispielsweise die fortlaufenden Lieferungsprobleme von russischem Erdöl und –gas Ende 2006 und Anfang 2009 zusätzlich die strategisch wichtige Lage des Schwarzen Meeres stärker in Erscheinung treten lassen. Letztlich hat die EU Beitrittsverhandlungen mit der Türkei am 3.10.2005 aufgenommen.

---

<sup>583</sup> Vgl. Erler, 2006

<sup>584</sup> Vgl. Erler, 2006

<sup>585</sup> Vgl. Tassinari, 2005, S. 5

Viele geopolitische Realitäten leiten die Interessen unterschiedlicher Mächte im Schwarzmeerraum. Schon im 19. Jahrhundert erkannten sowohl Russland als auch das Osmanische Reich die immens wichtige strategische Bedeutung dieser Region. Nach dem Ende des Kalten Krieges und vor allem nach der veränderten Sicherheitssituation nach den verübten Anschlägen in den USA zog die Region um das Schwarze Meer Aufmerksamkeit auf sich für die Politik der EU und allgemein für die Weltpolitik als Zone unterschiedlichster Machtinteressen. Die USA betrachten die Lage des Schwarzen Meeres als strategischen Korridor zu den internationalen Brennpunkten im Nahen und Mittleren Osten. Die EU hat den geografischen Anwendungsbereich der ENP nicht nur auf die Ukraine, Belarus und Moldau, sondern auch auf die Länder des Südkaukasus – Armenien, Georgien und Aserbaidschan – ausgedehnt. Und nicht zuletzt versuchen Russland und die Türkei, die zum Teil verlorenen politischen und wirtschaftlichen Positionen wiederzuerlangen. Dadurch geraten die Staaten um das Schwarze Meer unter erheblichen Druck, ihre politischen und wirtschaftlichen Interessen und Präferenzen den anderen beteiligten Akteuren gegenüber durchzusetzen. Dennoch dominiert die EU in einem beträchtlichen Umfang den Verlauf der Außenpolitik der einzelnen Staaten in der gesamten Schwarzmeerregion.

➤ *Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit im Schwarzmeerraum*

Am 25. Juni 2007 fand das Treffen<sup>586</sup> des Außenministerrates der Mitgliedstaaten in der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit im Schwarzmeerraum (BSEC) statt. Die BSEC wurde 1992 in Istanbul als institutionalisiertes Forum aller angrenzenden Staaten gegründet. Die erweiterte Schwarzmeerregion schließt Russland, die Ukraine, Moldau, Rumänien, Bulgarien, Albanien, Griechenland, die Türkei, Armenien, Aserbaidschan und Georgien aufgrund der engen historischen, kulturellen und sozialen Beziehungen ein. Somit umfasst die Schwarzmeerregion ein Territorium von ca. 20 Mio. Quadratkilometern und eine Bevölkerungszahl von über 350 Mio. Einwohnern. Das Hauptziel der Organisation ist die multilaterale Regionalkooperation in den Bereichen Handel und Industrie, Energiesicherheit, Transport, Kommunikation, Wissenschaft, Landwirtschaft, Umwelt und Tourismus zu fördern. Die Schwarzmeerwirtschaftskooperation ist eine junge internationale Organisation. Dennoch verfügt sie über eine gut organisierte und funktionierende Struktur (vgl. die nachfolgende Abb.) mit Generalsekretariat, Troika, Rat der Außenminister wie auch zugehörigen Institutionen und angegliederten Zentren.

---

<sup>586</sup> Vgl. BSEC, 2007a. Vgl. Hrisoskulov, 2008, S. 152 – 156



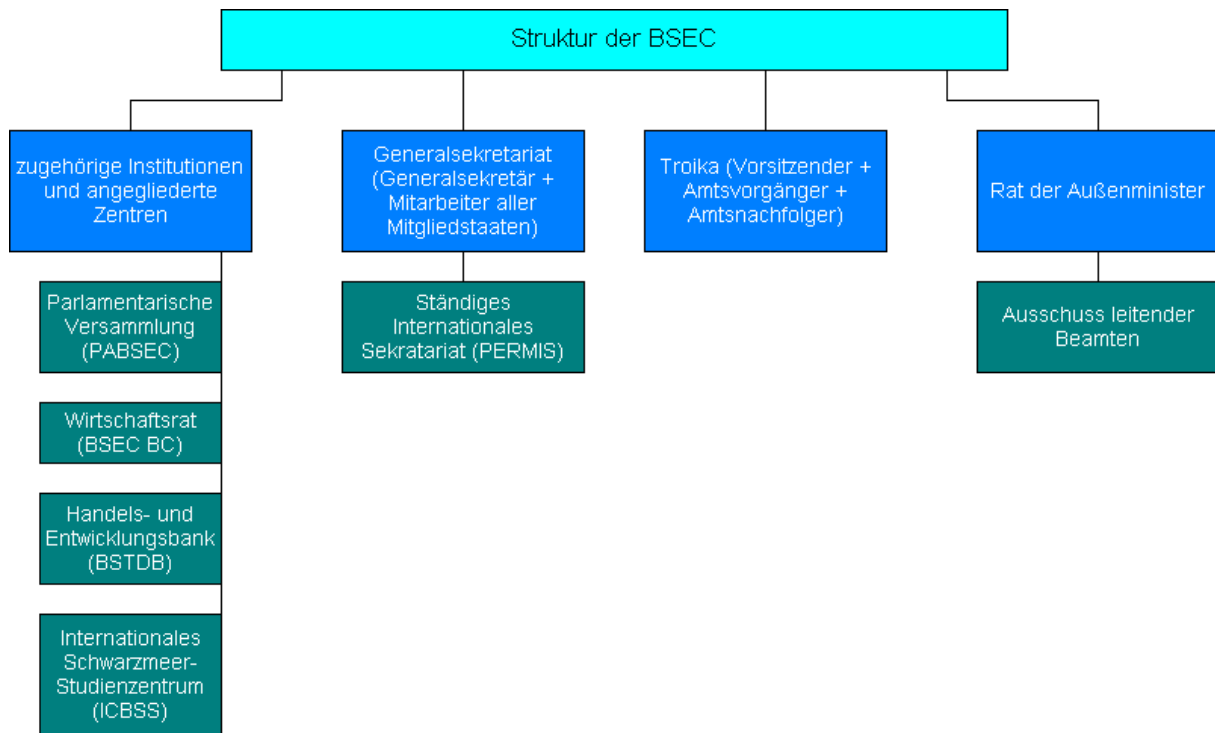


Abbildung 16: Struktur der BSEC, eigene Darstellung, Quelle: BSEC, 1999, Art. 11 – 16, Art. 24

Das Treffen am 25.06.2007 in Istanbul widmete sich den Hauptorientierungszielen der BSEC, regionale Kooperation in strategisch wichtigen Bereichen wie Transport und Energie zu sichern, dabei jedoch die Interessen aller Mitgliedstaaten und die dazu benötigten Ressourcen zur Realisation der nationalen Präferenzen zu berücksichtigen. Bestehende und geplante Energietransportnetze in der Schwarzmeerregion jedoch auch in einer weiteren wichtigen energiereichen Region – dem Kaspischen Meer – lassen die Präferenzen unterschiedlicher Akteure leiten: Russland als Rohstoffherzeuger und die Türkei als Transitland und andere Akteure beeinflussen dadurch die Effektivität der BSEC, besonders wenn geostrategische und geopolitische Präferenzen und Intensitäten das politische und wirtschaftliche Geschehen in der Region überwiegen.

Der italienische Erdöl- und Erdgaskonzern ENI (Ente Nazionale Idrocarburi) und der russische Riese GAZPROM verständigten sich 2007 auf die Verlängerung der Erdgaslieferungen nach Italien bis 2035 und die Kooperation in der Exploration und Produktion. Desweiteren ist in der besiegelten Allianz die Zusammenarbeit im Bereich der Infrastrukturen für den Gastransport vorgesehen. Darüber hinaus soll das geplante und seit Anfang 2007 unterzeichnete Abkommen zwischen Russland, Griechenland und Bulgarien Projekt *Burgas-Alexandropolis* russisches Öl vom Schwarzen Meer zum Mittelmeer

befördern. Im Januar 2008 unterzeichneten Bulgarien und Russland ebenfalls weitere bilaterale Abkommen im Energiebereich: über die Transitgaspipeline *South Stream*, den Aufbau des Atomkraftwerkes *Belene* wie auch zur Gründung eines internationalen Unternehmens beim Projekt *Burgas-Alexandropolis*.<sup>587</sup>

- Zum einen kommen zwei Mitgliedsstaaten der EU wie Bulgarien und Griechenland weitreichend in die Verhandlungen mit Russland und dem staatlich dominierten Ölkonzern TRANSNEFT voran, besonders wenn ein politisches Vakuum zwischen der EU und Russland entsteht.

Die großen Energieprojekte lenken Bulgarien in das *Great Game* der energiestrategischen Rivalität. „Dies bedeutet, dass sich Bulgarien zu einem strategischen Faktor bei der Gestaltung, Vertretung und Durchführung europäischer Energiepolitik entwickelt. Die lancierten Engagements für andere Energieprojekte wie ‚Nabucco‘ tragen zur gemeinsamen europäischen und internationalen Politik der Diversifizierung von Energiequellen und -korridore bei.“<sup>588</sup> *South Stream* soll nicht Alternative zu Nabucco, sondern Garantie zur stärkeren Entwicklung des Geschäftsklimas sein.<sup>589</sup> Dies ist ein eindeutiges Zeichen dafür, dass die neuen Mitgliedsstaaten nach der vollzogenen Osterweiterung ihre nationalen Außenpolitiken mit in die EU brachten. Dennoch sind sie stets bemüht, ihre Staatsinteressen mit dem gemeinsamen EU-Rahmen in Einklang zu bringen.

- Zum anderen sehen die beiden Projekte die Umgehung der lancierten und existierenden türkischen Energietransportnetze wie die Baku-Tbilisi-Ceyhan vor.

Diese Energietransportnetze beeinträchtigen die Türkei, wirtschaftliche Gewinne wie politische Einflussmöglichkeiten zu erzielen. Noch wichtiger ist es, dass dem geplanten Abkommen zwischen ENI und GAZPROM auch Griechenland und Bulgarien beitreten können.

Eine objektive Analyse der dargestellten Situation verdeutlicht aber, dass der stetig ansteigende Bedarf nach Energierohstoffen die Möglichkeit für neue und effiziente Transportkorridore eröffnet. Darüberhinaus ermöglicht dies die Diversifikation von genau geplanten und wissenschaftlich fundierten Projekten bezüglich Volumen und Transport von fossilen Brennstoffen in der nahen und fernen Zukunft. In diesem Sinne besteht eine immense Nachfrage für Projekte wie *Samsun-Ceyhan* oder das *Nabucco-Pipeline-Projekt*, die eher wirtschaftliche als politische Indikatoren beinhalten.

---

<sup>587</sup> Die neu gewählte bulgarische Regierung im 2009 gab jedoch bekannt, alle Verträge mit Russland über wichtige Energieprojekte erneut zu prüfen.

<sup>588</sup> Parvanow, 2008a

<sup>589</sup> Vgl. Parvanow, 2008b

Die Verhandlungen über die Energietransportkorridore können ebenfalls als Garant für die Annäherung Russlands in die Verhandlungen mit der EU angesehen werden. Die EU-Kommission ist sich der großen strategischen Bedeutung der Energiepolitik bewusst. Deshalb enthält das Legislativpaket *Energie für Europa durch Versorgungssicherheit und einen echten Markt* Schutzvorkehrungen für den Fall, dass Unternehmen aus Drittländern bedeutende Anteile erwerben oder sogar die Kontrolle über ein EU-Netz übernehmen wollen. Diese müssen sich in gegebenen Fällen dann nachweislich und unwiderruflich den gleichen Entflechtungsanforderungen unterwerfen wie EU-Unternehmen. Ist ein Käufer nicht in der Lage, seine direkte und indirekte Unabhängigkeit von Versorgungs- und Erzeugungstätigkeiten nachzuweisen, kann die Kommission einschreiten.<sup>590</sup> Dennoch ist die Erfahrung alter und neuer EU-Mitgliedsstaaten in Kooperation mit Russland für die künftige Entwicklung der EU-Russland Beziehungen im Energiesicherheitsbereich als wichtig und richtungweisend zu bezeichnen.

Eins der großen Vorhaben der BSEC im Transportbereich ist das Projekt zum Aufbau eines Autobahn- und Energierings um das Schwarze Meer. Dieses Projekt sieht die Zusammenführung der Energienetze der BSEC-Mitgliedstaaten und die Modernisierung der Schwarzmeerbahnen vor.<sup>591</sup> Alle BSEC-Mitgliedstaaten unterstützen den geplanten Autobahnring um das Schwarze Meer. Der Bau des Autobahnringes erhält eine wichtige Position bei der interregionalen Zusammenarbeit zwischen allen teilnehmenden Staaten. Dabei geht es um eine Autobahn, die durch alle BSEC-Staaten an der Schwarzmeerküste führt und auf folgende Städte trifft: Istanbul (Türkei), Samsun (Türkei), Trabzon (Türkei), Batumi (Georgien), Poti (Georgien), Jerewan (Armenien), Baku (Aserbaidschan), Noworossijsk (Russland), Rostov-na-Don (Russland), Taganrog (Russland), Mariupol (Ukraine), Melitopol (Ukraine), Odessa (Ukraine), Chischinau (Moldau), Bukarest (Rumänien), Constantza (Rumänien), Haskovo (Bulgarien), Sofia (Bulgarien), Nisch (Serbien), Belgrad (Serbien), Tirana (Albanien), Edirne (Türkei), Komotini (Griechenland), Alexandropolis (Griechenland) und wieder Istanbul.

Eine weitere wichtige Resolution des BSEC Rates ist die Anerkennung des Beobachterstatus der EU-Kommission in der BSEC-Struktur.<sup>592</sup> In Anlehnung an der BSEC-Charta (Art. 8 – 9) ermöglicht dieser Status Konsultationen, Austausch wie auch Dialog zwischen den beiden Parteien (BSEC und EU-Kommission) in bestimmten Sektoren. Eines der effizientesten

---

<sup>590</sup> Press Releases (EU), 2007

<sup>591</sup> Vgl. BSEC, 2007b wie auch BSEC, 2007c

<sup>592</sup> Vgl. BSEC, 2007a

Instrumente europäischer Außenpolitik ist der politische Dialog mit Drittstaaten<sup>593</sup> beziehungsweise einer Gruppe von Drittstaaten, der zur Kooperation der Mitgliedstaaten auf der internationalen Bühne und zum Werteexport ihres legitimen demokratischen Regierens beiträgt. In dieser Sicht setzt das auswärtige Regieren<sup>594</sup> der EU Begriffe wie Demokratie, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und *good governance* in den Beziehungen zu der unmittelbaren Nachbarschaft. In diesem Zusammenhang bekommt die erweiterte EU eine zusätzliche Möglichkeit zur Demokratisierung der benachbarten Staaten, vor allem wenn Georgien, Armenien, Aserbaidschan, Moldau und die Ukraine gleichzeitig Mitgliedsstaaten regionaler Organisationen wie der BSEC sind und an der ENP teilnehmen.

Die Öl- und Gasvorräte sollen jedoch nach verschiedenen Meinungen für die nächsten zwanzig bis dreißig Jahren ausreichen. Eine Neuausrichtung der Energiepolitik der ENP-Staaten erscheint aus diesem Grund erforderlich und die EU ist sich pflichtbewusst, die Stärkung der Energieeffizienz und die erneuerbaren Energiequellen<sup>595</sup> im Einklang mit den Beschlüssen des Rates vom 2. Mai 2007<sup>596</sup> zu fördern. Desweiteren ist der Bedarf an Investitionen in den ENP-Staaten in den Bereichen der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energietechnologien und Energiegewinnung enorm groß. Die notwendigen Investitionen im Umweltbereich der drei GUS-Länder Russland, die Ukraine und Georgien werden auf ein Mindestvolumen von etwa 952 Mrd. Euro geschätzt. Dabei entfällt der größte Anteil um rund 97% auf den Bereich Energie<sup>597</sup>. Ende 2004 hat die aserbaidische Regierung<sup>598</sup> die Nutzung erneuerbarer Energien (Wind- und Wasserkraftenergiequellen) in einer Staatsverordnung festgeschrieben. Jedoch fehlt die benötigte Gesetzgebung nach europäischen Standards. Im Bereich der erneuerbaren Energien setzen Armenien<sup>599</sup> und Georgien ebenfalls auf finanzielle Unterstützung und Know-how aus der EU und vorwiegend aus der Bundesrepublik Deutschland.

Im Bereich der Energieeffizienz stehen die Bemühungen der ENP-Staaten in ihren Anfängen. Diese Ansätze können jedoch maßgeblich zur Stabilisierung der Region und zur Effizienz der Energiequellen beitragen. Die EU-Fördermittel und EU-Programme wie auch die gesteckten Ziele in der Europäischen Nachbarschaftspolitik sind Teil der EU-

---

<sup>593</sup> Vgl. Monar, 1997, S. 263 – 274

<sup>594</sup> Vgl. Jünemann/ Knodt, 2006, S. 187 – 196

<sup>595</sup> Vgl. ENP-Aktionsplan EU-Armenien, 2006, S. 27; ENP-Aktionsplan EU-Aserbaidschan, 2006, S. 29; ENP-Aktionsplan EU-Georgien, 2006, S. 29; EU/Moldova Action Plan, 2004, S. 38; EU/Ukraine Action Plan, 2004, S. 34f.

<sup>596</sup> Vgl. Rat der Europäischen Union, 2007b, S. 20ff.

<sup>597</sup> Vgl. Österreichische Gesellschaft für Umwelt und Technik, 2006, S. 2f.

<sup>598</sup> Vgl. Köhrer, 2007

<sup>599</sup> Vgl. Lichter, 2006

Inklusionspolitik gegenüber der unmittelbaren Peripherie. Jedoch setzt die EU die kalkulierte Kooperationsbereitschaft der Peripherie vor, die Exklusionsaufgaben des Zentrums zu lösen.

### **III. Belarus oder der Umgang der EU mit problematischen Nachbarn**

Im Rahmen der Transformationsprozesse nach der Auflösung des bipolaren Systems verzeichneten die Staaten in Mittel-, Ost- und Südosteuropa wie auch im südlichen Kaukasus eine deutliche Annäherung an westliche Strukturen und Organisationen. In diesem Prozess bleibt Belarus unter dem seit 1994 regierenden Präsidenten *Alexander Lukaschenko* ein Sonderfall. Die 1996 und 2004 durchgeführten, stark manipulierten und von Russland tolerierten Referenden zur Machtkonzentration des Präsidentenamtes und zur weiteren Kandidatur für das Präsidentenamt ohne Begrenzung der Amtszeit, als auch die 2006 mit überwältigender Mehrheit (über 80%) gewonnenen Präsidentschaftswahlen stärkten die machtpolitische Position *Lukaschenkos*, reduzierte den realen Einfluss oppositioneller Parteien und NGOs im Machtgefüge Belarus (und somit die Herausbildung eines alternativen Machtpotenzials gehindert<sup>600</sup>) und entfernte Belarus politisch weiter von der EU. Die ENP, die EU mit ihrer Politik der *carrots and sticks* wie auch ein eventueller EU-Beitritt und die Demokratisierung des Landes stehen nicht auf der politischen Agenda *Lukaschenkos*.

#### **1. Die EU-Belarus Beziehungen**

In den Jahren seiner Amtszeit verhinderte *Lukaschenko* die Herausbildung einer Oligarchen-Klasse in Belarus. Somit kann das Regime als eine andere Art der Transformation der post-sowjetischen Staaten betrachtet werden, wobei sich dieses Modell von dem der EU deutlich unterscheidet.<sup>601</sup> Desweiteren bilden Belarus und die EU eine über 1250 km lange gemeinsame Grenze, welche unterschiedliche Herausforderungen und Möglichkeiten für beide Seiten anbietet. Belarus ist ein wichtiges Transitland für Warenprodukte aus der EU in den Osten Europas und für Energieexporte aus der Russischen Föderation in die EU.

Belarus gilt jedoch als weitreichend potenzieller ENP-Partner, sodass „ (...) *Belarus ein demokratischer, stabiler, verlässlicher und zunehmend wohlhabender Partner wird, mit dem die erweiterte EU nicht nur gemeinsame Grenzen teilt sondern auch eine von gemeinsamen*

---

<sup>600</sup> Sahm, 2004, S. 101

<sup>601</sup> Vgl. Vysotskaya, 2005, S. 9

*Werten vorangetriebene gemeinsame Agenda*<sup>602</sup>. Die Prägung der wirtschaftlichen und politischen Landschaft Belarus kann unter der räumlichen Nähe zu zwei Machtblöcken, insbesondere der EU und ihrer Mitgliedsstaaten im Westen und der Russischen Föderation im Osten betrachtet werden.

Trotz der gewünschten Zusammenarbeit mit Belarus liegen die Beziehungen zu der Ex-Sowjetrepublik auf Eis. Dieser Zustand ist ein signifikantes Beispiel für den erschwerten Umgang der EU mit unfähigen (unwilligen) und unkooperativen Partnerstaaten an der unmittelbaren Grenze. In diesem Zusammenhang ist der Fall Belarus eine besondere Herausforderung für die EU. Das im März 1995 unterzeichnete Partnerschafts- und Kooperationsabkommen ist bis zum heutigen Zeitpunkt noch nicht in Kraft getreten, sodass der Rahmen für einen politisch-institutionalisierten Dialog fehlt. Ebenso existiert kein Aktionsplan für Belarus<sup>603</sup>. Aus diesem Grund fällt die EU-Unterstützung sehr beschränkt aus und ist auf vertrauensbildende Maßnahmen in der Zivilgesellschaft eingeschränkt. Hilfeleistungen zur Rehabilitation von Tschernobyl-Opfern, die Förderung der Zivilgesellschaft (Support to the capacity building and networking of Belarusian Non Governmental Organizations and Local Authorities under the aegis European Commission) und des Bildungsbereichs (The Access to Higher Education for Belarusian Youth Programme, Erasmus Mundus External Co-operation Window) als auch Unterstützung der unabhängigen Medien und Informationsquellen (European Radio for Belarus)<sup>604</sup> sind die einzigen EU-geförderten Programme, die nochmals die limitierte Basis für die Kooperation mit Belarus unterstreichen. Wie aus der nachfolgenden Abbildung abzulesen ist, fällt dementsprechend die finanzielle Hilfeleistung gering aus und beläuft sich insgesamt auf ca. 22 Mill. Euro.

---

<sup>602</sup> Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 2004, S. 11f.

<sup>603</sup> Der Rat der EU hat im November 2004 beschlossen, dass *„(D)ie EU (...) weiterhin offen für einen Dialog mit Belarus über eine schrittweise Entwicklung der bilateralen Beziehungen (ist), sobald die belarussische Regierung mit konkreten Maßnahmen unter Beweis stellt, dass sie wirklich zu einer Wiederaufnahme bereit ist“*. Vgl. Rat der Europäischen Union, 2004c, S. 16

<sup>604</sup> Vgl. European Commission, 2008a

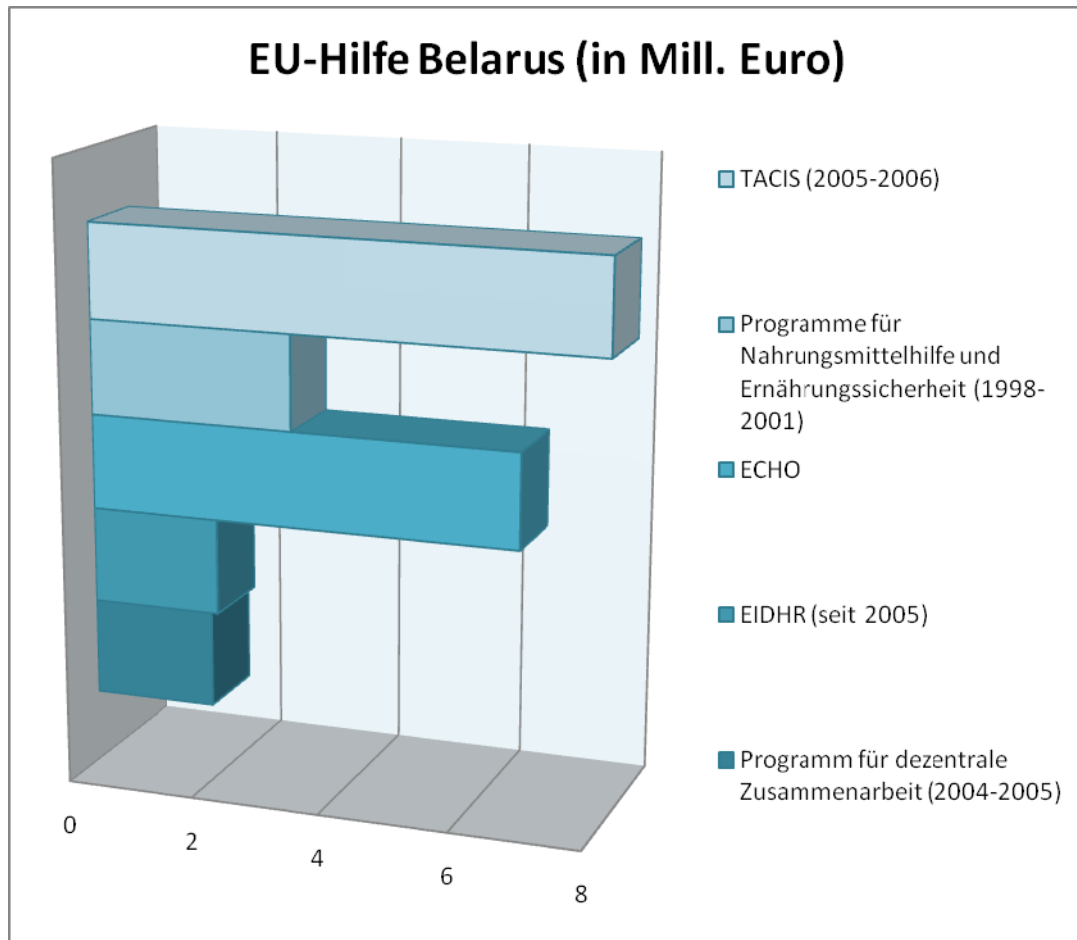


Abbildung 17: EU-Hilfe Belarus, eigene Darstellung, Datenquelle: Europäische Kommission/ Europäische Nachbarschaftspolitik, 2007, S. 14f.

Im Gegenzug zum europäischen Ansatz beschloss die US-Regierung 2001 den ersten *Belarus Democracy Act*. In den darauf folgenden Jahren verlängerten die USA die Geltung des Programms. Demokratieförderung, Achtung der Menschenrechte und der Rechtstaatlichkeit wie auch finanzielle Hilfe in Höhe von 40 Mill. Dollar zur Stärkung der Zivilgesellschaft, zur Durchführung freier Wahlen, zur Stärkung der Institutionen und zur Etablierung und Stärkung demokratischer Parteien sind in dem US-Papier niedergelegt.<sup>605</sup> Der Erfolg der US-Regierung zielt auf einen politischen Regimewechsel<sup>606</sup> durch Unterstützung der zivilgesellschaftlichen Ordnung im Land, die entscheidend für die Demokratisierung eines autoritären Regimes ist. Der Rahmen der Beziehungen EU-Belarus implementiert ebenfalls die Einführung restriktiver Maßnahmen zur Institutionalisierung und Förderung der gemeinsamen Werte und Normen, denn die belarussische Regierung verfehlte mehrfach die europäischen und internationalen Standards. So kam es zwischen 1998 und 1999 zur Einfrierung der technischen Hilfe (TACIS)

<sup>605</sup> Vgl. House of Representatives (US), 2004

<sup>606</sup> Vgl. Kunter, 2007, S. 42

und alle Kontakte zwischen der EU und Belarus führten der Vorsitz, der Generalsekretär/Hohe Vertreter, die Kommission und die Troika. Desweiteren verhängte die EU Visarestriktionen für belarussische Regierungsmitglieder. Diese Vorgehensweise wiederholte sich im Zeitraum 2002 – 2004.<sup>607</sup> 2007 beschloss die EU, Belarus aus dem sogenannten Generalsystem der Handelspräferenzen aufgrund der Nichteinhaltung der Arbeitnehmerrechte auszuschließen.<sup>608</sup> Dadurch knüpft die EU ihre Bemühungen zur Änderung des Normensystems in Belarus und zur Förderung der kollektiven Werte und Normen und zur Festlegung allgemein gültiger Konditionen (milieu goals) an, ohne dass die Union die nationale Souveränität Belarus gefährdet (possession goals).<sup>609</sup>

Die Politik der Peitsche für *unwillige* Nachbarstaaten ist jedoch nicht die richtige politische Auseinandersetzung mit den Problemen autoritärer Regime. Die Weiterführung restriktiver Politik würde Belarus noch mehr in Bedrängnis bringen, weiter von der EU isolieren und die Rolle der EU als Akteur in der unmittelbaren Nachbarschaft schwächen. Die Reaktion aus Belarus kann kaum deutlicher in den Worten von *Alexander Lukaschenko* ausfallen: „ (...) *We have been threatened with sanctions recently. But we have nothing to be afraid of. (...) We will not die from this USD 20-30 million worth of sanctions introduced by the EU (...)*“<sup>610</sup> Die geschwächte Opposition und der Mangel an realistischen Programmen zur Änderung der innerpolitischen Lage (wirtschaftlich, politisch, sozial) haben ebenfalls einen immensen Anteil an der Stärkung des *Lukaschenko* Regimes.

In Anbetracht des erschwerten Ausbaus der Beziehungen gegenüber autoritären Regimen kommt auf die neuen Mitgliedstaaten nach der Erweiterung der EU in den Jahren 2004/ 2007 eine ausschlaggebende Bedeutung zu, ihre direkten Kontakte zu den neuen Nachbarn aufzuwerten, um die Nachbarstaaten an der Ostgrenze nicht auszuschließen und dementsprechend die Gestaltung enger bilateraler Beziehungen voranzutreiben. Die langjährige Erfahrung beim Umgang mit Nachbarstaaten ist ein positives Zeichen zur weiteren Vertiefung der Beziehungen, denn die neuen EU-Mitgliedsstaaten können ihre Nachbarn politisch, wirtschaftlich, sozio-kulturell und sogar historisch einfach nicht nach einem EU-Beitritt ignorieren.

---

<sup>607</sup> Vgl. Kreutz, 2005, S. 37f. An ihrem Gipfel am 13.10.2008 haben die EU-Außenminister *Alexander Lukaschenko* und weitere belarussische Spitzenpolitiker aus der Liste für Einreisebeschränkungen für einen sechsmonatigen Zeitraum bis April 2009 herausgenommen.

<sup>608</sup> Vgl. N.N., 2007b

<sup>609</sup> Vgl. Tocci, 2008, S. 5 – 9. Vgl. über die detaillierte Auseinandersetzung zwischen milieu und possession goals in der normativen Profilierung der EU-Außenpolitik, Tocci, 2007, S. 4.

<sup>610</sup> Lukaschenko, 2007, zitiert in N.N., 2007e. Meine Abkürzung.



In dieser Konstellation legte Polen im Januar 2003 ein *Non-Paper*<sup>611</sup> der künftigen Nachbarschaftsbeziehung vor.<sup>612</sup> Im Lichte der EU-Strategie *Wider Europe* sieht das Strategiepapier der polnischen Regierung die Verhinderung neuer Trennlinien durch Unterstützung und Kooperation vor, baut jedoch auf eine Differenzierung der einzelnen Nachbarstaaten auf. Desweiteren werden jedoch regionale Elemente hervorgehoben, wie es im Fall der wirtschaftlichen Abhängigkeit ist. Eine *östliche Dimension* soll die *Nördliche Dimension* komplementieren und an die Erfahrungen bisheriger nachbarschaftlicher Verhältnisse (Barcelona Prozess, neue Mitgliedsstaaten, polnische NGOs) anknüpfen. Somit besteht die östliche Dimension nach polnischer Auffassung aus drei Säulen. Die erste Säule inkorporiert die Europäische Gemeinschaft und ihre GASP, die zweite – bilaterale und multilaterale Politiken der einzelnen Mitgliedsstaaten auf nationaler Ebene und die dritte – die Einflussnahme durch Nichtregierungsorganisationen (vgl. die nachfolgende Abb.).

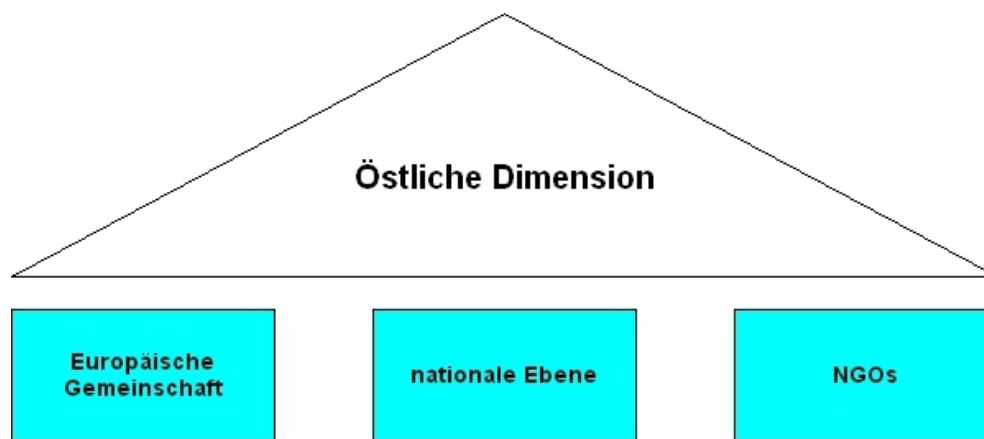


Abbildung 18: Drei-Säulen-System der Östlichen Dimension nach polnischer Begrifflichkeit, eigene Darstellung, Quelle: Ministry of Foreign Affairs of the Republic of Poland, 2003, S. 87

Als mittelfristige Perspektive schlägt die polnische Regierung die Vertiefung der Beziehungen zu der Ukraine und Moldau bis hin zur Assoziierung vor. Für Belarus sieht das polnische Konzept einen zweiseitigen Ansatz vor. Die Gestaltung der Beziehungen zu der belarussischen Regierung soll auf dem Prinzip der Konditionalität geschehen. *„Dies schließt einerseits die Fortführung des europäischen Isolationskurses, aber andererseits auch die Zusammenarbeit mit pro-demokratischen und lokalen Akteuren ein und ist somit flexibler als die offizielle Weißrusslandpolitik der EU. Gleichzeitig beabsichtigt die polnische Strategie, eine Politik ‚von unten‘ zu forcieren und dazu die technische Hilfe sowie die Zusammenarbeit*

<sup>611</sup> Vgl. Ministry of Foreign Affairs of the Republic of Poland, 2003, S. 85 – 98. Vgl. detailliert über die polnischen Ansätze zur Gestaltung der ENP und einer Östlichen Dimension, Natorski, 2007, S. 63 – 101

<sup>612</sup> Polens Bestrebung zur Etablierung einer Östlichen Dimension datieren seit 1998.

mit der Zivilgesellschaft auszubauen.“<sup>613</sup> Als langfristige Perspektive enthalten die Beziehungen zu den willigen Nachbarstaaten eine Beitrittsperspektive. Die Politik der neuen Mitgliedsstaaten gegenüber den östlichen Nachbarn ist als ein effektives Druckmittel auf eine eher unklare und deutlich heterogene EU-Nachbarschaftsstrategie zu bewerten. Darüberhinaus kommt es auf die Rolle einzelner Mitgliedstaaten an, die andere Ziele mit anderen Nachbarstaaten verfolgen<sup>614</sup>.

Im Falle Belarus hat Polen eine hervorragende Bedeutung. Obwohl die bilateralen Beziehungen nach der Machtergreifung von *Alexander Lukaschenko* auf der höheren Ebene fast eingefroren sind, arbeiten die polnische Elite und die polnische Bevölkerung an der Stärkung von direkten Einflussmöglichkeiten auf Belarus auf der Ebene von Nichtregierungsorganisationen wie auch an der Fortentwicklung der direkten Kontakte in den Grenzregionen wie im Wirtschafts- und Kulturbereich.<sup>615</sup> Das durch die territoriale Nähe erzeugte Verständnis für die Lage des Nachbarn lässt den Kerngedanken für den Ausbau und die Stärkung der Demokratie in Erscheinung treten.

Im Zusammenhang mit den zwischenmenschlichen Kontakten zwischen Bulgarien und den neuen Nachbarn der EU hat die bulgarische Regierung eine umfassende Strategie<sup>616</sup> verabschiedet. Nach diesem Konzept fördert die bulgarische Regierung die bulgarischen Minderheiten und vor allem die Jugendlichen vorwiegend in Moldau und der Ukraine, aber auch im Westlichen Balkan und der Türkei im Kultur- und Bildungsbereich. Desweiteren, im Hinblick auf die fehlenden Arbeitskräfte in Bulgarien und die schlechte finanzielle Lage vieler bulgarischer Minderheiten ohne bulgarische Staatsangehörigkeit in den neuen EU-Nachbarn, soll eine Art *Greencard* eine Arbeitsperspektive im Mutterland ermöglichen.

Im Falle Belarus stehen die Errungenschaften der polnischen Diaspora (wie z.B. sozialer und politischer Stand in der Gesellschaft) im Mutterland und im Gastland im Vordergrund der Sozialisation und Integration in die Entscheidungsstrukturen. Dadurch sind die Nachbarstaaten in gemeinsame Aktivitäten der EU und der einzelnen Mitgliedstaaten inkludiert. Jedoch ist die Bevölkerung außerhalb und gleichzeitig an der direkten EU-Außengrenze nach der Erweiterung des Schengen-Raums auf die mitteleuropäischen Mitgliedstaaten und dem umfangreichen Unionsvisaregime exkludiert.

Das Regieren und die Entscheidungsfindung in einer erweiterten Union gerade in Bezug auf die unmittelbare europäische Nachbarschaft hat nur eine reelle Chance zum Erfolg in einem

---

<sup>613</sup> Kempe, 2004, S. 104

<sup>614</sup> Ähnlich bei Helly, 2007, S. 113

<sup>615</sup> Vgl. Stoklosa, 2005, S. 6f.

<sup>616</sup> Vgl. Kalfin, 2007

Mehrebenensystem. Denn die 27 Mitgliedsstaaten haben unterschiedliche Prioritäten und unterschiedliche Lösungsansätze zur Regelung der nachbarschaftlichen Verhältnisse. Die kollektiven Ziele Sicherheit, Stabilität und Prosperität lassen sich nur durch eine differenziertere und flexiblere Nachbarschaftspolitik erreichen. Sie kombiniert die formellen und informellen Praktiken unterschiedlicher Akteure, die jedoch unterschiedlich legitimiert sind.<sup>617</sup>

Dies ändert jedoch nichts an der Tatsache, dass sich die politische und wirtschaftliche Umwelt um Belarus von Jahr zu Jahr verändert. Die Osterweiterung vollzogen die EU und die NATO erfolgreich. Dadurch sind die Nachbarstaaten der Ex-Sowjetrepublik wie Polen, Lettland und Litauen jetzt Mitglieder in einer westlichen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Allianz. An der europäischen Peripherie entstehen neue Nachbarschaftsverhältnisse und Nachbarstaaten wie die Ukraine und Moldau streben eine vertiefte Integration in die EU- und NATO-Strukturen an. Daher stellt der Fall Belarus eine der größten Herausforderungen für die EU in der unmittelbaren Nachbarschaft dar<sup>618</sup>, auch wenn von belarussischer Seite keine direkte militärische Bedrohung im Bereich der *hard security* kommt.

## **2. Russland-Belarus Beziehungen**

Im Gegensatz zu der EU-Politik bildet die Politik der Russischen Föderation einen wichtigen Bezugspunkt für die belarussische Innen- und Außenpolitik. Die guten Beziehungen untereinander bestätigten Belarus und Russland 1999 mit einem Unionsvertrag. Der Vertrag beabsichtigt eine Währungsunion, jedoch verschiebt vorwiegend die belarussische Seite seine Realisation immer wieder in die ferne Zukunft. *„Die von Belarus und Russland schrittweise eingeführte Zollunion ist so weit fortgeschritten, dass die beiden Länder nicht mehr als zwei getrennte Zollgebiete behandelt werden können. Bislang betreiben sie gegenüber Drittländern zwar keine gemeinsame Handelspolitik, sie haben ihre Zölle jedoch bereits für zahlreiche Erzeugnisse (insbesondere Industrieprodukte) harmonisiert und setzen diesen Prozess auch mit dem Ziel eines gemeinsamen Außenzolltarifs weiter fort.“*<sup>619</sup> 2005 unterzeichneten die belarussische und russische Regierung ein gemeinsames außenpolitisches Aktionsprogramm der russisch-belarussischen Union und ein Abkommen zur Gleichberechtigung von belarussischen und russischen Bürgern. Die Zusammenarbeit in militärischen Fragen mit *Putins* Russland zeichnet sich durch ein integriertes Luftabwehrsystem aus. Die Bedeutung

---

<sup>617</sup> Vgl. Zielonka, 2007, S. 198, 200 – 202, 205

<sup>618</sup> Vgl. Lynch, 2006a, S. 156ff.

<sup>619</sup> Europäische Kommission/ Europäische Nachbarschaftspolitik, 2007a, S.10

Russlands für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes ist ebenfalls enorm groß (vgl. Abb. 36 im Anhang).

Die Strategie Russlands bezweckt eine immer engere wirtschaftliche Kooperation durch Beteiligung an wichtigen Wirtschaftszweigen wie Energie (z.B. die Beteiligung von GAZPROM an Beltransgaz) mit Belarus als wichtiges Transitland für Energielieferungen bis zur völligen Absorption durch den russischen Staat. In diesem Fall verwandelt sich Belarus zum Objekt russischer Politik, sogar zum ausgelagerten Teil russischer Innenpolitik.

### **3. Doppelte Dialogstrategie der EU**

Die so dargestellte Situation lässt erkennen, dass Belarus zwischen zwei Fronten steht. Das ENP-Konzept *Ring von befreundeten Staaten* steht dem *nahen Ausland*-Konzept der Russischen Föderation entgegen. Im Fall Belarus verfolgt die EU eine zweiseitige Strategie (doppelte Dialogstrategie)<sup>620</sup>.

- ✓ Zum einen pflegt die EU selektive Beziehungen zu der höherrangigen politischen Ebene.
- ✓ Zum anderen investiert die EU in die Stärkung der Zivilgesellschaft und in vertrauensbildende Maßnahmen unter der belarussischen Bevölkerung und den oppositionellen Staatskräften.

In dieser Situation setzen die EU und ihre Mitgliedsstaaten durchaus gleiche Akzente in ihren Beziehungen zu Belarus. Es finden Treffen von belarussischen NGOs und Repräsentanten der Zivilgesellschaft mit Vertretern aus der EU und den EU-Mitgliedstaaten (Deutschland, Litauen u.a.) statt. Seit 2002 gilt das *Förderprogramm Belarus – Grenzen überwinden* des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung als Fortführung des Transformationsprozesses in Belarus. Projekte im Bereich der schulischen und außerschulischen Bildung, der beruflichen Weiterqualifizierung, der sozialen Arbeit, der Energieeinsparung und nachhaltigen Entwicklung oder bei der Förderung von Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten im ländlichen Raum werden durchgeführt.

Am 7. März 2008<sup>621</sup> unterzeichneten *Benita Ferrero-Waldner* (EU-Kommissarin für Außenpolitik und Nachbarschaftspolitik) und der belarussische Außenminister *Valery Varanetski* ein Abkommen zur Eröffnung einer Delegation der EU-Kommission in Minsk.

<sup>620</sup> Vgl. Europäisches Parlament, 2003, S. 3 (Punkt K und L), S. 6 (Punkt 9, 11 und 12); vgl. Timmermann, 2005a, S. 191 – 199; vgl. ebenfalls Timmermann, 2005b, S. 310 – 317

<sup>621</sup> Seit 2005 existieren die Verhandlungen über die Eröffnung einer Delegation in Minsk, jedoch Ende 2007 hat *Alexander Lukaschenko* seinen Außenminister beauftragt, Verhandlungen mit der EU-Kommission aufzunehmen.

Die EU-Kommission ist “(...) *ready to re-engage with (Belarus), and move toward normalization of our relations, provided that additional serious steps are taken in Belarus toward democratization*”<sup>622</sup>. Die Verbesserung der Lebensqualität der belarussischen Bevölkerung (erleichterte Bewegungsmöglichkeiten in der EU, grenzüberschreitende Kooperation, Unterstützung der kleinen und mittleren Unternehmen usw.), die Entwicklung der Kontakte zwischen der EU und Belarus (Städtepartnerschaften, Förderprogramme für belarussischen Studenten in der EU) und vertiefte wirtschaftliche Handelsbeziehungen (Integration in den Europäischen Binnenmarkt) stehen den Anforderungen der EU für die Abhaltung demokratischer Wahlen, der Existenz unabhängiger Medien und NGOs, der Befreiung aller politischen Gefangenen, unabhängige Justiz und Einhaltung der Rechte ethnischer Minderheiten und der Gewerkschaften entgegen.<sup>623</sup>

Es ist erkennbar, dass die EU die gegenwärtigen und zukünftigen Beziehungen zu Belarus auf die Prinzipien der Konditionalität ausrichtet. Jedoch hält sich Belarus nur teilweise an EU-Anforderungen wie Entlassung aller Oppositionspolitiker und Respekt der Meinungsfreiheit. Dies erfolgt aus der Vorgabe des belarussischen Präsidenten, den EU-Belarus-Dialog effektiv nur auf Gleichheit und ohne Konditionen und massive Erpressung zu führen<sup>624</sup>. Demzufolge sind die Beziehungen zu Belarus als Abweichung von der konditionalen Wirkung der EU zu beurteilen. Der Bedarf an EU-Anbindung der belarussischen Seite im Hinblick auf ihre pro-russische Orientierung der außenpolitischen Präferenzen reflektiert die ansteigende Notwendigkeit zur politischen und wirtschaftlichen Annäherung.<sup>625</sup>

Die doppelte Dialogstrategie schafft einen neuen Rahmen

- ✓ für wirtschaftliche Zusammenarbeit (Abkommen zwischen Belarus und der Internationalen Finanzkorporation, die ihrerseits Abkommen mit der EU zur Unterstützung des privaten Sektors vor allem kleine und mittlere Unternehmen wie auch zur Verbesserung des Geschäftsklimas) und
- ✓ zur Herstellung regionaler Kooperationsformen (wie z. B. belarussisch-litauische Investitionsprojekte im Transportbereich, belarussisch-moldauische Kooperation im Kommunikationsbereich, belarussisch-griechische Kooperation in der Tourismusbranche).

Diese haben die Abfederung der Folgen der vollzogenen Osterweiterung zum Ziel. Die Stärkung der Zivilgesellschaft und der demokratischen Opposition entwickelt neue Formen

<sup>622</sup> Ferrero-Waldner zitiert in N.N., 2008a

<sup>623</sup> Vgl. European Commission, 2006c, S. 1 – 4

<sup>624</sup> Vgl. Lukaschenko, 2007, zitiert in N.N., 2007e

<sup>625</sup> Vgl. Vysotskaya Guedes Vieira, 2008

zur Erhöhung und Verbesserung der Kompetenz und der Professionalität innerhalb der pro-westlich und pro-EU orientierten politischen und zivilgesellschaftlichen Kräfte in Belarus.<sup>626</sup> Trotz alledem ist die Frage von der Übertragung des ukrainischen oder georgischen Modells auf Belarus nicht leicht zu beantworten. Wie es herauszusehen ist, herrschen unterschiedliche innerpolitische Verhältnisse in den ehemaligen Sowjetrepubliken. Dies erleichtert im Fall der Ukraine und Georgiens den eingeschlagenen Weg der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Transformation und erschwert diesen Prozess in Belarus. Besonders wichtig erscheint ebenfalls das Engagement der EU in den unterschiedlichen ENP-Staaten und Belarus. Aus diesem Grund ist eine differenzierte und gestärkte ENP, die auf die einzelnen Interessen der Nachbarstaaten eingeht, von besonderer Bedeutung.

---

<sup>626</sup> Vgl. Timmermann, 2005b, S. 313 – 316

## Kapitel 5 – Neue Perspektiven und die Vollendung des Europäischen Nachbarschaftsprozesses?

### I. Die Zukunft der nachbarschaftlichen Beziehungen – Stärkung der ENP

Die Verabschiedung der Strategiepapiere und die Ausarbeitung der Aktionspläne und der Länderberichte im Kontext der Europäischen Nachbarschaftspolitik stehen in engem Zusammenhang mit den von der EU verfolgten Zielen der Sicherheit, Stabilität und Wohlstand in der unmittelbaren Nachbarschaft: Osteuropa (Ukraine, Moldau und evtl. Belarus) und Südkaukasus (Armenien, Aserbaidschan und Georgien). Jedoch üben ENP-Staaten wie die Ukraine<sup>627</sup> und Moldau Kritik über eine unzureichende und perspektivlose ENP. Das ukrainische Außenministerium fordert die EU-Mitgliedstaaten auf, eine neue politische Formel der EU-Ukraine-Beziehungen zu entwickeln, welche das ukrainische Verlangen nach EU-Integration und ihre strategische Rolle in dem vereinten Europa berücksichtigt. Georgien<sup>628</sup> betrachtet die ENP als einen mittelfristigen Ansatz auf dem Weg zur vollen Integration in der EU. Desweiteren macht sich die deutsche Bundesregierung stark für eine neue Ostpolitik der *Annäherung durch Verflechtung*. Diese und andere wichtige Gründe übermitteln die Ansicht für die Errichtung einer verbesserten und tief greifenden ENP. *„Mit der Stärkung der ENP wollen wir keine neue Beitrittsdiskussion entfachen. Eine verstärkte ENP ist weder eine Alternative noch der Weg zum EU-Beitritt. Vielmehr ist sie der Versuch, die Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn entsprechend ihren besonderen Bedürfnissen und ihren jeweiligen Reformfortschritten dynamisch weiterzuentwickeln. Unser Ziel ist, mit Hilfe von substanziellen Anreizen zur Transformation und Reform greifbare Fortschritte bei der Annäherung der Lebensverhältnisse dieser Staaten an die Normen und die Lebensstandards der EU zu erreichen.“*<sup>629</sup>

#### 1. Stärkung der ENP: Aufbau einer Freihandelszone und Ausweitung der institutionellen Kooperation

Die EU-Kommission setzt in ihrer Mitteilung von 2006 über die Stärkung der ENP<sup>630</sup> die Prioritäten zur Aufstockung der Nachbarschaftspolitik. Auf der EU-Agenda steht die Stärkung der Wirtschafts- und Handelskomponente in einer differenzierten Weise. Maßnahmen und

<sup>627</sup> Vgl. N.N., 2008c

<sup>628</sup> Vgl. Ministry of Foreign Affairs of the Republic of Georgia, 2006, S. 19

<sup>629</sup> Steinmeier, 2007a, S. 7. Meine Hervorhebung.

<sup>630</sup> Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 2006a, S. 5 – 15

Aktionen zur vollen Integration der ENP-Staaten in den einheitlichen Europäischen Binnenmarkt unterstützen die Aushandlung bilateraler Aktionspläne und die darin vorgesehene Schaffung umfassender Freihandelsabkommen. Die nachfolgende Tabelle repräsentiert den Zusammenhang zwischen der Zielsetzung – Integration in den EU-Binnenmarkt – und den Mechanismen zur Zielerreichung – Schaffung funktionierender Marktwirtschaft.

ENP-Staat	Schaffung funktionierender Marktwirtschaft und Integration in den EU-Binnenmarkt
Armenien	Vertiefung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen; Annäherung des Wirtschaftsrechts; Abbau von zollfremden Handelshemmnissen; Stärkung der Wirtschaftsentwicklung; Strukturreformen; Annäherung an die gemeinschaftliche und die internationale Rechts- und Verwaltungspraxis im Bereich Normen, technische Vorschriften und Konformitätsbewertung; Verbesserung der Lebensmittelsicherheit zum Schutz der Verbraucher und Erleichterung des Handels durch Reform und Modernisierung des Gesundheits- und Pflanzenschutzes; Gewährleistung der Niederlassungsfreiheit und des Gesellschaftsrechts; schrittweise Abbau von Beschränkungen im grenzübergreifenden Dienstleistungsverkehr; Verbesserung des Rahmens für Finanzdienstleistungen; Gewährleistung des freien Kapitalverkehrs; Umsetzung der Freizügigkeit von Arbeitskräften; Konvergenz mit den EU-Wettbewerbsregeln; Sicherstellung der Rechte an geistigem und gewerblichem Eigentum; Schaffung der Voraussetzungen für eine offene, wettbewerbliche Auftragsvergabe, insbesondere im Wege von Ausschreibungen, und weitere Reformen im Bereich des öffentlichen Auftragswesens; Annahme von Statistikmethoden, die vollständig europäischen Standards entsprechen, und Modernisierung des nationalen Statistikdienstes; Verwaltung und Kontrolle der öffentlichen Finanzen; Entwicklung und Stärkung von kleinen und mittleren Unternehmen
Aserbaidschan	Stärkung des Wirtschaftswachstums durch Strukturreformen; Stärkung des bilateralen Handels; Stärkung der bilateralen Beziehungen (evtl. Abschluss eines <b>Freihandelsabkommens</b> ); Gewährleistung der Zollkontrolle; Annäherung an die europäische und die internationale Rechts- und Verwaltungspraxis bei Normen, technischen Vorschriften und der Konformitätsbewertung; Beseitigung von Beschränkungen und Vereinfachung der Verwaltung; Verbesserung der Lebensmittelsicherheit; Niederlassungsfreiheit; Übernahme und wirksame Anwendung der Grundprinzipien des Gesellschaftsrechts; schrittweiser Abbau von Beschränkungen, um die allmähliche Entwicklung des Dienstleistungsverkehrs zwischen der EU und Aserbaidschan zu erleichtern; Verbesserung des Rahmens für die Finanzdienstleistungen; Gewährleistung des freien Kapitalverkehrs; Gewährleistung der Freizügigkeit von Arbeitnehmern; Vermeidung von Doppelbesteuerung; Angleichung an die EU-Wettbewerbsgrundsätze; Verbesserung der Rechtsvorschriften für die Rechte an geistigem und gewerblichem Eigentum; Schaffung der Voraussetzungen für eine offene, wettbewerbsorientierte Auftragsvergabe zwischen den Parteien; Einführung statistischer Methoden, die mit den europäischen Standards voll im Einklang stehen und weitergehende Modernisierung des staatlichen Statistikausschusses; interne Kontrolle der öffentlichen Finanzen; Entwicklung und Stärkung der kleinen und mittelgroßen Unternehmen



<p><b>Georgien</b></p>	<p>Stärkung des Wachstums durch Strukturreformen; Verbesserung des bilateralen Handels; Stärkung der Zollkontrolle und Ausbau der Zusammenarbeit EU-Georgien; Annäherung an internationale und europäische rechtliche und administrative Praktiken für Normen, technische Vorschriften und Konformitätsbewertung; Verbesserung der Lebensmittelsicherheit; Abbau der Niederlassungshindernisse; Übernahme der Grundprinzipien für Gesellschaftsrecht; Erleichterung des grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehrs; Fortsetzung der Reform des Sektors Finanzdienstleistungen einschließlich dem Aufbau eines Wertpapiermarktes; Gewährleistung des Kapitalverkehrs; Freizügigkeit von Arbeitnehmern; Durchsetzung des Wettbewerbsrechts; Konvergenz mit den EU-Wettbewerbsregeln; Gewährleistung der Rechte an geistlichem und gewerblichem Eigentum; Konvergenz mit und wirksame Durchsetzung von wichtigen Grundsätzen der EU-Rechtsvorschriften über das öffentliche Auftragswesen; europäische Standards für Statistikmethoden; effiziente Verwaltung und Kontrolle der öffentlichen Finanzen; Schaffung einer günstigen Umgebung für kleine und mittlere Unternehmen</p>
<p><b>Moldau</b></p>	<p>Stärkung des Wirtschaftswachstums; Strukturreformen; Konvergenz der moldauischen Gesetzgebung mit der EU-Gesetzgebung; Implementierung von Privatisierungsprogrammen; Annäherung an internationale und europäische rechtliche und administrative Praktiken für Normen, technische Vorschriften und Konformitätsbewertung; Handelsbeziehungen im Rahmen des WTO-Beitritts und Implementierung der WTO-Regeln; Diversifikation von Exportprodukten und Förderung der moldauischen Exportkapazität; Implementierung der Zollgesetzgebung in Konvergenz mit internationalen und EU Standards; Stärkung des Zolldienstleistungen; Erhöhung der Lebensmittelsicherheit; Gewährleistung von Niederlassungsfreiheit; Übernahme der Grundprinzipien des Gesellschaftsrechts; Dienstleistungsfreiheit; Finanzdienstleistungen: Implementierung der Anforderungen des Internationalen Währungsfonds (Financial Sector Assessment Programm); Gewährleistung des freien Kapitals; Arbeitnehmerfreizügigkeit und Koordinierung der sozialen Sicherheit; Steuersystem an EU und internationale Standards binden; Transparenz in der Wettbewerbspolitik; Implementierung des Kartellrechts; Schutz des geistlichen und gewerblichen Eigentums; Kontrolle der öffentlichen Finanzen; Schaffung einer günstigen Umgebung für kleine und mittlere Unternehmen</p>
<p><b>Ukraine</b></p>	<p>Strukturreformen zur Konsolidierung der freien Marktwirtschaft; Abbau der Export- und Importhemmnisse; WTO-Beitritt (danach <b>Freihandelsabkommen</b>); Implementierung der Zollgesetzgebung in Konvergenz mit EU und internationalen Standards; Verbesserung des Zollwesens; Vorbereitung zur Aufnahme der Ukraine in den EU-Binnenmarkt in ausgewählten Industriesektoren; Erhöhung der Lebensmittelsicherheit; Schaffung einer intakten Umgebung für Niederlassungsfreiheit und Übernahme des an europäischen Normen geleiteten Gesellschaftsrechts; Dienstleistungsfreiheit im Sinne der WTO-Normen und Regeln; Gewährleistung der Kapital- und Arbeitnehmerfreizügigkeit; Koordination der sozialen Sicherheitssysteme; Herbeiführung eines an die EU orientierte Steuersystems; Entwicklung der Wettbewerbsgesetzgebung kompatibel mit den EU-Standards; Gewährleistung des geistlichen und gewerblichen Eigentums; Kontrolle der öffentlichen Finanzen; Schaffung einer günstigen Umgebung für kleine und mittlere Unternehmen</p>

Tabelle 7: ENP-Vorgaben für die wirtschaftliche Integration der ENP-Staaten, eigene Darstellung, Quelle: ENP-Aktionsplan EU-Armenien, 2006; ENP-Aktionsplan EU-Aserbaidschan, 2006; ENP-Aktionsplan EU-Georgien, 2006; EU/Moldova Action Plan, 2004; EU/Ukraine Action Plan, 2004.

Am 16. Mai 2008 ist die Ukraine offiziell der WTO beigetreten (Moldau ist Mitglied der WTO seit 2001). Der WTO-Beitritt ist dementsprechend ausschlaggebend für die zukünftige Aufnahme von Verhandlungen zum Aushandeln eines Freihandelsabkommens der EU mit der Ukraine. Die ukrainische Elite strebt gleichwohl die Übereinkunft über das Freihandelsabkommen an. In dieser Richtung geht auch der Vorschlag des Rates der Europäischen Union<sup>631</sup> vom 18. Februar 2008. *„It's a sign of the EU's commitment to Ukraine that the ink is hardly dry on its WTO accession agreement and we are here in Kiev to build on that membership with a new stage in our economic relations. The process we are about to begin is not just about trade and investment flows. It is a mark of Ukraine's continuing political and economic integration into the global economy, and deep partnership with the EU.”*<sup>632</sup> An sich ist das ein erstrebenswerter Vorschlag, der konkrete Kernpunkte für die Bindung der Ukraine an den europäischen Binnenmarkt enthält.<sup>633</sup>

Durch die Aufnahme von Verhandlungen zum Aushandeln eines Freihandelsabkommens der EU mit der Ukraine oder mit anderen ENP-Staaten erweitert sich der Rahmen der ENP. Jedoch ist der Erfolg einer erweiterten ENP weiterhin von den Leistungen der einzelnen ENP-Staaten abhängig. Der im März 2008 vom georgischen Präsidenten *Michail Saakaschwili* lancierte Friedensvorschlag mit Abchasien beinhaltet die Errichtung einer Freihandelszone zwischen Georgien und Abchasien. *„We, Tbilisi and Sokhumi”*<sup>634</sup>, *should together open great [free] economic zones without the participation of others, which will be controlled by Georgian and the de facto Abkhazian authorities. (...) Of course, a free economic zone envisages freedom, more freedom and less control. I propose using empty Ochamchire and Gali for a free economic zone. Ochamchire has a port, which is very important for this purpose. Both Gali and Ochamchire have huge territories, which are absolutely unoccupied. We propose to immediately launch negotiations on the economic development of this territory.”*<sup>635</sup> Nach dem kurzen Krieg im August 2008 zwischen Russland und Georgien ist jedoch dieser Vorschlag in die weite Ferne gerückt. Vorschläge zur Errichtung einer freien Industriezone am Schwarzmeerhafen Poti (Georgien) zog *Saakaschwili* ebenfalls in Erwägung.<sup>636</sup>

<sup>631</sup> Vgl. Rat der Europäischen Union, 2008a

<sup>632</sup> European Commission, 2008b

<sup>633</sup> Vgl. Tassinari, 2007

<sup>634</sup> Regierungssitz der abtrünnigen Provinz Abchasiens. Anmerkung durch den Autor.

<sup>635</sup> Saakaschwili, 2008 zitiert in Civil Georgia, 2008a

<sup>636</sup> Vgl. Civil Georgia, 2008b

Somit soll die konditionale Wirkung der Nachbarschaftspolitik an der eigenen Kraft und an den politischen Willen der Akteure in den einzelnen Nachbarstaaten anknüpfen. Die sich herausbildende gegenseitige Konvergenz unter den beteiligten Akteuren (EU-Institutionen, EU-Mitgliedsstaaten, ENP-Staaten, nationalstaatliche Institutionen) führt zu Transformation nicht nur der ENP-Staaten, sondern auch der unterschiedlichen Perzeptionen innerhalb der institutionellen Struktur der EU und den EU-Mitgliedstaaten. In der Summe ist gegenseitige Abhängigkeit (oder Solidarität<sup>637</sup>) ein spezifischer Ausdruck der gemeinsamen Verantwortung (*joint ownership*) und der geteilten Verantwortlichkeit in den Anfangsstadien der ENP<sup>638</sup>.

- Der Aufbau einer Freihandelszone zwischen der EU und den kooperationsbereiten ENP-Staaten im Bereich der wirtschaftlichen Integration verschiebt einerseits die Grenzen im Modell der konzentrischen Kreise.

Die kooperationsbereiten Staaten in der unmittelbaren Nachbarschaft geraten aufgrund der Vertiefung der Beziehungen im Bereich des EU-Binnenmarktes in einen neuen Kreis, der sich an den Kreis der EU-27 nähert und sich in einem neuen Rahmen von den restlichen ENP-Staaten befindet.

- Andererseits kommen neue Kreise hinzu: die zentralasiatischen Staaten, die eine immens wichtige wirtschaftliche, energiepolitische und sogar politische Position an den Grenzen der neuen EU-Nachbarn erlangen.

In dieser Konstellation agiert die erweiterte EU in einer strategisch wichtigen Region (vor allem für die neuen EU-Mitgliedstaaten) ohne das Instrument der Beitrittsperspektive, jedoch mit der Möglichkeit einer progressiven Integration in unionsgeführten Politiken wie der EU-Binnenmarkt<sup>639</sup>. Dadurch baut die EU ihren wirtschaftlichen und politischen Einfluss aus und eröffnet den Zugang zu neuen Märkten, die ihrerseits die EU vor neue Möglichkeiten des freien Handels, aber auch neue Herausforderungen stellen.

---

<sup>637</sup> Vgl. Cremona/ Hillion, 2006, S. 21f.

<sup>638</sup> Vgl. Nikolov, 2007, S. 7

<sup>639</sup> Vgl. Bretherton/ Vogler, 2006, S. 158

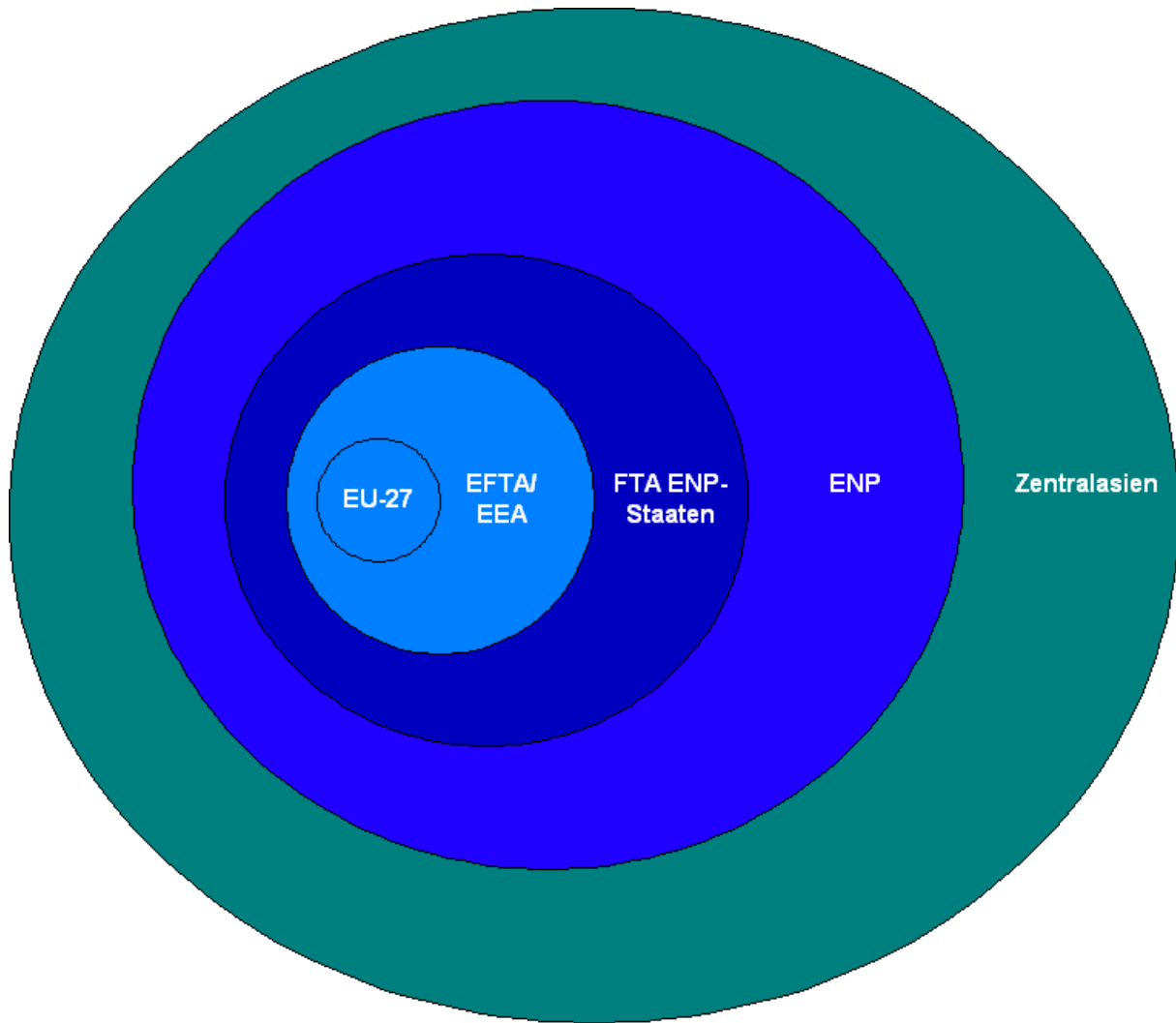


Abbildung 19: Beseitigung von Grenzen im Modell der konzentrischen Kreise, eigene Darstellung

- Desweiteren strebt die EU-Kommission eine Ausweitung der institutionellen Kooperation und Angleichung an den *acquis* durch Erleichterung des Personenverkehrs und Steuerung der Migration und durch die Stärkung der politischen Zusammenarbeit an.

Die Ausweitung des politischen Dialogs mit den Staaten des südlichen Kaukasus (Armenien, Aserbaidshan und Georgien), die Vertiefung des politischen Dialogs mit der Ukraine, Moldau und Belarus, die Einbeziehung der Schwarzmeerregion in den Prozess der Steuerung der Migration und der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, der Aufbau von Mobilitätspartnerschaften, Visaerleichterungen, technische Unterstützung als auch die Fortsetzung des *Söderköping-* und *Budapest-Prozesses*<sup>640</sup> sind die Hauptprioritäten der EU-

<sup>640</sup> Der *Söderköping-Prozess* stellt eine grenzüberschreitende Kooperation bei Asyl, Migration und Grenzmanagement zwischen den EU-Mitgliedstaaten (Estland, Ungarn, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien und die Slowakei) und den ENP-Staaten (die Ukraine, Moldau und Belarus) dar, die von der EU unterstützt wird. Der

Kommission in der unmittelbaren Nachbarschaft<sup>641</sup>. Diese Prioritäten hatte die EU-Kommission in die ENP-Aktionspläne einbezogen.

Land	Bestimmungen über:
<b>Armenien</b>  (ENP-Aktionsplan EU-Armenien, 2006, S. 21f.)	<p><u>Zusammenarbeit bei der Grenzverwaltung:</u>            Planung eines Programms der technischen Hilfe, das mit BOMCA (Grenzverwaltung in Zentralasien) vergleichbar wäre, im Südkaukasus, um die regionale Zusammenarbeit zwischen zuständigen Vollzugsstellen auszubauen</p> <p><u>Migrationsfragen:</u>            Austausch von Informationen und bewährten Verfahren im Bereich Migration und Asyl; Aufnahme von Gesprächen über die Rückübernahme auf EU-Ebene, die möglicherweise in ein Rückübernahmeabkommen zwischen der EU und Armenien münden; Ausbau der Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen und einschlägigen Ämtern der Hauptursprungs-, -transit- und -bestimmungsländer, um die Migrationsprozesse in den Griff zu bekommen; Erarbeitung und Durchführung von Maßnahmen, die die Wiedereingliederung von Rückwanderern bzw. Repatriierten unterstützen</p> <p><u>Visapolitik:</u>            Informationsaustausch bei Visumsfragen; Zusammenarbeit zur Verbesserung der Sicherheit von Reisepapieren und Visa nach internationalen Standards und Einführung von Biometriedaten in Reisepässen; Aufnahme von Gesprächen über Migrationsfragen mithilfe des bestehenden PKA-Mechanismus</p>
<b>Aserbaidschan</b>  (ENP-Aktionsplan EU-Aserbaidschan, 2006, S. 12f.)	<p><u>Zusammenarbeit bei der Grenzverwaltung:</u>            Ausarbeitung einer umfassenden Aus- und Fortbildungsstrategie für die Grenzverwaltung u.a. Verbesserung der Kenntnisse über die Schengenbestimmungen und –standards; Stärkung der Effizienz der aserbaidschanischen Vollzugsbehörden durch die Bereitstellung moderner Ausrüstungen, angemessener Infrastrukturen und Einrichtungen und Ausbildung zur Steigerung vor allem der Effizienz der Kontrollposten an den Grenzübergängen</p> <p><u>Migrationsfragen:</u>            Austausch von Informationen und vorbildlicher Praktiken über die Migration und Asylfragen und Verhinderung sowie Kontrolle der illegalen Migration; Einleitung eines Dialogs über die Rückübernahme, der in Zukunft zu einem Abkommen zwischen der EU und Aserbaidschan in diesem Bereich führen könnte; Austausch von Erfahrungen und Fachwissen über die praktischen Folgerungen aus einem solchen Abkommen; Aufbau der Zusammenarbeit bei der Reintegration von zurückgeschickten Asylbewerbern und illegalen Migranten; Aufbau einer Zusammenarbeit mit internationalen</p>

*Budapest-Prozess* beschäftigt sich als konsultatives Forum mit Fragen der good governance und der Herausforderungen der Migration. Beteiligt daran sind über 50 Staaten des europäischen Raumes wie auch die EU-Kommission, EUROPOL, der Europarat sowie weitere internationale Organisationen.

<sup>641</sup> Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 2007d, S. 7 – 10

**Georgien**

(ENP-Aktionsplan EU-Georgien, 2006, S. 15f.)

Organisationen und der einschlägigen Einrichtungen der hauptsächlichlichen Ursprungs-, Durchzugs- und Zielländer, um die Migrationsprozesse in den Griff zu bekommen

Visapolitik:

Austausch von Ansichten betreffend Visafragen; Errichtung innerhalb der bestehenden PKA-Mechanismen eines Dialogs über Migrationsfragen einschließlich: Verhinderung von und Kampf gegen illegale Einwanderung; Rückübernahme der eigenen Staatsbürger, von staatenlosen Personen und der Staatsbürger dritter Länder; Visafragen; Zusammenarbeit bei der Verbesserung der Sicherheit von Reisedokumenten und Visa im Einklang mit den internationalen Normen

Zusammenarbeit bei der Grenzverwaltung:

Verstärkung der behördenübergreifenden Zusammenarbeit staatlicher Dienststellen aus dem Bereich der Grenzverwaltung sowie Zusammenarbeit mit Nachbarstaaten; Ausarbeitung einer umfassenden Aus- und Fortbildungsstrategie im Bereich Grenzverwaltung für die zuständigen georgischen Dienststellen; Stärkung der Effizienz der georgischen Vollzugsbehörden durch die Bereitstellung moderner Ausrüstungen, angemessener Infrastrukturen und Einrichtungen sowie Ausbildung zur Steigerung der Sicherheit der georgischen Grenzen und der Effizienz der Kontrollposten an den Grenzübergängen; Annahme und Umsetzung einer Strategie für ein integriertes Grenzverwaltungssystem (Umsetzung im Jahr 2007); Fortsetzung der Zusammenarbeit mit dem Team des EU-Sonderbeauftragten für den Südkaukasus mit Sitz in Tiflis

Migrationsfragen:

Einrichtung eines technischen Hilfsprogramms für den Südkaukasus in Anlehnung an das Grenzschutzprogramm für Mittelasien „BOMCA“ zur Entwicklung der regionalen Zusammenarbeit zuständiger Vollzugsbehörden; Entwicklung einer langfristigen Strategie zur Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Kriminalität und Schmuggel

Visapolitik:

Einrichtung einer elektronischen Datenbank für die Überwachung von Migrationsbewegungen; Austausch von Informationen und vorbildlicher Praktiken über Migrations- und Asylfragen sowie über illegale Migration; Intensivierung des Dialogs und der Zusammenarbeit in Bezug auf die Verhinderung und Bekämpfung illegaler Migration, was in Zukunft zu einem Abkommen über die Rückübernahme zwischen der EU und Georgien führen könnte; Austausch von Erfahrungen und Fachwissen über die praktischen Folgerungen aus einem solchen Abkommen; Zusammenarbeit bei der Reintegration von zurückgeschickten Asylbewerbern und illegalen Migranten; mögliche Hilfen für Flüchtlinge; Aufbau einer Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen und den einschlägigen Einrichtungen der hauptsächlichlichen Ursprungs-, Durchzugs- und Zielländer, um die Migrationsprozesse in den Griff zu bekommen

**Moldau**

Zusammenarbeit bei der Grenzverwaltung:

(EU/Moldova Action Plan, 2004, S. 28 – 31)

Development of a system of efficient, comprehensive state border management on all sectors of the Moldovan border, including the Transnistrian sector; Intensify and facilitate cross-border cooperation between Moldova, the EU Member States and neighbouring countries

Migrationsfragen:

Exchange information concerning, and assess the scale of, illegal migration in the EU and Moldova; Adoption and implementation of Moldova's National Action Programme on Migration and Asylum Issues; Initiate a dialogue on readmission in the perspective of concluding a readmission agreement between Moldova and EU, taking into account the human dimension and the socio-economic aspects; Encourage Moldova to conclude readmission agreements with the main countries of origin and transit; Setting up, within the existing structures, a mixed expert group to discuss legal migration to the EU, current situations in Member States, management structures for legal migration, including to explore ways to facilitate legalisation, legal migration of the labour force and social protection of migrant workers as well as programmes for voluntary return and re-integration; Explore the possibility of inviting Moldova to participate in or observe the activities organised in the framework of the EU programmes on migration (ARGO, AENEAS)

Visapolitik:

Exchange of views on Schengen procedures and initiate a dialogue on the possibilities of visa facilitation in compliance with the acquis; Dialogue and exchange of views on visa co-operation (criteria and the procedure for the issue of visas); Dialogue on document security

**Ukraine**

(Europäische Kommission/ Europäische Nachbarschaftspolitik, 2007b, S. 3 – 6)

Zusammenarbeit bei der Grenzverwaltung:

Adopt, develop and implement an integrated border management strategy; Enhance inter-agency cooperation among State authorities involved in border management, including the clear division of responsibilities and competencies of all agencies. Strengthen the institutional and administrative framework and the capacity to implement border controls as well as improving border surveillance; Improve the existing legal framework and procedures of integrated border management in particular at border crossing points; Support the process of delimitation and demarcation of Ukrainian borders that are presently not demarcated according to international standards; Support the setting up of a system of mobile Border Guard units, both at the border and covering the in-land territory; Continue support for improvements of border crossing points, in particular through exploring the advantages of a joint use of infrastructure; Review recruitment procedures for the State Border Guards Service and existing staffing system. Reduce as quickly as possible the use of conscripts for carrying out border management tasks; Develop basic and specialised training for staff involved in border management functions; Strengthen cooperation on issues regarding border management and improve cooperation between the units on the common border. Facilitate the exchange of information by introducing a system of joint contact offices; Develop working arrangements on operational cooperation with FRONTEX, including evaluation,

analysis and management of risks; Continue cooperation with Moldova on border issues and with the EU Border Assistance Mission on the Ukraine-Moldova border; Engage actively in, and ensure practical follow-up to, the trilateral expert talks on border related issues involving Ukraine, Moldova and the European Commission

Migrationsfragen:

Develop an appropriate legislative framework related to migration management; Establish the State Migration Service of Ukraine in order to ensure an adequate intraagency cooperation at central, regional and local levels through the combination of existing structures; Conclude the EC-Ukraine readmission agreement with a view to entry into force at the same time and parallel implementation with the EC-Ukraine Agreement on facilitation of the issuance of visas; monitor implementation of the readmission agreement in the joint readmission committee under this agreement; Discuss statistical key data and information on migration management, including illegal migration and best practices; Assess the scale of illegal migration via Ukraine and monitor migratory movements. Elaborate risk assessment and participate in international assessments on flow of illegal migrants of relevance for Ukraine and systems of early prevention of illegal migration; Ensure appropriate conditions in detention centres for illegal migrants; ensure compliance with European standards of the administrative legislation in respect of persons detained for illegally crossing the Ukrainian border; ensure appropriate judicial control over all decisions on detention longer than 72 hours; Examine with EU Member States and the Commission possibilities for cooperation to improve the management of migration flows, including the assessment of statistics and measures to fight illegal migration; Increase participation in regional and international migration-related cooperation networks and fora

Visapolitik:

Conclude the EC-Ukraine Agreement on facilitation of the issuance of visas with a view to entry into force at the same time and parallel implementation with the EC-Ukraine readmission agreement; recognise that the introduction of a visa free travel regime for the citizens of Ukraine is a long term perspective; Encourage EU Member States to apply the common consular instructions as regards the documents to be submitted when applying for short-stay visas; Establish an online connection between the Ministry of Foreign Affairs, border crossing points, the Ministry of Interior and diplomatic missions and consular posts abroad, supported by a National Visa Register; Implement decisions already taken on limiting the number of documents accepted for entry into Ukraine by citizens of third countries

Tabelle 8: Bestimmungen über die Zusammenarbeit bei der Grenzverwaltung, Migrationsfragen und Visapolitik im Rahmen der ENP, eigene Darstellung



Die Zusammenarbeit bei der Grenzverwaltung, die Migrationsbekämpfung und die Visapolitik sind drei ineinandergreifende Maßnahmen einer attraktiven Kooperation im Bereich der Innen- und Justizpolitik der erweiterten EU mit den ENP-Staaten.

- ✓ Einerseits stärkt die EU deutlich ihren Einfluss in der Nachbarschaft. Gleichzeitig rücken die Nachbarstaaten näher an die EU und übernehmen einen großen Teil des geltenden *acquis*, das die Partner in die Lage versetzt, in ihren Beziehungen zur EU voranzukommen.
- ✓ Andererseits vermittelt die EU den Nachbarstaaten die Grundidee europäischen Regierens und europäischer Werte. Die Aufwertung der Beziehungen zu den ENP-Staaten in den genannten Bereichen dient dazu, dass die ENP nicht nur auf Interessen verschiedener Mitgliedsstaaten ausgerichtet ist, sondern auch die EU-Idee von allgemeingültigen Regeln und Werten den Nachbarstaaten näher bringt.

Dadurch tritt die Union für die Ausstattung der Nachbarstaaten mit Know-how wie im technischen als auch im politischen Bereich zur Bewältigung grenzübergreifender Probleme ein, die an den neuen Grenzen der EU nach der vollzogenen Osterweiterung entstehen. In diesem Zusammenhang errichtet die EU eine Kooperationsplattform zu Migrationsfragen für den Schwarzmeerraum mit Sitz in Burgas (Bulgarien)<sup>642</sup>.

Die Vertiefung der Beziehungen mit den ENP-Staaten und vor allem mit der Ukraine findet Resonanz in dem ausgehandelten EU-Ukraine Aktionsplan für Freiheit, Sicherheit und Justiz. Der Aktionsplan hat zum Ziel, die EU-Ukraine Partnerschaft bei Asyl, Migration und organisierter Kriminalität zu vertiefen. Zu diesem Zweck fordert die EU die Ukraine auf, eine effektive Kooperation mit EU-Institutionen und –Agenturen zu betreiben, die Legislative an die EU-Standards anzugleichen und Verpflichtungen für den Raum der Sicherheit und Stabilität an der neuen Grenze zu übernehmen.<sup>643</sup> Im Februar 2008 hat die Konferenz der Generaldirektoren der Einwanderungsbehörden (GDISC) die Kapazitätsbildung und die technische Unterstützung für die ukrainischen Behörden in Gang gesetzt, um effektiv auf die illegale Transitmigration einzugehen (ERIT) und den migrationspolitischen Dialog mit der Ukraine zu verstärken. Dadurch befürwortet die Union die Bestrebungen der Ukraine, das eigene Migrationssystem zu transformieren.<sup>644</sup>

Der Transformationsprozess soll in sechs Etappen verlaufen.

---

<sup>642</sup> Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 2008b, S. 5

<sup>643</sup> Vgl. Europäische Kommission/ Europäische Nachbarschaftspolitik, 2007b, S. 3 – 13. Am 29.10.2008 haben die EU und die Ukraine Gespräche über visafreies Reisen der Ukrainer in die EU aufgenommen.

<sup>644</sup> Vgl. International Centre for Migration Policy Development, 2008, S. 1

- ✓ Erstens hat der Prozess zum Ziel, die Bedingungen für die Aufnahme von Asylsuchenden und illegalen Migranten zu verbessern (Screening centres).
- ✓ Der zweite Bestandteil umfasst Trainingstätigkeiten sowie Infrastrukturunterstützung für das Asylverfahren (Asylum procedure).
- ✓ Drittens werden Möglichkeiten für ein COI-System<sup>645</sup> erforscht. Um den Grundstein für wirkungsvollere Entscheidungsprozesse zu legen (Country-of-Origin Information), soll die Konzentration auf Training fallen.
- ✓ Die Verbesserung der Einhaltung der Menschenrechte und der Ausstattung in den Auffangszentren ist die vierte Phase des Prozesses (Detention capacity).
- ✓ In einem fünften Schritt werden die ukrainischen Behörden bei der Kapazitätsbildung zur Rücküberführung von illegalen Migranten unterstützt (Return Capacity).
- ✓ Letztendlich werden die ukrainischen Behörden mit dem EU-Visasystem vertraut gemacht (Visa capacity).

Die nachfolgende Abbildung 20 stellt diesen Zusammenhang dar.

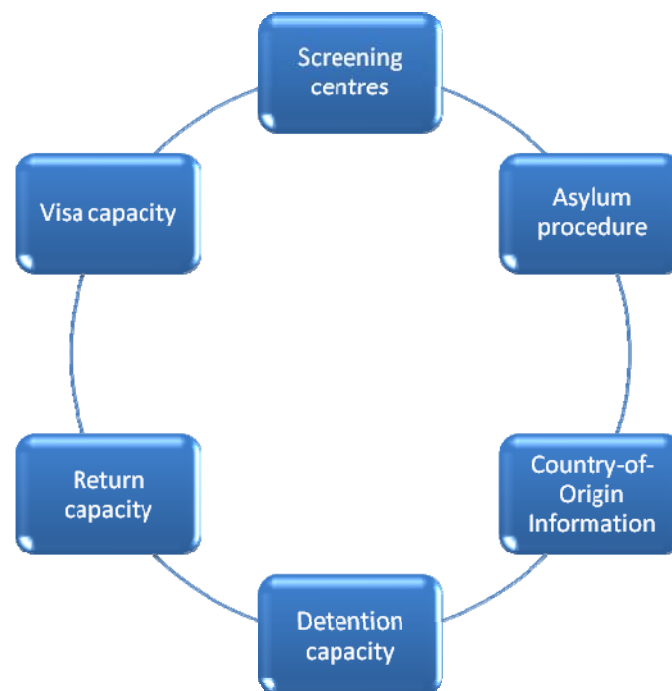


Abbildung 20: Transformation des ukrainischen Migrationssystems im Rahmen der ERIT, eigene Darstellung, Quelle: International Centre for Migration Policy Development, 2008

<sup>645</sup> Das COI-System beinhaltet Sammlung, Ordnung, Bewertung und Darstellung von Informationen über Herkunftsländer. „Dank dieser Informationen können die Asylbehörden der Mitgliedstaaten Erklärungen der Antragsteller über ihren Schutzbedarf nachprüfen und entscheiden, ob dem Antragsteller internationaler Schutz gewährt werden soll.“ Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 2006h, S. 5

Diese Entwicklung setzt sich im Rahmen des Dialogs für interregionales Migrations- und Asylmanagement (sog. Cluster-Prozess) zwischen den Entsender- und Transitstaaten des südlichen Kaukasus und den EU-Mitgliedstaaten Belgien, Tschechien, Dänemark, Deutschland, den Niederlanden und Schweden wie auch der Schweiz fort. Aus dem Haushalt für 2004 hat die EU-Kommission die Förderung legaler Migration durch nationalen Kapazitätsaufbau in Höhe von 777.397,00 Euro in Zusammenarbeit mit der Internationalen Migrationsorganisation (IMO) kofinanziert, um die illegale Migration zu verhindern, neue Rückübernahmeabkommen mit den südkaukasischen Staaten abzuschließen, die Reintegration der Migranten zu ermöglichen wie auch bilateral mit den betroffenen EU-Staaten den Dialog und den Kapazitätsaufbau zu stärken.<sup>646</sup>

Nach der Osterweiterung und der Schengen-Ausweitung am 20. Dezember 2007 auf die neuen Mitgliedstaaten der EU (außer Bulgarien, Rumänien und Zypern) lagerte die EU die neue Ostgrenze und dementsprechend die neue Schengengrenze der EU zu den ENP-Staaten (Außengrenze) aus. In diesem Sinne bekommen die Partnerstaaten direkte Nachbarn der erweiterten EU.

- Einerseits entwickeln sich die Nachbarstaaten zu einer Stabilitätszone an der neuen Grenze, die technische Unterstützung von der EU bekommt, um das eigene System zu demokratisieren und die nationalen Politiken an die Anforderungen des Kerns (der EU) anzugleichen. Somit transferiert die EU ihr Hauptanliegen für illegale Migration, Schmuggel und organisierte Kriminalität auf ihre Nachbarstaaten<sup>647</sup>.
- Andererseits bedrohen weiterhin interne Konflikte und damit verbundener Staatskollaps, Menschenrechtsprobleme und schwach gestellte zivile Gesellschaften wie auch funktionsunfähige Staatsstrukturen infolge permanenter Korruption und Drogen- und Menschenhandels die demokratischen Staatsfunktionen. Diese Entwicklung verursacht Migrationsströme, die nicht nur das innere Gefüge der jeweiligen Staaten destabilisieren, sondern auch das von den Nachbarstaaten und demzufolge der EU.

Die soziale, wirtschaftliche, politische und militärische Instabilität der Staaten in der unmittelbaren Nachbarschaft der EU wie auch der Staaten Zentralasiens (ohne Kasachstan) ist durch den Failed State Index (nachfolgende Abbildung) dargestellt. Im Vergleich zu einem alten EU-Mitgliedsland (Deutschland mit einem Wert von 39,7) und einem neuen EU-Mitgliedsland (Bulgarien mit einem Wert von 62,1) steigt der Failed State Index bei den

---

<sup>646</sup> Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 2006i, S. 17

<sup>647</sup> Vgl. Popescu, 2007b

Staaten in der Nachbarschaft an, die ihre Staatsfunktionen nur noch beschränkt oder kaum noch erfüllen können.

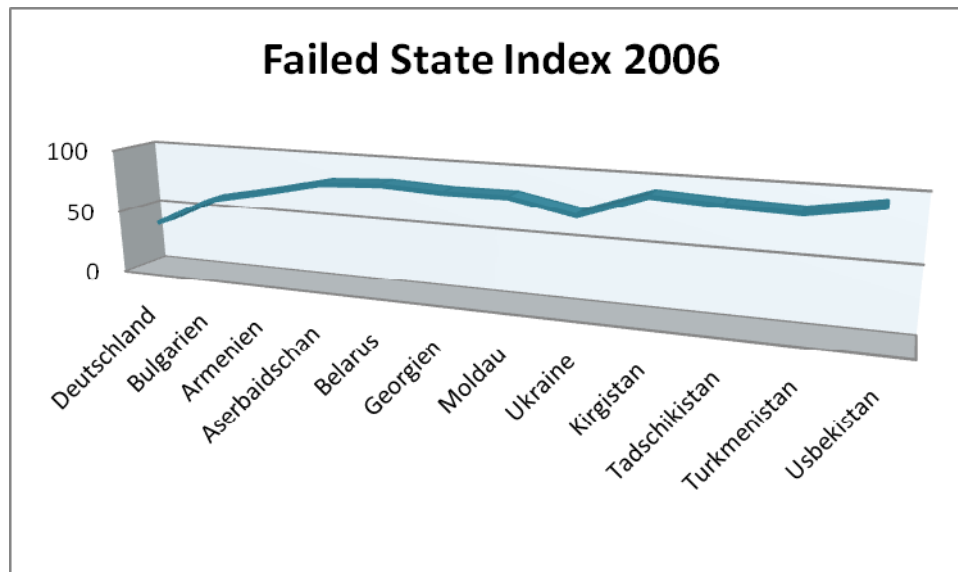


Abbildung 21: Failed State Index 2006, Datenquelle: The Fund for Peace, abgerufen unter: [http://www.fundforpeace.org/web/index.php?option=com\\_content&task=view&id=12&Itemid=175](http://www.fundforpeace.org/web/index.php?option=com_content&task=view&id=12&Itemid=175) (06.05.2008)

Desweiteren, in einem nicht institutionalisierten, rein intergouvernementalen Politikfeld wie die Innen- und Justizpolitik, das ebenso high wie low politics beinhaltet, tritt die Asymmetrie der EU-Beziehungen zu den ENP-Staaten noch stärker in Erscheinung. Eine starke konditionale Wirkung, wie im Falle der Beitrittskandidaten, prägt die unilaterale Dominanz der EU in den Beziehungen zu den neuen Nachbarn.<sup>648</sup> Dieser Prozess führt dazu, dass ein großer Teil des *acquis* übernommen wird und in langfristiger Perspektive eine Überwachung von den Mitgliedsverhandlungen nicht nötig ist<sup>649</sup>. In diesem Zusammenhang stärkt die EU ihr Profil als außenpolitischer Akteur in der unmittelbaren Nachbarschaft.

## 2. Stärkung der ENP: Regionale Kooperation

Die Aufwertung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit durch Förderung direkter Kontakte (people-to-people) steht im Vordergrund europäischer Außenpolitik in der unmittelbaren Nachbarschaft. Die Diaspora ist keine institutionalisierte Struktur, sondern ein Netzwerk, das sich über nationale Grenzen hinweg ausbreitet und zu veränderten Diskursen und Praktiken führt. Dies wiederum entscheidet über zukünftige Mitgliedschaften in

<sup>648</sup> Vgl. Korneev, 2008, S. 24f.

<sup>649</sup> Vgl. Brok, 2006b

regionalen Organisationen und Zugehörigkeiten zu einem oder anderem Modell des Regierens<sup>650</sup>. In diesem Zusammenhang spielen die Errungenschaften der Diaspora bei der Sozialisierung eine große Rolle<sup>651</sup>. *„Der Rat unterstreicht die Bedeutung der zwischenmenschlichen Kontakte und der Rolle der Zivilgesellschaft im Rahmen der ENP - insbesondere auf den Gebieten Bildung, Wissenschaft, Kultur und Wirtschaft - für die Propagierung der gemeinsamen Grundsätze, für eine verstärkte Wahrnehmung der EU in der ENP-Region und für die Stärkung der Zivilgesellschaften vor Ort.“*<sup>652</sup>

Die Entwicklung des Humankapitals steht im engen Zusammenhang mit den folgenden zwei Kriterien.

- Erstens: Förderung und Modernisierung des Hochschulwesens in den Nachbarstaaten

Die EU-Nachbarn verzeichnen deutliche Fortschritte in dieser Richtung, dennoch knüpft das dafür vorgesehene Programm TEMPUS weiterhin an die Eigenverantwortung und an die politischen und ökonomischen Bedingungen in den jeweiligen ENP-Staaten an. Somit nehmen in der Ukraine 150 Institutionen an dem Gemeinschaftsprogramm teil, während in den restlichen Ländern der östlichen Dimension eine ausreichende Anzahl von Hochschulinstitutionen daran teilnimmt.<sup>653</sup> Gerade in der Veränderung des Bildungssystems und dementsprechend der grundlegenden Veränderung der Perzeptionen in der breiten Gesellschaft liegt die transformative Macht der EU.

- Zweitens: Ausweitung des Dialogs und der Zusammenarbeit im Bereich der Forschung, Entwicklung, Wissenschaft und Technologie zwischen der EU, der EU-Mitgliedstaaten, den ENP-Staaten und den ENP-Staaten untereinander. Einige Beispiele hierfür sind:

- ✓ BILAT-UKR

BILAT-UKR stellt die Förderung der bilateralen wissenschaftlich-technologischen Zusammenarbeit mit der Ukraine mit dem Ziel dar, die Beteiligung der Ukraine am 7. Forschungsrahmenprogramm zu erhöhen.

- ✓ BLACK SEA ERA.NET

Das ist ein Netzwerk zur Intensivierung und Koordinierung der Forschungszusammenarbeit, das die Europäische Kommission seit Januar 2009 für die Dauer von drei Jahren fördert. Beteiligt sind Ministerien und Organisationen der Forschungsförderung aus 13 Ländern, die vor allem durch ihre geografische Lage im erweiterten Schwarzmeerraum verbunden sind.

<sup>650</sup> Vgl. Adamson/ Demetriou, 2007, S. 502

<sup>651</sup> Vgl. darüber in den vorherigen Kapiteln dieser Arbeit.

<sup>652</sup> Rat der Europäischen Union, 2008a, S. 9

<sup>653</sup> Vgl. European Commission, 2008c, S. 4

✓ IRSES (International Research Staff Exchange Scheme)

Diese Aktivität zielt auf die Unterstützung und Stärkung internationaler Forschungsk Kooperationen zwischen Einrichtungen in Europa und in bestimmten Drittstaaten (wie z.B. Russland und die Ukraine) durch verstärkten Personalaustausch im Rahmen gemeinsamer Aktivitäten ab.

✓ IncoNet EECA (S&T International Cooperation Network for Eastern Europe and Central Asian Countries)

Das Projekt umfasst die Länder Osteuropas und Zentralasiens. Die Ziele sind die Schaffung politischer Dialogforen mit vier Schwerpunktregionen, die Identifikation und Definition von Prioritäten für die EU-Forschungsk Kooperation mit der jeweiligen Region, die Stärkung des Systems der Nationalen Kontaktstellen vor Ort in den EECA, Begleit- und Evaluierungsmaßnahmen sowie intensive Verbreitungsaktivitäten (Konferenzen, Workshops, Online-Aktivitäten, Newsletter etc.).

✓ SCOPE-EAST (Scenarios for a co-ordinated approach to sustainable S/T cooperation with the Eastern Neighbours of the EU)

Ziel von SCOPE-EAST ist die Entwicklung eines koordinierten Ansatzes für eine nachhaltige wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit mit den östlichen EU-Nachbarn.

✓ IWAS-Osteuropa (Ukraine) (Internationale WasserforschungsAllianz Sachsen)

Diese Aktivität stellt ein Beispiel für die bilaterale Zusammenarbeit zwischen einem EU-Mitgliedstaat (Deutschland) und der Ukraine dar. Das Ziel dieses Projekts ist es, nachhaltige Managementkonzepte zur effizienten Verbesserung der Oberflächenwasserqualität am Flusseinzugsgebiet des Westlichen Bug zu entwickeln.

Bereits das ENP-Strategiepapier von 2004<sup>654</sup>, die Mitteilung zur Stärkung der Nachbarschaftspolitik<sup>655</sup> wie auch die Mitteilung für eine starke ENP<sup>656</sup> enthalten Bestimmungen über die Einbeziehung der ENP-Staaten in den Europäischen Forschungsraum. Diese Bestimmungen finden sich ebenfalls in den ausgehandelten Aktionsplänen mit den Partnerstaaten wieder. In einer gesonderten Kommissionsmitteilung vom 2008 für die internationale wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit stellt die EU-Kommission fest: „...*(d)ie Ausdehnung der geografischen Abdeckung des EFR auf ENP-Partnerländer wird zu den politischen Zielen der EU in Bezug auf diese Länder einen wichtigen Beitrag leisten, insbesondere zu einem nachhaltigen wirtschaftlichen Wohlstand. Der Assoziierungsprozess wird schrittweise voranschreiten und für jedes Land getrennt*

<sup>654</sup> Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 2004, S. 20f.

<sup>655</sup> Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 2006e, S. 7f.

<sup>656</sup> Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 2007c, S. 10

*behandelt, wobei die jeweils vorhandenen wissenschaftlichen und technologischen Kapazitäten, der aktuelle und potenzielle Grad der Zusammenarbeit sowie die beiderseitigen Interessen der EG und der ENP-Partnerländer berücksichtigt werden.*<sup>657</sup>

Die bereitwilligen ENP-Staaten bekommen eine breite EU-Unterstützung, ihren eigenen Forschungs- und Entwicklungssektor auszubauen, Vertrauensbasis untereinander zu schaffen und so näher an die EU zu kommen. Die EU ist ihrerseits daran interessiert, in Zeiten der voranschreitenden Globalisierung auch in den Bereichen Forschung, Entwicklung, Wissenschaft und Technologie, ihre Position in Europa und in der Welt zu behaupten. Das gemeinsame Ziel von Wohlstand, Sicherheit und Stabilität kann nur erreicht werden, wenn durch friedliche Interaktion in der politischen Zusammenarbeit und der wirtschaftlichen Entwicklung Erfolge erzielt werden. Durch die Möglichkeiten des akademischen Austausches und der Zusammenarbeit auf allen Ebenen des politischen Regierens und der wissenschaftlichen Verwaltung schafft die EU Maßnahmen zur Harmonisierung und Verbesserung der Kommunikation, Vermittlung von Wissen und technischem Know-how (vor allem in Bereichen wie Raumfahrt, Energie, Bio-, Nano- und Nukleartechnologie), jedoch auch einen Beitrag zu good governance in den Partnerstaaten. Die EU ist bei ihren Bemühungen zur Stärkung des Dialogs, der Koordination und der Kooperation in den Bereichen Forschung, Entwicklung, Wissenschaft und Technologie danach bestrebt, die Partnerschaft mit den ENP-Staaten zu beiderseitigem Nutzen fortzusetzen und auszubauen.

In Politikbereichen wie Energie, Verkehr, Umwelt etc. können die Nationalstaaten den Herausforderungen des fortschreitenden Globalisierungsprozesses nicht mehr alleine begegnen, sodass die bilaterale Kooperation in diesen Bereichen überfordert ist. Infolgedessen steht desweiteren die Stärkung des regionalen Ansatzes durch Einführung einer thematischen Komponente für die ENP wie auch durch Verbesserung der regionalen Zusammenarbeit in der Schwarzmeerregion auf der EU-Agenda.

Am 14. Februar 2008 haben sich die EU-Außenminister und die Außenminister der Anrainerstaaten der Region um das Schwarze Meer in Kiew im Rahmen der Schwarzmeersynergie getroffen. Die Zusammenkunft europäischer Politiker aus dem Schwarzmeerraum steht für die Kontinuität der in der ENP niedergelegten Kooperationsmöglichkeiten im Transport,- Energie,- Kommunikation,- Umwelt- und Mobilitätsbereich.

---

<sup>657</sup> Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 2008d, S. 7f.

- Der Vorschlag über Schwarzmeerpартnerschaften<sup>658</sup> in spezifischen Sektoren zwischen den EU-Akteuren und Akteuren in der Schwarzmeerregion hebt erstens die multipolare Ausrichtung der ENP hervor.

Dies gibt einen neuen Anstoß für die neue Schwarzmeerpolitik der EU, die nicht nur ENP-Staaten sondern auch die Türkei (Beitrittskandidat) und Russland (Grundlage PKA) ins Boot holen soll. Vor allem im Bereich der Energiekooperation könnte die verbesserte multipolare Kooperation in der Schwarzmeerregion eine Schlüsselrolle für die Versorgungsdiversifikation der erweiterten EU spielen<sup>659</sup>.

Hier stellt sich jedoch die Frage, wie Russland in diese regionale Initiative integriert werden soll. Im Kontext der multipolaren Schwarzmeer-Zusammenarbeit können Aktivitäten

- ✓ innerhalb der institutionelle Struktur der BSEC stattfinden oder
- ✓ offen für alle BSEC-Staaten und die EU sein.<sup>660</sup>

Vor allem Russland und die Türkei befürworten die erste Option, um Entwicklungen durch die institutionelle Struktur der BSEC zu kontrollieren. Die EU setzt sich für die zweite Alternative ein. Wieder einmal stehen zwei verschiedene Ansätze für regionale (multipolare) Zusammenarbeit in einer der wichtigsten Regionen des alten Kontinents.

- Was sehr wichtig erscheint, ist zweitens der niedrige Kooperationsgrad zwischen den Staaten der Schwarzmeerregion.

Die ersten zwanzig Jahre nach dem Zerfall des Kommunismus kennzeichnen sich eher als einen EU-Prozess, der primär auf die Brüsseler Politik und sekundär, wenn überhaupt, auf die der Nachbarn ausgerichtet war. Es sind neue Regierungen, neue Verfassungen, neue Regime entstanden, die mit der Frage nach der politischen und wirtschaftlichen Orientierung des jeweiligen Landes beschäftigt waren. Jedes Land in Mittel- und Osteuropa, darunter auch Bulgarien und Rumänien, hat seine bilateralen Verpflichtungen mit Brüssel zu erfüllen und es war wenig Spielraum für die nachbarschaftlichen Beziehungen gegeben. Bis heute haben die Länder enorme Fortschritte in dieser Richtung gemacht, aber die Impulse, sich einer Kooperation mit den Nachbarn zuzuwenden, sollen jetzt kommen. Ein guter Anknüpfungspunkt für EU-Projekte sind Euregio, grenzüberschreitende Zusammenarbeit von EU-Mitgliedsländern zu EU-Nachbarn zu fördern. Der nächste Schritt oder parallel dazu sind Impulse für Infrastrukturinvestitionen, die grenzüberschreitend wären. Felder wie Städtepartnerschaften, Schüler- und Studentenaustausch, Investition in dem Entstehen der

<sup>658</sup> Vgl. Ministry of Foreign Affairs of Ukraine, 2008; Ferrero-Waldner, 2008a

<sup>659</sup> Vgl. Tassinari, 2008

<sup>660</sup> Emerson et. al., 2009, S. 20



Zivilgesellschaft zur Übernahme öffentlicher Aufgaben durch Privatinitiative, in denen ein gemeinsames Bewusstsein entsteht, sollen stimuliert werden.<sup>661</sup>

Demnach ist die regionale Zusammenarbeit innerhalb der regionalen Organisationen an den neuen Grenzen der EU, an denen EU-Staaten und ENP-Staaten teilnehmen, weniger als Lernprozess zu verstehen, sondern geht die regionale Kooperation der betroffenen Staaten auf den eigenen Willen und die eigenständige Bereitschaft aller beteiligten Akteure, solche Formen der Integration in einer wichtigen Region anzunehmen. *„Sie kann dabei auf die guten Erfahrungen im Rahmen der Ostsee-Kooperation und der Nördlichen Dimension aufbauen.“*<sup>662</sup>

- Im Rahmen der Schwarzmeerpolitik schöpft die EU als z.B. Beobachter in der BSEC die bestehenden institutionellen Strukturen aus. Auf diese Weise positioniert sich drittens die erweiterte EU als einer der wichtigsten Akteure in der Nachbarschaft. Daraus lässt sich die neue außenpolitische Ausrichtung der EU ableiten: der unentbehrliche Zusammenstoß in der globalen Politik mit der Russischen Föderation und die Aufnahme der zentralasiatischen Staaten im Rahmen einer geografisch erweiterten Nachbarschaftspolitik.

Dennoch bleibt die EU wichtigster Impulsgeber sowie politischer und finanzieller Koordinator für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der unmittelbaren Nachbarschaft. Das grenzübergreifende Kooperationsprogramm unter dem ENPI (ENPI-CBC) soll für den Zeitraum 2007 – 2013

- ✓ den Auf- und Ausbau für die Meeresbecken,
- ✓ die Unterstützung der Planung im gesamten Meeresbecken in Bereichen wie Verkehr, Energie, Kommunikation, Umwelt, Sicherheit auf See, Risikoprävention, Bekämpfung illegaler Migration einschließlich einschlägiger Pilotprojekte und gegebenenfalls Unterstützungsmaßnahmen,
- ✓ die Unterstützung von Prozessen und Aufbau multilateraler Kontakte zwischen NGOs und Gruppen der Zivilgesellschaft in der EU und in Partnerländern in Bereichen wie governance, Menschenrechte, Demokratisierung, Medien und Chancengleichheit fördern.

Die Erwartungen an die ENP-Staaten sind hoch:

- ✓ langfristige Kooperation,
- ✓ effiziente und ausgewogene gemeinsame Projektmaßnahmen,
- ✓ größeres Potenzial für die Lösung lokaler prioritärer Fragen,

<sup>661</sup> Vgl. Polenz, 2008. Interview durch den Autor.

<sup>662</sup> Steinmeier, 2007, S. 8

- ✓ mehr Eigenverantwortung und Engagement der Partner von beiden Seiten der Grenze bei grenzüberschreitenden Aktivitäten,
- ✓ Abbau der Isolierung von Grenzregionen durch bessere sozioökonomische Entwicklung des Grenzgebiets.<sup>663</sup>

Um die effiziente und nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Regionen um das Schwarze Meer zu entwickeln, ist unter EU-Führung das Schwarzmeeregion-Gemeinschaftsprogramm<sup>664</sup> entstanden. In diesem Programm nehmen Armenien, Aserbaidschan, Bulgarien, Georgien, Moldau, Russland, die Türkei, die Ukraine, Rumänien und Griechenland teil. Dabei unterstützt die EU

- ✓ die grenzüberschreitende wirtschaftliche und soziale Partnerschaft,
- ✓ den gemeinsamen Umweltschutz (z. B. die Errichtung des Regional Environmental Centre for the Caucasus, an dem die drei südkaukasischen Staaten und die EU teilnehmen), wie auch
- ✓ die Kultur- und Bildungsnetzwerke für die Entstehung eines gemeinsamen kulturellen Raumes in der Region.

Die Unterstützung der Region um das Schwarze Meer implementiert ebenfalls Erhöhung der Investitionen in den Nachbarstaaten. Auf diese Weise behauptet die EU die Verbesserung der Beziehungen mit den ENP-Staaten. Am 6. Mai 2008 fand das erste Treffen des Verwaltungsrates statt, der für die Nachbarschaftsinvestitionsfazilität<sup>665</sup> (NIF) zuständig ist. Diese zusätzliche Finanzierungsmöglichkeit (100 Mio. Euro von der EU bereitgestellt) ist für Bereiche wie Energie, Transport und Umwelt vorgesehen. Desweiteren beabsichtigt dieses Mittel die Koordination des Handelns der EU-Kommission, der EU-Mitgliedstaaten<sup>666</sup>, der ENP-Staaten und europäischer Finanzinstitute (wie EIB und die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung) und die Unterstützung der ENP-Staaten mit einem in Kraft getretenen AP.<sup>667</sup> Somit sind alle ENP-Staaten im Osten und im Südkaukasus außer Belarus von dieser Initiative gedeckt.

- Zum einen stärkt und konsolidiert der 27-Länder-Block sein Profil in der Nachbarschaft. Schließlich können einzelne Mitgliedstaaten ihren Beitrag zur

<sup>663</sup> Vgl. Europäisches Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument/ Grenzüberschreitende Zusammenarbeit, 2007, S. 22 – 30

<sup>664</sup> Vgl. Black Sea Cross Border Cooperation, 2007, S. 43 – 52

<sup>665</sup> Vgl. Kapitel 3, III.1.

<sup>666</sup> Bereits haben Deutschland (zehn Mill. Euro), Italien (eine Mill. Euro), Österreich (eine Mill. Euro über die Österreichische Entwicklungsbank) und Schweden (eine Mill. Euro) konkrete Finanzierungsvorschläge zur Verfügung gestellt.

<sup>667</sup> Vgl. Ferrero-Waldner, 2008b, S. 2 – 4. Die NIF soll desweiteren bei der Unterstützung der regionalen Zusammenarbeit im Schwarzmeerraum eingesetzt werden. Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 2008b, S. 7

Entwicklung der ENP in einem gemeinsamen Rahmen mit allen anderen Mitgliedstaaten leisten. Dies soll dazu führen, dass die gesamte EU eine gemeinsame Position in Bezug auf strategisch wichtige Projekte und auf kooperationsbereite Zielländer nicht nur ausarbeitet, sondern auch gemeinsam in der unmittelbaren Nachbarschaft vertritt.

- Zum anderen gelingt dieses gemeinsame Projekt, nur wenn die ENP-Staaten ihre Kooperationsbereitschaft und –willen mobilisieren und stärken (joint ownership).

## 2.1. Schanghai Five und Zentralasien

Ein immens wichtiger Grund für die Ausweitung der Wirkung europäischer Außenpolitik und der ENP sind die Entwicklungen an der neuen Grenze der EU. Die 1996 zur friedlichen Beilegung von Grenzstreitigkeiten geschaffene *Shanghai Five* und 2001 gegründete *Shanghai Cooperation Organization* (SCO) kann als Summierung der gemeinsamen Interessen der Gründungsmitglieder und als künftige Antwort auf die Regionalisierungstendenzen im eurasischen Raum verstanden werden. Zu den Gründerstaaten der SCO gehören Kasachstan, China, Kirgistan, die Russische Föderation, Tadschikistan und Usbekistan (Indien, die Mongolei, Pakistan und Iran haben Beobachterstatus<sup>668</sup>). Diese Staaten verständigten sich auf die Stärkung der Vertrauensbasis und der guten nachbarschaftlichen Freundschaft, die Ermutigung der effektiven politischen, wirtschaftlichen und handelspolitischen Kooperation. Die Kooperation in den Bereichen Wissenschaft und Technik, Kultur, Bildung, Energie, Kommunikation, Umwelt u.a. soll ebenfalls gestärkt werden. Das Ziel ist es, eine neue demokratische, faire und rationale politische und wirtschaftliche Ordnung aufzubauen<sup>669</sup> und Terrorismus, Separatismus und Extremismus zu bekämpfen<sup>670</sup>.

Seit 2002 verfügt die SCO über eine Charta. In der Charta sind als oberste Prinzipien die Achtung der Souveränität, die Unabhängigkeit und territoriale Integrität, die Nichteinmischung in nationale Angelegenheiten, die Gleichberechtigung der Mitgliedsstaaten<sup>671</sup> enthalten und die einschlägige intergouvernementale Struktur<sup>672</sup> der Organisation niedergelegt. Der Zusammenschluss der Staaten repräsentiert über 60% der Fläche des eurasischen Kontinents, über ein Viertel der Weltbevölkerung und eine enorm

<sup>668</sup> Vgl. The Shanghai Cooperation Organization, 2005a

<sup>669</sup> Vgl. The Shanghai Cooperation Organization, 2001a

<sup>670</sup> Vgl. The Shanghai Cooperation Organization, 2001b

<sup>671</sup> Vgl. The Shanghai Cooperation Organization, 2002

<sup>672</sup> Vgl. Abb. 37 und 38 im Anhang.

wichtige Kooperation mit riesigen Erdöl- und Erdgasreserven (Zentralasien, Russland und Iran als Beobachter).

Land	Bevölkerung (Mill./ 2007)	BIP (US\$/ 2007)	BIP pro Kopf (US\$/ 2007)	Ölreserven		Gasreserven	
				(Mill. Barrel/ 2006)		(Trillion Kubik Meter/ 2006)	
China	1,320.668	3,051.243	2,310.378	k.A.		k.A.	
Kasachstan	15.120	91.610	6,058.866	132		153	
Kirgistan	5.261	3.287	624.817	k.A.		k.A.	
Russland	142.102	1,166.560	8,209.318	7,3		22,8*	
Tadschikistan	6.419	3.141	489.273	k.A.		k.A.	
Usbekistan	26.928	18.840	699.632	2,59		101	

Tabelle 9: Einige Basisdaten der SCO-Staaten, eigene Darstellung, Datenquelle: Bevölkerung, BIP und BIP pro Kopf: International Monetary Fund, 2007; Öl- und Gasreserven und \*Gasproduktion: Energy Information Administration, 2007.

Die SCO umfasst unterschiedliche Staaten.

- Zum einen sind es die Russische Föderation (größtes Flächenland der Welt) und China (bevölkerungsreichster Staat der Welt) als ständige Mitglieder des UN-Sicherheitsrates und als Atommächte.
- Zum anderen bildet die SCO durch die Mitgliedschaft der anderen vier zentralasiatischen Staaten die politische Basis zur Ausbalancierung der Mächte Russland und China untereinander und der beiden Mächte und der westlichen Mächte.<sup>673</sup>

Dennoch sind die zentralasiatischen Staaten schwach demokratisch und wirtschaftlich entwickelt und ihre Macht reflektiert allein aus ihren Mineralöl- und Erdgasreserven. Desweiteren gehören die SCO-Mitgliedstaaten anderen wirtschaftlichen Organisationen an. Die Russische Föderation, Kasachstan, Kirgistan und Tadschikistan nehmen an der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft (EAWG) teil. Weiteres Mitglied ist Belarus und Armenien, Moldau und die Ukraine haben Beobachterstatus. Zu deren Aufgaben gehören die Bildung von gemeinsamen Zollaußengrenzen unter den Mitgliedsstaaten, die Erarbeitung einer einheitlichen Außenwirtschaftspolitik und die Festsetzung von einheitlichen Tarifen und Preisen. Mit denselben Aufgaben und den Strategiezielen der regionalen Kooperation in den

<sup>673</sup> Vgl. Bailes, 2007, S. 15. Vgl. desweiteren Bailes et.al., 2007, S. 8f. Ebenfalls Maksutov, 2006, S. 5 – 10.

Bereichen Handel, Verkehr und Kommunikation, wie auch Energie beschäftigt sich die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (OWZ), der die fünf zentralasiatischen Staaten, Aserbaidschan, der Iran, die Türkei, Pakistan und Afghanistan angehören.

Diese enge Vernetzung der vor allem wirtschaftlichen und energiepolitischen Interessen der Staaten im eurasischen Raum definiert die neuen Regionalisierungstendenzen und bringt allem voran die strategischen Interessen der Russischen Föderation und der zentralasiatischen Staaten zum Ausdruck. Die Regierung in Russland ist stets bemüht, die zersplitterten außenpolitischen Interessen der politischen Akteure in einer der wichtigsten Regionen der Welt zu vereinen, um seine außenpolitische Stellung in den IB zu stärken.

Die Kernpunkte der Treffen der Staats- und Regierungschefs der teilnehmenden SCO-Staaten haben eher deklaratorischen Charakter und konzentrieren sich auf den Aufbau der Organisation. Desweiteren haben Terrorismusbekämpfung und Afghanistanpolitik<sup>674</sup>, die auch europäische Prioritäten sind, eine vorrangige Rolle. Bei genauer Betrachtung der Erklärungen der SCO fällt jedoch auf, dass die Mitgliedstaaten die wirtschaftliche Komponente für den wichtigsten Kooperationsgrund erachten. Jedoch beruht die Mitgliedschaft auf gleichberechtigter Partnerschaft<sup>675</sup> und vollzieht sich dementsprechend ohne Souveränitätsverlust (wie auch die angesprochenen EAWG und OWZ). Der chinesische Premier *Wen Jiabao* schlägt in Anbetracht der starken Wirtschaftskraft Chinas den Aufbau einer Freihandelszone innerhalb der SCO vor. Diese soll folgende Ziele verfolgen:

- ✓ *promote the facilitation of trade and investment in a bid to realize the smooth circulation of goods within the framework of the SCO as well as to reduce and eliminate non-tariff barriers like those in customs service, quarantine, standards and transportation*
- ✓ *set certain large projects on economic and technological cooperation and give priority to those in transportation, energy, telecommunication, agriculture, home appliances, light industry and textile*
- ✓ *set a long-term objective for regional economic cooperation and gradually set up a free trade zone within the SCO*<sup>676</sup>

2006 beschloss der Ministerrat der SCO-Staaten die künftige Stärkung der regionalen Kooperation und die Implementierung eines Programms zur multilateralen wirtschaftlichen

<sup>674</sup> 2005 wurde die Kontaktgruppe SCO-Afghanistan gegründet. Vgl. The Shanghai Cooperation Organization, 2005b

<sup>675</sup> Vgl. The Shanghai Cooperation Organization, 2004

<sup>676</sup> Embassy of the People's Republic of China in Australia, 2003

Entwicklung. In diesem Rahmen geben die SCO-Mitgliedstaaten für die Zukunft Vorrang für Kooperation in Bereichen wie Energie, Transport und Telekommunikation.

Somit beruht die Kooperation auf gemeinsam geteilten Werten, die vorwiegend wirtschaftlicher Natur sind, alle SCO-Staaten respektieren und keine Einmischung in die nationalen Politiken berechtigen. Darüberhinaus befindet sich die SCO auf dem Vormarsch in Eurasien, die militärische Komponente der Organisation zu stärken als auch den eventuellen Beitritt Irans voranzutreiben<sup>677</sup>.

Erst im Jahr 2007 äußerten die SCO-Staatschefs diplomatische Kritik an der US-Hegemonialpolitik und die Forderung nach einer Staatenwelt, in der alle Staaten die Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen respektieren. Die SCO-Mitgliedstaaten beabsichtigen die Schaffung einer Sicherheitsstruktur auf der Grundlage allgemein akzeptierter Normen des Völkerrechts. Diese Struktur soll folgende Ziele haben:

- ✓ reflect the balance of interests of all subjects of international relations
- ✓ guarantee the right of every state to choose independently its way of development based on its unique historical experience and national features, to protect its state integrity and national dignity, to participate equally in international affairs
- ✓ ensure the settlement of international and regional conflicts and crises through political and diplomatic means in strict accordance with principles and norms of the international law and with consideration of legitimate interests of all parties concerned
- ✓ preserve the diversity of cultures and civilisations, encourage implementation of initiatives aimed at deepening of dialogue among civilisations and religions<sup>678</sup>

Die auf strengem Pragmatismus beruhende Kooperation baut auf die zukünftige Entwicklung eines Gefühls des Vertrauens unter den SCO-Staaten.

Das zwischen dem 9. und 18. August durchgeführte militärische Manöver *Friedensmission 2007* aller Mitgliedsstaaten in Russland signalisiert das gestärkte Auftreten und die neuen Ambitionen der sechs Gründungsländer in der Region, aber auch über die Region hinaus. Und obwohl die SCO nach *Putins* Aussage keine militärische Organisation<sup>679</sup> darstellt, betrachten sie andere Politiker als Verteidigungsstruktur<sup>680</sup>. Der russische Botschafter bei der NATO *Dmitrij Rogosin*<sup>681</sup> geht sogar weiter und behauptet, falls die NATO Georgien und die Ukraine in ihre Strukturen aufnimmt, wird Russland nicht von den politischen Anschlussgesuchen der Sezessionsregionen im Südkaukasus (vor allem Südossetien) absehen.

<sup>677</sup> Vgl. Beehner, 2006

<sup>678</sup> The Shanghai Cooperation Organization, 2007

<sup>679</sup> Vgl. N.N., 2007c

<sup>680</sup> Vgl. N.N., 2007d

<sup>681</sup> Vgl. Rogosin, 2008, S. 123

In dieser Konstellation ist die EU (und die NATO als Teil der Integration in EU-Europa) vor neue Herausforderungen in der Zukunft gestellt, regionalistischen Tendenzen in den Bereichen Energie und Wirtschaft im eurasischen Kontext zu begegnen. Jedoch besteht der Unterschied zwischen der SCO und der EU darin, dass die SCO eine rein intergouvernementale Organisation ist<sup>682</sup>. Durch die Herausbildung eines neuen wirtschaftlichen und politischen Blockes, der dieselben außenpolitischen Präferenzen in Bezug auf die Staaten im Rahmen der ENP und in Zentralasien formuliert und nach außen präsentiert, gerät die erweiterte EU an neue Grenzen, die zu bewältigen sind. Jedoch ergänzt eine multipolare Organisation wie die SCO die multipolare Ausrichtung europäischer Außenpolitik.

## 2.2. Die EU und Zentralasien: Die Zentralasienstrategie

Um den neuen Herausforderungen an den erweiterten Grenzen der EU zu begegnen, hat die Union eine Strategie für Zentralasien „*Die EU und Zentralasien: Strategie für eine neue Partnerschaft*“ angenommen. Bei der Zentralasienstrategie richtete die deutsche Ratspräsidentschaft ihre und damit auch die Aufmerksamkeit der EU auf eine völlig neue Region. Sichtbar wurde hier die Konvergenz deutscher und europäischer Interessen. Dabei setzte Deutschland seine diplomatische Erfahrung und Kompetenz in der Region ein: Als einziger EU-Staat verfügt Deutschland über diplomatische Vertretungen in allen zentralasiatischen Staaten. In der Vorbereitungsphase der deutschen Ratspräsidentschaft besuchte *Frank-Walter Steinmeier* als erster deutscher und EU-Außenminister die fünf Hauptstädte Zentralasiens. Dies bestätigt die starke diplomatische und politische Präsenz Deutschlands in einer Region, in der die EU im Vergleich zu den USA und Russland unterrepräsentiert ist. Das deutsche Engagement in Zentralasien hat eine lange Tradition: Noch unter der Regierung von CDU/CSU und FDP arbeitete die SPD-Bundestagsfraktion 1997 ein Strategiepapier für die Region „Zukunftsregion Kaspisches Meer“<sup>683</sup> aus, worin die Position Deutschlands zum Ausdruck kam.

Eine eigene Zentralasienstrategie richtete die Aufmerksamkeit der EU auf die *Nachbarn unserer Nachbarn*, welche die EU systematisch vernachlässigte. Die Bundesregierung setzte sich daher schon im Vorfeld ihrer Ratspräsidentschaft mit dem Ausbau der regionalen Zusammenarbeit in und mit Zentralasien auseinander. Sie beabsichtigte den Aufbau eines effizienten Grenzmanagements, die Zusammenarbeit bei Umweltproblemen und bei

---

<sup>682</sup> Vgl. Bailes, 2007, S. 13

<sup>683</sup> Vgl. Erler et.al., 1998

Problemen mit knappen Ressourcen und plante eine *Rechtsstaatsinitiative* und eine *Europäische Bildungsinitiative*<sup>684</sup>. Als besonders schwierig erwies es sich, die selbst gesetzten Prioritäten zu vereinbaren, also die Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen und die Demokratisierung.

- Als erste Priorität gegenüber Zentralasien sollte in diesem Zusammenhang die regionale Zusammenarbeit unterstützt werden, um gemeinsame regionale Herausforderungen anzugehen, so z. B. in den Bereichen organisierte Kriminalität, Handel mit Menschen, Drogen und Waffen, Terrorismus und Nichtverbreitung, interkultureller Dialog, Energie, Umweltverschmutzung, Wasserwirtschaft, Migration sowie Grenzschutz und Verkehrsinfrastruktur. Diesbezüglich beabsichtigt die EU, mit internationalen Finanzinstituten sowie multilateralen und regionalen Organisationen und Institutionen zusammenzuarbeiten.<sup>685</sup> In diesem Kontext gehen die Prioritäten der SCO und der erweiterten EU einher.
- Die Demokratisierung und die rechtsstaatliche Ordnung treten aufgrund der schwachen demokratischen und wirtschaftlichen Konsolidierung der Staaten in Zentralasien als zweite Priorität in Erscheinung. Die nachfolgende Abbildung knüpft an die Ergebnisse in Kapitel 3 an und wird um die Staaten Zentralasiens (Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan) ergänzt, die in dem betrachteten Zeitrahmen als *nicht frei* bezeichnet werden. Nur Kirgistan wird im Laufe des Transformationsprozesses in den Jahren 2006 und 2007 als *teils frei* bewertet.

---

<sup>684</sup> Vgl. Steinmeier, 2007b

<sup>685</sup> Rat der Europäischen Union, 2007a, S. 5



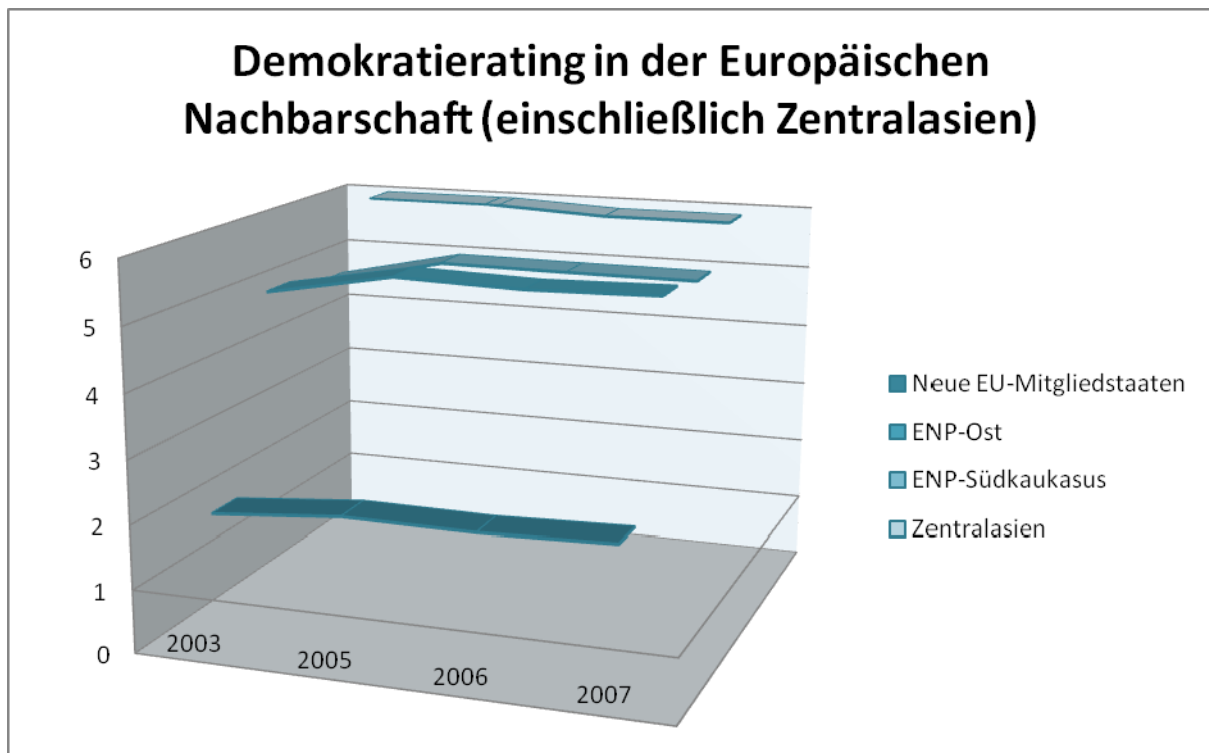


Abbildung 22: Demokratierating in der Europäischen Nachbarschaft einschließlich Zentralasien, eigene Darstellung, Datenquelle: [www.freedomhouse.org](http://www.freedomhouse.org) (18.03.2008)

Die obige Abbildung zeigt auf, dass die EU in Zentralasien vor noch schweren Bedingungen in Fragen der Demokratie als im geografischen Anwendungsbereich der ENP gestellt ist. In diesem Sinne sollen sich die EU und ihre Mitgliedstaaten verstärkt für den Schutz der Menschenrechte und für die Schaffung und den Ausbau einer unabhängigen Justiz einsetzen, um so einen nachhaltigen Beitrag zur Schaffung von Strukturen zu leisten, die auf Rechtsstaatlichkeit und internationalen Menschenrechtsstandards beruhen.<sup>686</sup>

Die Mitgliedschaft der zentralasiatischen Staaten in der SCO betrachten einige Autoren als demokratischen Lernprozess<sup>687</sup>, jedoch aufgrund des immensen Rückstands im Demokratisierungsprozess Russlands und Chinas soll die EU auf eigene Initiative und Programme nicht verzichten.

Somit beabsichtigen die EU und ihre Mitgliedsstaaten

- ✓ eine angemessene Mittelausstattung für die Initiative für Rechtsstaatlichkeit;
- ✓ die kurz- oder auch langfristige Entsendung von Rechts- und Verwaltungsexperten in zentralasiatische Staaten;
- ✓ Bereitstellung von Fortbildungsmöglichkeiten für Experten aus den zentralasiatischen Staaten; Unterstützung der transparenten Umsetzung der Rechtsreform;

<sup>686</sup> Rat der Europäischen Union, 2007a, S. 5

<sup>687</sup> Vgl. Austin, 2002, S. 9

- ✓ Ermöglichung des internationalen Austauschs durch die Veranstaltung und finanzielle Unterstützung spezialisierter Konferenzen;
- ✓ Erleichterung der Zusammenarbeit zentralasiatischer Staaten mit der Venedig-Kommission des Europarates;
- ✓ Förderung der Umsetzung der IAO-Normen und -Übereinkommen für menschenwürdige Arbeit;
- ✓ enge Abstimmung mit den laufenden Tätigkeiten der Feldmissionen der OSZE, dem Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) sowie den Vereinten Nationen und deren Hohem Kommissar für Menschenrechte;
- ✓ Bereitstellung technischer Hilfe und enge Zusammenarbeit im Hinblick auf die legislativen und verfassungsrechtlichen Anpassungen, die für einen Beitritt zum Römischen Statut und dessen Umsetzung erforderlich sind.<sup>688</sup>

Die Zentralasienpolitik der EU greift mehrere Kernpunkte der ENP auf. Die erweiterte EU setzt über die geografischen Grenzen hinaus auf eine kohärente Politik gegenüber den Nachbarn der neuen Nachbarn der EU (Selbstperpetuierungstendenz). Die finanzielle Hilfeleistung (2007-2013: 750 Mill. Euro) und das Instrument für die Entwicklungszusammenarbeit (pro Jahr von 58 Mill. Euro in 2007 auf 139 Mill. Euro in 2013)<sup>689</sup> ermöglichen die Umsetzung der Ziele.

- Als Energieerzeuger und als Transitländer von Erdöl und Erdgas geraten drittens die Staaten in Zentralasien in den Fokus europäischer Außenpolitik. *„Daher können in den nächsten Jahren die Grundlagen für eine auf gemeinsamen Interessen und Gegenseitigkeit beruhende langfristige Partnerschaft geschaffen werden. Für die Nutzung der Energieressourcen der zentralasiatischen Staaten sind erhebliche und anhaltende Investitionen sowie umfassende Strategien erforderlich, die alle Komponenten ihrer Energiesektoren erfassen und den Zugang zu den am weitesten entwickelten Märkten erleichtern.“*<sup>690</sup> Der Ausbau und die Intensivierung der Beziehungen der EU zu den Staaten in Zentralasien spielen eine wesentlich große Rolle beim Vorantreiben der Kooperation in Energiefragen unter den SCO-Staaten.<sup>691</sup> Dabei ist die EU jedoch verpflichtet, die unterschiedliche Wahrnehmung von Demokratie, Sicherheit und good governance in Zentralasien in dem Ausbau der Beziehungen zu berücksichtigen.

<sup>688</sup> Rat der Europäischen Union, 2007a, S. 7

<sup>689</sup> Rat der Europäischen Union, 2007a, S. 18

<sup>690</sup> Rat der Europäischen Union, 2007a, S. 10

<sup>691</sup> Vgl. ähnlich bei Austin, 2002, S. 10

### 2.3. Energie vs. Demokratie

Mit dem Problem der Vereinbarung wirtschaftlicher Interessen und Demokratisierung setzt sich die ENP seit ihrer Entstehung auseinander; doch in Zentralasien ist die EU mit besonders schweren Bedingungen für Demokratisierungsversuche konfrontiert.

- Zum einen steigt die geostrategische Bedeutung der Staaten in Zentralasien immens. Dort könnte Europas Energiesicherheit entschieden werden.
- Zum anderen handelt es sich bei den Staaten Zentralasiens um politisch instabile Regime, die den Begriff der Demokratie völlig entwerteten<sup>692</sup> und die Werte und Normen der EU nicht teilen.
- Desweiteren sichert die Ausbalancierung der Interessen verschiedener Gruppen und Clans sowie die Ausschaltung der politischen Opposition die Machtposition des Alleinherrschers (der Fall Turkmenistan). Jedoch schafft der Abgang eines solchen Herrschers politisches Vakuum in der Gesellschaft.<sup>693</sup>

Es wird ersichtlich, wie schwierig es für diese autoritären Regime wird, sich an der Macht zu halten, das Land einigermaßen politisch zu entwickeln und gleichzeitig sich selber zulasten der Bürger zu bereichern, das Geld zu behalten und dann den Machtübergang zu verhindern und wenn es dann schon sein muss, ihn so zu organisieren, dass angehäuften Vermögen zu behalten. Das sind alles keine stabilitätsfördernden Mechanismen, die sich bis nach Russland beobachten lassen.<sup>694</sup>

Um die europäischen Interessen in der Energieversorgung durchzusetzen, wird mit diesen Ländern einerseits zusammengearbeitet, obwohl die Menschenrechte dort nicht gesichert sind. Andererseits sollen die Menschenrechtsprobleme in aller Deutlichkeit angesprochen und möglichst behoben werden, ohne aufgrund der wirtschaftlichen Interessen Zurückhaltung zu zeigen.<sup>695</sup> Dadurch wird die substanzielle Notwendigkeit einer Kooperation mit der ressourcenreichen Region, aber auch Russland unterstrichen. In der EU lassen sich jedoch auch andere Tendenzen beobachten, unter anderem durch Großbritannien, Irland, die Niederlande und Schweden repräsentiert, die für mehr Aufmerksamkeit auf die Demokratisierungsprozesse in der Nachbarschaft antreten<sup>696</sup>.

---

<sup>692</sup> Vgl. Brauer, 2007, S. 80

<sup>693</sup> Vgl. Brauer, 2007, S. 75

<sup>694</sup> Vgl. Polenz, 2008. Interview durch den Autor.

<sup>695</sup> Vgl. Polenz, 2008; vgl. ebenfalls Pieper, 2008. Interviews durch den Autor.

<sup>696</sup> Vgl. Marat, 2008, S. 4

## 2.4. Die neue „Östliche Partnerschaft“ der EU

Im Sinne der neuen regionalistischen Tendenzen in den IB traf der Europäische Rat am 14. März 2008 zusammen und hat neben den Leitlinien der Energiepolitik die Initiative *Barcelona Prozess: Union für den Mittelmeerraum*<sup>697</sup> beschlossen, die *Nicolas Sarkozy* vorangetrieben hatte. Ursprünglich sollte diese Initiative außerhalb der europäischen Beschlussfassung liegen und nicht alle EU-Mitgliedsstaaten einbeziehen. Diesen ersten Vorschlag wehrte erfolgreich *Angela Merkel* ab. Diese schließt demnach die 27 Mitgliedsstaaten und die Anrainerstaaten des südlichen Mittelmeers ein.<sup>698</sup>

Als Antwort darauf brachten Polen und Schweden, unterstützt durch Deutschland, Tschechien und die Niederlande, eine eigene Idee für eine Initiative vor, eine neue östliche EU-Politik, eine *Östliche Partnerschaft* in den Bereichen des visafreien Reisens, zur Errichtung von Freihandelszonen für Dienstleistungen und landwirtschaftliche Produkte, bilateralen Projekten im Studentenaustausch, Umweltschutz und der Energielieferung<sup>699</sup>. Aufgrund der Erweiterungsmüdigkeit einiger westlicher EU-Staaten beinhaltet diese Initiative keine Beitrittsperspektive<sup>700</sup>. Aus diesem Grund sollte die Östliche Partnerschaft kein ENP-Land zufrieden stellen, das eine Mitgliedschaft in der EU anstrebt (vor allem die Ukraine und Moldau).

Die finanzielle Mittelausstattung zur Unterstützung der erwähnten Kooperation beläuft sich auf 600 Millionen Euro bis 2013.<sup>701</sup> Die 2008 ausgebrochene Finanz- und Wirtschaftskrise schwächte den Erfolg der finanziellen Hilfeleistung, denn die sechs Partnerstaaten sind sehr schwer von der Krise getroffen. Die Ukraine konnte nur mithilfe eines Notkredits des Internationalen Währungsfonds (IWF) in Höhe von 11,1 Mrd. Euro zur Stützung des Finanzsystems und zur Reform der Energiewirtschaft vor dem sicheren Scheitern gerettet werden.

Der Geltungsbereich der neuen Östlichen Partnerschaft umschließt Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Moldau und die Ukraine. Russland ist nur durch das ENPI einbezogen und für Belarus steht die Partnerschaft bei Erfüllung bestimmter Kriterien offen.

<sup>697</sup> Vgl. über die Mediterrane Union und Frankreichs Vorstellungen über die zukünftige Gestaltung des Prozesses Emerson, 2008

<sup>698</sup> Vgl. Council of the European Union, 2008, S. 19. Am 13.07.2008 ist die Initiative *Barcelona Prozess: Union für den Mittelmeerraum* unter der Ratspräsidentschaft Frankreichs in Paris auf den Weg gebracht. Algerien, Ägypten, Israel, Jordanien, Lebanon, Mauretanien, Monaco, Marokko, die Palästinensische Autonomiebehörde, Syrien, Tunesien, Kroatien und die Türkei (als EU-Beitrittskandidaten), Albanien, Bosnien und Herzegowina und Montenegro (als potenzielle Beitrittskandidaten) nehmen daran teil. Lybien ist ebenfalls eingeladen (seit 1999), an der Initiative teilzunehmen.

<sup>699</sup> Vgl. Runner, 2008

<sup>700</sup> Vgl. Pawlicki, 2008

<sup>701</sup> Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 2008c, S. 17

Das heterogene Bild des Vorschlages könnte jedoch mit dem Prinzip der Differenzierung im Kontext der ENP kollidieren. Die Initiative Polens und Schwedens liefert einen politischen Impuls für Mechanismen, die sich in den Rahmen der ENP einfügen (regional übergreifende Kooperation). Ohne eigene Institutionen (mit Ausnahme der Einsetzung eines Sonderkoordinators) zu schaffen, stärkt die Initiative graduell die ENP und lässt die Region an der östlichen Grenze der EU stärker in Erscheinung treten.<sup>702</sup>

Der große Unterschied zu einer bilateral geprägten ENP ist, dass die Regierungen Polens und Schwedens die multilaterale Zusammenarbeit in Bereichen wie Migration, Visaregime, Transport und Telekommunikation, Freihandel, Umwelt und grenzüberschreitende Kooperation ausdrücklich in ihrer Mitteilung erwähnen.<sup>703</sup> Die multilaterale Struktur innerhalb der Östlichen Partnerschaft, welche die EU-Kommission vorgeschlagen hatte, enthält zwei wichtige Elemente<sup>704</sup>:

- Erstens finden regelmäßige Treffen der verschiedenen Politikebenen (Staats- und Regierungschefs, Außenminister etc.) statt.
- Zweitens werden vier thematische Plattformen geschaffen, die sich mit den folgenden Themenbereichen beschäftigen:
  - ✓ Demokratie, verantwortungsvolle Regierungsführung und Stabilität,
  - ✓ wirtschaftliche Integration und Konvergenz mit der EU-Politik,
  - ✓ Energieversorgungssicherheit und
  - ✓ direkte Kontakte zwischen den Menschen.

Das ferne Ziel der multilateralen Ausrichtung der Östlichen Partnerschaft soll Stabilität und Prosperität nicht nur an der neuen Grenze der EU fördern, sondern auch die Beziehungen zwischen den Partnerstaaten auf ein neues Fundament legen. Wie erfolgreich dieses Instrument ist, hängt nicht nur von den Angeboten der EU sondern von den Anstrengungen der Partnerstaaten ab, zukünftige Beziehungen auf Vertrauensbasis aufzubauen.

Die ENP-Staaten sind zum heutigen Zeitpunkt jedoch ziemlich weit von vertrauensvollen Beziehungen untereinander entfernt. Die herrschenden regionalen Konflikte in der Region verhindern eine nachhaltige Zusammenarbeit zwischen den Partnerstaaten der EU. Eine Mischung aus Ablehnung und Feindlichkeit verleiht eine negative Note den Beziehungen unter den ENP-Staaten. In der Mitteilung über die Östliche Partnerschaft erwähnt die EU-Kommission die regionalen Konflikte jedoch nur mit einem Satz. *„Die Östliche Partnerschaft sollte die **Stabilität** und die multilaterale **Vertrauensbildung** fördern, mit dem Ziel die*

<sup>702</sup> Vgl. Lang, 2008a, S. 2f.

<sup>703</sup> Vgl. Polish-Swedish Proposal, 2008, S. 3

<sup>704</sup> Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 2008c, S. 12 - 15

*Souveränität und die territoriale Integrität der Partnerländer zu festigen.*<sup>705</sup> Die Östliche Partnerschaft ist demzufolge nicht primär auf die Lösung der regionalen Konflikte sondern indirekt auf die Schaffung eines besseren Umfeldes an der neuen EU-Grenze und unter den ENP-Staaten gerichtet.

Die EU-Kommission bietet ebenfalls Drittstaaten eine enge Zusammenarbeit mit einem multilateralen Fokus im Konzept der Östlichen Partnerschaft an. *„Drittländer können an den thematischen Plattformen, den Arbeitsgruppen oder Initiativen von Fall zu Fall beteiligt werden, sofern beide Seiten übereinstimmen, dass dies aufgrund des gemeinsamen Interesses an einem Thema, der geografischen Nähe oder der existierenden wirtschaftlichen Beziehungen nützlich sein könnte.*“<sup>706</sup> Dieses Angebot richtet sich an Russland und die Türkei und womöglich an die zentralasiatische Staaten.

Am 7. Mai 2009 haben in Prag alle 27 EU-Mitgliedstaaten und die sechs Nachbarstaaten die Gründung der Östlichen Partnerschaft besiegelt. Zwei Vorfälle überschatteten allerdings das große Projekt mit den östlichen und südkaukasischen Nachbarn.

- Zum einen schätzt Russland diese Initiative negativ ein.

Russische Politiker von der Exekutive und Legislative unterstellen der EU hegemoniale Bestrebungen im eigenen „Hinterhof“.<sup>707</sup> Die Kritik Russlands liegt nicht in der Substanz und dem Inhalt der Initiative, denn die Partnerschaft unterscheidet sich nur wenig von der ENP, die Russland befürwortet, sich aber ihr nicht anschließt. Russland findet sich in einer Kategorie von asymmetrischen Beziehungen, wie sie die ENP schafft, nicht wieder. Die ENP umfasst ebenso Staaten, die Russland selbst als eigene Einflussphäre betrachtet. Vielmehr ist die negative Einstellung Russlands auf die Entwicklungen zurückzuführen, die die Östliche Partnerschaft begleiteten.

- a. Für den vermeintlich treuen Partner Russlands, Belarus, steht diese Initiative offen. Die EU bietet erstmals Belarus Möglichkeiten zur Zusammenarbeit an und übt politischen Druck auf die Regierung, die Unabhängigkeiten Südossetiens und Abchasiens nicht anzuerkennen.
- b. Am 23. März 2009 trafen in Brüssel Vertreter der EU und der Ukraine sowie Vertreter von internationalen Finanzinstitutionen, der EU- Mitgliedstaaten, anderer Staaten und der Gasindustrie zusammen, um Maßnahmen zur Modernisierung des ukrainischen Gastransitsystems zu erörtern.

<sup>705</sup> Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 2008c, S. 13

<sup>706</sup> Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 2008c, S. 16

<sup>707</sup> Vgl. Stewart, 2009, S. 2 - 3

Dieses Treffen besaß besondere Brisanz angesichts der Gaskrise Anfang 2009 und der aktuellen Wirtschaftskrise. Die Ukraine erklärte ihre Absicht, sich durch eine Mitgliedschaft in der Energiegemeinschaft Südosteuropa stetig in den Europäischen Energiemarkt zu integrieren und auf diesem Wege die Nachhaltigkeit, Verlässlichkeit, Effizienz und Transparenz ihres Gas-Transit-Systems zu verbessern. Die Unterzeichner der Erklärung begrüßten ferner die Bereitschaft der ukrainischen Regierung, ein Programm zur Reform des Gas-Sektors (2010-2011) in Zusammenarbeit mit der EU und internationalen Finanzinstitutionen durchzuführen.<sup>708</sup> Dieser Schritt der Ukraine deutete Russland als eindeutige Bindung des Landes an die EU und Abkehr von der russischen Einflussphäre. Jedoch ist das Gelingen der ENP oder der Östlichen Partnerschaft ohne Russland zumindest ohne eine punktuelle Einbeziehung in die Initiative nicht denkbar und möglich. In Bereichen der wirtschaftlichen und energiepolitischen Kooperation besitzen viele europäische Unternehmen bereits Erfahrung im Umgang mit Russland. Darauf kann und soll eine vertiefte Zusammenarbeit aufbauen.

- Zum anderen blieben die großen EU-Länder Frankreich, Italien, Spanien und Großbritannien dem EU-Gipfel in Prag fern.

Wichtig hierfür ist die Tatsache, dass dadurch diese EU-Mitgliedstaaten der Ausdehnung der außenpolitischen Präferenzen der EU in einem ebenfalls von Russland umworbenen Raum sehr skeptisch gegenüberstehen. Die Georgien-Krise im August 2008 und die spätere Entwicklung der ENP /Östlichen Partnerschaft unterstrichen noch eindeutiger die verschiedenen Positionen<sup>709</sup> der 27 EU-Mitgliedsstaaten. Die Unterschiede innerhalb der EU-Staaten können breit aufgefasst und in folgende Gruppen unterteilt werden:

- 1) Neutral: Österreich, Dänemark, Irland und Großbritannien. Slowenien beurteilt hoch die Kooperation im Energie- und Sicherheitsbereich im Rahmen der ENP/ Östlichen Partnerschaft in den Beziehungen zu den östlichen Nachbarn.
- 2) Neutral mit Einbeziehung Russlands: Zypern
- 3) Positiv: Griechenland, die Niederlande (ohne Beitrittsperspektive für die ENP-Staaten), Rumänien (mit Einbeziehung der Schwarzmeerregion), Schweden und die Slowakei (kritisch gegenüber der Ukraine in Bezug auf die Energiekrisen)
- 4) Positiv ohne Einbeziehung Russlands: Polen, Tschechien (mit Beitrittsperspektive für einige ENP-Staaten), Estland, Litauen und Luxemburg (reserviert zu den Beziehungen mit Russland)

---

<sup>708</sup> European Commission, 2009

<sup>709</sup> Institut für Europäische Politik (Hrsg.), 2009, S. 196 – 230. Die Unterteilung der verschiedenen Positionen wurde durch den Autor unternommen.

- 5) Positiv mit Einbeziehung Russlands: Finnland, Belgien, Bulgarien und Deutschland
- 6) Positiv und Balance zwischen Süd und Ost: Ungarn, Lettland und Malta
- 7) Negativ (Positiv zu Süd): Frankreich, Portugal (ohne Beitrittsperspektive für die ENP-Staaten). Italien und Spanien fordern zusätzlich die Verbesserung der Beziehungen zu Russland.

Die Identität mit den außenpolitischen Bestrebungen der EU im post-sowjetischen Raum schwindet. Dadurch wird eindeutig die starke Rolle Europas in diesem Teil des Kontinents geschwächt. In diesem Sinne benötigt die EU ein Erfolgsmodell, das auf alle Partnerstaaten transferierbar sein könnte. Dieses Modell jetzt zu definieren und umzusetzen, würde den Ernst der Lage jedoch unterminieren.

Als Konsequenz der unterschiedlichen Modelle in der Nachbarschaft entstehen neue, erweiterte Regional- und Machtblöcke, an denen die ENP-Staaten anschließen könnten und zwischen denen sich die zentralasiatischen Staaten befinden. Desweiteren bieten diese im Grunde unterschiedliche Integrationszonen Alternativen für breite nationale, außenpolitische und wirtschaftspolitische Kooperationsmöglichkeiten, sodass eine gewisse Konkurrenz unter den Nachbarstaaten entstehen wird. Die Errichtung einer mediterranen Union sowie einer Östlichen Partnerschaft geht auf die meist geübte Kritik über die ENP, insbesondere über die Einbeziehung der südlichen und östlichen Nachbarstaaten unter dem Dach der ENP (geografisches Kohärenzimperativ)<sup>710</sup>.

Durch die Schaffung solch einer Union mit den Anrainerstaaten des südlichen Mittelmeers und die Vertiefung der Beziehungen zu den osteuropäischen und südkaukasischen Nachbarstaaten und im Einzelnen die Errichtung der Schwarzmeersynergie der EU erhalten beide Regionen eine eigenständige politische, wirtschaftliche und soziale Plattform zur Verfolgung nationaler und EU-Präferenzen. Am Beispiel der Schwarzmeersynergie fördert die EU die Erweiterung der Verkehrs- und Transportnetze, die Ausnutzung bestehender Strukturen als auch deren Ausweitung auf andere Sektoren (z.B. im Umweltbereich)<sup>711</sup>. In diesem Maße werden die Beziehungen zwischen den ENP-Staaten (und untereinander) und der EU (und den EU-Mitgliedstaaten) vertieft, sodass die Notwendigkeit bestehen bleibt, die Zusammenarbeit auszuweiten, um die negativen Folgen der Nichtkooperation zu vermeiden (Spill-over). Desweiteren kann sich die EU auf die wesentlichen Kernpunkte der ENP – Sicherheit, Stabilität und Wohlstand – mit denjenigen konzentrieren, die diese gemeinsamen Rahmenvorgaben teilen und in ihre nationalen Politiken implementieren.

---

<sup>710</sup> Vgl. Lippert, 2008, S. 8; vgl. desweiteren Emerson, 2008, S. 6

<sup>711</sup> Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 2008b, S. 3 – 5



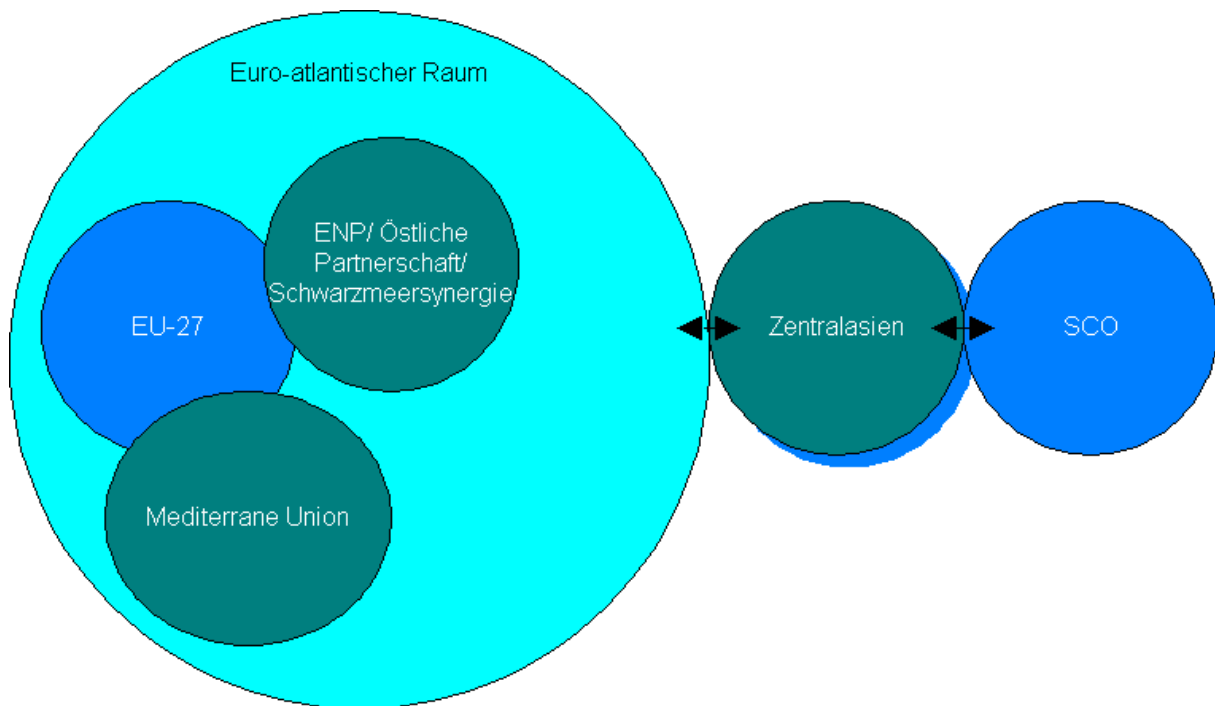


Abbildung 23: Regionalisierungstendenzen auf dem eurasischen Kontinent einschließlich Nordafrika, eigene Darstellung

### 3. Stärkung der ENP: Politischer Dialog und Reform

Angesichts der längerfristigen Orientierung der Europäischen Nachbarschaftspolitik erscheint es zu diesem Zeitpunkt unmöglich, eine vorzeitige Bewertung der Fortschritte bei der Umsetzung der Ziele in den Aktionsplänen zu treffen. Dennoch verbessert die EU-Kommission stetig die Implementierung der Grundsätze der Demokratie, der Achtung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten wie auch der Rechtsstaatlichkeit (vorrangige Bereiche in den Aktionsplänen, den Fortschrittsberichten und den Richtprogrammen der EU) im Rahmen des ENPI. In diesem Zusammenhang stellt die EU den Nachbarstaaten mögliche Finanzierung durch die Governance-Fazilität zur Verfügung.

Die Grundsätze und Prinzipien (ausgestattet mit 50 Mill. Euro für den Zeitraum 2007 – 2010) für die *Ausnützung der Governance-Facility des ENPI*<sup>712</sup> und die Abschätzung der erbrachten Leistungen von den ENP-Staaten, die einen AP unterzeichneten, stützen auf die folgenden sechs Kriterien:

- ✓ Erstens kennzeichnet die objektive Basis, in diesem Fall der AP, den Progress in governance verbundenen Ebenen.

<sup>712</sup> Vgl. Commission of the European Communities, 2008, S. 3 – 5 sowie die Ausführungen im Kapitel 3 dieser Arbeit.

- ✓ Zur Beurteilung der von den ENP-Staaten angeleiteten Reformen dient die zweite Determinante der Vergleichbarkeit.
- ✓ Drittens belohnt die EU das jeweilige ENP-Land, das erfolgreich den Progress der Transformation trotz unterschiedlicher innenpolitischer, wirtschaftlicher und sozio-kultureller Ausgangsbasis für Reformen gestaltet.
- ✓ Die aktuelle Implementierung der Aktionspläne ist viertens die Ausgangsbasis für ihre Effektivität.
- ✓ Durch die Anerkennung des bisher Erreichten bestätigt fünftens die EU-Kommission die konditionale Auswirkung der Implementierung im jeweiligen ENP-Staat.
- ✓ Und letztendlich betreibt die EU-Kommission eine transparente Allokationspolitik bei der Governance-Facility.

Die Governance-Facility kann dementsprechend als eine sehr restriktive Politik gegenüber den ENP-Staaten bezeichnet werden. Die strengen Auflagen zur Dislozierung von Hilfeleistungen definieren eine Politik und demzufolge eine ENP, die nur die willigen und kooperationsbereiten Staaten unterstützt, wenn diese die Prinzipien der Demokratie, der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten und der Rechtsstaatlichkeit einhalten (positive Konditionalität). Diese vertiefte Kooperation geht somit über die wirtschaftliche Integration hinaus und bringt die ENP-Staaten näher an die Grundnormen und –regeln der EU. Gewisse Ähnlichkeiten weist die Governance-Facility mit der Erweiterungsstrategie der EU für den Zeitraum 2006-2007<sup>713</sup> auf. Bei den Kandidatenstaaten Kroatien, der Türkei und der FYROM handelt es sich ebenfalls um die Beschleunigung des Reformtempos in den Schlüsselbereichen Justizreform, Reform der öffentlichen Verwaltung, Bekämpfung der Korruption und Wirtschaftsreformen.

Im Einklang mit den Prioritäten der Governance-Facility unterstreicht die EU-Kommission in den Fortschrittsberichten mit der Ukraine<sup>714</sup> und Moldau<sup>715</sup> folgende Mechanismen:

- ✓ die Intensivierung des politischen Dialogs,
- ✓ die Förderung der Korruptionsbekämpfung,
- ✓ die Fortschritte bei der Achtung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten,
- ✓ die Gesetzesreformen zur Implementierung der AP (für Moldau),
- ✓ die Stärkung der Demokratisierung auf lokaler Ebene (Moldau),

---

<sup>713</sup> Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 2006g, S. 11f.

<sup>714</sup> Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 2006e, S. 3 – 7

<sup>715</sup> Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 2006f, S. 3 – 6

- ✓ die Zusammenarbeit in der GASP /ESVP (Ukraine nimmt an der Polizeimission in Bosnien und Herzegowina teil und war ebenso in der Polizeimission PROXIMA in FYROM beteiligt),
- ✓ die Zusammenarbeit in der Grenzschutzmission EUBAM.

Problematisch verbleibt jedoch die Beantwortung der Frage, wie weit die ENP-Staaten diese Politik der schrittweisen Annäherung und Angleichung an die EU-Standards in ihre nationalen Reformprogramme implementieren.

Die fehlende Aussicht auf Integration in die politischen EU-Strukturen komplementiert jedoch die EU mit der weiteren Vertiefung der ENP-Beziehungen. Dadurch erhöht die Union die Anreize für die Nachbarstaaten (Konsolidierung der Nachbarschaftspolitiken und Reaktion auf die Anforderungen der ENP-Staaten<sup>716</sup>). Diese Vertiefung reflektiert die finanzielle Hilfe durch die Governance-Facility. Indem die ENP-Staaten ihre nationalen Politiken an die EU angleichen und sich auf die Einhaltung von EU-Normen und –Regeln einstellen, entstehen Kosten, die über die Governance-Facility gedeckt werden könnten. Desweiteren besitzen die ENP-Staaten mehr Freiheiten bei der Umsetzung. Schließlich ist die Ausgangsbasis für jedes Land die jeweilige innerpolitische und wirtschaftliche Entwicklung (Differenzierung).

In Anbetracht der Förderung der Zusammenarbeit zwischen der EU und den ENP-Staaten wie auch der Nutzung der Chancen und Bewältigung der Herausforderungen, die sich aus der geografischen Nähe der Nachbarstaaten zu der EU ergeben, unterstützt die erweiterte Union den politischen Dialog (Teil der AP) mit ihren Nachbarn.

- Im März 2008 verkündete Aserbaidtschan den Beitritt des Landes dem SIGMA-Programm (Support for Improvement in Governance and Management) im Rahmen des ENPI. Die Regierung verfolgt dadurch die Ziele der Implementierung der Reformprogramme, der Rechnungs- und Finanzkontrolle, der Legislativen, der staatlichen Institutionen und der Justiz wie auch der staatlichen Ausgaben<sup>717</sup>.
- Ein weiteres ENP-Land, die Ukraine, nimmt ebenfalls an dem SIGMA-Programm teil, dessen Finanzierung (bei Aserbaidtschan sollen die Finanzierungsmöglichkeiten erst geklärt werden) durch Schweden (über die Swedish International Development Cooperation Agency seit 1995) und Großbritannien (über Department for International Development) erfolgt. Die zwei EU-Staaten erbringen Hilfeleistungen in den Bereichen der wirtschaftlichen Transformation, der demokratischen Konsolidierung

---

<sup>716</sup> Vgl. Marchetti, 2007, S. 12

<sup>717</sup> Vgl. N.N., 2008b

und Intensivierung, der Umwelt, der Bildung und Forschung und der nationalen Sicherheit.

Insofern ist die Verbesserung des staatlichen Verwaltungssystems Hauptanliegen der EU und unterschiedliche EU-Mitgliedsstaaten sind in diesem Prozess involviert.

- ✓ Demzufolge verfolgen erstens die Nationalstaaten die Harmonisierung (Kohärenz) ihrer Außenpolitiken mit der ENP. Dies führt zu einem starken politischen, wirtschaftlichen und sozio-kulturellen Auftreten der EU in der unmittelbaren Nachbarschaft.
- ✓ Zweitens findet eine selektive Heranführung der ENP-Staaten an die EU statt. Gleichzeitig berücksichtigt die EU die interne Entwicklung und die politische und wirtschaftliche Bedeutung des jeweiligen ENP-Landes.

Im Einklang mit den verfolgten Zielen der ENP – Sicherheit, Stabilität und Wohlstand – soll jedoch die EU eine weitere Initiative ausbauen und an die Bedürfnisse der ENP-Staaten anpassen, damit sich die angestrebte Annäherung an die EU erfolgreich vollzieht: das Europäische Instrument für Demokratie und Menschenrechte (EIDHR)<sup>718</sup>. Im Rahmen des EIDHR unterstützt die EU (wie dies die nachfolgende Abbildung 24 wiedergibt):

- ✓ die Förderung von verantwortlichem Regieren und Demokratie (Meinungsfreiheit),
- ✓ eine Kultur der Menschenrechte (Interessenvertretung in Bezug auf Bürgerrechte und politische Rechte),
- ✓ Sicherheit,
- ✓ regionale und subregionale Kooperation an der neuen östlichen EU-Grenze.

---

<sup>718</sup> Vgl. Tannock, 2008. Interview durch den Autor. Das Europäische Instrument für Demokratie und Menschenrechte ersetzt ab dem 1. Januar 2007 die Europäische Initiative für Demokratie und Menschenrechte, die seit 1994 die Förderung der Menschenrechte, Demokratisierung und Konfliktverhütung beinhaltet.

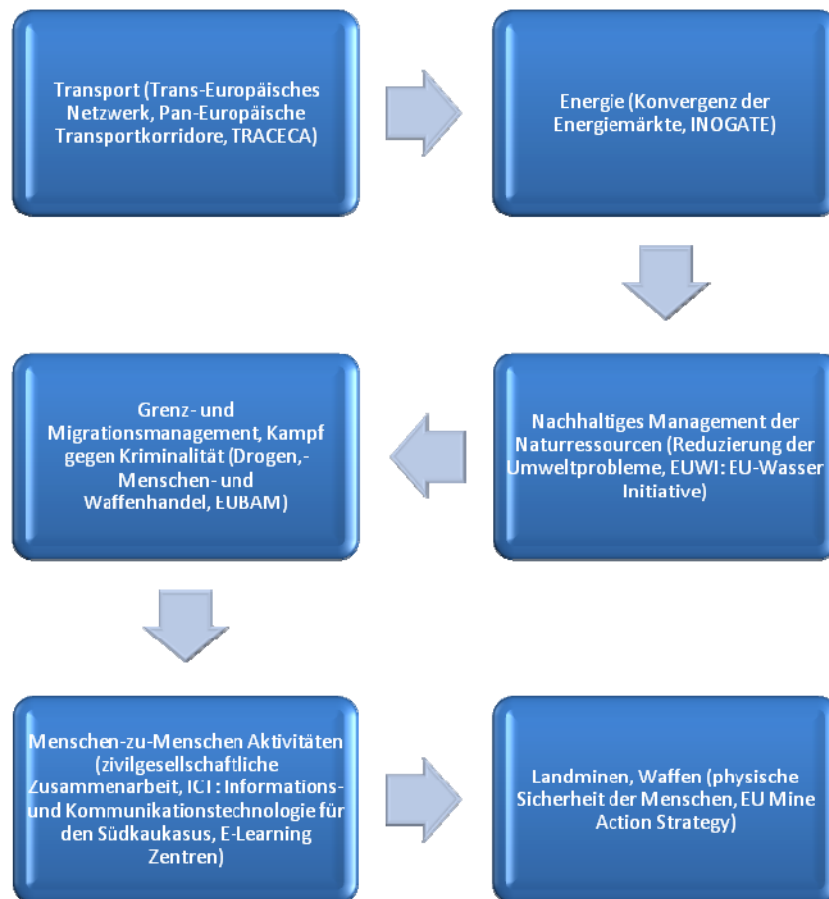


Abbildung 24: EIDHR-Initiativen in der Nachbarschaft, eigene Darstellung, Quelle: [http://ec.europa.eu/europeaid/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/europeaid/index_en.htm) (16.05.2008)

Der verstärkte Einsatz dieses Instruments neben den Nachbarschaftsinstrumenten leistet zusätzlich finanzielle Unterstützung für den Demokratisierungsprozess in den ENP-Staaten. Dadurch kommen Hilfeleistungen der Zivilgesellschaft zugute, um die Stärkung der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit von unten voranzutreiben und das Menschenrechtsverständnis an die europäischen Standards zu knüpfen. In diesem Sinne achtet und fördert die EU generelle Grundsätze wie Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit in den willigen und kooperationsbereiten Staaten in der unmittelbaren Nachbarschaft. Durch den EU-Einsatz zur Achtung der Menschenrechte und zur Förderung und Stärkung der Demokratie und aus der generellen Verpflichtung der EU, Menschenrechte in der Nachbarschaft zu schützen und Demokratieprinzipien zu verbreiten, erhöht die EU ihre konditionale Wirkung auf die ENP-Staaten. Damit erhöht die EU ihren politischen Einfluss auf die innerstaatliche Transformation und beeinflusst die Brüsseler Ausrichtung der nationalen Politiken der Partnerstaaten. Letztendlich behauptet die EU ihre vorrangige Rolle in der Nachbarschaft. Dies geschieht unter dem Einsatz von mehr vertikaler als horizontaler

Kohärenz in der ENP. Diese Vorgehensweise verbindet die Gemeinsame Entwicklungs- und Außenpolitik, jedoch auch die Politiken einzelner EU-Mitgliedstaaten.

## II. Die Zukunft der nachbarschaftlichen Beziehungen – Neue vertragliche Abkommen

Die Beziehungen zwischen der EU und den ENP-Staaten beruhen auf jahrelanger Erfahrung. Neben den Bestimmungen in den Aktionsplänen, welche die Angleichung der Rechtsvorschriften, Normen und Standards der ENP-Staaten an jene der Europäischen Union erheblich voranbringen (TWINNING innerhalb der Aktionspläne), decken die existierenden Abkommen unterschiedliche Aspekte der EU-Außenpolitik (GASP/ ESVP), der Innen- und Justizpolitik wie auch der wirtschaftlichen Integration. Die nachfolgende Tabelle fasst die existierenden Abkommen der EU mit den ENP-Staaten zusammen.

Außenpolitik (GASP/ ESVP)	Innen- und Justizpolitik	Wirtschaftsbereich, Kultur, regionale Zusammenarbeit, Energie
Beschluss über die Vernichtung von Kleinwaffen und leichten Waffen und der dazugehörigen Munition in der Ukraine (L315/ 2005)	Abkommen zwischen der EG und der Ukraine über Erleichterungen bei der Erteilung von Visa (L45/ 2008; L332/ 2007)	Lokale und regionale Gebietskörperschaften in der Ukraine und Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen der EU und der Ukraine (C305/ 2007)
Abkommen zwischen der EU und der Ukraine zur Schaffung eines Rahmens für die Beteiligung der Ukraine an Krisenbewältigungsoperationen der EU (L182/ 2005)	Abkommen zwischen der EG und der Republik Moldau über Erleichterungen bei der Erteilung von Visa (L45/ 2008)	Abkommen zwischen der EG und der Regierung der Ukraine über den Handel mit bestimmten Stahlerzeugnissen (L178/ 2007); Moldau (L315/ 2004)
Abkommen zwischen der EU und der Ukraine über die Beteiligung der Ukraine an der Polizeimission der EU in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (EUPOL „Proxima“) (L354/ 2004)	Abkommen zwischen der EG und der Ukraine über die Rückübernahme von Personen (L 24/ 2008; L332/ 2007); Moldau (L24/ 2008)	Abkommen in Form eines Briefwechsels zwischen der EG und der Ukraine zur Verlängerung und Änderung des Abkommens zwischen der EG und der Ukraine über den Handel mit Textilwaren (L17/ 2007; L16/ 2001); Belarus (L337/ 2007); Aserbaidschan (L17/ 2007)
Verlängerung der Gemeinsamen Strategie der EU für die Ukraine (L333/ 2003)	EU-Aktionsplan für den Bereich Justiz und Inneres in der Ukraine (C077/ 2003)	Verordnung über den Handel mit bestimmten Stahlerzeugnissen zwischen der EG und der Ukraine (L360/ 2006)
Abkommen zwischen der EU und der Ukraine über die Beteiligung der Ukraine an der Polizeimission der EU (EUPM) in Bosnien und Herzegowina (L239/ 2003)	Gemeinsamer Standpunkt betreffend restriktive Maßnahmen gegen die Führung der transnistrischen Region der Republik Moldau (L51/ 2008; L44/ 2006; L327/ 2005; L49/ 2005; L55/ 2004; L053/ 2003)	Aufnahme von Moldawien und der Ukraine als Beobachter in die Energiegemeinschaft (KOM(2006) 709)
Gemeinsame Aktion zur Verlängerung des Mandats des Sonderbeauftragten der EU für die Republik Moldau (L38/ 2008)		Abkommen zwischen der Europäischen Atomgemeinschaft und der Ukraine über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet
Gemeinsame Aktion zur		

<p>Ernennung des Sonderbeauftragten der EU für die Republik Moldau (L46/ 2007; L81/ 2005)</p> <p>Gemeinsame Aktion zur Verlängerung der Gemeinsamen Aktion 2006/439/GASP über einen weiteren Beitrag der EU zum Konfliktbeilegungsprozess in Georgien/Südossetien (L181/ 2007; L174/ 2006; L189/ 2005)</p> <p>Abkommen zwischen der EU und der Regierung Georgiens über die Rechtsstellung des Sonderbeauftragten der EU für den Südkaukasus und seines Unterstützungsteams in Georgien (L135/ 2006)</p> <p>Abkommen zwischen der EU und Georgien über die Rechtsstellung und die Tätigkeit der Rechtsstaatlichkeitsmission der EU in Georgien, EUJUST THEMIS (L389/ 2004; Gemeinsame Aktion L228/ 2004)</p> <p>Gemeinsame Aktion betreffend einen Beitrag der EU zur Stärkung der Fähigkeit der georgischen Behörden, die OSZE-Beobachtermission an der Grenze der Republik Georgien mit der Tschetschenischen Republik der Russischen Föderation zu unterstützen und zu schützen (L202/ 2001)</p> <p>Gemeinsame Aktion betreffend einen Beitrag der EU zum Konfliktbeilegungsprozess in Südossetien, Joint Control Commission (L286/ 2001)</p>	<p>der friedlichen Nutzung der Kernenergie (L261/ 2006)</p> <p>Abkommen zwischen der EG und der Ukraine über bestimmte Aspekte von Luftverkehrsdiensten (L211/ 2006); Moldau (L60/ 2008); Armenien (Vorschlag der Kommission (KOM(2007)0729); Aserbaidschan (legislative Entschließung des EP (C272E / 2006); Georgien (L73/ 2008; L134/ 2006)</p> <p>Abkommen zur Verlängerung des Abkommens über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen der EG und der Ukraine (L267/ 2003); Moldau (L 358/ 2004)</p> <p>Abkommen über die Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Atomgemeinschaft und dem Ministerkabinett der Ukraine auf dem Gebiet der kontrollierten Kernfusion (L322/ 2002)</p>
--	--

Tabelle 10: Existierende Abkommen der EU mit den ENP-Staaten (2001 – 2008), eigene Darstellung, Zusammenstellung auf der Basis der Quellen des Amtsblattes der EU durch den Autor.

Die vorliegende Abbildung liefert einige eindeutige Erkenntnisse.

- Erstens arbeitet die EU auf eine säulenübergreifende Integration hin, jedoch wie im Falle der Aktionspläne räumt die EU höchste Priorität der wirtschaftlichen Integration ein.
- Zweitens ergreift die Union Maßnahmen zum Konfliktmanagement (Abkommen in der zweiten Säule der GASP/ ESVP), um somit ihre außenpolitische Akteursfähigkeit gegenüber der unmittelbaren Nachbarschaft zu demonstrieren.

- Drittens trifft die EU Vereinbarungen zur Sicherung der Außengrenzen in den Abkommen in der dritten Säule Justiz und Inneres mit den Nachbarstaaten. Dies erfordert die Mitarbeit mit den Ursprungsländern wie die Abkommen über die Rückübernahme von Personen. Die EU macht Justiz und Inneres zum Schwerpunkt der nachbarschaftlichen Beziehungen und externalisiert diese die Kooperation in justiziellen Angelegenheiten mit den Nachbarstaaten<sup>719</sup>.

Die zusammengefassten Ergebnisse bringen Argumente für die Kooperation mit der Ukraine und Moldau im Bereich der wirtschaftlichen Integration und für Kooperation in der GASP/ESVP mit der Ukraine, Georgien und Moldau vor.

Am 22. Januar 2007 beschloss der Europäische Rat, ein erweitertes Abkommen mit der Ukraine (Kernpunkt der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007) abzuschließen, das auf die wirtschaftliche Integration und politische Kooperation aufbaut und die zukünftigen EU-Ukraine-Beziehungen nicht im Voraus urteilen sollte.<sup>720</sup> Mit der Republik Moldau „ (...) ist die EU bereit, auf der Grundlage anhaltender Fortschritte Überlegungen über ein neues Abkommen anzustellen, das den Interessen der Republik Moldau angepasst sein sollte und über das PKA hinausgehen würde“<sup>721</sup>.

Ein solches Abkommen kann die EU aufgrund Art. 310 „(...) mit einem oder mehreren Staaten oder einer oder mehreren internationalen Organisationen (...) schließen, die eine Assoziierung mit gegenseitigen Rechten und Pflichten, gemeinsamem Vorgehen und besonderen Verfahren herstellen“<sup>722</sup>. Diese Angelegenheit findet zuerst Unterstützung in der Terminologie einiger ENP-Dokumente und an zweiter Stelle in der inhärenten Logik der Nachbarschaftspolitik.<sup>723</sup>

Dennoch ist das erste erweiterte Abkommen mit einem ENP-Land ein säulenübergreifendes Abkommen und dient als *Vorzeigeprojekt*<sup>724</sup>. Das erweiterte Abkommen können die ENP-Staaten als Assoziierungsabkommen unter der Wirkung der Konditionalität in langfristiger Perspektive auffassen. Die Abhaltung demokratischer Wahlen in der Ukraine wie auch der Beitritt des Landes in die WTO sind als erste konditionale Wirkung des ENP-Aktionsplanes zu betrachten. Und jeder weiterer Progress kann die EU im Sinne der Vertiefung der nachbarschaftlichen Beziehungen und der Herausbildung politischer Vertrauensbildung

<sup>719</sup> Vgl. Trauner/ Kruse, 2008, S. 7f.

<sup>720</sup> Council of the European Union, 2007b, S. 1

<sup>721</sup> Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 2008a, S. 10

<sup>722</sup> Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, 2002, S. 153, Art. 310

<sup>723</sup> Hillion, 2007, S. 174

<sup>724</sup> Vgl. Steinmeier, 2008



überwachen. Desweiteren, in Anlehnung an die Aktionspläne<sup>725</sup>, soll das neue Abkommen Bindungen in neuen Bereichen der wirtschaftlichen und sozialen Integration und politischen Kooperation schaffen.

Das neue erweiterte Abkommen birgt jedoch Gefahren in sich.

- ✓ Erstens ist es fraglich, wie effektiv die Ukraine die Reformen durchsetzt und weiterführt.
- ✓ Und zweitens besteht weiterhin die Frage, welche Position die politische Elite und ihre Ministerien als auch Teile der Bevölkerung einnehmen.

Dies impliziert die absolute Anbindung aller politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gruppen im Nachbarschaftsprozess, um einen effektiven Erfolg zu erzielen. Ohne diesen Einsatz sind die Reformen im Rahmen der ENP in der Ukraine als Vorzeigeprojekt gefährdet.

Die Ziele der ENP – Sicherheit, Stabilität und Prosperität – implementiert die EU-Kommission in den neuen erweiterten Abkommen (vgl. die nachfolgende Abb. 25).

- Erstens, in Folge der wirtschaftlichen Integration kommt es zu Modernisierung der nationalen Wirtschaften. Wenn dies eintritt, erreicht die Prosperität auch die Bevölkerung in den ENP-Staaten.
- Zweitens verlangt eine stabile politische Ordnung in der Nachbarschaft, die ihrerseits politische Verantwortung übernimmt, die Förderung der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der Achtung der Menschenrechte wie auch die Zusammenarbeit bei Terrorismusbekämpfung, Drogen- und Menschenhandel und Sicherung der Grenzen.
- Und drittens gibt der Antrieb zur Kooperation in Fragen der GASP/ ESVP eine eindeutige Antwort auf die sicherheitspolitische Situation in der EU und an den neuen Grenzen der erweiterten Union, nachdem Kritiker die mangelhaften Prioritäten in diesem Bereich jahrelang zum Ausdruck brachten<sup>726</sup>.

---

<sup>725</sup> Vgl. ENP-Aktionsplan EU-Armenien, 2006, S. 1; ENP-Aktionsplan EU-Aserbaidschan, 2006, S. 1; ENP-Aktionsplan EU-Georgien, 2006, S. 1; EU/Moldova Action Plan, 2004, S. 1f; EU/Ukraine Action Plan, 2004, S. 1f.

<sup>726</sup> Vgl. Smith/ Webber, 2008, S. 78

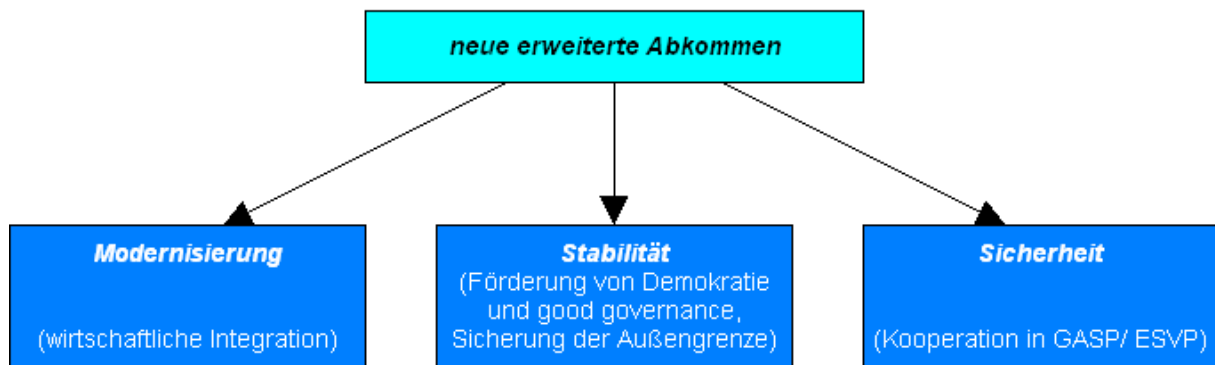


Abbildung 25: Elemente der neuen erweiterten Abkommen, eigene Darstellung, Quelle: In Anlehnung an Lippert, 2006

### III. Die Zukunft der nachbarschaftlichen Beziehungen – Eine neue nachbarschaftliche Außenpolitik ohne Russland?

Die Europäische Union ist nach der erfolgreichen Bewerkstelligung der Osterweiterung in den Jahren 2004 und 2007 herausgefordert, ihre nachbarschaftliche Außenpolitik im Osten Europas, im Südkaukasus und darüber hinaus in Zentralasien neu zu definieren und zu strukturieren.

- Erstens erfordert ein einheitliches Auftreten der erweiterten EU auf der internationalen Bühne eine kohärente und gleichzeitig strategische Nachbarschaftspolitik, abgesehen von den unterschiedlichsten Wahrnehmungen und Erwartungen der EU-Mitgliedstaaten, die sich in den Rahmen des EU-Drei-Säulen-Systems hineinfügt und die Interessenkonstellationen innerhalb der EU horizontal wie vertikal angleicht.

„Eine umfassende Nachbarschaftspolitik, die Komponenten aller drei ‚Säulen‘ der gegenwärtigen Struktur der EU einbezieht, wird es den Nachbarländern ermöglichen, die Vorteile der EU-Erweiterung in Bezug auf Stabilität, Sicherheit und Wohlstand mitzunutzen.“<sup>727</sup> Angesichts der Aushandlung des PKAs mit Russland jedoch bemängelt der russische Beauftragte bei der EU, *Wladimir Chizhov*, die noch nicht ausgereifte Position des 27-Länder-Blocks in Bezug auf die Beziehungen zu der Russischen Föderation<sup>728</sup> und dementsprechend zu der unmittelbaren Nachbarschaft.

Eine genauere Betrachtung der unterschiedlichen Positionen<sup>729</sup> der EU-Mitgliedsstaaten in Bezug auf die ENP und die Beziehungen zu Russland lässt eine Europäische Union in Erscheinung treten, die sich weit von der Zielsetzung einer Gemeinsamen Außenpolitik

<sup>727</sup> Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 2004, S. 5

<sup>728</sup> Vgl. Chizhov, 2008 zitiert nach Goldirova, 2008

<sup>729</sup> Vgl. Institut für Europäische Politik (Hrsg.), 2008, S. 109 - 158. Die Unterteilung wurde durch den Autor vorgenommen.

gegenüber den östlichen EU-Nachbarn und Russland entfernt. Die Positionen der einzelnen Mitgliedsstaaten können nach den folgenden drei Fragen zusammengefasst werden:

#### Welchen geografischen Geltungsbereich der ENP sollte vorgezogen werden?

Während sich die südlichen Staaten der EU Spanien, Frankreich, Portugal und Italien für die Vertiefung der Beziehungen zu den ENP-Staaten im Süden einsetzen, vertreten die restlichen Staaten der EU eine eher geteilte Position, die jedoch als positiv bewertet werden kann:

- ✓ Eine erste Gruppe von Staaten steht der Weiterentwicklung der Beziehungen zu den ENP-Staaten im Osten neutral und pragmatisch gegenüber: Irland, die Slowakei, Großbritannien, Malta, die Niederlande, Luxemburg.
- ✓ Eine zweite Gruppe von Staaten betrachtet eine ausgewogene Balance bei der Entwicklung der Beziehungen zwischen den südlichen und östlichen ENP-Staaten als die richtige Herangehensweise für die Lösung verschiedener Probleme wie Immigration, good governance, Achtung der Menschenrechte etc.: Zypern, Dänemark, Ungarn, Slowenien.
- ✓ Die dritte Gruppe unter den Mitgliedsstaaten umfasst diejenigen Staaten, die eine Weiterentwicklung und Vertiefung der Beziehungen zu den östlichen ENP-Staaten befürworten. Kleine Unterschiede bestehen weiterhin. Es geht grundsätzlich um die angestrebte Kooperation in den verschiedenen Bereichen. Desweiteren räumen diese Staaten unterschiedliche Priorität der einzelnen ENP-Staaten ein: Deutschland, Polen, Schweden, Finnland, Tschechien, Rumänien, Bulgarien, die baltischen Staaten, Griechenland.

#### Wie stehen die Positionen der EU-Mitgliedsstaaten der Entwicklung der Kooperation in der Schwarzmeerregion gegenüber?

Unter den EU-Mitgliedsstaaten herrscht Einigkeit in Bezug auf die Entwicklung der Kooperation in der Schwarzmeerregion. Alle Anrainerstaaten der erweiterten Schwarzmeerregion wie auch die großen Staaten der EU stehen sehr positiv der Entwicklung der regionalen Zusammenarbeit im Bereich der Energie, des Verkehrs, der Grenzsicherung und der Wirtschaft in dieser Region, der Vernetzung der Region mit dem Kaspischen Meer wie auch der Entwicklung regionaler Initiativen gegenüber. Die baltischen und

skandinavischen EU-Staaten ziehen eine Zusammenführung der Schwarzmeerregion mit der Region um das Baltikum vor.

### Wie nehmen die EU-Mitgliedsstaaten die Entwicklung der EU-Russland Beziehungen wahr?

In diesem Punkt gehen die Positionen der EU-Mitgliedsstaaten weit auseinander. Dennoch sind in jüngster Zeit Annäherungen der unterschiedlichen Positionen festzustellen.

- ✓ Die südlichen EU-Staaten Frankreich, Spanien, Italien und Portugal, wie auch Deutschland, Bulgarien, Griechenland, Dänemark, Estland, Finnland, Ungarn, die Niederlande und Schweden beurteilen die Entwicklung der Beziehungen zu Russland als oberste Priorität für die EU gerade in Bereichen der Energiepolitik, der regionalen Kooperation und der Zusammenarbeit bei der Beilegung der regionalen Konflikte in der gemeinsamen Nachbarschaft.
- ✓ Eine kritische und skeptische Haltung zu der Entwicklung der Beziehungen zu Russland vertreten Großbritannien, Polen, Tschechien, Rumänien, die Slowakei und Litauen. Pragmatisch in der Entwicklung der Beziehungen zum großen Nachbarn im Osten bleibt jedoch Lettland. Diese Staaten ignorieren die Tatsache nicht, dass eine gemeinsame Haltung der EU gegenüber Russland den Ausbau und Vertiefung der Beziehungen zu der Russischen Föderation verlangt. Desweiteren unternehmen vor allem Polen und die baltischen Staaten erste Schritte zur Normalisierung der bilateralen und multilateralen (innerhalb der EU) Beziehungen zu Russland.
- Zweitens setzt eine neu strukturierte ENP die Berücksichtigung der nationalstaatlichen Interessen aller beteiligten ENP-Staaten und regionaler wie globaler Akteuren voraus.

Um das Bild der zukünftigen nachbarschaftlichen Beziehungen jedoch zu vollenden, soll die Rolle der Russischen Föderation bei der Ausgestaltung nachbarschaftlicher Beziehungen in Betracht gezogen werden. Es soll hervorgehoben werden, dass Russland an der ENP nicht teilnimmt, sondern bauen die EU-Russland-Beziehungen auf einer strategischen Partnerschaft auf. Darüber hinaus nimmt die Russische Föderation einen immensen militärischen, wirtschaftlichen, sozio-kulturellen, politischen und energiepolitischen Einfluss auf die ENP-Staaten wie Armenien und Belarus und darüber hinaus Kasachstan, Kirgistan und Tadschikistan ein, sodass eine stärkere z.B. militärische EU-Präsenz in den Konfliktherden der unmittelbaren Nachbarschaft auch unter der Beteiligung Russlands als unmöglich

erscheint<sup>730</sup>. Wenn aber die EU ihren geografischen, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Einfluss auf die ENP-Staaten ausdehnt, beeinträchtigt diese Konstellation auf keinen Fall den russischen Einfluss im Sinne eines Null-Summen-Spiels. Die nachbarschaftliche Struktur der Beziehungen in den ENP-Staaten als auch zwischen den ENP-Ländern, welche die EU zu erreichen versucht, aber auch die damit verbundene Mentalitätsveränderung bei den Menschen, liegen im gemeinsamen Sicherheits- und Stabilitätsinteresse Russlands und der EU.<sup>731</sup> Hier geht es darum, die unterschiedlichen Perzeptionen in der EU (in Bezug auf die unmittelbare Nachbarschaft, die als neue Nachbarn der EU bezeichnet werden) und in Russland (in Bezug auf das nahe Ausland) auszugleichen und die Länder im GUS-Raum neutral als Länder zu bezeichnen, die sich in einer Region zwischen der EU und Russland befinden<sup>732</sup>, um darüber hinaus zukünftige Konfliktpotenziale zu umgehen und die EU-Russland-Beziehungen auf erfolgreiche politische, wirtschaftliche und soziale Integrationsprojekte aufzubauen.

- Desweiteren ist die innerpolitische Entwicklung Russlands für die nachbarschaftlichen Beziehungen in dem Ausmaß wichtig, dass politische Elemente wie fehlende Pressefreiheit, ansteigende Korruption und Kriminalität, Erhöhung der vertikalen Machtkonzentration (Präsident, Ministerpräsident, Vorstandsvorsitzende von Riesenunternehmen wie GAZPROM), Zerschlagung der lokalen Selbstverwaltung (die sechs Gouverneure werden vom Präsidenten ernannt) das innerpolitische Bild in und um Russland prägen.

Mit der innerpolitischen Entwicklung des Landes verbunden sind ebenfalls die außerhalb Russland nach dem Zerfall der Sowjetunion verbliebenen russischen Minderheiten wie auch der russische Militärindustriekomplex wie die Schwarzmeerflotte in der Ukraine wie auch die Radarstation<sup>733</sup> in Georgien. Selbstverständlich liegt es an den Interessen der jeweiligen Nationalstaaten, ob sie bestimmte Präferenzen weiter aufrechterhalten oder ob sie sich in bilateralen Vereinbarungen mit Russland weiter binden oder nicht.<sup>734</sup>

- Und letztendlich präsentiert sich Russland durch den Einsatz von energiepolitischen Mechanismen und Elementen in der Außenpolitik.

Nach dem Zerfall der Sowjetunion und den schwierigen Übergangsjahren ist Russland seit der zweiten Amtszeit *Wladimir Putins* zurück auf der globalen Bühne der IB angekommen.

<sup>730</sup> Vgl. Tannock, 2008. Interview durch den Autor.

<sup>731</sup> Vgl. Polenz, 2008; vgl. Tannock, 2008. Interviews durch den Autor.

<sup>732</sup> Vgl. Timmermann, 2008, S. 172

<sup>733</sup> Vgl. Wipperfürth, 2007, S. 95f. zum Hintergrund der Übergabe russischer Militärbasen an Georgien und des Rückzugs russischer Armee aus der Region.

<sup>734</sup> Vgl. Polenz, 2008. Interview durch den Autor.

Infolgedessen wandelte sich Russland vom Objekt zu einem wichtigen Subjekt der IB um. In diesem Sinne formuliert der russische Präsident 2005 die Rolle Russlands in der Welt folgendermaßen: “(...) (w)e should not let bloc mentalities prevail in European politics, nor should we allow new dividing lines to appear on our continent or unilateral projects to be implemented to the detriment of the interests and security of our neighbours (...).”<sup>735</sup>

Desweiteren unterstreicht der russische Amtsinhaber die Rolle Russlands in der unmittelbaren Nachbarschaft, welche als wichtigster Kernpunkt russischer Außenpolitik erscheint<sup>736</sup>.

Nachdem die russische Außenpolitik gegenüber den unmittelbar angrenzenden Staaten (ehemalige Sowjetrepubliken) als Rahmen zur Steuerung komplexer Abhängigkeiten in der Region als auch als Instrument zur Gewährleistung der regionalen Übermacht Russlands<sup>737</sup> zu betrachten war, orientiert sich die neue russische Regierungselite an neuen Paradigmen<sup>738</sup>.

- Erstens unterscheidet Russland offenbar zwischen bestimmten Eigenschaften eines politischen Regimes im Nachbarstaat wie im Fall Belarus und seiner Befolgung der eingegangenen Verpflichtungen. Im Fall der Energieversorgung (der Pipelinestreit mit Belarus) geht die russische Elite sogar einen Schritt weiter, um die Pipelinesysteme im postsowjetischen Raum zu übernehmen und die Energieströme Richtung Europa zu sichern<sup>739</sup>.
- Zweitens behält sich Moskau das Recht, zur Zielerreichung die Beziehungen zu politischen Kräften, zu den Opposition sowie den Regierungen in den postsowjetischen Ländern herzustellen wie dies im Fall mit den Sezessionskonflikten in Georgien, Armenien, aber auch der Ukraine (die Krim-Region) der Fall ist. "*Russia will certainly interact with the entire political spectrum in the neighboring [sic] countries, both official and opposition, including nongovernmental organizations, democratic organizations, and in-system political groups, other than the extremist, radical, or underground groups.*"

Danach beinhaltet die Strategie Russlands folgende Punkte:

- ✓ Cooperate with counterpart agencies in Abkhazia and South Ossetia;
- ✓ Organize cooperation in trade-economic; social; scientific; cultural fields, and include Russian regions in the process;

---

<sup>735</sup> Putin, 2005

<sup>736</sup> Vgl. Putin, 2006

<sup>737</sup> Vgl. Ehin/ Avery, 2007, S. 2

<sup>738</sup> Socor, 2005b

<sup>739</sup> Vgl. Timmermann, 2008, S. 167

- ✓ Define a list of documents issued by Abkhaz and South Ossetian state agencies to individuals, that will be recognized by counterpart state agencies of the Russian Federation;
  - ✓ Recognize legal entities, registered by the laws of Abkhazia and South Ossetia;
  - ✓ Provide legal assistance in the field of civil, family and criminal law;
  - ✓ Russian Foreign Ministry local representations in the Krasnodar district (at the Abkhaz border) and in Russia's North Ossetian Republic (at the border with South Ossetia) will perform, if necessary, consular functions by providing assistance to residents of Abkhazia and South Ossetia.<sup>740</sup>
- Daraus folgt drittens, dass Russland die euroatlantische Integration als eine Art Schutz gegen russischen Einfluss in den post-sowjetischen Ländern wahrnimmt. In diesem Sinne behauptet *Benita Ferrero-Waldner*, dass jede politische Entscheidung Russlands, die zum Ziel hat, die Beziehungen zu den separatistischen de facto Autoritäten in Abchasien und Südossetien zu verstärken, die territoriale Integrität Georgiens erodiert. „*These measures have increased expectations of future recognition in the two separatist regions and therefore undermine efforts to find a peaceful settlement.*“<sup>741</sup>

Angesichts der so dargestellten Zusammenhänge ist die EU verpflichtet, die politischen und wirtschaftlichen Instrumente zum Definieren und Strukturieren der nachbarschaftlichen Beziehungen einzusetzen, die konkrete Ergebnisse im Rahmen einer neuen ENP erzielen können. Hieraus resultiert die starke Heranführung der Energiesicherheit und Energieversorgung im Rahmen der ENP. Es soll damit festgehalten werden, dass die zukünftigen Beziehungen zu einigen ENP-Staaten, welche die EU als Modernisierungsmotor und nicht als Demokratisierungsmotor ansehen<sup>742</sup> (Belarus, Zentralasien und sogar die Russische Föderation), auf dem Prinzip der gemeinsamen pragmatischen (wirtschaftlichen, energiepolitischen) Interessen und nicht auf dem Prinzip der gemeinsamen Normen und Werten aufbauen können.

An ihrem Treffen im April 2008 haben sich die EU-Außenminister für die Neuaufnahme der Verhandlungen mit der Russischen Föderation über ein neues Partnerschafts- und Kooperationsabkommen geeinigt, das im Dezember 2007 ausgelaufen ist. Dessen Eröffnung zögerte Polen aufgrund des russischen Verbots für polnisches Fleisch hinaus. Zusätzlich knüpfen andere EU-Mitgliedsstaaten ihre Forderungen an die Wiederaufnahme von

<sup>740</sup> Civil Georgia, 2008c

<sup>741</sup> Ferrero-Waldner, 2008c, S. 4, SPEECH/08/285

<sup>742</sup> Vgl. Rahr, 2005, S. 13

Verhandlungen mit Russland: die Wiedereröffnung der russischen Pipeline *Druschba-1* sowie die Wiederaufnahme der russischen Öllieferungen an die *Mažeikiai*-Raffinerie (in Litauen). Im neuen PKA beabsichtigen die Vertragsparteien die Aufnahme wichtiger Prioritäten: Energiesicherheit und Energieversorgung und ebenso Fragen wie Migration, Handel und Sicherheit.<sup>743</sup>

Das neue Rahmenabkommen der Beziehungen EU-Russland verläuft jedoch wie jedes andere Abkommen mit Drittstaaten den gleichen Prozess: Alle EU-Mitgliedsstaaten müssen den Vertrag ratifizieren. Und hier kommen die Interessen Polens und Litauens zum Tragen, die Wissenschaftler<sup>744</sup> als *die neuen Gegner aus dem Kalten Krieg* bezeichnen. Aufgrund der unterschiedlichen außenpolitischen Positionen unter den EU-Mitgliedsstaaten kann sich der Prozess verzögern. Die Koordinierung der unterschiedlichen Meinungen in der EU erscheint die wichtigste Herausforderung für eine erfolgreiche ENP in einer EU mit 27 und mehr Mitgliedstaaten. Trotz aller Schwierigkeiten soll die Tradition in der EU gestärkt werden, auf Verhandlungen zu setzen und sich weiterhin darauf konzentrieren, eine einheitliche europäische Außenpolitik zu verfolgen.

Dessen ungeachtet nimmt die Energiesicherheit und die Energieversorgung eine Schlüsselposition im neuen PKA ein. Fraglich bleibt jedoch, welche Struktur die Energiekooperation mit Russland annehmen wird.<sup>745</sup> Die Strukturierung der Energiekooperation mit Russland hängt von zwei Variablen ab.

- ✓ Zum einen handelt es sich um die Sicherung des Öl- und Gastransits Russlands in die EU.
- ✓ Zum anderen bleibt die EU stets aufgefordert, die (multilaterale) Unabhängigkeit der Energiebeziehungen zu gewährleisten<sup>746</sup>.

Erste Signalzeichen sind die Zusagen des turkmenischen Präsidenten *Kurbanguly Berdymukhamedov* die EU mit zehn Mrd. Kubikmetern eventuell über die NABUCCO-Pipeline (bei dem NABUCCO-Projekt ist auch RWE eingestiegen) zu versorgen.<sup>747</sup> Ende

<sup>743</sup> EurActiv, 2008. Nach der Kaukasus-Krise in August 2008 hat die EU die Verhandlungen mit Russland auf unbestimmte Zeit ausgesetzt.

<sup>744</sup> Vgl. Leonard/ Popescu, 2007, S. 2. Im Hintergrund des Angriffes Russlands auf Georgien in August 2008 nimmt auch Estlands Präsident *Toomas H. Ilves* eine kritische Stellung ein. „Eine strategische Partnerschaft ist möglich mit Ländern, die unsere Werte teilen. Die EU muss sehr klar und entschlossen auf dieses Verhalten Russlands reagieren. (...) Die EU muss aber auch das ganze Paket ihrer Beziehungen zu Russland untersuchen. Und Europa muss sich auch darüber klar werden, mit was für einer Art von Nachbar wir es eigentlich zu tun haben. Und wie es seit vergangener Woche um unsere Sicherheit bestellt ist.“ Ilves, 2008 (FAZ-Interview).

<sup>745</sup> Vgl. Andoura, 2007, S. 47f.; vgl. desweiteren über das EU-Russland PKA Andoura/ Vahl, 2006, S. 5 – 10.

<sup>746</sup> Vgl. Gültekin-Punsmann, 2007, S. 16

<sup>747</sup> Vgl. Bounds/ Gorst/ Wagstyl, 2008. Dennoch bestehen Verträge für Erdgaslieferungen mit Russland (2003) und China (2005). Dies würde bedeuten, dass Turkmenistans Gasvorräte für alle drei Unterfangen nicht ausreichen werden und die turkmenische Seite die Einhaltung der Verträge nicht gewährleisten könnte. Vgl. Wippertfürth, 2007, S. 77



2007 hatte der kasachische Staatsholding *KazMunaiGas* 75% der rumänischen *Rompetrol* erworben und Projekte zum Öltransport vom georgischen Hafen Batumi (100% in Besitz des *KazMunaiGas*) nach Konstanza (Rumänien) gestartet und Möglichkeiten zu einer Gaspipeline unter dem Schwarzen Meer in Erwägung gezogen.<sup>748</sup> In diesem Zusammenhang erreichen zentralasiatische fossile Brennstoffe die erweiterte EU unter der Umgehung Russlands. Jedoch hat diese Strategie erst in langfristiger Perspektive Aussichten auf Erfolg.

- Eine transkaspische Dimension im Energiebereich (mit den zentralasiatischen Staaten und Aserbaidschan) in der Zukunft ist einerseits von höchster Bedeutung für die europäische Diversifikationspolitik mit fossilen Energieträgern aber auch für die russische Vertragseinhaltung<sup>749</sup> zur Lieferung fossiler Brennstoffe in die EU.
- Andererseits verfolgen die zentralasiatischen Staaten eine multi-vektorale Außenpolitik. Solch eine Politik ermöglicht es den Regimeeliten, sich von der einseitigen Abhängigkeit von Russland als Eigner des Pipelinesystems oder China als Abnehmer abzulösen<sup>750</sup>.

Unter diesen Umständen tritt die Rolle der Russischen Föderation im nachbarschaftlichen Prozess und im Europäischen Integrationsprozess noch stärker in Erscheinung. Die Regierungschefs der großen EU-Mitgliedstaaten (Angela Merkel, Nikolas Sarkozy, Gordon Brown) sind jedoch weniger russlandfreundlich und priorisieren ENP-Staaten wie z.B. die Ukraine<sup>751</sup>, was wiederum nicht heißt, dass die EU und die NATO einen Gegenpol zu Russland bilden. Im Gegenteil fassen sie die Russische Föderation als gleichwertigen Partner im Kampf gegen den Terrorismus und anderen globalen Herausforderungen wie im Bereich der Energiesicherheit und Energieversorgung auf.

Im Anschluss soll festgehalten werden, dass im 21. Jahrhundert Energie und Energiesicherheit und der Zugang zu rohstoffreichen Märkten immens wichtige Komponenten der nationalen und der EU-europäischen Sicherheit darstellen. In diesem Sinne bekommen die multilateralen Kooperationen in diesen Bereichen klare politische, aber auch wirtschaftliche Vorteile als bilaterale Projekte, die im Falle der Nordeuropäischen Gasleitung (North Stream Pipeline) Deutschland erpressbar machen könnten<sup>752</sup>. Dadurch erscheinen die Kontakte zu den zentralasiatischen Staaten als genau die richtige Strategie, um nicht nur expansiv den europäischen Einfluss räumlich weiter zu tragen<sup>753</sup>. Daher soll die EU noch stärker alternative

---

<sup>748</sup> Vgl. Konyrova, 2008

<sup>749</sup> Vgl. Smith, Keith C., 2007, S. 3

<sup>750</sup> Vgl. Graubner, 2008

<sup>751</sup> Vgl. Tannock, 2008. Interview durch den Autor.

<sup>752</sup> Vgl. Pieper, 2008. Interview durch den Autor.

<sup>753</sup> Vgl. Pieper, 2008. Interview durch den Autor.

Pipelineverläufe wie die NABUCCO und die Trans-Caspian Gas Pipeline und den Ausbau der regionalen Kooperation in den beiden vielleicht wichtigsten Regionen für die europäische Sicherheit – die Schwarzmeerregion und die Region um das Kaspische Meer – fördern und fördern, um die einseitige Abhängigkeit von instabilen und unverlässlichen Staaten und Regionen zu vermeiden.

- Die Ausweitung europäischen Außenregierens stößt durchaus an Grenzen, die sich dadurch auszeichnen, dass die erweiterte EU in Osteuropa, Südkaukasus, aber darüber hinaus in Zentralasien einerseits mit neu erstarkten Mächten wie die Russische Föderation oder aufstrebenden Mächten wie China politisch, wirtschaftlich und sozial konfrontiert ist.
- Andererseits stellt sich die EU dem Wettbewerb um den Zugang zu Rohstoffen mit Staaten, die eine ansteigende Geburtenrate und ein aufstrebendes Wirtschaftswachstum aufweisen.

## Kapitel 6 – Zusammenfassung: Die EU als Akteur in der unmittelbaren Nachbarschaft?

Die vollzogene Osterweiterung in den Jahren 2004 und 2007 hat die Europäische Union grundlegend verändert.

- Erstens findet eine Umwandlung der politischen Verhältnisse innerhalb der EU statt.

Auf der einen Seite breitet sich Erweiterungsmüdigkeit im 27-Länder-Block und vor allem unter den „alten“ Mitgliedsstaaten aus. Auf der anderen Seite werden die politischen Signale an den neuen Grenzen der EU laut, dass die neu konzipierte Nachbarschaftspolitik zu wenig den neuen Nachbarstaaten anbietet.

- Zweitens haben sich trotz fortschreitender wirtschaftlicher und sozialer Abhängigkeit zwischen der EU und den ENP-Staaten die Beziehungen unter den Akteuren (EU und ENP-Staaten) verändert.

Die Beziehungen zwischen der erweiterten Union und den neuen Nachbarstaaten erstrecken sich bis zur weitreichenden Integration, verbleiben jedoch unterhalb einer Mitgliedschaft in der kurz- und mittelfristigen Perspektive.

- Und drittens treten neue Akteure in der unmittelbaren Nachbarschaft im Vergleich zu den Nachbarn vor der Osterweiterung auf.

Es handelt sich einerseits um schwache Demokratien und un stabile Marktwirtschaften, um konfliktbeladene Staaten, um Staaten, die mit organisierter Kriminalität, Menschen- und Drogenhandel und Korruption zu kämpfen haben. Andererseits repräsentieren die ENP-Staaten die vitalen Interessen der EU in der heutigen Welt. Staaten wie die Ukraine, Belarus, Georgien und Armenien sind wichtige Energietransitländer, andere wie Aserbaidschan und die zentralasiatischen Staaten sind wichtige Erdgas- und Erdölproduzenten. Angesichts ansteigender Abhängigkeit von russischen fossilen Energierohstoffen vergrößert sich die energiesicherheitspolitische Bedeutung der ENP-Staaten und der fünf zentralasiatischen Länder.

Die so dargestellte Konstellation erhöht die Anforderungen an die Machtelite in der EU, politische Entscheidungen zu treffen und die veränderte Umwelt an den neuen Grenzen der EU zu bewältigen. In der Europäischen Sicherheitsstrategie, in den beiden Strategiepapieren der EU zu der ENP (2003 und 2004), aber auch in den Aktionsplänen, Fortschrittsberichten und den Dokumenten zur Stärkung der ENP stecken die Ambitionen eines global handelnden Akteurs, der mit einer Stimme die neuen Nachbarstaaten stärker an die EU binden soll. Die Dringlichkeit zur Veränderung beansprucht ebenfalls die anfänglichen Bemühungen der ENP-Staaten, sich im Rahmen der neu geschaffenen ENP anzupassen, die innerpolitischen

Reformen voranzutreiben und politische wie wirtschaftliche Erfolge bei dem Annäherungsprozess an die EU zu erzielen.

Durch die ENP strebt die Union keine grundlegende Änderung des Charakters und der Natur der politischen Ordnung der EU an. Vielmehr repräsentiert die Politik zu den neuen Nachbarn der EU, die nach der vollzogenen Osterweiterung die neue EU-Außengrenze bilden, eine angemessene Abwägung der Interessenlage in der erweiterten EU zwischen EU-Institutionen und EU-Mitgliedsstaaten und dementsprechend eine Umstrukturierung der Art und Weise des einheitlichen Auftretens der EU in der unmittelbaren Nachbarschaft. Die dargestellten Theorien im zweiten Kapitel dieser Arbeit eignen sich mit ihren Annahmen und Schlussfolgerungen über den Integrationsprozess für eine detaillierte Untersuchung des Designs der EU und der regulierten Politikbereiche (in diesem Fall der ENP) auf supranationaler Ebene. Im Unterschied zu herkömmlichen internationalen Organisationen hatte sich die EU als eine Form von Supranationalität herausgebildet. Infolgedessen sind Zuständigkeiten und Aufgaben an ihre Organe übertragen worden. Im Laufe des Integrationsprozesses leiden die Nationalstaaten nicht an Souveränitätsverlust, jedoch werden immer mehr Politikbereiche auf EU-Ebene reguliert.

Aus den vorherigen Kapiteln und in Anlehnung an die Akteurskonzeption im Kapitel 2 dieser Arbeit lassen sich für die Akteursqualität der erweiterten EU folgende Merkmale ableiten.

- Erstens tritt die Union als angemessener Verhandlungspartner in unterschiedlichen Wechselbeziehungen zwischen der EU und den EU-Institutionen, anderen internationalen Organisationen und den Akteuren in den ENP-Staaten ein.
- Zweitens übertragen die EU-Mitgliedsstaaten politische, wirtschaftliche und rechtliche Kompetenzen an die EU in einem von den Nationalstaaten dominierten Politikbereich, insbesondere in der Außen- und Nachbarschaftspolitik.
- Drittens agiert die EU als unabhängige institutionelle Instanz in den Interaktionen mit den Nachbarstaaten.
- Und viertens setzt die EU den Werte- und Normenrahmen als auch die Ziele und die Konsensfindung unter den Akteuren innerhalb der EU in der Austragung der ENP fest.

Die folgende Abbildung stellt die EU als Akteur in einer hierarchischen Beziehung zu den wesentlichen Merkmalen der Akteursqualität anhand der zusammengefassten Ergebnisse in den vorangegangenen Kapiteln dar.



Abbildung 26: Akteursqualität der EU, eigene Darstellung.

In diesem Zusammenhang ergeben sich zwei wichtige Argumente für die Akteursqualität der erweiterten EU an der neuen Ostgrenze.

- Zum einen wird die Union der 27 Mitgliedstaaten die Beziehungen zu den Nachbarstaaten ausbauen und erweitern und diese aufrechterhalten, solange sich politische, wirtschaftliche und soziale Bedingungen und Möglichkeiten aus dem äußeren Kontext der Beziehungen ergeben.

Solange der Ausbau der Beziehungen zu den ENP-Staaten die Präferenzen der gesamten EU tangiert, ist es zu erwarten, dass die Nachbarstaaten im außenpolitischen Spektrum der EU und darüber hinaus im innerpolitischen Rahmen verbleiben.

- Zum anderen wird die EU eine Politik der Vertiefung der Beziehungen zu den ENP-Staaten verfolgen, solange sich politische, wirtschaftliche und soziale Bedingungen und Möglichkeiten ergeben, die vom inneren, policy Kontext abhängig sind.

Die künftige Entwicklung der Europäischen Integration, ohne jedoch die innerpolitische und wirtschaftliche Entwicklung der ENP-Partnerstaaten zu benachteiligen, beantwortet eine der problematischen Fragen im Rahmen der ENP, insbesondere wie weit sich die Beziehungen zwischen der EU und den Nachbarstaaten und deren Nachbarn vertiefen.

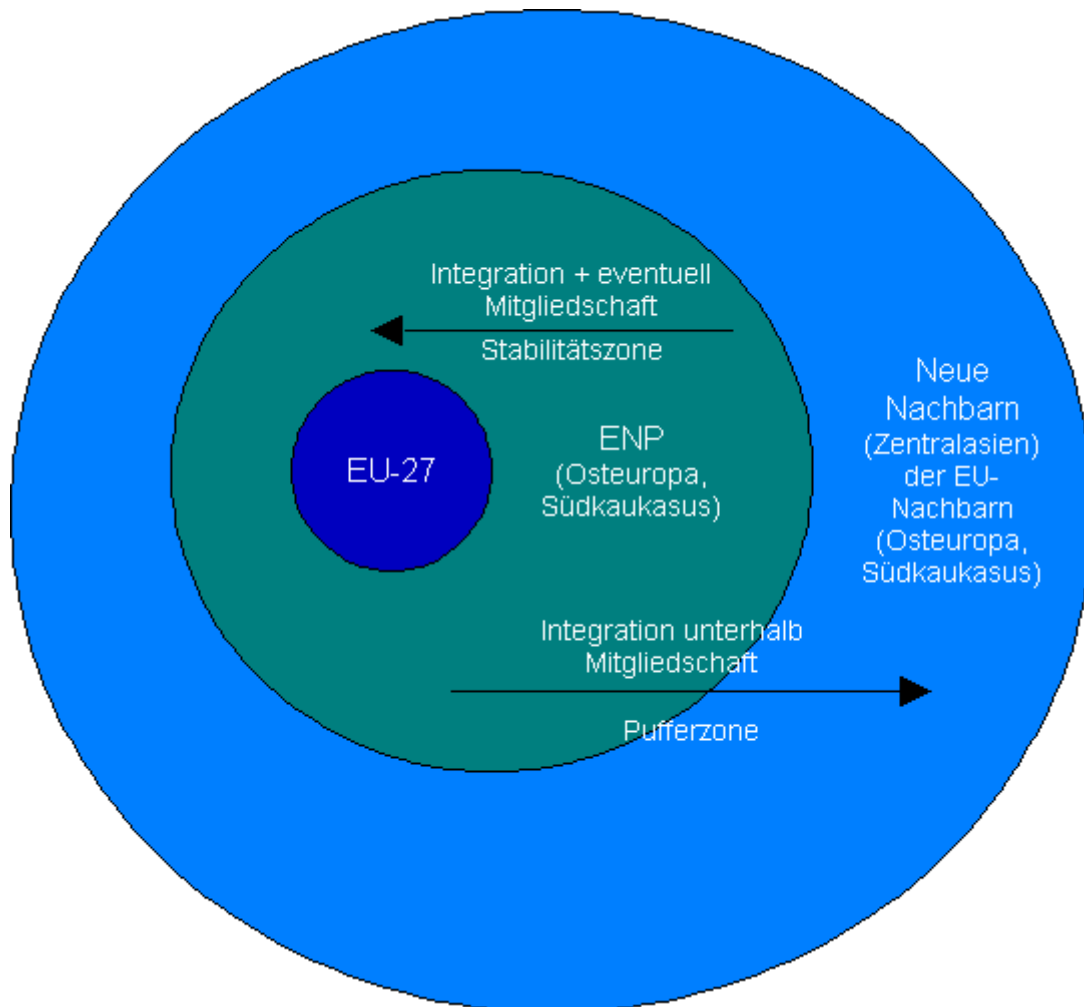


Abbildung 27: Die EU und die unmittelbare Nachbarschaft im Modell konzentrischer Kreise, eigene Darstellung.

Die 2003/ 2004 in Gang gesetzte und 2006/ 2007 weiterentwickelte ENP intensiviert die Beziehungen der EU zu der unmittelbaren Nachbarschaft im Osten Europas und im Südkaukasus, nachdem das Instrument der Erweiterungspolitik nicht mehr als Lösungsansatz für die Transformation der Nachbarstaaten eingesetzt werden konnte. Die neuen Nachbarn der EU, die nach der vollzogenen Osterweiterung näher an die EU herangekommen sind und vom besonderen Interesse für die erweiterte EU sind, bekommen eine differenzierte politische und wirtschaftliche Plattform zur Vertiefung der gegenwärtigen Beziehungen mit einem friedlichen, sicheren und wirtschaftlich prosperierenden Block.

Durch die ENP ergreift die EU die Chance, sich zu einem einheitlich auftretenden Akteur in der Nachbarschaft zu konsolidieren, der über ein breites Spektrum von politischen Mechanismen und Instrumenten verfügt, dieses Ziel durchzusetzen und es in der unmittelbaren Nachbarschaft zu vertreten. Eine wesentliche Grundlage der Akteursqualität der EU in der Nachbarschaft bildet die Anerkennung durch die ENP-Staaten als Partner in den

wechselseitigen Beziehungen unter unterschiedlichsten Akteuren und internationalen Organisationen. Auf dem Weg zur erfolgreichen Transformation des politischen, wirtschaftlichen und sozialen Umfelds im jeweiligen Land, sind die Nachbarstaaten Mitglieder des Europarates, der WTO<sup>754</sup>, der OSZE. Ihre Mitgliedschaft setzt die weitere Befestigung und Vertiefung der bilateralen Beziehungen wie Aushandlung von Freihandelszonen und erweiteren Aktionsplänen voraus. In Abchasien, Südossetien, Nagorno-Karabach und Transnistrien ist die EU bi- und multilateral mit den beteiligten Akteuren durch den EU-Sonderbeauftragten für die Republik Moldau und den Südkaukasus, die EU-Grenzmission zwischen Moldau und der Ukraine EUBAM, die Rechtstaatlichkeitsmission EUJUST THEMIS in Georgien, Minsker Gruppe, Group of Friends, New Group of Friends involviert.

Darüberhinaus leistet die Union finanzielle, aber auch politische Unterstützung für die territoriale Integrität der ENP-Nationalstaaten, um dadurch die Friedenskonsolidierung in den von ethnischen Konflikten zerrissenen Ländern zu rekonstruieren und einen effektiven Rahmen gegenseitiger Konsultationen entstehen zu lassen. Desweiteren ist die EU als Beobachter in vielen regionalen Organisationen wie die BSEC einbezogen und in Bereichen der Energieversorgung und –diversifizierung als Impulsgeber für die künftige Verstärkung des Energiedialogs mit Transit- und Erzeugerstaaten anerkannt.

Eine weitere Angelegenheit der EU-Akteursqualität ist die Zusicherung der Nationalstaaten im primären EU-Recht von mehr Mitspracherechten für die EU als Einheit und die supranationalen Institutionen (EU-Kommission und EU-Parlament) in der Außen- und Sicherheitspolitik. Durch die Errichtung der Position des Hohen Vertreters für die Außen- und Sicherheitspolitik, des EU-Präsidenten wie auch die Errichtung eines diplomatischen Dienstes nach dem Reformvertrag von Lissabon stärkt die EU ihr außenpolitisches Profil und ihre Handlungsfähigkeit in der unmittelbaren Nachbarschaft.

Die Politik zu den neuen EU-Nachbarn verlangt desweiteren ein neues Europäisches Konzept.

In diesem Konzept treten fünf Dimensionen in Erscheinung:

- ✓ Differenzierung,
- ✓ Partnerschaft,
- ✓ regionale Kooperation,
- ✓ Energiesicherheit und
- ✓ Sicherheitspolitik.

---

<sup>754</sup> Als einzige Staaten in der ENP sind die Ukraine und Moldau der WTO beigetreten. (Stand Juni 2008)

Die nachfolgende Abbildung stellt die Beziehung der mehrdimensionalen ENP zu der zentralen Idee der EU-Akteursqualität dar.



Abbildung 28: Die EU als Akteur im Konzept der ENP, eigene Darstellung.

In Bezug auf die benachbarten Staaten bedeuten diese Optionen eine nähere Anbindung an den europäischen Binnenmarkt unter beträchtlichem Anspruch auf Einhaltung der gemeinsamen Werte, jedoch ohne die Perspektive zum EU-Beitritt zu beinhalten. Eine verbindliche Politik in der Nachbarschaft setzt desweiteren die Vermeidung neuer Trennlinien auf dem europäischen Kontinent und die Schaffung eines Ringes von befreundeten Staaten voraus. Die Mechanismen des politischen Dialogs, der wirtschaftlichen und sozialen Kooperation (Aktionspläne, Monitoring und Länderberichte), der Stärkung der regionalen Kooperation wie auch der Förderung der Eigenverantwortung (joint ownership) in den jeweiligen ENP-Staaten verdeutlichen die Bemühungen der EU gegenüber der unmittelbaren Nachbarschaft, einen attraktiveren Rahmen als andere Nationalstaaten wie die Russische



Föderation oder andere regionale Organisationsformen wie die SCO oder die GUS durchzusetzen und ihre Anziehungskraft gelten zu lassen.

Schließlich verlangt die Nachbarschaftspolitik, einen neuen politischen Ansatz bezüglich der Ziele Sicherheit, Stabilität und Wohlstand und der unterschiedlichen außenpolitischen Perzeptionen der Mitgliedstaaten und der europäischen Institutionen, vor allem der Frage nach der künftigen politischen Integration der Nachbarstaaten, aber auch der Einbeziehung der Nachbarn der neuen EU-Nachbarn (Zentralasien) zu finden. Finanzielle Unterstützung (auch wenn sie limitiert ausfällt) und Ausbau der regionalen Kooperation tragen zur Demokratisierung und Förderung des Transformationsprozesses in der Nachbarschaft, zur Sicherung der Außengrenzen, zur Entwicklung der Nachbarschaft zu einer Puffer- oder Stabilitätszone, aber auch zur politischen Entscheidung über die notwendige politische Erschließung gegenüber den Nachbarstaaten bei. Als problematische Grundvoraussetzung bleiben trotz alledem die Einigung aller beteiligten Akteure über den Einsatz der von der Osterweiterung bekannten Konditionalität in den bilateralen Beziehungen, die Wirkung der Eigenverantwortung im Transformationsprozess und die Übernahme des *acquis communautaire*, wenn das erfolgreichste außenpolitische Instrumentarium – die Erweiterungspolitik – in der Austragung der nachbarschaftlichen Beziehungen nicht greift.

Aufgrund der Besonderheit und Unterschiedlichkeit der ENP von anderen Politiken der EU fällt die ausdrückliche Konzentration auf die innerstaatlichen Bemühungen der ENP-Staaten und ihre Verantwortung bei der Implementierung der in dieser Politik gesteckten Mechanismen. Trotz umfangreicher politischer Ansätze wie Verfassungsänderungen und Neufassung der Gesetze bleiben die neuen Nachbarn der EU unbeständige Demokratien und haben weiterhin weitreichende Schwierigkeiten:

- ✓ schwache Pressefreiheit,
- ✓ Verfehlung der internationalen Standards bei Wahlen (Ausnahme machen nur Moldau und die Ukraine),
- ✓ sehr schwache Zivilgesellschaft und politische Opposition,
- ✓ endemische Korruption,
- ✓ Sezessionskonflikte und
- ✓ regionale Aufteilung der Bevölkerung (die Ukraine, Moldau).

In diesem Zusammenhang setzt die EU auf die Demokratisierung der ENP-Staaten durch die Erarbeitung von Aktionen und Maßnahmen in den Aktionsplänen zur Stärkung der demokratischen Strukturen und stärkeren Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten gemäß internationalen Standards. Diese stellen kein effektives Druckmittel dar und haben

keine rechtskräftige Bindung in den Nachbarstaaten, sodass die demokratische Transformation nur mit den kooperationsbereiten Staaten im Rahmen der ENP stattfindet.

Desweiteren vollzieht sich die politische Transformation in den ENP-Staaten sehr langsam, sodass das Spannungsverhältnis zwischen Einhaltung und Umsetzung der gemeinsamen Werte und Normen immer größer erscheint. Um eine dauerhafte Transformation in diese Richtung anzuregen, gestaltet die EU ein umfassendes Netz von multilateralen (Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen) und bilateralen (zwischen der EU und den EU-Mitgliedstaaten einerseits und, andererseits, den ENP-Staaten untereinander) vertraglichen Anbindungen. Dieser Ansatz geschieht außerhalb der Rahmenvorgabe der Aktionspläne, sodass die ENP-Staaten keine weiteren Verpflichtungen eingehen.

Nach den verübten Anschlägen auf die innere Sicherheit der USA im Jahr 2001 und der ansteigenden weltweiten Bedrohung durch den internationalen Terrorismus geraten die ENP-Staaten immer näher ins Blickfeld der erweiterten EU. Jedoch ist die territoriale Integrität in allen ENP-Staaten<sup>755</sup> durch die andauernden Sezessionskonflikte ständig bedroht. In diesem Zusammenhang gibt die EU friedenssichernden Maßnahmen Vorrang, die auf die sicherheitspolitische Lage in der Region einwirken. Die nachfolgende Abbildung fasst diese Ergebnisse zusammen.

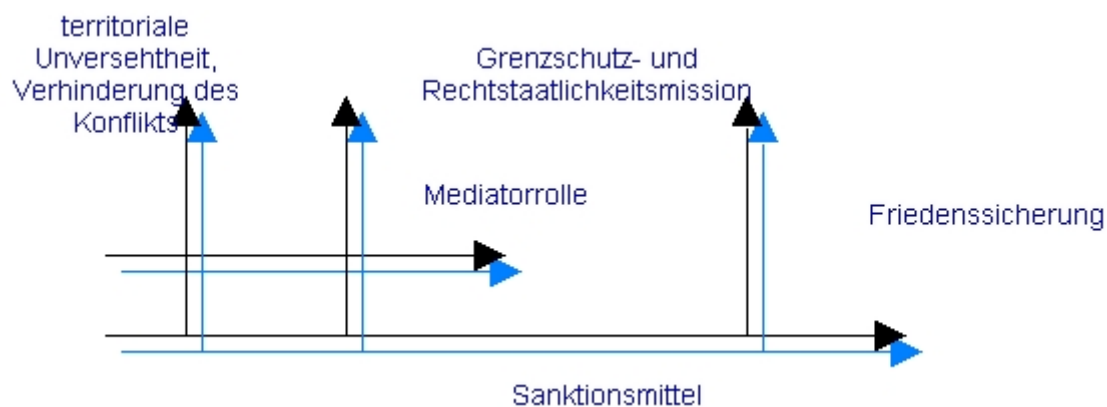


Abbildung 29: EU als friedenssichernde Macht in der Nachbarschaft, eigene Darstellung

Unterstützend agieren auch einzelne Mitgliedstaaten wie Deutschland oder Großbritannien. Der gesamte Einsatz der EU beschränkt sich auf regulatorische Maßnahmen (wie z.B. zur Wahrung der territorialen Integrität der betroffenen Staaten). In diesem Sinne erarbeitet die EU diplomatische und wirtschaftliche Strategien, die zur Erlangung der politischen und

<sup>755</sup> Die Ukraine macht ebenfalls keine Ausnahme. Die schwer auszuhandelnde Situation über den Status der russischen Schwarzmeerflotte auf der Halbinsel Krim wie auch die vorwiegende russische Bevölkerung in dieser Region bekräftigen noch ausdrücklicher diese Konstellation.

wirtschaftlichen Autorität eines jeweiligen Staates führen. Trotz alledem ist die erweiterte Union mit einer aufstrebenden Regional(Welt)macht – der Russischen Föderation – konfrontiert, die jegliche Einmischung im russischen *Hinterhof* seitens der EU oder der USA/NATO als Null-Summen-Spiel betrachtet.

Daraus lässt sich die multilaterale Kooperation im Energiebereich ableiten. Angesichts der strategisch wichtigen Lage, welche die ENP-Staaten im großen Spiel des Verlaufs alternativer Pipelinerouten einnehmen, gewinnt die Rolle der EU weiter an Bedeutung. Somit sind die ENP-Staaten in einem Kalkül politischer und wirtschaftlicher Zusammenhänge inkludiert, welche die Verlagerung nationaler Souveränitäten in einem Mehrebenensystem europäischen Regierens bewirken.

In der Entwicklungsphase der ENP 2006-2007 kommt noch die Kritik an die ENP als ein wichtiges Element hinzu. Forscher und Politikanalysten wie auch die politische Elite in den Partnerstaaten kritisieren die ENP für die vermeintliche Ineffizienz, für die Kurzsichtigkeit hinsichtlich der regionalen Implikationen der Initiative, für die inhärente Inkonsistenz der Ziele, die diese Politik erreichen will, insbesondere den Stabilitätsexport und die Demokratieförderung. Besonders oft wiederholt sich der Vorwurf, die Ansprüche der ENP seien unrealistisch, mit einem standardisierten Rahmenwerk der Instrumente und Ziele hinsichtlich so unterschiedlicher Länder in der südlichen und östlichen EU-Nachbarschaft zu handeln. Eine *intensivere* ENP repräsentiert die Stärkung der nachbarschaftlichen Beziehungen.

- Um den Rahmen der ENP zu erweitern, beschließt die EU einerseits die Errichtung von Freihandelsabkommen, welche die volle Integration in den Europäischen Binnenmarkt beinhalten. Somit findet eine Verschiebung der Grenzen im Modell konzentrischer Kreise statt.
- Andererseits weitet die Union die institutionelle Zusammenarbeit in den Bereichen Inneres und Justiz aus, wodurch die ENP-Staaten die Rolle einer Stabilitätszone einnehmen, die jedoch angesichts der internen Konflikte und des prekären Staatskollaps gefährdet ist.

Somit erscheint es plausibel, die Erfolge an der Eigenverantwortung (joint ownership) und die Wirkung der konditionalen Maßnahmen zu messen, die dazu beitragen, dass sich die Partnerstaaten zu einer Art Pufferzone an der neuen EU-Ostgrenze entwickeln.

Aufgrund des niedrigen Kooperationsgrades zwischen den ENP-Staaten aber auch zwischen den Partnerstaaten und ihren EU-Nachbarn (einschließlich die neuen EU-Mitgliedstaaten Bulgarien und Rumänien) tritt die immense Wirkung der regionalen Kooperation noch stärker

in Erscheinung. Die EU gibt Impulse (Schwarzmeerpartnerschaften) und koordiniert politisch und finanziell (Schwarzmeerregion-Gemeinschaftsprogramm, NIF) das gesamte Spektrum regionaler Zusammenarbeit in der Schwarzmeerregion. Das verstärkte Engagement der EU in den strategisch wichtigen Regionen wie die um das Schwarze und Kaspische Meer ist durch die politischen und wirtschaftlichen Optionen anderer regionaler Organisationen wie der SCO bedingt. In dieser Konstellation bleibt die Frage offen, in welchem Konzept sich die zentralasiatischen Staaten einordnen. Durch die Vorgaben zur Gründung einer Mittelmeerunion und einer Östlichen Partnerschaft erhalten die jeweiligen Staaten eine eigenständige politische und wirtschaftliche Plattform, in der die Optionen zur verstärkten Annäherung in unterschiedlichsten Bereichen europäischen Regierens ausgeschöpft werden können.

Desweiteren befasst sich die Union ebenfalls mit neuen erweiterten Mechanismen (Ausnützung der Governance Facility des ENPI) als auch mit dem Ausbau anderer Instrumente (EIDHR) zur Annäherung der ENP-Staaten, die über die wirtschaftliche Integration hinausgeht und die Partnerstaaten näher an die Grundnormen und Prinzipien der EU heranbringt. Die Stärkung des politischen Dialogs und die Anforderung zur Fortsetzung der eingeleiteten Reformen kann jedoch die EU nur mit den kooperationsbereiten Staaten durchführen, sodass die Union die fehlende Aussicht auf eine politische EU-Integration jedoch mit der weiteren Vertiefung der ENP-Beziehungen komplementiert und die Anreize für die Nachbarstaaten zur Konsolidierung der Nachbarschaftspolitiken und Reaktion auf die Anforderungen der ENP-Staaten erhöht.

Damit verbunden geht die Frage nach dem Abschluss neuer vertraglicher Abkommen mit den kooperationsbereiten und kooperationswilligen Nachbarstaaten einher.

- Diese Art von Abkommen deckt einerseits unterschiedliche Aspekte der bilateralen Beziehungen in einem Konzept säulenübergreifender Zusammenarbeit.
- Andererseits externalisiert die EU wichtige Politikbereiche wie die Innen- und Justizpolitik, welche die Form erweiterter Abkommen unter der Wirkung der Konditionalität (Ukraine und eventuell Moldau) annehmen.

Dadurch vollziehen sich eine durch die EU vorangetriebene Modernisierung der nationalen Wirtschaftsmodelle, die Stabilisierung der Nachbarschaft und der Eintritt von Sicherheit in der gesamten Region durch Kooperation in sensiblen und wichtigen Politikbereichen wie die GASP und die ESVP.

Letztendlich stehen die EU und ihre ENP vor der Herausforderung in der unmittelbaren Nachbarschaft, wie sie mit Russland und den rohstoffreichen Ländern Zentralasiens umgehen sollen. Es soll in Betracht gezogen werden, wie sich diese Staaten innerpolitisch entwickeln

und wo, wie und in welchem Maße sie ihre außenpolitischen Präferenzen äußern. Selbstverständlich unterscheiden sich innerpolitische Entwicklung und außenpolitische Ausrichtung immens von der der Union und ihren Vorgaben. In diesem Zusammenhang ist Russland näher an den Nachbarschaftsprozess zu bringen, ohne die Regionalmacht im Konzept der ENP zu integrieren.

Die Rolle und das politische und wirtschaftliche Gewicht der erweiterten EU in der unmittelbaren Nachbarschaft nehmen kontinuierlich zu. Die Notwendigkeit, den neuen Nachbarn Sicherheit, Stabilität und Wohlstand zu gewähren, treibt die Idee *Europäische Union* in all ihren Facetten in allen ENP-Staaten voran, sodass sich das Verständnis Europäischer Integration in allen Teilen des politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens verfestigt. Ob einer der Partnerstaaten der EU beitrifft, entscheidet sich in der Zukunft. Dennoch hat die EU ihre ENP entwickelt, um die neuen Nachbarn in einer globalisierten Welt näher an eine Union zu bringen, welche die Prinzipien und Normen der Einhaltung der Menschenrechte, der Rechtsstaatlichkeit und des verantwortungsvollen Regierens in vollem Einsatz verteidigt. Diese Option und die entsprechenden Mechanismen sind fester Bestandteil der ENP, sodass die EU den ENP-Staaten die Möglichkeit stellt, in diesem Rahmen die innerpolitische Transformation in allen Bereichen zu vollziehen.

Die ENP-Staaten verzeichnen ihrerseits einen immensen Progress im Rahmen der ENP. Dennoch übernimmt keiner der neuen Nachbarn der EU die Führungsrolle in einer Region, die wichtig für die strategischen Interessen und den wirtschaftlichen Aufwand der EU-Staaten ist. Trotz allem handeln vor allem die Ukraine und Georgien richtungsweisend für die regionale wirtschaftliche und politische Entwicklung. Besonders wichtig: Die Schwarzmeerregion tritt stärker in Erscheinung, die als fester Bestandteil eines erweiterten Rahmens Europäischer Nachbarschaftspolitik die anliegenden Staaten in einem europäischen Nachbarschaftsformat bindet.

An den neuen Ostgrenzen Europas kommt der EU eine Stabilisierungsmission zu, die es der erweiterten EU nicht erlaubt, sich einfach zurückzuziehen. Die Tatenlosigkeit würde Chaos und Unsicherheiten bergen, welche die Prinzipien der liberalen demokratischen Ordnung und Marktwirtschaft in dem Maße gefährden, sodass sich EU-Europa dieser Herausforderung stellen und die gemeinsamen Prinzipien alternativlos verteidigen soll. Nur wenn die EU das politische, wirtschaftliche, soziale, diplomatische, ideologische und kulturelle Potenzial in der erweiterten EU zwischen dem Schwarzen Meer und dem Atlantik und an der neuen Grenze im Geltungsbereich der ENP und darüber hinaus in Zentralasien voll ausschöpft, kann sie ihr

einheitliches Auftreten nicht nur auf dem europäischen Kontinent sondern auch in einer globalisierten Welt geltend machen.

## Monografien, Buchaufsätze, Zeitschriften-, Zeitungs- und Internetartikel

**Adamson, Fiona B./ Demetriou, Madeleine:** Remapping the Boundaries of ‘State’ and ‘National Identity’: Incorporating Diasporas into IR Theorizing. In: *European Journal of International Relations*. Bd. 13. Nr. 4/ 2007. S. 489 – 526.

**Algieri, Franco:** Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik: erweiterter Handlungsspielraum für die GASP. In: Weidenfeld/ Werner (Hrsg.): *Nizza in der Analyse: Strategien für Europa*. Verlag Bertelsmann Stiftung. 2. Auflage. Gütersloh 2001. S. 161 – 201.

**Aliboni, Roberto:** The Geopolitical Implications of the European Neighbourhood Policy. In: *European Foreign Affairs Review*. Nr. 10/ 2005. S. 1 – 16.

**Andoura, Sami:** Vorwärts zu einem neuen Abkommen zwischen Russland und der Europäischen Union (*Russisch*). In: *Vestnik Analitiki*. Institute of Strategic Studies and Analysis (ISSA) Moskau. Nr. 29/ 2007. S. 45 – 49. URL:

[http://www.isoa.ru/eng/mags.php?binn\\_rubrik\\_pl\\_catelems1=279](http://www.isoa.ru/eng/mags.php?binn_rubrik_pl_catelems1=279) (Stand: 11.04.2008).

**Andoura, Sami/ Vahl, Marius:** A New Agreement Between Russia And The European Union: Legal And Political Aspects. In: *The EU-Russia Review*. Ausgabe 2/ 2006. S. 5 – 10. URL: [http://www.eu-russiacentre.org/assets/files/REVIEW2\\_final.pdf](http://www.eu-russiacentre.org/assets/files/REVIEW2_final.pdf) (Stand: 11.04.2008).

**Austin, Greg:** European Union Policy Responses to the Shanghai Cooperation Organization. *European Institute for Asian Studies*. 2002. URL:

<http://www.eias.org/publications/briefing/2002/sco.pdf> (Stand: 18.03.2008).

**Axelrod, Robert/ Keohane, Robert O.:** Achieving Cooperation under Anarchy: Strategies and Institutions. In: Oye, Kenneth N. (Hrsg.): *Cooperation under Anarchy*. Princeton University Press. Princeton 1986. S. 226 – 254.

**Bach, Maurizio:** The Europeanization of cleavages and the emergence of a European social space. In: *Journal of European Social Policy*. Bd. 13. Nr. 1/ 2003. S. 50 – 54.

**Bach, Maurizio:** The Enlargement Crisis of the European Union: From Political Integration to Social Disintegration? In: Bach, Maurizio/ Lahusen, Christian/ Vobruba, Georg (Hrsg.): *Europe in Motion: Social Dynamics and Political Institutions in an Enlarging Europe*. edition sigma. Berlin 2006. S. 11 – 28.

**Bailes, Alyson JK:** The Shanghai Cooperation Organization and Europe. In: *China and Eurasia Forum Quarterly*. Bd. 5. Nr. 3/ 2007. S. 13 – 18.

**Bailes, Alyson JK et.al.:** The Shanghai Cooperation Organization. *SIPRI Policy Paper* Nr. 17/ 2007. URL: <http://books.sipri.org/files/PP/SIPRI17.pdf> (Stand: 18.03.2008).

**Balázs, Péter:** Europas neue “Ostpolitik”. In: Schäfer, Wolf/ Graf Wass von Szege, Andreas (Hrsg.): *Das Gemeinsame Europa – viele Wege, kein Ziel?*. Nomos Verlagsgesellschaft. 1. Auflage. Baden-Baden 2007. S. 193 – 200.

**Barbé, Esther/ Johansson-Nogués, Elisabeth:** The EU as a modest ‘force for good’: the European Neighbourhood Policy. In: *International Affairs*. Bd. 84. Nr. 1/ 2008. S. 81 – 96.

**Barbé, Esther/ Kienzle, Benjamin:** Security Provider or Security Consumer? The European Union and Conflict Management. In: *European Foreign Affairs Review*. Nr. 12/ 2007. S. 517 – 536.

**Barnett, Michael:** Social Constructivism. In: Baylis, John/ Smith, Steve: *The Globalization of World Politics: An Introduction to International Relations*. Oxford University Press. 3. Auflage. Oxford 2005. S. 251 – 270.

**Batchkova, Tzetzka/ Hrisoskulov, Hristofor:** Lissabon, Kiew: Die Europäische Union als globaler Akteur in der Wirtschafts- und Nachbarschaftspolitik. In: *360°*. Ausgabe 02/ 2007. S. 16 – 27.

**Bartolini, Stefano:** *Restructuring Europe: Centre Formation, System Building and Political Structuring between the Nation-state and the European Union*. Oxford University Press. Oxford 2005.

**Beehner, Lionel:** The Rise of the Shanghai Cooperation Organization. *Council on Foreign Relations Backgrounder* 2006. URL: <http://www.cfr.org/publication/10883/> (Stand: 17.03.2008).

**Bendiek, Annegret/ Schwarzer, Daniela:** Die Südkaukasuspolitik der EU unter französischer Ratspräsidentschaft: Zwischen Konsultation, Kooperation und Konfrontation. In: Schröder, Hans-Henning (Hrsg.): *Die Kaukasus-Krise. Internationale Perzeptionen und Konsequenzen für deutsche und europäische Politik*. SWP-Studie. S25/ September 2008b Berlin. S. 37 - 42. URL:

[http://www.swp-berlin.org/common/get\\_document.php?asset\\_id=5255](http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=5255) (Stand: 12.10.2008).

**Benner, Thorsten:** *Die soziale Dimension der europäischen Integration – Redistributive und sozialregulative Politik zwischen Nationalstaat und Europäischer Union*. Schriften des Faches Politikwissenschaft an der Universität-GH Siegen. Band 2. Siegen 1998.

**Benz, Arthur:** Politikverflechtung ohne Politikverflechtungsfälle – Koordination und Strukturpolitik im europäischen Mehrebenensystem. In: *Politische Vierteljahresschrift*. Bd. 39. Nr. 4/ 1998. S. 558 – 589.



**Berg, Eiki/ Ehin, Piret:** What Kind of Border Regime is in the Making? Towards a Differentiated and Uneven Border Strategy. In: *Cooperation and Conflict*. Bd. 41. Nr. 1/ 2006. S. 53 – 71.

**Bernhardt, Stefan:** Die russischen Interessen im Kaukasus. In: *Eurasisches Magazin*. Nr. 4 von 2008. URL: <http://www.eurasischesmagazin.de/artikel/?artikelID=20080406> (Stand: 02.02.2009).

**Bertelsmann Stiftung:** Bertelsmann Transformation Index 2006. 2006. URL: [http://www.bertelsmann-transformation-index.de/fileadmin/pdf/BTI\\_2006\\_Ranking\\_detailliert.pdf](http://www.bertelsmann-transformation-index.de/fileadmin/pdf/BTI_2006_Ranking_detailliert.pdf) (Stand: 11.02.2008).

**Bingel, Ralf:** Die EPZ als erster Schritt zur Herausbildung einer europäischen Sicherheitspolitik, in: Seidelmann, Reimund (Hrsg.): Auf dem Weg zu einer westeuropäischen Sicherheitspolitik. Nomos Verlagsgesellschaft. Baden-Baden 1989. S. 273 – 294.

**Biscop, Sven:** The European Security Strategy: A Global Agenda for Positive Power. Ashgate. Aldershot 2005.

**Börzel, Tanja A.:** How the European Union Interacts with Its Memberstates. Reihe Politikwissenschaft. Institut für höhere Studien. Wien 2003.

**Börzel, Tanja A./ Risse, Thomas:** Conceptualizing the Domestic Impact of Europe. In: Featherstone, Kevin/ Radaelli, Claudio M. (Hrsg.): The Politics of Europeanization. Oxford University Press. Oxford 2003. S. 57 – 80.

**Boonstra, Jos:** How serious is the EU about supporting democracy and human rights in Azerbaijan? *ECFR/ FRIDE – Democracy Working Papers* 02/ 2008. URL: [http://ecfr.3cdn.net/837cbaa227801cc69a\\_k4m6iiry5.pdf](http://ecfr.3cdn.net/837cbaa227801cc69a_k4m6iiry5.pdf) (Stand: 23.06.2008).

**Bosse, Giselle:** Values in the EU's Neighbourhood Policy: Political Rhetoric or Reflection of Coherent Policy? In: *European Political Economy Review*. Nr. 7/ 2007. S. 38 – 62.

**Bounds, Andrew/ Gorst, Isabel/ Wagstyl, Stefan:** Deal to ease EU reliance on Russian gas. In: *Financial Times*. 13.04.2008. URL: [http://www.ft.com/cms/s/0/2eb34c20-0988-11dd-81bf-0000779fd2ac.html?nclick\\_check=1](http://www.ft.com/cms/s/0/2eb34c20-0988-11dd-81bf-0000779fd2ac.html?nclick_check=1) (Stand: 15.04.2008).

**Branch, Ann P./ Øhrgaard, Jakob C.:** Trapped In The Supranational-Intergovernmental Dichotomy: A Response To Stone Sweet And Sandholtz. In: *Journal Of European Public Policy*. Bd. 6. Nr. 1/ März 1999. S. 123 – 143.

**Brasche, Ulrich:** Europäische Integration: Wirtschaft, Erweiterung und regionale Effekte. Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH. Oldenbourg 2003.

- Brauer, Birgit:** Fünf Staaten, eine Strategie. Die Europäische Union sucht nach einem neuen Zugang nach Zentralasien. In: *Internationale Politik*. Nr. 3/ 2007. S. 75 – 81.
- Breslin, Shaun/ Hughes, Christopher W./ Phillips, Nicola/ Rosamond, Ben (Hrsg.):** *New Regionalism in the Global Political Economy: Theories and Cases*. Routledge. London 2002.
- Bretherton, Charlotte/ Vogler, John:** *The European Union as a Global Actor*. Routledge. 2. Auflage. Oxon 2006.
- Brzezinski, Zbigniew:** Macht und Moral – Neue Werte für die Weltpolitik. Hoffmann und Campe. 1. Auflage. Hamburg 1994.
- Brzezinski, Zbigniew:** Hegemonic Quicksand. In: *The National Interest*. Nr. 74/ 2003. S. 5 – 16. URL: <http://www.kas.de/upload/dokumente/brzezinski.pdf> (Stand: 07.01.2008).
- Campbell, Kurt M./ O’Hanlon, Michael E.:** *Hard Power: The New Politics of National Security*. Basic Books. Cambridge 2006.
- Caporaso, James A.:** Regional Integration Theory: Understanding Our Past and Anticipating Our Future. In: Stone Sweet, Alec/ Sandholtz, Wayne (Hrsg.): *European Integration and Supranational Governance*. Oxford University Press. Oxford, New York 1998. S. 334 – 351.
- Carnegie Commission on Preventing Deadly Conflict:** *Preventing Deadly Conflict. Final Report*. Carnegie Corporation of New York 1997. URL: <http://wwics.si.edu/subsites/ccpdc/pubs/rept97/finfr.htm> (Stand: 16.04.2007).
- Chauffour, Célia/ Gusep, Tarel:** Berg-Karabakh, Südossetien, Abchasien: Einblicke ins Innere der europäischen Politik im Südkaukasus. Ein Gespräch mit Dov Lynch. *Caucas euronews*. 2004. URL: [http://www.caucas.com/home\\_de/breve\\_contenu.php?id=24](http://www.caucas.com/home_de/breve_contenu.php?id=24) (Stand: 16.04.2007).
- Checkel, Jeffrey T.:** Why Comply? Social Learning and European Identity Change. In: *International Organization*. Bd. 55. Nr. 3/ Sommer 2001. S. 553 – 588.
- Chirtoaca, Nicolae:** Transition to Democracy and Security Sector Reform in Moldova. In: Munteanu, Igor et.al. (Hrsg.): *Moldova on Its Way to Democracy and Stability. From the Post-Soviet Space towards the World of Democratic Values*. Institute for Development and Social Initiatives (IDIS) "Viitorul". Chischnau (Moldau) 2007. S. 51 – 71.
- Civil Georgia:** Manifesto of National Council of the General Public Movement. Tbilisi 2007a. URL: <http://civil.ge/eng/article.php?id=16044> (Stand: 16.04.2008).
- Civil Georgia:** Saakashvili Says Russia, ‘Some Radical Opposition’ Involved in Unrests. Tbilisi 2007b. URL: <http://civil.ge/eng/article.php?id=16231> (Stand: 16.04.2008).
- Civil Georgia:** Saakashvili Outlines Tbilisi’s Abkhaz Initiatives. Tbilisi 2008a. URL: <http://www.civil.ge/eng/article.php?id=17473> (Stand: 16.04.2008).

**Civil Georgia:** Gulf Emirate to Develop Free Economic Zone in Poti. Tbilisi 2008b. URL: <http://www.civil.ge/eng/article.php?id=17577> (Stand: 16.04.2008).

**Civil Georgia:** Russia Moves to Legalize Ties with Abkhazia, S. Ossetia. Tbilisi 2008c. URL: <http://www.civil.ge/eng/article.php?id=17591> (Stand: 16.04.2008).

**Civil Georgia:** Inaugural speech of President Mikheil Saakashvili. Tbilisi 2008d. URL: <http://civil.ge/eng/article.php?id=16960> (Stand: 16.04.2008).

**Comelli, Michele/ Greco, Ettore/ Tocci, Nathalie:** From Boundary to Borderland: Transforming the Meaning of Borders in Europe through the European Neighbourhood Policy. *EU-Consent* Projekt-Nr. 513416. 2006. URL: [http://www.eu-consent.net/library/brx061012/Comelli-Greco-Tocci\\_D40.pdf](http://www.eu-consent.net/library/brx061012/Comelli-Greco-Tocci_D40.pdf) (Stand: 12.08.2007).

**Coplin, William D.:** International Law and Assumptions about the State System. In: Rosenau/ James N. (Hrsg.): *International Politics and Foreign Policy – A Reader in Research and Theory*. The Free Press. New York 1969. S. 142 – 152.

**Coppieters, Bruno:** Dimensionen der Konfliktlösung. Die EU und Georgiens abtrünnige Gebiete. In: *Osteuropa*. 57. Jahrgang. Nr. 11/ 2007. S. 67 – 81.

**Cornell, Svante E./ Starr, S. Frederik:** The Caucasus: A Challenge for Europe. *SILK Road Paper* 2006. URL: <http://www.silkroadstudies.org/new/docs/Silkroadpapers/0606Caucasus.pdf> (Stand: 08.01.2008).

**Corrado, Laura:** Negotiating the EU External Border. In: Balzacq, Thierry/ Carrera, Sergio (Hrsg.): *Security Versus Freedom? A Challenge for Europe's Future*. Ashgate Publishing Limited. Hampshire 2006. S. 183 – 203.

**Cosgrove, Carol Ann/ Twitchett, Kenneth J.:** *The New International Actors: The United Nations and the European Economic Community*. Macmillan and Co Ltd. 1. Auflage. London 1970.

**Cousens, Elizabeth M.:** Introduction. In: ders./ Kumar, Chetan (Hrsg.): *Peacebuilding as Politics. Cultivating Peace in Fragile Societies*. Boulder. London 2001. S. 1 – 20.

**Cremona, Marise/ Hillion, Christophe:** L'Union Fait la Force? Potential and Limitations of the European Neighbourhood Policy as an Integrated EU Foreign and Security Policy. *EUI LAW Working Paper* Nr. 36/2006. URL: [http://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract\\_id=963755](http://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=963755) (Stand: 21.04.2008).

**Dahrendorf, Ralf:** *Plädoyer für die Europäische Union*. R. Piper & Co. Verlag. München 1973.

**Dahrendorf, Ralf:** An der Schwelle zum autoritären Jahrhundert – Die Globalisierung und ihre sozialen Folgen werden zur nächsten Herausforderung einer Politik der Freiheit. In: *Die Zeit*. 52. Jahrgang. Nr. 47 vom 14. November 1997. S. 14 – 15.

**Dannreuther, Roland:** Developing the Alternative to Enlargement: The European Neighbourhood Policy. In: *European Foreign Affairs Review*. Nr. 11/ 2006. S. 183 – 201.

**Delcour, Laure:** Does the European Neighbourhood Policy Make a Difference? Policy Patterns and Reception in Ukraine and Russia. In: *European Political Economy Review*. Nr. 7/2007. S. 118 – 155.

**De Michelis, Gianni:** Die EG als Gravitationszentrum: Für ein Europa der vier Kreise. In: *Integration*. 13 Jg. Heft 4/ 1990. S. 143 – 149.

**Dickinson, Peter:** Leading the Charge towards EU Integration. In: *Business Ukraine*. Ausgabe 06 vom 18.02.2008. URL: <http://www.businessukraine.com.ua/leading-the-charge-towards-eu> (Stand: 29.02.2008).

**Diez, Thomas:** Why the EU Can Nonetheless Be Good for Cyprus. In: *Journal on Ethnopolitics and Minority Issues in Europe*. Ausgabe 2/ 2002. S. 1 – 18.

**Dimitrova, Antoaneta:** Enlargement, Institution-Building and the EU's Administrative Capacity Requirement. In: *West European Politics*. Bd. 25. Nr. 4/ 2002. S. 171 – 190.

**Dinan, Desmond:** Governance and Institutions: Anticipating the Impact of Enlargement. In: *Journal of Common Market Studies*. Bd. 41. Ausgabe S1/ 2003. S. 27 – 43.

**Djulgerova, Nina:** Die Grenzen im Kaukasus. Geopolitischer und völkerrechtlicher Diskurs. Paradigma. Sofia 2007 (*Bulgarisch*).

**Duchene, Francois:** Die Rolle Europas im Weltsystem: Von der regionalen zur planetarischen Interdependenz. In: Kohnstamm, Max/ Hager, Wolfgang: *Zivilmacht Europa – Supermacht oder Partner?* Suhrkamp Verlag. 1. Auflage. Frankfurt am Main 1973. S. 11 – 35.

**Dunne, Tim:** Liberalism. In: Baylis, John/ Smith, Steve: *The Globalization of World Politics: An Introduction to International Relations*. Oxford University Press. 3. Auflage. Oxford 2006. S. 185 – 203.

**Dunne, Tim/ Schmidt, Brian C.:** Realism. In: Baylis, John/ Smith, Steve: *The Globalization of World Politics: An Introduction to International Relations*. Oxford University Press. 3. Auflage. Oxford 2006. S. 161 – 183.

**Eberwein, Wolf-Dieter:** Die Friedensmacht Europa – Statt eines Fazits. In: Mader, Gerald/ ders./ Vogt, Wolfgang R.: *Europäische Friedenspolitik – Politik einer Friedensmacht?* agenda Verlag. Münster 2003. (Schriftenreihe des Österreichischen Studienzentrums für Frieden und Konfliktlösung ÖSFK (Hrsg.). Band 9). S. 9 – 21.

**Egeberg, Morten:** Transcending intergovernmentalism? Identity and role perceptions of national officials in EU decision-making. In: *Journal of European Public Policy*. Bd. 6. Nr. 3/ September 1999. S. 456 – 474.

**Ehin, Piret/ Avery, Graham:** The Eastern EU-Neighbourhood – An Area of Competing Policies: Shared Neighbourhood Between EU and Russia. Policy Department External Policies. *European Parliament Policy Paper*. EP/EXPOL/B/AFET/FWC/2006-10/Lot1/07, PE 385.532. 2007. URL:

<http://www.europarl.europa.eu/activities/committees/studies/download.do?file=18015> (Stand: 15.04.2008).

**Ehlermann, Claus-Dieter:** How Flexible Is Community Law? An Unusual Approach to the Concept of "Two Speeds". In: *Michigan Law Review*. Bd. 82. Nr. 5/6/ 1984. (Festschrift zur Ehrung von Eric Stein). S. 1274 – 1293.

**Emerson, Michael:** European Neighbourhood Policy: Strategy or Placebo? *CEPS Working Document* Nr. 215/ 2004.

**Emerson, Michael:** Making Sense of Sarkozy's Union for the Mediterranean. *CEPS Policy Brief* Nr. 155/ 2008. URL: [http://shop.ceps.eu/BookDetail.php?item\\_id=1624](http://shop.ceps.eu/BookDetail.php?item_id=1624) (Stand: 19.05.2008).

**Emerson, Michael/ Noutcheva, Gergana:** Europeanisation as a Gravity Model of Democratisation. *CEPS Working Document* Nr. 214/ 2004.

**Emerson, Michael et. al.:** The Reluctant Debutante: The EU as Promoter of Democracy in its Neighbourhood. In: Emerson, Michael (Hrsg.): *Democratisation in the European Neighbourhood*. Centre for European Policy Studies. Brüssel 2005. S. 169 – 230.

**Emerson, Michael et. al.:** Synergies vs. Spheres of Influence in the Pan-European Space. Report prepared for the Policy Planning Staff of the Federal Foreign Office of Germany. Centre for European Policy Studies. Brussels 2009.

URL: <http://www.ceps.eu/ceps/download/1653> (Stand: 25.06.2009).

**Erhart, Hans-Georg:** Die Europäische Union, die ESVP und das neue Sicherheitsdilemma. In: *WeltTrends*. Nr. 38/ Frühjahr 2003. S. 135 – 144.

**EurActiv:** EU will Partnerschaftsgespräche mit Russland aufnehmen. 2008. URL: <http://www.euractiv.com/de/erweiterung/eu-will-partnerschaftsgesprache-russland-aufnehmen/article-171244> (Stand: 11.04.2008).

**Fawcett, Louise/ Hurrell, Andrew (Hrsg.):** *Regionalism in World Politics: Regional Organization and International Order*. Oxford University Press. Oxford 1995.

- Featherstone, Kevin:** Introduction: In the Name of “Europe”. In: ders./ Radaelli, Claudio M. (Hrsg.): *The Politics of Europeanization*. Oxford University Press. Oxford 2003. S. 3 – 26.
- Fischer, Joschka:** Großmacht und Hasardeur. In: *Zeit Online*. 12.08.2008. URL: <http://www.zeit.de/online/2008/33/fischer-georgien-russland?page=all> (Stand: 12.08.2008).
- Fligstein, Neil/ Stone Sweet, Alec:** Institutionalizing the Treaty of Rome. In: Stone Sweet, Alec/ Sandholtz, Wayne/ Fligstein, Neil (Hrsg.): *The Institutionalization of Europe*. Oxford University Press. Oxford 2001. S. 29 – 55.
- Fowler, Brigid:** Legitimacy and Accountability in EU Enlargement: Political Perspectives from the Candidate States. In: Arnall, Anthony/ Wincott, Daniel (Hrsg.): *Accountability and Legitimacy in the European Union*. Oxford University Press. Oxford 2002. S. 419 – 436.
- Freire, Maria Raquel/ Simao, Licinia:** The Armenian Road to Democracy. Dimensions of Tortuous Process. *CEPS Working Document* Nr. 267. 2007. URL: <http://www.ciaonet.org/wps/ceps9651/ceps9651.pdf> (Stand: 13.02.2008).
- Freitag-Wirminghaus, Rainer:** Prospects for Armenia and Azerbaijan between Eurasia and the Middle East. In: Hamilton, Daniel/ Mangott, Gerhard (Hrsg.): *The Wider Black Sea Region in the 21st Century: Strategic, Economic, and Energy Perspectives*. Washington, D.C. 2008. S. 53 – 86. URL: <http://www.ceps.eu/ceps/download/1500> (Stand: 20.01.2009).
- Gabanyi, Anneli Ute:** Die Republik Moldau im Kontext der neuen EU-Nachbarschaftspolitik. *SWP-Studie* S46/ November 2004. Berlin. URL: [http://www.swp-berlin.org/common/get\\_document.php?asset\\_id=1747](http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=1747) (Stand: 03.07.2007).
- Gabanyi, Anneli Ute:** Die Initiative “Schwarzmeersynergie”. *SWP-Aktuell* 29/ 2007. URL: [http://www.swp-berlin.org/en/common/get\\_document.php?asset\\_id=3978](http://www.swp-berlin.org/en/common/get_document.php?asset_id=3978) (Stand: 03.07.2007).
- Gamble, Andrew/ Payne, Anthony (Hrsg.):** *Regionalism and World Order*. St. Martin’s Press. New York 1996.
- Gareis, Sven Bernhard:** Sicherheitspolitik zwischen „Mars und Venus“? Die Sicherheitsstrategien der USA und der EU im Vergleich. In: Varwick, Johannes (Hrsg.): *Die Beziehungen zwischen NATO und EU. Partnerschaft, Konkurrenz, Rivalität?*. Barbara Budrich. Opladen 2005. S. 81 – 96.
- Geddes, Andrew:** Europe’s Border Relationships and International Migration Relations. In: *Journal of Common Market Studies*. Bd. 43. Nr. 4/ 2005. S. 787 – 806.
- Ginsberg, Roy H.:** Conceptualizing the European Union as an International Actor: Narrowing the Theoretical Capability-Expectations Gap. In: *Journal of Common Market Studies*. Bd. 37. Nr. 3/ 1999. S. 429 – 454.

- Goldgeier, James M./ McFaul, Michael:** A tale of two worlds: core and periphery in the post-cold war era. In: *International Organization*. Bd. 46. Nr. 2/ 1992. S. 467 – 491.
- Goldirova, Renata:** EU needs to 'mature', Russia says. In: *EUobserver*. 2008. URL: <http://euobserver.com/9/25990> (Stand: 17.04.2008).
- Grabbe, Heather:** How the EU should help its neighbours. *Policy Brief*. Centre for European Reform. London 2004. S. 1 – 6. URL: [http://www.cer.org.uk/pdf/policybrief\\_eu\\_neighbours.pdf](http://www.cer.org.uk/pdf/policybrief_eu_neighbours.pdf) (Stand: 13.04.2008).
- Grande, Edgar:** Multi-Level Governance: Institutionelle Besonderheiten und Funktionsbedingungen des europäischen Mehrebenensystems. In: ders./ Jachtenfuchs, Markus (Hrsg.): *Wie problemlösungsfähig ist die EU? – Regieren im europäischen Mehrebenensystem*. Nomos Verlagsgesellschaft. 1. Auflage. Baden-Baden 2000. S. 11 – 30.
- Graubner, Cornelius:** EU Strategy on Central Asia: Realpolitik after All. In: *CACI Analyst*. 2008. URL: <http://www.cacianalyst.org/?q=node/4859> (Stand: 18.05.2008).
- Grund, Manfred/ Sieg, Hans Martin:** Transformation, Konfliktbewältigung und Integration - die europäische Perspektive der Republik Moldau zwischen Georgienkrise und Parlamentswahlen. In: *Integration*. 4/ 2008. S. 403 - 412.
- Gültekin-Punsmann, Burcu:** Black Sea Regional Policy Approach: A Potential Contributor to European Energy Security. Policy Department External Policies. *European Parliament Policy Paper*. EP/EXPO/B/AFET/FWC/2006-10/Lot1/09, PE 385.546. 2007. URL: <http://www.europarl.europa.eu/activities/committees/studies/download.do?file=18171> (Stand: 13.04.2008).
- Hacke, Christian:** *Zur Weltmacht verdammt – Die amerikanische Außenpolitik von J.F. Kennedy bis G.W. Bush*. Econ Ullstein List Verlag GmbH & Co. KG. 1. Auflage. München 2001.
- Halbach, Uwe:** Der Kaukasus im neuen Licht: Die und Russland in ihrer schwierigsten Nachbarschaftsregion. Berlin. *SWP-Studie S 35/ 2005*.
- Halbach, Uwe:** Eingefrorene Konflikte im Südkaukasus. Probleme und Grenzen der Europäisierung. In: *Osteuropa*. 57. Jahrgang. Nr. 11/ 2007. S. 83 – 94.
- Hänggi, Heiner/ Tanner, Fred:** Promoting security sector governance in the EU's neighbourhood. *Chaillot Paper* Nr. 80. 2005. URL: <http://www.iss-eu.org/chaillot/chai80.pdf> (Stand: 17.07.2007).
- Hassner, Pierre:** Obstinate and Obsolete: Non-Territorial Transnational Forces versus the European Territorial State. In: Tunander, Ola/ Baev, Pavel/ Einagel, Victoria Ingrid (Hrsg.):

Geopolitics in Post-Wall Europe: Security, Territory and Identity. SAGE Publications Ltd. 1. Auflage. London 1997. S. 45 – 58.

**Hättich, Manfred:** Freiheit als Ordnung. Günter Olzog Verlag GmbH. München 1990. (Band 3: Beiträge zur Zeitdiagnose).

**Haukkala, Hiski:** A Hole in the Wall? Dimensionalism and the EU's "New Neighbourhood Policy". *Ulkopoliittinen instituutti Working Papers* Nr. 41/ 2003. URL: <http://www.upi-fia.fi/doc/WP41.pdf> (Stand: 09.07.2007).

**Haukkala, Hiski:** The Northern Dimension – A presence and four liabilities? In: Dannreuther, Roland (Hrsg.): *European Union Foreign and Security Policy. Towards a Neighbourhood Strategy*. Routledge. London 2004. S. 98 – 117.

**Hay, Colin:** Structure and Agency. In: Marsh, David/ Stoker, Gerry (Hrsg.): *Theory and Method in Political Science*. Palgrave Macmillan. Basingstoke 1995. S. 189 – 206.

**Hay, Colin/ Wincott, Daniel:** Structure, Agency and Historical Institutionalism. In: *Political Studies*. Bd. 46. Nr. 5/ 1998. S. 951 – 957.

**Heidenreich, Martin:** Die Europäisierung sozialer Ungleichheiten zwischen nationaler Solidarität, europäischer Koordinierung und globalem Wettbewerb. In: Heidenreich, Martin (Hg.): *Die Europäisierung sozialer Ungleichheit – Zur transnationalen Klassen- und Sozialstrukturanalyse*. Campus Verlag GmbH. Frankfurt/ Main 2006. S. 17 – 64.

**Helly, Damien:** EU's Influence in Its Eastern Neighbourhood: The Case of Crisis Management in the Southern Caucasus. In: *European Political Economy Review*. Nr. 7/ 2007. S. 102 – 117.

**Helmerich, Nicole:** CFSP and ESDP – How to Include New Partners? In: Varwick, Johannes/ Lang, Kai Olaf (Hrsg.): *European Neighbourhood Policy – Challenges for the EU-Policy Towards the New Neighbours*. Barbara Budrich Publishers. Opladen 2007. S. 103 – 116.

**Hettne, Björn/ Inotai, András/ Sunkel, Osvaldo (Hrsg.):** Globalism and the New Regionalism. Palgrave. Basingstoke 1999.

**Hettne, Björn/ Söderbaum, Frederik:** Civilian Power oder Soft Imperialism? The EU as a Global Actor and the Role of Interregionalism. In: *European Foreign Affairs Review*. Nr. 10/ 2005. S. 535 – 552.

**Hill, Christopher:** European foreign policy: power bloc, civilian model – or flop? In: Rummel, Reinhardt (Hrsg.): *The Evolution of an International Actor*. Westview Press. Boulder 1990. S. 31 – 55.

**Hill, Christopher:** Capability-Expectations Gap or Conceptualizing Europe's International Role. In: *Journal of Common Market Studies*. Bd. 31. Nr. 3/ 1993. S. 305 – 328.



- Hillion, Christophe:** Mapping-Out the New Contractual Relations between the European Union and Its Neighbours: Learning from the EU–Ukraine ‘Enhanced Agreement’. In: *European Foreign Affairs Review*. Nr. 12/ 2007. S. 169 – 182.
- Hobbing, Peter:** Integrated Border Management at the EU Level. In: Balzacq, Thierry/ Carrera, Sergio (Hrsg.): *Security Versus Freedom? A Challenge for Europe’s Future*. Ashgate Publishing Limited. Hampshire 2006. S. 155 – 181.
- Hocking, Brian/ Smith, Michael:** *World Politics – An Introduction to International Relations*. Harvester Wheatsheaf. 1. Auflage. Herdfordshire 1990.
- Hofbauer, Hannes:** Niemandsland am Dnjestr. Europas inexistente Republik an der Schnittstelle zwischen Ost und West. 2005. URL: <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Moldawien/dnjestr2.html> (Stand: 15.01.2005).
- Holsti, K. J.:** *International Politics: A Framework for Analysis*. Prentice Hall Inc. 7. Auflage. New Jersey 1995.
- Hrisoskulov, Hristofor:** Die Schwarzmeerregion – Impetus für die nachbarschaftlichen Beziehungen der Europäischen Union. In: *Review of International Law and Politics*. Bd. 4. Nr. 13/ 2008. S. 150 – 166.
- Hubenova-Delisivkova, Tatjana:** Institutionspolitik. In: Angelov, Ivan (Hrsg.): *Die Wirtschaft Bulgariens und der EU: Strategie zur wirtschaftlichen Einholentwicklung bis 2020*. Gorex Press. Sofia 2003. S. 288 – 309 (*Bulgarisch*).
- Hughes, Barry B.:** *Continuity and Change in World Politics: Competing Perspectives*. Prentice-Hall Inc. 3. Auflage. New Jersey 1997.
- Hurrel, Andrew:** Explaining the Resurgence of Regionalism in World Politics. In: *Review of International Studies*. Bd. 21. Nr. 4/ 1995. S. 331 – 358.
- Hülshoff, Michael G.:** Domestic Politics and Dynamic Issue Linkage: A Reformulation of Integration Theory. In: *International Studies Quarterly*. Bd. 38. Nr.2/ 1994. S. 255 – 279.
- Institut für Europäische Politik (Hrsg.):** *EU-27 Watch*. Nr. 6 vom März 2008. Berlin. URL: [http://www.iep-berlin.de/fileadmin/website/09\\_Publikationen/EU\\_Watch/EU-27\\_Watch\\_No\\_6.pdf](http://www.iep-berlin.de/fileadmin/website/09_Publikationen/EU_Watch/EU-27_Watch_No_6.pdf) (Stand: 05.04.2009).
- Institut für Europäische Politik (Hrsg.):** *EU-27 Watch*. Nr. 8 vom März 2009. Berlin. URL: [http://www.iep-berlin.de/fileadmin/website/09\\_Publikationen/EU\\_Watch/EU-27\\_Watch\\_No\\_8.pdf](http://www.iep-berlin.de/fileadmin/website/09_Publikationen/EU_Watch/EU-27_Watch_No_8.pdf) (Stand: 05.04.2009).
- International Crisis Group:** *Moldova: No Quick Fix*. ICG *Europe Report* Nr. 147. Chischinau/ Brüssel. 2003. URL:

[http://www.crisisgroup.org/library/documents/report\\_archive/A401086\\_12082003.pdf](http://www.crisisgroup.org/library/documents/report_archive/A401086_12082003.pdf) (Stand: 11.02.2008).

**Jachtenfuchs, Markus:** Theoretical Perspectives on European Governance. In: *European Law Journal*. Bd. 1. Nr. 2/ 1995. S. 115 – 133.

**Jachtenfuchs, Markus:** Die Europäische Union – ein Gebilde sui generis? In: Wolf, Klaus Dieter (Hrsg.): Projekt Europa im Übergang? Probleme, Modelle und Strategien des Regierens in der Europäischen Union. Nomos Verlagsgesellschaft. 1. Auflage. Baden-Baden 1997.

**Jachtenfuchs, Markus:** Die Konstruktion Europas: Verfassungsideen und institutionelle Entwicklung. Nomos Verlagsgesellschaft. 1. Auflage. Baden-Baden 2002.

**Jachtenfuchs, Markus/Kohler-Koch, Beate:** Regieren im dynamischen Mehrebenensystem. In: Jachtenfuchs, Markus/Kohler-Koch, Beate (Hrsg.): Europäische Integration. Leske + Budrich. Opladen 1996. S. 15 – 44.

**Jachtenfuchs, Markus/Kohler-Koch, Beate:** Governance and Institutional Development. In: Wiener, Antje/ Diez, Thomas (Hrsg.): European Integration Theory. Oxford University Press. Oxford 2004. S. 97 – 115.

**Jacoby, Volker:** The role of the OSCE: an assessment of international mediation efforts. 2005. URL:

<http://www.c-r.org/our-work/accord/nagorny-karabakh/osce-role.php> (Stand: 14.01.2008).

**Janning, Josef:** Europa braucht verschiedene Geschwindigkeiten. In: *Europa-Archiv*. Folge 18/ 1994. S. 527 – 536.

**Joerges, Christian/ Neyer, Jürgen:** From Intergovernmental Bargaining to Deliberative Political Process: The Constitutionalisation of Comitology. In: *European Law Journal*. Bd. 3. Nr. 3/ September 1997. S. 273 – 299.

**Joffe, Josef:** Putins unmoralisches Angebot. In: *Die Zeit*. Nr. 25 vom 14. Juni 2007. S. 12.

**Johnston, Alastair Iain:** Treating International Institutions as Social Environments. In: *International Studies Quarterly*, Bd. 45. Nr. 4/ 2001. S. 487 – 515.

**Jupille, Joseph / Caporaso, James A.:** States, Agency, and Rules: The European Union in Global Environmental Politics. In: Rhodes, Carolyn (Hrsg.): The European Union in the World Community. Boulder 1998. S. 213 – 229.

**Jünemann, Annette/ Knodt, Michéle:** Externe Demokratieförderung der Europäischen Union. Die Instrumentenwahl der EU aus vergleichender Perspektive. In: *Integration*. Nr. 4/ 2006. S. 187 – 196.

**Kagan, Robert:** Macht und Ohnmacht – Amerika und Europa in der neuen Weltordnung. Wilhelm Goldmann Verlag. 1. Auflage. München 2004.

**Karatnycky, Adrian:** Ukraine's Orange Revolution. In: *Foreign Affairs*. Bd. 84. Nr. 2/ 2005. URL:

<http://www.foreignaffairs.org/20050301faessay84205/adrian-karatnycky/ukraine-s-orange-revolution.html> (Stand: 05.01.2008).

**Kelley, Judith:** New Wine in Old Wineskins: Policy Adaptation in the European Neighbourhood Policy. In: *Journal of Common Market Studies*. Bd. 44. Nr. 1/ 2006. S. 29 – 55.

**Kempe, Iris:** Weißrussland und Europa. Chancen und Grenzen der Zusammenarbeit in der direkten Nachbarschaft. In: *Ost-West. Europäische Perspektiven*. 5. Jahrgang. Heft 2/ 2004. S. 95 – 105.

**Kempe, Iris:** Nachbarschaftspolitik als neues Handlungsfeld der Europäischen Union. In: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): *Die Europäische Verfassung in der Analyse*. Verlag Bertelsmann Stiftung. Gütersloh 2005. S. 250 – 258.

**Kempe, Iris/ Klotzle, Kurt:** The Balkans and the Black Sea Region: Problems, Potentials, and Policy Options. *CAP Policy Analyses* Nr. 2/ 2006. URL:

<http://www.cap.lmu.de/download/2006/CAP-Policy-Analysis-2006-02.pdf>  
(Stand: 03.07.2007).

**Kennedy, Paul:** Aufstieg und Fall der großen Mächte – Ökonomischer Wandel und militärischer Konflikt von 1500 bis 2000. S. Fischer Verlag GmbH. 2. Auflage. Frankfurt am Main 1989.

**Keohane, Robert O./ Nye, Joseph S.:** Power and Interdependence. Longman. 3. Auflage. New York 2001.

**Keukeleire, Stephan:** The European Union as a Diplomatic Actor: Internal, Traditional and Structural Diplomacy. In: *Diplomacy & Statecraft*. Bd. 14. Nr. 3/ 2003. S. 31 – 56.

**Kivinen, Markku:** Frames of Russian Energy Policy in Transition. In: Dusseault, David (Hrsg.): *The Dynamics of Energy in the Eurasian Context*. Gummerus Printing. Finnland 2007. S. 7 – 29. (*Aleksanteri Series*. Nr. 3).

**Knellingen, Wilhelm:** Nachbarn in Sicherheit, Freiheit und Recht? Inneres und Justiz: Ambivalenzen der ENP. In: *Osteuropa*. 57. Jahrgang. Nr. 2-3/ 2007. S. 257 – 272.

**Koenig-Archibugi, Mathias:** International Governance as New *Raison d'État*? The Case of the EU Common Foreign and Security Policy. In: *European Journal of International Relations*. Bd. 10. Nr. 2/ 2004. S. 147 – 188.

**Kohler-Koch, Beate/ Conzelmann, Thomas/ Knodt, Michéle:** Europäische Integration – Europäisches Regieren. VS Verlag für Sozialwissenschaften. 1. Auflage. Wiesbaden 2004.

**Köhler, Ellen:** Aserbaidzhan entdeckt die Nutzung erneuerbarer Energien. In: *Caucas europenews*. 13.08.2007. URL:

[http://www.caucas.com/home\\_de/breve\\_contenu.php?id=235](http://www.caucas.com/home_de/breve_contenu.php?id=235) (Stand: 02.02.2008).

**Konyrova, Kulpash:** Kazakhstan wants to open energy window to Europe. In: *The European Weekly New Europe*. Ausgabe 769/ 2008. URL: <http://www.neurope.eu/articles/82938.php> (Stand: 20.04.2008).

**Koopmann, Martin:** Die Nachbarschaftspolitik der Europäischen Union: Herausforderungen und Probleme eines anspruchsvollen Politikkonzepts. In: ders./ Lequesne, Christian (Hrsg.): Partner oder Beitrittskandidaten? Die Nachbarschaftspolitik der Europäischen Union auf dem Prüfstand. Nomos Verlagsgesellschaft. 1. Auflage. Baden-Baden 2006. S. 17 – 30.

**Korneev, Oleg:** Primus inter Pares? The EU's Justice and Home Affairs Policies in Its Eastern European Neighbourhood. *Chair InBev – Baillet Latour Working Papers* Nr. 32/ 2008. URL: [http://soc.kuleuven.be/iieb/ibl/docs\\_ibl/WP32-Korneev.pdf](http://soc.kuleuven.be/iieb/ibl/docs_ibl/WP32-Korneev.pdf) (Stand: 26.03.2008).

**Koutrakos, Panos:** Trade, Foreign Policy and Defence in EU Constitutional Law: The Legal Regulation of Sanctions, Exports of Dual-use Goods and Armaments. Hart Publishing. Oxford 2001.

**Kramer, Heinz:** Wie „erweiterungsmüde“ ist die EU?. *SWP-Aktuell* 16/ März 2007. URL: [http://www.swp-berlin.org/de/common/get\\_document.php?asset\\_id=3819](http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=3819)

(Stand: 17.03.2007).

**Kramer, Heinz:** Mutige Öffnung in der türkischen Innen- und Außenpolitik. *SWP-Aktuell* 54/ September 2009. URL:

[http://www.swp-berlin.org/common/get\\_document.php?asset\\_id=6379](http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=6379) (Stand: 25.10.2009).

**Krastev, Ivan/ Leonard, Mark:** New World Order: The Balance of Soft Power and the Rise of Herbivorous Powers. *European Council on Foreign Relations Policy Brief*. London. 2007. URL: [http://ecfr.3cdn.net/03a2042f64dec620b1\\_2um6bsbtw.pdf](http://ecfr.3cdn.net/03a2042f64dec620b1_2um6bsbtw.pdf) (Stand: 31.10.2007).

**Krause, Joachim:** Multilateralismus in der Sicherheitspolitik – europäische und amerikanische Sichtweisen. In: Varwick, Johannes (Hrsg.): NATO – EU. Partnerschaft, Konkurrenz, Rivalität?. Opladen 2005. S. 219 – 238.

**Krause, Joachim:** Die internationale Ordnung in der Krise. In: *Internationale Politik*, Nr. 7/ 8/ 2007. S. 8 – 20.

**Krell, Gert:** Weltbilder und Weltordnung – Einführung in die Theorie der Internationalen Beziehungen. Nomos Verlagsgesellschaft. 3. erweiterte Auflage. Baden-Baden 2004.

- Kreutz, Joakim:** Hard Measures by a Soft Power? Sanctions Policy of the European Union 1981 – 2004. Internationales Konversationszentrum Bonn. Paper 45/ 2005. URL: <http://www.bicc.de/publications/papers/paper45/paper45.pdf> (Stand: 18.07.2007).
- Kulick, Jonathan/ Yakobashvili, Temuri:** Georgia and the Wider Black Sea. In: Hamilton, Daniel/ Mangott, Gerhard (Hrsg.): *The Wider Black Sea Region in the 21st Century: Strategic, Economic, and Energy Perspectives*. Washington, D.C. 2008. S. 23 - 51. URL: <http://www.ceps.eu/ceps/download/1500> (Stand: 20.01.2009).
- Kunter, Björn:** Belarus: Do No Harm. Forderungen an externe Demokratieförderung. In: *Osteuropa*. 57. Jahrgang. Nr. 1/ 2007. S. 35 – 48.
- Lang, Kai-Olaf:** Eine Partnerschaft für den Osten. Der polnisch-schwedische Vorschlag zur Vertiefung der Kooperation mit den östlichen Nachbarn der EU. *SWP-Aktuell* Nr. 66/ 2008a. URL: [http://www.swp-berlin.org/common/get\\_document.php?asset\\_id=5163](http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=5163) (Stand: 04.08.2008).
- Lang, Kai-Olaf:** Die alte Angst der neuen Europäer. In: Schröder, Hans-Henning (Hrsg.): *Die Kaukasus-Krise. Internationale Perzeptionen und Konsequenzen für deutsche und europäische Politik*. *SWP-Studie*. S25/ September 2008b Berlin. S. 24 - 28. URL: [http://www.swp-berlin.org/common/get\\_document.php?asset\\_id=5255](http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=5255) (Stand: 12.10.2008).
- Lavanex, Sandra:** EU external governance in “wider Europe”. In: *Journal of European Public Policy*. Bd. 11. Nr. 4/ 2004. S. 680 – 700.
- Leonard, Mark/ Popescu, Nicu:** A Power Audit of EU-Russia Relations. *ECFR Policy Paper*. 2007. URL: [http://ecfr.3cdn.net/1ef82b3f011e075853\\_0fm6bphgw.pdf](http://ecfr.3cdn.net/1ef82b3f011e075853_0fm6bphgw.pdf) (Stand: 17.04.2008).
- Libman, Alexander:** Moldova: Structural Changes, Trade Specialization and International Integration Experience. *INDEUNIS Papers*. August 2006. URL: <http://indeunis.wiwi.ac.at/index.php?action=content&id=publications> (Stand: 13.02.2008).
- Lichter, Waldemar:** Armeniens Energiesektor hofft auf Deutschland. 2006. URL: <http://www.bfai.de/fdb-SE,MKT20061019110737,Google.html> (Stand: 02.02.2008).
- Liebmann, Marian:** *Community and Neighbour Mediation*. Cavendish Publishing Limited. 1. Auflage. London 1998.
- Lindberg, Leon N./ Scheingold, Stuart A.:** *Europe’s Would-Be Polity: Patterns of Change in the European Community*. Prentice-Hall Inc. Englewood Cliffs 1970.
- Lindner, Johannes/ Rittberger, Berthold:** The Creation, Interpretation and Contestation of Institutions – Revisiting Historical Institutionalism. In: *Journal of Common Market Studies*. Bd. 41. Nr. 3/ 2003. S. 445 – 473.

- Lindner, Rainer:** Zentrale Trends der politischen Entwicklung. In: *Ukraine-Analysen*. Nr. 29/ 2007. S. 3 – 4. URL:  
<http://www.ukraine-analysen.de/pdf/2007/UkraineAnalysen29.pdf> (Stand: 06.01.2008).
- Link, Werner:** Die Neuordnung der Weltpolitik. Grundprobleme globaler Politik an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. Verlag C.H. Beck. 3. Auflage. München 2001.
- Lippert, Barbara:** Beefing up the ENP: Towards a Modernisation and Stability Partnership. In: *The International Spectator*. Nr. 4/ 2006. S. 85 – 100.
- Lippert, Barbara:** Teilhabe statt Mitgliedschaft? Die EU und ihre Nachbarn im Osten. In: *Osteuropa*. 57. Jahrgang. Heft 2-3/ 2007a. S. 69 – 94.
- Lippert, Barbara:** Die EU-Nachbarschaftspolitik in der Diskussion – Konzepte, Reformvorschläge und nationale Positionen. Internationale Politikanalyse der Friedrich-Ebert-Stiftung. 2007b. URL: <http://library.fes.de/pdf-files/id/04736.pdf> (Stand: 03.09.2007).
- Lippert, Barbara:** Die Europäische Nachbarschaftspolitik: Viele Vorbehalte – einige Fortschritte – unsichere Perspektiven. Internationale Politikanalyse der Friedrich-Ebert-Stiftung. 2008. URL: <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/05292.pdf> (Stand: 19.05.2008).
- Little, Richard:** International Regimes. In: Baylis, John/ Smith, Steve: *The Globalization of World Politics: An Introduction to International Relations*: Oxford University Press. 3. Auflage. Oxford 2006. S. 369 – 386.
- Lobjakas, Ahto:** EU: Questions Linger About Russian-Ukrainian Gas Deal. RadioFreeEurope/ RadioLyberty. 2006. URL:  
<http://www.rferl.org/featuresarticle/2006/01/01237564-fdd6-4bfa-83e6-39a76d6bc5f4.html>  
(Stand: 31.03.2008).
- Lynch, Dov:** A European Strategy towards Belarus: Becoming “Real”. In: Forbrig, Joerg/ Marples, David R./ Demes, Pavol (Hrsg.): *Prospects for Democracy in Belarus*. The German Marshall Fund of the United States. Washington 2006a. S. 156 – 163.
- Lynch, Dov:** Why Georgia matters. *Chailliot Paper* Nr 86/ Februar 2006b. URL:  
<http://www.iss.europa.eu/uploads/media/cp086.pdf> (Stand: 25.06.2007).
- Maas, Achim/ Mölling, Christian:** Auf dem Weg zu einer einheitlichen europäischen Rüstungskontrollpolitik? Interdisziplinäre Forschungsgruppe Abrüstung, Risikotechnologien und Rüstungskontrolle *Working Paper* Nr. 8/ 2005. URL:  
<http://www.ifsh.de/IFAR/pdf/wp08.pdf> (Stand: 06.07.2007).
- Magen, Amichai:** The Shadow of Enlargement: Can the European Neighbourhood Policy Achieve Compliance? In: *Columbia Journal of European Law*. Bd. 12. Nr. 2/ 2006. S. 384 – 427.

**Makarychev, Andrey S.:** Russia and its “New Security Architecture” in Europe: A critical Examination of the Concept. *CEPS Working Document* No. 310/ February 2009. URL: <http://aei.pitt.edu/10760/01/1790.pdf> (Stand: 03.03.2009).

**Maksutov, Ruslan:** The Shanghai Cooperation Organization: A Central Asian Perspective. *SIPRI Project Paper*. 2006. URL: <http://www.sipri.org/contents/worldsec/eurosec.html> (Stand: 18.03.2008).

**Mangott, Gerhard:** Russlands Außenpolitik. Fähigkeiten und Optionen. In: Filzmaier, Peter et.al. (Hrsg.): *Internationale Politik. Eine Einführung*. Facultas Verlags- und Buchhandels AG. Wien 2006. S. 199 – 225.

**Mangott, Gerhard/ Westphal, Kirsten:** The Relevance of the Wider Black Sea Region to EU and Russian Energy Issues. In: Hamilton, Daniel/ Mangott, Gerhard (Hrsg.): *The Wider Black Sea Region in the 21st Century: Strategic, Economic and Energy Perspectives*. Center for Transatlantic Relations. Washington D.C. 2008. S. 147 – 176. URL: [http://shop.ceps.eu/BookDetail.php?item\\_id=1672](http://shop.ceps.eu/BookDetail.php?item_id=1672) (Stand: 23.06.2008).

**Manners, Ian:** Normative Power Europe: A Contradiction in Terms? In: *Journal of Common Market Studies*. Bd. 40. Nr. 2/ 2002. S. 235 – 258.

**Manners, Ian:** Normative Power Europe Reconsidered. *CIDEL Workshop*. Oslo 22-23 October 2004. From civilian to military power: the European Union at a crossroads? 2004. URL: <http://www.arena.uio.no/cidel/WorkshopOsloSecurity/Manners.pdf> (Stand: 27.03.2007).

**Manutscharjan, Aschot L.:** Der Konflikt um Berg-Karabach: Grundproblematik und Lösungsperspektiven. Bonn. *ZEI Discussion Paper* C 18/ 1998.

**Marat, Erica:** EU-Turkmenistan Talks: Brussels Seeks Common Central Asia Strategy. In: *Central Asia-Caucasus Analyst*. Bd. 10. Nr. 9/ 2008. S. 3 – 5.

**March, James G./ Olsen, Johan P.:** The Institutional Dynamics of International Political Orders. In: *International Organization*. Bd. 52. Nr. 4/ 1998. S. 943 – 969.

**Marchetti, Andreas:** The European Neighbourhood Policy: Foreign Policy at the EU’s Periphery. Zentrum für Europäische Integrationsforschung. *Discussion Paper* C 158/ 2006.

**Marchetti, Andreas:** Consolidation in Times of Crisis: The European Neighbourhood Policy as Chance for Neighbours? In: *European Political Economy Review*. Nr. 7/ 2007. S. 9 – 23.

**Marks, Gary/ Hooghe, Liesbet/ Blank, Kermit:** European Integration from the 1980s: State-Centric v. Multi-Level Governance. In: *Journal of Common Market Studies*. Bd. 34. Nr. 3/ 1996. S. 341 – 378.

- Matthies, Volker:** Krisenprävention und Friedenskonsolidierung. In: Ferdowsi, Mir A. (Hrsg.): Internationale Politik im 21. Jahrhundert. Wilhelm Fink Verlag. München 2002. S. 123 – 143.
- Mattli, Walter:** The Logic of Regional Integration: Europe and Beyond. Cambridge University Press. Cambridge 1999.
- Mattli, Walter/ Plümper, Thomas:** The demand-side politics of EU enlargement: democracy and the application for EU membership. In: *Journal of European Public Policy*. Bd. 9. Nr. 4/ 2002. S. 550 – 574.
- Mauß, Hanns W.:** Zivilmacht Deutschland. 2006. URL: <http://www.politik.uni-trier.de/mitarbeiter/mauß/pubs/zivilmacht.pdf> (Stand: 26.03.2007).
- McFaul, Michael:** Ukraine Imports Democracy: External Influences on the Orange Revolution. In: *International Security*. Bd. 32. Nr. 2/ 2007. S. 45 – 83.
- Meloni, Gabriella:** Who's My Neighbour? In: *European Political Economy Review*. Nr. 7/ 2007. S. 24 – 37.
- Merkel, Wolfgang:** Gegen alle Theorie? Die Konsolidierung der Demokratie in Ostmitteleuropa. In: *Politische Vierteljahresschrift*. 48. Jahrgang. Heft 3/ 2007. S. 413 – 433.
- Merle, Marcel:** The Sociology of International Relations. Leamington Spa. Berg 1987.
- Merlingen, Michael:** European Union Peacebuilding and Policing. Governance and the European Security and Defense Policy. Routledge. London 2006.
- Meyers, Reinhard:** Theorien der Internationalen Beziehungen. In: Woyke, Wichard (Hrsg.): Handwörterbuch Internationale Politik. Leske + Budrich. 8. aktualisierte Auflage. Opladen 2000. S. 416 – 448.
- Miall, Hugh:** The Peacemakers – Peaceful Settlement of Disputes since 1945. The Macmillan Press Ltd. 1. Auflage. Hampshire 1992.
- Milcher, Susanne/ Slay, Ben:** The economics of the “European Neighbourhood Policy”: An initial assessment. Papier vorbereitet für die Internationale Konferenz "Europe after the Enlargement", organisiert von CASE – Center for Social and Economic Research in Warschau. 2005. URL: [http://www.case.com.pl/upload/publikacja\\_plik/4932826\\_SA%20291accepted.pdf](http://www.case.com.pl/upload/publikacja_plik/4932826_SA%20291accepted.pdf) (Stand: 24.07.2007).
- Miller, Lynn H.:** Global Order: Values and Power in International Politics. Westview Press. 3. Auflage. Boulder 1994.
- Missiroli, Antonio:** The European Union and its Changing Periphery: Stabilisation, Integration, Partnership. *Occasional Paper Series* Nr. 32/ 2003. S. 3 – 11. URL:



[http://www.gcsp.ch/E/publications/Issues\\_Institutions/Int\\_Organisations/Occ\\_Papers/32-Missiroli.pdf](http://www.gcsp.ch/E/publications/Issues_Institutions/Int_Organisations/Occ_Papers/32-Missiroli.pdf) (Stand: 17.07.2007).

**Mitchell, C.R.:** *The Structure of International Conflict*. The Macmillan Press Ltd. Hampshire 1981.

**Monar, Jörg:** Political Dialogue with Third Countries and Regional Political Groupings: The Fifteen as an Attractive Interlocutor. In: Regelsberger, Elfriede/ de Schoutheete de Tervarent, Philippe/ Wessels, Wolfgang (Hrsg.): *Foreign Policy of the European Union: From EPC to CFSP and Beyond*. Lynne Rienner Publishers Inc. London 1997. S. 263 – 274.

**Moravcsik, Andrew:** Preferences and Power in the European Community. A Liberal Intergovernmentalist Approach. In: *Journal of Common Market Studies*. Bd.31. Nr. 4/ 1993. S. 473 – 524.

**Moravcsik, Andrew:** Europas Stärke ist zivil. In: *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*. Interview. 2007. URL:

<http://www.faz.net/s/RubFC06D389EE76479E9E76425072B196C3/Doc~E55C3159493AB4E2989589ED88E1E6CEE~ATpl~Ecommon~Scontent.html> (Stand: 22.04.2007).

**Morgenthau, Hans, J.:** *Macht und Frieden – Grundlegung einer Theorie der internationalen Politik*. C. Bertelsmann Verlag. Gütersloh 1963.

**Morgenthau, Hans J.:** *Politics among Nations: the struggle for power and peace*. McGraw-Hill/Irwin. 7. Auflage. New York 2005.

**Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela:** Die Mehrdimensionalität der EU-Außenbeziehungen. In: Schubert, Klaus/ Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela (Hrsg.): *Die Europäische Union als Akteur der Weltpolitik*. Leske + Budrich. Opladen 2000. S. 29 – 44.

**Murphy, Francois/ Mackenzie, James:** France won't back Ukraine, Georgia NATO bids. In: *The Boston Globe*. 1. April 2008. 2008. URL:

[http://www.boston.com/news/world/europe/articles/2008/04/01/france\\_wont\\_back\\_ukraine\\_georgia\\_nato\\_bids/](http://www.boston.com/news/world/europe/articles/2008/04/01/france_wont_back_ukraine_georgia_nato_bids/) (Stand: 23.06.2008).

**Nantoi, Oazu:** The Ukrainian Plan on Transnistria: Pros and Cons. In: *Eurojournal.org*. 2005. URL: <http://eurojournal.org/files/nantoi1.pdf> (Stand: 15.01.2008).

**Natorski, Michal:** Explaining Spanish and Polish Approaches to the European Neighbourhood Policy. In: *European Political Economy Review*. Nr. 7/ 2007. S. 63 – 101.

**N.N.:** Russland akzeptiert Juschtschenko-Plan für Transnistrien. RIA Novosti. 2005. URL: <http://de.rian.ru/russia/20050714/40910681.html> (Stand: 15.01.2008).

**N.N.:** Stationierung von ABM-Objekten destabilisiert Situation in Europa. RIA Novosti. 2007a. URL: <http://de.rian.ru/russia/20070301/61445480.html> (Stand: 11.03.2007).

- N.N.:** EU-Kommission beschließt Handelssanktionen gegen Weißrussland. RIA Novosti. 2007b. URL: <http://de.rian.ru/business/20070618/67400074.html> (Stand: 04.02.2008).
- N.N.:** EIL - Putin: SOZ ist keine militärische Organisation. RIA Novosti. 2007c. URL: <http://de.rian.ru/world/20070817/72143842.html> (Stand: 16.03.2008).
- N.N.:** Duma-Chef sieht SOZ nach Anti-Terror-Übung auf den Vormarsch. RIA Novosti. 2007d. URL: <http://de.rian.ru/world/20070817/72176592.html> (Stand: 16.03.2008).
- N.N.:** Minsk not afraid of EU, US sanctions. In: *The European Weekly New Europe*. Ausgabe 737/ 2007e. URL: <http://www.neurope.eu/articles/75819.php> (Stand: 21.04.2008).
- N.N.:** Belarus, EU sign agreement on EU diplomatic mission in Minsk. *RFE/RL Newslines*. Bd. 12. Nr. 47/ 2008a. URL: <http://www.rferl.org/newslines/2008/03/3-CEE/cee-100308.asp> (Stand: 09.04.2008).
- N.N.:** Azerbaijan joins SIGMA programme. In: *The European Weekly New Europe*. Ausgabe 771/ 2008b. URL: <http://www.neurope.eu/articles/83512.php> (Stand: 20.04.2008).
- N.N.:** Ring of friends. In: *The European Weekly New Europe*. Ausgabe 776/ 2008c. URL: <http://www.neurope.eu/articles/85180.php> (Stand: 06.05.2008).
- Nicolaidis, Kalypso/ Howse, Robert:** This is my EUtopia...: Narrative as Power. In: *Journal of Common Market Studies*. Bd. 40. Nr. 4/ 2002. S. 767 – 792.
- Nikolov, Krassimir Y.:** The European Neighbourhood Policy and Bulgaria – Challenges and Opportunities. In: Hayoz, Nicolas/ Jesien, Leszek/ van Meurs, Wim (Hrsg.): *Enlarged EU – Enlarged Neighbourhood: Perspectives of the European Neighbourhood Policy*. Peter Lang AG. Bern 2005. S. 261 – 297.
- Nikolov, Krassimir Y.:** The Eastern EU Neighbourhood: How to Enhance the EU's Partners' Ownership of the ENP. Policy Department External Policies. *European Parliament Policy Paper*. EP/EXPO/B/AFET/FWC/2006-10/Lot1/02, PE 385.537. 2007. URL: <http://www.europarl.europa.eu/activities/committees/studies/download.do?file=18635> (1Stand: 03.04.2008).
- Noutcheva, Gergana et. al.:** Europeanization and Secessionist Conflicts: Concepts and Theories. In: Coppieters, Bruno et. al.: *Europeanization and Conflict Resolution – Case Studies from the European Periphery*. Academia Press. Gent 2004. S. 13 – 62.
- Nuriyev, Elkhan:** Wahlen in Aserbaidshan. *SWP-Aktuell* 55/ Dezember 2005. URL: [http://www.swp-berlin.org/common/get\\_document.php?asset\\_id=2625](http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=2625) (Stand: 03.03.2008).
- Nye, Joseph S.:** *Soft Power: The Means to Success in World Politics*. Public Affairs. 1. Auflage. New York 2004.
- Nye, Joseph S.:** American Power in the 21<sup>st</sup> Century. In: *The Korea Times*. 14.09.2009. URL:

[http://www.koreatimes.co.kr/www/news/opinion/2009/09/137\\_51780.html](http://www.koreatimes.co.kr/www/news/opinion/2009/09/137_51780.html)

(Stand: 20.09.2009).

**Olsen, Johan P.:** The Many Faces of Europeanization. In: *Journal of Common Market Studies*. Bd. 40. Nr. 5/ 2002. S. 921 – 952.

**Olson, Mancur:** Die Logik des kollektiven Handelns: Kollektivgüter und die Theorie der Gruppen. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). Tübingen 1968.

**Palijewski, Arseni:** Keine samtene Revolution in Aserbaidschan. RIA Novosti Analysen und Kommentare. 2005. URL:

<http://de.rian.ru/analysis/20051107/42016120.html> (Stand: 08.01.2008).

**Pawlicki, Jacek:** Mr Tusk's Eastern Partnership. In: *Gazeta wyborcza*. 2008. URL:

[http://wyborcza.pl/1,86871,5233125,Mr\\_Tusk\\_s\\_Eastern\\_Partnership.html](http://wyborcza.pl/1,86871,5233125,Mr_Tusk_s_Eastern_Partnership.html)

(Stand: 27.05.2008).

**Peter, Carsten:** Das Verhältnis der Europäischen Union zur NATO – Zwischen gegenseitiger Blockade und strategischer Partnerschaft. Beiträge zur europäischen Integration aus der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege. Berlin 2007.

**Peters, Dirk/ Wagner, Wolfgang:** Die EU in den Internationalen Beziehungen. In: Holzinger, Katharina et. al.: Die Europäische Union: Theorien und Analysekonzepte. Ferdinand Schöningh. Paderborn 2005. S. 215 – 272.

**Piazolo, Michael:** Macht als Schlüsselbegriff der internationalen Ordnung – zur Einführung. In: Piazolo, Michael (Hrsg.): Macht und Mächte in einer multipolaren Welt. Verlag für Sozialwissenschaften. 1. Auflage. Wiesbaden 2006. S. 9 – 20.

**Pierson, Paul:** The Path to European Integration: A Historical-Institutionalist Analysis. In: Stone Sweet, Alec/ Sandholtz, Wayne (Hrsg.): European Integration and Supranational Governance. Oxford University Press. Oxford, New York 1998. S. 27 – 58.

**Pollack, Mark A.:** The New Institutionalism and European Integration. In: Wiener, Antje/ Diez, Thomas (Hrsg.): European Integration Theory. Oxford University Press. Oxford 2004. S. 137 – 155.

**Popescu, Nicu:** Europe's Unrecognized Neighbours. The EU in Abkhazia and South Ossetia. *CEPS Working Document* Nr. 260/ 2007a. URL:

[http://shop.ceps.eu/BookDetail.php?item\\_id=1476](http://shop.ceps.eu/BookDetail.php?item_id=1476) (Stand: 14.01.2008).

**Popescu, Nicu:** EU's Borders and Neighbours. *European Council on Foreign Relations Commentary*. 2007b. URL:

[http://www.ecfr.eu/content/entry/commentary\\_eus\\_borders\\_and\\_neighbours/](http://www.ecfr.eu/content/entry/commentary_eus_borders_and_neighbours/)

(Stand: 21.04.2008).

**Popescu, Nicu:** Europäische Nachbarschaftspolitik und Konflikte im südlichen Kaukasus. *Caucas europenews*. 2007c. URL:

[http://www.caucas.com/home\\_de/breve\\_contenu.php?id=212](http://www.caucas.com/home_de/breve_contenu.php?id=212) (Stand: 21.04.2008).

**Poselsky, Volodymyr:** The frontiers of Europe in the light of the Wider Europe's Strategy. In: *European Political Economy Review*. Bd. 2. Nr. 1/ 2007. S. 51 – 74.

**Primatarova, Antoinette:** In Search of Two Distinct Tracks for Non-EU Europe and the European Neighbourhood. In: Hayoz, Nicolas/ Jesien, Leszek/ van Meurs, Wim (Hrsg.): *Enlarged EU – Enlarged Neighbourhood: Perspectives of the European Neighbourhood Policy*. Peter Lang AG. Bern 2005. S. 19 – 47.

**Pugh, Michael:** Peacekeeping and Humanitarian Intervention. In: White, Brian/ Little, Richard/ Smith, Michael (Hrsg.): *Issues in World Politics*. Palgrave. 3. Auflage. Basingstoke 2005. S. 118 – 136.

**Rahr, Alexander:** How can the EU's policy objectives in relation to its eastern neighbourhood be translated into more effective EU action? Policy Department External Policies. *European Parliament Policy Paper*. DGEXPO/B/PolDep/Study/2005\_ 05, PE 381.363. 2005. URL:

<http://www.pedz.uni-mannheim.de/daten/edz-ma/ep/05/pe381.363-en.pdf> (Stand: 11.04.2008).

**Regelsberger, Elfriede/ de Schoutheete de Tervarent, Philippe/ Wessels, Wolfgang:** From EPC to CFSP: Does Maastricht Push the EU Toward a Role as a Global Power? In: ders. (Hrsg.): *Foreign Policy of the European Union: From EPC to CFSP and Beyond*. Lynne Rienner Publishers Inc. London 1997. S. 1 – 15.

**Rhodes, Martin:** The Enlargement Crisis of the European Union. In: *Journal of European Social Policy*. Bd. 13. Nr. 1/ 2003. S. 54 – 57.

**Risse, Thomas:** The Euro between National and European Identity. In: *Journal of European Public Policy*. Bd.10. Nr. 4/ 2003. S. 487 – 505.

**Risse, Thomas:** Paradoxien der Souveränität. In: *Internationale Politik*. Nr. 7/ 8/ 2007. S. 40 – 47.

**Risse, Thomas/ Cowles, Maria Green/ Caporaso, James:** Europeanization and Domestic Change: Introduction. In: Cowles, Maria Green/ Caporaso, James/ Risse, Thomas (Hrsg.): *Transforming Europe: Europeanization and Domestic Change*. Cornell University Press. Ithaca, London 2001. S. 1 – 20.

**Rittberger, Berthold:** The Creation and Empowerment of the European Parliament. In: *Journal of Common Market Studies*. Bd. 41. Nr. 2/ 2003. S. 203 – 225.

- Rittberger, Berthold/ Schimmelfennig, Frank:** Integrationstheorien: Entstehung und Entwicklung der EU. In: Holzinger, Katharina/ Knill, Christoph/ Peters, Dirk/ Rittberger, Berthold/ Schimmelfennig, Frank/ Wagner, Wolfgang: Die Europäische Union – Theorien und Analysekonzepte. Ferdinand Schöningh. Paderborn 2005. S. 19 – 80.
- Rosamond, Ben:** Conceptualizing the EU Model of Governance in World Politics. In: *European Foreign Affairs Review*. Bd. 10. Nr. 4/ 2005. S. 463 – 478.
- Rossi, Rosa:** The European Neighbourhood Policy in Perspective. In: Attiná, Fulvio/ ders. (Hrsg.): *European Neighbourhood Policy: Political, Economic and Social Issues*. Publikation des Projekts “The European Union Neighbourhood Policy” des politikwissenschaftlichen Fakultäts der Universität Catania, kofinanziert durch die EU-Kommission. *Jean Monnet Projekt – Heading A-3022*. Catania 2004. S. 8 – 14.
- Rotte, Ralph:** Das internationale System zwischen Globalisierung und Regionalisierung. Nomos Verlagsgesellschaft. Baden-Baden 1996.
- Rüb, Matthias:** Bush sagt Mexiko Hilfe gegen Rauschgifthandel zu. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. Nr. 192. 2007. S. 6.
- Ruggie, John G.:** Territoriality and beyond: problematizing modernity in international relations. In: *International Organization*. Bd. 47. Ausgabe 1/ 1993. S. 139 – 174.
- Runner, Philippa:** Poland and Sweden to pitch “Eastern Partnership” idea. In: *EUobserver*. 2008. URL: <http://euobserver.com/9/26194> (Stand: 25.05.2008).
- Russet, Bruce:** Grasping the Democratic Peace. Principles for a Post-Cold War World. Princeton 1993.
- Russet, Bruce/ Starr, Harvey/ Kinsella, David:** *World Politics – The Menu for Choice*. Thomson Wadsworth. 8. Auflage. Belmont (USA) 2006.
- Sahm, Astrid:** Gesellschaft als eigenständige Veranstaltung. In: *Osteuropa*. 54. Jahrgang. Nr. 2/ 2004. S. 96 – 110.
- Sander, Michael:** Energiechartavertrag und WTO-Beitritt. Bedingungen einer erfolgreichen Institutionalisierung der europäisch-russischen Energiebeziehungen. In: *Osteuropa Wirtschaft*. 52. Jahrgang. Nr. 1/ 2007. S. 1 – 30.
- Sharman, J.C.:** Who pays for entering Europe? Sectoral politics and European Union accession. In: *European Journal of Political Research*. Bd. 43. Nr. 6/ 2004. S. 797 – 821.
- Scharpf, Fritz W.:** Interaktionsformen: Akteurzentrierter Institutionalismus in der Politikforschung. Verlag Leske + Budrich GmbH. Opladen 2000.

**Schimmelfennig, Frank:** The Community Trap: Liberal Norms, Rhetorical Action, and the Eastern Enlargement of the European Union. In: *International Organization*. Bd. 55. Ausgabe 1/ 2001. S. 47 – 80.

**Schimmelfennig, Frank:** Liberal Community and enlargement: an event history analysis. In: *Journal of European Public Policy*. Bd. 9. Nr. 4/ 2002. S. 598 – 626.

**Schimmelfennig, Frank:** Internationale Sozialisation: Von einem „erschöpften“ zu einem produktiven Forschungsprogramm? In: Hellmann, Gunther/Wolf, Klaus Dieter/Zürn, Michael (Hrsg.): Die neuen Internationalen Beziehungen. Forschungsstand und Perspektiven in Deutschland. Nomos Verlagsgesellschaft. Baden-Baden 2003. S. 401 – 427.

**Schimmelfennig, Frank/ Sedelmeier, Ulrich:** Theorizing EU enlargement: research focus, hypotheses, and the state of research. In: *Journal of European Public Policy*. Bd. 9. Nr. 4/ 2002. S. 500 – 528.

**Schimmelfennig, Frank/ Sedelmeier, Ulrich:** Governance by conditionality: EU rule transfer to the candidate countries of Central and Eastern Europe. In: *Journal of European Public Policy*. Bd. 11. Nr. 4/ 2004. S. 661 – 679.

**Schmidt, Vivien A.:** The European Union: Democratic Legitimacy in a Regional State? In: *Journal of Common Market Studies*. Bd. 42. Nr. 5/ 2004. S. 975 – 997.

**Schmitter, Philippe C.:** Three Neo-Functional Hypotheses About International Integration. In: *International Organization*. Bd. 23. Nr.1/ 1969. S. 161 – 166.

**Scott, James Wesley:** Wider Europe: Geopolitics of Inclusion and Exclusion at the EU's New External Borders. In: Scott, James Wesley (Hrsg.): EU Enlargement, Region Building and Shifting Borders of Inclusion and Exclusion. Ashgate Publishing Limited. Hampshire 2006. S. 17 – 34.

**Sedelmeier, Ulrich/ Wallace, Hellen:** Eastern Enlargement: Strategy or Second Thoughts? In: Wallace, Hellen/ Wallace, William (Hrsg.): Policy-Making in the European Union. Oxford University Press. 4. Auflage. Oxford, New York 2000. S. 426 – 460.

**Segbers, Klaus:** Saakaschwili hat sich verkalkuliert. SPIEGEL-ONLINE-Interview. 11.08.2008. URL:

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,571256,00.html> (Stand: 12.08.2008).

**Sharman, J.C.:** Rationalist and Constructivist Perspectives on Reputation. In: *Political Studies*. Bd. 55. Ausgabe 1/ 2007. S. 20 – 37.

**Silander, Daniel:** Democracy from the Outside-In? In: *Social Alternatives*. Bd. 24. Nr. 3/ 2005. S. 28 – 33.

**Smith, Karen E.:** The outsiders: the European neighbourhood policy. In: *International Affairs*. Bd. 81. Nr. 4/ 2005. S. 757 – 773.

**Smith, Keith C.:** Russian Energy Pressure Fails to Unite Europe. In: *Euro-Focus*. Bd. 13. Nr. 1/ 2007. S. 1 – 8. URL:

[http://www.csis.org/media/csis/pubs/eurofocus\\_v13n01.pdf](http://www.csis.org/media/csis/pubs/eurofocus_v13n01.pdf) (Stand: 17.04.2008).

**Smith, Michael:** Regions and Regionalism. In: White, Brian/ Little, Richard/ Smith, Michael (Hrsg.): *Issues in World Politics*. Palgrave. 3. Auflage. Basingstoke 2005. S. 58 – 77.

**Smith, Michael E./ Webber, Mark:** Political Dialogue and Security in the European Neighbourhood: The Virtues and Limits of ‘New Partnership Perspectives’. In: *European Foreign Affairs Review*. Bd. 13. Nr.2/ 2008. S. 73 – 95.

**Socor, Vladimir:** New Group of Georgia’s Friends Founded. In: *Eurasia Daily Monitor*. Ausgabe 26 vom 07.02.2005a. URL:

[http://www.jamestown.org/edm/article.php?article\\_id=2369218](http://www.jamestown.org/edm/article.php?article_id=2369218) (Stand: 13.02.2008).

**Socor, Vladimir:** Kremlin Redefinig Policy in “Post-Soviet Space”. In: *Eurasia Daily Monitor*. Bd. 2. Nr. 27/ 2005b. URL:

[http://www.jamestown.org/edm/article.php?article\\_id=2369222](http://www.jamestown.org/edm/article.php?article_id=2369222) (15.04.2008).

**Stacey, Jeffrey/ Rittberger, Berthold:** Dynamics of Formal and Informal Institutional Change in the EU. In: *Journal of European Public Policy*. Bd. 10. Nr. 6/ Dezember 2003. S. 858 – 883.

**Stavridis, Stelios:** “Militarising” the EU: the Concept of Civilian Power Europe Revisited. In: *International Spectator*. Bd. 36. Nr. 4/ 2001. S. 43 – 50.

**Steinhilber, Jochen:** Liberaler Intergouvernementalismus. In: Bieling, Hans-Jürgen/ Lerch, Marika (Hrsg.): *Theorien der europäischen Integration*. VS Verlag für Sozialwissenschaften. 1. Auflage. Wiesbaden 2005. S. 169 – 196.

**Stewart, Susan:** Russland und die Östliche Partnerschaft. Harsche Kritik, punktuelles Kooperationsinteresse. *SWP-Aktuell* 21/ April 2009. URL:

[http://www.swp-berlin.org/common/get\\_document.php?asset\\_id=5935](http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=5935) (Stand: 25.05.2009).

**Stiftung Entwicklung und Frieden (Hrsg.):** Die Agenda für den Frieden – Analysen und Empfehlungen des UN-Generalsekretärs. Forderungen an die deutsche Politik. EINE-Welt Texte der Stiftung Entwicklung und Frieden. Bad Godesberg 1992.

**Stone Sweet, Alec:** European Integration and the Legal System. In: *Reihe Politikwissenschaft 101*. HIS. Wien 2005.

- Stone Sweet, Alec/ Fligstein, Neil/ Sandholtz, Wayne:** The Institutionalization of European Space. In: Stone Sweet, Alec/ Sandholtz, Wayne/ Fligstein, Neil (Hrsg.): The Institutionalization of Europe. Oxford University Press. Oxford 2001. S. 1 – 28.
- Stone Sweet, Alec/ Sandholtz, Wayne:** European Integration and Supranational Governance. In: *Journal of European Public Policy*. Bd. 4. Nr. 3/ 1997. S. 297 – 317.
- Stone Sweet, Alec/ Sandholtz, Wayne:** Integration, Supranational Governance, and the Institutionalization of the European Polity. In: Stone Sweet, Alec/ Sandholtz, Wayne (Hrsg.): European Integration and Supranational Governance. Oxford University Press. Oxford, New York 1998. S. 1 – 26.
- Stoklosa, Katarzyna:** Polen als Brücke zwischen Ost und West. In: *Eurozine*. 17.01.2005. URL: <http://eurozine.com/pdf/2005-01-17-stoklosa-de.pdf> (Stand: 04.02.2008).
- Stratenschulte, Eckart D.:** ENP, EWR Plus oder EU Minus – die EU sucht neue Formen. In: ders. (Hrsg.): Europas Außenpolitik. Peter Lang GmbH. Frankfurt am Main 2006. S. 56 – 65.
- Stubb, Alexander:** A Categorization of Differentiated Integration. In: *Journal of Common Market Studies*. Bd. 34. Nr. 2/ 1996. S. 283 – 295.
- Stubb, Alexander:** Negotiating Flexibility in the European Union: Amsterdam, Nice and Beyond. Palgrave. Hampshire, New York 2002.
- Stubbs, Richard:** Regionalization and Globalization. In: Stubbs, Richard/ Underhill, Geoffrey R.D. (Hrsg.): Political Economy and the Changing Global Order. Oxford University Press. 2. Auflage. Oxford 2000. S. 231 – 234.
- Szalai, Julia:** Whose claim and whose risk? In: *Journal of European Social Policy*. Bd. 13. Nr. 1/ 2003. S. 58 – 60.
- Szempliel, Ernst-Otto:** Weltpolitik im Umbruch. Die Pax Americana, der Terrorismus und die Zukunft der Internationalen Beziehungen. Verlag C.H. Beck. 4. Auflage. München 2003.
- Szempliel, Ernst-Otto:** Der Friedensbegriff der Friedensforschung. In: Sahm, Astrid/ Sapper, Manfred/ Weichsel, Volker (Hrsg.): Die Zukunft des Friedens. VS Verlag. 2. Auflage. Band 1. Eine Bilanz der Friedens- und Konfliktforschung. Wiesbaden 2006. S. 83 – 93.
- Tassinari, Fabrizio:** Security and Integration in the EU Neighbourhood. The Case for Regionalism. *CEPS Working Document* Nr. 226/ 2005. URL: [http://aei.pitt.edu/6667/01/1251\\_226.pdf](http://aei.pitt.edu/6667/01/1251_226.pdf) (Stand: 13.02.2008).
- Tassinari, Fabrizio:** The EU's invisible helping hand in Ukraine. *EUobserver Comment*. 2007. URL: <http://euobserver.com/15/24825> (Stand: 05.04.2008).
- Tassinari, Fabrizio:** Sailing the Black Sea at last. *EUobserver Comment*. 2008. URL: <http://euobserver.com/24/25615> (Stand: 05.04.2008).



- Thalmaier, Bettina:** Die zukünftige Gestalt der Europäischen Union: Integrationstheoretische Hintergründe und Perspektiven einer Reform. Nomos Verlagsgesellschaft. 1. Auflage. Baden-Baden 2005.
- Thiele, Jan:** Außenbeziehungen von Regionen: Europäische Regionen im Vergleich. Verlag Dr. Kovac. Hamburg 2006.
- Tietmeyer, Hans:** Europäische Währungsunion und Politische Union – das Modell mehrerer Geschwindigkeiten. In: *Europa-Archiv*. Folge 16/ 1994. S. 457 – 460.
- Timmermann, Heinz:** Belarus unter Lukaschenko: Zwischen Russland und der EU. In: *Der Bürger im Staat*. 55. Jahrgang. Heft 4/ 2005a. S. 191 – 199.
- Timmermann, Heinz:** Belarus zwischen Russland und der EU. In: Piehl, Ernst/ Schulze, Peter W./ Timmermann, Heinz: Die offene Flanke der Europäischen Union. Russische Föderation, Belarus, Ukraine und Moldau. Berliner Wissenschafts-Verlag. Berlin 2005b. S. 245 – 330.
- Timmermann, Heinz:** EU-Russland: Hintergründe und Perspektiven einer schwierigen Beziehung. In: *Integration*. 31. Jahrgang. Nr. 2/ 2008. S. 159 – 178.
- Tocci, Nathalie:** Conflict Resolution in the European Neighbourhood: The Role of the EU as a Framework and as an Actor. *EUI Working Paper RSCAS* Nr. 2004/ 29. 2004. URL: [http://www.iue.it/RSCAS/WP-Texts/04\\_29.pdf](http://www.iue.it/RSCAS/WP-Texts/04_29.pdf) (Stand: 21.08.2007).
- Tocci, Nathalie:** Does the ENP Respond to the EU's Post-Enlargement Challenges? In: *The International Spectator*. Nr. 1/ 2005. S. 21 – 32.
- Tocci, Nathalie:** Profiling Normative Foreign Policy: The European Union and its Global Partners. *CEPS Working Document* Nr. 279/ 2007. URL: <http://aei.pitt.edu/7580/01/Wd279.pdf> (Stand: 03.06.2008).
- Tocci, Nathalie:** The European Union as a Normative Foreign Policy Actor. *CEPS Working Document* Nr. 281/ 2008. URL: [http://shop.ceps.eu/BookDetail.php?item\\_id=1590](http://shop.ceps.eu/BookDetail.php?item_id=1590) (Stand: 03.06.2008).
- Today.Az:** Armenian security strategy approved. *Today.Az*. 9. Februar 2007. URL: <http://www.today.az/news/politics/36171.html> (Stand: 10.02.2008).
- Töller, Annette Elisabeth:** Komitologie. Praktische Bedeutung und Arbeitsweise von Durchführungsausschüssen in der Europäischen Union am Beispiel der Umweltpolitik. Leske+Budrich. Opladen 2002.
- Trauner, Florian/ Kruse, Imke:** EC Visa Facilitation and Readmission Agreements: Implementing a New EU Security Approach in the Neighbourhood. *CEPS Working Document* Nr. 290/ 2008. URL: [http://shop.ceps.eu/BookDetail.php?item\\_id=1646](http://shop.ceps.eu/BookDetail.php?item_id=1646) (Stand: 26.04.2008).

**Tulmets, Elsa:** The Introduction of the Open Method of Coordination in the European Enlargement Policy: Analysing the Impact of the New PHARE/Twinning Instrument. In: *European Political Economy Review*. Bd. 3. Nr. 1/ 2005. S. 54 – 90.

**Tulmets, Elsa:** Adapting the Experience of Enlargement to the Neighbourhood Policy: The ENP as a Substitute to Enlargement? In: Kratochvíl, Petr (Hrsg.): *The European Union and Its Neighbourhood: Policies, Problems and Priorities*. Institute of International Relations. Prag 2006. S. 29 – 57.

**Tulmets, Elsa:** Alter Wein in neuen Programmen. Von der Osterweiterung zur ENP. In: *Osteuropa*. 57. Jahrgang. 2-3/ 2007a. S. 105 – 116.

**Tulmets, Elsa:** Can the Discourse on “Soft Power” Help the EU to Bridge its Capability-Expectations Gap? In: *European Political Economy Review*. Nr. 7/ 2007b. S. 195 – 226.

**Tunander, Ola:** Post-Cold War Europe: Synthesis of a Bipolar Friend-Foe Structure and a Hierarchic Cosmos-Chaos Structure? In: ders./ Baev, Pavel/ Einagel, Victoria Ingrid (Hrsg.): *Geopolitics in Post-Wall Europe: Security, Territory and Identity*. SAGE Publications Ltd. 1. Auflage. London 1997. S. 17 – 44.

**Ulbert, Cornelia:** Konstruktivistische Analysen der internationalen Politik: Theoretische Ansätze und methodische Herangehensweise. In: ders./ Weller, Christoph (Hrsg.): *Konstruktivistische Analysen der internationalen Politik*. VS Verlag. 1. Auflage. Wiesbaden 2005. S. 9 – 34.

**Umbach, Frank/ Skiba, Alexander:** Licht und Schatten auf dem EU-Frühjahrgipfel 2007. Gemeinsame Energie- und Energieaußenpolitik oder nationale Sonderbeziehungen mit Russland. *DGAP Standpunkt* Nr. 3/ 2007. URL: [http://www.dgap.org/midcom-serveattachmentguid-340e284af31111dbb8d41f58a9534b714b71/2007-03\\_Stp\\_EU\\_Energie.pdf](http://www.dgap.org/midcom-serveattachmentguid-340e284af31111dbb8d41f58a9534b714b71/2007-03_Stp_EU_Energie.pdf) (Stand: 02.02.2008).

**Vahl, Marius:** Models for the European Neighbourhood Policy. The European Economic Area and the Northern Dimension. *CEPS Working Document* Nr. 218/ 2005. URL: [http://shop.ceps.be/BookDetail.php?item\\_id=1192](http://shop.ceps.be/BookDetail.php?item_id=1192) (Stand: 14.08.2007).

**Vahl, Marius:** International Agreements in EU Neighbourhood policy. Swedish Institute for European Policy Studies Nr. 10/ 2006. URL: [http://www.sieps.se/publ/rapporter/bilagor/Rapport\\_10.web.pdf](http://www.sieps.se/publ/rapporter/bilagor/Rapport_10.web.pdf) (Stand: 17.09.2007).

**van der Hout, Robin:** Äußere Sicherheit durch gute Nachbarschaft? Die sicherheitspolitische Dimension der europäischen Nachbarschaftspolitik. In: Institut für Völkerrecht der Universität Göttingen. Abteilung Europarecht – Göttinger Online-Beiträge zum Europarecht.

Nr. 36/ 2005. S. 1 – 28. URL: <http://www.europarecht.uni-goettingen.de/Paper36.pdf> (Stand: 17.07.2007).

**Varwick, Johannes:** The bigger the better? Konzeptionelle Konsequenzen der Erweiterung für die EU als internationaler Akteur. In: *Sicherheit und Frieden*. 22. Jahrgang. Nr. 2/ 2004a. S. 62 – 67.

**Varwick, Johannes:** Flexibilisierung oder Zerfall – Hat die Europäische Union Bestand? In: Varwick, Johannes/ Knelangen, Wilhelm (Hrsg.): *Neues Europa – alte EU? Fragen an den europäischen Integrationsprozess*. Leske+Budrich. Opladen 2004b. S. 59 – 75.

**Varwick, Johannes:** Finalität ohne Ende: Wie weiter? Die EU muss sich Klarheit über ihre Ziele und Funktionsweisen verschaffen. In: *Internationale Politik*. Nr. 5/ Mai 2006. S. 69 – 77.

**Varwick, Johannes/ Koops, Joachim:** Exporting Stability or Importing Instability? The European Union at the Crossroads. In: Varwick, Johannes/ Lang, Kai Olaf (Hrsg.): *European Neighbourhood Policy – Challenges for the EU-Policy Towards the New Neighbours*. Barbara Budrich Publishers. Opladen 2007. S. 141 – 158.

**Viotti, Paul R./ Kauppi, Mark V.:** *International Relations Theory: Realism, Pluralism, Globalism*. Macmillan Publishing Company. New York 1990.

**Vobruba, Georg:** Die Erweiterungskrise der Europäischen Union. In: *Leviathan, Zeitschrift für Sozialwissenschaft*. 28. Jahrgang. . Heft 4/ 2000. S. 477 – 496.

**Vobruba, Georg:** *Die Dynamik Europas*. Verlag für Sozialwissenschaften. 1. Auflage. Wiesbaden 2005.

**Vobruba, Georg:** Expansion ohne Erweiterung – Die EU-Nachbarschaftspolitik in der Dynamik Europas. In: *Osteuropa*. 57. Jahrgang. Heft 2 – 3/ 2007. S. 7 – 20.

**Vysotskaya, Alena:** The limits of the EU's structural foreign policy in the context of a new external border: the case of Belarus. *Chair Interbrew – Baillet Latour Working Papers* Nr. 26/ 2005. URL:

[http://soc.kuleuven.be/iieb/ibl/docs\\_ibl/WP26-Vysotskaya.pdf](http://soc.kuleuven.be/iieb/ibl/docs_ibl/WP26-Vysotskaya.pdf) (Stand: 22.03.2008).

**Vysotskaya Guedes Vieira, Alena:** Opening the European Commission's Delegation in Minsk: Do EU-Belarus Relations need a Rethink? *The Finnish Institute of International Affairs Briefing Paper* Nr. 18/ 2008. URL:

[http://www.upi-fiia.fi/eng/publications/upi\\_briefing\\_papers/](http://www.upi-fiia.fi/eng/publications/upi_briefing_papers/) (Stand: 09.04.2008).

**Waeber, Ole:** Imperial Metaphors: Emerging European Analogies to Pre-Nation-State Imperial Systems. In: Tunander, Ola/ Baev, Pavel/ Einagel, Victoria Ingrid (Hrsg.):

Geopolitics in Post-Wall Europe: Security, Territory and Identity. SAGE Publications Ltd. 1. Auflage. London 1997. S. 59 – 93.

**Waever, Ole:** The EU as a security actor. Reflections from a pessimistic constructivist on post-sovereign security orders. In: Kelstrup, Morten/ Williams, Michael C. (Hrsg.): International Relations Theory and the Politics of European Integration: Power, Security and Community. Routledge. 1. Auflage. London 2000. S. 250 – 294.

**Wagner, Wolfgang:** The Subnational Foundations of the European Parliament. In: *Journal of International Relations and Development*. Bd. 5. Nr. 1/ 2002. S. 24 – 36.

**Warkotsch, Alexander:** Internationale Institutionen als Sozialisationsinstanzen? Die Europäische Union im postsowjetischen Raum. In: *Zeitschrift für Politikwissenschaft*. 17. Jahrgang. Heft 2/ 2007. S. 333 – 356.

**Weber, Max:** Wirtschaft und Gesellschaft. Grundrisse der verstehenden Soziologie. J.C.B. Mohr (Paul Siebeck). 5. revidierte Auflage. Tübingen 1972.

**Weidenfeld, Werner (eds.):** A New Ostpolitik – Strategies for a United Europe. Bertelsmann Foundation Publishers. Gütersloh 1997.

**Welt, Cory:** Regime Vulnerability and Popular Mobilization in Georgia's Rose Revolution. *CDDRL Working Papers* Nr. 67/ 2006. URL: [http://www.csis.org/media/csis/pubs/061005\\_ruseura\\_no67welt.pdf](http://www.csis.org/media/csis/pubs/061005_ruseura_no67welt.pdf) (Stand: 23.10.2007).

**Welz, Christian/ Engel, Christian:** Traditionsbestände politikwissenschaftlicher Integrationstheorien: Die Europäische Gemeinschaft im Spannungsfeld von Integration und Kooperation. In: Bogdany, Armin von (Hrsg.): Die Europäische Option: Eine interdisziplinäre Analyse über Herkunft, Stand und Perspektiven der europäischen Integration. Nomos Verlagsgesellschaft. 1. Auflage. Baden-Baden 1993. S. 129 – 169.

**Wendt, Alexander:** Collective identity formation and the international state. In: *American Political Science Review*. Bd. 88. Nr. 2/ 1994. S. 384 – 396.

**Wessels, Wolfgang:** Comitology: fusion in action. Politico-administrative trends in the EU system. In: *European Journal of Public Policy*. Bd. 5. Nr. 2/ 1998. S. 209 – 234.

**Wessels, Wolfgang:** Die Europäische Union als Ordnungsfaktor. In: Kaiser, Karl/ Schwarz, Hans-Peter (Hrsg.): Weltpolitik im neuen Jahrhundert. Nomos Verlagsgesellschaft. 1. Auflage. Baden-Baden 2000. S. 575 – 590.

**Westphal, Kirsten:** Liberalisiert, monopolisiert, fixiert – Antinomien des Energiemarkts in Europa. In: *Osteuropa*. 57. Jahrgang. Nr. 2 – 3/ 2007. S. 241 – 255.

**Wilson, Andrew:** Georgia and Russia can still step back from the brink. In: *The Independent*. 10.08.2008. URL:

<http://www.independent.co.uk/opinion/commentators/andrew-wilson-georgia-and-russia-can-still-step-back-from-the-brink-889636.html> (Stand: 12.08.2008).

**Wipperfürth, Christian:** Russland und seine GUS-Nachbarn. Hintergründe, aktuelle Entwicklungen und Konflikte in einer ressourcenreichen Region. Ibidem-Verlag. Stuttgart 2007.

**Wissels, Rutger:** The Development of the European Neighbourhood Policy. In: *Foreign Policy in Dialogue*. Bd. 6. Nr. 19/ 2006. S. 7 – 16.

**Wissmann, Matthias:** Das Modell der gestuften Mitgliedschaft: Neue Strategien für künftige Erweiterungsschritte der EU. In: *Internationale Politik*. Nr. 5/ Mai 2006. S. 64 – 68.

**Wolczuk, Kataryna:** Adjectival Europeanisation? The Impact of EU Conditionality on Ukraine under the European Neighbourhood Policy. *European Research Working Paper Series* Nr. 18/ 2007. URL:

[http://www.eri.bham.ac.uk/research/working\\_papers/WP18Wolczuk.pdf](http://www.eri.bham.ac.uk/research/working_papers/WP18Wolczuk.pdf) (Stand: 29.02.2008).

**Wolf, Dieter:** Integrationstheorien im Vergleich: Funktionalistische und intergouvernementalistische Erklärung für die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion im Vertrag von Maastricht. Nomos Verlagsgesellschaft. 1. Auflage. Baden-Baden 1999.

**Woyke, Wichard:** Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft – Modell einer europäischen Sicherheitspolitik? In: Seidelmann/ Reimund (Hrsg.): Auf dem Weg zu einer westeuropäischen Sicherheitspolitik. Nomos Verlagsgesellschaft. Baden-Baden 1989. S. 169 – 179.

**Woyke, Wichard:** Intervention. In: Woyke, Wichard (Hrsg.): Handwörterbuch Internationale Politik. Leske + Budrich. 8. aktualisierte Auflage. Opladen 2000. S. 221 – 227.

**Wulf, Herbert:** Security Sector Reform in Developing and Transitional Countries. In: McCartney, Clem/ Fischer, Martina/ Wils, Oliver: Security Sector Reform: Potentials and Challenges for Conflict Transformation. Berghof Handbook for Conflict Transformation. *Dialogue Series* Nr. 2. Berghof Research Center for Constructive Conflict Management. Berlin 2004. S. 9 – 27. URL:

[http://www.berghof-handbook.net/articles/ssr\\_complete.pdf](http://www.berghof-handbook.net/articles/ssr_complete.pdf) (Stand: 17.07.2007).

**Zahar, Marie-Joelle:** Understanding the violence of insiders: Loyalty, custodians of peace, and the sustainability of conflict settlement. In: Newman, Edward/ Richmond, Oliver (Hrsg.): Challenges to Peacebuilding. Managing Spoilers during Conflict Resolution. United Nations University Press. Tokyo 2006. S. 40 – 58.

**Zakaria, Fareed:** The Rise of Illiberal Democracy. In: *Foreign Affairs*. November 1997. URL:

<http://www.fareedzakaria.com/ARTICLES/other/democracy.html> (Stand: 08.01.2008).

**Zalewski, Piotr:** Abnormalisation. The bumpy road to Turkish-Armenian rapprochement. *CEPS Commentary*. 17. Dezember 2009. URL: <http://www.ceps.be/ceps/download/2815> (18.12.2009).

**Zielonka, Jan:** Enlargement and the Finality of European Integration. *Harvard Jean Monnet Working Paper*. 2000. URL:

<http://www.jeanmonnetprogram.org/papers/00/00f0801.html> (Stand: 25.02.2007).

**Zielonka, Jan:** How New Enlarged Borders will Reshape the European Union. In: *Journal of Common Market Studies*. Bd. 39. Nr. 3/ 2001. S. 507 – 536.

**Zielonka, Jan:** Plurilateral Governance in the Enlarged European Union. In: *Journal of Common Market Studies*. Bd. 45. Nr.1/ 2007. S. 187 – 209.

**Zürn, Michael:** Institutionalisierte Ungleichheit. In: *Internationale Politik*. Nr. 7/ 8/ 2007. S. 21 – 31.

## Dokumente, Reden, Interviews

**Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften:** Vertrag von Amsterdam zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union, der Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften sowie einiger damit zusammenhängender Rechtsakte. C 340/1. Luxemburg 1997. URL: [http://www.ecb.int/ecb/legal/pdf/amsterdam\\_de.pdf](http://www.ecb.int/ecb/legal/pdf/amsterdam_de.pdf) (Stand: 30.04.2007).

**Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften:** Verordnung (EG) Nr. 2698/2000 des Rates vom 27. November 2000 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1488/96 über finanzielle und technische Begleitmaßnahmen (MEDA) zur Reform der wirtschaftlichen und sozialen Strukturen im Rahmen der Partnerschaft Europa-Mittelmeer. L 311. 2000. URL: [http://ec.europa.eu/external\\_relations/euromed/cr2698\\_00\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/external_relations/euromed/cr2698_00_de.pdf) (Stand: 13.08.2007).

**Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften:** Vertrag von Nizza zur Änderung des Vertrages über die Europäische Union, der Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften sowie einiger damit zusammenhängender Rechtsakte. 2001/C 80/01. 2001a. URL: [http://europa.eu.int/eur-lex/lex/de/treaties/dat/12001C/pdf/12001C\\_DE.pdf](http://europa.eu.int/eur-lex/lex/de/treaties/dat/12001C/pdf/12001C_DE.pdf) (Stand: 4.03.2007).

**Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften:** Gemeinsame Aktion des Rates vom 20. Juli 2001 betreffend die Einrichtung eines Instituts der Europäischen Union für Sicherheitsstudien. L 200. (2001/554/GASP). 2001b. URL: [http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/oj/2001/l\\_200/l\\_20020010725de00010004.pdf](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/oj/2001/l_200/l_20020010725de00010004.pdf) (Stand: 28.08.2007).

**Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften:** Konsolidierte Fassung des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft. C 325. 2002. URL: [http://eur-lex.europa.eu/de/treaties/dat/12002E/pdf/12002E\\_DE.pdf](http://eur-lex.europa.eu/de/treaties/dat/12002E/pdf/12002E_DE.pdf) (Stand: 25.03.2007).

**Amtsblatt der Europäischen Union:** Gemeinsame Aktion 2003/496/GASP des Rates vom 7. Juli 2003 zur Ernennung eines Sonderbeauftragten der Europäischen Union für den Südkaukasus. L 169/74. 2003. URL: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2003:169:0074:0075:DE:PDF> (Stand: 13.01.2008).

**Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften:** Gemeinsame Aktion 2004/551/GASP des Rates vom 12. Juli 2004 über die Einrichtung der Europäischen Verteidigungsagentur. L 245. 2004. URL: [http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/oj/2004/l\\_245/l\\_24520040717de00170028.pdf](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/oj/2004/l_245/l_24520040717de00170028.pdf) (Stand: 28.08.2007).

**Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften:** Gemeinsame Aktion 2005/575/GASP des Rates vom 18. Juli 2005 zur Errichtung eines Europäischen Sicherheits- und Verteidigungskollegs (ESVK). L 194. 2005. URL:

[http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/oj/2005/l\\_194/l\\_19420050726de00150018.pdf](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/oj/2005/l_194/l_19420050726de00150018.pdf)

(Stand: 28.08.2007).

**Amtsblatt der Europäischen Union:** Verordnung (EG) Nr. 1638/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Oktober 2006 zur Festlegung allgemeiner Bestimmungen zur Schaffung eines Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstruments. L 310. Straßburg 2006a. S. 1 – 14. URL: [http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/oj\\_l310\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/oj_l310_de.pdf) (Stand: 02.07.2007).

**Amtsblatt der Europäischen Union:** Verordnung (EG) Nr. 1085/2006 des Rates vom 17. Juli 2006 zur Schaffung eines Instruments für Heranführungshilfe (IPA). L 210. Straßburg 2006b. S. 82 – 93. URL:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2006:210:0082:01:DE:HTML>

(Stand: 14.08.2007).

**Black Sea Cross Border Cooperation:** Black Sea Basin Joint Operational Programme 2007 – 2013. 2007. URL:

[http://www.blacksea-cbc.net/user/file/documente/draft\\_black\\_sea\\_2007.pdf](http://www.blacksea-cbc.net/user/file/documente/draft_black_sea_2007.pdf)

(Stand: 17.05.2008).

**British-French summit St-Malo:** Joint Declaration vom 3-4 December 1998 in Saint Malo.

URL: <http://www.fco.gov.uk/resources/en/news/2002/02/joint-declaration-on-eu-new01795>

(Stand: 30.04.2007).

**Brok, Elmar:** Glaubwürdigkeit statt "Alles oder Nichts" – bei der Erweiterung stößt die EU an ihre Grenzen. 2006a. URL:

<http://www.elmarbrok.de/arbeit/artikel/2006/06Erweiterung.pdf> (Stand: 20.08.2007).

**Brok, Elmar:** Eine klare europäische Perspektive ist von äußerster Wichtigkeit für interne Entwicklungen. Elmar Brok im Interview mit dem Eurasischen Magazin. In: *Eurasisches Magazin* vom 30.11.2006. 2006b. URL:

<http://www.eurasischesmagazin.de/artikel/?artikelID=20061104> (Stand: 24.03.2008).

**BSEC:** Charter of the Organization of the Black Sea Economic Cooperation. 1999. URL:

<http://www.bsec-organization.org/main.aspx?ID=Charter> (Stand: 08.10.2007).

**BSEC:** Report of the Special Meeting of the Council of Ministers of Foreign Affairs of the BSEC Member States. BS/SFM/R (2007)1. Istanbul 2007a. URL:



<http://www.bsec-organization.org/admin/REPORT%20SpecialCouncil%20FINAL.pdf> (Stand: 08.10.2007).

**BSEC:** Memorandum of Understanding for the Coordinated Development of the Black Sea Ring Highway. 2007b. URL:

<http://www.bsec-organization.org/admin/Annex%20IV%20toCSO-MoU%20Ring%20Highway.pdf> (Stand: 08.10.2007).

**BSEC:** Memorandum of Understanding on the Development of the Motorways of the Sea at the BSEC Region. 2007c. URL:

<http://www.bsec-organization.org/admin/MOU%20Motorways%20of%20the%20Sea%20FOR%20SIGNATURE.pdf> (Stand: 08.10.2007).

**Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung:** Die Kaukasusinitiative des BMZ. Verständigung ermutigen. Nr. 137. Berlin 2001. URL:

<http://www.bmz.de/de/service/infothek/fach/materialien/materialie137.pdf> (Stand: 13.11.2007).

**Bundesministerium der Verteidigung:** Die Berlin-Plus-Vereinbarung. 2006. URL:

[http://www.bmvg.de/portal/a/bmvg/kcxml/04\\_Sj9SPykssy0xPLMnMz0vM0Y\\_QjzKLt4wPNHIHSYGYRqbm-pEwsaCUVH1fj\\_zcVH1v\\_QD9gtyIckdHRUUAzX2PKw!!/delta/base64xml/L2dJQSEvUUt3QS80SVVFLzZfOV9RMkc!/?yw\\_contentURL=%2FC1256F1200608B1B%2FW26RSC32434INFODE%2Fcontent.jsp](http://www.bmvg.de/portal/a/bmvg/kcxml/04_Sj9SPykssy0xPLMnMz0vM0Y_QjzKLt4wPNHIHSYGYRqbm-pEwsaCUVH1fj_zcVH1v_QD9gtyIckdHRUUAzX2PKw!!/delta/base64xml/L2dJQSEvUUt3QS80SVVFLzZfOV9RMkc!/?yw_contentURL=%2FC1256F1200608B1B%2FW26RSC32434INFODE%2Fcontent.jsp) (Stand: 30.04.2007).

**Clinton, Bill:** Remarks at a Freedom House breakfast - President Bill Clinton speech – Transcript. 6.10.1995. URL:

[http://findarticles.com/p/articles/mi\\_m2889/is\\_n40\\_v31/ai\\_18009477/pg\\_2](http://findarticles.com/p/articles/mi_m2889/is_n40_v31/ai_18009477/pg_2) (Stand: 22.10.2007).

**Commission of the European Communities:** Communication from the Commission to the Council vom 09.12.2004. On the Commission Proposal for Action Plans under the European Neighbourhood Policy (ENP). COM(2004) 795 final. Brüssel 2004. URL:

[http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/action\\_plans/communication\\_commission\\_enp\\_action\\_plans.pdf](http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/action_plans/communication_commission_enp_action_plans.pdf) (Stand: 02.07.2007).

**Commission of the European Communities:** Proposal for a Regulation of the European Parliament and the Council laying down rules on local border traffic at the external land borders of the Member States and amending the Schengen Convention and the Common Consular Instructions vom 23.02.2005. COM (2005) 56 final 2005/0006 (COD). Brüssel

2005a. URL: [http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/en/com/2005/com2005\\_0056en01.pdf](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/en/com/2005/com2005_0056en01.pdf) (Stand: 30.07.2007).

**Commission of the European Communities:** Commission Staff Working Paper vom 02.03.2005. Country Report Armenia. COM (2005) 72 final. Brüssel 2005b. URL: [http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/country/armenia\\_country\\_report\\_2005\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/country/armenia_country_report_2005_en.pdf) (Stand: 08.01.2008).

**Commission of the European Communities:** Commission Staff Working Paper vom 02.03.2005. Country Report Georgia. COM (2005) 72 final. Brüssel 2005c. URL: [http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/country/georgia\\_country\\_report\\_2005\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/country/georgia_country_report_2005_en.pdf) (Stand: 08.01.2008).

**Commission of the European Communities:** Commission Staff Working Paper vom 02.03.2005. Country Report Azerbaijan. COM (2005) 72 final. Brüssel 2005d. URL: [http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/country/azerbaijan\\_country\\_report\\_2005\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/country/azerbaijan_country_report_2005_en.pdf) (Stand: 08.01.2008).

**Commission of the European Communities:** Communication from the Commission to the Council, the European parliament, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions vom 21.02.2007. Annual Policy Strategy for 2008. COM(2007) 65 final. Brüssel 2007. URL: [http://ec.europa.eu/atwork/synthesis/doc/aps\\_2008\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/atwork/synthesis/doc/aps_2008_en.pdf) (Stand: 24.02.2008).

**Commission of the European Communities:** Principles for the Implementation of a Governance Facility under ENPI. 2008. URL: [http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/governance\\_facility\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/governance_facility_en.pdf) (Stand: 13.03.2008).

**Council of Europe:** Monitoring. 10/11/2007. 2007. URL: [http://assembly.coe.int/ASP/NewsManager/EMB\\_NewsManagerView.asp?ID=3335&L=2](http://assembly.coe.int/ASP/NewsManager/EMB_NewsManagerView.asp?ID=3335&L=2) (Stand: 12.11.2007).

**Council of the European Union:** EU Schengen Catalogue. External Borders Control, Removal and readmission: Recommendations and best practices. Brüssel 2002. URL: [http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/librairie/PDF/catalogue%20EN.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/librairie/PDF/catalogue%20EN.pdf) (Stand: 30.07.2007).

**Council of the European Union:** Draft Council conclusions on migration and development vom 05.04.2003. Communication from the Commission to the Council and the European Parliament: Integrating migration issues in the European Union's relations with third countries. 8927/03. Brüssel 2003a. URL: <http://register.consilium.eu.int/pdf/en/03/st08/st08927en03.pdf> (Stand: 14.08.2007).

**Council of the European Union:** Council Common Position 2003/139/CFSP of 27 February 2003 concerning restrictive measures against the leadership of the Transnistrian region of the Moldovan Republic. 2003b. URL: <http://www.legaltext.ee/text/en/T70207.htm> (Stand: 11.02.2008).

**Council of the European Union:** 2590th Council Meeting General Affairs and External Relations vom 14.06.2004. Press Release. 10189/04 (Presse 195). Luxemburg 2004. URL: [http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/gena/80951.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/gena/80951.pdf) (Stand: 06.04.2007).

**Council of the European Union:** Guidelines on implementation and evaluation of restrictive measures (sanctions) in the framework of the EU Common Foreign and Security Policy vom 02.12.2005. 15114/05. Brüssel 2005a. URL: <http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/05/st15/st15114.en05.pdf> (Stand: 18.07.2007).

**Council of the European Union:** Presidency Report on ESDP vom 19.12.2005. 15891/05. Brüssel 2005b. URL: <http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/05/st15/st15891.en05.pdf> (Stand: 17.07.2007).

**Council of the European Union:** 15<sup>th</sup> EU-Russia Summit vom 10.05.1005. Press Release. 8799/05 (Presse 110). Moskau 2005c. URL: [http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms\\_Data/docs/pressData/en/er/84811.pdf](http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/er/84811.pdf) (Stand: 16.08.2007).

**Council of the European Union:** Brussels European Council. 23/24 March 2006. Presidency Conclusions. 7775/1/06 REV 1 CONCL 1. Brüssel 2006. URL: [http://ue.eu.int/ueDocs/cms\\_Data/docs/pressData/en/ec/89013.pdf](http://ue.eu.int/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/ec/89013.pdf) (Stand: 07.08.2007).

**Council of the European Union:** EU – Azerbaijan Cooperation council. 8th meeting Luxembourg vom 16.10.2007. Press release 13968/07 (Presse 242). 2007a. URL: [http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms\\_Data/docs/pressData/en/er/96557.pdf](http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/er/96557.pdf) (Stand: 23.06.2008).

**Council of the European Union:** Council Conclusions concerning the negotiation of a new enhanced Agreement between the EU and Ukraine. 2776th External Relations Council meeting Brussels vom 22.01.2007. 2007b. URL: <http://consilium.eu.int/uedocs/cmsUpload/EU-Ukraine-22.01.07.pdf> (Stand: 24.03.2008).

**Council of the European Union:** Brussels European Council. 13/14 March 2008. Presidency Conclusions. 7652/08 CONCL 1. Brüssel 2008. URL: [http://www.eu2008.si/en/News\\_and\\_Documents/Council\\_Conclusions/March/0314ECpresidency\\_conclusions.pdf](http://www.eu2008.si/en/News_and_Documents/Council_Conclusions/March/0314ECpresidency_conclusions.pdf) (Stand: 17.03.2008).

**Delegation of the European Commission to the Republic of Moldova:** Press Communication. European Commission proposes additional autonomous trade preferences for Moldova. Chisinau 2007. URL:

<http://www.delmda.ec.europa.eu/whatsnew/pdf/141107ATPs-en.pdf> (Stand: 15.01.2008).

**Department for International Development et. al.:** The Global Conflict Prevention Tool: A joint UK Government approach to reducing conflict. London 2003. URL:

<http://www.dfid.gov.uk/pubs/files/global-conflict-prevention-tool.pdf> (Stand: 17.07.2007).

**Department for International Development:** Central Asia, South Caucasus & Moldova. Regional Assistance Plan. London 2004. URL:

<http://www.dfid.gov.uk/pubs/files/rapcascm.pdf> (Stand: 19.01.2008).

**Die Bundesregierung:** Europa gelingt gemeinsam. Präsidentschaftsprogramm 1. Januar – 30. Juni 2007. Berlin 2007. URL:

<http://www.eu2007.de/includes/Downloads/Praesidentschaftsprogramm/EU-P-AProgr-d-2911.pdf> (Stand: 13.08.2007).

**Do Amaral, Diogo Freitas:** Die EU darf sich nicht bis in die Spitze Russlands erweitern (Russisch). In: *Russia in global Affairs*. Bd. 5. Nr. 1/ 2007. S. 60 – 62. URL:

[http://www.globalaffairs.ru/docs/2007\\_rus1.pdf](http://www.globalaffairs.ru/docs/2007_rus1.pdf) (Stand: 21.08.2007).

**Document of the European Bank for Reconstruction and Development:** Strategy for Armenia. 2006a. URL:

<http://www.ebrd.com/about/strategy/country/armenia/strategy.pdf> (Stand: 13.02.2008).

**Document of the European Bank for Reconstruction and Development:** Strategy for Belarus. 2006b. URL:

<http://www.ebrd.com/about/strategy/country/belarus/strategy.pdf> (Stand: 13.02.2008).

**Document of the European Bank for Reconstruction and Development:** Strategy for Georgia. 2006c. URL:

<http://www.ebrd.com/about/strategy/country/georgia/strategy.pdf> (Stand: 13.02.2008).

**Document of the European Bank for Reconstruction and Development:** Strategy for Azerbaijan. 2007a. URL:

<http://www.ebrd.com/about/strategy/country/georgia/strategy.pdf> (Stand: 13.02.2008).

**Document of the European Bank for Reconstruction and Development:** Strategy for Moldova. 2007b. URL:

<http://www.ebrd.com/about/strategy/country/moldova/strategy.pdf> (Stand: 13.02.2008).

**Document of the European Bank for Reconstruction and Development:** Strategy for Ukraine. 2007c. URL:

<http://www.ebrd.com/about/strategy/country/ukraine/strategy.pdf> (Stand: 13.02.2008).

**Duff, Andrew:** Plan B: How to Rescue the European Constitution. Notre Europe Studies and Research Nr. 52/ 2006. URL:

[http://www.notre-europe.eu/uploads/tx\\_publication/Etud52-en.pdf](http://www.notre-europe.eu/uploads/tx_publication/Etud52-en.pdf) (Stand: 20.08.2007).

**Durkot, Juri:** Demokratietest bestanden. *bpb*-Interview des ukrainischen Journalisten über politischen Pragmatismus nach der Parlamentswahl. 2007. URL:

[http://www.bpb.de/themen/Z9D0AL,0,Demokratietest\\_bestanden.html](http://www.bpb.de/themen/Z9D0AL,0,Demokratietest_bestanden.html) (Stand: 23.10.2007).

**EC-Moldova Visa Facilitation Agreement:** Agreement between the European Community and the Republic of Moldova on the Facilitation of the Issuance of Visas. 2007. URL: [http://www.delmda.ec.europa.eu/whatsnew/pdf/Visa\\_fac.pdf](http://www.delmda.ec.europa.eu/whatsnew/pdf/Visa_fac.pdf) (Stand: 15.01.2008).

**EFTA Secretariat:** This is EFTA. Brüssel 2007. URL:

[http://secretariat.efta.int/Web/Publications/this\\_is\\_EFTA/note/this\\_is\\_efta\\_2007.pdf](http://secretariat.efta.int/Web/Publications/this_is_EFTA/note/this_is_efta_2007.pdf) (Stand: 20.08.2007).

**Eklund, Per:** Die gegenwärtige Situation in Bezug auf die Konflikte im Südkaukasus kann nicht ewig dauern; es muss etwas geschehen. Per Eklund im Interview mit *Caucas europenews* vom 12.09.2007. In: *Caucas europenews*. 2007. URL:

[http://www.caucas.com/home\\_de/breve\\_contenu.php?id=236](http://www.caucas.com/home_de/breve_contenu.php?id=236) (Stand: 25.03.2008).

**Embassy of the People's republic of China in Australia:** Chinese Premier proposes free trade zone within SCO. 2003. URL: <http://au.china-embassy.org/eng/xw/t45579.htm> (Stand: 18.03.2008).

**Energy Information Administration:** Caspian Sea Energy Data, Statistics and Analysis - Oil, Gas, Electricity, Coal. 2007. URL:

<http://www.eia.doe.gov/emeu/cabs/Caspian/Background.html> (Stand: 20.01.2008).

**ENP-Aktionsplan EU-Armenien:** 2006. URL:

[http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/action\\_plans/armenia\\_enp\\_ap\\_final\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/action_plans/armenia_enp_ap_final_de.pdf)  
(Stand: 29.10.2007).

**ENP-Aktionsplan EU-Aserbaidshan:** 2006. URL:

[http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/action\\_plans/azerbaijan\\_enp\\_ap\\_final\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/action_plans/azerbaijan_enp_ap_final_de.pdf)  
(Stand: 29.10.2007).

**ENP-Aktionsplan EU-Georgien:** 2006. URL:

[http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/action\\_plans/georgia\\_enp\\_ap\\_final\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/action_plans/georgia_enp_ap_final_de.pdf)  
(Stand: 29.10.2007).

**EU/Moldova Action Plan:** 2004. URL:

[http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/action\\_plans/moldova\\_enp\\_ap\\_final\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/action_plans/moldova_enp_ap_final_en.pdf)

(Stand: 29.10.2007).

**Erler, Gernot et.al.:** Zukunftsregion Kaspisches Meer. Deutsche Interessen und Europäische Politik in den transkaukasischen und zentralasiatischen Staaten. SPD-Bundestagsfraktion. Bonn 1998. URL: <http://www.gernot-erler.de/old/ot/ot1.html> (Stand: 02.02.2008).

**Erler, Gernot:** Regionale Kooperation und Energiesicherheit. Rede von Staatsminister Erler auf der Konferenz "Schwarzmeerkoooperation – Energieversorgung und Energiesicherheit" vom 13.10.2006. Sofia 2006. URL:

<http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Infoservice/Presse/Reden/2006/061013-ErlerEnergiepolitik.html> (Stand: 02.02.2008).

**Eurobarometer:** The European Union and its Neighbours. Special Eurobarometer 259. Neighbourhood Policy. 2006. URL:

[http://ec.europa.eu/public\\_opinion/archives/ebs/ebs\\_259\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_259_en.pdf) (Stand: 26.08.2007).

**Eurobarometer:** Beziehungen der EU zu ihren Nachbarländern. Eine Umfrage über Einstellungen in der Europäischen Union. 2007. URL:

[http://ec.europa.eu/public\\_opinion/archives/ebs/ebs\\_285\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_285_de.pdf) (Stand: 03.09.2007).

**Europäische Kommission:** Gesamthaushalt der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2007. Übersicht in Zahlen. Brüssel 2007. URL:

[http://ec.europa.eu/budget/library/publications/budget\\_in\\_fig/syntchif\\_2007\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/budget/library/publications/budget_in_fig/syntchif_2007_de.pdf) (Stand: 27.08.2007).

**Europäische Kommission/ Europäische Nachbarschaftspolitik:** Europäisches Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument Belarus. Länderstrategiepapier 2007-2013 und Nationales Richtprogramm 2007-2010. 2007a. URL:

[http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/country/enpi\\_csp\\_nip\\_belarus\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/country/enpi_csp_nip_belarus_de.pdf) (Stand: 03.02.2008).

**Europäische Kommission/ Europäische Nachbarschaftspolitik:** Revised EU-Ukraine Action Plan on Freedom, Security and Justice. Challenges and strategic aims. 2007b. URL:

[http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/action\\_plans/ukraine\\_enp\\_ap\\_jls-rev\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/action_plans/ukraine_enp_ap_jls-rev_en.pdf)

(Stand: 26.03.2008).

**Europäischer Rat Helsinki:** Schlussfolgerungen des Vorsitzes vom 10-11 Dezember 1999. URL:

[http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms\\_Data/docs/pressData/de/ec/00300-r1.d9.htm](http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/00300-r1.d9.htm)

(Stand: 30.04.2007).

**Europäischer Rat Köln:** Schlussfolgerungen des Vorsitzes vom 3-4 Juni 1999. URL:

[http://www.europarl.europa.eu/summits/kol1\\_de.htm](http://www.europarl.europa.eu/summits/kol1_de.htm) (Stand: 30.04.2007).

**Europäischer Rat Kopenhagen:** Schlussfolgerungen des Vorsitzes vom 21. – 22. Juni 1993. SN 180/1/93. URL: [http://ue.eu.int/ueDocs/cms\\_Data/docs/pressData/de/ec/72924.pdf](http://ue.eu.int/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/72924.pdf) (Stand: 1.07.2008).

**Europäischer Rat Sante Maria de Feira:** Schlussfolgerungen des Vorsitzes vom 19-20 Juni 2000. URL: [http://www.europarl.europa.eu/summits/fei1\\_de.htm](http://www.europarl.europa.eu/summits/fei1_de.htm) (Stand: 21.07.2007).

**Europäischer Rat für allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen:** Fortschrittsbericht des Vorsitzes vom 18./ 19. Juni 2007. Stärkung der Europäischen Nachbarschaftspolitik. 10874/07. 2007. URL:

<http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Europa/Aussenpolitik/Regionalabkommen/Nachbarschaftspolitik-ERJuni07.pdf> (Stand: 03.07.2007).

**Europäisches Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument/ Grenzüberschreitende Zusammenarbeit:** Strategiepapier 2007 – 2013. Richtprogramm 2007 – 2010. 2007. URL: [http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/country/enpi\\_cross-border\\_cooperation\\_strategy\\_paper\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/country/enpi_cross-border_cooperation_strategy_paper_de.pdf) (Stand: 17.05.2008).

**Europäisches Parlament:** Beziehungen EU/Belarus, Entschließung des Europäischen Parlaments zu den Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Belarus: auf dem Weg zu einer künftigen Zusammenarbeit (2002/2164(INI)). P5\_TA(2003)0042. 2003. URL: <http://www.futureofeuropa.parlament.gv.at/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+TA+P5-TA-2003-0042+0+DOC+PDF+V0//DE> (Stand: 09.04.2008).

**Europäisches Parlament:** Entschließung des Europäischen Parlaments zu der Europäischen Nachbarschaftspolitik P6\_TA(2006)0028. Straßburg 2006. URL: <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2006-0028+0+DOC+XML+V0//DE> (Stand: 23.08.2007).

**European Commission:** Communication from the Commission vom 11.04.2001. On Conflict Prevention. COM (2001) 211 final. Brüssel 2001. URL: [http://ec.europa.eu/external\\_relations/cfsp/news/com2001\\_211\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/external_relations/cfsp/news/com2001_211_en.pdf) (Stand: 17.07.2007).

**European Commission:** Regional Strategy Paper 2002 – 2006. CARDS Assistance Programme to the Western Balkans. External Relations Directorate General. Directorate Western Balkans. Brüssel 2002. URL: [http://www.reliefweb.int/library/documents/2001/ec\\_balkans\\_22oct.pdf](http://www.reliefweb.int/library/documents/2001/ec_balkans_22oct.pdf) (Stand: 30.07.2007).

**European Commission:** Communication from the Commission to the Council and the European Parliament on relations with Russia. COM(2004) 106 vom 09.02.2004. Brüssel 2004. URL: [http://kaliningradexpert.org/stuff/docs/com04\\_en.pdf](http://kaliningradexpert.org/stuff/docs/com04_en.pdf) (Stand: 23.07.2007).

**European Commission:** Northern Dimension Policy Framework Document. 2006a. URL: [http://ec.europa.eu/external\\_relations/north\\_dim/doc/frame\\_pol\\_1106.pdf](http://ec.europa.eu/external_relations/north_dim/doc/frame_pol_1106.pdf) (Stand: 23.07.2007).

**European Commission:** An External Policy to Serve Europe's Energy Interests. Paper from Commission/SG/HR for the European Council. 2006b. URL: <http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/st09971.en06.pdf> (Stand: 07.08.2007).

**European Commission:** Non-Paper "What the European Union could bring to Belarus". Meeting doc. 265/06 rev 5. 2006c. URL: [http://www.minsk.diplo.de/Vertretung/minsk/de/eu\\_\\_statement\\_\\_pdf,property=Daten.pdf](http://www.minsk.diplo.de/Vertretung/minsk/de/eu__statement__pdf,property=Daten.pdf) (Stand: 10.04.2008).

**European Commission:** External Cooperation Programmes Armenia. 2007a. URL: [http://ec.europa.eu/europeaid/where/neighbourhood/country-cooperation/armenia/armenia\\_en.htm](http://ec.europa.eu/europeaid/where/neighbourhood/country-cooperation/armenia/armenia_en.htm) (Stand: 14.01.2008).

**European Commission:** External Cooperation Programmes Azerbaijan. 2007b. URL: [http://ec.europa.eu/europeaid/where/neighbourhood/country-cooperation/azerbaijan/azerbaijan\\_en.htm](http://ec.europa.eu/europeaid/where/neighbourhood/country-cooperation/azerbaijan/azerbaijan_en.htm) (Stand: 14.01.2008).

**European Commission:** External Cooperation Programmes Belarus. 2008a. URL: [http://ec.europa.eu/europeaid/where/neighbourhood/country-cooperation/belarus/belarus\\_en.htm](http://ec.europa.eu/europeaid/where/neighbourhood/country-cooperation/belarus/belarus_en.htm) (Stand: 03.02.2008).

**European Commission:** Ukraine. EU and Ukraine launch free trade agreement negotiations. Kiev 2008b. URL: [http://ec.europa.eu/trade/issues/bilateral/countries/ukraine/pr180208\\_en.htm](http://ec.europa.eu/trade/issues/bilateral/countries/ukraine/pr180208_en.htm) (Stand: 01.03.2008).

**European Commission:** Lifelong Learning: Education and Training, Programmes and Actions. Executive Summary of the Impact Study. 2008c. URL: <http://ec.europa.eu/education/programmes/tempus/doc/impact.pdf> (Stand: 08.07.2008).

**European Commission:** Joint Declaration. Joint EU-Ukraine International Investment Conference on the Modernisation on Ukraine's Gas Transit System. 2009. URL: [http://energy.iep-berlin.de/php/3\\_politik\\_entwicklung10.php](http://energy.iep-berlin.de/php/3_politik_entwicklung10.php) (Stand: 25.05.2009).

**European Economic and Social Committee:** Information Report of the Section for External Relations vom 16.09.2005. The role of consultative bodies and socio-occupational organisations in implementing the Association Agreements and in the context of the European Neighbourhood Policy. REX/202. Brüssel 2005. URL: [http://www.ces.es/TRESMED/docum/ces520-2005\\_fin\\_ri\\_en.pdf](http://www.ces.es/TRESMED/docum/ces520-2005_fin_ri_en.pdf) (Stand: 23.08.2007).



**EU-Russia Road Map for the Common Space of External Security:** 2005. URL:

[http://ec.europa.eu/external\\_relations/russia/summit\\_05\\_05/finalroadmaps.pdf#es](http://ec.europa.eu/external_relations/russia/summit_05_05/finalroadmaps.pdf#es)

(Stand: 15.01.2008).

**EU/Ukraine Action Plan:** 2004. URL:

[http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/action\\_plans/ukraine\\_enp\\_ap\\_final\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/action_plans/ukraine_enp_ap_final_en.pdf)

(Stand: 29.10.2007).

**Ferrero-Waldner, Benita:** Europa als globaler Akteur – Aktuelle Schwerpunkte Europäischer Außen- und Nachbarschaftspolitik. Bundesakademie für Sicherheitspolitik. SPEECH/05/30 vom 24. Januar 2005. Berlin 2005. URL:

[http://ec.europa.eu/external\\_relations/news/ferrero/sp05\\_30.htm](http://ec.europa.eu/external_relations/news/ferrero/sp05_30.htm) (Stand: 25.07.2007).

**Ferrero-Waldner, Benita:** The European Neighbourhood Policy: bringing our neighbours closer, “Giving the Neighbours a stake in the EU internal market”. 10<sup>th</sup> Euro-Mediterranean Economic Transition Conference. SPEECH/06/346 vom 6. Juni 2006. Brüssel 2006a. URL:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/06/346&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en> (Stand: 15.08.2007).

**Ferrero-Waldner, Benita:** The European Neighbourhood Policy: The EU’s Newest Foreign Policy Instrument. In: *European Foreign Affairs Review*. Nr. 11/ 2006b. S. 139 – 142.

**Ferrero-Waldner, Benita:** The EU in the World. European Policy Centre Breakfast Briefing. SPEECH/06/59 vom 2. Februar 2006. Brussels 2006c. URL:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/06/59&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en> (Stand: 25.07.2007).

**Ferrero-Waldner, Benita:** Conflict Prevention – looking to the future. Conflict Prevention Partnership dialogue on “Five years after Göteborg: the European Union and its conflict prevention potential”. SPEECH/06/513 vom 12. September 2006. Brüssel 2006d. URL:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/06/513&format=HTML&aged=1&language=EN> (Stand: 15.08.2007).

**Ferrero-Waldner, Benita:** Remarks on democracy promotion Democracy Promotion: The European Way. Conference organised by the European Parliament’s Alliance of Liberals and Democrats for Europe. SPEECH/06/790 vom 7. Dezember 2006. Brüssel 2006e. URL:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/06/790&format=HTML&aged=0&language=EN> (Stand: 26.08.2007).

**Ferrero-Waldner, Benita:** Annual Policy Strategy. Europäisches Parlament. Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten. SPEECH/07/219 vom 11. April 2007. Brüssel 2007a. URL:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/07/219&format=HTML&aged=1&language=DE&guiLanguage=en> (Stand: 21.08.2007).

**Ferrero-Waldner, Benita:** The European Union and the world: a hard look at soft power. Columbia University. SPEECH/07/576 vom 24. September 2007. New York 2007b. URL: <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/07/576&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en> (Stand: 21.10.2007).

**Ferrero-Waldner, Benita:** Opening Speech. European Neighbourhood Policy Conference. SPEECH/07/500 vom 3. September 2007. Brüssel 2007c. URL: <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/07/500&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en> (Stand: 31.10.2007).

**Ferrero-Waldner, Benita:** Black Sea Synergy: the EU's approach to the Black Sea region. Black Sea Synergy Ministerial Meeting. SPEECH/08/77 vom 14. Februar 2008. Kiew 2008a. URL:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/08/77&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en> (Stand: 13.03.2008).

**Ferrero-Waldner, Benita:** Rede der Kommissarin für Außenbeziehungen und Europäische Nachbarschaftspolitik Benita Ferrero-Waldner auf dem ersten Treffen des Verwaltungsrates für die NIF am 6. Mai 2008. 2008b. URL: [http://ec.europa.eu/commission\\_barroso/ferrero-waldner/speeches/speeches/2008\\_05\\_neighbourhood\\_investment\\_facility.pdf](http://ec.europa.eu/commission_barroso/ferrero-waldner/speeches/speeches/2008_05_neighbourhood_investment_facility.pdf) (Stand: 19.05.2008).

**Ferrero-Waldner, Benita:** The European Neighbourhood Policy – making Europe more secure. Kangaroo Group. European Security and Defence European Office of Land Baden Württemberg. SPEECH/08/285 vom 28. Mai 2008. Brüssel 2008c. URL:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/08/285&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en> (Stand: 02.06.2008).

**Fotyga, Anna:** Wystąpienie Pani Minister A. Fotygi na konferencji w Natolinie (19 maja 2006r.). 2006. URL:

[http://www.msz.gov.pl/Wystapienie,Pani,Minister,A.,Fotygi,na,konferencji,wNatolinie,\(19,maja,2006r.\),6107.html](http://www.msz.gov.pl/Wystapienie,Pani,Minister,A.,Fotygi,na,konferencji,wNatolinie,(19,maja,2006r.),6107.html) (Stand: 03.09.2007).

**Franco-German “Non-Paper” Mull Ways to Boost Ties,** In: *EU Enlargement Watch*. Nr. 146 vom 18.03.2004.

**General Affairs and External Relations:** 2518th Council meeting External Relations Luxembourg vom 16. Juni 2003. 10369/03 (Presse 166). Luxemburg 2003. URL:

[http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms\\_Data/docs/pressData/en/gena/76201.pdf](http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/gena/76201.pdf) (Stand: 29.08.2007).

**House of Representatives (US):** Belarus Democracy Act. Full Text. Washington 2004. URL: <http://www.charter97.org/eng/news/2004/10/27/act> (Stand: 19.02.2008).

**Hübner, Danuta:** The essential role of Community conditionality in the triumph of democracy and market economy. Conference: European Strategies for Promoting Democracy in Postcommunist Countries. SPEECH/06/27 vom 21. Januar 2006. Wien 2006a. URL: <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/06/27&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en> (Stand: 25.07.2007).

**Hübner, Danuta:** Enlargement, Neighbourhood Policy and Globalisation. The need for an open Europe. Edinburgh University. SPEECH/06/534 vom 21. September 2006. Edinburgh 2006b. URL:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/06/534&format=HTML&aged=1&language=EN> (Stand: 15.08.2007).

**Ilves, Toomas H.:** Die NATO darf sich nicht erschüttern lassen. In: *Frankfurter Allgemeine, FAZ.Net*. Interview vom 12.08.2008. 2008. URL:

<http://www.faz.net/s/Rub97F2F5D596354F4BBE619038133D791F/Doc~EC9F0142633B34DC9B91F77D4D66CE6E2~ATpl~Ecommon~Scontent.html> (Stand: 13.08.2008).

**International Centre for Migration Policy Development:** GDISC Ukraine - Capacity Building and Technical Support to Ukrainian authorities to Effectively Respond to Irregular Transit-Migration (ERIT). Wien 2008. URL: [http://www.icmpd.org/fileadmin/ICMPD-Website/Migration\\_Management/GDISC\\_ERIT\\_general\\_info\\_with\\_logos\\_-\\_ENG.pdf](http://www.icmpd.org/fileadmin/ICMPD-Website/Migration_Management/GDISC_ERIT_general_info_with_logos_-_ENG.pdf) (Stand: 05.05.2008).

**International Crisis Group:** Azerbaijan: Independent Islam and the State. Europe Report Nr. 191/ 2008a. URL:

[http://www.crisisgroup.org/library/documents/europe/caucasus/191\\_azerbaijan\\_independent\\_islam\\_and\\_the\\_state.pdf](http://www.crisisgroup.org/library/documents/europe/caucasus/191_azerbaijan_independent_islam_and_the_state.pdf) (Stand: 26.03.2008).

**International Crisis Group:** Armenia: Picking up the Pieces. Europe Briefing Nr. 48 vom 8. April 2008. Jerewan/Tbilisi/Brüssel 2008b. URL:

[http://www.crisisgroup.org/library/documents/europe/caucasus/b48\\_armenia\\_picking\\_up\\_the\\_pieces.pdf](http://www.crisisgroup.org/library/documents/europe/caucasus/b48_armenia_picking_up_the_pieces.pdf) (Stand: 10.04.2008).

**International Energy Agency:** World Energy Outlook 2004. Paris 2004.

**International Monetary Fund:** World Economic and Financial Surveys. World Economic Outlook Database. 2007. URL:

<http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2007/01/data/index.aspx> (Stand: 18.03.2008).

**Kalfin, Ivailo:** Die Bulgaren auf der Welt und die Politik des Staates (*Bulgarisch*). Bulgarisches Außenministerium. Sofia 2007.

**Klaus, Václav:** Die Stimmengewichtung ist nicht entscheidend. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. FAZ-Interview vom 20. Juni 2007. 2007. URL:

<http://www.faz.net/s/Rub99C3EECA60D84C08AD6B3E60C4EA807F/Doc~E315C032B0C0E4F7E957CE5EECD60F013~ATpl~Ecommon~Scontent.html> (Stand: 24.07.2007).

**Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD:** Gemeinsam für Deutschland. Mit Mut und Menschlichkeit. 2005. URL: <http://www.cdusu.de/upload/koavertrag0509.pdf> (Stand: 16.08.2007).

**Kommission der Europäischen Gemeinschaften:** Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament vom 07.05.2002. Auf dem Weg zu einem integrierten Grenzschutz an den Außengrenzen der EU-Mitgliedstaaten. KOM(2002) 233 endgültig. Brüssel 2002. URL:

[http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2002/com2002\\_0233de01.pdf](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2002/com2002_0233de01.pdf)

(Stand: 14.08.2007).

**Kommission der Europäischen Gemeinschaften:** Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament vom 11.02.2003. Größeres Europa – Nachbarschaft: Ein neuer Rahmen für die Beziehungen der EU zu ihren östlichen und südlichen Nachbarn. KOM (2003) 104 endgültig. Brüssel 2003. URL:

[http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/com03\\_104\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/com03_104_de.pdf) (Stand: 03.07.2007).

**Kommission der Europäischen Gemeinschaften:** Mitteilung der Kommission vom 12.05.2004. Europäische Nachbarschaftspolitik – Strategiepapier. KOM(2004) 373 endgültig. Brüssel 2004. URL:

[http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/strategy/strategy\\_paper\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/strategy/strategy_paper_de.pdf) (Stand: 03.07.2007).

**Kommission der Europäischen Gemeinschaften:** Mitteilung der Kommission an den Rat vom 02.03.2005. Europäische Nachbarschaftspolitik. Empfehlungen für Armenien, Aserbaidschan und Georgien sowie für Ägypten und Libanon. KOM(2005) 72 endgültig. Brüssel 2005a. URL:

[http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2005/com2005\\_0072de01.pdf](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2005/com2005_0072de01.pdf)

(Stand: 02.07.2007).

**Kommission der Europäischen Gemeinschaften:** Mitteilung der Kommission vom 12.10.2005. Eine Strategie für die Außendimension des Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts. KOM(2005) 491 endgültig. Brüssel 2005b. URL:

[http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2005/com2005\\_0491de01.pdf](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2005/com2005_0491de01.pdf)

(Stand: 30.07.2007).

**Kommission der Europäischen Gemeinschaften:** Vorschlag für einen Beschluss des Rates über den Standpunkt der Europäischen Gemeinschaften und ihrer Mitgliedstaaten in dem durch das Abkommen über Partnerschaft und Zusammenarbeit zur Gründung einer Partnerschaft zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Ukraine andererseits eingesetzten Kooperationsrat im Hinblick auf die Annahme einer Empfehlung zur Umsetzung des Aktionsplans EU-Ukraine vom 24.01.2005. KOM(2004) 791 endgültig/2. Brüssel 2005c. URL:

[http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2004/com2004\\_0791de01.pdf](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2004/com2004_0791de01.pdf)

(Stand: 16.08.2007).

**Kommission der Europäischen Gemeinschaften:** Vorschlag für einen Beschluss des Rates zur Befähigung der im Rahmen des künftigen Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstruments förderfähigen Länder, in den Genuss des Programms für technische Hilfe und Informationsaustausch (TAIEX) zu kommen vom 19.07.2005. KOM(2005) 321 endgültig. Brüssel 2005d. URL:

[http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2005/com2005\\_0321de01.pdf](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2005/com2005_0321de01.pdf)

(Stand: 23.08.2007).

**Kommission der Europäischen Gemeinschaften:** Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen vom 13.10.2005. Der Beitrag der Kommission in der Zeit der Reflexion und danach: Plan D für Demokratie, Dialog und Diskussion. KOM(2005) 494 endgültig. Brüssel 2005e. URL:

[http://ec.europa.eu/commission\\_barroso/wallstrom/pdf/communication\\_planD\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/commission_barroso/wallstrom/pdf/communication_planD_de.pdf) (Stand: 27.08.2007).

**Kommission der Europäischen Gemeinschaften:** Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament vom 04.12.2006. Über die Stärkung der Europäischen Nachbarschaftspolitik. KOM(2006)726 endgültig. Brüssel 2006a. URL:

[http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/com06\\_726\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/com06_726_de.pdf) (14.08.2007)

**Kommission der Europäischen Gemeinschaften:** Grünbuch vom 08.03.2006. Eine europäische Strategie für nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energie. KOM(2006) 105 endgültig. Brüssel 2006b. URL:

[http://ec.europa.eu/energy/green-paper-energy/doc/2006\\_03\\_08\\_gp\\_document\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/energy/green-paper-energy/doc/2006_03_08_gp_document_de.pdf) (Stand: 07.08.2007).

**Kommission der Europäischen Gemeinschaften:** Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament vom 04.12.2006. Über das allgemeine Konzept zur Ermöglichung einer Beteiligung von ENP-Partnerstaaten an Gemeinschaftsagenturen und –programmen. KOM(2006) 724 endgültig. Brüssel 2006c. URL:

[http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/com06\\_724\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/com06_724_de.pdf) (Stand: 28.08.2007).

**Kommission der Europäischen Gemeinschaften:** Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament vom 22.06.2006. Jahresbericht 2006 über die Entwicklungspolitik der Europäischen Gemeinschaft und die Umsetzung der Außenhilfe im Jahr 2005. KOM(2006) 326 endgültig. Brüssel 2006d. URL:

[http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2006/com2006\\_0326de01.pdf](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2006/com2006_0326de01.pdf)  
(Stand: 12.11.2007).

**Kommission der Europäischen Gemeinschaften:** Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament vom 04.12.2006. Arbeitsdokument der Kommissionsdienststellen über die Stärkung der Europäischen Nachbarschaftspolitik. ENP-Fortschrittsbericht Ukraine. KOM(2006) 726 endgültig. Brüssel 2006e. URL:

[http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/sec06\\_1505-2\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/sec06_1505-2_de.pdf) (Stand: 06.01.2008).

**Kommission der Europäischen Gemeinschaften:** Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament vom 04.12.2006. Arbeitsdokument der Kommissionsdienststellen über die Stärkung der Europäischen Nachbarschaftspolitik. ENP-Fortschrittsbericht Moldau. KOM(2006) 726 endgültig. Brüssel 2006f. URL:

[http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/sec06\\_1506-2\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/sec06_1506-2_de.pdf) (Stand: 07.01.2008).

**Kommission der Europäischen Gemeinschaften:** Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat vom 08.11.2006. Erweiterungsstrategie und wichtigste Herausforderungen für den Zeitraum 2006 – 2007 mit Sonderbericht über die Fähigkeit der EU zur Integration neuer Mitglieder. KOM(2006) 649 endgültig. Brüssel 2006g. URL:

[http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key\\_documents/2006/nov/com\\_649\\_strategy\\_paper\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key_documents/2006/nov/com_649_strategy_paper_de.pdf) (Stand: 13.03.2008).

**Kommission der Europäischen Gemeinschaften:** Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament vom 17.02.2006. Über die Intensivierung der konkreten Zusammenarbeit. Neue Strukturen, neue Konzepte: Verbesserung der Beschlussfassung im gemeinsamen europäischen Asylsystem. KOM(2006) 67 endgültig. Brüssel 2006h. URL:

[http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2006/com2006\\_0067de01.pdf](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2006/com2006_0067de01.pdf)  
(Stand: 06.05.2008).

**Kommission der Europäischen Gemeinschaften:** Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat vom 25.01.2006. Thematisches Programm für die Zusammenarbeit mit Drittländern in den Bereichen Migration und Asyl. KOM(2006) 26 endgültig. Brüssel 2006i. URL:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2006:0026:FIN:DE:PDF>  
(Stand: 07.05.2008).

**Kommission der Europäischen Gemeinschaften:** Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament vom 11.04.2007. Die Schwarzmeersynergie – eine neue Initiative der regionalen Zusammenarbeit. KOM(2007) 160 endgültig. Brüssel 2007a. URL:

[http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/com07\\_160\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/com07_160_de.pdf) (Stand: 03.07.2007).

**Kommission der Europäischen Gemeinschaften:** Mitteilung der Kommission an den Europäischen Rat und das Europäische Parlament vom 10.01.2007. Eine Energiepolitik für Europa. KOM(2007) 1 endgültig. Brüssel 2007b. URL:

[http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2007/com2007\\_0001de01.pdf](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2007/com2007_0001de01.pdf)  
(Stand: 12.08.2007).

**Kommission der Europäischen Gemeinschaften:** Mitteilung der Kommission vom 05.12.2007. Für eine starke Europäische Nachbarschaftspolitik. KOM(2007) 774 endgültig. Brüssel 2007c. URL:

[http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/com07\\_774\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/com07_774_de.pdf) (Stand: 08.01.2008).

**Kommission der Europäischen Gemeinschaften:** Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, an den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und an den Ausschuss der Regionen vom 16.05.2007. Anwendung des Gesamtansatzes zur Migration auf die östlichen und südöstlichen Nachbarregionen der Europäischen Union. KOM(2007) 247 endgültig. Brüssel 2007d. URL:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2007:0247:FIN:DE:PDF>  
(Stand: 26.03.2008).

**Kommission der Europäischen Gemeinschaften:** Mitteilung der Kommission an das Parlament und den Rat vom 03.04.2008. Umsetzung der Europäischen Nachbarschaftspolitik im Jahr 2007. KOM(2008) 164. Brüssel 2008a. URL:

[http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/progress2008/com08\\_164\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/progress2008/com08_164_de.pdf) (Stand: 05.04.2008).

**Kommission der Europäischen Gemeinschaften:** Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament vom 19.06.2008. Bericht über das erste Umsetzungsjahr der Schwarzmeersynergie. KOM(2008) 391 endgültig. Brüssel 2008b. URL:

[http://ec.europa.eu/external\\_relations/blacksea/doc/com08\\_391\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/external_relations/blacksea/doc/com08_391_de.pdf) (Stand: 26.06.2008).

**Kommission der Europäischen Gemeinschaften:** Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat vom 03.12.2008. Östliche Partnerschaft. KOM(2008) 823 endgültig. Brüssel 2008c. URL:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2008:0823:FIN:DE:PDF>  
(Stand: 04.12.2008).

**Kommission der Europäischen Gemeinschaften:** Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat vom 24.09.2008. Europäischer Strategierahmen für die internationale wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit. KOM(2008) 588 endgültig. Brüssel 2008d. URL: [http://ec.europa.eu/research/era/pdf/com\\_2008\\_588\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/research/era/pdf/com_2008_588_de.pdf)  
(Stand: 04.12.2008).

**Kozak Memorandum:** Russian Draft Memorandum on the basic principles of the state structure of a united state in Moldova (Kozak Memorandum). 2003. URL:

[http://www.pridnestrovie.net/kozak\\_memorandum.html](http://www.pridnestrovie.net/kozak_memorandum.html) (Stand: 15.01.2008).

**Kramer, David J. (Deputy Assistant Secretary for European and Eurasian Affairs, USA):** Resolving the Transnistria Conflict. Remarks at Conference. Chischnau 2006. URL:

<http://www.state.gov/p/eur/rls/rm/72873.htm> (Stand: 15.01.2008).

**Landaburu, Eneko:** From Neighbourhood to Integration Policy: are there concrete alternatives to enlargement? CEPS Conference "Revitalising Europe". Rede vom 23. Januar 2006. Brüssel 2006. URL:

[http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/060223\\_el\\_ceps\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/060223_el_ceps_en.pdf) (Stand: 25.07.2007).

**Lavrov, Sergei:** Russia in Global Affairs. In: *The Moscow News*. Nr. 7/ 2006. URL: <http://english.mn.ru/english/issue.php?2006-8-2> (Stand: 14.01.2008).

**Merkel, Angela:** Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Angela Merkel. Berlin 2006. URL:

[http://www.bundesregierung.de/nn\\_1502/Content/DE/Regierungserklaerung/2006/05/2006-05-11-regierungserklaerung-von-bundeskanzlerin-angela-merkel.html](http://www.bundesregierung.de/nn_1502/Content/DE/Regierungserklaerung/2006/05/2006-05-11-regierungserklaerung-von-bundeskanzlerin-angela-merkel.html) (Stand: 12.08.2007).

**Merkel, Angela:** Regierungserklärung der Bundeskanzlerin zum EU-Frühjahrgipfel. Berlin 2007a. URL:

[http://www.bundesregierung.de/nn\\_1502/Content/DE/Regierungserklaerung/2007/2007-03-01-regierungserklaerung-merkel-eu-fruehjahrgipfel.html](http://www.bundesregierung.de/nn_1502/Content/DE/Regierungserklaerung/2007/2007-03-01-regierungserklaerung-merkel-eu-fruehjahrgipfel.html) (Stand: 12.08.2007).

**Merkel, Angela:** Europa muss eine Vorreiterrolle spielen. In: *Süddeutsche Zeitung*. SZ-Interview vom 04.03.2007. 2007b. URL:

<http://www.sueddeutsche.de/deutschland/artikel/331/104227/> (Stand: 12.08.2007).



**Ministry of Defence (Republic of Armenia):** National Security Strategy, approved at the session of National Security Council at the RA President office vom 26. Januar 2007. 2007. URL: <http://www.mil.am/eng/?page=49> (Stand: 13.11.2007).

**Ministry of Defence (Republic of Georgia):** National Security Concept of Georgia. 2007. URL: <http://www.mod.gov.ge/?l=E&m=3&sm=1> (Stand: 13.11.2007).

**Ministry of Defence (Republic of Moldova):** National Security Concept of Republic of Moldova (*Moldawisch*). 1995. URL: <http://www.army.gov.md/legi/Conceptia%20securitatii.htm> (Stand: 13.11.2007).

**Ministry of Foreign Affairs of the Republic of Georgia:** Foreign Policy Strategy 2006-2009. 2006. URL: [http://www.mfa.gov.ge/files/115\\_1973\\_997704\\_Strategy\\_MFA2006-2009En.pdf](http://www.mfa.gov.ge/files/115_1973_997704_Strategy_MFA2006-2009En.pdf) (Stand: 25.03.2008).

**Ministry of Foreign Affairs of the Republic of Poland:** Non-paper with Polish proposals concerning policy towards new eastern neighbours after EU enlargement. In: Stefan Batory Foundation: EU Enlargement and Neighbourhood Policy. Proceedings of the conference held by the Stefan Batory Foundation in co-operation with the Ministry of Foreign Affairs of the Republic of Poland on 20-21 February 2003 in Warsaw. Warschau 2003. S. 85 – 98.

**Ministry of Foreign Affairs of the Republic of Ukraine:** Joint Statement of the Ministers of Foreign Affairs of the countries of the European Union and of the wider Black Sea area. Kiew 2008. URL: [http://ec.europa.eu/external\\_relations/blacksea/doc/joint\\_statement\\_blacksea\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/external_relations/blacksea/doc/joint_statement_blacksea_en.pdf) (Stand: 13.03.2008).

**Office of the Press Secretary (USA):** Fact Sheet: Improving Border Security and Immigration within Existing Law. 2007. URL: <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2007/08/20070810.html> (Stand: 26.08.2007).

**Official Journal of the European Union:** Council Joint Action 2004/523/CFSP vom 28. Juni 2004. On the European Union Rule of Law Mission in Georgia EUJUST THEMIS. L 228. 2004. S. 21 – 24. URL: [http://www.eur-lex.europa.eu/pri/en/oj/dat/2004/l\\_228/l\\_22820040629en00210024.pdf](http://www.eur-lex.europa.eu/pri/en/oj/dat/2004/l_228/l_22820040629en00210024.pdf) (Stand: 02.07.2007).

**Official Journal of the European Union:** Council Joint Action 2005/776/CFSP vom 7. November 2005. Amending the mandate of the European Union Special Representative for Moldova. L 292. 2005. S. 13 – 14. URL: [http://www.eubam.org/files/0-99/79/Joint\\_Action.pdf](http://www.eubam.org/files/0-99/79/Joint_Action.pdf) (Stand: 02.07.2007).

**Official Journal of the European Union:** Council Decision vom 29. Mai 2006. On the conclusion by the European Community of the Energy Community Treaty (2006/500/EC). L 198/15. 2006. URL:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2006:198:0015:0017:EN:PDF>  
(Stand: 30.01.2008).

**Official Journal of the European Union:** Council Joint Action 2007/107/CFSP vom 15. Februar 2007. Appointing the European Union Special Representative for the Republic of Moldova. L 46/59. 2007. URL:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2007:046:0059:0062:EN:PDF>  
(Stand: 13.01.2008).

**Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD):** Conflict Prevention and Development Co-operation Papers. In: *Off-Print of the DAC Journal*. Bd. 2. Nr. 3/ 2001. URL: <http://www.oecd.org/dataoecd/31/24/1843044.pdf> (Stand: 17.07.2007).

**Overview of EC Assistance in Abkhazia and South Ossetia:** URL:

<http://www.delgeo.cec.eu.int/en/programmes/rehabilitation.html> (Stand: 14.01.2008).

**Österreichische Gesellschaft für Umwelt und Technik:** Umwelttechnikmärkte in Russland, der Ukraine und Georgien. Bericht 2006. Kurzfassung. 2006. URL:

[http://www.oegut.at/downloads/pdf/kurzfassung\\_studie\\_up5.pdf](http://www.oegut.at/downloads/pdf/kurzfassung_studie_up5.pdf) (Stand: 02.02.2008).

**Patten, Christopher/ Solana, Javier:** Wider Europe vom 07.02.2002. 2002. URL:

[http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/\\_0130163334\\_001\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/_0130163334_001_en.pdf) (Stand: 18.07.2007).

**Parvanow, Georgi:** Ansprache des Präsidenten Georgi Parvanow bei der Eröffnung des Konzerts anlässlich des Russlandjahres in Bulgarien (*Bulgarisch*) vom 17.01.2008. 2008a. URL: <http://www.president.bg/news.php?id=2998&st=0> (Stand: 03.02.2008).

**Parvanow, Georgi:** Mit Putin haben wir europäische Projekte verwirklicht. In: *Trud*. Interview des bulgarischen Präsidenten Georgi Parvanow für die Zeitung *Trud* (*Bulgarisch*) vom 21.01.2008. 2008b. URL: <http://www.president.bg/news.php?id=2991&st=0> (Stand: 03.02.2008).

**Polish-Swedish Proposal:** Eastern Partnership. 23 Mai 2008. URL:

<http://www.euractiv.com/de/erweiterung/polen-schweden-verteidigen-initiative-osten/article-172666> (Stand: 25.05.2008).

**Portuguese Presidency:** ESDP Portuguese Presidency Programme. Portuguese priorities in the area of European Security and Defence Policy (ESDP) during its EU Council Presidency. Lissabon 2007. URL: <http://www.eu2007.pt/NR/rdonlyres/568E48CA-3786-4338-A1B3-13AB18CD9C61/0/PESDEN.pdf> (Stand: 13.08.2007).

**President of the Republic of Azerbaijan:** National Security Concept of the Republic of Azerbaijan. Approved by Instruction Nr. 2198 of the President of the Republic of Azerbaijan vom 23. Mai 2007. 2007. URL:

[http://www.mfa.gov.az/ssi\\_eng/foreign\\_policy/inter\\_affairs/nsc/NSC.pdf](http://www.mfa.gov.az/ssi_eng/foreign_policy/inter_affairs/nsc/NSC.pdf) (Stand: 13.11.2007).

**President of the Republic of Ukraine:** Programme of Ukraine's integration into the European Union (*Ukrainisch*). President decision Nr. 1072. Kiew 2000. URL:

[http://www.kmu.gov.ua/kmu/control/en/publish/article?showHidden=1&art\\_id=63018474&cat\\_id=63017345&ctime=1169112529749](http://www.kmu.gov.ua/kmu/control/en/publish/article?showHidden=1&art_id=63018474&cat_id=63017345&ctime=1169112529749) (Stand: 13.11.2007).

**Press Release (Office for Democratic Institutions and Human Rights):** Kazakh elections: progress and problems. 2007. URL: [http://www.osce.org/odihr/item\\_1\\_25959.html](http://www.osce.org/odihr/item_1_25959.html) (Stand: 21.08.2007).

**Press Releases (EU):** Kommission beschließt über weitere Schritte zur Fortentwicklung ihrer Politik eines "Größeren Europa". IP/03/963. Brüssel 2003. URL:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/03/963&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en> (Stand: 23.08.2007).

**Press Releases (EU):** Die EU und die Länder des Schwarzmeer- und des kaspischen Raums vereinbaren gemeinsame Energiestrategie, IP/06/1657, Brüssel, 2006a, abgerufen unter: <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/06/1657&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en> (07.08.2007)

**Press Releases (EU):** Kasachstan und Europäische Union setzen mit einer gemeinsamen Absichtserklärung den Rahmen für ihre energiepolitischen Beziehungen. IP/06/1679. Brüssel 2006b. URL:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/06/1679&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en> (Stand: 07.08.2007).

**Press Releases (EU):** Energie für Europa durch Versorgungssicherheit und einen echten Markt. IP/07/1361. Brüssel 2007. URL:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1361&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en> (Stand: 08.10.2007).

**Prodi, Romano:** A Wider Europe - A Proximity Policy as the key to stability. Sixth ECSA-Conference. SPEECH/02/619 vom 5-6. Dezember 2002. Brüssel 2002. URL: [http://ec.europa.eu/comm/external\\_relations/news/prodi/sp02\\_619.htm](http://ec.europa.eu/comm/external_relations/news/prodi/sp02_619.htm) (Stand: 24.02.2007).

**Putin, Wladimir:** 50 Years of the European Integration and Russia. 2005. URL:

[http://www.kremlin.ru/eng/speeches/2007/03/25/1133\\_type104017\\_120738.shtml](http://www.kremlin.ru/eng/speeches/2007/03/25/1133_type104017_120738.shtml) (Stand: 11.04.2008).

**Putin, Wladimir:** Annual Address to the Federal Assembly. 2006. URL:

[http://www.kremlin.ru/eng/speeches/2006/05/10/1823\\_type70029type82912\\_105566.shtml](http://www.kremlin.ru/eng/speeches/2006/05/10/1823_type70029type82912_105566.shtml)

(Stand: 15.04.2008).

**Rat der Europäischen Union:** Erklärung des Vorsitizes im Namen der Europäischen Union zum Transnistrien-Konflikt in der Republik Moldau. 15272/02 (Presse 387). Brüssel 2002.

URL: [http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms\\_Data/docs/pressData/de/cfsp/73506.pdf](http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/cfsp/73506.pdf)

(Stand: 15.01.2008).

**Rat der Europäischen Union:** Ziviles Planziel 2008. 15863/04. Brüssel 2004a. URL:

<http://register.consilium.eu.int/pdf/de/04/st15/st15863.de04.pdf> (Stand: 28.08.2007).

**Rat der Europäischen Union:** Mitteilung an die Presse. 2582. Tagung des Rates. 9210/04 (Presse 149). Brüssel 2004b. URL:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=PRES/04/149&language=de> (Stand: 28.08.2007).

**Rat der Europäischen Union:** Mitteilung an die Presse. 2622. Tagung des Rates. 14724/04 (Presse 325). Brüssel 2004c. URL:

[http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms\\_Data/docs/pressData/de/gena/82928.pdf](http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/gena/82928.pdf) (Stand: 04.02.2008).

**Rat der Europäischen Union:** Eine Strategie für die externe Dimension der JI-Politik: Freiheit, Sicherheit und Recht im globalen Maßstab. 15446/05. Brüssel 2005. URL:

<http://register.consilium.eu.int/pdf/de/05/st15/st15446.de05.pdf> (Stand: 02.09.2007).

**Rat der Europäischen Union:** Achtzehnmonatsprogramm des deutschen, des portugiesischen und des slowenischen Vorsitizes. 17079/06 POLGEN 125. Brüssel 2006a.

URL: [http://www.eu2007.de/includes/Download\\_Dokumente/Trio-Programm/triodeutsch.pdf](http://www.eu2007.de/includes/Download_Dokumente/Trio-Programm/triodeutsch.pdf)

(Stand: 13.08.2007).

**Rat der Europäischen Union:** Erklärung des Vorsitizes im Namen der Europäischen Union zum „Referendum“ und zu den „Präsidentschaftswahlen“ in Südossetien, Georgien vom 12.

November 2006. 15030/06 (Presse 312). Brüssel 2006b. URL:

[http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms\\_Data/docs/pressData/de/cfsp/91717.pdf](http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/cfsp/91717.pdf) (Stand: 15.01.2008).

**Rat der Europäischen Union:** Erklärung des Vorsitizes im Namen der Europäischen Union über das „Verfassungsreferendum“ im Berg-Karabach am 10. Dezember 2006. 16553/06

(Presse 359). Brüssel 2006c. URL:

[http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms\\_Data/docs/pressData/de/cfsp/92127.pdf](http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/cfsp/92127.pdf) (Stand: 15.01.2008).

**Rat der Europäischen Union:** Die EU und Zentralasien: Strategie für eine neue Partnerschaft. 2007a. URL:

<http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Europa/Aussenpolitik/Regionalabkommen/Zentralasien-Strategie-Text-D.pdf> (Stand: 07.08.2007).

**Rat der Europäischen Union:** Europäischer Rat Brüssel vom 8./9. März 2007. Schlussfolgerungen des Vorsitzes. 7224/1/07. Brüssel 2007b. URL:

[http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms\\_Data/docs/pressData/de/ec/93139.pdf](http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/93139.pdf) (Stand: 23.01.2008).

**Rat der Europäischen Union:** Mitteilung an die Presse. 2851. Tagung des Rates. Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen. 6496/08 (Presse 41). Brüssel 2008a. URL:

[http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms\\_Data/docs/pressData/de/gena/99070.pdf](http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/gena/99070.pdf) (Stand: 21.04.2008).

**Rat der Europäischen Union:** Außerordentliche Tagung des Europäischen Rates vom 1. September 2008 in Brüssel. Schlussfolgerungen des Vorsitzes. 12594/08, 1. September 2008b Brüssel. URL:

<http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Georgien/Aktuell/080901-ratsschlussfolgerungen.pdf> (Stand: 02.10.2008).

**Reporters without borders:** Worldwide Press Freedom Index 2007. 2007. URL:

[http://www.rsf.org/IMG/pdf/index\\_2007\\_en.pdf](http://www.rsf.org/IMG/pdf/index_2007_en.pdf) (Stand: 30.10.2007).

**Rogosin, Dmitrij:** Das ist eine Provokation. In: *Der Spiegel*. Nr. 11/ 2008. S. 123. Moskaus NATO-Botschafter, Dmitrij Rogosin, über die mögliche Mitgliedschaft der Ukraine und Georgiens im westlichen Bündnis, ein neues Wettrüsten und die Kooperation in Afghanistan.

**Sarkozy, Nicolas:** State Visit to Morocco, Tangiers. Speech by M. Nicolas Sarkozy, President of the Republic vom 23. Oktober 2007. 2007. URL:

[http://www.ambafrance-us.org/news/statmnts/2007/state\\_visit\\_morocco\\_sarkozy\\_speech102407.asp](http://www.ambafrance-us.org/news/statmnts/2007/state_visit_morocco_sarkozy_speech102407.asp) (Stand: 04.11.2007).

**Solana, Javier:** Ein sicheres Europa in einer besseren Welt. Europäische Sicherheitsstrategie. Paris 2003. URL:

<http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/031208ESSIIDE.pdf> (Stand: 30.04.2007).

**Stefan-Bastl, Jutta:** Europa muss ein „global player“ sein. In: *SEF News*. Nr. 14/ Mai 2002. S. 9. Interview mit der Leiterin der Abteilung Europäische Sicherheit und Zusammenarbeit im Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten. Wien.

**Steinmeier, Frank-Walter:** Verflechtung und Integration. Eine neue Phase der Ostpolitik der EU: Nicht Abgrenzung, sondern Vernetzung lautet das Gebot der Globalisierung. In: *Internationale Politik*. Nr. 3/ 2007a. S. 6 – 11.

**Steinmeier, Frank-Walter:** Die Seidenstraße neu beleben. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 30.6.2007. Namensartikel von Bundesminister Frank-Walter Steinmeier. 2007b. URL:

<http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Infoservice/Presse/Interviews/2007/070630-FazZentralasien.html> (Stand: 31.8.2008).

**Steinmeier, Frank-Walter:** Vision einer vertieften Kooperation mit Leben füllen. 2008. URL:

<http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Infoservice/Presse/Interviews/2008/080213-steinmeier-schwarzmeerinitiative.html> (Stand: 17.05.2008).

**The European Round Table of Industrialists:** ERT's Vision of a Bigger Single Market. The Position of the European Round Table of Industrialists on the EU's Neighbourhood Policy. Brüssel 2004. URL: <http://www.ert.be/doc/0039.pdf> (Stand: 14.08.2007).

**The Shanghai Cooperation Organization:** Declaration on Establishment of Shanghai Cooperation Organisation. 2001a. URL: <http://www.sectsco.org/html/00088.html> (Stand: 16.03.2008).

**The Shanghai Cooperation Organization:** Shanghai Convention on Combating Terrorism, Separatism and Extremism. 2001b. URL:

<http://www.sectsco.org/html/00093.html> (Stand: 18.03.2008).

**The Shanghai Cooperation Organization:** Charter of Shanghai Cooperation Organisation, 2002, <http://www.sectsco.org/html/00096.html> (16.03.2008)

**The Shanghai Cooperation Organization:** Tashkent Declaration of Heads of Member States of Shanghai Cooperation Organisation. 2004. URL:

<http://www.sectsco.org/html/00119.html> (Stand: 16.03.2008).

**The Shanghai Cooperation Organization:** Declaration of Heads of Member States of Shanghai Cooperation Organisation. Astana 2005a. URL:

<http://www.sectsco.org/html/00500.html> (Stand: 17.03.2008).

**The Shanghai Cooperation Organization:** Protocol on establishment of SCO-Afghanistan contact group between Shanghai Cooperation Organisation and Islamic Republic of Afghanistan. 2005b. URL: <http://www.sectsko.org/html/00649.html> (Stand: 17.03.2008).

**The Shanghai Cooperation Organization:** Bishkek Declaration. 2007. URL: <http://www.sectsko.org/html/01753.html> (Stand: 16.03.2008).

**The White House:** The National Security Strategy of the United States of America. 2002. URL: <http://www.whitehouse.gov/nsc/nss.pdf> (Stand: 18.07.2007).

**Timoshenko, Yuliya:** Containing Russia. In: *Foreign Affairs*. Mai/ Juni 2007. URL: <http://www.foreignaffairs.org/20070501faessay86307-p0/yuliya-tymoshenko/containing-russia.html> (Stand: 02.03.2008).

**Transparency International Secretariat:** Transparency International Corruption Perceptions Index 2006. Berlin 2006. URL: [http://www.transparency.de/uploads/media/06-11-03\\_CPI\\_2006\\_press\\_pack\\_deutsch.pdf](http://www.transparency.de/uploads/media/06-11-03_CPI_2006_press_pack_deutsch.pdf) (Stand: 08.01.2007).

**Vaitiekunas, Petras:** Rede des litauischen Außenministers Petras Vaitiekunas auf der internationalen Konferenz „Caspian Outlook 2008“ in Bled (Slowenien) vom 27.08.2006. Bled 2006. URL: <http://www.bledstrategicforum.org/archive/program.shtml> (Stand: 03.09.2007).

**Vertrag über eine Verfassung für Europa:** CIG 87/04 vom 06.08.2004. Brüssel 2004. URL: <http://ue.eu.int/igcpdf/de/04/cg00/cg00087.de04.pdf> (Stand: 27.03.2007).

**What's new on Europa?:** URL: <http://europa.eu/geninfo/whatsnew.htm> (Stand: 02.07.2007).

**World Bank:** Russian Economic Report Nr. 13 vom Dezember 2006. World Bank Moscow Office. Moskau 2006. URL: [http://ns.worldbank.org.ru/files/rer/RER\\_13\\_eng.pdf](http://ns.worldbank.org.ru/files/rer/RER_13_eng.pdf) (Stand: 29.01.2008).

### **Interviews durch den Autor:**

**Charles Tannock:** Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und europäischer Demokraten (Großbritannien), Mitglied des Europäischen Parlaments. Online-Interview vom 16.03.2008.

**Markus Pieper:** Fraktion der Europäischen Volkspartei (Deutschland), Mitglied des Europäischen Parlaments. Interview vom 07.04.2008 in Münster.

**Ruprecht Polenz:** Bundestagsabgeordneter (CDU). Interview vom 14.04.2008 in Münster.

**John O'Rourke:** Head of Unit: European Neighbourhood Policy General Coordination. Online-Interview vom 22.07.2008.

## Anhang I

Land	2003	2004	2005	2006	2007
<b><u>Armenien</u></b>					
BIP pro Kopf (in US \$)	873	1,104	k.A.		
Beitrag der Industrie im BIP (in %)	19,9	19,7	k.A.		
Beitrag der Landwirtschaft im BIP (in %)	21,3	22,5	k.A.		
<b><u>Aserbaidschan</u></b>					
BIP pro Kopf (in US \$)	881	1,051	1,577	2,363	k.A.
Beitrag der Industrie im BIP (in %)	37,2	38,3	47,5	57,5	k.A.
Beitrag der Landwirtschaft im BIP (in %)	12,2	10,8	9	6,9	k.A.
<b><u>Belarus</u></b>					
BIP pro Kopf (in US \$)	1,81	2,361	3,032	k.A.	
Beitrag der Industrie im BIP (in %)	30,8	32,7	32,3	k.A.	
Beitrag der Landwirtschaft im BIP (in %)	9,8	10,3	k.A.	k.A.	
<b><u>Georgien</u></b>					
BIP pro Kopf (in US \$)	877	1,139	1,416	k.A.	
Beitrag der Industrie im BIP (in %)	17,7	16,1	15,6	k.A.	
Beitrag der Landwirtschaft im BIP (in %)	19,3	16,4	14,8	k.A.	
<b><u>Moldau</u></b>					
BIP pro Kopf (in US \$)	547	767	883	988	1,216
Beitrag der Industrie im BIP (in %)	20,5	20,5	17	k.A.	k.A.
Beitrag der Landwirtschaft im BIP (in %)	18,3	17,5	14,2	k.A.	k.A.
<b><u>Ukraine</u></b>					
BIP pro Kopf (in US \$)	1,053	1,371	1,831	2,259	k.A.
Beitrag der Industrie im BIP (in %)	27,2	25,8	25,6	k.A.	k.A.
Beitrag der Landwirtschaft im BIP (in %)	10,9	10,8	9,2	9,2	k.A.

Tabelle 11: Wirtschaftsindikatoren der ENP-Staaten, eigene Darstellung, Datenquelle: Document of the European Bank for Reconstruction and Development, 2006a, S. 53; Document of the European Bank for Reconstruction and Development, 2006b, S. 39; Document of the European Bank for Reconstruction and Development, 2006c, S. 29; Document of the European Bank for Reconstruction and Development, 2007a, S.33; Document of the European Bank for Reconstruction and Development, 2007b, S. 49; Document of the European Bank for Reconstruction and Development, 2007c, S. 73



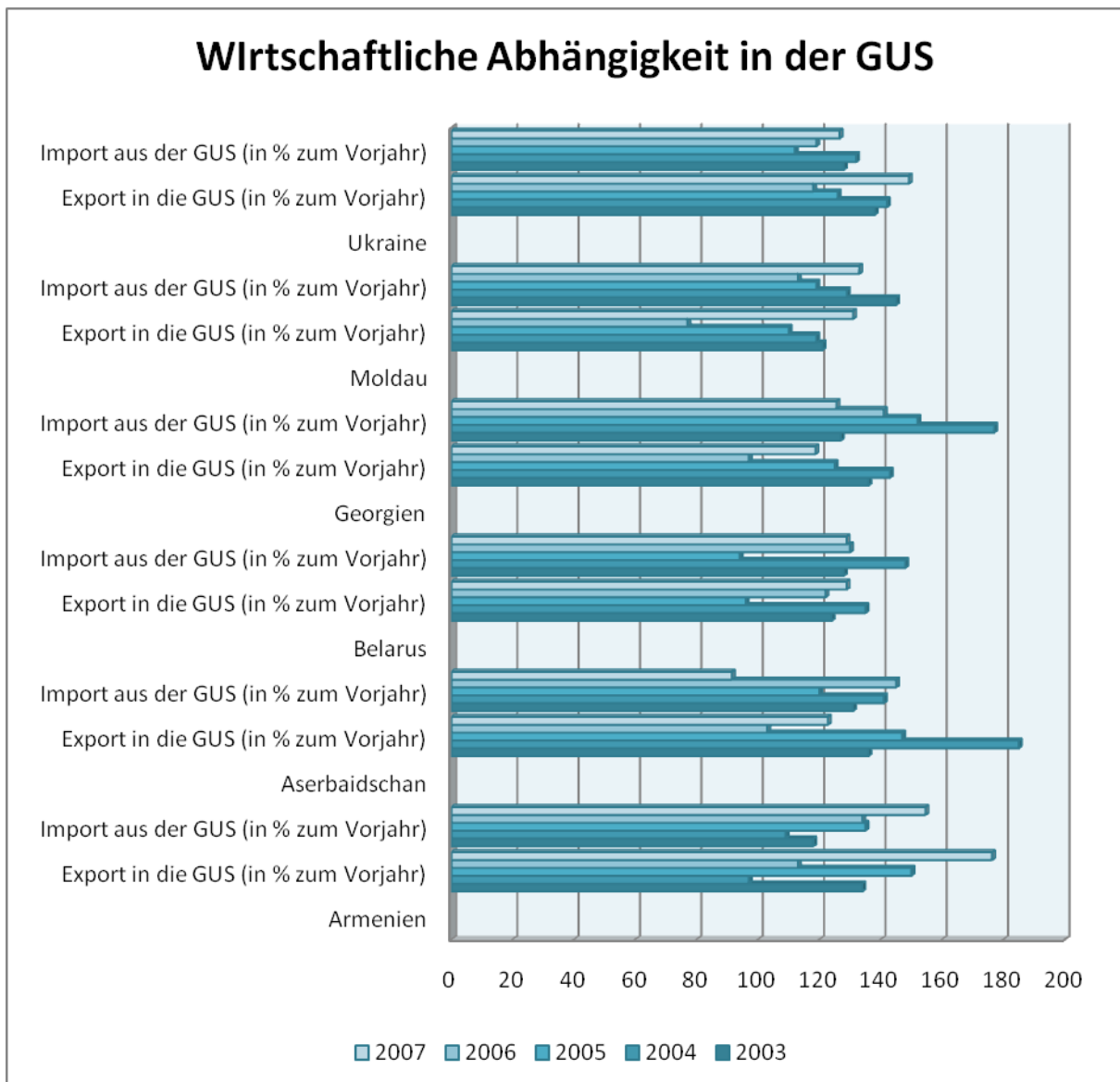


Abbildung 300: Wirtschaftliche Abhängigkeit in der GUS, eigene Darstellung, Datenquelle: Interstate Statistical Committee of the Commonwealth of Independent States (<http://www.cisstat.com/eng/index.htm#statinfo>), 13.02.2008

Abchasien	Südossetien	Nagorno-Karabach
25.08.1990 – staatliche Unabhängigkeitserklärung 22.02.1992 – Annullierung der georgischen Verfassung von 1978 und Inkrafttreten der Verfassung von 1921 23.07.1992 – Annullierung der abchasischen Verfassung von 1978 und Inkrafttreten	20.09.1990 – Unabhängigkeitserklärung; Wahl einer Volksvertretung; Nichtanerkennung durch Georgien; erste militärische Auseinandersetzungen 1991 – Georgien schickt Militärtruppen nach Südossetien	10.12.1991 – staatliche Unabhängigkeitserklärung; Ausbruch des bewaffneten Konflikts 26.11.1991 – Per Gesetz werden die Autonomiebestrebungen durch Aserbaidshan verboten

<p>der Verfassung von 1925, die eine Union Abchasiens mit Georgien auf gleichberechtigter Grundlage festschreibt</p> <p><i>August 1992</i> – militärischer Eingriff Georgiens in den politisch-ethnischen Konflikt zwischen Georgien und Abchasien</p> <p><i>1993</i> – UNOMIG (Mission der UNO in Georgien)*</p> <p><i>14.05.1994</i> – Waffenstillstand; Überwachung durch United Nations Observer Mission in Georgia; 3 000 Mann starke (vor allem russische Militärs) Friedenstruppe kontrollieren eine 30 Kilometer lange Sicherheitszone im Gebiet des georgisch-abchasischen Konfliktes</p> <p><i>1997</i> - georgisch-abchasischer Koordinierungsrat für die Überwindung des Konfliktes</p> <p><i>1998</i> - erneute heftige abchasisch-georgische Gefechte</p> <p><i>Oktober 2001</i> – erneuter bewaffneter Konflikt in der Grenzregion</p> <p><i>Juli 2002</i> – UN-Resolution zum Verbleib der autonomen Republik im georgischen Staat</p> <p><i>2002, 2003, 2004</i> – Ersuche zu assoziierten Beziehungen mit der Russischen Föderation</p> <p><i>2006</i> – Georgisch-Abchasischer Friedensplan</p> <p><i>2008</i> – Saakaschwili's</p>	<p><i>Januar 1992</i> – Referendum in Südossetien zur Vereinigung zwischen Süd- und Nordossetien</p> <p><i>28.05.1992</i> – staatliche Unabhängigkeit; anerkannt nur durch Transnistrien, Abchasien und Nagorno-Karabach</p> <p><i>24.06.1992</i> – Waffenstillstand in Südossetien, Vereinbarung für eine gemeinsame russisch-georgisch-ossetische Friedenstruppe und einen gemischten Kontrollrat</p> <p><i>1993</i> – UNOMIG (Mission der UNO in Georgien)*</p> <p><i>30.11.1996</i> – erste Präsidentschaftswahlen (Ludwig Tschiborow)</p> <p><i>08.12.2001</i> – erneute Präsidentschaftswahlen (Eduard Kokoita); Aufforderung Russlands zur Anerkennung und Angliederung in die Föderation</p> <p><i>2004</i> – Rückzug der georgischen Soldaten, die nicht zur gemeinsamen Friedenstruppe gehören; Einigung zwischen Georgien und Südossetien, die Region zu entmilitarisieren</p> <p><i>2005</i> – Saakaschwili präsentiert einen Plan für die friedliche Lösung des Südossetien-Konflikts vor dem Europarat. Er sieht eine größere Autonomie sowie eine eigene Exekutive und Legislative für Südossetien vor; Ablehnung durch</p>	<p><i>08.07.1992</i> – Nichtanerkennung durch Armenien</p> <p><i>Sommer 1992</i> – Schaffung der Minsker Gruppe der OSZE als Mediator im Konflikt</p> <p><i>1993</i> – Anerkennung der territorialen Integrität Aserbaidshans durch die UNO</p> <p><i>Mai 1994</i> – Waffenstillstand (dauert bis heute an); föderalistische Ansätze zur Lösung des Konflikts</p> <p><i>1997</i> – Vorschlag der Minsker Gruppe der OSZE zur bilateralen Lösung des Konflikts zwischen Armenien und Aserbaidshans (beide Seiten akzeptieren den Vorschlag) ohne die Berücksichtigung Nagorno-Karabachs</p> <p><i>2001</i> – weiter erfolglose Gespräche zwischen Armenien und Aserbaidshans</p> <p><i>Januar 2005</i> – Europarat kritisiert die armenische Okkupation Nagorno-Karabachs</p> <p><i>11.10.2005</i> – Bericht der Internationalen Krisengruppe "Nagorno-Karabakh: A Plan For Peace"</p> <p><i>10.12.2006</i> – Verfassungsreferendum; Nichtanerkennung durch Aserbaidshans</p> <p><i>Oktober 2007</i> – Präsidentschaftswahlen (Bako Sahakyan); weitere Bestrebungen zur Anerkennung des</p>
--	--	--

Vorschlag: Gemeinsame Freihandelszone; Abchasische Repräsentation in der Regierung Georgiens; Abchasischer Vizepräsident mit Veto-Recht; Russland als Mediator	Südostetien 2006 – Georgien fordert den Abzug Russlands aus der Friedenstruppe auf	unabhängigen Status
--	---	---------------------

Tabelle 12: Chronologie der Sezessionskonflikte im Südkaukasus, eigene Darstellung. \*AM 16.06.2009 hat Russland die Verlängerung des Mandats durch sein Veto im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen gehindert. China, Libyen, Uganda und Vietnam enthielten sich bei dem Votum. Quelle: Zusammenstellung auf der Basis verschiedener Quellen und Sekundärliteratur durch den Autor.

## Transnistrien-Konflikt

02.09.1990 – Transnistrische Moldauische Republik

27.08.1991 – Souveränitätserklärung der Republik Moldau

November 1990 – erste Auseinandersetzungen zwischen Moldau und Transnistrien

1. März 1992 bis zum 25. Juli 1992 – Bürgerkrieg; Beendigung unter Vermittlung Russlands

1992 – Errichtung einer gemeinsamen Kontrollkommission (JCC) zum Monitoring des Friedensprozesses

Seit 1993 – Versuche der KSZE/ OSZE zur Niederlegung des Konflikts (April 1993 – KSZE Mission in Chischinau)

Oktober 1994 – bilaterales Abkommen zum Abzug der 14. Russischen Armee; Stillstand beim Abzug aufgrund der Prämissen Russlands, dass Moldau die Stationierung russischer Truppen auf moldauischem Territorium ablehnt

08.05.1997 – Memorandum of Understanding on the Bases for the Normalization of Relations between the Republic of Moldova and Transnistria (Ablehnung in Moldau und Transnistrien)

16.07.1999 – Gemeinschaftsabkommen zur Normalisierung der Beziehungen zwischen Moldau und Transnistrien

16.05.2001 – Vorschlag Voronins zur Lösung des Konflikts

August 2000 – Primakow-Projekt (Ablehnung durch beide Konfliktparteien)

Juli 2002 – Kiew-Dokument zur Bildung einer Föderation (Unklarheiten in Bezug auf Föderationskörperschaften)

2003 – Gemeinsame Verfassungskommission zwischen Moldau und Transnistrien zur

Erarbeitung einer gemeinsamen Verfassung (Vorschlag des kommunistischen Präsidenten Voronin)

2003 – Kozak-Memorandum

2005 – Juschtschenko-Plan

30.11.2005 – EUBAM Moldau/Ukraine

August 2006 – Internationales Kooperationsprojekt für peace building und Konflikttransformation in Moldau und Transnistrien (rumänischer Vorschlag)

18.09.2006 – Abstimmung zur Unabhängigkeit von Moldau und zum Anschluss an Russland; Nichtanerkennung durch die OSZE

Tabelle 13: Chronologie des Transnistrien-Konflikts, eigene Darstellung, Quelle: Zusammenstellung auf der Basis verschiedener Quellen und Sekundärliteratur durch den Autor.

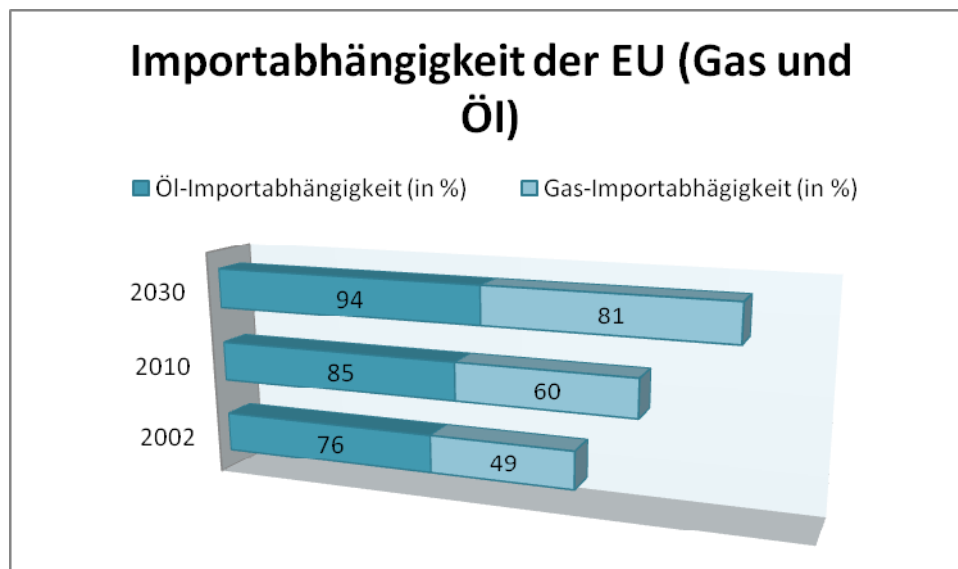


Abbildung 311: Importabhängigkeit der EU von fossilen Energieträgern (Öl und Gas), eigene Darstellung, Datenquelle: International Energy Agency, 2004, S. 117 und S. 140

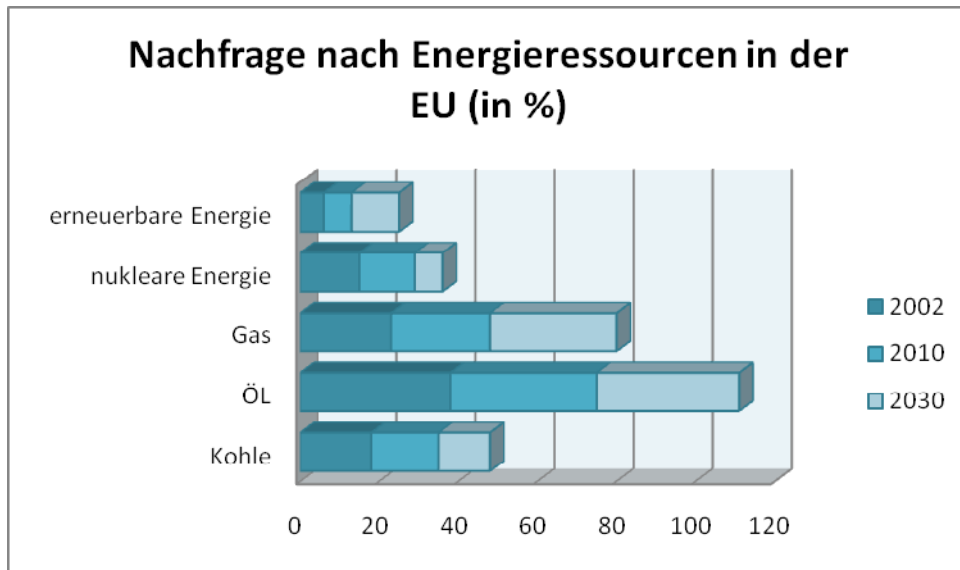


Abbildung 322: Nachfrage nach Energieressourcen in der EU, eigene Darstellung, Datenquelle: International Energy Agency, 2004, S. 252

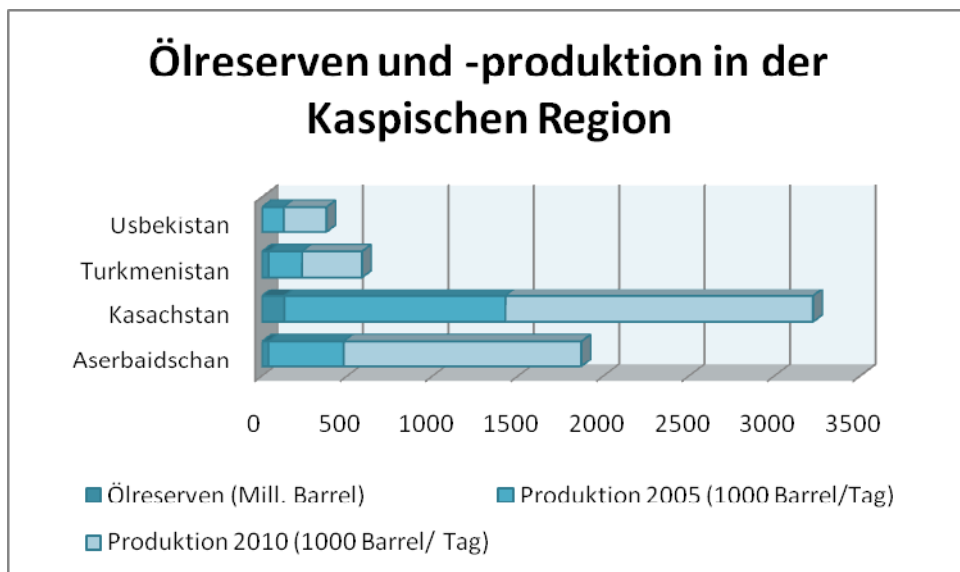


Abbildung 333: Ölreserven und -produktion in der Kaspischen Region, eigene Darstellung, Datenquelle: Energy Information Administration, 2007

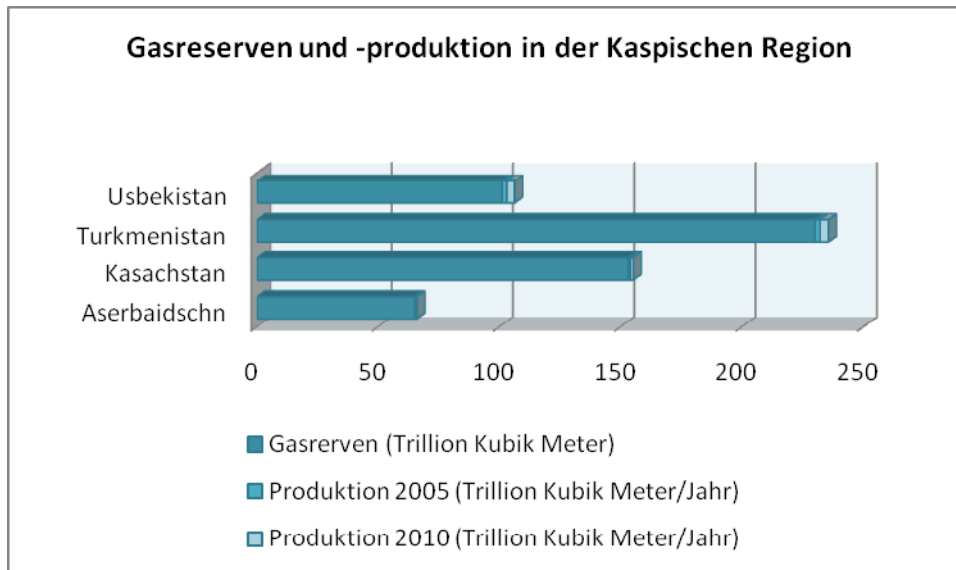


Abbildung 344: Gasreserven und -produktion in der Kaspischen Region, eigene Darstellung, Datenquelle: Energy Information Administration, 2007

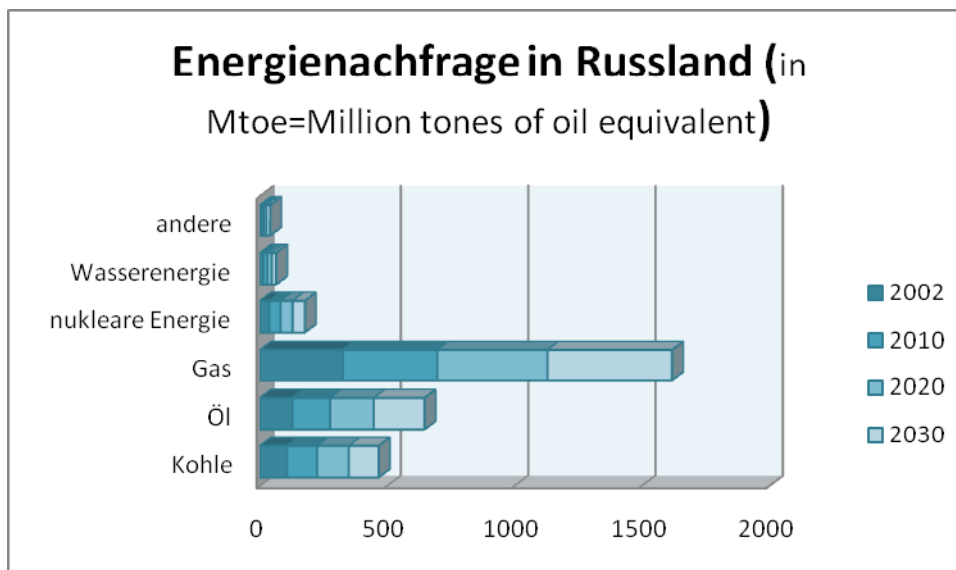


Abbildung 355: Energienachfrage in Russland, eigene Darstellung, Datenquelle: International Energy Agency, 2004, S. 295

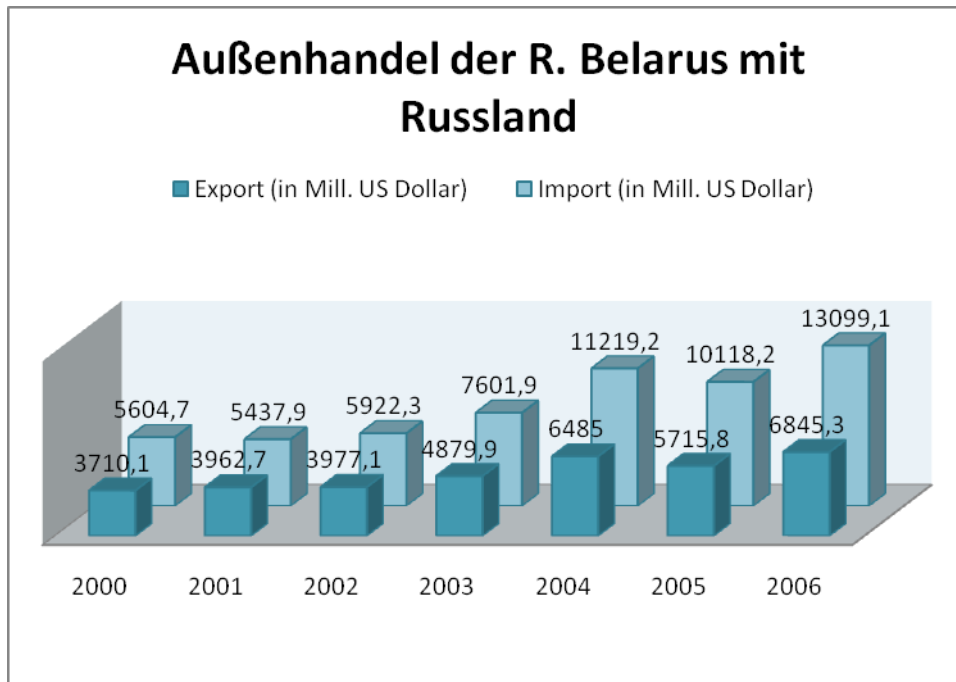


Abbildung 366: Außenhandel der Republik Belarus mit Russland, eigene Darstellung, Datenquelle: Belarussisches Ministerium für Statistik und Analyse, Außenhandel, abgerufen unter: <http://belstat.gov.by/homep/ru/indicators/ftrade.php> (19.03.2008)

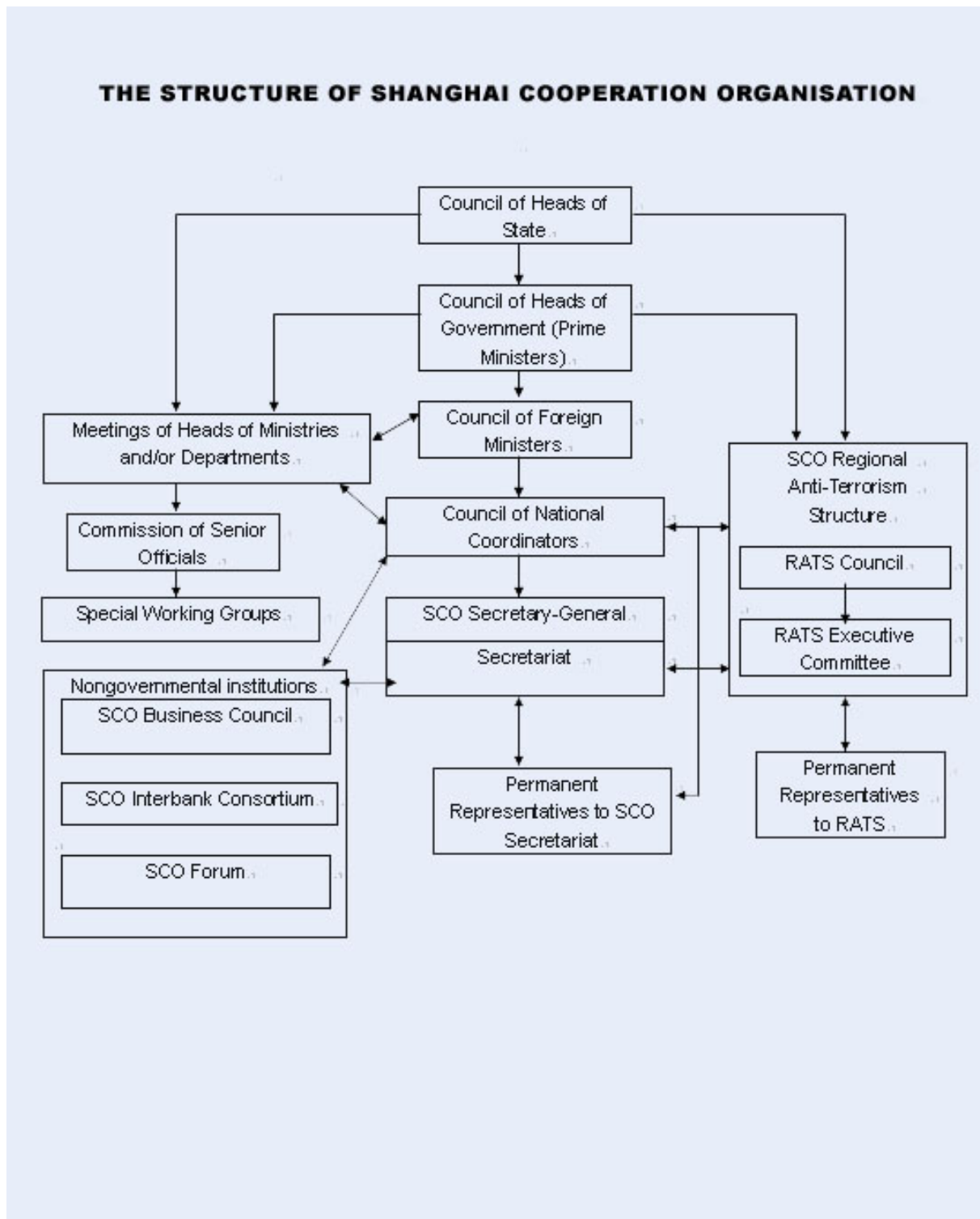


Abbildung 377: Die Struktur der SCO, Bildquelle: <http://www.sectco.org/html/00027.html> (17.03.2008)



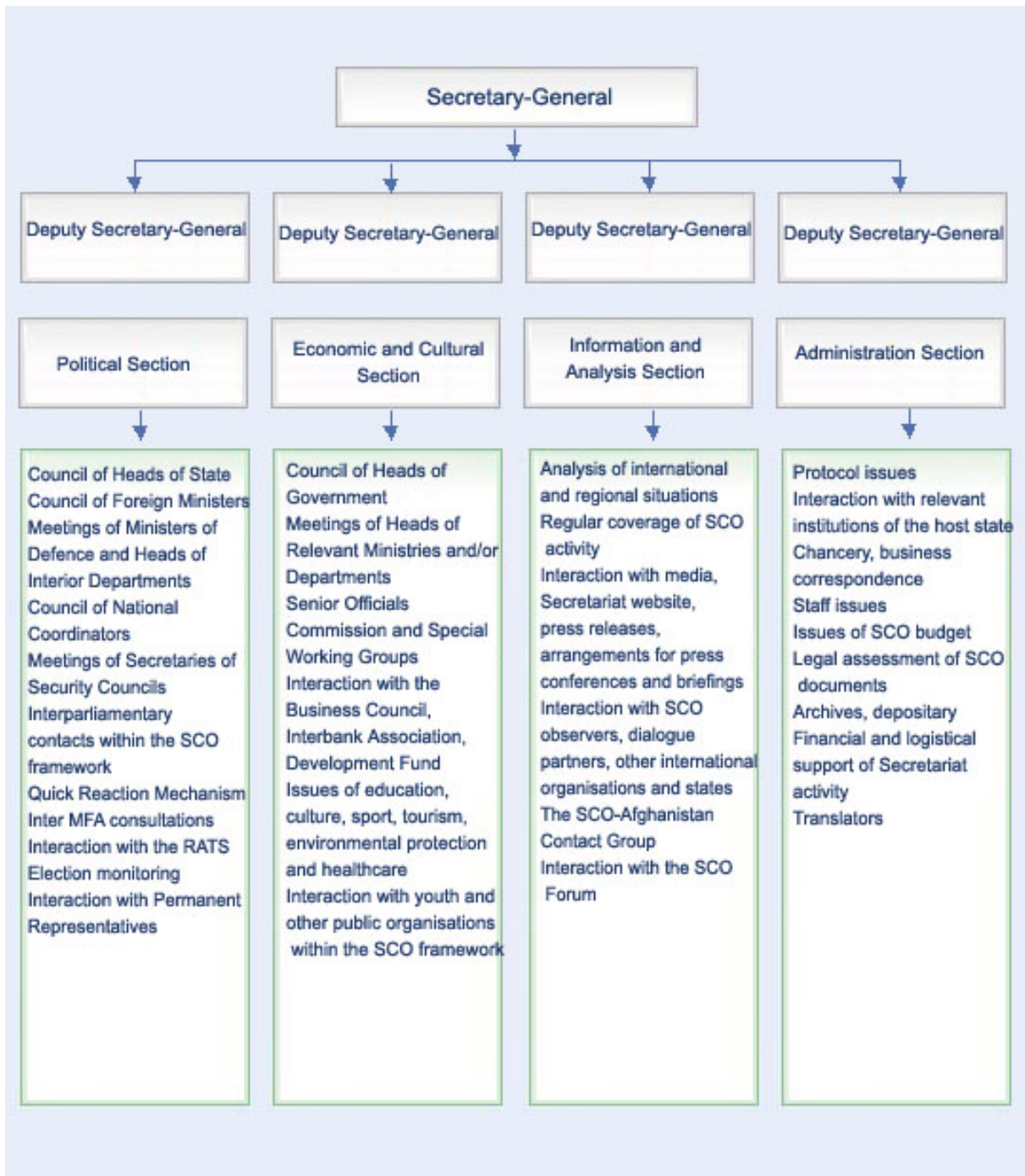


Abbildung 388: Sekretariatsstruktur der SCO, Bildquelle: <http://www.sectso.org/html/00041.html> (17.03.2008)

## Lebenslauf